

Von den „Freiburger Thesen“ zum „Lambsdorff-Papier“
Die Transformation der FDP in der sozial-liberalen Koalition

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs Geschichte und Kulturwissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt

von

Jan Alberding

Marburg 2018

Vom Fachbereich Geschichte und Kulturwissenschaften der Philipps-Universität Marburg als
Dissertation angenommen am: 13.02.2019 (Tag der Disputation)

Erster Gutachter: Prof. Dr. Eckart Conze

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Christian Kleinschmidt

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Die Wurzeln der FDP und ihre Entwicklung bis zur „Neuen Ostpolitik“.....	17
3. „Reform des Kapitalismus“ oder „lupenreine Marktwirtschaft“? Freidemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	34
3.1. Die „Freiburger Thesen“: Die FDP auf dem Weg nach links?.....	35
3.2. Sozial-liberale Reformpolitik: Das Mitbestimmungsgesetz.....	51
3.3. Wirtschaftsminister Hans Friderichs und das Ende des Booms.....	75
3.4. Die „Kieler Thesen“: Renaissance des Wirtschaftsliberalismus.....	106
3.5. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der Beginn der „Wende“.....	119
3.6. „Lambsdorff-Papier“ und Koalitionsbruch.....	156
4. Kollektive Sicherheit vor individueller Freiheit? Rechtsstaatlichkeit im Angesicht des Terrorismus.....	167
4.1. Hans-Dietrich Genscher: Zwischen Liberalismus und „Law and Order“.....	168
4.2. Werner Maihofer: Im Zweifel für die Freiheit?.....	182
4.3. Gerhart Baum: Abkehr vom „Ausnahmestand“.....	215
5. Ökologie vor Ökonomie? Umwelt- und Energiepolitik im Zeichen der Krise.....	236
5.1. Von der „Erfindung des Umweltschutzes“ zu den „Grenzen des Wachstums“.....	237
5.2. Atomkraft: Die „Gretchenfrage“ des Umweltschutzes.....	251
5.3. Das Ende der „grünen“ FDP.....	276
6. Abschreckung oder Abrüstung? Die Liberalen und der NATO-Doppelbeschluss.....	291
7. Zwischen Neokonservatismus und Postmaterialismus: Die FDP an der Schwelle zur „Zweiten Moderne“.....	317
8. Fazit.....	331
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	351

1. Einleitung

In den am 27. Oktober 1971 auf dem Bundesparteitag der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) in Freiburg verabschiedeten *Freiburger Thesen* hieß es in der vierten These:

„Der Kapitalismus hat, gestützt auf Wettbewerb und Leistungswillen des Einzelnen, zu großen wirtschaftlichen Erfolgen, aber auch zu gesellschaftlicher Ungerechtigkeit geführt. Die liberale Reform des Kapitalismus erstrebt die Aufhebung der Ungleichgewichte des Vorteils und der Ballung wirtschaftlicher Macht, die aus der Akkumulation von Geld und Besitz und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen.“¹

Als Otto Graf Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister und FDP-Präsidiumsmitglied, am 9. September 1982 im *Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, welches als *Lambsdorff-Papier* Bekanntheit erlangte, seine Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darlegte, postulierte er darin:

„Ein [...] zukunftsorientiertes *Gesamtkonzept* der Politik muß sich auf folgende Bereiche konzentrieren: 1. Festlegung und Durchsetzung einer überzeugenden *marktwirtschaftlichen* Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns mit einer klaren Absage an Bürokratisierung. [...] 2. Festlegung und Durchsetzung eines mittelfristig angelegten und gesetzlich abgesicherten überzeugenden *Konsolidierungskonzeptes* für die öffentlichen Haushalte [...]. 3. Festlegung und Durchsetzung einer mittelfristig angelegten und möglichst gesetzlich abgesicherten *Umstrukturierung* der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen von konsumtiver zu investiver Verwendung. [...] 4. Festlegung und Durchsetzung einer *Anpassung der sozialen Sicherungssysteme* an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten [...].“²

Nur etwas mehr als ein Jahrzehnt lag zwischen diesen beiden Dokumenten, und doch könnte die Diskrepanz zwischen den kapitalismuskritischen *Freiburger Thesen* und dem wirtschaftsliberalen *Lambsdorff-Papier* kaum offensichtlicher sein. Begründete Gerhard Kienbaum, der ehemalige Landeswirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, seinen Parteiaustritt im September 1972 noch mit der Tendenz zu „sozialistischen Ideen“ in der FDP,³ publizierte der SPD-Vorstand vier Tage nach Veröffentlichung des *Lambsdorff-Papiers* eine Stellungnahme gegen dessen „neokonservative wirtschafts- und steuerpolitische Konzepte“,⁴ und der Sozialdemokrat Horst Ehmke unterstellte Lambsdorff im Bundestag eine

¹ Flach, Karl-Hermann / Maihofer, Werner / Scheel, Walter: Die Freiburger Thesen der Liberalen. Reinbek bei Hamburg 1972, S. 64.

² Neue Bonner Depesche 9/1982: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, S. 5-6. Hervorhebungen im Original.

³ Zit. n. Richarts, Hans Karl: Die F.D.P. auf dem Weg nach links. Stuttgart 1972, S. 159.

⁴ Zit. n. Freiberger, Thorsten: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei auf Bundesebene 1982 - 1998 und ihr Einsatz als Planungsinstrument in der Wirtschaftspolitik. Frankfurt am Main 2002, S. 99.

„neokonservative[...] Tendenzwende“.⁵ Kurz darauf war das Bonner Regierungsbündnis beendet, und die Ausarbeitung des Wirtschaftsministers galt fortan als „Scheidungsapier der sozial-liberalen Koalition“.⁶ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Wandlungsprozessen, welche die FDP in den 13 Regierungsjahren an der Seite der Sozialdemokraten, während einer Zeit ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche, durchlief.

Der epochale Zäsurcharakter der Jahre 1973/75 ist in jüngster Vergangenheit immer stärker in den Blick der zeithistorischen Forschung geraten.⁷ Die durch das Ölebargo der arabischen Staaten ausgelöste Wirtschaftskrise setzte den langen Jahren des Nachkriegsbooms, jenem von Vollbeschäftigung und hohen Wachstumsraten geprägten „Goldenen Zeitalter“, ein Ende. Infolgedessen geriet auch das in den westlichen Ländern vorherrschende Paradigma vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat in eine Legitimationskrise, und mit ihm der Fortschrittsglaube und Reformoptimismus linker und liberaler Kräfte.⁸ Ölpreisschock und Wirtschaftskrise waren zwar nicht Auslöser, wohl aber Beschleuniger eines strukturellen Wandels, der in den westlichen Staaten den Übergang von der klassischen zur tertiarisierten, vom Dienstleistungssektor geprägten Industriegesellschaft markierte.⁹ Die „neue Unübersichtlichkeit“¹⁰ in der politischen Landschaft sowie die Transformation der Arbeits- und Lebenswelt durch den rasanten technischen Fortschritt und eine zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung lassen es schlüssig erscheinen, den Beginn einer neuen Epoche in der Mitte der 1970er Jahre zu verorten: Nach Ulrich Beck ist die „Zweite Moderne“ gekennzeichnet durch Prozesse der Individualisierung und Globalisierung, welche die Basisprämissen nationalstaatlich organisierter Industriegesellschaften wie die tayloristische Arbeitsteilung, die fordistische Massenproduktion, die Vorstellung

⁵ Deutscher Bundestag: 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, 13.10.1982, S. 7241.

⁶ Dahrendorf, Ralf: Das Bündnis der Selbstbewußten. In: Die Zeit 39/1982.

⁷ Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. 3. Aufl. Göttingen 2012. Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014.

⁸ Vgl. Reitmayer, Morten: Nach dem Boom – eine neue Belle Époque? Versuch einer vorläufigen Synthese. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 13-22, hier S. 13.

⁹ Vgl. Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 550.

¹⁰ Der Begriff „neue Unübersichtlichkeit“ wurde 1985 von Jürgen Habermas geprägt. Vgl. Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 - 1982. Bonn 2011, S. 421.

grenzenlosen Wachstums und die technische Fortschrittsgewissheit sowie traditionelle Familienmodelle und damit einhergehende Rollenverteilungen radikal in Frage stellten.¹¹

Nachdem die „Tendenzwende“ im Zuge der Wirtschaftskrise und des RAF-Terrors zum politischen Schlagwort avancierte,¹² wurde in der Bundesrepublik immer wieder vom Aufkommen eines „Neokonservatismus“ gesprochen, den man bei rechten Unionspolitikern wie Franz Josef Strauß, aber auch in der Wirtschaftspolitik Otto Graf Lambsdorffs zu erkennen glaubte. Vom traditionellen Konservatismus grenzte sich dieser vor allem durch die uneingeschränkte Bejahung der wachstumsbasierten Industriegesellschaft ab, deren Vorzüge von linker Seite zunehmend angezweifelt wurden. Der neokonservative Fortschrittsoptimismus bezog sich gleichwohl ausschließlich auf die technische Entwicklung und das ökonomische Wachstum, während er der gesellschaftlichen Liberalisierung ebenso ablehnend gegenüberstand wie der Expansion des Sozialstaats.¹³ Die britische Premierministerin Margret Thatcher und der amerikanische Präsident Ronald Reagan erhoben diesen Zeitgeist in den Jahren 1979/80 zum Regierungsprogramm. Ihre Politik war gekennzeichnet durch die Kombination eines harten sicherheitspolitischen Kurses und tradierter Gesellschaftspolitik mit radikalem Wirtschaftsliberalismus nach den Lehren von Ökonomen wie Milton Friedman und Friedrich August von Hayek. Als sich die Veröffentlichung des *Lambsdorff-Papiers* im Jahr 2012 zum dreißigsten Mal jährte, publizierte die FDP-nahe *Friedrich-Naumann-Stiftung* eine Festschrift, in welcher der Einfluss der angebotspolitischen Kurswechsel in London und Washington auf die Ausarbeitung des damaligen Bundeswirtschaftsministers explizit hervorgehoben wurde.¹⁴ Dass der angelsächsische Neoliberalismus Friedmans und Hayeks¹⁵ in der Bundesrepublik zunächst als „neokonservative“ Wirtschaftspolitik galt, lag nicht nur an seiner engen

¹¹ Beck, Ulrich: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich / Giddens, Anthony / Lash, Scott (Hrsg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main 1996, S. 19-112, hier S. 19-34.

¹² Der Begriff der „Tendenzwende“ erlebte mit der gleichnamigen Tagung am 5. November 1974 in München seinen Durchbruch. Vgl. Podewils, Clemens (Hrsg.): *Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik*. Stuttgart 1975.

¹³ Vgl. Greiffenhagen, Martin: *Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik*. Hamburg 1975, S. 114

¹⁴ Vgl. Bökenkamp, Gérard / Doering, Detmar / Frölich, Jürgen / Grothe, Ewald (Hrsg.): *30 Jahre „Lambsdorff-Papier“. Texte und Dokumente*. 2. Aufl. Berlin 2012, S. 9.

¹⁵ Zwar ist Hayek gebürtiger Österreicher, wirkte jedoch hauptsächlich in London und Chicago, was neben seiner geistigen Nähe zu Milton Friedman die Zuordnung zum angelsächsischen Neoliberalismus rechtfertigt. Hayeks und Friedmans Theorien unterschieden sich hauptsächlich in der Beurteilung des staatlichen Geldmonopols, welches Hayek zugunsten eines Währungswettbewerbs abschaffen wollte. Vgl. Polleit, Thorsten: „Monetarism Matters“ – Milton Friedmans Monetarismus. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): *Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus*. Tübingen 2004, S. 25-48, hier S. 36-37.

Verflechtung mit den Regierungen Thatcher und Reagan, sondern auch an der Tatsache, dass der Begriff „neoliberal“ im deutschen Sprachraum bis dahin synonym zu „ordoliberal“ im Sinne von Walter Eucken „Freiburger Schule“ gebraucht wurde.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums vollzog sich in den 1970er und frühen 1980er Jahren die Herausbildung der „Neuen Sozialen Bewegungen“, die sich zunächst vor allem außerhalb des parlamentarischen Betriebs organisierten, um sich beispielsweise gegen den Bau von Kernkraftwerken und die atomare Nachrüstung einzusetzen. Die umwelt- und friedensbewegten Bürgerinitiativen waren Ausdruck des erstmals 1977 von Ronald Inglehart diagnostizierten „Wertewandels“, der die traditionelle bürgerliche Orientierung an Wohlstand und Eigentum in Frage stellte und stattdessen „postmaterielle“ Wertvorstellungen in den Vordergrund rückte, die sich im Streben nach mehr politischer Partizipation und dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt artikulierten.¹⁶ Eine ausgeprägte Staatsskepsis war für die neuen Protestmilieus ebenso kennzeichnend wie ihr Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, womit sie politisch durchaus anschlussfähig an den linken FDP-Flügel waren. Als oberste Maxime der Bürgerinitiativen galt das Prinzip der Basisdemokratie, wonach jede politische Entscheidung nach einem strengen Subsidiaritätsprinzip zu treffen war. Dass sich Teile der FDP um die Integration der vor allem in der akademischen Mittelschicht verankerten „Neuen Sozialen Bewegungen“ in ihre Partei bemühten, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. So beschloss der Bundeshauptausschuss im Juni 1977 gegen den Willen der Regierungsmitglieder ein Moratorium für den weiteren Ausbau der Kernenergie, und der Widerstand von sechs liberalen Bundestagsabgeordneten gegen den umstrittenen Brutreaktor in Kalkar löste im Dezember 1978 beinahe eine schwere Koalitionskrise aus. Auf kommunaler Ebene wollte sich die Partei als erster Ansprechpartner für die Bürgerinitiativen positionieren und feierte beispielsweise im Ruhrgebiet Erfolge mit einem gegen das umstrittene Autobahnprojekt Düsseldorf-Bochum-Dortmund gerichteten Wahlkampf.¹⁷

Die vorliegende Arbeit stellt sich zur Aufgabe, die Entwicklung der FDP an der Schwelle zur Zweiten Moderne im Hinblick auf den Aufstieg neokonservativer und neoliberaler Ideen einerseits, neuer linksliberaler und basisdemokratischer Leitbilder andererseits, nachzuzeichnen. Wenngleich sie die mit Abstand kleinste der drei damaligen Bundestagsfraktionen stellte, prägte die FDP die Geschichte der Bonner Republik ebenso sehr wie Union und SPD, trug sie in dieser Zeit doch länger als jede andere Partei die

¹⁶ Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main 1989.

¹⁷ Vgl. Neue Bonner Depesche 11/1979, S. 26-27.

Regierungsverantwortung auf Bundesebene. Weder der „Machtwechsel“ von 1969, noch die „Wende“ von 1982 wären ohne die Freidemokraten politisch durchsetzbar gewesen, und beide Ereignisse wirkten in Form von massiven Veränderungen der Mitgliederstruktur und einer gewandelten Stellung im bundesdeutschen Parteiensystem auf die FDP zurück: Während mit dem Eintritt in die sozial-liberale Koalition nationalliberale Altlasten abgeworfen wurden und die Partei unverkennbar nach links rückte, gilt die Rückkehr an die Seite der CDU/CSU als Sinnbild des Wandels zu einer besitzbürgerlich orientierten „Wirtschaftspartei“. Diese Entwicklungen vollzogen sich jedoch nicht eruptiv, sondern waren Resultate langfristiger Transformationsprozesse, deren Wurzeln jeweils mehrere Jahre zurückreichten: Der deutschlandpolitische Aufbruch der FDP ab Mitte der 1960er Jahre war Voraussetzung für den „Machtwechsel“, ihre Abkehr von sozial-liberalen Reformvorstellungen rund ein Jahrzehnt später die Vorbedingung für die „Wende“. Die vorliegende, längerfristig angelegte Analyse, welche nicht auf die Endphase der sozial-liberalen Koalition und ihre unmittelbare Vorgeschichte beschränkt ist, soll die Fragen beantworten, was aus dem zu Beginn der 1970er Jahre forcierten linksliberalen Reformprojekt der *Freiburger Thesen* geworden ist, und inwiefern das *Lambsdorff-Papier* tatsächlich als Ausdruck einer „neokonservativen“ Transformation der FDP gedeutet werden kann. Dies kann nur vor dem Hintergrund der zu Beginn der Zweiten Moderne heraufziehenden Konfliktlinien geschehen: Wo verorteten sich die Freidemokraten in dem Spannungsfeld zwischen Wirtschaftskrise und Umweltschutz, Tendenzwende und Wertewandel, Neokonservatismus und Postmaterialismus? Deshalb ist neben der Untersuchung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionierungen auch ein Blick auf die Umwelt- und Energiepolitik sowie die innere und äußere Sicherheitspolitik notwendig.

Die Geschichte der FDP ist trotz der guten Quellenlage bislang nicht besonders intensiv erschlossen worden. Dies betrifft die 1970er Jahre in besonderem Maße, wenngleich das *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* im Jahr 2017 der „Ära Genscher-Lambsdorff“ einen Themenschwerpunkt widmete. Die ausführlichsten Gesamtdarstellungen zur freidemokratischen Geschichte legten Jürgen Dittberner¹⁸ sowie Peter Lösche und Franz Walter¹⁹ vor, wobei Letztere die sozial-liberale Phase weitaus intensiver beleuchten. Thorsten Freiburger befasste sich mit der wirtschaftspolitischen Programmatik der FDP in der christlich-liberalen Koalition und blickt dabei auch auf deren Vorgeschichte in den 1970er

¹⁸ Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisationen. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden 2010.

¹⁹ Lösche, Peter / Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996.

Jahren zurück.²⁰ Zur äußeren Sicherheit veröffentlichte Agnes Bresselau von Bressensdorf eine Analyse von Genschers Außenpolitik zwischen 1979 und 1982/83,²¹ des Weiteren existiert ein Werk von Andreas Kramer.²² Weder zum Bereich der inneren Sicherheit noch zur Umwelt- und Energiepolitik liegen bislang Arbeiten mit direktem FDP-Bezug vor. Vergleichsweise gut untersucht worden ist ihre Zeit in der Opposition von 1966-69,²³ zuletzt erschien hierzu mit Blick auf den Aufstieg des Linksliberalismus eine Darstellung von Klaus Weber.²⁴ Ebenfalls reichlich publiziert wurde zur Phase der Wende um 1982, wobei der Fokus dabei zumeist gleichermaßen auf die SPD gerichtet ist.²⁵ Ausnahmen bilden hier die Arbeiten von Johannes Merck²⁶, Joachim Scholtyssek²⁷ und Gérard Bökenkamp²⁸. Das Ende der sozial-liberalen Koalition ist noch immer Gegenstand kontroverser Forschungsdebatten: Der These des freidemokratischen „Verrats“ am Koalitionspartner steht diejenige des fehlenden Rückhalts für Helmut Schmidt in den eigenen Reihen gegenüber, wobei die Erforschung der Ursachen für den Koalitionsbruch zumeist auf die Frage verengt wird, ob wirtschafts- oder außenpolitische Differenzen für den Partnerwechsel der FDP ausschlaggebend waren.²⁹ Weitgehender Konsens besteht hinsichtlich des Befundes, dass die in den *Freiburger Thesen* verbreitete Reformeuphorie unter dem Parteivorsitz Hans-Dietrich Genschers und der Kanzlerschaft Helmut Schmidts verloren ging – so steht dieses Kapitel in Lösches und Walters Standardwerk unter der Überschrift „Wirtschaftsliberal und antireformistisch“.³⁰ Doch einzig Hans Vorländer bemühte sich in einem Aufsatz von 1986, „Verlauf, Profil und Scheitern“ der freidemokratischen Sozialliberalisierung detailliert

²⁰ Freiburger, Thorsten: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei auf Bundesebene 1982 - 1998 und ihr Einsatz als Planungsinstrument in der Wirtschaftspolitik. Frankfurt am Main 2002.

²¹ Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979 – 1982/83. Berlin 2015.

²² Kramer, Andreas: Die FDP und die äussere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982. Bonn 1995.

²³ Morgenstern, Andreas: Die FDP in der parlamentarischen Opposition 1966 - 69. Wandel zu einer „Reformpartei“. Marburg 2004. Josten, Ulrich: Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift Liberal und die FDP bis 1969. Hamburg 2001.

²⁴ Weber, Klaus: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile. Frankfurt am Main 2012.

²⁵ U.a. Zierold, Kay: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition. Eine Analyse des Zerfallsprozesses anhand des „multi-dimensional framework“ von Geoffrey Pridham. Herbolzheim 2004. Piehl, Joachim: Machtwechsel 1982. Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfeldern in der Ära der sozial-liberalen Koalition. Frankfurt am Main 2002.

²⁶ Merck, Johannes: Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 bis 1982. Berlin 1989.

²⁷ Scholtyssek, Joachim: Die FDP in der Wende. In: Historisch-Politische Mitteilungen 19. Köln 2012, S. 197-220.

²⁸ Bökenkamp, Gérard: Wechsel statt Wende. Der Koalitionswechsel der FDP von 1982 aus dem Blickwinkel der realpolitischen Zwänge. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 28. Jahrgang 2016. Baden-Baden 2016, S. 161-182.

²⁹ Vgl. Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation, S. 291.

³⁰ Lösche / Walter: Die FDP, S. 92.

nachzuzeichnen. Seine These lautet, dass die konservativ gesinnte Parteiführung die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Ölpreiskrise genutzt habe, um die reformorientierte Basis auszubremsen und den Modernisierungsprozess innerhalb der FDP letztlich abubrechen.³¹

Die Einschätzung, dass der Liberalismus durch die Krise der 1970er Jahre generell nach „rechts“ gerückt sei, wird in der neueren Forschung nahezu einhellig vertreten. Wenn man Anselm Doering-Manteuffels und Jörn Leonhards These zustimmt, dass der wichtigste liberale Paradigmenwechsel des 20. Jahrhunderts von den neokonservativen Regierungen in London und Washington ausgegangen sei, erscheint dies durchaus folgerichtig. Doering-Manteuffel und Leonhard interpretieren „Thatcherismus“ und „Reaganomics“ als Angriff auf das in den westlichen Nachkriegsgesellschaften vorherrschende Projekt eines keynesianisch geprägten und wohlfahrtstaatlich eingebetteten „Konsensliberalismus“, der durch umfangreiche staatliche Regulierungen einen Ausgleich der sozialen Interessen aller Bürger angestrebt habe. Obwohl von Konservativen ausgehend, setzte sich für die Gegenbewegung zum Konsensliberalismus der Begriff „Neoliberalismus“ durch, weil diese letztlich eine radikal individualistische Weltsicht propagierte: Anstelle des sozialen Konsens wurde das individuelle Gewinnstreben zum wichtigsten Leitmotiv der Wirtschaftspolitik erklärt.³² Das Bild des Ordoliberalismus in der historischen Forschung erweist sich dabei als erstaunlich zwiespältig: Während Doering-Manteuffel und Leonhard die „Freiburger Schule“ um Walter Eucken als „deutsche Spielart“ des Konsensliberalismus bezeichnen, der dem Neoliberalismus angelsächsischer Prägung als Feindbild gedient habe,³³ sieht Ralf Ptak im ordoliberalen Projekt einen „Sonderweg im Neoliberalismus“, der aber durchaus in derselben geistigen Tradition wie Friedrich August von Hayeks „Österreichische Schule“ und Milton Friedmans „Chicago School“ zu verorten sei.³⁴

In jüngerer Zeit erschien eine beträchtliche Anzahl von Publikationen zur bundesdeutschen Geschichte der 1970er und frühen 1980er Jahre, die verschiedene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte dieser Umbruchszeit beleuchten. Große Einigkeit herrscht

³¹ Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses. In: Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 190-226.

³² Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn: Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 13-32, hier S. 28-29.

³³ Ebd., S. 26-28.

³⁴ Ptak, Ralf: Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg. In: Butterwege, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 69-89, hier S. 72.

hinsichtlich der Feststellung, dass der Ölpreisschock von 1973 die von Reformoptimismus gekennzeichneten „langen 60er Jahre“ beendet habe, wenngleich Gerd Koenen sein „rotes Jahrzehnt“ erst 1977,³⁵ Bernd Faulenbach das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ gar erst 1982 enden lässt.³⁶ Obwohl in Bonn erstmals eine sozial-liberale Koalition regierte, erscheint die Signatur dieser Epoche eher konservativ, gerade im Vergleich zu den 1960er Jahren: Tim Schanetzky schildert in seiner wirtschaftshistorischen Studie die „große Ernüchterung“ hinsichtlich der Möglichkeiten nationalstaatlicher Konjunktursteuerung,³⁷ eine von Johannes Hürter herausgegebene Publikation über die innere Sicherheitspolitik diagnostiziert „bleierne Jahre“ der Bundesrepublik im Kampf gegen den Terrorismus.³⁸ Dennoch waren die 1970er keineswegs ein neues Biedermeier, denn gerade das Bürgertum wurde von einer Welle der Politisierung erfasst, wie ein von Habbo Knoch publizierter Sammelband über die bürgerliche Protestkultur darlegt.³⁹ Die in der bundesdeutschen Nachkriegszeit beispiellose Massenmobilisierung, die von der „Neuen Friedensbewegung“ ausging, hat unter anderem Susanne Schregel untersucht.⁴⁰ Bei aller augenscheinlichen Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen war doch in sämtlichen politischen Lagern ein Krisenbewusstsein auszumachen, dass zu einer Orientierungslosigkeit und der Suche nach neuen Sinnzusammenhängen führte. Es trifft den Charakter der 1970er und frühen 1980er Jahre daher wohl am ehesten, sie in den Worten Thomas Schlemmers als „eine Art krisenhafte Inkubationszeit“⁴¹ der Zweiten Moderne zu deuten.

Die für diese Arbeit relevantesten Quellen sind als Archivalien der Bundespartei im *Archiv des Liberalismus* in Gummersbach zu finden. Dies betrifft vor allem die Wort- und Verlaufsprotokolle der Bundesparteitage, Bundeshauptausschüsse und Bundestagsfraktionssitzungen. Auch aus den Schriftstücken der Arbeitskreise, Bundesfachausschüsse und Fraktionsvorsitzendenkonferenzen konnten wichtige

³⁵ Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977. Köln 2001.

³⁶ Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 - 1982. Bonn 2011.

³⁷ Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. Frankfurt am Main 2007.

³⁸ Hürter, Johannes / Rusconi, Gian Enrico (Hrsg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969 – 1982. München 2010.

³⁹ Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007.

⁴⁰ Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970 - 1985. Frankfurt am Main 2011.

⁴¹ Schlemmer, Thomas: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 7-12, hier S. 11.

Informationen gewonnen werden. Als weniger aufschlussreich erwiesen sich die Sitzungsprotokolle von Präsidium und Bundesvorstand, die größtenteils äußerst spärlich ausfallen. Außerdem wurden die persönlichen Nachlässe von Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick und Karl-Hermann Flach eingesehen. Den von der FDP und in ihrem Umfeld herausgegebenen Zeitschriften kommt hinsichtlich der Erschließung sowohl innerparteilicher Willensbildungsprozesse als auch der eigenen Außendarstellung eine nicht zu unterschätzende Relevanz zu. Zu nennen sind hier die von der *Friedrich-Naumann-Stiftung* publizierte *Liberal*, in der vor allem theoretische Debatten geführt wurden, die *Neue Bonner Depesche* der Bundestagsfraktion, welche über die Arbeit der Parlamentarier informierte, und die *Freie Demokratische Korrespondenz* der Presseabteilung, die beinahe täglich erschien und alle Interessierten mit Beschlüssen und Erklärungen der höchsten Gremien, aber auch Reden und Interviews der wichtigsten Protagonisten versorgte. Darüber hinaus gilt weiterhin Arnulf Barings Postulat der Zeitungsanalyse als „Rückgrat jeder zeitgeschichtlichen Darstellung“,⁴² weshalb auch wichtige Zeitungen und Politzmagazine wie die *Zeit*, der *Spiegel* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) in die Untersuchung miteinbezogen wurden. Auf Erinnerungen von Zeitzeugen, beispielsweise in Form von Autobiografien, wurde wegen ihres äußerst subjektiven Gehalts nur in Einzelfällen zurückgegriffen.

Zunächst soll zum Zwecke der Kontextualisierung ein kurzer Aufriss über die Geschichte des deutschen Liberalismus und insbesondere der *Freien Demokratischen Partei* von ihrer Anfangszeit bis zur Durchsetzung der „Neuen Ostpolitik“ gegeben werden. Letztere wird aus dem Hauptteil der Arbeit ausgeklammert, da dieses sozial-liberale Vorzeigeprojekt von der Forschung, auch hinsichtlich der FDP, bereits ausgiebig bearbeitet wurde.⁴³

Im dritten Kapitel wird die von den Freidemokraten vertretene Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen *Freiburger Thesen* und *Lambsdorff-Papier* thematisiert. Der erste Abschnitt dieses Kapitels beleuchtet vor diesem Hintergrund den Weg zum Parteiprogramm von 1971, welches mit der Konzeption einer „liberalen Reform des Kapitalismus“ den Anschluss der FDP an den modernen Wohlfahrtsstaat ebenso gewährleisten sollte wie eine innenpolitische Perspektive für das sozial-liberale Regierungsbündnis. Im zweiten Teil geht es um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Betriebs- und Unternehmensebene, dem wohl wichtigsten sozialpolitischen

⁴² Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Berlin 1998, S. 15.

⁴³ Moring, Andreas: Die Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Programmatik in den Jahren 1949-1989. Berlin 2004. Siekmeier, Mathias: Restauration oder Reform? Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung. Köln 1998. Schmidt, Michael: Die FDP und die deutsche Frage. 1949 - 1990. Hamburg 1995. Heitmann, Clemens: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin 1989.

Reformprojekt der Koalition. Dieses war einerseits die praktische Bewährungsprobe für die *Freiburger Thesen*, andererseits Gegenstand der ersten heftigen Auseinandersetzungen mit der SPD. Das dritte Unterkapitel behandelt die Amtszeit von FDP-Politiker Hans Friderichs im Bundeswirtschaftsministerium zwischen 1972 und 1977. In diesen Jahren vollzog sich nicht nur die tiefgreifende Zäsur der ersten Ölpreiskrise mit ihren weitreichenden ökonomischen Folgen, sondern auch der internationale Durchbruch der neoliberalen Wirtschaftstheorien Hayeks und Friedmans.⁴⁴ Friderichs' Politik ist hier ebenso von Interesse wie ihre Rezeption innerhalb der Partei. Der vierte Teilbereich thematisiert die Ausarbeitung der *Kieler Thesen* von 1977 mit ihrer starken wirtschaftspolitischen Akzentuierung. In der Programmdiskussion prallten mit den Entwürfen zweier rivalisierender Kommissionen grundverschiedene Auffassungen über die Ausrichtung der FDP in der Wirtschaftspolitik und ihre Rolle im Parteiensystem aufeinander. Abschnitt Fünf befasst sich mit Wirken und Wahrnehmung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zwischen 1977 und 1982. Während Margaret Thatcher in London und Ronald Reagan in Washington radikale wirtschaftspolitische Kurswechsel einläuteten, erklärte der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher den Grafen zum „Ludwig Erhard der 80er Jahre“⁴⁵ und forderte in einem offenen Brief an die Parteimitglieder den „Willen zur Wende“⁴⁶ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das sechste Unterkapitel analysiert schließlich die Auswirkungen des *Lambsdorff-Papiers* vom 9. September 1982, welches die Vollendung der liberalen Rückbesinnung auf „lupenreine Marktwirtschaft“⁴⁷ manifestierte und das Ende der sozial-liberalen Koalition ebenso einläutete wie den größten Mitgliederverlust in der freidemokratischen Parteigeschichte.

Der vierte Abschnitt der Arbeit behandelt die Konflikte in der FDP im Angesicht der 1970er Jahre als „Jahrzehnt der inneren Sicherheit“⁴⁸. Die Bedrohungen des bundesdeutschen Staates durch den Linksextremismus, vor allem in seiner terroristischen Ausprägung, waren für die Freidemokraten in besonderem Maße problematisch, stellte doch die FDP, die sich nicht zuletzt als Partei der Bürgerrechte definierte, während der gesamten sozial-liberalen Koalition die für die innere Sicherheit zuständigen Bundesinnenminister. In diesem Bereich kam jenes normative Spannungsverhältnis zum Tragen, welches der Beziehung zwischen individueller

⁴⁴ Vgl. Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, S. 32.

⁴⁵ Zit. n. Neuer Dreh. In: Der Spiegel 33/1980, S. 19.

⁴⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 130/1981, S. 6.

⁴⁷ So FDP-Politiker Rainer Funke, zit. n. Koalition: „Der will da raus“. In: Der Spiegel 37/1982, S. 24.

⁴⁸ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 17.

Freiheit und kollektiver Sicherheit inhärent ist.⁴⁹ Konkret ging es um die Frage, wie weit der Rechtsstaat zu seiner Verteidigung gehen dürfe, ohne sich dabei selbst abzuschaffen. Die Haltung der FDP hinsichtlich dieses Themenkomplexes gilt noch immer als Forschungsdesiderat.⁵⁰ Der erste Teil dieses Kapitels widmet sich dem Wirken des ersten liberalen Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher und dessen Rezeption in der FDP. Der vom *Spiegel* als „Law-and-order-Minister“⁵¹ charakterisierte Liberale baute unter anderem die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes aus und rief die Spezialeinheit GSG 9 ins Leben. Im zweiten Abschnitt wird die Amtszeit Werner Maihofers beleuchtet, der 1974 die Nachfolge Genschers antrat und während der Hochphase des RAF-Terrors im „Deutschen Herbst“ die Verantwortung für die innere Sicherheit trug. Der politische Intellektuelle und linksliberale Vordenker, der unter dem Motto „Im Zweifel für die Freiheit“ ins Bonner Innenministerium einzog, tat sich erkennbar schwer mit der Vereinbarkeit von Theorie und Praxis und musste nach mehreren gravierenden Fehlern zurücktreten. Das dritte Unterkapitel behandelt die Sicherheitspolitik Gerhart Baums, der 1978 vom Posten des Staatssekretärs an die Spitze des Ministeriums rückte und bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition amtierte. Baums Agenda stand im Zeichen einer liberalen Revision der strikten Anti-Terror-Gesetzgebung und einer endgültigen Abkehr von der Politik des „nicht erklärten Ausnahmezustands“⁵².

Kapitel Fünf beleuchtet die parteiinternen Auseinandersetzungen im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik. Der Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie artikuliert sich in der FDP besonders drastisch, nicht zuletzt, weil die Partei das für Umweltschutz zuständige Innenministerium und das Wirtschaftsministerium gleichzeitig innehatte.⁵³ So verstand sich die FDP einerseits als umweltpolitische Vorreiterin – die *Freiburger Thesen* waren das erste Programm einer großen bundesdeutschen Partei, welches sich dieser Thematik ausführlich widmete – andererseits in klassisch-liberaler Funktion als Hüterin der Marktwirtschaft. Der erste Abschnitt thematisiert die Entwicklung einer freidemokratischen Umweltprogrammatik und ihre Wechselwirkung mit der Politik von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher,

⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 18.

⁵⁰ Vgl. Wittmann, Klaus: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 141-163, hier S. 160.

⁵¹ „Nie nie sagen“. In: Der Spiegel 46/1971, S. 41.

⁵² So Wolfgang Kraushaar, zit. n. Lammert, Markus: Ein neues Analysemodell für die historische Terrorismusforschung? Securitization-Prozesse in Deutschland und Frankreich in den 1970er und 1980er Jahren. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 201-218, hier S. 208.

⁵³ Vgl. Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. 1982 – 1990. München 2006, S. 162.

in dessen Amtszeit der Umweltschutz als eigenständiges Politikfeld nach amerikanischem Vorbild „erfunden“ wurde.⁵⁴ Durch die Entdeckung der „Grenzen des Wachstums“⁵⁵ und der Ölpreiskrise von 1973 gelang der Umweltpolitik zwar der Durchbruch zu einem Thema von großer politischer und gesellschaftlicher Relevanz, zugleich verschärfte sich jedoch der Zielkonflikt zu den Wirtschaftsinteressen.⁵⁶ Das zweite Unterkapitel untersucht die parteiinterne Auseinandersetzung über die Legitimität der friedlichen Nutzung der Kernenergie, welche ab 1975 zur „Gretchenfrage des Umweltschutzes“⁵⁷ avancierte. Diese Debatte reichte weit über die traditionellen Probleme der Energiepolitik hinaus, schien doch der Bau von Atomkraftwerken die fundamentalen Sicherheitsinteressen der Bevölkerung und letztlich auch die „Grundorientierung der modernen Industriegesellschaft“⁵⁸ in Frage zu stellen. Der dritte Teil beleuchtet die Entwicklung der FDP angesichts der Formierung der *Grünen*, deren Wahlerfolge ab 1978 für die Freidemokraten in mehrfacher Hinsicht einer existenziellen Herausforderung gleichkamen: Die Ökologie-Partei bedrohte nicht nur die Stellung der FDP als dritte Kraft hinter den Volksparteien und damit ihre Funktion als „Kanzlermacherin“, sondern sprach auch dasselbe Wählerklientel aus der urbanen Mittelschicht an.⁵⁹

Das sechste Kapitel widmet sich der Thematik der äußeren Sicherheit, welche sich ab Ende der 1970er Jahre vor allem auf die Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss fokussierte. Während Hans-Dietrich Genscher in seiner Rolle als Außenminister den Beschluss mit Entschiedenheit vertrat, und sein Zustandekommen sogar auf das Wirken der FDP zurückführte,⁶⁰ betrachteten andere Freidemokraten die „Neue Friedensbewegung“ als durchaus anschlussfähig an die liberale Partei mit ihrer traditionell antinuklearen Grundhaltung.⁶¹ So fand die große Bonner Demonstration gegen die Nachrüstung im Oktober 1981 in der freidemokratischen Bundestagsfraktion größeren Anklang als in der sozialdemokratischen,⁶² weshalb Heinrich August Winklers These, der Doppelbeschluss sei in

⁵⁴ Vgl. Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn 2011, S. 140.

⁵⁵ Meadows, Dennis L.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.

⁵⁶ Vgl. Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.“ Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011, S. 297.

⁵⁷ FDP: „Jeder hat mal seine Talfahrt“. In: Der Spiegel 24/1978, S. 25.

⁵⁸ Jäger, Wolfgang / Link, Werner: Die Ära Schmidt. 1974 - 1982. Stuttgart 1987, S. 89.

⁵⁹ Vgl. Walter, Franz: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld 2010.

⁶⁰ Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 414.

⁶¹ Kramer, Andreas: Die FDP und die äussere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982. Bonn 1995, S. 41.

⁶² Freie Demokratische Korrespondenz 171/1981, S. 1.

der FDP „sehr viel weniger umstritten“ gewesen als in der SPD,⁶³ zumindest für die Zeit vor der Wende durchaus angezweifelt werden darf.

Der siebte Abschnitt soll die Entwicklung der FDP während der sozial-liberalen Koalition in einen größeren Kontext einbetten. Mit den politischen Umbrüchen am Ende des Nachkriegsbooms ging eine zunehmende Ausdifferenzierung liberaler Ideen einher, die nun in völlig unterschiedlichen Kontexten sowohl von „neokonservativen“ Marktreformern als auch von umwelt- und friedensbewegten Bürgerrechtlern rezipiert wurden. Vor diesem Hintergrund soll die Rolle der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem der 1970er Jahre untersucht werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die Frage, ob ausgehend von den *Freiburger Thesen* auch eine andere Entwicklung als der Pfad zum *Lambsdorff-Papier* möglich gewesen wäre. Im achten und letzten Teil der Arbeit werden die Ergebnisse zusammengefasst.

⁶³ Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 2. Deutsche Geschichte 1933 - 1990. Bonn 2005, S. 356.

2. Die Wurzeln der FDP und ihre Entwicklung bis zur „Neuen Ostpolitik“

Die wichtigsten ideengeschichtlichen Wurzeln des Liberalismus, des „politischen Willens zur Freiheit“⁶⁴, liegen im Großbritannien des 17. und 18. Jahrhunderts. Wegweisend waren vor allem John Locke (1632-1704), der in seinen Schriften die Ideen von Individualrechten, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Repräsentationsprinzip kombinierte,⁶⁵ und Adam Smith (1723-1790) als Vordenker einer vom Staat abgekoppelten ökonomischen Sphäre, von Marktwirtschaft und Freihandel.⁶⁶ Die Idee einer von Natur aus zu einem harmonischen Gleichgewicht neigenden marktwirtschaftlichen Ordnung, jenes berühmte Bild der „unsichtbaren Hand“,⁶⁷ geriet mit der durch die industrielle Revolution einsetzende Bevölkerungsexplosion und Massenverelendung jedoch in eine Legitimationskrise. John Stuart Mill (1806-1873) befasste sich als einer der ersten liberalen Denker ausführlich mit der „sozialen Frage“ und verwarf zumindest teilweise das wirtschaftsliberale Laissez-faire-Prinzip, indem er eine – notfalls auch staatlich regulierte – gerechtere Verteilung der materiellen Güter forderte.⁶⁸ Charakteristisch für den Liberalismus in Deutschland war, dass die soziale Frage oftmals von der „deutschen Frage“, also der ungeklärten politischen und territorialen Ordnung des Landes, überlagert wurde. Sowohl die soziale als auch die nationale Frage verursachten immer wieder Spaltungen und Zerwürfnisse innerhalb des liberalen Lagers.⁶⁹ Diese beiden großen Konfliktlinien waren gleichwohl nicht zwangsläufig miteinander verzahnt, weshalb sich eine Erzählung des deutschen Liberalismus nicht in der dichotomischen Gegenüberstellung von Sozialliberalismus und Nationalliberalismus erschöpfen kann. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf Friedrich Naumann verwiesen, der zwar als der sozialliberale Vorkämpfer schlechthin gilt, zugleich aber als glühender Anhänger des wilhelminischen Imperialismus in Erscheinung trat.⁷⁰

⁶⁴ Dittberner, Jürgen: Die FDP, S. 10.

⁶⁵ Vgl. Knoll, Manuel: John Locke als Vordenker der Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010, S. 211-244, hier S. 212.

⁶⁶ Vgl. Bohlender, Matthias: Herrschen, Regieren, Regulieren. Zur liberalen politischen Rationalität von Adam Smith. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 79-96, hier S. 79.

⁶⁷ Hans Vorländer interpretierte die unsichtbare Hand als „die säkularisierte Form des einheitsstiftenden Prinzip Gottes“. Vorländer, Hans: Der ambivalente Liberalismus – oder: Was hält die liberale Demokratie zusammen? In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 233-253, hier S. 240.

⁶⁸ Vgl. Gaulke, Jürgen: Freiheit und Ordnung bei John Stuart Mill und Friedrich August von Hayek. Versuch, Scheitern und Antithese eines ethischen Liberalismus. Frankfurt am Main 1994, S. 72-73.

⁶⁹ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. 2. Aufl. Stuttgart 1983, S. 40.

⁷⁰ Vgl. Steltemeier, Rolf: Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung. Baden-Baden 2015, S. 293.

Der deutsche Frühliberalismus zwischen 1815 und 1848 manifestierte sich als „oppositionelle politische Verfassungsbewegung“ des Bürgertums, der ein stark antidemokratischer Habitus innewohnte. Durch restriktive Wahlrechtsbeschränkungen sollte die „Herrschaft der Vermögenslosen“ verhindert werden, die Republik galt den Frühliberalen als Schreckensvision, die mit der „Anarchie“ und „Pöbelherrschaft“ der Französischen Revolution assoziiert wurde. Während der Revolution von 1848/49 kämpften die Liberalen an zwei Fronten: Der föderative Nationalstaat in Form einer konstitutionellen Monarchie sollte gegen die Konservativen erkämpft, gleichzeitig aber allzu egalitäre Forderungen der Demokraten und Republikaner abgewehrt werden. Hier reklamierten die Liberalen also bereits jenen Platz in der politischen „Mitte“ für sich, als die Kraft der gemäßigten Reform zwischen reaktionärem Starrsinn und revolutionärem Übermut. Die Zurückweisung der Kaiserwürde durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. im Jahr 1849 bedeutete das Ende für die Paulskirchenverfassung, welche ein für viele Liberale ohnehin eher ungeliebter Kompromiss mit den Demokraten war, und den liberalen Rückzug vom revolutionären Projekt.⁷¹

1861 gründete sich mit der *Deutschen Fortschrittspartei* (DFP) die erste liberale Organisation auf deutschem Boden, die Strukturen und Programmatik einer modernen politischen Partei aufwies. Im preußischen Verfassungskonflikt forderte sie eine konsequente Parlamentarisierung des politischen Systems und stand damit in Opposition zur autoritären Politik Otto von Bismarcks.⁷² Allerdings gelang es dem Ministerpräsidenten, durch seine kriegsreiche Reichseinigungspolitik die Mehrheit der liberalen Fraktion auf seine Seite zu ziehen. Fasziniert von der Aussicht auf ein Deutsches Reich unter preußischer Vorherrschaft gaben jene Abgeordneten mit dem Haushaltrecht des Parlaments, welches bereits jahrelang ausgehöhlt worden war, eines der fundamentalen liberalen Prinzipien auf.⁷³ Folge dieses Zerwürfnisses war die Gründung der *Nationalliberalen Partei* (NLP) im Jahr 1867.⁷⁴ Die erste Spaltung des deutschen Liberalismus vollzog sich also nicht durch die soziale, sondern die nationale Frage. Bezeichnenderweise lehnten die Linksliberalen, im Gegensatz zu den Nationalliberalen, die Bismarcksche Sozialgesetzgebung nahezu einhellig ab und vertraten auch ansonsten sehr viel konsequenter einen ökonomischen Liberalismus in der Tradition

⁷¹ Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988, S. 13-56.

⁷² Vgl. Ebd., S. 94-97.

⁷³ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 6.

⁷⁴ Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 106.

Adam Smiths.⁷⁵ Abspaltungen und Neugründungen von Parteien blieben für das gesamte liberale Spektrum während des Kaiserreichs charakteristisch.⁷⁶

In der Anfangszeit der Weimarer Republik wurde erstmals in größerem Umfang der Versuch unternommen, die zersplitterten Liberalen wieder zu vereinen. Angesichts der stark voneinander abweichenden Vorstellungen hinsichtlich Deutschlands Zukunft erwies sich dies allerdings rasch als illusorisch, und so wurden mit den Gründungen der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) und der *Deutschen Volkspartei* (DVP) im Wesentlichen die Lager des Vorkriegsliberalismus wieder hergestellt. Der deutsche Linksliberalismus hatte inzwischen jedoch eine signifikante Transformation durchlaufen, denn mit der Gründung der *Fortschrittlichen Volkspartei* (FVP) im Jahr 1910, aus der achte Jahre später die DDP hervorgehen sollte, versöhnte man sich nicht nur mit der Idee des Sozialstaats, sondern auch mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.⁷⁷ Die FVP stand somit auch sozialpolitisch „links“ vom Nationalliberalismus, was die liberalen Gräben noch weiter vertiefte. Zwischen 1918 und 1933 gaben DDP und DVP ein solch divergierendes Bild ab, dass die gemeinsamen Wurzeln kaum noch zu erkennen waren: Während sich die DDP die schwarz-rot-goldene Fahne zu eigen machte und zur Weimarer Staatspartei schlechthin wurde, hisste die DVP weiterhin den schwarz-weiß-roten Banner des Kaiserreichs und suchte Anschluss an die republikfeindliche *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP). Die Folgen dieses Zerwürfnisses waren verheerend: „Das Etikett des Liberalismus benannte keinen eindeutigen politischen Inhalt mehr. Es haftete auf zwei politisch nahezu antagonistischen Optionen.“⁷⁸ Gegen Ende der Republik waren beide Parteien in die politische Bedeutungslosigkeit herabgesunken und derart marginalisiert, dass sie dem Aufstieg des Nationalsozialismus nicht den geringsten Widerstand entgegensetzen konnten.⁷⁹

Dass es nach dem Zweiten Weltkrieg doch noch zur Wiedervereinigung der unterschiedlichen Strömungen kam, resultierte vor allem aus der Einsicht, dass eine liberale Partei nur dann noch eine relevante politische Rolle spielen würde, wenn sie das überkommene Lagerdenken hinter sich ließ.⁸⁰ Allerdings wurde ein solcher Neuanfang auch durch den Umstand begünstigt, dass es in der Parteienlandschaft tatsächlich so etwas wie eine „Stunde Null“ gab. Das politische Leben erwachte zuerst an der Basis, in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden,

⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 195-197.

⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 151, 178.

⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 225, 241.

⁷⁸ Lösche / Walter: Die FDP, S. 18.

⁷⁹ Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 283-284.

⁸⁰ Vgl. Weber, Klaus: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 74.

welche in ihrer Entwicklung ein hohes Maß an Autonomie genossen. Der Gründungsparteitag der FDP am 11. und 12. Dezember 1948 in Heppenheim war demzufolge ein Zusammenschluss von äußerst heterogenen Landesparteien, die sich in unterschiedlichen liberalen Traditionen verorteten.⁸¹ Wohl nicht zuletzt deshalb erfolgte die Parteigründung, ohne eine Debatte über das gemeinsame Liberalismusverständnis zu führen.⁸² Selbst auf die Aufnahme des Wortes „liberal“ in den Parteinamen verzichtete man aufgrund von Zweifeln, „ob das Wort Liberalismus dieser Generation noch etwas zu sagen habe“.⁸³ Bei aller Verschiedenheit der Landesverbände ließ sich doch ein gewisser Grundkonsens in der frühen FDP erkennen, der vor allem auf drei Säulen ruhte: den Forderungen nach Laizismus, Marktwirtschaft und nationaler Einheit.⁸⁴ Soziologisch betrachtet war die Partei besonders stark im „alten Mittelstand“ selbstständiger Kleinunternehmer aus Handel, Handwerk und Gewerbe verankert.⁸⁵

Dass das Fortleben der nationalliberalen Tradition problematisch war, weil sie als Transmissionsriemen zu nationalistischem und gar nationalsozialistischem Gedankengut dienen konnte, zeigte sich allerdings schon recht bald. Auf dem Bundesparteitag in Bad Ems im November 1952 bejubelten die Delegierten den Entwurf des *Deutschen Programms*, welches angesichts der Kriegsniederlage und der Besatzung durch die Siegermächte über „Deutschlands tiefste Erniedrigung“ klagte und ohne jeden Verweis auf den Liberalismus auskam. Es wurde wohl nur deshalb nicht verabschiedet, weil seine Initiatoren eine Parteispaltung fürchteten.⁸⁶ Im Januar 1953 gelangte durch die britischen Besatzungsbehörden die sogenannte „Naumann-Affäre“ an die Öffentlichkeit: Ehemalige Nationalsozialisten wie Werner Naumann, letzter Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, und Werner Best, Bevollmächtigter des Dritten Reiches in Dänemark, hatten den Landesverband Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel unterwandert, aus der FDP die Partei der „nationalen Sammlung“ zu machen. Obwohl personelle Konsequenzen gezogen wurden, blieb der Einfluss des Nationalliberalismus auch weiterhin stark.⁸⁷

⁸¹ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 32-34.

⁸² Vgl. Kaack, Heino: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 2. Aufl. Meisenheim 1978, S. 13.

⁸³ So Theodor Heuss auf dem Gründungsparteitag, zit. n. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 291.

⁸⁴ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 17.

⁸⁵ Vgl. Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses. In: Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 190-226, hier S. 206-207.

⁸⁶ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 34-35.

⁸⁷ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 36-37.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Freidemokraten in der Frühzeit der Bundesrepublik einer konservativen Politik zugeneigt waren und die CDU/CSU als ihren natürlichen Bündnispartner ansahen. In den ersten beiden Adenauer-Kabinetten stellten sie jeweils mehrere Minister. Die enge Anbindung an die Union brachte jedoch auch eine große Gefahr mit sich, denn gerade die CDU mit ihrer überkonfessionellen Ausrichtung konnte Wähler aus dem bürgerlich-protestantischen Milieu der Liberalen mobilisieren.⁸⁸ Die Angst der FDP, von der Union absorbiert zu werden, verstärkte sich noch, als Adenauer Pläne für ein neues Wahlrecht nach dem Mehrheitsprinzip kursieren ließ, welches die Freidemokraten wohl in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit gestürzt hätte. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen, der nach der „Naumann-Affäre“ einen Generationswechsel durchlaufen hatte, probten junge Politiker wie Willy Weyer, Wolfgang Döring und Walter Scheel, die sogenannten „Jungtürken“, den Aufstand gegen die CDU. Im Februar 1956 kündigten sie die christlich-liberale Koalition in Düsseldorf auf und gingen kurzerhand ein Regierungsbündnis mit der SPD ein. Auch wenn diese Öffnung nach links ein rein taktisches Manöver war, dem keine sozial-liberale Reformkonzeption zu Grunde lag, erweiterte sie doch die politische Manövrierfähigkeit der FDP durch das Aufweichen der Bindung an die Union beträchtlich.⁸⁹ Das Verhältnis zu Adenauer und seiner Partei blieb fortan angespannt.

Nachdem die Union bei der Bundestagswahl 1957 die absolute Mehrheit errungen hatte und die FDP erstmals eine Legislaturperiode in der Opposition verbringen musste, traten die Freidemokraten 1961 mit dem Versprechen an, nur dann eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, wenn Adenauer nicht länger Bundeskanzler bleiben würde. Aus Angst vor einer Wahlrechtsreform unter einer möglichen Großen Koalition ließen sie sich dennoch auf die Avancen der Union ein, unter der Bedingung, dass Adenauer in der Mitte der Legislaturperiode zurücktreten würde. Dieses Umschwenken brachte der FDP viel Hohn und Spott in den Medien ein, die Parole von der „Umfaller-Partei“ verfolgte die Liberalen noch jahrelang. Im Herbst 1962 bot sich ihnen allerdings eine unverhoffte Chance, um sich gegenüber der übermächtigen Union zu profilieren und die Tradition des Bürgerrechtsliberalismus wieder in Erinnerung zu rufen. Alle fünf freidemokratischen Minister erklärten während der „Spiegel-Affäre“ aus Protest gegen die zwielichtige Rolle von Franz Josef Strauß beim strafrechtlichen Vorgehen gegen das Hamburger Nachrichtenmagazin ihren Rücktritt aus der Koalition, womit sie den Verteidigungsminister schließlich zum Amtsverzicht zwangen. Dies erhöhte die Sympathien des reformorientierten

⁸⁸ Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 289.

⁸⁹ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 40-43.

Bürgertums für die FDP und begründete ihren Ruf als „Anti-Strauß-Partei“.⁹⁰ Die Reaktionen auf die Spiegel-Affäre waren nicht nur eine „Sternstunde für den organisierten Liberalismus“, wie Jürgen Dittberner konstatierte,⁹¹ sondern verdeutlichten auch die zunehmende Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, die sich allmählich vom restaurativen Klima der Adenauer-Ära verabschiedete.⁹²

Wirtschaftspolitisch verfolgte die FDP von Beginn an einen strikt marktwirtschaftlichen Kurs, der sich gegen die kollektivistischen Tendenzen in der SPD und auch in Teilen der Union richtete. Der parteipolitische Anschluss an eine programmatische Erneuerung des Wirtschaftsliberalismus gelang jedoch zuerst der CDU, die in ihren *Düsseldorfer Leitsätzen* von 1949 das prägnante Schlagwort der „sozialen Marktwirtschaft“ einführte.⁹³ Die Freidemokraten zielten in eine ähnliche Richtung, als sie sich auf ihrem Bundesparteitag 1951 zur „sozialverpflichteten Marktwirtschaft“ bekannten und im Wahlprogramm von 1953 die populäre These des „Wohlstands für alle“ übernahmen.⁹⁴ Der erste bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard verkörperte geradezu die Idee der Sozialen Marktwirtschaft und das mit ihr assoziierte „Wirtschaftswunder“. Erhard war 1948 auf Vorschlag der FDP zum Direktor der Wirtschaftsverwaltung in der Bizone bestellt worden, trat jedoch später der CDU bei.⁹⁵ Das theoretische Fundament für Erhards Wirtschaftspolitik lieferte der sogenannte Ordoliberalismus der „Freiburger Schule“ um Ökonomen wie Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre begannen, die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess zu überdenken. Im Gegensatz zum Laissez-faire-Kapitalismus des klassischen Liberalismus gestand die ordoliberalen Konzeption dem Staat erweiterte Kompetenzen vor allem im Bereich der Ordnungspolitik zu.⁹⁶ Der eigentliche Architekt der Sozialen Marktwirtschaft war allerdings Alfred Müller-Armack, CDU-Mitglied und Leiter der Grundsatzabteilung in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium. Er erweiterte die Ideen der „Freiburger Schule“ um Aspekte der

⁹⁰ Vgl. Ebd., S. 52-54.

⁹¹ Dittberner: Die FDP, S. 43.

⁹² Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980. Göttingen 2002, S. 7-50, hier S. 39-41.

⁹³ Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 292.

⁹⁴ Vgl. Freiburger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei, S. 66-67.

⁹⁵ Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 292.

⁹⁶ Vgl. Zinn, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim 1992, S. 24-26.

katholischen Soziallehre und räumte dem Staat einen noch beträchtlich größeren wirtschafts- und sozialpolitischen Spielraum ein als seine ordoliberalen Vordenker.⁹⁷

Die undifferenzierte Gleichsetzung von Sozialer Marktwirtschaft und Ordoliberalismus führte im Laufe der Zeit zu einer Begriffsverwirrung, die noch dadurch verkompliziert wurde, dass Letzterer auch unter dem Begriff „Neoliberalismus“ bekannt war.⁹⁸ Daraus folgte, dass Ludwig Erhard die Begriffe Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus noch als Synonyme verwendete,⁹⁹ sie später jedoch zu regelrechten Antipoden wurden.¹⁰⁰ Für die bundesdeutsche Parteienlandschaft der 1950er Jahre lässt sich jedenfalls festhalten, dass das integrative Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eher in der CDU, die „reine Lehre“ des Ordoliberalismus eher in der FDP auf Anklang stieß. Dies zeigte sich in subtilen Unterschieden, wie der Abgrenzung der „sozialverpflichteten“ von der „sozialen“ Marktwirtschaft, ebenso wie in der Tatsache, dass die Freidemokraten bis in die 1960er Jahre praktisch keine eigenen sozialstaatlichen Konzeptionen vorlegten und ausschließlich in der Rolle des „Bremsers“ fungierten.¹⁰¹

Das ordoliberale Staatsverständnis beruhte auf der traditionellen Vorstellung des 19. Jahrhunderts, zwischen Staat und Gesellschaft eine strikte Trennung vornehmen zu können. Der Staat durfte durchaus stark sein, sofern er sich dadurch über die partikularen gesellschaftlichen Gruppeninteressen erheben konnte. Diese Ideen spielten für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle.¹⁰² Freilich leitete sich daraus auch die Forderung nach dezenter Zurückhaltung des Staates bei direkten Eingriffen in den Marktprozess ab, und nicht zuletzt tabuisierte Erhard aufgrund seiner persönlichen Abneigung gegen den nationalsozialistischen Vierjahresplan und die kommunistische Planwirtschaft in der DDR jeden Gedanken an eine staatliche Wirtschaftsplanung.

⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 36-37.

⁹⁸ Dieser diente später zur – meist negativ konnotierten – Bezeichnung der „Österreichischen Schule“ um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek sowie von Milton Friedmans „Chicago School“. Vgl. Steltemeier: Liberalismus, S. 96.

⁹⁹ Vgl. Nordmann, Jürgen: Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt. Popper und Hayek im Diskurs. Hamburg 2005, S. 32.

¹⁰⁰ Vgl. Israel, Joachim: Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main 1997, S. 73-93.

¹⁰¹ Vgl. Zundel, Rolf: Die Erben des Liberalismus. Freudenstadt 1971, S. 163-165.

¹⁰² Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 27.

Die internationalen Rahmenbedingungen weichten dieses spezifisch bundesdeutsche „Planungstabu“ gegen Ende der 1950er Jahre jedoch zunehmend auf.¹⁰³ Noch unter Erhards Leitung erhielten vereinzelte keynesianische Elemente Einzug in die Wirtschaftspolitik.¹⁰⁴ Im März 1964, Erhard war inzwischen als Nachfolger Adenauers ins Bundeskanzleramt eingezogen und regierte mit der FDP als Koalitionspartner, beschloss das Bundeskabinett die „Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen zur Beeinflussung der Konjunktur“. Da man das bisherige finanz- und konjunkturpolitische Instrumentarium nicht mehr für ausreichend hielt, sollte die Kabinettsvorlage mit ihrem Schwerpunkt auf antizyklischer Fiskalpolitik vor allem zur Sicherung der Geldwertstabilität und Dämpfung überhitzter Boomphasen dienen. Der freidemokratische Bundesfinanzminister Rolf Dahlgrün blockierte jedoch den eingebrachten Gesetzesentwurf, da er um die Autonomie seines Ressorts fürchtete. Erst im Sommer 1966 gab die FDP angesichts einer weiter beschleunigten Inflation ihren Widerstand gegen das Vorhaben des christdemokratischen Wirtschaftsministers Kurt Schmücker auf.¹⁰⁵ Noch im selben Jahr kam es wegen finanzpolitischen Differenzen zum Zerwürfnis zwischen den Regierungsparteien. Nachdem sich die Freidemokraten in ihren Parteitagsbeschlüssen gegen Steuererhöhungen ausgesprochen hatten, waren sie nicht bereit, die von der Union angestrebte Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer mitzutragen, und kündigten wegen dieses vergleichsweise banal anmutenden Grundes die Koalition auf.¹⁰⁶

Mit ihrem Rückzug in die Opposition bereitete die FDP den Weg für die erste Große Koalition in der bundesdeutschen Geschichte und somit auch für die weitere Entwicklung einer Wirtschaftspolitik nach keynesianischem Muster. Mit dem Einzug des Sozialdemokraten Karl Schiller ins Bundeswirtschaftsministerium wurde endgültig mit der Planungsskepsis der Erhard-Jahre gebrochen und eine Politik etabliert, die auf Basis wissenschaftlicher Expertise ökonomische Entscheidungssicherheit herstellen sollte.¹⁰⁷ Im Juni 1967, während der ersten Rezession des lang anhaltenden Nachkriegsbooms, verabschiedete die Bundesregierung unter Federführung Schillers das *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft*. Es schrieb die Gleichwertigkeit der Stabilität des Preisniveaus, eines hohen Beschäftigungsstandes, des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums fest und begründete mit diesem „magischen Viereck“ einen weitreichenden Steuerungsanspruch der

¹⁰³ Vgl. Doering-Manteuffel / Raphael: Nach dem Boom, S. 19-20.

¹⁰⁴ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 55.

¹⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 82-83.

¹⁰⁶ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 43.

¹⁰⁷ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 55.

Wirtschaftspolitik.¹⁰⁸ Schiller wies mit seinem keynesianischen Konzept der Globalsteuerung dem Staat eine aktive Rolle im ökonomischen Prozess zu, was zweifellos einem Bruch mit der ordoliberalen Tradition gleichkam. Offen postulieren wollte er dies jedoch nicht, weil dem Wirtschaftsminister daran gelegen war, seine neue Politik in die Kontinuitätslinie der Sozialen Marktwirtschaft zu stellen. Schillers Mitarbeiter Otto Schlecht bezeichnete die Neuausrichtung im Wirtschaftsressort folgerichtig als eine „Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft“.¹⁰⁹

Die FDP war in ihrer zweiten Oppositionsphase zwischen 1966 und 1969 mit intensiven innerparteilichen Ausdifferenzierungsprozessen beschäftigt, bei denen der Wirtschaftspolitik allerdings nur eine untergeordnete Bedeutung zukam. Eine Auseinandersetzung mit Schillers Ideen erfolgte im Aktionsprogramm *Ziele des Fortschritts*, verabschiedet auf dem Bundesparteitag 1967 in Hannover, in dem man sich zwischen punktueller Kritik und bedingten Zugeständnissen bewegte. Im Zielkonflikt zwischen Wachstum und Stabilität forderte die FDP ein ausgewogenes Verhältnis, wobei Stabilität die Grundvoraussetzung für Wachstum bilde. Den Konjunkturprogrammen der Großen Koalition sprach man nur so lange eine Berechtigung zu, bis eine konjunkturelle Erholung absehbar werde. Auch die zur Konjunkturbelebung aufgenommenen Schulden müssten dann mittelfristig getilgt werden. Der Staat dürfe keine Produktions- oder Investitionsziele setzen, seine Entscheidungen und Prognosen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik könnten zu fehlerhaften Planungen der privaten Unternehmen führen. Zudem dürfe der Kapitalmarkt nicht zu Lasten der Privatwirtschaft übermäßig von Seiten des Staates beansprucht werden. Im konjunkturpolitischen Teil ihrer *Nürnberger Wahlplattform* von 1969 räumte die FDP der Vollbeschäftigung gar die Priorität in der Rangordnung der wirtschaftspolitischen Ziele ein, da nur sie die Voraussetzung schaffe, die strukturellen Veränderungen in modernen Industriegesellschaften ohne soziale Erschütterungen zu meistern.¹¹⁰ Insgesamt blieb das Profil der Partei im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich während der Oppositionszeit jedoch eher blass. Im Bundestagswahlkampf 1969 verpasste die FDP eine klare Positionierung in der Frage der D-Mark-Aufwertung, um die zwischen den Koalitionsparteien kontrovers gestritten wurde.¹¹¹ Eine prägnante Konzeption der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gar eine programmatische Neuorientierung, blieb aus. 1971 konnte der

¹⁰⁸ Vgl. Doering-Manteuffel / Raphael: Nach dem Boom, S. 24.

¹⁰⁹ Zit. n. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 55.

¹¹⁰ Vgl. Freiburger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei, S. 171-174.

¹¹¹ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 174.

parteinahe Journalist Rolf Zundel deshalb noch immer resümieren: „Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft in neoliberaler Interpretation durchzieht die gesamte Wirtschaftspolitik der FDP seit ihrer Gründung wie ein roter Faden.“¹¹²

Dennoch waren die drei Oppositionsjahre für die Freidemokraten keineswegs eine Zeit der politischen Stagnation. Vielmehr sorgte das Wiederaufkommen der nationalen Frage, die den deutschen Liberalismus seit seinen Anfängen so entscheidend geprägt hatte, für die bis dahin weitreichendsten innerparteilichen Zerwürfnisse. Die FDP hatte sich stets der Wiedervereinigung der alten Reichsgebiete verschrieben, ohne jedoch eine eigene, stringente Deutschlandpolitik zu entwickeln. Grundsätzlich unterstützte man Adenauers „Politik der Stärke“ gegenüber dem Osten, wenngleich sich in Teilen der Partei bald die Zweifel mehrten, ob mit der starken Westbindung tatsächlich eine baldige Überwindung der Teilung zu erreichen sei. Während der ersten Oppositionsphase zwischen 1957 und 1961 wuchsen die Bestrebungen, sich von der Deutschlandpolitik der Union abzugrenzen. Anfang 1959 präsentierte die Bundestagsfraktion einen *Deutschlandplan*, der auf Vorarbeiten von Karl Georg Pfeleiderer und Erich Mende basierte und die verfahrenere Wiedervereinigungspolitik in eine neue Richtung lenken sollte. Ein deutscher Friedensvertrag sollte zeitgleich zu einem europäischen Sicherheitsvertrag abgeschlossen werden, um aus Mitteleuropa eine militärisch verdünnte Zone zu machen. In der Frage der deutschen Ostgrenze beharrte man nicht mehr auf den Grenzen von 1937, sondern forderte lediglich eine „vernünftige und versöhnende“ Lösung. Im Frühjahr 1962 legte Wolfgang Schollwer eine Denkschrift mit dem Titel *Verklammerung und Wiedervereinigung* vor, die Konsequenzen aus dem Mauerbau zog und in ihren Forderungen weit über den *Deutschlandplan* hinausreichte. Schollwer forderte darin den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin, die Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehung zu den osteuropäischen Staaten. Der Parteivorsitzende Erich Mende, der zwischen 1963 und 1966 auch als Minister für gesamtdeutsche Fragen amtierte, nahm diese Überlegungen zunächst wohlwollend zur Kenntnis, distanzierte sich jedoch von Schollwer, als das parteiinterne Papier zwei Jahre später publik wurde.¹¹³ Ohnehin war Mendes Haltung in dieser Hinsicht äußerst ambivalent: gehörte er einerseits zu den ersten Freidemokraten, die über neue deutschlandpolitische Konzepte nachdachten, hielt er andererseits – wie im Bundestagswahlkampf 1965 – kämpferische Reden mit deutschnationalem Pathos.¹¹⁴

¹¹² Zundel: Die Erben des Liberalismus, S. 114. In diesem Falle dient „neoliberal“ als Synonym für „ordoliberal“.

¹¹³ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 65-71.

¹¹⁴ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 64.

Im Gegensatz zur FDP gab es innerhalb der CDU/CSU keinerlei Bewegung in der Deutschland- und Ostpolitik. Als Wolfgang Schollwer seine neue Studie *Die deutsche Frage im Sommer 1966* publizierte, worin er die offizielle Deutschlandpolitik der Erhard-Regierung kritisierte und abermals eine Abkehr vom Alleinvertretungsanspruch forderte, sah sich die FDP-Führung aus Gründen der Koalitionsrason zur Distanzierung gezwungen. Doch nur wenig später bekräftigte Hans-Dietrich Genscher, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Schollwers Kritik und schlug eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz zur Eröffnung einer erfolgreichen Wiedervereinigungspolitik vor. Darüber hinaus forderte Genscher, die DDR als politisches Faktum zu akzeptieren. Da die Realisierung solcher Vorschläge in einer gemeinsamen Regierung mit den Unionsparteien utopisch war, wurde ein nachhaltiger deutschlandpolitischer Aufbruch der Freidemokraten erst nach dem Koalitionsende im Oktober 1966 möglich.¹¹⁵

In den Reihen der nun oppositionellen FDP wurde rasch erkannt, dass man in der Konzeption einer neuen Deutschland- und Ostpolitik in die Offensive würde gehen müssen, wollte man dieses Feld nicht den Sozialdemokraten unter dem neuen Außenminister Willy Brandt überlassen. Wolfgang Schollwer wurde deshalb mit der Ausarbeitung eines Grundsatzpapiers beauftragt, welches er auf der Bundesvorstandssitzung vom 21. und 22. Januar 1967 vorlegte. Die Reaktionen auf das zweite Schollwer-Papier fielen jedoch zurückhaltend bis ablehnend aus, und der Autor berichtete in seinem Tagebuch resigniert von einer „politisch völlig ergebnislosen Sitzung“. Ende Februar suchte *Stern*-Herausgeber Henri Nannen den Parteichef Erich Mende in dessen Haus in Bad Godesberg auf und versprach ihm die publizistische Unterstützung durch verschiedene Medien, sollte die FDP sich zu einem entschiedenen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik durchringen. Mende wies das Angebot zurück, nicht wissend, dass dem *Stern* das zweite Schollwer-Papier bereits zugespielt worden war. Am 3. März 1967 veröffentlichte das Nachrichtenmagazin eine thesenförmige Zusammenfassung von Schollwers wichtigsten Forderungen: Verzicht auf alle deutschen Ostgebiete und Anerkennung der gegenwärtigen Ostgrenzen sowie der DDR, gegenseitige Unterstützung der zwei deutschen Staaten bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen, Interessenvertretung Bonns und Ostberlins durch den jeweils Anderen in Ländern ohne Botschafter aus beiden Staaten. Fast alle Liberalen, selbst Vertreter der linken Flügel wie William Borm oder

¹¹⁵ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 72-73.

Hermann Oxfort, distanzierten sich von den weitreichenden Ideen, was wiederum Schollwer in die innerparteiliche Isolation zu drängen drohte.¹¹⁶

Die Debatte hatte jedoch derart an Dynamik gewonnen, dass sie fortan nicht mehr zur Ruhe kommen sollte. Enttäuscht über die Reaktion seiner Partei auf Schollwers Thesen publizierte Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin einen wegweisenden Artikel mit dem Titel *Die Stunde der Wahrheit*. Zuerst in der März-Ausgabe der Zeitschrift *Liberal* erschienen, entfaltete die Schrift ihre ganze Breitenwirkung ebenfalls erst mit der Veröffentlichung in Henri Nannens *Stern* am 17. März 1967. In pointierter Form legte Rubin dem Leser seine Thesen zur Ost- und Deutschlandpolitik dar: Freund und Feind seien sich darüber einig, dass die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 weder möglich noch wünschenswert sei. Eine Wiedervereinigung könne es ohne die Anerkennung der seit 1945 geschaffenen Fakten, also der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und der DDR als zweitem Staat auf deutschem Boden, nicht geben. Diese könne überdies niemals als „Anschluss“ der DDR an die Bundesrepublik vonstatten gehen und ein wiedervereinigtes Deutschland nur ein neutralisiertes und in seiner Souveränität beschränktes Land sein. Auf Basis dieser Einsichten gelte es, eine neue Deutschland- und Ostpolitik zu konzipieren und durchzuführen. Mit seinen Thesen stieß Rubin in seinem eigenen nordrhein-westfälischen Landesverband, der noch immer einen starken nationalliberalen Flügel besaß, auf zum Teil heftige Ablehnung, der Kreisverband Essen beabsichtigte gar, einen Parteiausschluss zu beantragen.

Auf dem Hannoveraner Bundesparteitag vom 3. bis 5. April 1967 wurden die beträchtlichen innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten zu diesem Themenkomplex erstmals offen ausgetragen. Schon im Vorfeld wurde die Frage nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zum Grundsatzstreit zwischen Reformern und Konservativen hochstilisiert. In neuer Gestalt gewann also der alte Gegensatz zwischen einem „nationalen“ und einem „linken“ Liberalismus wieder an Aktualität. Beide Lager waren auf dem Parteitag von Hannover in ungefähr gleicher Stärke vertreten. In seiner Eröffnungsrede bekannte sich der Parteivorsitzende Mende, einst Vordenker einer deutschlandpolitischen Auflockerung, uneingeschränkt zur Sichtweise der Nationalliberalen: ein Abtreten der ehemaligen Reichsgebiete an Polen ohne die geringste Gegenleistung sei inakzeptabel, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze werde es unter seinem Vorsitz nicht geben. Um eine Parteispaltung zu verhindern, wurden die deutschlandpolitischen Thesen des *Hannoveraner Aktionsprogramms*

¹¹⁶ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 259-261.

sorgsam austariert, womit sie freilich auch verschiedenen Interpretationen offenstanden. Die friedliche Vereinigung der Deutschen in Freiheit und Demokratie wurde zum obersten Ziel deutscher Politik erklärt, wobei das „Recht auf Heimat“ und die nationale Selbstbestimmung zu beachten seien. Andererseits bekannte man sich zum „Wandel durch Annäherung“, basierend auf Verbesserung der menschlichen Beziehungen und Angleichung des Lebensstandards zwischen Ost und West.¹¹⁷

Der Bundesparteitag von Freiburg, der Ende Januar 1968 stattfand, beendete die Ära des umstrittenen Vorsitzenden Mende, der durch Walter Scheel abgelöst wurde. Der Soziologieprofessor Ralf Dahrendorf symbolisierte die Aufbruchsstimmung, die von diesem Parteitag ausging, wie kaum ein Zweiter, als er bereits kurz nach seinem Eintritt in die FDP als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. Besonders sein Aufeinandertreffen mit Studentenführer Rudi Dutschke vor der Freiburger Stadthalle, bei dem die Reformbedürftigkeit der deutschen Gesellschaft diskutiert wurde, sorgte für große mediale Aufmerksamkeit.¹¹⁸ Der gemeinsame Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung der Großen Koalition führte zu einer spürbaren Annäherung zwischen außer- und innerparlamentarischer Opposition, wenngleich die zum Teil unüberwindbaren Differenzen beim Freiburger Disput mehr als deutlich wurden. Jene Freidemokraten, die auf eine Reform der Partei drängten, erkannten das politische Potenzial der wachsenden akademischen Mittelschicht, von der die Studentenbewegung nur die Speerspitze bildete. Um diese Wählerklientel für sich zu gewinnen, drängten vor allem Karl-Hermann Flach und Hans Friderichs darauf, den in ihren Augen überkommenen nationalliberalen Ballast abzuwerfen. Zweifellos war die neue Deutschland- und Ostpolitik das Prunkstück der FDP-Reformer und ein wichtiges Profilierungsfeld gegenüber der Großen Koalition. Doch Scheel und sein Stellvertreter Genscher, beide prinzipiell durchaus einer Modernisierung der Partei zugeneigt, bremsten allzu energische Reformbestrebungen aus, weil sie den Verlust des rechten Flügels fürchteten. Dass die Nationalliberalen noch immer eine einflussreiche Größe waren, hatte sich auf dem Freiburger Parteitag gezeigt, als mit Siegfried Zoglmann und Heinz Starke zwei ihrer exponiertesten Vertreter in den Bundesvorstand eingezogen waren.¹¹⁹

¹¹⁷ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 77-81.

¹¹⁸ Vgl. Kieseritzky, Wolther von: Tendenzwende(n). Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre. In: Grothe, Ewald / Sieg, Ulrich: Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014, S. 271-295, hier S. 271-272.

¹¹⁹ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 73-77.

Erst mit der am 25. Juni 1969 verabschiedeten *Nürnberger Wahlplattform* gelang der FDP ein entscheidender Durchbruch in der deutschlandpolitischen Programmatik. Die Wahlplattform forderte den Abschluss eines Staatsvertrages mit der DDR, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin und die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, welche nicht an territorialen Fragen scheitern dürfe, wenngleich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht explizit erwähnt wurde.¹²⁰ Als erste bundesdeutsche Partei rückte die FDP damit von der Zielvorstellung einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung ab.¹²¹ Dass eine solche Politik im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl nur im Bündnis mit der SPD eine Chance auf Verwirklichung haben würde, war offensichtlich. Bereits 1966, nach dem Austritt aus der Erhard-Regierung, hatte man mit den Sozialdemokraten Koalitionsgespräche geführt, die allerdings an den wirtschaftspolitischen Differenzen gescheitert waren.¹²² Dass drei Jahre später ein neuer Annäherungsversuch gewagt werden sollte, zeigte die von der FDP unterstützte Wahl des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten am 5. März 1969. Heinemann interpretierte seine Amtsübernahme sogleich als ein „Stück Machtwechsel“.¹²³ Allerdings schreckten die Parteistrategen Scheel und Genscher davon zurück, im Wahlkampf ein offenes Bekenntnis zu einer sozial-liberalen Koalition abzulegen. Zu sehr fürchtete man noch immer die Abwendung der Nationalliberalen von der FDP, die mit zahlreichen Parteiaustritten nach der Wahl Heinemanns bereits begonnen hatte. Zwar bemühte sich die Partei, die ihre offizielle Schreibweise zu dieser Zeit in „F.D.P.“ änderte, in ihrer Außendarstellung vor allem progressive Wähler anzusprechen – so wurde auf Plakaten und in Anzeigen damit geworben, Deutschland zu verändern und alte Zöpfe abzuschneiden – doch erfolgten hinsichtlich der angestrebten Ziele aufgrund der koalitionspolitischen Offenheit keine konkreten Aussagen. Erst als Meinungsumfragen wenige Tage vor der Wahl die FDP unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde verorteten, rang sich Parteichef Scheel dazu durch, öffentlich seine Präferenz für eine Koalition mit der SPD zu bekunden.

Der Wahltag am 28. September 1969 brachte den Freidemokraten mit 5,8 Prozent der Wählerstimmen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Offensichtlich hatte das Hinauszögern der Koalitionsaussage den nationalliberalen Aderlass nicht aufhalten können und zugleich die Mobilisierung neuer Wähler aus der akademischen Mittelschicht verhindert.¹²⁴ Obwohl Scheel am Wahlabend ob des desolaten Ergebnisses seiner Partei

¹²⁰ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 90-91.

¹²¹ Vgl. Kaack: Die F.D.P., S. 40.

¹²² Vgl. Michel, Marco: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 - 2002. Wiesbaden 2005, S. 111.

¹²³ Zit. n. Baring: Machtwechsel, S. 143.

¹²⁴ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 79-81.

äußerst niedergeschlagen war, gab er SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt telefonisch die Zusage für die Bildung der ersten sozial-liberalen Regierungskoalition auf Bundesebene, die der designierte Bundeskanzler dann vor den Fernsehkameras verkündete.¹²⁵ In Anbetracht ihrer geringen Mandatszahl konnte die FDP die Koalitionsverhandlungen als beträchtlichen Erfolg verbuchen, erhielt sie doch mit dem Auswärtigen Amt für Walter Scheel und dem Innenministerium für Hans-Dietrich Genscher zwei Schlüsselressorts, darüber hinaus das Landwirtschaftsministerium für Josef Ertl, einem Vertreter des rechten Parteiflügels. Zwar hätte man noch lieber das Wirtschafts- oder Finanzministerium besetzt, doch galten die Amtsinhaber Karl Schiller und Alex Möller für die SPD als unverzichtbar.¹²⁶

Die „Neue Ostpolitik“ war zweifellos Raison d’Être der sozial-liberalen Koalition. Es war keine Phrase, als Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung verkündete, man wolle „ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen“.¹²⁷ Die Freidemokraten standen allerdings vor dem Problem, dass die schmerzhaft Trennung von ihrem nationalliberalen Flügel noch immer nicht endgültig vollzogen war. Durch das schwache Ergebnis bei der Bundestagswahl hatten viele Anhänger des Reformkurses, die häufig auf den mittleren Plätzen der Landeslisten standen, den Einzug ins Parlament verpasst, während alteingesessene Konservative die vorderen Listenplätze besetzten. Der Anteil der Nationalliberalen in der Bundestagsfraktion war im Vergleich zur Gesamtpartei also überproportional hoch.¹²⁸ Besonders der ehemalige Parteivorsitzende Erich Mende versuchte sich als Gegner des neuen Kurses zu profilieren und drohte seinem Nachfolger unverhohlen mit dem Aufbau einer dezidiert nationalliberalen Partei. Auf dem Bonner Bundesparteitag im Juni 1970 wurde Mendes Verhalten jedoch von der großen Mehrheit der Delegierten missbilligt, und die übrigen Nationalliberalen bei den Vorstandswahlen abgestraft; keiner von ihnen schaffte den Wiedereinzug in den Bundesvorstand. Die Versmähten um Mende und Zoglmann reagierten mit der Gründung der *National-Liberalen Aktion* (NLA), eines formal überparteilichen bundesweiten Verbandes, der zwischen 1000 und 1500 Mitglieder aus den FDP-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern rekrutieren konnte.¹²⁹

¹²⁵ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 202.

¹²⁶ Vgl. Ebd., S. 213.

¹²⁷ Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969. In: Bickerich, Wolfgang (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition. Hamburg 1982, S. 183.

¹²⁸ Vgl. Michel: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP, S. 127.

¹²⁹ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 82-83.

Naturgemäß bot die Durchsetzung der Neuen Ostpolitik ein hervorragendes Betätigungsfeld für den neuen Außenminister Walter Scheel, doch der Parteivorsitzende fremdelte anfangs mit seinem Ressort. Seine fehlende Erfahrung auf internationalem Parkett und das bisweilen unbeholfene Auftreten ließen ihn im Schatten des erfahrenen Außenpolitikers Willy Brandt verschwinden.¹³⁰ Erst im Rahmen der Verhandlungen zum Moskauer Vertrag im Juli und August 1970 konnte Scheel in seiner Rolle als Chefdiplomat an Renommee gewinnen. Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages, einen allgemeinen Gewaltverzicht und die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, waren bereits von Brandts Staatssekretär Egon Bahr ausgehandelt worden. Scheel setzte schließlich noch eine Verknüpfung der beiden Punkte durch, weil dadurch seiner Ansicht nach künftige friedliche Grenzänderungen bei einer möglichen Wiedervereinigung erleichtert würden. Außerdem brachte er ein Junktim ein, wonach erst ein befriedigendes Ergebnis der laufenden Vier-Mächte-Verhandlungen über den Status West-Berlins die Ratifizierung des Vertrages im Bundestag möglich machen würde.¹³¹ Nach seiner Rückkehr aus Moskau wurde der Außenminister, und nicht etwa der Sozialdemokrat Bahr, von der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Architekt des wegweisenden Vertragswerks gefeiert.¹³² Am 7. Dezember 1970 folgte die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.¹³³

Die freidemokratische Bundestagsfraktion schrumpfte indes immer weiter. Im Oktober 1971 hatten die NLA-Rebellen Mende, Zoglmann und Starke, gegen die bereits ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden war, Partei und Fraktion verlassen, um sich der Union anzuschließen, und im April 1972 tat es ihnen der Niedersachsen Wilhelm Helms gleich.¹³⁴ Damit betrug das Stimmenverhältnis zwischen Koalition und Opposition nur noch 249 zu 247. Der CDU-Vorsitzende Rainer Barzel erkannte die Chance, Bundeskanzler Brandt noch vor der parlamentarischen Ratifikation der Ostverträge zu stürzen, zumal sich mit Gerhard Kienbaum und Knut von Kühlmann-Stumm bereits die nächsten FDP-Abgeordneten anschickten, ins oppositionelle Lager zu wechseln. Das konstruktive Misstrauensvotum am 27. April 1972 scheiterte jedoch überraschend an zwei fehlenden Stimmen. Zahlungen von Bestechungsgeldern, in die sogar das DDR-Ministerium für Staatssicherheit involviert

¹³⁰ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 322-323.

¹³¹ Vgl. Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 2005, S. 186-187.

¹³² Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 420-421.

¹³³ Vgl. Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 188.

¹³⁴ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 83.

gewesen sein soll, ließen mindestens zwei Unionsabgeordnete die Gefolgschaft für Barzel aufkündigen. Willy Brandt, inzwischen auch Friedensnobelpreisträger, war der strahlende Sieger des fehlgeschlagenen Kanzlersturzes, wusste er doch nun weite Teile der Öffentlichkeit hinter sich. Da die Koalition dennoch keine parlamentarische Mehrheit mehr besaß, wurden für den 19. November 1972 Neuwahlen angesetzt.¹³⁵

Noch vor dem Wahltermin wurde der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgelegt. Seine Formulierungen zu den Themen Gewaltverzicht, Zusammenarbeit und ständige Beauftragte fanden sich sinngemäß und teilweise wortwörtlich in einem Entwurf, den die FDP bereits im Januar 1969 in den Bundestag eingebracht hatte.¹³⁶ Somit wurde die Bundestagswahl 1972 zum „westdeutschen Volksentscheid über die Ostpolitik“. ¹³⁷ Das Ergebnis war ein Triumph für die sozial-liberale Koalition: Die FDP verbesserte sich mit einem Ergebnis von 8,4 Prozent deutlich, die SPD wurde mit 45,8 Prozent gar zur stärksten Partei und erreichte das beste Ergebnis ihrer Geschichte.¹³⁸ Der Grundlagenvertrag wurde schließlich am 11. Mai 1973 ratifiziert, am 18. September erfolgte der Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen. Die wesentlichen Elemente der Neuen Ostpolitik waren damit verwirklicht.¹³⁹ Für die FDP markierte die Phase zwischen 1966 und 1972 eine tiefgreifende Zäsur, denn der Bruch mit dem Nationalliberalismus, der seit rund einem Jahrhundert in Deutschland etabliert gewesen war, erwies sich als irreversibel. Nun drängten neue Themen und Konfliktlinien aus dem Schatten der deutschen Frage in den Vordergrund. Peter Lösche und Franz Walter konstatierten in ihrer Studie: „Die FDP wurde in den frühen siebziger Jahren [...] nicht wirklich sozialliberal, aber die Abkehr vom Nationalliberalismus erfolgte gründlich.“¹⁴⁰ Während letzterem Befund vorbehaltlos zugestimmt werden kann, soll der anderen These in den folgenden Kapiteln auf den Grund gegangen werden.

¹³⁵ Vgl. Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 190-192.

¹³⁶ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 120-121.

¹³⁷ Baring: Machtwechsel, S. 599.

¹³⁸ Vgl. Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 196-197.

¹³⁹ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 124.

¹⁴⁰ Lösche / Walter: Die FDP, S. 85.

3. „Reform des Kapitalismus“ oder „lupenreine Marktwirtschaft“? Freidemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gabriele Metzler vertritt die These, die Symbiose von Rechts- und Sozialstaat, zweier lange Zeit als unvereinbar geltenden Staatskonzeptionen, sei das zentrale innenpolitische Reformversprechen der sozial-liberalen Koalition gewesen. Dieses habe zum einen in der gesellschaftlichen Liberalisierung, wie in den Strafrechtsreformen im Hinblick auf Homosexualität und Abtreibung, zum anderen in einer sozialen Demokratisierung, wie in der Frage der betrieblichen Mitbestimmung und der Verbesserung der materiellen Situation einzelner sozialer Gruppen, ihren Ausdruck gefunden.¹⁴¹ Die Wirtschafts- und Sozialpolitik spielte bei der Begründung der sozial-liberalen Koalition jedoch keine zentrale Rolle, sondern wurde vielmehr als ein potenzielles Problemfeld angesehen, da die Differenzen zwischen den beiden Parteien hier traditionell am größten waren. Verstand sich die FDP traditionell als Vertreterin des liberalen Rechtsstaatsprinzips, war die „soziale Frage“ für die in den bürgerlichen Mittelschichten verankerte Partei bis dahin nie ein entscheidendes Thema gewesen. Die soziale Komponente des deutschen Liberalismus verharrte seit den Zeiten Friedrich Naumanns weitgehend in Stagnation, wohingegen die SPD auch weiterhin an ihrer Forderung eines „demokratischen Sozialismus“ festhielt. Immerhin hatte sie mit ihrem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft im *Godesberger Programm* von 1959 die Voraussetzung dafür geschaffen, dass eine sozial-liberale Koalition auf Bundesebene überhaupt denkbar wurde. Die Vorbehalte von Seiten der Liberalen als Garanten der Marktwirtschaft in der Tradition des Ordoliberalismus blieben zwar stark, doch reichte der Grundkonsens zwischen den Koalitionspartnern zumindest aus, um unter Ausklammerung umstrittener Punkte ein gemeinsames Regierungsprogramm zu formulieren.¹⁴² Durch die mit dem nationalliberalen Aderlass einhergehende Parteiform waren innerhalb der FDP allerdings die Stimmen lauter geworden, die auch im sozialpolitischen Bereich eine Neuorientierung befürworteten. Die Koalition mit der SPD, der traditionellen Sozialstaatspartei, verstärkte diese Tendenz und gab denjenigen Freidemokraten Auftrieb, welche die sozial-liberale Koalition als Keimzelle für eine sozialliberale Transformation der FDP nutzen wollten.

¹⁴¹ Metzler, Gabriele: Der lange Weg zur sozialliberalen Politik. Politische Semantik und demokratischer Aufbruch. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 157-180, hier S. 171-173.

¹⁴² Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 220-221.

3.1. Die „Freiburger Thesen“: Die FDP auf dem Weg nach links?

Vereinzelte Anregungen zu einer sozialpolitischen Erneuerung der FDP hatte es bereits im Bundestagswahlkampf 1969 gegeben. So hielt Walter Scheel eine bemerkenswerte Rede anlässlich einer Gedenkstunde zum fünfzigsten Todestag Friedrich Naumanns, in welcher der Vorsitzende seine Partei aufforderte, „mit der Vorstellung vom Nachtwächterstaat endgültig Schluß“ zu machen und sich einzugestehen, „daß es in der Bundesrepublik nicht gelungen ist, ein System zu schaffen, das den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit genügt“. Der nächste Bundestag müsse „zu einem [...] werden, der die Beteiligung aller am Wertzuwachs der Wirtschaft sicherstellt“, und die FDP werde „über Fonds, die Beteiligungstitel am Vermögen der Unternehmerwirtschaft enthalten, [...] dafür sorgen, daß der Substanzzuwachs der Unternehmen nicht nur der kleinen Zahl der jetzigen Besitzer zugute kommt“.¹⁴³ Allerdings reagierte Scheel empfindlich, wenn jemand seiner Partei aufgrund der Koalition mit den Sozialdemokraten einen „Linksruck“ unterstellte. So betonte er auf dem Dreikönigstreffen im Januar 1970, durch die Partei sei mit dem Freiburger Parteitag von 1968 tatsächlich ein Ruck gegangen, allerdings keiner nach links oder rechts, sondern „ein Ruck nach vorne, nämlich zur Selbstständigkeit, zur stärkeren Ausprägung der eigenen politischen Vorstellungen“.¹⁴⁴ Scheel argumentierte, der „reaktionären Angst“ falle nichts besseres ein „als jede fortschrittliche Veränderung als links zu verketzern“.¹⁴⁵

Die entschiedensten Vorstöße hinsichtlich einer sozialpolitischen Neuorientierung gingen unzweifelhaft von den *Deutschen Jungdemokraten* (DJD) aus. Der formell unabhängige, aber der FDP nahestehende politische Jugendverband hatte sich nach einer nationalliberalen Phase in der Nachkriegszeit unter dem Einfluss der Studentenbewegung deutlich nach links orientiert.¹⁴⁶ Besonders der klassisch-liberale Eigentumsbegriff wurde zur Zielscheibe der DJD-Kritik. In einem *Spiegel*-Interview erklärte der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten Wolfgang Lüder Anfang 1970, sein Verband billige die derzeitige Rechtsgarantie des Eigentums als „unumschränktes Eigentumsrecht für jeden und alle verstanden“ nicht, in den Fragen der Städtebauförderung und der Landreform müsse es deshalb eingeschränkt werden.¹⁴⁷ Sein Nachfolger Heiner Bremer bekräftigte den Standpunkt Lüders, als er verkündete: „Die Jungdemokraten sind nicht gegen das Privateigentum an Autos und

¹⁴³ Freie Demokratische Korrespondenz 20/66 vom 26.8.1969, S. 2-3.

¹⁴⁴ Freie Demokratische Korrespondenz Sonderausgabe 1970, S. 5.

¹⁴⁵ Scheel, Walter: Die Freien Demokraten. In: Liberal 1970, S. 24.

¹⁴⁶ Vgl. Doering, Detmar / Stockhausen-Doering, Lieselotte: Kräfte des Wandels? Liberale Jugendorganisationen von der sozialliberalen Koalition bis heute. Sankt Augustin 1990.

¹⁴⁷ „Radikal, aber korrekt“. In: Der Spiegel 3/1970, S. 22-23.

Fernsehapparaten. Aber das Privateigentum an Produktionsmitteln und Grund und Boden ist eine gefährliche Sache, weil es zur Unterdrückung vieler einzelner Bürger führt. Den Eigentumsbegriff des traditionellen Liberalismus halten wir deshalb für undemokratisch.“¹⁴⁸ Die energischen Ideen des Parteienwachstums, der auf seiner Bundesdelegiertenkonferenz im Mai 1970 „eine grundsätzliche Aufhebung des privaten Eigentums an Grund und Boden“ zum „Fernziel“ erklärte,¹⁴⁹ betrachteten manche alteingesessene Freidemokraten als offene Kampfansage. Der traditionell konservative niedersächsische Landesverband beschloss die sofortige Einstellung der Zusammenarbeit mit der Nachwuchsorganisation und versandte Briefe an Vertreter der Wirtschaft, in denen versichert wurde, dass „die FDP die unternehmerischen Belange nach wie vor hochhält“.¹⁵⁰ Der Landesvorsitzende Rötger Groß, noch wenige Jahre zuvor selbst Jungdemokrat, strebte gar einen Unvereinbarkeitsbeschluss von FDP- und DJD-Mitgliedschaft an. Er unterstützte den Austritt von jungdemokratischen Kreisverbänden aus dem seiner Meinung nach „marxistisch-leninistisch beherrschten“ Landesverband und die Gründung der Gegenorganisation *Radikaldemokratische Jugend* (RDJ), welche freilich noch immer deutlich links von der Mutterpartei stand. Der DJD-Vorsitzende Bremer bezichtigte Groß des „politischen Amoklaufs“ und forderte die Parteispitze auf, dessen eigenmächtige Aktionen zu beenden.¹⁵¹

Die Führungsspitze der Bundespartei bemühte sich im Umgang mit den „Judos“, wie die DJD-Mitglieder in Anlehnung an die sozialdemokratischen „Jusos“ auch genannt wurden, um demonstrative Gelassenheit. Walter Scheel betonte, auch alle anderen Parteien hätten „gelegentlich Schwierigkeiten mit ihren Jugendorganisationen“, was ein „Generationenproblem“ sei. Anzunehmen, dass „sämtliche Jungdemokraten nach linksaußen tendieren“ sei jedoch „völlig falsch“, denn unter ihnen gebe es „viele vernünftige junge Menschen“.¹⁵² Hans-Dietrich Genscher versicherte, es bestehe keine Veranlassung für die Befürchtung, die Partei könne die Vorstellungen ihrer Jugendorganisation übernehmen, denn die FDP verstehe sich auch weiterhin als „Garant des Eigentums in seiner sozialen Verpflichtung und als Garant der Marktwirtschaft“.¹⁵³ Trotz aller Beschwichtigungen wurde die Kontroverse bis in den Bundesvorstand getragen, wo Hildegard Hamm-Brücher, Staatssekretärin im Bildungsministerium, dem DJD-Chef „elitäre Arroganz“ und „Publicity-

¹⁴⁸ „Klopfen am Sargdeckel“. In: Der Spiegel 27/1970, S. 25.

¹⁴⁹ Zit. n. Vorsitzender Friedrich. In: Der Spiegel 21/1970, S. 46-47.

¹⁵⁰ Zit. n. Belange hoch. In: Der Spiegel 4/1970, S. 74-77.

¹⁵¹ Zit. n. Nummer 13. In: Der Spiegel 39/1970, S. 36.

¹⁵² „Wir spielen ja nicht“. In: Der Spiegel 47/1970, S. 32.

¹⁵³ „Wir sind wir alle“. In: Der Spiegel 44/1970, S. 38.

Sucht“ vorwarf und der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Hermann Eicher in Bremers Eigentumsplänen gar „Verfassungsbruch“ währte. Martin Bangemann und Werner Maihofer verteidigten hingegen die Forderung nach einer Reform des Eigentumsbegriffs. Maihofer sprach sich dafür aus, „die weißen Flecken auf der gesellschaftspolitischen Landkarte der FDP [zu] füllen“. ¹⁵⁴

Einen ersten Schritt in diese Richtung unternahm der Bundesvorstand im Oktober 1970 mit seinen Vorschlägen zur Vermögensbildung, in denen er die Bundestagsfraktion aufforderte, „sich in verstärktem Maße für eine wirkungsvollere Vermögensbildungspolitik einzusetzen“. Die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ sei ein zentraler Punkt der inneren Reformen, weshalb „der Kauf von Volksaktien aus der Veräußerung von öffentlichem Besitz ermöglicht werden“ solle. Unterkünfte aus dem sozialen Wohnungsbau seien darüber hinaus „den derzeitigen Mietern zum Erwerb anzubieten“, weil dadurch „privates Vermögen gefördert und gleichzeitig öffentliches Vermögen für andere, neue Aufgaben freigesetzt“ werde. Ziel der Vermögenspolitik sei eine „sozialgerechte Beteiligung am volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachs“. Die Erklärung schloss mit einem „Bekenntnis zum Eigentum“, welches sich auch auf „den Besitz von Grund und Boden sowie den Hausbesitz“ erstrecke. ¹⁵⁵ Hier klang bereits deutlich die Vorstellung einer dezidiert liberalen Sozialreform an, welche die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit zwar aufgriff, diese aber nicht durch kollektivistische Maßnahmen zu erreichen versuchte. Das Eigentum sollte nicht sozialisiert, sondern besser verteilt werden, die FDP wollte – wie es der *Spiegel* pointiert formulierte – „aus Lohnbürgern Kleinkapitalisten machen“. ¹⁵⁶

Die neue Aktualität der sozialen Frage spiegelte sich auch in den Beiträgen der Zeitschrift *Liberal* wieder, dem unbestritten wichtigsten Presseorgan für politische Debatten im Umfeld der FDP. In einem Artikel über *Die Zukunft des Liberalismus* erinnerte der Politiker und Theologe Klaus Scholder mit Hinweis auf die andersartige Entwicklung der liberalen Parteien in Nordamerika daran, dass sich der Liberalismus nicht zwangsläufig im Kampf „gegen Staatsomnipotenz“ und „für freie Wirtschaft“ erschöpfe, sondern auch ein Kampf „gegen einen fast allmächtigen Privatkapitalismus“ sein könne. ¹⁵⁷ Sein Kollege Helmut Lindemann diagnostizierte gar, die „unfruchtbare Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ sei keine Zukunftsoption, die Synthese der Revolutionen von 1789 und 1917 hingegen

¹⁵⁴ Zit. n. GmbH & Co.KG. In: Der Spiegel 30/1970, S. 25.

¹⁵⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 21/74 vom 12.10.1970, S. 2-3.

¹⁵⁶ „Ohne Wagnis keinen Fortschritt“. In: Der Spiegel 11/1974, S. 40.

¹⁵⁷ Scholder, Klaus: Die Zukunft des Liberalismus. In: Liberal 1970, S. 250-251.

„vielleicht die einzige große Aufgabe des Liberalismus in Deutschland“. ¹⁵⁸ Hierzu müsse die FDP „radikal werden im guten und vernünftigen Sinne dieses Wortes“ und bereit sein, „die überlieferte Ordnung insgesamt in Frage zu stellen“. ¹⁵⁹ Lindemanns Ansicht nach betraf dies durchaus auch das bundesdeutsche Wirtschaftssystem: „Wer eine soziale [...] Demokratie will, muß auf eine durchgreifende Reform der sozialen Marktwirtschaft dringen, die ihren Namen zu Unrecht führt, weil sie zu unkontrollierten Machtzusammenballungen und zu einer extremen Ungleichheit der Chancen geführt hat.“ ¹⁶⁰ Auch wenn solche Verlautbarungen Randerscheinungen blieben, war der Drang nach sozialen Reformen im liberalen Milieu nicht zu überhören. Hans Wolfgang Rubin forderte für 1971 die Einberufung eines Sonderparteitages, der sich ausschließlich mit sozialpolitischen Konzeptionen befassen solle, denn der politische Liberalismus und damit die FDP „werden tot sein, wenn sie sich vor diesen Fragen tot stellen“. ¹⁶¹

Wie weit die Vorstellungen über die künftige Sozialpolitik noch auseinanderlagen, zeigte sich beim traditionellen Dreikönigstreffen am 6. Januar 1971. Der Bundesvorsitzende Walter Scheel rief in seiner Eröffnungsrede in Erinnerung, dass es Jahrzehnte gedauert habe, „bis die inhumanen Züge des Kapitalismus geglättet wurden“, und es noch einige Jahren dauern werde, „bis wir Zug um Zug sein Anlitz völlig vermenschlicht haben“. ¹⁶² Die FDP werde in diesem Jahr in „Bereichen, in denen es gilt, formale Verfassungsansprüche materiell in der Praxis durchzusetzen, klare Antworten geben“. ¹⁶³ Implizit verwies Scheel damit auf einen Wandlungsprozess, welchen Ralf Dahrendorf als den Übergang vom „formalen“ zum „materialen“ Liberalismus charakterisierte: Gehe der formale Liberalismus davon aus, die Grundbedingungen für individuelle Freiheit seien in einem funktionierenden Rechtsstaat bereits verwirklicht, sehe der materiale Liberalismus auch den Sozialstaat als unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung menschlicher Grundrechte. ¹⁶⁴ Parteireformer Karl-Hermann Flach fasste diesen Gedanken in die Kurzformel: „Wer arm ist, ist nicht frei!“ ¹⁶⁵ Ganz in diesem Sinne präsentierte Martin Bangemann, der auf dem Dreikönigstreffen zum stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg gewählt wurde, ein Papier mit

¹⁵⁸ Lindemann, Helmut: Liberalismus und F.D.P. In: Liberal 1970, S. 434.

¹⁵⁹ Ebd., S. 430.

¹⁶⁰ Lindemann, Helmut: Der Auftrag der F.D.P. In: Liberal 1971, S. 334.

¹⁶¹ Rubin, Hans Wolfgang: Thesen für eine liberale Gesellschaftspolitik. In: Liberal 1970, S. 417.

¹⁶² Freie Demokratische Korrespondenz 22/2 vom 7.1.1971, S. 23.

¹⁶³ Ebd., S. 19.

¹⁶⁴ Dahrendorf: Die Chancen der Krise, S. 39. Dies entspricht weitgehend der Unterscheidung von „negativer“ und „positiver“ Freiheit nach Isaiah Berlin, vgl. Steltemeier: Liberalismus, S. 407.

¹⁶⁵ Liberal 1970, S. 444.

sozialpolitischen Reformvorschlägen. Es enthielt ein dreistufiges Modell zur Altersvorsorge, das auf eine Idee Wolfgang Mischicks aus dem Jahr 1963 zurückging und Vermögensbildung durch die Kombination einer Sockelrente aus Steuermitteln, einer Pflichtversicherung und der Möglichkeit zur privaten Vorsorge ermöglichen sollte. Darüber hinaus wurde die Einrichtung eines Fonds vorgeschlagen, in den Großunternehmen einen Teil ihrer Gewinne abführen sollten, um privaten Haushalten den Erwerb von Anteilsscheinen zu ermöglichen. Außerdem erwägte Bangemann die Einführung einer Bodenwertsteuer, um die Bodenspekulation einzudämmen. Obwohl sich der Landesvorsitzende Karl Moersch gegen das Papier stellte, wurde es von einer großen Mehrheit im Grundsatz und in der Zielsetzung gebilligt und der Programmkommission der Bundespartei überwiesen.¹⁶⁶ Dass diese Vorschläge keineswegs gänzlich neu oder gar revolutionär waren, hielt konservative Freidemokraten nicht davon ab, Bangemann heftige Vorwürfe zu machen. Der Ehrenvorsitzende Reinhold Maier bezichtigte ihn, die Partei zerstören zu wollen, und der Stuttgarter Bezirksvorsitzende Helmut Galser glaubte in Bangemann gar einen „Radikalsozialisten“ zu erkennen.¹⁶⁷ In einem Zeitungsinterview verteidigte dieser seine Ideen gegen die Anfeindungen und betonte: „Wenn ich Sozialist wäre, dann wäre ich nicht in der FDP.“ Zugleich kritisierte Bangemann die „paläo-liberale Auffassung davon, was Liberalismus sein soll“. Früher sei es die liberale Aufgabe gewesen, „dem einzelnen einen Freiheitsspielraum gegenüber dem Staat zu erkämpfen“, heute jedoch müsse ein solcher Spielraum „innerhalb der Gesellschaft“ erkämpft werden.¹⁶⁸

Wie in der FDP wurde auch bei den Jungdemokraten weiterhin darüber gestritten, wie weit man bei der Kapitalismuskritik gehen dürfe. Auf dem DJD-Kongress in Leverkusen im Mai 1971 wollte der Bundesvorsitzende Heiner Bremer nur dann zur Wiederwahl antreten, wenn das Wort „antikapitalistisch“ aus dem Beschlussprotokoll gestrichen würde, da seiner Meinung nach eine „pauschale und undifferenzierte Ablehnung des Kapitalismus“ nichts bewirke.¹⁶⁹ Auch wenn sich Bremer damit durchsetzen konnte, vertraten die „Judos“ weiterhin einen deutlich radikaleren Reformkurs als die FDP. Der alte und neue Vorsitzende des Jugendverbandes veröffentlichte kurz darauf einen kontroversen Artikel in der *Liberal*, in dem er die Bundesrepublik Deutschland dafür kritisierte, lediglich eine „formale Demokratie“ zu sein, in welcher der Bürger „nur nominellen und punktuellen Einfluß“ habe, indem er „alle

¹⁶⁶ Vgl. Zundel, Rolf: Ist das Häusle in Gefahr? In: Die Zeit 3/1971.

¹⁶⁷ Zit. n. Haken auf der Liste. In: Der Spiegel 3/1971, S. 23-25.

¹⁶⁸ „Die Eigentumsfrage ist der Punkt“. In: Der Spiegel 3/1971, S. 24.

¹⁶⁹ Zit. n. Zundel, Rolf: Lustgewinn aus Widerspruch. In: Die Zeit 22/1971.

vier Jahre zur Wahlurne“ gehe. Als Kontrast dazu entwarf Bremer sein Idealbild einer „realen Demokratie“, in der alle Bürger dazu ermutigt werden, „ständig an der bewussten Gestaltung der sozialen Verhältnisse teilzunehmen“. Demokratie dränge dabei „über die Einhaltung bloßer Spielregeln hinaus auf die Demokratisierung der Gesellschaft einschließlich ihrer sozioökonomischen Gegebenheiten“. An die Partei gerichtet beklagte er: „Den Mut zu kontroversen Diskussionen bringen außer William Born [sic], Werner Maihofer und Walter Scheel kaum noch F.D.P.-Politiker auf. Die meisten Liberalen verstecken sich in den eigenen vier Wänden, um dort ihre sozialistischen Ängste zu kultivieren, statt in Versammlungen der Judos das Wort zu ergreifen.“¹⁷⁰ Zudem rief Bremer dazu auf, „die Gesellschaft mit Hilfe systemüberwindender Reformen radikal-demokratisch zu verändern“.¹⁷¹ Klaus Berkey verfasste daraufhin eine polemische Antwort, in welcher er den Jungdemokraten einen „Zustand logischer Verworrenheit und weltverneinender Realitätsverzerrung“ attestierte. Die sogenannte reale Demokratie sei ein theoretisches Konstrukt, welches nirgendwo auf der Welt auch nur annähernd verwirklicht sei, und eine Rückkehr des Deutschen Idealismus in die Politik darstelle.¹⁷²

Bereits zu Beginn des Jahres 1971 hatte eine zwölfköpfige Kommission die Arbeit an einem neuen Parteiprogramm aufgenommen, welches die liberalen Antworten auf die sozialpolitischen Fragen liefern sollte, oder – wie im *Spiegel* angekündigt – „das Selbstverständnis der FDP zwischen kapitalfrommem Liberalismus und kapitalfeindlichem Sozialismus neu definieren“.¹⁷³ In der *Zeit* verglich Rolf Zundel das Anliegen der Reformen mit der durch das *Godesberger Programm* vollzogenen Neuorientierung der SPD: „Wie die Sozialdemokraten die ideologischen Fesseln eines dogmatischen Sozialismus abstreiften, [...] so sind die Liberalen bemüht, sich von dem zu konservativer Konvention gewordenen Liberalismus zu lösen, der in dem unreflektierten Bekenntnis zur Freien Marktwirtschaft bestand und den Rang einer Ideologie hatte.“¹⁷⁴ Obwohl der Programmkommission keineswegs nur Vertreter des linken Flügels angehörten – so waren beispielsweise Otto Graf Lambsdorff aus Nordrhein-Westfalen, Winfrid Hedergott aus Niedersachsen und Heinrich Kohl aus Hessen vertreten – wurde ihre Existenz besonders in der konservativ geprägten Bundestagsfraktion mit Argwohn betrachtet, was nicht zuletzt an der von der übrigen Partei

¹⁷⁰ Bremer, Heiner: Zum Selbstverständnis der Jungdemokraten. In: Liberal 1971, S. 405-406.

¹⁷¹ Ebd., S. 413.

¹⁷² Berkey, Klaus: Zum Mißverständnis der Jungdemokraten. In: Liberal 1971, S. 546.

¹⁷³ Zug abgefahren. In: Der Spiegel 22/1971, S. 31-32.

¹⁷⁴ Zundel, Rolf: Wie sozial – wie gerecht? In: Die Zeit 31/1971.

und der Öffentlichkeit weitgehend abgeschirmten Tätigkeit des Arbeitskreises lag.¹⁷⁵ Zudem hatte mit Werner Maihofer einer der entschiedensten Reformer ihren Vorsitz inne.¹⁷⁶ Anfang Juli legte die Kommission der misstrauischen Fraktion ihren Entwurf vor, und erntete besonders für ihre Thesen zum Eigentum heftige Kritik. Selbst die dem progressivem Flügel zugeneigte Hildegard Hamm-Brücher äußerte sich skeptisch.¹⁷⁷

Am 25. September 1971 erfolgte auf dem Bundeshauptausschuss in Bremerhaven, dem nichtöffentlich tagenden „kleinen Parteitag“, eine intensive Diskussion des Programmentwurfs, der inzwischen in der Zeitschrift *Liberal* veröffentlicht worden war.¹⁷⁸ Detlef Kühn formulierte dabei noch einmal grundsätzliche Kritik an Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission, indem er anzweifelte, dass sich alle Beteiligten gleichermaßen einbringen konnten, und den Verdacht äußerte, einige Parteifreunde seien „gleicher“ als andere gewesen. Ohne Namen zu nennen, warf Kühn einigen Mitgliedern vor, durch nachträgliche Berufungen von ihnen nahestehenden „Experten“ die „Gefahr einer gewissen Manipulation“ in Kauf genommen zu haben. Harry John bekundete sein Missfallen bezüglich der Verwendung des Wortes „Kapitalismus“, denn der Gebrauch von marxistischen Termini diene nicht etwa dem Anliegen der Partei, sondern dem der politischen Gegner. Es bestärke den ohnehin schon verbreiteten Eindruck, die FDP habe „nun den Weg einer liberalen Partei endgültig verlassen“. Spöttisch entgegnete ihm der Hesse Fritz-Wilhelm Krüger, John möge doch ein Preisausschreiben veranstalten, um „ein besseres Wort für Kapitalismus“ zu finden. Mit einer solchen „Art Fetischismus“ sei es unmöglich, „in den gängigen wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Kategorien“ zu diskutieren.¹⁷⁹

Besonders die Thesen zum Eigentum stießen bei einigen Rednern auf Skepsis. Der Delegierte Schneider aus Rheinland-Pfalz forderte eine Klarstellung der zweiten These, die das „Recht auf Eigentum“ postulierte. Falls dies bedeuten solle, dass auch derjenige Anrecht auf Eigentum habe, der „keinerlei Leistung“ vollbringe, komme das dem Abweichen „von einem alten liberalen Grundsatz“ gleich, der „die Leistung des einzelnen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen“ stelle. Sein niedersächsischer Namensvetter wollte wissen, wie Maihofer sich die Umsetzung des „Rechts auf Eigentum“ vorstelle. Die „reelle Chance“ auf Eigentumserwerb, wie im Programmentwurf gefordert, sei bereits seit vielen Jahren

¹⁷⁵ Vgl. Ebd.

¹⁷⁶ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 273.

¹⁷⁷ Vgl. Nur ein Mäuslein. In: Der Spiegel 28/1971, S. 28.

¹⁷⁸ *Liberal* 1971, S. 566-622.

¹⁷⁹ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Bremerhaven vom 25. September 1971. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-99, S. 37-53.

ermöglicht, und wenn die FDP dies nicht einsehe, müsse sie „sich selbst bankrott erklären“. Man solle nicht den Anschein erwecken, „daß es in Zukunft Eigentumskarten gibt, wie es früher einmal eine Spinnstoffkarte gegeben hat“.¹⁸⁰

Gestritten wurde auch über die erste These, welche das Verhältnis von Freiheit und Eigentum thematisierte. Wolfgang Lüder äußerte sich zwar grundsätzlich wohlwollend, kündigte jedoch an, dass der Berliner Landesverband auf dem anstehenden Parteitag einen Änderungsantrag einbringen werde, um die Botschaft „Freiheit geht vor Eigentum“ noch deutlicher herauszustellen. Dieter Fertsch-Röver verlangte hingegen stellvertretend für den Landesverband Hessen die Streichung des dritten Absatzes der ersten These, welche die Begründung des Eigentums ebenso wie seine Begrenzung in der Freiheit verortete. Zudem kritisierte er, dass in der vierten These nicht deutlich genug herausgestellt werde, dass nicht nur privates, sondern auch öffentliches Eigentum den Freiheitsspielraum einengen könne. Werner Maihofer zeigte für diese Einwände jedoch keinerlei Verständnis und entgegnete: „Ich kann auch deshalb Herrn Fertsch-Röver überhaupt nicht verstehen, daß er ausgerechnet diesen Absatz, der diese in unserer Partei überfällige Klarstellung enthält, daß wir nämlich das Eigentum aus der Freiheit begründen und begrenzen und nicht umgekehrt – das ist doch der ganz große Vorwurf, auch geschichtlich, gegen uns, daß wir die Freiheit aus dem Eigentum begründet und begrenzt haben –, gestrichen haben will. Dieser Satz stellt doch wirklich eine Kehre in unserer liberalen Tradition dar.“ Es gebe „kein ernsteres Bekenntnis zum Privateigentum in irgendeinem anderen Parteiprogramm, ob der CDU oder gar der SPD“, aber dazu gehöre, dass man in einer „dynamischen Ordnung auch den Erwerb und nicht nur den Besitz von Eigentum“ ermögliche.¹⁸¹

Der Bundesparteitag, den später kein Geringerer als Otto Graf Lambsdorff zum „unbestritten wichtigsten Programmparteitag in der Geschichte der F.D.P.“ erklären sollte,¹⁸² fand schließlich vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg statt. Maihofer, zweifellos der Hauptarchitekt des neuen Programms, bediente sich in seiner Rede bei marxistischem Vokabular und erklärte, die „Kraft der Freiheit“ gehe „aus der Dialektik der materiellen und immateriellen Interessen in der zivilisatorischen Basis und im kulturellen Überbau“ der Gesellschaft hervor. Er würdigte Friedrich Naumann als den „großen Begründer des Sozialen

¹⁸⁰ Ebd., S. 58-60.

¹⁸¹ Ebd., S. 58-63.

¹⁸² Lambsdorff, Otto Graf: Von Freiburg nach Wiesbaden – Themen und Tendenzen. In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 217-231, hier S. 217.

Liberalismus“ und leitete aus dessen „doppeltem Grundsatz“ – „1. Die Gesellschaft sind wir alle; 2. die Gesellschaft darf nicht alles“ – die Forderung nach „Demokratisierung und Liberalisierung“ der Gesellschaft her. Maihofer erklärte, die Privatwirtschaft sei „heute nach wie vor die zwar notwendige, aber für sich allein nicht zureichende Bedingung zur Verwirklichung der Ziele einer liberalen Gesellschaft“, denn die ihr innewohnenden „Tendenzen zur Akkumulation und Konzentration“ und die daraus resultierenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse gefährden „nicht nur die Menschlichkeit dieser Gesellschaftsordnung“, sondern letztlich „selbst die Leistungsfähigkeit der sie tragenden Wirtschaftsordnung“. Er lobte die Vertreter des „Modernen Wirtschaftsliberalismus“, unter die er Walter Eucken und Wilhelm Röpke ebenso subsumierte wie John Maynard Keynes, dafür, eine „liberale Skepsis“ gegen das Laissez-faire-Prinzip etabliert zu haben.¹⁸³ Die Vorbemerkung zu den *Freiburger Thesen* stellte das Programm ebenfalls in die sozialliberale Tradition Mills und Naumanns und erklärte pathetisch:

„Wir stehen heute am Anfang der zweiten Phase einer von den bürgerlichen Revolutionen ausgehenden Reformbewegung auch in der Gesellschaft, wie sie nicht zuletzt in den tiefgreifenden und nachhaltigen Bewußtseinsveränderung der weltweiten Jugendrevolte sich ankündigt. Sie zielt auf eine in der Sache nicht weniger als 1775 und 1789 revolutionäre, im wörtlichen Sinne umwälzende, in den westlichen Industriestaaten und Massendemokratien nun endlich auf evolutionärem Wege durchsetzbare *Demokratisierung der Gesellschaft*, aus demselben Gedanken der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!“, aus dem auch die Demokratisierung des Staates ihren Ursprung nahm.“¹⁸⁴

Es folgte ein Plädoyer für einen materialen Liberalismus, welcher das klassisch-liberale Freiheitsverständnis in seiner negativen Form („Freiheit *von*“) durch einen sozialliberalen, positiven Freiheitsbegriff („Freiheit *zu*“) erweitern sollte:

„Freiheit und Glück des Menschen sind für einen solchen *Sozialen Liberalismus* nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheitsrechte und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte. Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft kommt es ihm an. Wie auf dem Felde der Bildungspolitik tritt der Soziale Liberalismus auch auf dem der Gesellschaftspolitik ein für die Ergänzung der bisherigen liberalen Freiheitsrechte und Menschenrechte durch soziale Teilhaberechte und Mitbestimmungsrechte, nicht mehr nur an der verfassungsmäßigen Organisation des Staates, sondern an der arbeitsteiligen Organisation der Gesellschaft.“¹⁸⁵

¹⁸³ Ebd., S. 35-50.

¹⁸⁴ Ebd., S. 58, Hervorhebungen im Original.

¹⁸⁵ Ebd., Hervorhebungen im Original.

Die erste These zur „liberalen Gesellschaftspolitik“ erklärte die Parteinahme des Liberalismus „für Menschenwürde durch Selbstbestimmung“ und den „Vorrang der Person vor der Institution“. Die „Behauptung der Menschenwürde und Selbstbestimmung des Einzelnen“ in Staat, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber Fremdbestimmung und Anpassungsdruck sei „die ständige Aufgabe des klassischen wie des modernen Liberalismus“. These Drei forderte die „Demokratisierung der Gesellschaft“ und weitete Naumanns „doppelten Grundsatz“ auf das Wirtschaftsleben aus, indem sie erklärte: „1. Der Betrieb sind wir alle; 2. der Betrieb darf nicht alles.“ Ebenfalls in Anlehnung an den sozialliberalen Vordenker erhob man den Anspruch, „Industrieuntertanen“ durch „Industrieverfassung“ und „Betriebsparlamentarismus“ in „Industriebürger“ zu verwandeln. Die vierte These kündigte „die liberale Reform des Kapitalismus“ an, der zwar zu „großen wirtschaftlichen Erfolgen, aber auch zu gesellschaftlicher Ungerechtigkeit geführt“ habe. Ein deutlicher Bruch mit der wirtschaftsliberalen Tradition manifestierte sich in dem Eingeständnis, dass das „Vertrauen des klassischen Liberalismus, die Ziele einer liberalen Gesellschaft aus dem Selbstlauf einer privaten Wirtschaft zu erreichen“, nach den historischen Erfahrungen „nur in Grenzen gerechtfertigt“ sei. Es bestehe „kein selbstverständlicher Einklang zwischen persönlichem Vorteil und allgemeinem Wohl“. Die Verteilungsfrage stelle sich in der modernen Gesellschaft neu, weil „Besitz und Geld der Schlüssel für fast alle Betätigung der Freiheit“ und „die Frage des gerechten Anteils an der Ertragssteigerung der Wirtschaft und am Vermögenszuwachs der Gesellschaft nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage“, sondern „die Freiheitsfrage schlechthin“ sei. Ziel der privaten Wirtschaft ebenso wie der liberalen Gesellschaft müsse sein, das „größte Glück der größten Zahl“ zu schaffen, womit das Programm auf die utilitaristische Lehre John Stuart Mills Bezug nahm.¹⁸⁶

Das umstrittene Kapitel zur Eigentumsordnung wurde nahezu unverändert aus dem Entwurf der Programmkommission übernommen. Die ersten beiden Thesen verkündeten somit:

„Freiheit braucht Eigentum, Eigentum schafft Freiheit. Es ist Mittel zum Zwecke der Wahrung und Mehrung menschlicher Freiheit, nicht Selbstzweck. [...] Nicht die Freiheit hat im Eigentum, sondern das Eigentum findet in der Freiheit seine Begründung und Begrenzung. [...] Das Recht am Eigentum findet seine Entsprechung im Recht auf Eigentum. Die formale Garantie der Eigentumsordnung bedarf in einem sozialen Rechtsstaat darum der Ergänzung durch die reale Chance jedes Bürgers zur Eigentumsbildung.“¹⁸⁷

Hinsichtlich des Bodeneigentums kritisierte man, dass „wenige Einzelne ohne eigene Leistung Millionengewinne auf Kosten der Allgemeinheit“ erzielen, weshalb die „Verbesserung der

¹⁸⁶ Ebd., S. 59-66.

¹⁸⁷ Ebd., S. 69.

Funktionsfähigkeit des Bodenmarktes mit allen geeigneten Mitteln angestrebt werden“ müsse. Als „liberale Alternative“ zur Kommunalisierung des Bodens biete sich eine vorausschauende Bodenvorratspolitik der Gemeinden, eine Verbesserung des Enteignungsverfahrens, die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum sowie die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer an.¹⁸⁸

Die Vorbemerkung zum Abschnitt über Vermögensbildung kritisierte den „Zuwachs an Produktivkapital aus Gewinnen in den Händen weniger Kapitalbesitzer“ als „gesellschaftspolitisch gefährlich, sozial ungerecht und mit den liberalen Forderungen nach Gleichheit der Lebenschancen“ nicht vereinbar. Deshalb ziele die liberale Vermögensbildungspolitik „auf eine gleichmäßigere Vermögensverteilung, und zwar nicht durch einen einmaligen Akt der Korrektur bestehender Verhältnisse, sondern vielmehr durch die ständige Beteiligung breiter Schichten insbesondere am Zuwachs des Produktivvermögens“. Die ersten beiden Thesen forderten deshalb eine Verpflichtung für Großunternehmen, „Beteiligungsrechte an ihrem Vermögenszuwachs einzuräumen“, deren Größenordnung sich zwischen 50 und 70 Prozent des bereinigten Gewinns bewegen solle. Allerdings sei die Grenze zur Abgabenverpflichtung so hoch anzusetzen, dass nur ein Prozent der Unternehmen oder auch zehn Prozent der gewerblichen Unternehmen ihr unterliegen würden. Weiterhin verkündeten die Thesen Fünf und Sieben, dass „alle in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin lebenden deutschen Staatsbürger“ ein Bezugsrecht für die Zertifikate besitzen und deren Inhaber „durch gewählte Teilhabervertretungen bei jeder Kapitalanlagegesellschaft an der Wahrnehmung der Rechte aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften“ partizipieren dürften.¹⁸⁹ Exemplarisch zeigte sich hier das liberale Idealbild einer „Gesellschaft der Kleinkapitalisten“.¹⁹⁰

Die Erläuterungen zur Nachlassabgabe begannen mit einer Kritik an der bisherigen Erbschaftsteuer, welche ein „veraltetes System“ fortschleppe und einen „verhältnismäßig kleinen Personenkreis und die Erwerber großer Vermögen“ begünstige. Diese solle deshalb durch eine Abgabepflicht ersetzt werden, die nur zu leisten sei, wenn das vererbte Vermögen über 250.000 Mark liege. Außerdem seien Ehepartner von der Abgabe freizustellen, weshalb die neue Regelung 99 Prozent aller Fälle nicht betreffen werde. Bis zu einem Nachlasswert von sechs Millionen Mark belaufen sich die abgabepflichtigen Vermögensteile auf 22

¹⁸⁸ Ebd., S. 72-75.

¹⁸⁹ Ebd., S. 80-85.

¹⁹⁰ Zundel: Die Erben des Liberalismus, S. 123.

Prozent, für darüber hinausgehende Beträge auf 75 Prozent.¹⁹¹ Insgesamt waren die Unterschiede zwischen dem veröffentlichten Kommissionsentwurf und dem verabschiedeten Programm marginal, lediglich das Kapitel zur Mitbestimmung bildete hier eine Ausnahme.¹⁹²

Die *Freiburger Thesen* wurden von der Parteiführung als der lang erwartete programmatische Durchbruch und krönender Abschluss des Erneuerungsprozesses bejubelt. Walter Scheel befand, sie beweisen die Aktualität des Liberalismus „gerade auch im Hinblick auf die Herausforderung der kommunistischen Gesellschaftstheorie“, und seien dazu in der Lage, „der Unruhe der Jugend neue Ziele zu setzen“.¹⁹³ Hans Wolfgang Rubin feierte das Programm als „die wohl wichtigste Richtungsentscheidung, die die Liberalen im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Jahrhundert getroffen haben“. Dass die Marktwirtschaft von sich aus zu einer optimalen Verteilung führe, sei „nur eine Alibi-Behauptung, allenfalls eine Teilwahrheit“. Zugleich appellierte er an die Unternehmer, sich der Einsicht zu öffnen, dass die Thesen „nicht unternehmerfeindlich und antikapitalistisch, sondern wirtschaftsfreundlich und reformkapitalistisch“ seien.¹⁹⁴ *Liberal*-Chefredakteur Rolf Schroers bekundete freudig, das kapitalistische System werde nun „einer Kur unterzogen, nicht um es zu vernichten, sondern um es entschiedener dem Wohlwollen aller zu unterwerfen“. Der Schutz des Privateigentums werde nicht aufgegeben, sondern „Eigentum geradezu als die materielle Form von Freiheit anerkannt und darum für alle gefordert“.¹⁹⁵

Dass sich die öffentliche Kritik an den *Freiburger Thesen* von Seiten prominenter Parteimitglieder in Grenzen hielt, lag nicht zuletzt daran, dass die lautstärksten Gegner des Reformkurses die FDP bereits wegen der Neuen Ostpolitik verlassen hatten. Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, der später anderen konservativen Freidemokraten zur Union folgte, trat aufgrund des neuen Programms von seinen Parteiämtern zurück, da er unter diesen Umständen keine Perspektive mehr sah, seine politischen Vorstellungen zu verwirklichen.¹⁹⁶ Die umfassendste Abrechnung mit dem neuen Kurs der Liberalen legte der CDU-Politiker Hans Richarts mit seinem Pamphlet *Die F.D.P. auf dem Weg nach links* vor. Darin bezichtigte er die Freidemokraten, „in gesellschaftspolitischen Fragen deutlich sozialistische Positionen“ zu beziehen und in ihrem Erbrecht „der marxistischen Arbeitswertlehre“ zu huldigen. Der deutsche Liberalismus habe sich bereits „im Neoliberalismus eines Wilhelm Röpke und eines

¹⁹¹ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 87-89.

¹⁹² Siehe Kapitel 3.2.

¹⁹³ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 14-15.

¹⁹⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 100/1971, S. 1.

¹⁹⁵ Schroers, Rolf: Liberale Zuversicht. In: *Liberal* 1971, S. 722.

¹⁹⁶ Vgl. Nie nie sagen. In: *Der Spiegel* 46/1971, S. 41.

Ludwig Erhard eine erneuerte theoretische Grundlage gegeben und damit eine liberale Wiedergeburt vollzogen“, weshalb die *Freiburger Thesen* „nicht die Adaption der Sozialökonomik, sondern des Sozialismus“ seien.¹⁹⁷ Diese Einschätzung teilten zweifellos viele ältere Liberale, vor allem in den eher konservativen Landesverbänden. Das niedersächsische FDP-Urgestein Werner Blunck beklagte in Briefen an Parteifreunde, das neue Programm zeuge von einem Wirtschaftsverständnis, das „absolut kommunistisch“ sei, und positioniere die Partei „links von der SPD“.¹⁹⁸

Fast zeitgleich zu den *Freiburger Thesen* erschien im Umfeld der FDP ein weiteres Schriftstück, welches noch deutlich radikaler als das Parteiprogramm ausfiel, ihm aber in seiner Breitenwirkung kaum nachstand. Nicht ohne Grund gilt Karl-Hermann Flachs Streitschrift *Noch eine Chance für die Liberalen* in der Forschung als „Höhepunkt der Erneuerung der FDP“¹⁹⁹. Flach hatte sich bereits seit den 1950er Jahren für eine umfassende Parteireform eingesetzt und arbeitete bis zu seiner Wahl zum Generalsekretär auf dem Freiburger Parteitag unter anderem als stellvertretender Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*.²⁰⁰ In seinem Buch, welches in Parteikreisen den liebevollen Spitznamen „Grüne Bibel“ erhielt, äußerte Flach eine umfassende Kritik am Zustand des Liberalismus:

„Der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus lastet auf ihm wie eine Hypothek. Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist daher die Voraussetzung seiner Zukunft. Der Liberalismus ist im 19. Jahrhundert erstarrt. Nachdem es ihm gelang, eine der größten historischen Leistungen der Neuzeit zu verbringen, hat er sich auf seinen Lorbeeren ausgeruht und nicht erkannt, daß damit nur der erste Schritt zu einer liberalen Entwicklung der Gesellschaft geleistet worden ist.“²⁰¹

Der liberale Leistungs- und Wettbewerbsbegriff lasse sich nur dann rechtfertigen, „wenn Gleichheit oder zumindest starke Annäherung der Startchancen in der Gesellschaft“ bestehen, was jedoch bei den Liberalen in Vergessenheit geraten sei. Stattdessen habe die Duldung einer Verfestigung der sozialen Verhältnisse dazu geführt, dass der „theoretische[...] und juristische[...] Freiheitsbegriff zur Waffe in den Händen einer begrenzten Schicht in der Abwehr der Ansprüche breiter Schichten pervertierte“. Darüber hinaus gehöre die Identifikation der liberalen Idee mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln „zu den

¹⁹⁷ Richarts: Die F.D.P. auf dem Weg nach links, S. 9, 64, 106.

¹⁹⁸ Briefe Werner Bluncks vom 8. und 23. Dezember 1971 an Rötger Groß und Gerhard Kienbaum. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Karl-Hermann Flach, N47-10, S. 38-39.

¹⁹⁹ Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 118.

²⁰⁰ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 37-40.

²⁰¹ Flach, Karl-Hermann: Noch eine Chance für die Liberalen oder: Die Zukunft der Freiheit. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main, 1971, S. 17.

Grundirrtümern der jüngsten Geschichte, die in unserer Zeit fortleben“. Der Liberalismus lasse sich, so Flach, „weder als Großunternehmer-Philosophie mißbrauchen, noch auf eine Kleinhändler-Ideologie reduzieren“. Der Erhalt der bürgerlichen Freiheit bei der „Überwindung [sic!] der bürgerlichen Gesellschaft“ sei jedoch eine seiner zentralen Aufgaben.²⁰² In drastischen Worten schilderte der Autor die aus seiner Sicht brennende Aktualität der sozialen Frage:

„Der unkorrigierte freie Wettbewerb privater Produzenten und Händler erhöht ständig die Ungleichheit der Vermögensverteilung, weil sich nach dem geheimnisvollen Prinzip des Kapitalismus Vermögen immer dort vorwiegend weiter ansammelt, wo schon welches vorhanden ist. [...] Auch die hochindustrialisierten, mit hohem Lebensstandard der Mehrheit und einem System sozialer Sicherung ausgestatteten Gesellschaften schweben in der Gefahr, südamerikanische Feudalverhältnisse zu bekommen, allerdings auf weit höherem Niveau. Der kleine Zahl großer Vermögensbesitzer steht dann eine ganz breite Schicht Lohnabhängiger gegenüber, die zwar nicht hungern, frieren oder in Elendshütten wohnen, aber letzten Endes doch gut ausgehaltene Wirtschaftsuntertanen bleiben.“²⁰³

Flach betonte, dass die Suche nach dem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus als abwegig gelte, enthebe „den Liberalismus nicht von der Pflicht, nach ihm zu streben“. Allerdings gehe es dabei nicht um die Abschaffung des Eigentums, sondern darum, „die Zahl der kleinen Eigentümer zu Lasten der wenigen großen Eigentümer ganz wesentlich zu vermehren“. Ausdrücklich dankte Flach der Neuen Linken dafür, dass der Liberalismus durch ihren theoretischen Aufbruch den entscheidenden Anstoß erhalten habe, „seine Eigentumsideologie neu zu überdenken und sich über seine historischen Verfestigungen aus dem 19. Jahrhundert hinweg auf seine Wurzeln zu besinnen“.²⁰⁴

Mit seiner Wahl in das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs im Oktober 1971 war Karl-Hermann Flach fortan jedoch weniger als Theoretiker denn als Stratege gefragt. Mit welchen riesigen Erwartungen er konfrontiert wurde, verdeutlichte ein Artikel von Hans Wolfgang Rubin, in dem es hieß: „Von ihm erhoffen nicht wenige beinahe ein Wunder, und tatsächlich bringt er von Charakter, Erfahrung und Fähigkeiten her einmalige Voraussetzungen für dieses schwierige Amt und den Erfolg mit. Er kommt als Retter in der Not – nicht nur für die F.D.P., sondern für die sozial-liberale Koalition [...]“.²⁰⁵ Der neben Werner Maihofer wohl wichtigste Vordenker des freidemokratischen Reformkurses stand nun allerdings vor dem Problem, in seiner neuen Rolle eine Integrationsfigur für die gesamte Partei darstellen zu müssen, deren

²⁰² Ebd., S. 18-20.

²⁰³ Ebd., S. 26.

²⁰⁴ Ebd., S. 30, 35, 47.

²⁰⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 44/1971, S. 2.

innerer Zustand trotz – oder gerade wegen – des nationalliberalen Exodus alles andere als stabil war. Flach selbst brachte diese Aufgabe auf die Kurzformel: „Radikal denken, aber besonnen handeln.“²⁰⁶ So äußerte er kurz nach dem Freiburger Parteitag die Hoffnung, das neue Programm habe „innerparteilich in den etwas mehr konservativ-bürgerlichen wie auch in den mehr radikal-liberalen Flügel hinein integrierend gewirkt und eine neue breite Mitte der Partei geschaffen“.²⁰⁷ In seinem Vorwort zur Veröffentlichung der *Freiburger Thesen* erklärte er, das „notwendige Zweckbündnis mit den Sozialdemokraten“ bedeute keinesfalls einen „Linksruck“, und die Thesen seien weit von einem „Liberalsozialismus“ entfernt.²⁰⁸ Nach dem Bundesparteitag der SPD im November 1971 stellte Flach erleichtert fest, dass der Koalitionspartner nach links gerückt sei und dadurch „im Bereich der Mittelschichten [...] Raum frei“ gegeben habe.²⁰⁹ Die demonstrative Abgrenzung von den Sozialdemokraten diene der Betonung der liberalen Eigenständigkeit und sollte dem Partner jene Wähler abspenstig machen, welche „die Angst vor dem nackten Sozialismus“ umtrieb.²¹⁰ Elf Tage vor der Bundestagswahl 1972 legte der Generalsekretär gar eine eidesstattliche Versicherung ab, in der er beteuerte, die FDP habe „sich zu keinem Zeitpunkt zu einer bedingungslosen Koalition mit den Sozialisten verpflichtet“. Ein künftiges Regierungsprogramm könne nur „wieder sozial-liberal und nicht sozialistisch sein“.²¹¹

Flachs Strategie der expliziten Abgrenzung nach links schien angesichts des Wahlausgangs durchaus aufzugehen, legte die FDP im Vergleich zu 1969 doch um 2,6 Prozentpunkte auf ein Gesamtergebnis von 8,4 Prozent zu. Doch die Rolle als Chefstrategie entfremdete ihn zunehmend von seiner linksliberalen Anhängerschaft.²¹² Der *Spiegel* berichtete im Juli 1973 über den Generalsekretär: „Er ist es leid, immerfort den ausgleichenden Makler zwischen den Parteiflügeln spielen zu müssen. Denn der einstmals links engagierte Autor der Parteifibel [...], der mit Gesinnungsfreunden die FDP auf den neoliberalen Freiburger Kurs getrimmt hat, fürchtet, durch derlei amtsbedingte Kompromißerei schließlich sein Profil zu verlieren.“²¹³ Wenige Wochen später verstarb Flach überraschend an einem Hirnschlag. Die Partei zeigte sich von dem tragischen Verlust eines ihrer wichtigsten Funktionsträger zutiefst schockiert.²¹⁴

²⁰⁶ Zit. n. Im Tief. In: Der Spiegel 28/1971, S. 29.

²⁰⁷ „Wir müssen Grenzwähler erreichen“. In: Der Spiegel 45/1971, S. 44.

²⁰⁸ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 23.

²⁰⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 93/1971, S. 1.

²¹⁰ Zit. n. Mit Chuzpe. In: Der Spiegel 34/1971, S. 25-26.

²¹¹ Eidesstattliche Versicherung Karl-Hermann Flachs vom 8. November 1972. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Karl-Hermann Flach, N47-75, S. 97-98.

²¹² Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland um 1969, S. 265-266.

²¹³ Mehr erwartet. In: Der Spiegel 27/1973, S. 27.

²¹⁴ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland um 1969, S. 268.

In den folgenden Jahren wurde der Verstorbene zur Ikone der Linksliberalen stilisiert, die sich allerdings stets weniger auf den Politiker als auf den Theoretiker Flach und seine „Grüne Bibel“ beriefen.

Karl-Hermann Flachs Dilemma war symptomatisch für die Situation der FDP in den Jahren 1971/72. Die *Freiburger Thesen* sollten der Partei nach Jahren erbitterter Richtungskämpfe und der Trennung vom nationalliberalen Flügel ein neues Profil geben, welches einen modernen, am „neuen Mittelstand“²¹⁵ orientierten Sozialliberalismus repräsentierte. Symbolisch knüpfte man hierzu an die nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geratenen Ideen Friedrich Naumanns an, um zu veranschaulichen, dass Liberalismus und Sozialpolitik sich keineswegs ausschließen müssen.²¹⁶ Für Flach waren die Thesen nichts anderes als eine „Aktualisierung“ von Naumanns Lehren.²¹⁷ Mit der Verabschiedung des neuen Programms wurden „die Brücken zur Strauß-Barzel-Union abgebrochen“,²¹⁸ mit der die FDP bereits seit Frühjahr 1971 auch auf der Landesebene keine gemeinsame Regierung mehr stellte.²¹⁹ Somit erhielt die sozial-liberale Koalition in Bonn eine längerfristige Perspektive, die auch über die Vollendung der Neuen Ostpolitik hinauszureichen schien. Allerdings bedeutete dies auch die Rückkehr der alten Angst vor der Absorption durch den größeren Partner, welche die zumeist im einstelligen Prozentbereich der Wählerstimmen verharrende Partei schon zu Adenauers Zeiten umgetrieben hatte. Weil man auf keinen Fall als „Partei der Dreiviertel-Sozialdemokraten“²²⁰ wahrgenommen werden wollte, wurde beispielsweise das Vorwort zur gedruckten Ausgabe der *Freiburger Thesen* nach der ersten Auflage geändert: Statt von der „Synthese von Liberalismus und Sozialismus“ war nun von der „liberalen Alternative zum Sozialismus“ die Rede.²²¹ Aus strategischen Gründen blieb der FDP kaum eine andere Wahl, als sich um ihrer Eigenständigkeit willen immer wieder entschieden vom eigenen Koalitionspartner zu distanzieren. Diese „Strategie des begrenzten Konflikts“ artikulierte sich nach den weitgehend einhellig angestrebten außenpolitischen Vorhaben vor allem im Bereich der inneren Reformen.

²¹⁵ Der „neue Mittelstand“ bezeichnet die in dieser Zeit wachsende Schicht aus Angestellten und Beamten in Abgrenzung zum „alten Mittelstand“ der selbstständigen Handwerker und Kaufleute. Die FDP erzielte bei der Bundestagswahl 1972 ihre stärksten Zugewinne in städtischen Gegenden mit besonders ausgeprägtem „tertiären Sektor“. Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 608.

²¹⁶ Nicht zu Unrecht wurde im „Spiegel“ darauf hingewiesen, dass die Wiederentdecker Naumanns über dessen Nationalismus generös hinwegsehen. Vgl. Vorsitzender Friedrich. In: Der Spiegel 21/1970, S. 46-47.

²¹⁷ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 23.

²¹⁸ Bis die Linke einig ist. In: Der Spiegel 45/1971, S. 34.

²¹⁹ Vgl. Michel: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP, S. 130.

²²⁰ Zundel, Rolf: Bremser oder Dritte Kraft? In: Die Zeit 49/1972.

²²¹ Zit. n. Richarts: Die F.D.P. auf dem Weg nach links, S. 13, 142.

3.2. Sozial-liberale Reformpolitik: Das Mitbestimmungsgesetz

Die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Betriebs- und Unternehmensebene war das wohl wichtigste sozial-liberale Reformprojekt im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für die SPD war dieses Thema seit Langem von zentraler Bedeutung,²²² während die FDP in Mitbestimmungsfragen aufgrund ihrer Rolle als Hüterin der unternehmerischen Freiheit bis dahin stets eine äußerst kritische Haltung eingenommen hatte. Besonders das im Mai 1951 verabschiedete Montanmitbestimmungsgesetz diente den Freidemokraten als Negativbeispiel für eine maßlose Ausweitung der Gewerkschaftsmacht. Gemäß dieses Modells, welches eine Sonderregelung für die Montanindustrie darstellte, musste der Aufsichtsrat paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner besetzt sein. Den Gewerkschaften fiel dabei das Recht zu, die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden und gegen unternehmensangehörige Vertreter, die vom Betriebsrat vorgeschlagen wurden, ein Veto einzulegen. Für Pattsituationen zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern war ein neutraler Mann vorgesehen, welcher der Zustimmung beider Gruppen bedurfte, und dem Unternehmensvorstand gehörte ein Arbeitsdirektor an, dessen Berufung und Absetzung ebenfalls nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter durchgesetzt werden konnte. Der den Sozialdemokraten nahestehende *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) erklärte die Ausweitung des umstrittenen Montanmodells auf alle Großunternehmen zu seinem Ziel.²²³ Für die FDP bedeutete dies „in Wahrheit nichts anderes als eine neue Form der Sozialisierung“.²²⁴ Bei der Regierungsbildung 1961 ließ man sich von der Union zusichern, dass diese keinen Gesetzesentwurf zur Ausweitung der Mitbestimmung vorlegen werde, und als Ludwig Erhard vier Jahre später in seiner Regierungserklärung verlauten ließ, aus „grundsätzlichen rechtlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Erwägungen“ ebenfalls darauf zu verzichten, fand dies die Zustimmung seines Koalitionspartners.²²⁵

Allerdings machte sich auch die SPD nach ihrem Eintritt in die Große Koalition 1966 nicht besonders nachdrücklich für die Gewerkschaftsforderung stark, denn sie wollte auf keinen Fall die gerade erst eingerichtete „Konzertierte Aktion“, die auf der partnerschaftlichen Kooperation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften beruhte, einer derartigen

²²² Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 440.

²²³ Vgl. Lauschke, Karl: Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes von 1976. Düsseldorf 2006, S. 13-15.

²²⁴ So Wolfgang Mischnick 1965, zit. n.: Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 22.

²²⁵ Zit. n. ebd.

Belastungsprobe aussetzen. Stattdessen entschieden sich Union und SPD für die Einrichtung einer Kommission unter dem Wirtschaftsrechtsprofessor Kurt Biedenkopf, welche Empfehlungen auf Basis der bisherigen Erfahrungen mit der paritätischen Mitbestimmung ausarbeiten sollte. Im Dezember 1968 brachten die Sozialdemokraten dann auf Druck des DGB einen Gesetzesvorschlag zur Unternehmensverfassung ein, von dem sie allerdings wussten, dass die Union ihn nicht unterstützen würde. Die Mitbestimmungskonzeption folgte der Gewerkschaftsforderung nach paritätischer Besetzung der Aufsichtsräte – fünf Vertreter der Anteilseigner, fünf Vertreter der Arbeitnehmer, ein Neutraler – , wollte jedoch die Auswahl der Arbeitnehmersvertreter einer von den Beschäftigten direkt gewählten Unternehmensversammlung überlassen. Für die Gewerkschaften war lediglich das Vorschlagsrecht für die zwei externen Vertreter vorgesehen, was ihre Position zugunsten der Belegschaftsmitglieder deutlich abschwächte.²²⁶

Die FDP verharrte in dieser Frage auch während ihrer dreijährigen Oppositionszeit weitgehend auf ihrem traditionellen Standpunkt. Auf dem Freiburger Bundesparteitag von 1968 sprach sie sich entschieden gegen eine Ausweitung der Mitbestimmung aus.²²⁷ Als Helmut Schmidt die Freidemokraten im Bundestag davor warnte, sich durch eine kategorische Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung ihren politischen Spielraum zu verengen, hielt ihm Heinrich J. Maurer in der *Freien Demokratischen Korrespondenz* polemisch entgegen: „In der Frage der Mitbestimmung heißt unsere Politik: Mündigkeit für das Heer der Arbeitnehmer und nicht brüderliche Aufteilung der Vormundschaft über sie. Wenn sich nur nicht diejenigen ihren politischen Spielraum allmählich mehr und mehr einengen, die sich jetzt zu Warnern für die Liberalen aufspielen.“²²⁸ Das beste Mittel zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer sah Maurer in der Neugestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952.²²⁹ Dementsprechend forderte die 1969 verabschiedete *Nürnberger Wahlplattform*, die Möglichkeiten dieses Gesetzes voll auszuschöpfen, um „Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer in den Betrieben“ zu stärken, was die paritätische Mitbestimmung nicht leisten könne. An die Stelle des bisherigen Wirtschaftsausschusses solle in Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten ein von der Belegschaft direkt gewählter technisch-wirtschaftlicher Ausschuss treten, durch den einzelnen Beschäftigten ermöglicht werde, „auf Organisation und Leitung des Betriebs einzuwirken“. Neben dem Betriebsrat

²²⁶ Vgl. Ebd., S. 28-41.

²²⁷ Vgl. Ebd., S. 49.

²²⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 20/7 vom 24.1.1969, S. 4.

²²⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 20/6 vom 21.1.1969, S. 7.

habe der Ausschuss „das Recht auf umfassende Information durch die Unternehmensleitung“ und seine Mitglieder Anspruch auf Aus- und Fortbildung sowie bezahlte Freistellung. Für eine mögliche Reform der Unternehmensverfassung wurde lediglich angeregt, die „Stellung von Geschäftsführung und Kapitalgeber sowie ihre Beziehung zueinander“ zu überprüfen.²³⁰ Im Wahlkampf ließ Walter Scheel keine Zweifel daran aufkommen, dass die FDP im Falle eines Regierungseintritts unter keinen Umständen einer Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung zustimmen werde, sah dies jedoch nicht als Hindernis für ein sozial-liberales Bündnis an, da die SPD ihr Konzept ohnehin nur bei einer absoluten Mehrheit verwirklichen könne.²³¹ In den folgenden Koalitionsverhandlungen bestand die FDP-Delegation darauf, die Frage der Mitbestimmung auf Unternehmensebene konsequent auszuklammern, und Scheel wäre es wohl am liebsten gewesen, wenn auch die Regierungserklärung dieses Thema nicht erwähnt hätte.²³² Willy Brandt kündigte ohnehin nur unverbindlich an, der von der Biedenkopf-Kommission angeforderte Bericht solle „geprüft und erörtert“ werden.²³³ Die Gewerkschaften verzichteten auf lautstarken Protest, weil sie ihre Hoffnungen vorerst auf die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes setzten.²³⁴

Den Freidemokraten war allerdings daran gelegen, von Beginn an deutlich zu machen, dass eine erweiterte Mitbestimmung auf Betriebsebene keineswegs gleichzusetzen sei mit einer Vermehrung der Gewerkschaftsrechte.²³⁵ Einen Gesetzesentwurf von Bundesarbeitsminister Walter Arendt wies FDP-Wirtschaftssprecher Gerhard Kienbaum entschieden zurück, weil er die Position der Gewerkschaften in den Betrieben derart stärke, dass eine Erzwingung der paritätischen Mitbestimmung durch Streiks möglich werde.²³⁶ In einem mehrstündigen Koalitionsgespräch rang die FDP den Sozialdemokraten mehrere gravierende Zugeständnisse ab: Die Betriebsräte sollten nun nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verpflichtet werden und Gewerkschaftsvertreter nur „im Benehmen“ mit dem Betriebsrat und der Unternehmensleitung Zugang zu den Betrieben erhalten.²³⁷ Ersatzlos gestrichen wurde das Recht der Gewerkschaften, außerhalb der Arbeitszeit im Betrieb für ihre Ziele zu werben, sowie der von Kienbaum besonders beanstandete Paragraph, nach dem gesetzlich nicht

²³⁰ Verheugen, Günther (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. Baden-Baden 1979, S. 22-23.

²³¹ Vgl. „Mitbestimmung ist kein Hindernis“. In: Der Spiegel 39/1969, S. 32.

²³² Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 220-221.

²³³ Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969. In: Bickerich (Hrsg.): Die 13 Jahre, S. 177.

²³⁴ Vgl. Lauschte: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 49.

²³⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 21/52 vom 21.7.1970, S. 3.

²³⁶ Vgl. Liberales Schwarzbrot. In: Der Spiegel 44/1970, S. 31.

²³⁷ Vgl. Die FDP erzwingt Änderungen des Betriebsverfassungs-Gesetzes. In: FAZ vom 26.11.1970, S. 1.

geregelter Rechte des Betriebsrats durch Arbeitskämpfe erzwungen und tarifvertraglich abgesichert werden können.²³⁸ Entsprechend unzufrieden zeigten sich die Gewerkschaftsvertreter mit dem von ihnen herbeigesehnten Reformprojekt. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter glaubte in dem überarbeiteten Entwurf „deutlich Spuren des negativen Einflusses der FDP“ zu erkennen.²³⁹ Besonders die Formulierung, dass Gewerkschaftern der Zutritt zum Betrieb nur „im Benehmen“ mit Arbeitgebern und Betriebsräten gestattet sei, wurde zur Zielscheibe der Kritik. Finanzminister Alex Möller warf der FDP vor, diese Regelung, welche „endlose Streitereien“ auslösen werde, auf Betreiben des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI) in das Gesetz eingebracht zu haben.²⁴⁰ Einige Monate nach der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs im Bundestag präsentierten die Freidemokraten dem Koalitionspartner nochmals eine Reihe von Änderungswünschen. Diese sahen unter anderem vor, das Recht der politischen Parteien, in den Betrieben unter Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens für sich zu werben, wieder zu streichen. Obwohl sich die SPD von dieser neuen Möglichkeit der Basisarbeit einiges versprochen hatte, entsprach sie dem Wunsch der Liberalen. Im Gegenzug wurde allerdings die umstrittene Zugangsbeschränkung für Gewerkschafter wieder aufgehoben.²⁴¹

Neben dem Einfluss der Gewerkschaften wurde noch ein zweites Thema zum Anlass von Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern: die Rolle der sogenannten „leitenden Angestellten“. Der *Spiegel* widmete dieser „neuen Klasse“ im Mai 1971 eine Titelstory, in der es hieß:

„Rund 350 000 westdeutsche Arbeitnehmer [...] führen den Titel „leitende Angestellte“, aber die Gruppe der mittleren und gehobenen Büro-Nobilitäten ist soziologisch nur schwer einzugrenzen. Was gängig und von jedermann als leitender Angestellter bezeichnet wird, ist lediglich im Einzelfall zu erfassen. Weder haben jene, die in der Wirtschaft Leitungsfunktionen ausüben, ein einheitliches Gruppenbewußtsein, noch hat der Gesetzgeber deutlich definiert, wer zum Kreis dieses Personals zu zählen ist. Im geltenden Betriebsverfassungsgesetz, 1952 von den Christlichen Demokraten und Freidemokraten gegen die Stimmen der SPD und KPD verabschiedet, wurde die Begriffsverwirrung konstituiert. Denn danach sind Angestellte mit Leitungsfunktionen gemäß dem ideologischen Unterfütter der Volkspartei CDU generell als „Nichtarbeitnehmer“ definiert: Weder dürfen sie den Betriebsrat wählen noch in ihn gewählt werden. Leitende im Sinne des Gesetzes sind auch jene, die der Unternehmer dazu ernannt. [...] Das fragwürdige Privileg [...] erteilte in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Gehaltsabhängige. So zählt heute jeder sechste Angestellte

²³⁸ Vgl. Richtig Freude. In: Der Spiegel 49/1970, S. 57.

²³⁹ Zit. n. Rangeln um Ballast. In: Der Spiegel 3/1971, S. 21-22.

²⁴⁰ Zit. n. Zum Wohl. In: Der Spiegel 5/1971, S. 32-34.

²⁴¹ Vgl. Kungelei im Klub. In: Der Spiegel 38/1971, S. 24-25.

bei der Daimler-Benz AG zu den Leitenden; jeder vierte in der chemischen Industrie trägt diesen Titel, und bei der Esso AG darf sogar nur jeder zweite den Betriebsrat wählen oder in ihn delegiert werden.“²⁴²

Die *Union der leitenden Angestellten* (ULA) hatte bereits seit längerem darauf hingearbeitet, ihrer Klientel eine Sonderrolle in der Betriebsverfassung als „dritte Kraft“ zwischen Kapitalgebern und Arbeitnehmern zu erstreiten.²⁴³ Der FDP erschienen die Leitenden als eine attraktive Zielgruppe für eine liberale und antikollektivistische Mitbestimmungspolitik. Folgerichtig beanstandeten die Freidemokraten an Arendts erstem Gesetzesentwurf die Ausdehnung des Arbeitnehmerbegriffs bis hin zum Abteilungsleiter, durch den ein Großteil der leitenden Angestellten unter die Vertretung durch den Betriebsrat gefallen wäre.²⁴⁴ Der kleinere Koalitionspartner sorgte dafür, dass die großzügige Auslegung des Begriffs des leitenden Angestellten aus dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 im Wesentlichen erhalten blieb. Zwar konnte eine eigene Interessenvertretung für die Leitenden nicht durchgesetzt werden, doch ihnen wurde die Bildung von Sprecherausschüssen auf freiwilliger Grundlage in Rücksprache mit der Unternehmensleitung ermöglicht, deren rechtlicher Status allerdings umstritten blieb. Insgesamt zeigte sich die ULA mit dem Kompromiss durchaus zufrieden.²⁴⁵ Der DGB sah in der Anerkennung der Sonderrolle für die leitenden Angestellten hingegen ein schlechtes Omen im Hinblick auf die paritätische Unternehmensmitbestimmung.²⁴⁶ Am 18. Januar 1972 trat das neue Betriebsverfassungsgesetz in Kraft, womit freilich nur der erste Schritt zur angekündigten sozioökonomischen Demokratisierung getan war.

Nachdem die Biedenkopf-Kommission Anfang 1970 ihren Bericht zur Reform der Unternehmensverfassung vorgelegt hatte, in dem sie einen Aufsichtsrat aus sechs Vertretern der Anteilseigner, vier Arbeitnehmervertretern und zwei Neutralen vorschlug,²⁴⁷ wurde absehbar, dass die FDP spätestens zur nächsten Legislaturperiode ein eigenes Mitbestimmungskonzept würde ausarbeiten müssen. Hans Wolfgang Rubin warnte die Partei in der *Liberal* davor, in dieser Frage in der Defensive zu verharren, denn es reiche nicht aus, „daß wir wissen, was wir *nicht* wollen, nämlich die paritätische Mitbestimmung, Funktionäre statt Mitbestimmung, das Übergreifen sozialistischer Tendenzen in der Finanz- und

²⁴² Eisiger Hauch. In: Der Spiegel 19/1971, S. 38-54.

²⁴³ Vgl. Dietz, Bernhard: Wertewandel in der Wirtschaft? Die leitenden Angestellten und die Konflikte um Mitbestimmung und Führungsstil in den siebziger Jahren. In: Dietz, Bernhard / Neumaier, Christoph / Rödter, Andreas (Hrsg.): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014, S. 169-200, hier S. 181.

²⁴⁴ Vgl. Die FDP erzwingt Änderungen des Betriebsverfassungs-Gesetzes. In: FAZ vom 26.11.1970, S. 1.

²⁴⁵ Vgl. Dietz: Wertewandel in der Wirtschaft?, S. 182-183.

²⁴⁶ Vgl. Zum Wohl. In: Der Spiegel 5/1971, S. 32-34.

²⁴⁷ Vgl. Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 52.

Wirtschaftspolitik“.²⁴⁸ Eine mögliche Neuausrichtung in der Mitbestimmungsfrage hatte Walter Scheel bereits im Bundestagswahlkampf 1969 angedeutet, als er für die Aufsichtsräte von Großunternehmen eine Drittelparität aus Kapitaleignern, Arbeitnehmern und Management nach amerikanischem Vorbild vorschlug.²⁴⁹ Innenminister Hans-Dietrich Genscher übernahm diesen Ansatz in seiner Rede auf dem Bundesparteitag 1970, als er forderte, die „Relation Kapital-Management-Arbeit“ zum Ausgangspunkt für „sinnvolle und wirklichkeitsnahe Regelungen der Mitbestimmung“ zu machen.²⁵⁰ Dies bedeutete letztlich nichts anderes als eine Sonderstellung für die leitenden Angestellten in der Unternehmensverfassung, auch wenn Scheel nicht müde wurde zu betonen, die FDP sei im Bereich der Mitbestimmung „völlig frei von Gruppeninteressen“.²⁵¹ Im April 1971 stellte Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer auf dem Landesparteitag in Dortmund erstmals ein konkretes Mitbestimmungsmodell auf Basis dieser Dreiteilung vor. Nach Riemers Vorstellungen sollten von den Aufsichtsratssitzen sechs an die Kapitaleigner, vier an die Arbeitnehmer und zwei an die leitenden Angestellten gehen. Ob es sich dabei um ein paritätisches Modell handelte war letztlich Auslegungssache, denn die Leitenden konnten je nach politischem Standpunkt der einen wie der anderen Seite zugerechnet werden. So urteilte der *Spiegel* über Riemers Konzept: „[...] theoretisch pari, praktisch eher 8:4 – ein Modell, wie es auch die Junge Union und die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) propagieren.“²⁵²

Auch die für den Freiburger Bundesparteitag eingesetzte Programmkommission nahm sich der Mitbestimmung an. Unter Federführung Werner Maihofers wurde die grundsätzliche Dreiteilung – nun als „die Faktoren Kapital, Disposition und Arbeit“ bezeichnet – beibehalten, allerdings gestand der Programmentwurf den Kapitaleignern zwei Sitze weniger zu als Riemer. Der Verteilungsschlüssel für die Aufsichtsratssitze lautete also 4:2:4. Die vierte These zur Unternehmensmitbestimmung erläuterte dazu: „Zur Sicherstellung des überwiegenden Unternehmensinteresses im Falle eines Interessenkonflikts zwischen den Faktoren Kapital und Arbeit ist eine angemessene Beteiligung von leitenden Angestellten als Vertretern des Faktors Disposition in der Unternehmensaufsicht vorzusehen.“²⁵³ Für die Leitenden war hier also die besondere Rolle als Vertreter der wahren Interessen des

²⁴⁸ Rubin, Hans Wolfgang: Thesen für eine liberale Gesellschaftspolitik. In: Liberal 1970, S. 415. Hervorhebungen im Original.

²⁴⁹ Vgl. „Mitbestimmung ist kein Hindernis“. In: Der Spiegel 39/1969, S. 32.

²⁵⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 21/52 vom 21.7.1970, S. 3.

²⁵¹ Scheel, Walter: Die Freien Demokraten. In: Liberal 1970, S. 15.

²⁵² 6:4:2. In: Der Spiegel 19/1971, S. 80.

²⁵³ Liberal 1971, S. 607.

Unternehmens und damit als Vermittler zwischen Kapitaleignern und Arbeitnehmern eingeplant, während Riemer ihnen lediglich eine Sonderstellung innerhalb der Arbeitnehmerschaft zugestehen wollte. In der *Liberal* verteidigte er sein Modell und griff zugleich den Kommissionsentwurf scharf an. Dieser trage ein „überholtes [...] Klassenkampfschema“ in sich, denn das „Herr-Knecht-Verhältnis“ der Begriffskombination „Arbeitnehmer kontra Arbeitgeber“ sei „unter der Belastung der technischen Revolution zusammengebrochen“. An seine Stelle sei „eine recht unterschiedlich strukturierte Arbeitnehmerschaft und eine ebenso unterschiedlich strukturierte Arbeitgeberseite und Kapitaleseite“ getreten. Anschaulich werde dies bei Aktiengesellschaften, wo ironischerweise die Arbeitgeberseite mitunter ihren eigenen Kleinaktionären auf der Arbeitnehmerseite gegenüber sitze. Riemer hielt es für „nicht einsehbar, statt Parität nun eine Art Überparität zu institutionalisieren“, bei welcher der Zwang „zu einem kritischen und rationalen Konfliktaustragungsverhalten“ nicht mehr gegeben sei. Die Rolle der leitenden Angestellten in der Programmkommission versetze diese „in die *alles* entscheiden könnende Schlüsselposition“, tue ihnen damit jedoch „gewiß keinen Gefallen“. ²⁵⁴

Es war absehbar, dass auf dem für Ende Oktober 1971 angesetzten Bundesparteitag eine Kampfabstimmung zwischen dem Riemer- und dem Maihofer-Modell anstehen würde. Allein diese Tatsache wurde von der FAZ als sichtbarster Ausdruck des neuen Linkskurses gewertet, denn „während die FDP noch im Herbst 1969 die Koalition mit der SPD davon abhängig machte, daß die paritätische Mitbestimmung auf Unternehmensebene in dieser Legislaturperiode nicht ausgeweitet wird, stehen nunmehr Mitbestimmungsmodelle zur Diskussion, die sogar über die paritätische Mitbestimmung hinausreichen können“, ²⁵⁵ womit sie sich freilich Riemers Lesart der „Überparität“ beim 4:2:4-Modell zu eigen machte. Doch selbst der kritische Rudolf Augstein anerkannte, dass der FDP in diesem Themenbereich „seit ihrem Wahlkampf von 1969, in dessen Mittelpunkt die Nicht-Mitbestimmung stand, [...] der entscheidende Schritt von der alten Pendler- und Besitzer-Partei zur rational argumentierenden Gruppe, zu einem Korrektiv der SPD“ gelungen sei. ²⁵⁶

Bei der Parteitagsdebatte in Freiburg zeigte sich allerdings, dass es durchaus noch Vorbehalte gegen die Festlegung auf ein Drei-Faktoren-Modell gab. Der Delegierte Hermann Ferdinand Arning übte stellvertretend für den als besonders links eingestuften Hamburger Landesverband fundamentale Kritik am „Faktor Disposition“. Dieser führe als „sachfremde,

²⁵⁴ Riemer, Horst-Ludwig: 6 : 4 + 2 gegen 4 : 2 : 4. In: *Liberal* 1971, S. 750-752. Hervorhebungen im Original.

²⁵⁵ Die Freien Demokraten nehmen Kurs zur linken Mitte. In: FAZ vom 25.9.1971, S. 4.

²⁵⁶ Augstein, Rudolf: 4 zu 2 zu 4. In: *Der Spiegel* 44/1971, S. 34.

systemfremde Funktion“ zu „starken Unsicherheiten und Unklarheiten“, denn es sei nicht deutlich gemacht worden, „wie denn eigentlich [...] der leitende Angestellte hier umrissen werden soll“. Stattdessen beantragte er ein reines Paritätsmodell zwischen Kapitalgebern und Arbeitnehmern, denn nur so könne „das mitwirkende selbstbestimmende Element des Faktors Arbeit gesichert sein“. Helga Schuchardt beklagte die Überrepräsentation der Leitenden in den Drei-Faktoren-Modellen und fragte polemisch, ob es sich dabei nicht eigentlich um die „Einführung eines Zwei-Klassen-Wahlrechts“ handele, welches „jeglichem liberalen Verständnis widerspricht“. Der Hamburger Victor Kirst reichte unabhängig von seinem Landesverband einen Antrag ein, der eine Verteilung der Aufsichtsratssitze im Verhältnis sechs zu fünf zugunsten der Kapitaleseite, unter Ausschluss des Faktors Disposition, vorsah. Er begründete dies damit, dass einerseits der Riemer-Entwurf die Gefahr in sich trage, dass sich „praktisch an der jetzigen Vertretung der Arbeitnehmervertreter von einem Drittel überhaupt nichts ändert“, andererseits „das Modell der Programmkommission die Kapitaleseite, zumindest theoretisch, in die Minderheit versetzt“. Beides sei gleichermaßen unbefriedigend. Kirst warnte seine Partei davor, sich in der Mitbestimmungsdiskussion zu sehr auf die leitenden Angestellten zu fokussieren, denn dadurch drohe „eine eminent wichtige Frage unserer Wirtschaftsordnung [...] unter ganz anderen Gesichtspunkten entschieden“ zu werden. Wenn die Leitenden keine Arbeitnehmer sein wollen, könne man sie jedenfalls nicht als Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat entsenden.²⁵⁷

Vertreter eines Zwei-Faktoren-Modells standen in dieser Debatte jedoch auf verlorenem Posten, denn die „Entdeckung“ des Faktors Disposition ermöglichte die Entwicklung einer dezidiert liberalen Mitbestimmungskonzeption, die sich von derjenigen der SPD grundlegend unterschied. Die große Mehrheit der Delegierten, unter ihnen die gesamte Führungsspitze der Bundespartei, neigte deshalb einem der Drei-Faktoren-Modelle zu. Horst-Ludwig Riemer bewarb sein Modell mit den bereits bekannten Argumenten, wenngleich er einräumte, das auch die Annahme des Kommissionsentwurfs „einen Fortschritt“ darstellen würde. Dennoch sei das Modell 4:2:4 „eindeutig ein Modell der Überparität“, welches es den Arbeitern und Angestellten ermögliche, die Seite der Anteilseigner zu überstimmen. Dies sei „schlicht und einfach eine Verletzung des Instituts Eigentum“. Er wolle zwar nicht „in bunten Farben die Kapitalflucht an die Wand malen“, aber die bundesdeutsche Wirtschaft sei auf den freiwilligen Einsatz von Kapital angewiesen, weshalb es „bei diesem Modell ganz sicher eine Abwanderung von Kapital“ geben werde. Beistand erhielt er von seinem nordrhein-

²⁵⁷ Protokoll des Bundesparteitage in Freiburg vom 25. bis 27. Oktober 1971. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-446, S. 16-17, 22-23, 52.

westfälischen Landsmann Burkhard Hirsch, der angesichts der raschen Wandlung der FDP in der Mitbestimmungsfrage auf die Gefahr hinwies, bei einer überstürzten Annahme des Maihofer-Modells „allmählich eine Geschwindigkeit [zu] erreichen“, welche für die Partei „in unkontrollierten Bahnen [...] enden“ könnte.²⁵⁸

Zu einer gänzlich anderen Einschätzung kam der Berliner Jungdemokrat Jürgen Kunze, der dem Riemer-Modell vorwarf, „kein Paritätsmodell, sondern ein Modell der Diskriminierung der Arbeitnehmer“ zu sein. Erst eine Koalition mit dem „eigenständigen Faktor Disposition“ ermögliche ihnen die Parität mit der Kapitaleseite. Nur der Maihofer-Vorschlag gewährleiste „die Chancengleichheit der Faktoren Kapital und Arbeit“ bei Berücksichtigung der leitenden Angestellten. Nehme die Partei ernst, was „über die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des Faktors Arbeit bei der Mitbestimmung gesagt wird“, könne sie Riemers Entwurf nicht zustimmen.²⁵⁹ Auch Jürgen Möllemann befand, eine Entscheidung für das Maihofer-Modell sei angesichts der anderen Freiburger Parteitagebeschlüsse „nur logisch und konsequent“, während es bei einem Sieg Riemers in der Öffentlichkeit heißen werde, die FDP schaffe es mittlerweile sogar, ihren „eigenen Fortschritt zu bremsen“, und sei „wohl auch schizophren“. Das 6:4:2-Modell nehme der Arbeitnehmerseite die Chance, „auch im eindeutigsten und berechtigtesten Fall eine Mehrheit gegen die andere Seite zu erlangen“, womit es gegen die liberalen Grundsätze verstoße. Den Gegnern des Kommissionsentwurfs hielt Möllemann ein Zitat Friedrich Naumanns entgegen: „Soviel ist sicher, daß der Liberalismus als Gesamterscheinung zu Ende ist, wenn er gegenüber der Macht des Großbetriebes aus Furcht oder Mangel eines neuen freiheitlichen Gedankens sich tatenlos oder programmlos zurückzieht.“²⁶⁰

Der frisch gewählte Generalsekretär Karl-Hermann Flach untermauerte die Sonderstellung der Disposition gegenüber den anderen beiden Faktoren auf Basis seiner eigenen Berufserfahrungen: „Die Kapitaleseite neigt im Zweifel dazu, kurzfristige Gewinnerwartungen bei möglichst geringem Risiko gegenüber den langfristigen Interessen des Unternehmens zu vertreten. [...] Die Arbeitnehmerseite neigt im Zweifel dazu, kurzfristig konsumierbare soziale oder andere Leistungen gegenüber dem langfristigen Unternehmensinteresse zu bevorzugen. [...] Die leitenden Angestellten neigen im Zweifel dazu, auf Grund ihrer ganz besonderen existenziellen Situation die langfristigen Unternehmensinteressen zu vertreten.“ Demzufolge sei die Schlüsselrolle der Leitenden im Maihofer-Modell durchaus gerechtfertigt, allerdings

²⁵⁸ Ebd., S. 29-31, 48.

²⁵⁹ Ebd., S. 43-44.

²⁶⁰ Ebd., S. 57-58.

sprach sich Flach für eine Modifikation aus, wonach die Kapitalseite bei Bestellung des Vorstandes und bei Feststellung des Jahresabschlusses nicht überstimmt werden dürfe.²⁶¹

Der Bundesvorsitzende Walter Scheel und sein Stellvertreter Hans-Dietrich Genscher machten sich hingegen für das Riemer-Modell stark, vor allem weil sie negative Folgen für die Wirtschaft bei einer vermeintlichen Überparität fürchteten.²⁶²

Die Abstimmung endete mit einer hauchdünnen Entscheidung: 189 Delegierte sprachen sich für das Riemer-, 188 für das Maihofer-Modell aus. Als Klaus Rösch, Landesvorsitzender der baden-württembergischen Jungdemokraten, wegen angeblicher Unklarheiten eine Wiederholung der Abstimmung beantragte, wurde er von Karl-Hermann Flach schroff zurechtgewiesen: „Es ist vollkommen unerträglich, wenn eine Partei, die selbst bei knappsten Mehrheitsentscheidungen im Bundestag die Verantwortung trägt, sich nicht auch einer Mehrheitsentscheidung unterwirft, und wenn es eine Mehrheit von einer Stimme ist. [...] Ich habe hier klar meine Meinung gesagt und ich bin in dieser Abstimmung mit einer Stimme unterlegen. Ich füge mich dem, und ich erwarte, daß hier nicht mit Mätzchen und mit Geschäftsordnungstricks versucht wird, die Meinungsbildung zu beeinflussen.“²⁶³ Später ging das Gerücht durch die Presse, Röschs Stellvertreter Fritz Bergmann habe die Abstimmung versäumt, weil er im Stadthallen-Restaurant „beim Bier“ gewesen sei, und dadurch den Sieg des Riemer-Lagers ermöglicht.²⁶⁴

Die *Freiburger Thesen* widmeten der Mitbestimmung, neben den Themen Eigentumsordnung, Vermögensbildung und Umweltpolitik, ein eigenes Kapitel. In der Vorbemerkung zur Unternehmensmitbestimmung wurde verkündet:

„Liberale Gesellschaftspolitik kann sich mit der Mitbestimmung der Arbeitnehmer an der Gestaltung ihres Arbeitsplatzes und ihrer Arbeitsverhältnisse auf der betrieblichen Ebene nicht begnügen. Dasselbe, eher noch verschärfte Spannungsverhältnis, von grundsätzlicher Selbstbestimmung des Arbeitgebers und grundsätzlicher Fremdbestimmung des Arbeitnehmers, besteht auch auf der unternehmerischen Ebene. [...] Die Achtung und Beachtung der Selbstbestimmung und Menschenwürde des Bürgers, auch in seiner abhängigen Rolle und Lage in Betrieb und Unternehmen, machen die freiheitliche demokratische Ordnung auch in der Wirtschaft zur alltäglichen Wirklichkeit. Die fortschreitende Entwicklung des Arbeitnehmers zum mündigen und aufgeklärten Bürger verleiht dieser emanzipatorischen Forderung zunehmend Eigengewicht. Sosehr damit die Weichen für die Suche nach Lösungen einer paritätischen Mitbestimmung gestellt sind, sowenig kann die in den Montanunternehmen bisher praktizierte Mitbestimmung nach allen Erfahrungen als Vorbild für die

²⁶¹ Ebd., S. 97-98.

²⁶² Ebd., S. 63, 92.

²⁶³ Ebd., A1-447, S. 20.

²⁶⁴ Einer saß beim Bier. In: Der Spiegel 46/1971, S. 26.

unternehmerische Mitbestimmung in Großbetrieben dienen. Dazu sind die praktischen Schwächen einer solchen Mitbestimmungslösung bei der Bewältigung von Konfliktfällen allzu offenkundig.“²⁶⁵

Der Anspruch der FDP wurde also klar formuliert: eine liberale Alternative zum Montanmodell zu bieten, ohne den Grundsatz der Parität aufzugeben. Dies war freilich nur möglich, indem man mit Riemers Modell auch seine Definition der leitenden Angestellten als Teil der Arbeitnehmerseite übernahm. So forderte die dritte These „eine funktionsgerechte gleichgewichtige Beteiligung von Anteilseignern (Faktor Kapital) und Unternehmensangehörigen (Faktoren Disposition und Arbeit) anderseits“,²⁶⁶ während der Kommissionsentwurf den Faktor Disposition an dieser Stelle noch ausgeklammert und lediglich von einer „grundsätzlich gleichgewichtige[n] Beteiligung“ von Kapital und Arbeit gesprochen hatte.²⁶⁷ Die Endfassung des Parteiprogramms begründete die Zurechnung der leitenden Angestellten zu den Unternehmensangehörigen durch das sich „aus ihrer abhängigen Stellung ergebende Risiko der Ersetzbarkeit“.²⁶⁸

In den Erläuterungen zur vierten These wurde erklärt, bei einem Interessenkonflikt zwischen Anteilseignern und Unternehmensangehörigen dürfe keine Seite „grundsätzlich über eine Stimmenmehrheit verfügen“, da dies beide Seiten „dem Zwang zu rationaler Argumentation“ unterwerfe. Eine Patt-Situation sei „die höchste Form des Einigungszwanges“, welche nicht durch die Entsendung eines neutralen Dritten ausgehöhlt werden dürfe.²⁶⁹ Maihofer hatte hier ursprünglich vorgesehen, die Rolle der leitenden Angestellten aus ihrer „Mittlerfunktion zwischen Kapital und Arbeit“ zu begründen und dazu erläutert, diese „werden in ihrer besonderen Interessengebundenheit an das Wohl und Wehe des Unternehmens als Ganzes dem langfristigen Unternehmensinteresse in einem Konfliktfalle durchgängig den Vorzug vor einem einseitigen und kurzfristigen, wenn nicht gar kurzsichtigen Kapitalgeber- oder Arbeitnehmerinteresse einräumen“.²⁷⁰ Dieser Vorstellung erteilten die *Freiburger Thesen* allerdings eine klare Absage, indem sie postulierten, die Durchsetzung kurzsichtiger Gruppeninteressen könne den Anteilseignern und dem Faktor Arbeit ebenso wenig pauschal unterstellt werden wie dem Faktor Disposition. These Fünf schrieb die Sitzverteilung im Aufsichtsrat auf das Verhältnis 6:4:2 – entgegen des ursprünglich intendierten 4:2:4 – fest, unter der Einschränkung, dass bei Bestellung und Abberufung der Unternehmensleitung nicht

²⁶⁵ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen, S. 97-98.

²⁶⁶ Ebd., S. 101.

²⁶⁷ Liberal 1971, S. 606.

²⁶⁸ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen, S. 101.

²⁶⁹ Ebd., S. 102-103.

²⁷⁰ Liberal 1971, S. 607.

gegen die Mehrheit der Unternehmensangehörigen entschieden werden dürfe. Die Sonderstellung der Leitenden, die im Kommissionsentwurf noch auf ihre Schlichterrolle zurückgeführt worden war, begründete man nun mit ihrer hochqualifizierten Tätigkeit, welche sie „zu einem kritischen Potential im Unternehmen“ mache und eine gesonderte Vertretung im Aufsichtsrat rechtfertige. Die sechste und siebte These erklärten, dass die Wahl der Vertreter des Faktors Disposition durch Mehrheitsentscheid der leitenden Angestellten des Unternehmens erfolgen müsse und die Regelung der Frage, wer als Leitender zu gelten habe, sich an den Vorgaben der betrieblichen Mitbestimmung orientieren solle. These Zehn forderte schließlich, die Montanmitbestimmung abzuschaffen und durch das neue Modell zu ersetzen, da die „Entsendung externer Vertreter in die Kontrollorgane der Unternehmen [...] sich ebenso wenig bewährt“ habe „wie die Belastung des neutralen Mannes mit der letzten Entscheidung“. Schon im Vorwort wurde klargestellt, dass diese Praxis „prinzipiell mit liberalen Vorstellungen einer größtmöglichen Mitbestimmung der Betriebsangehörigen, auch auf der unternehmerischen Ebene, nicht vereinbar“ sei.²⁷¹

Die Reaktionen auf die Freiburger Mitbestimmungsbeschlüsse fielen äußerst divergent aus. Der DGB zeigte sich erfreut über die „Wiederentdeckung des sozialen Liberalismus“, beklagte jedoch, dass dieser aufgrund des 6:4:2-Modells „auf halbem Wege stehen geblieben“ sei.²⁷² Die *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* (BDA) befand hingegen, die FDP habe durch ihre Beschlüsse „ein wesentliches Element der marktwirtschaftlichen Ordnung, nämlich die entscheidende Legitimation der Unternehmensleitung durch das Eigentum“ preisgegeben.²⁷³ Bei der ULA überwog die Freude über die Tatsache, dass die leitenden Angestellten als eigenständiger Faktor in die Freiburger Konzeption aufgenommen wurden, die Enttäuschung über das Scheitern des Maihofer-Modells deutlich. Präsident und Geschäftsführer des Verbandes bekundeten in einem Brief an Karl-Hermann Flach, die Berücksichtigung des Faktors Disposition sei „langfristig gesehen außerordentlich bedeutsam für unsere gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung“.²⁷⁴ Das Presseecho erwies sich als ebenso zwiespältig: während der *Spiegel* in Werner Maihofer den eigentlichen Gewinner des Parteitages und in dem hauchdünnen Sieg des Riemer-Modells lediglich eine „taktisch bedingte Zwischenstation“ sah, die bei nächster Gelegenheit aufgehoben werde,²⁷⁵

²⁷¹ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen, S. 98-106.

²⁷² Zit. n. Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 60.

²⁷³ Zit n. ebd., S. 63.

²⁷⁴ Brief der Union der Leitenden Angestellten an Karl-Hermann Flach vom 11.Dezember 1971. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Karl-Hermann Flach, N47-51, S. 88-89.

²⁷⁵ Bis die Linke einig ist. In: Der Spiegel 45/1971, S. 34-42.

interpretierte die FAZ Riemers Erfolg als Überraschungscoup, da während der Diskussion der Eindruck entstanden sei, die Mehrheit der Delegierten stünde hinter dem Entwurf der Programmkommission.²⁷⁶ Einig waren sich beide Blätter in der Einschätzung, die Stellungnahmen Scheels und Genschers gegen den Kommissionsentwurf seien letztlich für dessen Ablehnung ausschlaggebend gewesen.

Die Entwicklung eines eigenen Mitbestimmungsmodells ermöglichte es der FDP, in diesem Bereich aus ihrer traditionellen Defensivhaltung auszubrechen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1972 wurde deutlich, dass die Liberalen die Mitbestimmungsdiskussion als besonders attraktives Feld für die „Strategie des begrenzten Konflikts“ mit der SPD auserkoren hatten. Im Wesentlichen vollzog sich die Abgrenzung zum Koalitionspartner durch die unterschiedlichen Positionen bezüglich der Rechte der Gewerkschaften sowie der Einbeziehung der leitenden Angestellten. So erklärte Rolf Schroers in der *Liberal*, das Eintreten für die Interessen der Leitenden geschehe keineswegs, weil sich die Partei eine „neue Lobby anschaffen“, sondern weil sie „die politische Verantwortung dieser Gesellschaftsgruppe herausstellen und zu politischen Leistungen provozieren“ wolle. Die besondere Förderung dieser „Gruppe von verantwortungsbereiten Menschen“ biete „die demokratische Alternative zur Staatsregie und ebenso zum Zerfall der humanen Voraussetzungen im Spätkapitalismus“. Im Hinblick auf die SPD schrieb Schroers, es sei „ein produktives Konkurrenzverhältnis zwischen liberalen und sozialistischen Auffassungen entstanden“, da es der FDP „nicht um die antikapitalistische Solidarität der Lohnabhängigen“ gehe, sondern um „die konkrete Freiheit des einzelnen an seinem Arbeitsplatz.“ Es liege nicht in ihrem Interesse, „die Herrschaft des Kapitals gegen die Herrschaft der Funktionäre einzutauschen“, weshalb die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten „hier durchaus bis zum Konflikt gehen“ könne. In der grundsätzlichen Ausrichtung auf die Erweiterung der demokratischen Rechte in der Gesellschaft sei man sich allerdings einig.²⁷⁷

Ähnlich argumentierte auch Wahlkampfstrategie Karl-Hermann Flach in einem Zeitungsinterview: „Wir sind in der Koalition Partner, aber im Wahlkampf Konkurrenten... Es geht den Sozialdemokraten darum, den Emanzipationsprozeß der Menschen durch Sicherung kollektiver Rechte zu fördern, während es uns darum geht, ihn durch Sicherung von Individualrechten zu fördern.“²⁷⁸ Freilich gingen die Meinungen in der Partei darüber

²⁷⁶ Knappe Entscheidung bei der FDP für Übergewicht der Eigentümer im Aufsichtsrat. In: FAZ vom 28.10.1971, S. 1.

²⁷⁷ Schroers, Rolf: Die liberale Koalition. In: *Liberal* 1972, S. 629-633.

²⁷⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 107/1972, S. 1.

auseinander, wie weit man diese Konfliktstrategie treiben durfte. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick erklärte öffentlich, auch in der nächsten Legislaturperiode werde die Unternehmensmitbestimmung ein Tabu bleiben, solange sich die SPD nicht auf das 6:4:2-Modell einlasse. Die in Freiburg unterlegenen Befürworter des Maihofer-Modells hofften hingegen darauf, in einer Annäherung an die SPD letztlich doch noch das 4:2:4 als Kompromiss zwischen den Regierungsparteien verwirklichen zu können.²⁷⁹ Walter Scheel deutete an, zu gewissen Zugeständnissen bereit zu sein, während sich Hans-Dietrich Genscher eindeutig auf die Seite des Riemer-Lagers schlug und jede Abweichung vom Freiburger Konzept kategorisch ausschloss.²⁸⁰

Die Abgrenzung zur SPD bei gleichzeitigem Bekenntnis zur sozial-liberalen Koalition wurde bei der Bundestagswahl mit einem Zugewinn von 2,6 Prozentpunkten belohnt. Die Parteiführung interpretierte das Ergebnis als Vollendung der Neuausrichtung auf eine junge, urbane Zielgruppe. In einer auf dem Bundeshauptausschuss vorgestellten Wahlanalyse hieß es: „Die F.D.P.-Wählerschaft ist gebildeter, informierter und etwas jünger und befindet sich in einer besseren wirtschaftlichen Situation als die Wählerschaft der anderen politischen Parteien. Sie ist zudem städtischer als die Wählerschaft anderer Parteien. Die F.D.P. hat damit ein klares Wählerprofil als Partei des städtischen, „neuen Mittelstandes“ gewonnen.“²⁸¹ Für Genscher war dieser Erfolg nicht zuletzt der „neuen dritten Klasse“ der leitenden Angestellten zu verdanken, in welcher er eine weiterhin anwachsende Wählerklientel, ein „neues liberales Bürgertum“, zu erkennen glaubte.²⁸² Rudolf Augstein analysierte im *Spiegel*, es sei die logische Konsequenz des Drei-Parteien-Systems, dass „die dritte, die liberale Partei fast automatisch zum Interessenvertreter jener Fachkräfte“ werde, welche sich aufgrund ihres wachsendes Selbstbewusstseins nicht in das Schema „Arbeitnehmer/Nichtarbeitnehmer“ pressen lassen mögen.²⁸³ Damit wurde den leitenden Angestellten im Unternehmensgefüge der Standort zugewiesen, welchen die FDP im Parteiensystem für sich reklamierte, nämlich jener der quantitativ schwächeren, aber qualitativ herausragenden Kraft der Mitte. Tatsächlich erinnerte es an das Postulat von liberaler Äquidistanz zu Konservatismus und Sozialismus,²⁸⁴

²⁷⁹ Vgl. Ausklammern unmöglich. In: Der Spiegel 32/1972, S. 20.

²⁸⁰ Vgl. „Unsere Priorität für die SPD ist wasserdicht“. In: Der Spiegel 44/1972, S. 38-49.

²⁸¹ Freie Demokratische Korrespondenz 41/1973, S. 7.

²⁸² Zit. n. Hier läuft was. In: Der Spiegel 1/1973, S. 20-21.

²⁸³ Augstein, Rudolf: Die Leitenden und ihr Status. In: Der Spiegel 35/1973, S. 24-25.

²⁸⁴ So hieß es im Aufruf zur Bundestagswahl 1972: „Die kleine, aber wache F.D.P. hat dafür gesorgt, daß notwendige Reformen nicht verschlafen wurden und wirklichkeitsfremde Utopien nur geträumt werden konnten. Sie hat gegenüber konservativer Erstarrung und sozialistischer Utopie den Weg der Vernunft geöffnet: den Weg der liberalen Reformen.“ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 163.

wenn beispielsweise Walter Scheel betonte, freidemokratische Mitbestimmungspolitik richte sich gegen die Macht von Großunternehmen und Gewerkschaften gleichermaßen.²⁸⁵ Letztlich wäre eine Entscheidung zugunsten des Maihofer-Modells nach dieser Lesart konsequenter gewesen, denn in Riemers Konzept waren die Leitenden ja eben nicht das Zünglein an der Waage zwischen Kapital und Arbeit, sondern lediglich die Elite der Arbeitnehmerschaft.

In seiner Regierungserklärung am 18. Januar 1973 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt den Ausbau der Mitbestimmung zu einer der Hauptaufgaben der anstehenden Legislaturperiode. Wenngleich er die unterschiedlichen Auffassungen der Regierungsparteien betonte, zeigte Brandt sich optimistisch hinsichtlich einer baldigen Einigung zwischen SPD und FDP.²⁸⁶ Kurz zuvor hatten die Sozialdemokraten ihrem Koalitionspartner einen Kompromissvorschlag unterbreitet, der sich auf das in Freiburg unterlegene 4:2:4-Modell stützte. Allerdings sollten, im Gegensatz zum Maihofer-Entwurf, die Vertreter des Faktors Disposition nicht direkt von den leitenden Angestellten gewählt, sondern jeweils zur Hälfte von Kapitalgebern und Arbeitnehmern bestimmt werden. Der neue Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs erteilte diesem Annäherungsversuch sogleich eine Absage und beharrte darauf, von dem mit einer Stimme Mehrheit beschlossenen Riemer-Modell unter keinen Umständen abzuweichen.²⁸⁷

Es wurde recht schnell deutlich, dass nicht alle Freidemokraten gewillt waren, die „Strategie des begrenzten Konflikts“ nach dem erfolgreichen Wahlkampf aufzugeben. In der *Liberal* kündigte Hans Wolfgang Rubin an, in der Frage der Mitbestimmung könne „der Zielkonflikt der Regierungspartner kritisch werden“, da es dabei „um das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, also um wirklich fundamentale Fragen“ gehe.²⁸⁸ Anstatt sich also möglichst lautlos auf einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss zu einigen, suchten führende Liberale die öffentliche Auseinandersetzung über die Mitbestimmung und fanden hierfür insbesondere im DGB einen willigen Sparringspartner. Dessen Vorsitzender Heinz-Oskar Vetter unterstellte der FDP, einen Rückfall ins Dreiklassenwahlrecht zu propagieren, woraufhin diese ihm vorwarf, das von einer „überholten gesellschaftlichen Rollenverteilung“ ausgehende Montanmodell mit der Mitbestimmung schlechthin gleichzusetzen.²⁸⁹ Nachdem Horst-Ludwig Riemer verkündete, er werde persönliche Konsequenzen ziehen, falls die

²⁸⁵ Scheel, Walter: Rede am Dreikönigstag. In: *Liberal* 1971, S. 121.

²⁸⁶ Vgl. Lauschte: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 65.

²⁸⁷ Vgl. „Begrenzter Konflikt“. In: *Der Spiegel* 53/1972, S. 36-37.

²⁸⁸ Rubin, Hans Wolfgang: Freie Demokratische Partei. Sozial-liberale Koalition und der erneuerte Liberalismus. In: *Liberal* 1973, S. 2.

²⁸⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 2/1973, S. 1.

Unternehmensmitbestimmung nicht nach seinem 6:4:2-Modell beschlossen und dieses auch auf die Montanindustrie ausgedehnt werde, drohte der DGB mit einem Proteststreik, sollte Riemer seinen Feldzug gegen die Montan-Mitbestimmung nicht einstellen.²⁹⁰ Generalsekretär Karl-Hermann Flach sah sich daraufhin dazu gezwungen, den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister zu einem Gespräch einzubestellen, und ihn darauf hinzuweisen, dass Auseinandersetzungen mit dem DGB nicht in den Aufgabenbereich eines FDP-Landesvorsitzenden fallen. Auch Werner Maihofer, Jürgen Möllemann und Friedrich Wilhelm Hölscher übten scharfe Kritik an Riemers Auftreten. Um die Wogen zu glätten, wurde ein Spitzengespräch zwischen FDP und DGB unter Ausschluss Riemers angesetzt.²⁹¹

Walter Scheel schlug in einem Artikel für die *Zeit* ebenfalls versöhnliche Töne an. Er betonte, das Mitbestimmungsproblem könne „nicht anders als durch den im Dialog entwickelten vernünftigen Kompromiß gelöst werden“. Die Streitfrage „Parität oder Nicht-Parität“ bestehe nicht mehr, da die FDP sich in Freiburg klar auf ein paritätisches Modell mit jeweils sechs Sitzen für die Kapitalgeber und die Unternehmensangehörigen festgelegt habe, wenngleich dies von SPD und DGB wohl noch nicht ganz verstanden worden sei. Die Diskussion dürfe deshalb nicht auf „mehr oder weniger willkürliche Zahlenbeispiele“ reduziert werden, sondern müsse die wichtigen Fragen des Einigungszwanges oder des Wahl- und Berufungsmodus für die Aufsichtsratsvertreter in den Blick nehmen.²⁹² Nach der Unterredung zwischen Freidemokraten und Gewerkschaftsbund, in welcher man die Einsetzung einer vorbereitenden Arbeitsgruppe für eine gemeinsame Klausurtagung im Mai beschloss, berichtete Karl-Herrmann Flach für die DGB-Zeitschrift *Welt der Arbeit* über das Spitzentreffen. Bis zum Ende der Legislaturperiode einen Kompromiss in der Mitbestimmungsfrage zu finden sei demnach „nur möglich, wenn man einen Weg findet, der weder den einen noch den anderen zur Aufgabe wesentlicher Grundsatzpositionen zwingt“. Ob dies gelinge, sei aktuell noch nicht absehbar.²⁹³ Horst-Ludwig Riemer blieb indes weiterhin unnachgiebig und schaffte es, den nordrhein-westfälischen Landesverband auf seine kompromisslose Linie einzuschwören. Zur Verärgerung Werner Maihofers verabschiedete der Landesparteitag Ende März 1973 einen Antrag, wonach die FDP in der bevorstehenden Klausurtagung mit dem DGB nicht vom 6:4:2-Modell abrücken dürfe. Von den Parteitagen der Landesverbände von Hessen und Rheinland-Pfalz gingen ähnliche Signale aus, was

²⁹⁰ Vgl. Der Gewerkschaftsbund droht Riemer mit Proteststreik. In: FAZ vom 31.1.1973, S. 1.

²⁹¹ Vgl. Ans Verhältnis denken. In: Der Spiegel 8/1973, S. 27-28.

²⁹² Scheel, Walter: Nicht ausklammern. In: Die Zeit 7/1973.

²⁹³ Freie Demokratische Korrespondenz 34/1973, S. 2.

Riemer als Beweis für die Ausrichtung auf den von ihm angestrebten Konfrontationskurs wertete. Hinter verschlossenen Türen räumte auch Karl-Hermann Flach ein, dass eine deutlichere Abgrenzung zur SPD angesichts einer aktuellen Analyse des Wählerpotenzials, welche die Euphorie des Wahlausgangs von 1972 dämpfte und die FDP in der Nähe der Fünf-Prozent-Klausel verortete, notwendig sei.²⁹⁴

Gewerkschaftsnahe Sozialdemokraten waren der Blockadetaktik der Liberalen jedoch bald überdrüssig und gingen mit der Veröffentlichung eines neuen Entwurfs von Bundesarbeitsminister Walter Arendt, der sich weitgehend an den SPD-Parteitagsbeschlüssen orientierte, in die Offensive. Arendt äußerte zwar Verständnis dafür, dass sich die FDP-Politiker an die Parteitagsbeschlüsse halten wollen, reklamierte aber für die SPD als dem deutlich größeren Koalitionspartner dasselbe Recht. Eine Sonderversammlung für die leitenden Angestellten war im Arendt-Modell nicht vorgesehen, und SPD-Gewerkschafter wie Hans-Eberhard Urbaniak und Hermann Buschfort schlossen kategorisch aus, diese vermeintliche Spaltung der Belegschaft in irgendeiner Form zu akzeptieren. Linksliberale wie Friedrich-Wilhelm Hölscher befürchteten, das Arendt-Lager spekuliere auf eine absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl 1976, um seine Vorstellungen lupenrein umsetzen zu können. Ein Kompromiss zwischen den Regierungsparteien werde demnach von linken Sozial- wie rechten Freidemokraten gleichermaßen blockiert.²⁹⁵

Die Jungdemokraten schwenkten derweil deutlich auf die SPD-Linie ein, als ihre Programmkommission im August 1973 beschloss, den Faktor Disposition zur „Spaltung der Arbeitnehmerschaft“ und die Gewerkschaften zu „wirksamen Gegenmachtzentren zur Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen“ zu erklären.²⁹⁶ In der *Liberal* attackierte der DJD-Vorsitzende Friedrich Neunhöffer Parteichef Walter Scheel für die „polemische[...] Unterstellung [...], anstelle der Kapitalherrschaft drohe eine Herrschaft der Gewerkschaftsfunktionäre“. Eine solche Aussage könne ebenso zur Entfremdung zwischen FDP und Jungdemokraten beitragen wie die Verkürzung der liberalen Mitbestimmungskonzeption auf Riemers Zahlenmodell, in welchem „echte Gegenmacht für Arbeitnehmer“ nicht zugelassen werde.²⁹⁷

Anfang September meldete der *Spiegel* dann überraschend, dass sich Arendt und Scheel bereits auf ein Modell nach dem Verteilungsschlüssel 5:5:2 geeinigt haben und die SPD damit

²⁹⁴ Vgl. Fatale Neigung. In: Der Spiegel 15/1973, S. 20-23.

²⁹⁵ Vgl. Die Zeit läuft. In: Der Spiegel 24/1973, S. 28-29.

²⁹⁶ Abkehr von Freiburg. In: Der Spiegel 34/1973, S. 14.

²⁹⁷ Neunhöffer, Friedrich: Wo stehen die Jungdemokraten? In: Liberal 1973, S. 262-263.

rechne, dass das Mitbestimmungsgesetz noch vor dem nächsten CDU-Parteitag im November verabschiedet werde. Wie bereits im ersten Kompromissvorschlag vorgesehen, sollte ein leitender Angestellter von den Anteilseignern und einer von den Arbeitnehmern gewählt werden.²⁹⁸ Weil die FDP-Delegation unter Otto Graf Lambsdorff allerdings darauf bestand, dass die Leitenden ihre Aufsichtsratsvertreter ausschließlich selbst wählen dürfen, endeten die Koalitionsverhandlungen zur Mitbestimmung nach einigen Wochen ergebnislos.²⁹⁹ In der *Zeit* warnte Rolf Zundel die Regierungsparteien eindringlich vor einem Scheitern des Reformprojekts:

„In dem Maß [...], wie in der SPD die sozialistische Grundwelle anwächst, bekommen in der FDP jene Kräfte Gewicht, die ihre Partei nicht in erster Linie als Instrument betrachten, um das Koalitionsprogramm zu verwirklichen, sondern als ein organisiertes Veto gegen Reformen überhaupt. Die FDP kann sich über mangelnden Zulauf nicht beklagen. Die Bremser aller Parteien kommen ihr zu Hilfe. An Geld und Argumentationshilfen der interessierten Gruppen fehlt es nicht. Und wie die SPD Gefahr läuft, sich in die fünfziger Jahre zurückzuentwickeln, so droht auch der FDP, wenn sie nicht aufpaßt, die Rückentwicklung zur alten besitzbürgerlichen antisozialistischen Partei der fünfziger Jahre. [...] Wenn die Zweifler die Mitbestimmungsreform verhindern, wird das der Anfang vom Ende dieser Koalition sein. Ein solcher Fehlschlag würde das Unvermögen zum Kompromiß und damit die Handlungsunfähigkeit des Regierungsbündnisses sichtbar machen. Die zentrifugalen Kräfte der Koalition würden stärker – in Richtung auf das Labour-Modell bei der SPD, in Richtung auf besitzbürgerliche Interessen- und Branchenvertretung bei der FDP. Gemeinsam hätten die Koalitionsparteien dann nur noch die Macht – und auch die nicht mehr lange.“³⁰⁰

Für Ende 1973 wurde eine weitere Verhandlungsrunde angesetzt, wobei diesmal zwei neue Zahlenmodelle ins Spiel gebracht wurden: 9:9:2 und 10:9:1. Die Mehrheit der freidemokratischen Bundestagsfraktion neigte Letzterem zu, welches einer Parität im Sinne der *Freiburger Thesen* gleichkam. Für den umstrittenen Wahlmodus des Faktors Disposition unterbreitete Werner Maihofer das Angebot eines „konkurrierenden Vorschlagsrechts“: Die leitenden Angestellten sollten demnach selbst ihre Kandidaten für den Aufsichtsrat vorschlagen, diese jedoch durch die Gesamtbelegschaft gewählt werden. Würde ihnen dies nicht gelingen, ginge das Vorschlagsrecht auf ein Wahlmännergremium der Belegschaft über. Horst-Ludwig Riemer sah darin ein Abrücken vom Grundsatz der „selbstständigen Vertretung“ für die Leitenden.³⁰¹ Dennoch stimmten beide Regierungsfractionen am 22. Januar 1974 dem Modell nach dem Zahlenschlüssel 10:9:1 inklusive der Wahl aller

²⁹⁸ (5+1) : (5+1). In: Der Spiegel 36/1973, S. 16.

²⁹⁹ Vgl. Doppelter Boden. In: Der Spiegel 43/1973, S. 36-38.

³⁰⁰ Zundel, Rolf: Risse im Regierungsbündnis. In: Die Zeit 46/1973.

³⁰¹ Zit. n. Viel Papier. In: Der Spiegel 1/1974, S. 19-21.

Arbeitnehmervertreter durch das Wahlmännergremium zu.³⁰² In der *Freien Demokratischen Korrespondenz* bemühte sich Bundesgeschäftsführer Harald Hofmann, den ungeliebten Kompromiss, der den Gewerkschaften zwar kein Delegationsrecht, aber doch ein Vorschlagsrecht für Vertreter des Faktors Arbeit einräumte, zu rechtfertigen:

„Wir Freien Demokraten sind bei der Erarbeitung des Kompromisses selbstverständlich von unserem 1971 erarbeiteten gesellschaftspolitischen Freiburger Programm ausgegangen. Dabei war nüchternen Beobachtern von Anfang an klar, daß es der F.D.P. nicht möglich sein würde, alle ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Das zeigt schon ein Blick auf das Wahlergebnis: Es brachte uns Freien Demokraten 8,4 % der Zweitstimmen, wesentlich mehr, als die meisten erwartet hatten, aber keine 45,9 % ; die erreichten die Sozialdemokraten. Und schon gar keine absolute Mehrheit, die man bräuchte, um eine Chance zu haben, seine Vorstellungen lupenrein zu verwirklichen. Kompromiß ist das Salz der Demokratie. [...] Wir haben niemandem nach dem Munde geredet, sondern ein Modell verwirklicht, das gewiß sich in der Praxis erst bewähren muß, vor allem aber doch auch bisher unbekannte Chancen bietet. Wer jetzt schon weiß, daß alles schlecht werden wird, kann einem nur leid tun.“³⁰³

Auch der Bundesvorstand bekundete seine Freude darüber, „daß von den Verhandlungspartnern eine Lösung im Sinne der Prinzipien der *Freiburger Thesen* gefunden wurde“.³⁰⁴ Teile der Presse gingen jedoch hart mit den Liberalen ins Gericht. FAZ-Redakteur Walter Kannengießer befand, dass vom Programm der FDP „nichts übriggeblieben“ sei und der Koalitionskompromiss den „volle[n] Erfolg für den Gewerkschaftsflügel in der SPD“ bedeute.³⁰⁵ Diether Schulze diagnostizierte in der *Zeit* gar „eine Kapitulation der Liberalen vor dem Sozialismus“ und prophezeite, die Umsetzung des Regierungsentwurfs werde einen „Verlust an ökonomischer Leistungskraft und politischer Freiheit“ mit sich bringen.³⁰⁶

Auf welch tönernen Füßen das Projekt noch immer stand, wurde deutlich, als Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff nur wenige Tage später den mühsam ausgehandelten Kompromiss für „inakzeptabel“ erklärten und neben weiteren Modifikationen des komplizierten Wahlmodus den Stichtentscheid bei einer Pattsituation im Aufsichtsrat in die Hauptversammlung, also in das Forum der Anteilseigner, auslagern wollten. Eigentlich sah der Entwurf vor, im Falle eines Patts dem Aufsichtsratsvorsitzenden, abwechselnd von Kapitalgebern und Arbeitnehmern gestellt, die Entscheidung zu überlassen.³⁰⁷ Tatsächlich konnten sich die beiden führenden FDP-Wirtschaftspolitiker mit ihrer Forderung durchsetzen,

³⁰² Vgl. Lauschte: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 69.

³⁰³ Freie Demokratische Korrespondenz 14/1974, S. 1.

³⁰⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 18/1974, S. 3.

³⁰⁵ Kannengießer, Walter: Der Machtzuwachs für Funktionäre. In: FAZ vom 25.1.1974, S. 13.

³⁰⁶ Schulze, Diether: Auf dem Weg zum Funktionärsstaat. In: Die Zeit 6/1974.

³⁰⁷ Vgl. Gar nicht vereinbart. In: Der Spiegel 6/1974, S. 28-31.

nicht zuletzt, weil sich mit Werner Maihofer auch einer der einflussreichsten Linksliberalen auf ihre Seite schlug. Der Gewerkschaftsflügel der SPD kündigte an, die neue Regelung nicht hinnehmen zu wollen, weil damit das fundamentale Prinzip der Parität ausgehöhlt werde.³⁰⁸

Auf dem am 27. April 1974 in Osnabrück stattfindenden Bundeshauptausschuss rechtfertigte der designierte Bundesinnenminister Maihofer sein Einschwenken auf die Linie Friderichs' und Lambsdorffs mit verfassungsrechtlichen Argumenten. Seiner Ansicht nach sei ein Einigungszwang bei unaufgelöster Pattsituation im Aufsichtsrat, wie von einigen Freidemokraten gefordert, „schlicht verfassungswidrig“, da dies zu einer „Wahlkapitulation“ mit nicht vorgesehenen Abmachungen zwischen den Konfliktparteien und somit zu einer „Perversion der gesamten Unternehmensverfassung“ führen könne. Er warnte vor dem „Gelächter landauf, landab“, das die Koalition im Falle eines Mitbestimmungsgesetzes, welches vor dem Bundesverfassungsgericht nicht standhielte, ernten würde. Ohnehin liege bei Sachentscheidungen gemäß des Aktiengesetzes der Letztentscheid bei den Anteilseignern, weshalb die aktuelle Debatte nur noch die Personalentscheidungen betreffe.³⁰⁹

Vertreter des linken Flügels übten entschiedene Kritik an Maihofers Ansichten. Jürgen Kunze argumentierte, die auf dem Freiburger Parteitag bezogene Position beinhalte ein Bekenntnis zur paritätischen Mitbestimmung „ohne wenn und aber“. Der echte Einigungszwang sei „ein wesentlicher Bestandteil unserer Mitbestimmungskonzeption“, der Regierungsentwurf hingegen von einem „unechten Einigungszwang“ gekennzeichnet. Kunze äußerte „den Eindruck, daß Werner Maihofer nunmehr politisch gegen den echten Einigungszwang und damit gegen die echte Parität ist und daß das Juristische irgendwie doch sehr plötzlich vom Himmel gefallen ist“. Detlef Klüver befand, die Feststellung der Verfassungswidrigkeit obliege allein dem Bundesverfassungsgericht und könne nicht vor der Verabschiedung des Gesetzes als Argument gegen die Parität herangezogen werden. Mit diesem Kurs gebe die FDP einen „entscheidenden Teil“ des Parteiprogramms auf und verbünde sich „politisch genau mit denjenigen, die in unserer Gesellschaft die paritätische Mitbestimmung nicht wollen“. Ingrid Matthäus äußerte ihre Verwunderung darüber, dass nach Maihofers Argumentation „Parität in diesem Lande verfassungswidrig“ sei. Sie forderte die Delegierten auf, die Seiten 102 und 103 der *Freiburger Thesen* zu lesen, auf denen die große Bedeutung des Einigungszwangs für die paritätische Mitbestimmung ebenso hervorgehoben wird wie die Tatsache, dass Bestellung und Abberufung der Unternehmensleitung nicht gegen die Mehrheit

³⁰⁸ Vgl. „Jetzt kommt's zum Schwur“. In: Der Spiegel 9/1974, S. 21-22.

³⁰⁹ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Osnabrück vom 27. April 1974. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-120, S. 41-44.

der Faktoren Arbeit und Disposition geschehen darf. Maihofer zeigte sich von diesen Einwänden unbeeindruckt und verwies darauf, dass in seinem ursprünglichen 4:2:4-Modell der Entscheid bei Pattsituationen den leitenden Angestellten zugefallen wäre und die genannten Stellen des Parteiprogramms „erst in der Nachgeburt der Freiburger Geburtswehen produziert worden“ seien. Der jetzige Mitbestimmungsentwurf sei „von all dem, was wir in Freiburg gewollt haben, das einzige, was realistisch überhaupt durchsetzbar war“.³¹⁰ Damit distanzierte sich der Hauptarchitekt der *Freiburger Thesen* von einer ihrer Kernforderungen.

Im Laufe des Jahres 1974 vollzogen sich weitreichende Umbildungen innerhalb der Bundesregierung: Bundeskanzler Willy Brandt trat infolge der Guillaume-Affäre zurück und wurde durch Helmut Schmidt ersetzt, Walter Scheel gab das Auswärtige Amt auf, um sich zum Bundespräsidenten wählen zu lassen. Hans-Dietrich Genscher rückte deshalb vom Innen- ins Außenministerium, und Werner Maihofer übernahm Genschers Innenressort. Auch in seiner Rolle als Bundesvorsitzender der FDP wurde Scheel von Genscher beerbt. Damit zeichnete sich ab, dass die Konflikte zwischen den Koalitionsparteien in absehbarer Zeit keinesfalls geringer werden würden. In seiner Autobiografie schrieb Genscher, in einer Koalitionsregierung seien die beteiligten Parteien vor die Wahl gestellt, entweder auf eine Entfremdung oder auf eine Symbiose hinzusteuern.³¹¹ Allerdings ließ er niemals Zweifel daran aufkommen, welche Option er für die einzig annehmbare hielt. Die geradezu mantraartig wiederholte Betonung der liberalen Eigenständigkeit und koalitionspolitischen Offenheit wurde von Genschers Bewunderern als konsequentes Eintreten für die Interessen der Partei, von seinen Kritikern als inhaltsleeres Taktieren um des Machterhalts willen, mitunter als „Genscherismus“, interpretiert.³¹²

In seiner Antrittsrede erklärte der neue Parteichef, nirgendwo zeigen sich die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Regierungsparteien derart deutlich wie in der Mitbestimmungsfrage. Der FDP gehe es um die Stärkung der Individualrechte, der SPD um die Stärkung der Gewerkschaftsmacht.³¹³ Auf dem Dreikönigstreffen 1975 kündigte Genscher an, „in Kürze den im Parlament liegenden Gesetzentwurf noch einmal unter allen Aspekten abklopfen“ zu wollen, besonders im Hinblick auf die Frage des Wahlverfahrens für die Unternehmensangehörigen, der „Funktionsfähigkeit der Unternehmen“ und der „Einschätzung der verfassungsrechtlichen Risiken“. Hinsichtlich der zukünftigen

³¹⁰ Ebd., A12-121, S. 13-19, 26, 49.

³¹¹ Genscher: Erinnerungen, S. 445.

³¹² Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 100.

³¹³ Vgl. Zundel, Rolf: Drei Viertel für den neuen Chef. In: Die Zeit 41/1974.

Wahlkampfstrategie warnte er, die FDP würde sich „als selbstständige Partei aufgeben, wenn wir in der Koalitionsdiskussion dogmatische Positionen zulassen würden“. Wem daran gelegen sei, solle besser gleich für die Fusion mit der SPD eintreten.³¹⁴ Als Generalsekretär Martin Bangemann erklärte, den Mitbestimmungskompromiss gänzlich verwerfen zu wollen, sollten die Sozialdemokraten an ihrem Wahlmännergremium festhalten, ruderte Genscher jedoch zurück und gab zu bedenken, das Beharren auf Maximalforderungen sei nur bei eigener absoluter Mehrheit sinnvoll.³¹⁵ Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, gegenüber dem Bundeskanzler weiterhin dafür zu werben, dass die leitenden Angestellten ihre Vertreter ausschließlich selbst wählen sollten. Laut einem Bericht des *Spiegel* argumentierte Genscher, nur bei einer Mitbestimmungslösung, bei der die Handschrift der FDP deutlich sichtbar werde, könne er seine Parteifreunde überzeugen, dass liberale Politik eher mit der SPD als mit der Union durchzusetzen sei, und für eine Fortsetzung der Koalition nach 1976 eintreten.³¹⁶ Helmut Schmidt zeigte sich anfangs nachgiebig gegenüber den Freidemokraten, schwenkte jedoch auf einen härteren Kurs ein, als sein Arbeitsminister Walter Arendt im Falle weiterer Zugeständnisse an den kleineren Koalitionspartner seinen Rücktritt androhte. Der Kanzler erklärte, die FDP-Forderung nach „totaler Kapitulation“ nicht hinnehmen zu wollen und das Reformprojekt zumindest bis nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 1975 ruhen zu lassen.³¹⁷

Nach weiteren zähen Monaten der Verhandlungen, in denen auch ein vollständiges Scheitern der Mitbestimmung nicht mehr ausgeschlossen wurde,³¹⁸ kam schließlich doch noch ein Kompromiss vor Ende der zweiten sozial-liberalen Legislaturperiode zu Stande. Am 8. Dezember 1975 wurde der überarbeitete Gesetzesentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt. Für einen zwölfköpfigen Aufsichtsrat sah er den Verteilungsschlüssel 6:5:1 vor, wobei dem nun durchgängig von den Anteilseignern gestellten Aufsichtsratsvorsitzenden die Letztentscheidung bei einer Pattsituation zufiel. Ein Wahlmännergremium für die Entsendung der Arbeitnehmervertreter war nur für Unternehmen mit mehr als 8000 Beschäftigten vorgesehen, darunter galt das Prinzip der Urwahl. Der Vertreter des Faktors Disposition durfte zwar von der Gesamtbelegschaft gewählt, aber nur von der Gruppe der leitenden Angestellten vorgeschlagen werden.³¹⁹

³¹⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 3/1975, S. 15, 21.

³¹⁵ Vgl. Freidemokraten: Zeichen von Resignation. In: Der Spiegel 3/1975, S. 19-21.

³¹⁶ Streit ums Patt. In: Der Spiegel 9/1975, S. 24.

³¹⁷ Zit. n. Sorgen los. In: Der Spiegel 13/1975, S. 20-22.

³¹⁸ Vgl. Koalition: Nur Reformen, die nichts kosten. In: Der Spiegel 20/1975, S. 23-25.

³¹⁹ Vgl. Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 87, 106.

Auf dem Dreikönigstreffen 1976 feierte Hans-Dietrich Genscher den Kompromiss als Sieg freidemokratischer Hartnäckigkeit: „Heute kann ich vor Sie treten und sagen: Wir haben Wort gehalten. [...] Die leitenden Angestellten bestimmen selbst mit Mehrheit diejenigen, die gewählt werden können. Die Funktionsfähigkeit der Unternehmen ist durch das Verfahren zur Überwindung der Pattsituation gesichert, die Letztentscheidung der Anteilseigner schließt jedes verfassungsrechtliche Risiko aus.“³²⁰ Als das Mitbestimmungsgesetz am 18. März 1976 im Bundestag verabschiedet wurde, stimmte die FDP-Fraktion geschlossen zu, während es in der SPD-Fraktion acht Gegenstimmen und fünf Enthaltungen gab. Sowohl DGB als auch BDA zeigten sich mit der finalen Fassung des Gesetzes unzufrieden. Die Arbeitgeber reichten gar eine letztlich vergebliche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein, weil sie trotz aller Zugeständnisse die Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung gefährdet sahen. Daraufhin kündigten die Gewerkschaften ihre Teilnahme an der „Konzertierten Aktion“, einer der zentralen Institutionen der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft, auf.³²¹ Große Zustimmung kam einzig von der ULA, die der FDP Anerkennung dafür zollte, als „erste Partei [...] den Leitenden Angestellten eine positiv umschriebene Position in einem Gesetz verschafft“ zu haben.³²²

Als Hans Richarts 1972 seine Streitschrift *Die F.D.P. auf dem Weg nach links* veröffentlichte, postulierte er darin, die Partei unterscheide sich in der Mitbestimmungsfrage nur noch „durch die Extra-Wurst für die leitenden Angestellten“ von der SPD.³²³ Er verkannte dabei, dass die vermeintliche „Extra-Wurst“ für die Liberalen einen geradezu dogmatischen Status besaß: Es ist nahezu ausgeschlossen, dass diese einem Mitbestimmungsmodell ohne Berücksichtigung des Faktors Disposition zugestimmt hätten. Ein mögliches Scheitern des Projekts, und im äußersten Falle gar das Auseinanderbrechen der Koalition, war in die „Strategie des begrenzten Konflikts“ durchaus einkalkuliert. Aufgrund des Selbstverständnisses als Reformpartei und des Standortes der FDP im Dreiparteiensystem war es folgerichtig, die Mitbestimmung nicht grundsätzlich abzulehnen, sondern sie auf die Bedürfnisse der „neuen Klasse“ der leitenden Angestellten als drittem Faktor neben Kapital und Arbeit zuzuschneiden. Hans Vorländer befand, der kleinere Koalitionspartner habe in diesem Politikfeld „die gesellschaftspolitische differentia specifica zur sozialdemokratischen Programmvariante der „Reform des Kapitalismus“ gefunden und sich zugleich als

³²⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 1/1976, S. 5.

³²¹ Vgl. Lauschke: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, S. 88-90.

³²² Der Leitende Angestellte 1/1976, S. 3-5.

³²³ Richarts: Die F.D.P. auf dem Weg nach links, S. 74.

Interessenvertreterin sozial aufsteigender Gruppen angeboten“.³²⁴ Während man der freidemokratischen Mitbestimmungskonzeption ihre Originalität kaum absprechen kann, so muss doch konstatiert werden, dass diese nur gegenüber SPD und DGB mit letzter Konsequenz vertreten wurde. In zwei entscheidenden Momenten schreckte die FDP aus Angst vor der eigenen Courage davor zurück, auch den Interessen der Anteilseigner offen entgegenzutreten. Unsicherheit bezüglich der eigenen Stärke angesichts der Neuausrichtung auf die Schicht der urbanen Angestellten – Stichwort Fünf-Prozent-Hürde – mag dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie die noch immer bestehende Abhängigkeit von Spenden aus der Wirtschaft.³²⁵

Der knappe Sieg des Riemer-Modells auf dem Freiburger Parteitag war eine Entscheidung zugunsten der Kapitaleseite und schwächte die Rolle der Leitenden, für die im Maihofer-Modell die alles entscheidende Position als Mittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorgesehen war. Dass man schließlich aus verfassungsrechtlichen Bedenken den in den *Freiburger Thesen* so hochgelobten Einigungszwang bei Pattsituationen aufgab, war eine weitere Weichenstellung gegen die Interessen der Arbeitnehmerseite, der die leitenden Angestellten, wenn auch in einer Sonderrolle, nun zugerechnet wurden. Letztlich führte dies zur paradoxen Situation, dass das Mitbestimmungsgesetz aufgrund der Letztentscheidung der Kapitaleigner nicht auf dem Grundsatz der Parität beruhte, obwohl beide Koalitionsparteien mit dem Anspruch angetreten waren, ihre jeweils eigene Version der paritätischen Mitbestimmung zu verwirklichen. Dass das Gesetz retrospektiv durchaus als Erfolg bewertet wurde – so sieht Heinrich August Winkler in ihm den Ausgleich zwischen Marktwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie³²⁶ – kann über dieses Defizit nicht hinwegtäuschen. Die Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene blieb das größte Reformprojekt der sozial-liberalen Koalition im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die überbetriebliche Vermögensbildung wurde Anfang 1975 angesichts einer sich zuspitzenden ökonomischen Krisensituation für nicht umsetzbar erklärt.³²⁷ Letztere stellte auch den ohnehin fragilen Grundkonsens zwischen den Koalitionspartnern in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen auf eine harte Probe.

³²⁴ Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses. In: Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 190-226, hier S. 212.

³²⁵ Bundesgeschäftsführer Harald Hofmann beklagte beispielsweise in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass „die Spendenfreudigkeit der Wirtschaft zurückgegangen“ sei, was er zwar primär auf die allgemeine wirtschaftliche Situation, aber indirekt auch auf die Mitbestimmungspläne zurückführte. Freie Demokratische Korrespondenz 240/1974, S. 3.

³²⁶ Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 337.

³²⁷ Vgl. „Araber kommen“. In: Der Spiegel 5/1975, S. 26-28.

3.3. Wirtschaftsminister Hans Friderichs und das Ende des Booms

Als die sozial-liberale Koalition ihre Arbeit aufnahm, war die wirtschaftliche Rezession der Jahre 1966/67 längst überwunden. Das Wirtschaftswachstum des Jahres 1969 lag bei 7,5 Prozent, die Geldentwertung bei moderaten zwei Prozent und die Arbeitslosenquote bei verschwindend geringen 0,8 Prozent. Karl Schillers Globalsteuerung schien ihre Bewährungsprobe demnach auf beeindruckende Weise bestanden zu haben. Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* kam in seinem Jahresgutachten allerdings zu einem anderen Schluss: Die momentane Phase der Hochkonjunktur drohe, in eine Konjunkturüberhitzung umzuschlagen und die Geldwertstabilität zu gefährden. Die Umsetzung der antizyklischen Wirtschaftspolitik weise gravierende Mängel auf, durchschnittlich seien ihre Maßnahmen erst mit einem Jahr Verzögerung und dadurch mitunter prozyklisch wirksam.³²⁸ 1971 verkündete die US-Regierung das Ende des Systems von Bretton Woods, welches die Wechselkursbindung der nationalen Währungen an den Dollar und die Konvertibilität zwischen Dollar und Gold festgeschrieben hatte. Damit verlor die internationale Wirtschaftsordnung eine wesentliche Grundlage ihrer Stabilität.³²⁹ Gegen Ende der ersten Legislaturperiode unter Bundeskanzler Willy Brandt waren die inflationären Tendenzen auch in der Bundesrepublik nicht mehr zu übersehen; nach keynesianischer Lehre wäre nun ein Umschwenken auf eine restriktive Fiskalpolitik angemessen gewesen, um den Boom zu dämpfen und den Geldwert zu stabilisieren. Da der Ausbau des Sozialstaates, beispielsweise durch Rentenerhöhungen und die Einführung des Schüler-BAFöGs, jedoch auf Hochtouren lief und entsprechend hohe staatliche Ausgaben verlangte, verweigerte sich die Bundesregierung dem vorgesehenen Bremskurs.

Wirtschaftsminister Karl Schiller, der 1971 nach dem Rücktritt Alex Möllers auch das Finanzressort übernommen hatte und für einen fiskalpolitischen Kurswechsel plädierte, besaß in der SPD kaum noch Rückhalt. Insbesondere Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, forderte mit Unterstützung der zahlreichen jungen Akademiker in der Partei eine weitere Expansion der Staatsausgaben bei gleichzeitigen Steuererhöhungen. Im Sommer 1972 verließ mit Schiller der profilierteste Vertreter einer keynesianischen Wirtschaftspolitik resigniert das Kabinett und wurde von Helmut Schmidt beerbt.³³⁰ Im Bundestagswahlkampf desselben Jahres wurde die im internationalen Vergleich

³²⁸ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 112-113.

³²⁹ Vgl. Doering-Manteuffel / Raphael: Nach dem Boom, S. 30.

³³⁰ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 121-124.

noch immer moderate Inflation von der CDU/CSU und nicht zuletzt den Wirtschaftsverbänden öffentlich skandalisiert, was das Vertrauen in die Globalsteuerung nachhaltig schwächte.³³¹ Die Kritik am Keynesianismus beförderte die Rezeption einer neuen Wirtschaftstheorie aus den USA, welche sich explizit gegen die dort seit den 1930er Jahren vorherrschende nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik richtete. Nach Milton Friedmans Lehre des Monetarismus oblag die Verantwortung für die Geldwertstabilität nicht der Regierung, sondern der Zentralbank, die durch ein kontrolliertes Geldmengenwachstum inflationäre Tendenzen abwehren sollte. Damit einher ging die Zurückweisung staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen.³³² Friedman erteilte dem Ziel konstanter Vollbeschäftigung eine Absage und postulierte stattdessen eine „natürliche Rate der Unterbeschäftigung“ als Voraussetzung für einen stabilen Geldwert.³³³ Obwohl der Monetarismus strikt antikeynesianisch war, wurde dieses Konzept in Westdeutschland anfangs nicht als Alternative, sondern eher als mögliche Ergänzung zur Globalsteuerung wahrgenommen.³³⁴

Das wirtschaftspolitische Profil der FDP erwies sich in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition als äußerst unscharf. Zwar blieb man bezüglich der Möglichkeiten der Globalsteuerung stets etwas skeptischer als die Sozialdemokraten, hatte gegenüber Schillers Politik jedoch keine grundsätzlichen Einwände.³³⁵ Als im Rahmen der baden-württembergischen Landtagswahl im April 1972 FDP-Wähler über die Ziele der Partei befragt wurden, äußerten 51 Prozent die These, die Liberalen seien „für eine freie Wirtschaft, in die der Staat möglichst wenig eingreift“, während immerhin 28 Prozent der Befragten meinten, die FDP sei „gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung“.³³⁶ Die teils durchaus radikale Kapitalismuskritik der *Freiburger Thesen* ließ sich offenbar nur schwer mit der Tatsache in Einklang bringen, dass beispielsweise BDA-Ehrenpräsident Hans Constantin Paulssen im Landtagswahlkampf erklärt hatte, die „keineswegs und absolut nicht nach links abgerutschte“ FDP zu unterstützen.³³⁷

³³¹ Vgl. Ebd., S. 128.

³³² Vgl. Doering-Manteuffel / Raphael: Nach dem Boom, S. 31.

³³³ Zit. n. Polleit, Thorsten: „Monetarism Matters“ – Milton Friedmans Monetarismus. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004, S. 25-48, hier S. 34-35.

³³⁴ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 115.

³³⁵ Vgl. Druck im Schlauch. In: Der Spiegel 43/1969, S. 34.

³³⁶ Zit. n. Allerbeck, Klaus: Die alte und die neue FDP. Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg. In: Albertin, Lothar (Hrsg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1980, S. 151-168, hier S. 164.

³³⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 61/1972, S. 1-2.

Durch den Rücktritt des hoch angesehenen Karl Schiller wurde der Spielraum für Abgrenzungen gegenüber dem Koalitionspartner etwas größer. Führende Liberale distanzieren sich entschieden vom Ausspruch des neuen Wirtschafts- und Finanzministers Helmut Schmidt, fünf Prozent Preissteigerung seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, und forderten einen Konjunkturzuschlag von bis zu 20 Prozent, um die Einkommen zu drosseln und die Konjunktur zu dämpfen.³³⁸ Mit Blick auf die Bundestagswahl im November 1972 durfte die Wirtschaftspolitik im Rahmen der begrenzten Konfliktstrategie gegenüber der SPD keinesfalls ausgeklammert werden. Generalsekretär Karl-Hermann Flach verkündete in einem Rundfunkinterview den Anspruch seiner Partei auf verstärkte Verantwortung im Bereich Wirtschaft und Finanzen, was die Forderung nach einem weiteren Ministerposten für die FDP implizierte.³³⁹ In der *Liberal* erschienen erstmals Beiträge, die einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel forderten. Horst-Ludwig Riemer schrieb, die „postkeynesianische Machbarkeitsideologie“ habe „an Faszination eingebüßt“, und forderte eine „angebotsorientierte Politik anstelle einer nur nachfragebezogenen Globalsteuerung“. Es sei zwar notwendig gewesen, „die Zeit konjunkturpolitischer Abstinenz unter Erhard und Schmücker zu liquidieren“, doch es wäre ein Fehler, die Globalsteuerung „zum Glaubenssatz hochzustilisieren“. ³⁴⁰ Der ehemalige „Wirtschaftsweise“ Wolfgang Stützel kritisierte „die Vorstellung von der Macht der heimischen Behörden, Arbeitslosigkeit mit eigenständig nationalen Mitteln der Geld- oder Fiskalpolitik beseitigen zu können“. Der Keynesianismus sei in den 1930er Jahren von „geschlossenen Volkswirtschaften“ ausgegangen und habe damit eigentlich schon während der 50er und 60er Jahre, also zur Zeit seines internationalen Durchbruchs, seine Gültigkeit verloren.³⁴¹

Für den Wahlkampf veröffentlichte die Partei eine dreiseitige Ausarbeitung zur Wirtschaftspolitik, die sich eines eher traditionellen liberalen Duktus bediente und keine Spuren der Freiburger Kapitalismuskritik enthielt. So hieß es in den *Grundsätzen liberaler Wirtschaftspolitik*: „Liberale Politik hat die Aufgabe, die Freiheit für alle in der Gesellschaft zu sichern und zu erweitern. [...] Diese Ziele sind zu erreichen in einer liberalen Wirtschaftsordnung in der Form der sozialen Marktwirtschaft, auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Garantie der Sozialverpflichtung des Eigentums und den Prinzipien der

³³⁸ Vgl. „Unsere Priorität für die FDP ist wasserdicht“. In: Der Spiegel 44/1972, S. 38-49.

³³⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 112/1972, S. 2.

³⁴⁰ Riemer, Horst-Ludwig: Liberale Wirtschaftspolitik. In: Liberal 1972, S. 561-562.

³⁴¹ Stützel, Wolfgang: Möglichkeiten und Grenzen nationaler Währungs- und Konjunkturpolitik bei weltoffener Wirtschaft. In: Liberal 1972, S. 566-567.

Leistung und des Wettbewerbs.“³⁴² Man diagnostizierte einen „ständigen Zielkonflikt“ zwischen den Zielen der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung, des Wirtschaftswachstums und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, wobei die Geldwertstabilität das „derzeit gefährdetste Ziel“ sei. Anstelle von unangebrachter Panikmache oder Verharmlosung sei eine „nüchterne Analyse der Ursachen“ vonnöten, welche „im wesentlichen in den außenwirtschaftlichen Einflüssen und den anhaltenden Kostensteigerungen im Innern“ zu suchen seien. Die Abwehr der Inflation erfordere „die Neuordnung des Weltwährungssystems und die Abstimmung der Konjunkturpolitik innerhalb der EWG“ ebenso wie „eine supranationale Währungsbank“ und „eine gesetzliche Regelung nach der die Notenbanken eine bestimmte Relation des Bargeldumlaufs zu ihrem Bestand an Deckungsmitteln [...] einzuhalten haben“. Eine „Drosselung der privaten Investition und des privaten Verbrauchs“ sei noch wichtiger als die ebenfalls notwendige „Begrenzung der Steigerungsraten der öffentlichen Ausgaben“. Von Sozialpartnern und Verbrauchern müsse erwartet werden, dass sie „stabilitätsbewußter handeln und notfalls ihre kurzfristigen Interessen gegenüber dem langfristigen allgemeinen Ziel der Geldwertstabilität zurückstellen“.³⁴³ In Abgrenzung zu den Sozialdemokraten inszenierte sich die FDP somit als der Stabilitätsgarant der Koalition.

Als nach der Bundestagswahl feststand, dass Helmut Schmidts „Superministerium“ wieder entflechtet werden sollte, entbrannte sogleich ein Konflikt über die neuen Zuständigkeiten. Linke Freidemokraten spielten mit dem Gedanken, der SPD sowohl das Wirtschafts- als auch das Finanzressort zu überlassen, um Werner Maihofer ins Ministerium für Wissenschaft und Bildung zu hieven. Der eher konservative Parteiflügel pochte jedoch auf einen liberalen Wirtschaftsminister, Victor Kirst und Liselotte Funcke galten anfangs als Favoriten für diesen Posten.³⁴⁴ Die Parteiführung unterstützte die Pläne für ein von der FDP geführtes Wirtschaftsressort, wenngleich dies die Koalitionsverhandlungen verkomplizierte, da der künftige Finanzminister Helmut Schmidt sichtlich darum bemüht war, möglichst wenig Kompetenzen aus seinem ehemaligen „Superministerium“ abzugeben. Letztlich wurde ihm zwar die Abteilung Geld und Kredit zugestanden, Hans-Dietrich Genscher erstritt jedoch die Konjunkturabteilung für das Wirtschaftsministerium.³⁴⁵ Der Parteivize galt wegen seines entschlossenen Einsatzes dann auch als Favorit für den Posten, erklärte jedoch zur

³⁴² Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 174.

³⁴³ Ebd., S. 176.

³⁴⁴ Vgl. „Wer was wird, weiß nur der liebe Gott“. In: Der Spiegel 49/1972, S. 21-25.

³⁴⁵ Vgl. „Eingeklemmt zwischen Baum und Borke“. In: Der Spiegel 50/1972, S. 29.

Überraschung der Sozialdemokraten nach Ende der Verhandlungen, seine Präferenz habe immer dem Innenministerium gegolten.³⁴⁶

Die Entscheidung über die Besetzung des Wirtschaftsressorts fiel schließlich auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 11. Dezember 1972. Neben Liselotte Funcke wurde nun auch der von Walter Scheel favorisierte Hans Friderichs ins Spiel gebracht. Friderichs zählte in den 1960er Jahren zu den entschiedensten Reformern der Partei, hatte sich jedoch den Unmut vieler Liberaler zugezogen, weil er auch nach dem Ausscheiden der FDP aus der rheinland-pfälzischen Landesregierung weiterhin als Staatssekretär für einen CDU-Minister arbeitete.³⁴⁷ Mehrere Wirtschaftsvertreter hatten sich bei Scheel nachdrücklich für eine Berufung Friderichs‘ eingesetzt, weil sie an der Eignung Funckes für den vakanten Posten zweifelten. Der Parteivorsitzende versuchte, die versammelten Angehörigen von Vorstand und Fraktion vor vollendete Tatsachen zu stellen und eine Personaldiskussion abzuwürgen, indem er behauptete, Liselotte Funcke wolle eigentlich gar nicht Wirtschaftsministerin werden. Da die anwesende Kandidatin keinen Einspruch erhob, hatte Scheel wenig Mühe, die Kritik seiner Parteifreunde an der Personalie Friderichs an sich abprallen zu lassen. Als Trostpflaster für die besonders erzürnten Linksliberalen wurde Werner Maihofer als Bundesminister ohne Geschäftsbereich ins zweite Kabinett Brandt berufen.³⁴⁸

Der *Spiegel* charakterisierte den noch weitgehend unbekannten neuen Wirtschaftsminister, der anders als sein Vorgänger kein studierter Ökonom, sondern Jurist war, als standfesten Ordoliberalen in der Tradition Ludwig Erhards:

„Hans Friderichs [...] hofft sich durch neoliberale Prinzipientreue zu profilieren. Das Beamtenkorps im Bonner Wirtschaftsministerium frohlockt. Endlich, so glaubt die noch immer auf den von Ludwig Erhard propagierten Wirtschaftsliberalismus eingeschworene Ministerialenschar, dient sie wieder einem ideologisch gefestigten Herrn. Hans Friderichs, 41, vom Staatssekretär im christdemokratisch regierten Rheinland-Pfalz zum Bonner Wirtschaftsminister aufgestiegen, läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Marktwirtschaft für ihn „die beste Wirtschaftsordnung“ ist. „Friderichs“, so urteilt SPD-MdB Klaus Dieter Arndt, „ist sicherlich ein Ordoliberal“. Und Karl-Heinrich Hansmeyer, Kölner Wirtschaftsprofessor und FDP-Berater, bescheinigt dem Parteifreund, daß er „stark von neoliberalen Gedanken geprägt ist“.“³⁴⁹

Friderichs betonte allerdings, dass die Diskussion über die marktwirtschaftliche Ordnung „nicht mit den Formulierungen der 50er und 60er Jahre“ geführt werden könne. Nur durch

³⁴⁶ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 620.

³⁴⁷ Vgl. Arg komisch. In: Der Spiegel 21/1971, S. 47.

³⁴⁸ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 629-631.

³⁴⁹ Neoliberal stark. In: Der Spiegel 53/1972, S. 20-21.

eine zeitgemäße Ordnungspolitik, beispielsweise die zu lange verschleppte Novellierung des Kartellgesetzes, sei es möglich, die Öffentlichkeit und insbesondere die skeptische Jugend für die Marktwirtschaft wiederzugewinnen.³⁵⁰ Entgegen Verlautbarungen der Presse vermochte er auch kein besonderes Konkurrenzverhältnis zu Helmut Schmidt zu erkennen, sondern lobte die Zusammenarbeit mit dem Finanzminister in den höchsten Tönen.³⁵¹ Von Friderichs' Amtsübernahme erhoffte sich die Parteispitze nicht zuletzt, die in den letzten Jahren erfolgte Abkühlung im Verhältnis zu den Wirtschaftsverbänden wieder rückgängig machen zu können. Hans-Dietrich Genscher und Karl-Hermann Flach erwogen gar die Gründung eines Wirtschaftsrates nach Vorbild der CDU, wofür sie heftige Kritik vom linken Parteiflügel ernteten.³⁵²

Das gravierendste Problem für die Bonner Wirtschaftspolitiker war Anfang 1973 noch immer der mit dem scheinbar unaufhaltsamen Konjunkturboom einhergehende Preisauftrieb. Im Februar beschloss das Kabinett ein von Friderichs und Schmidt eingebrachtes Stabilitätsprogramm auf Basis von Steuererhöhungen, dessen Kernstück eine auf ein Jahr befristete Stabilitätsabgabe für Spitzenverdiener war. Der Wirtschaftsminister sah die Abgabe als ein notwendiges Übel, verwies aber vehement darauf, dass sie „nicht als Maßnahme im Sinne der SPD-Parteitagebeschlüsse“ zu verstehen sei, da sie keine dauerhafte Belastung höherer Einkommen mit sich bringe.³⁵³ Noch bevor das Stabilitätsprogramm vom Bundestag verabschiedet wurde, beklagte Friderichs, sein Ministerium werde schon von der nächsten Welle des Booms „überrollt“. Auf der Hannover Messe appellierte er an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, es sei „nicht nur verantwortungslos, sondern auch kurzsichtig, jeden sich bietenden Preis- und Lohnspielraum zu nutzen“. Der *Spiegel* kommentierte spöttisch: „Die Tugendpredigten – im Jargon der Konjunktexperten „moralische Zusprüche“ oder auch „naive Wirtschaftspolitik“ genannt – dürften weder Gewerkschaften noch Unternehmer beeindrucken.“³⁵⁴

Friderichs konnte jedoch auf den Beistand eines neuen Akteurs hoffen, der im Frühjahr 1973 die wirtschaftspolitische Bühne betrat. Kurz zuvor hatte der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, erstellt unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums, bereits die „Verbesserung und Erweiterung des kreditpolitischen Instrumentariums der Deutschen

³⁵⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 80/1973, S. 1-2.

³⁵¹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 29/1973, S. 5.

³⁵² Vgl. Teurer Klub. In: Der Spiegel 4/1973, S. 23-24.

³⁵³ Freie Demokratische Korrespondenz 29/1973, S. 2.

³⁵⁴ Konjunktur: „Das wird sehr, sehr schwierig“. In: Der Spiegel 18/1973, S. 21-23.

Bundesbank“ gefordert.³⁵⁵ Infolge des endgültigen Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems und des Endes der fixen Wechselkurse konnte die Bundesbank über die Steuerung der Zentralbankgeldmenge nun erstmals eine autonome Inflationsbekämpfung durchführen. Mit einer drastischen Erhöhung der Zinssätze wollte sie die boomende Konjunktur und den Preisauftrieb dämpfen.³⁵⁶ Die Bundesregierung legte im Mai mit einem zweiten Stabilitätsprogramm nach, welches unter anderem eine einjährige Aussetzung der degressiven Abschreibung für Anlagegüter, eine auf zwei Jahre angelegte elfprozentige Investitionssteuer und eine zehnprozentige Stabilisierungsabgabe für Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen von über 24.000 Mark vorsah.³⁵⁷ Obwohl diese Maßnahmen die potenzielle Wählerklientel der FDP härter trafen als die Zielgruppe der Sozialdemokraten, betrachteten die Liberalen das maßgeblich von Hans Friderichs ausgearbeitete Programm als Erfolg, weil es – so ein Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums – „die Absage an die Vollbeschäftigungsgarantie“ beinhalte.³⁵⁸

Im Juli 1973 glaubte Friderichs, erstmals Auswirkungen des restriktiven Bremskurses von Regierung und Bundesbank zu erkennen. Firmenpleiten in der Bauwirtschaft wertete er als Ausdruck einer abnehmenden Konjunktur, weshalb es „durchaus im Sinne unserer Politik“ sei, wenn „die unsolide finanzierten Unternehmen in einer solchen Phase auf die Nase fallen“. ³⁵⁹ Die bis dahin nahezu reibungslose Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt wurde einer ersten Belastungsprobe ausgesetzt, als der Finanzminister Pläne vorlegte, um die Autonomie der Bundesbank zu beschneiden. Schmidt fürchtete, die Währungshüter könnten ihren Stabilisierungskurs zu weit und die bundesdeutsche Wirtschaft damit in die Rezession treiben. Friderichs erklärte mit Rückendeckung von Otto Graf Lambsdorff, dass eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Notenbank für die FDP unter keinen Umständen in Frage komme.³⁶⁰ Unverkennbar hatten sich die Freidemokraten in ihrer angestrebten Rolle als der Stabilitätsgarant der Koalition eingerichtet. Als die Zahl der Arbeitslosen in der Bauwirtschaft bis Ende Oktober 1973 deutlich anstieg und Teile der Textilbranche zur Kurzarbeit übergingen, plädierte der Wirtschaftsminister dafür, den eingeschlagenen Kurs noch eine Weile durchzuhalten, obwohl intern bereits über staatliche Hilfen für die angeschlagenen Firmen debattiert wurde.³⁶¹ Den Lesern der *Liberal* erklärte Friderichs, er

³⁵⁵ Zit. n. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 136.

³⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 136-137.

³⁵⁷ Vgl. Bonner Depesche 14/1973, S. 2.

³⁵⁸ Zit. n. Da muß was her. In: Der Spiegel 20/1973, S. 26-27.

³⁵⁹ Zit. n. „Wir spüren die Pleiten nah“. In: Der Spiegel 29/1973, S. 26-33.

³⁶⁰ Vgl. Tüchtig verschaukelt. In: Der Spiegel 34/1973, S. 20-21.

³⁶¹ Vgl. Hellwach sein. In: Der Spiegel 44/1973, S. 26-28.

habe „nicht die Absicht, die auf Stabilität ausgerichtete Restriktionspolitik aufzugeben [...], und zwar nicht aus Rechthaberei oder aus Dickköpfigkeit, sondern aus Überzeugung, daß sie den Zielen aller am meisten dient“. Würde man „kurz vor Erreichen des Ziels“ einen Kurswechsel einschlagen, „wäre das weitere Gleiten auf inflationären Schienen vorprogrammiert bis zu dem Punkt, an dem wir auf den Weltmärkten nicht mehr in der Lage sind, mit unseren Mitbewerben zu konkurrieren“. ³⁶²

Das von Friderichs herbeigesehnte Ende des Booms erfolgte schließlich aber nicht durch das Wirken der Bundesregierung, sondern durch eine kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten, und stürzte die bundesdeutsche Volkswirtschaft in ihre bis dahin tiefste Krise. Um die USA und ihre Verbündeten für die Unterstützung Israels im Jom-Kippur-Krieg zu bestrafen, beschlossen die Herrscher der arabischen Ölexportländer, die Fördermenge ihres Erdöls zu drosseln und damit den Zugriff der westlichen Industrieländer auf den wertvollen Rohstoff einzuschränken. ³⁶³ Der Ölpreisschock von 1973 gilt in der Geschichtswissenschaft aufgrund seiner weitreichenden Folgen als tiefe Zäsur in der Geschichte des Westens, Hans-Ulrich Wehler verortet in ihm das „Ende der Nachkriegszeit“ ³⁶⁴, Thomas Schlemmer die „Anfänge der Gegenwart“ ³⁶⁵. Zunächst war das ganze Ausmaß des Ölboykotts allerdings noch keineswegs absehbar, weshalb sich der Wirtschaftsminister um demonstrative Gelassenheit bemühte. Mehrere Wochen verstrichen, bevor Friderichs einräumte, dass staatliche Maßnahmen zur Bewältigung der Ölkrise notwendig sein würden. Mitte November beschloss die Bundesregierung die Einführung von Fahrverboten für vier Sonntage sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 Stundenkilometern auf der Autobahn und 80 Stundenkilometern auf Landstraßen. Davon erhofften sich die Verantwortlichen eine Benzinersparnis von über zehn Prozent. ³⁶⁶ Uneins waren sich Wirtschafts- und Finanzministerium bei der Frage, ob Vorgaben zur Beschränkung des privaten Ölverbrauchs ausreichend seien, oder der Staat mit weiteren dirigistischen Maßnahmen aktiv in den Verteilungsprozess der Mangelware eingreifen müsse. ³⁶⁷ Friderichs plädierte dabei ausdrücklich für ein Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes. In einem Bericht seines Ministeriums hieß es:

³⁶² Friderichs, Hans: Wirtschaft, Konjunktur, Umwelt. In: Liberal 1973, S. 728.

³⁶³ Vgl. Ölkrise lähmt Konjunktur. In: Der Spiegel 46/1973, S. 29-32.

³⁶⁴ Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, S. 60.

³⁶⁵ Schlemmer, Thomas: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 7-12, hier S. 10.

³⁶⁶ Vgl. „Mit knappen Vorräten sorglos geaast“. In: Der Spiegel 47/1973, S. 25-30.

³⁶⁷ Vgl. Ölangst: „Keiner kennt die Lage“. In: Der Spiegel 49/1973, S. 19-22.

„Den derzeitigen Lieferstörungen kann am besten mit einem flexiblen Instrumentarium begegnet werden, das neben flankierenden staatlichen Maßnahmen an die Bereitschaft aller Beteiligten appelliert, durch Einsparungen und vertretbare Einschränkungen im privaten Bereich den Mineralölverbrauch an die eingetretenen Lieferausfälle anzupassen. Eine Rationierung stellt demgegenüber einen weit gravierenderen Eingriff in den gesamten Wirtschaftsablauf dar. Sie birgt zwangsläufig die Gefahr, daß im Interesse praktikabler Regelungen schematische und weniger flexible Lösungen gefunden werden müssen, die sowohl für den einzelnen als auch für die Wirtschaft unverhältnismäßige Einschränkungen mit sich bringen.“³⁶⁸

Auch das von Schmidt nachdrücklich geforderte Abrücken vom restriktiven Stabilitätskurs stieß beim Freidemokraten auf wenig Zustimmung. Zwar gelang es dem Finanzminister, einige Punkte des letzten Stabilitätsprogramms, wie die Streichung der staatlichen Zuschüsse für den Eigenheimbau und die Einführung einer elfprozentigen Investitionssteuer, zu revidieren, doch Friderichs erwies sich als entschlossener Verteidiger der von der Bundesbank betriebenen Hochzinspolitik. Bundeskanzler Willy Brandt schlug sich auf die Seite des Wirtschaftsministers und sprach sich gegen einen Kurswechsel in der Geldpolitik aus, wenngleich dafür eher Sorgen um den Koalitionsfrieden als ökonomische Erwägungen ausschlaggebend gewesen sein dürften.³⁶⁹

Tatsächlich brachte die Kostenexplosion für Ölprodukte einen weiteren inflationären Schub mit sich und stürzte zugleich ganze Branchen in eine existenzielle Krise. So wurde die unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz ohnehin angeschlagene Textilindustrie durch die steigenden Importpreise schwer getroffen, die Stahlindustrie zusätzlich durch das Wegbrechen der Nachfrage seitens der von der Ölkrise belasteten Automobilindustrie erschüttert. Im Jahreswirtschaftsbericht 1974 prophezeite die Bundesregierung hohe Preissteigerungen bei zunehmender Arbeitslosigkeit und abnehmendem Wirtschaftswachstum. Die Globalsteuerung befand sich somit in einem fundamentalen Dilemma: Bei einer Beibehaltung des Stabilitätskurses drohte ein rasches Anwachsen der Arbeitslosigkeit, beim Umschalten auf einen antizyklischen Expansionskurs zunehmende Geldentwertung.³⁷⁰ Mit der Verschärfung der Krise geriet der von Friderichs unterstützte monetäre Bremskurs zunehmend in die Kritik, selbst Fraktionskollege Lambsdorff räumte ein, an den Befürchtungen einer überzogenen Stabilitätspolitik „könnte etwas dran sein“.³⁷¹ Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen war es Friderichs jedoch gelungen, aus dem langen

³⁶⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 224/1973, S. 9.

³⁶⁹ Vgl. Konjunktur: „Das Schlimmste verhüten“. In: Der Spiegel 52/1973, S. 17-18.

³⁷⁰ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 164-166.

³⁷¹ Zit. n. Blind fahren. In: Der Spiegel 14/1974, S. 29-32.

Schatten Helmut Schmidts herauszutreten und in der öffentlichen Wahrnehmung ein eigenes Profil zu gewinnen.

Auch innerhalb der Partei wuchs die Anerkennung für den bei seinem Amtsantritt noch hochgradig umstrittenen Wirtschaftsminister. Auf dem Dreikönigstreffen 1974 pries Werner Maihofer, noch immer Galionsfigur des linken Flügels, Friderichs als „überzeugenden Verfechter liberaler Marktwirtschaft“, allerdings nicht ohne anzumerken, es dürfe kein Rückfall in die Zeiten geben, in denen sich die FDP „als Mittelstandspartei, wenn nicht gar als Unternehmerpartei mißverstand“.³⁷² Viele Linksliberale trieb die Sorge um, eine stärkere Fixierung der FDP auf die Wirtschaftspolitik würde die Partei zwangsläufig nach rechts rücken, was freilich die Ratlosigkeit der Progressiven in ökonomischen Fragen offenbarte. Auf dem Bundeshauptausschuss in Osnabrück im April 1974 referierte Friderichs ausführlich über die aktuelle wirtschaftliche Situation. Schon zu Beginn seines Vortrags verwies er darauf, dass künftig mit einem größeren „Potential an Arbeitslosen, daß nicht konjunkturell bedingt ist“ zu rechnen sei. Angesichts des niedrigen Wirtschaftswachstums werde „die nationale Verteilungsdiskussion [...] schwieriger [...], teilweise sogar wirklichkeitsfremd“. Die Bundesregierung werde dennoch „die Grundlinien der Geld- und Kreditpolitik beibehalten“, da „langfristige Richtigkeiten“ wichtiger als „kurzfristige Annehmlichkeiten“ seien. Jenen Sektoren und Regionen, die „hiervon überdimensional und unbeabsichtigt getroffen werden“, versprach Friderichs Hilfe durch „Sondermaßnahmen“. Im Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung sprach er sich gegen ein „Verzicht auf das eine Ziel und ausschließliches Ansteuern des anderen“ aus, räumte aber ein, dass „wir uns in Zukunft an eine Beschäftigungssituation mit einem höheren Sockel an Arbeitslosigkeit gewöhnen müssen“. Öffentlich würde er dies gleichwohl nur ungern aussprechen, „weil so etwas immer leicht mißbraucht wird, um Schlagzeilen zu machen“. Die Zeit, in der die Beschäftigungslage allein vom Konjunkturverlauf abhing, sei aufgrund des strukturellen Wandels ohnehin vorbei. Für die Bundesrepublik gelte es nun, den „erforderlichen Umstrukturierungsprozeß hin zu [...] kapitalintensiveren Produktionen bewußt [zu] gehen“ und die lohnintensiveren Produktionen denen zu überlassen, die „im Weltmaßstab wettbewerbsfähig sind“. Erhaltungssubventionen seien „doch nichts anderes, als daß wir als nicht lebensfähig erkannte Strukturen bewußt mit öffentlichen Mitteln [...] aufrechterhalten“, womit man letztlich nur den eigenen Fortschritt hemme. Der Wirtschaftsminister schloss sein Referat mit einem bemerkenswerten Kommentar zum Reformbegriff: „Jeder mag selbst beurteilen, wie positiv der Begriff im

³⁷² Maihofer, Werner: Liberalismus 1974. In Liberal 1974, S. 85-87.

Moment assoziiert ist. Aber ich bin der Meinung, daß wir bei denjenigen Reformvorhaben, die wir uns im Innern vorgenommen haben und die in den ökonomischen Bereich fallen, prüfen müssen, ob ihre Durchführung mit einer solchen Gesamtpolitik vereinbar ist oder ihr entgegensteht.“³⁷³

Friderichs traf mit seinen Ausführungen auf breite Zustimmung, selbst dezidiert linke Freidemokraten wie Jürgen Kunze erklärten sich mit den grundsätzlichen Überlegungen des Vortrags einverstanden.³⁷⁴ Einzig der DJD-Vorsitzende Theo Schiller übte weitreichende Kritik. So verteidigte der Jungdemokrat die Gewerkschaften, „wenn sie im Verteilungskampf auch mit harten Maßnahmen vorgehen“, da die Arbeitnehmer „angesichts der Preisentwicklungsraten [...] dafür zu kämpfen haben, ihren Reallohnstand von vor einem Jahr zu halten“. Zudem dürfe die Krise nicht dazu missbraucht werden, die überbetriebliche Vermögensbildung zu Grabe zu tragen, denn diese gehe „ja nicht davon aus, daß hier in der Bundesrepublik mehr verteilt wird, sondern daß es anders verteilt wird“.³⁷⁵

Dass die Reformeuphorie der frühen sozial-liberalen Jahre spätestens mit der Ölkrise zum Erliegen gekommen war, fand seinen wohl sichtbarsten Ausdruck mit der Ablösung des Reformpolitikers Willy Brandt durch den Realpolitiker Helmut Schmidt im Bundeskanzleramt. Anstatt zu neuen Ufern aufzubrechen galt es nun, das Erreichte, insbesondere auf materieller Ebene, zu sichern. Der konservativer Neigungen unverdächtige Klaus Scholder brachte den Stimmungswechsel in einem Artikel für die *Liberal* pointiert zum Ausdruck:

„Die Wahrheit [...] ist, daß die Reformpolitik der sozial-liberalen Regierung im letzten halben Jahr rapide an Ansehen verloren hat und weiter verliert. [...] Wenn man nicht blind an den Wählern vorbei weiterreformieren will, muß man versuchen, den Ursachen dieser Entwicklung auf die Spur zu kommen. Haben wir es hier mit einem kurzfristigen Trend zu tun, der mit etwas Stehvermögen zu überwinden ist, oder kündigt sich eine langfristige Tendenzwende an? Können die Liberalen mit dem emanzipatorischen Optimismus von Freiburg die siebziger Jahre bestehen, oder hat sich inzwischen die politische Landschaft so verändert, daß eine Überprüfung ratsam ist? [...] Sind wir mit den Reformen am Ende? Ich weiß es nicht, aber ich halte es für möglich [...], daß die Reformpläne der sechziger Jahre für die Welt der siebziger Jahre ein Modell von vorgestern sind. Ein Modell, das viel zu teuer, viel zu sehr auf unbegrenzte Ressourcen und steigende Wachstumsraten angelegt ist.“³⁷⁶

³⁷³ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Osnabrück vom 27. April 1974. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-119, S. 21-37.

³⁷⁴ Ebd., S. 66-70.

³⁷⁵ Ebd. S. 96-97.

³⁷⁶ Scholder, Klaus: Reformpolitik am Ende? In: *Liberal* 1974, S. 324-327.

Als der neue Bundeskanzler bei seiner Regierungserklärung am 17. Mai 1974 verlauten ließ, dass ohne die Investitionen der Privatwirtschaft weder Wachstum noch Arbeitsplatzsicherheit, höhere Löhne oder sozialer Fortschritt möglich seien, fand er vor allem seitens der FDP-Fraktion entschiedene Zustimmung.³⁷⁷ Schmidt deutete damit seine Offenheit gegenüber einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik an, die im Gegensatz zum nachfrageorientierten Ansatz des Keynesianismus nicht auf eine Anregung des Konsums, sondern eine Verbesserung des Investitionsklimas setzte.³⁷⁸ Als Hans Friderichs abermals den Forderungen nach einem umfassenden Konjunkturprogramm aus stabilitätspolitischen Gründen eine Absage erteilte, bekräftigte der Kanzler diese Position, die er noch als Finanzminister bisweilen kritisiert hatte.³⁷⁹ Für die FDP war dieser Kurswechsel Fluch und Segen zugleich: Einerseits versprach Schmidts Pragmatismus eine weitgehend reibungslose Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik, andererseits konnte die Partei gemäß der Logik der begrenzten Konfliktstrategie kein Interesse daran haben, ihre führenden Protagonisten ausgerechnet in diesem Bereich stets im Einklang mit dem sozialdemokratischen Regierungschef zu wissen. So musste sich Hans-Dietrich Genscher vom *Handelsblatt* die Frage gefallen lassen, ob die Liberalen unter Kanzler Schmidt nicht eigentlich „arbeitslose Bremser“ seien.³⁸⁰

Für den Bundesparteitag in Hamburg vom 30. September bis 2. Oktober 1974 stand die bereits ausgemachte Wahl Genschers zum Nachfolger von Parteichef Walter Scheel an. Als weitaus brisanter erwies sich jedoch die Frage nach seinem Stellvertreter. Der designierte Bundesvorsitzende plante, die angesichts seiner Machtübernahme besorgten Linksliberalen durch die Wahl Werner Maihofers zum Parteivize zu besänftigen. Maihofers Agenda zielte darauf ab, die FDP nicht „rechts“ von der SPD in der Wirtschaftspolitik, sondern „links“ von ihr in der Bürgerrechtspolitik zu profilieren.³⁸¹ Es wurde jedoch bald deutlich, dass sich der angehende Bundesinnenminister in Hamburg einer Kampfabstimmung würde stellen müssen, denn auch Hans Friderichs meldete Ansprüche auf den stellvertretenden Vorsitz an. Der *Spiegel* räumte dem Wirtschaftsminister angesichts glänzender Beliebtheitswerte – ihn „kennen heute 82 Prozent aller Wähler, und weit über die Hälfte davon findet ihn außerordentlich sympathisch“³⁸² – große Siegeschancen ein. Genscher hingegen hoffte, den

³⁷⁷ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 20.

³⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 18.

³⁷⁹ Vgl. „Konjunkturpolitik der ruhigen Hand“. In: Der Spiegel 33/1974, S. 17-18.

³⁸⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 150/1974 vom 19.8.1974, S. 1.

³⁸¹ Vgl. Koalition: Fragen nach der Treue. In: Der Spiegel 25/1974, S. 19-21.

³⁸² Ballons steigen lassen. In: Der Spiegel 29/1974, S. 21-23.

Emporkömmling nach der von ihm erwarteten Niederlage mit einem Platz im Präsidium zufriedenstellen zu können.³⁸³

Friderichs' Popularität und großer Rückhalt innerhalb der Partei machten es für seine Gegner außerordentlich schwer, ihm auf wirtschaftspolitischem Gebiet etwas entgegenzusetzen. So blieb die Rolle des energischen Widersachers in Hamburg einmal mehr Theo Schiller vorbehalten, der sich gegen eine „Marktwirtschaftsbeschwörung“ aussprach und dazu aufforderte, „die Scheuklappen vor dem Begriff Wirtschaftsplanung zu verlieren“.³⁸⁴ Otto Graf Lambsdorff überzog den DJD-Vorsitzenden daraufhin mit beißendem Spott, als er „der Wirtschaftspolitik des Bundeswirtschaftsministers Professor Theo Schiller“ jeglichen Realitätssinn absprach und anmerkte, der Name Schiller verpflichte „offensichtlich [...] zu wirtschaftspolitischer Theorie“. Ausdrücklich lobte Lambsdorff Friderichs für die von ihm „in die wirtschaftspolitische Diskussion eingebrachte Erkenntnis, daß die langfristige strukturelle Sicherung der wirtschaftlichen Lage unserer Unternehmen auch die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze von morgen bedeutet und daß wir nicht durch schnelle Subventionsspritzen weiter Erhaltungssubventionen betreiben und damit die Arbeitsplätze langfristig in noch größerem Umfang gefährden dürfen, als sich dies jetzt auf Grund der Ergebnisse der falschen Krisenbehandlung 1967/68 zeigt“.³⁸⁵ Horst-Ludwig Riemer erkannte in der Auseinandersetzung zwischen Friderichs und Schiller „ein gewisses Ungleichgewicht“, womit er freilich suggerierte, dass Letzterer aufgrund seiner mangelnden Kompetenz in ökonomischen Fragen ohnehin nicht ernstzunehmen sei.³⁸⁶ Hierin bestand ein zentrales Argumentationsmuster im Umgang der Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels mit Linksliberalen und insbesondere Jungdemokraten, die es wagten, die Politik des Wirtschaftsministers in Frage zu stellen: Ihnen wurde schlichtweg der notwendige Sachverstand abgesprochen. Der spöttische Ton, in dem Lambsdorff Schiller abkanzelter, hatte kein anderes Ziel, als den „Judo“ für die Rolle des gleichberechtigten Diskussionspartners zu disqualifizieren.

Der Wirtschaftsminister selbst gab sich auf dem Hamburger Parteitag eher zurückhaltend und ließ lediglich verlauten, er sei „hoch erfreut darüber, daß sich die Freie Demokratische Partei nach jahrelanger Abstinenz in der Diskussion auf wirtschaftspolitischem Gebiet nunmehr

³⁸³ Vgl. Ohrfeige von rechts. In: Der Spiegel 39/1974, S. 33-34.

³⁸⁴ Protokoll des Bundesparteitages in Hamburg vom 30. September bis 2. Oktober 1974. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-516, S. 71.

³⁸⁵ Ebd., A1-522, S. 7.

³⁸⁶ Ebd., S. 56.

auch mit diesen Fragekomplexen beschäftigt“. Zudem bewarb er ein kürzlich veröffentlichtes Buch zur Wirtschaftspolitik aus seiner eigenen Feder als „Beitrag zur Eröffnung der Theorie-Diskussion in der Partei“.³⁸⁷ In der Kampfabstimmung um den stellvertretenden Parteivorsitz siegte Friderichs mit 204 gegen 190 Stimmen über Werner Maihofer. Angesichts des eher dürftigen Wahlergebnisses des neuen Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher – von 400 möglichen Stimmen erhielt er 276 – galt der Wirtschaftsminister als der große Gewinner des Parteitages und wurde in der Presse bereits als möglicher Nachfolger des gerade erst gewählten Genschers gehandelt.³⁸⁸ Peter Lösche und Franz Walter konstatierten rückblickend, Friderichs‘ Sieg über Maihofer habe den Grundstein für den Wandel der FDP zur „Partei der Besserverdienenden“ gelegt.³⁸⁹ Wenngleich man die Auswirkungen dieser Wahl sicher nicht überschätzen sollte, so war sie doch ein anschaulicher Kompass für das Stimmungsbild in der FDP im Herbst 1974: Im Angesicht der „Tendenzwende“ erfuhr der Wirtschaftsliberalismus eine Renaissance, während der Bürgerrechtsliberalismus vorerst keine Priorität mehr besaß.

In seinem auf dem Bundesparteitag beworbenen Buch mit dem Titel *Mut zum Markt – Wirtschaftspolitik ohne Illusionen* analysierte Hans Friderichs die aktuelle wirtschaftliche Lage und die politischen Handlungsmöglichkeiten. Zwar bekannte er sich erwartungsgemäß zur marktwirtschaftlichen Ordnung, sah diese aufgrund der jüngsten Entwicklungen jedoch einer akuten Gefährdung ausgesetzt. Es gelte nun, den Forderungen nach Wirtschaftslenkung entgegenzutreten.³⁹⁰ Für die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess erwartete der Minister eine weiterhin zunehmende Bedeutung: „Kein liberal gesonnener Mensch wird darüber Freude empfinden. Der leise Vormarsch des Staates wird dennoch nicht aufzuhalten sein; er ist im Interesse der Staatsbürger unvermeidbar. Um so mehr muss er freilich kontrolliert werden, und um so stärker wird darauf zu achten sein, daß der Staat nur Rahmenbedingungen verändert, ohne direkt in die Disposition des einzelnen hineinzuregieren.“³⁹¹ Friderichs räumte ein, dass die Zeiten, in denen die Globalsteuerung als „wirtschaftspolitische Wunderwaffe“ galt, unwiderruflich vorbei seien, doch gebe es zu ihr „keine prozeßpolitische Alternative“, wenn „wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit erhalten bleiben sollen“. Das Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 habe deren Wirksamkeit bewiesen, wenngleich die hoffnungsvollen Entwicklungen durch die Ölkrise zunichte gemacht worden seien. Die hohen Inflationsraten seien internationalen Entwicklungen wie der Explosion der Rohstoffpreise und

³⁸⁷ Ebd., S. 34-38.

³⁸⁸ Vgl. Genscher: Mit Fehlstart an die Spitze. In: Der Spiegel 41/1974, S. 23-26.

³⁸⁹ Lösche / Walter: Die FDP, S. 97.

³⁹⁰ Friderichs, Hans: Mut zum Markt. Wirtschaftspolitik ohne Illusionen. Stuttgart 1974, S. 9.

³⁹¹ Ebd., S. 11.

nicht etwa einem „Versagen der Globalsteuerung“ zuzuschreiben. Für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik habe sich „die Einkommenspolitik darauf einzustellen [...], daß die relative Verbrauchsausweitung künftig hinter dem Wachstum der Investitionen zurückbleiben muß“, denn es werde „ohne zunehmende Unternehmensgewinne kein ausreichendes Wirtschaftswachstum geben“. Fiskalpolitisch sei „eine stärkere Betonung der Einnahmenseite [...] und eine gewisse Schonung der konjunkturrell motivierten Ausgabenpolitik“ notwendig. Die „entscheidende Rolle in der Globalsteuerung“ werde jedoch auch weiterhin die Geldmengenpolitik spielen, denn diese „entscheidet in einer freiheitlich verfaßten Wirtschaft auf Dauer über jede global wirkende Maßnahme ebenso wie über den Effekt aller gezielten konjunkturpolitischen Interventionen“.³⁹² Friderichs verfolgte mit seinem Buch die Intention, angebotspolitische Ideen in das Konzept der Globalsteuerung zu integrieren, ohne das Erbe des Keynesianismus gänzlich zu verwerfen.

Ende 1974 entschloss sich die Bundesregierung angesichts weiterhin steigender Arbeitslosenzahlen schließlich dazu, auf einen antizyklischen Expansionskurs umzuschwenken. Die Ausgestaltung des Konjunkturprogramms war allerdings strittig, denn die Sozialdemokraten wollten in klassisch-keynesianischer Manier durch staatliche Ausgaben die Nachfrage stimulieren, Friderichs und Lambsdorff plädierten im Namen der FDP und mit Unterstützung der „Wirtschaftsweisen“ für eine Förderung der privaten Investitionen.³⁹³ Der Wirtschaftsminister plante, den Unternehmen im ersten Halbjahr 1975 eine Investitionszulage von 7,5 Prozent für die Anschaffung neuer Anlagen zu zahlen. Für den öffentlichen Bereich schlug Friderichs lediglich den Ausbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten vor, während die SPD im Einklang mit den Gewerkschaften beispielsweise massiv in den Personennahverkehr des Ruhrgebiets investieren wollte.³⁹⁴ In der entscheidenden Kabinettsitzung ging Friderichs auf Konfrontationskurs mit seinen sozialdemokratischen Kollegen, denn obwohl diese die von ihm eingebrachte Investitionszulage gebilligt hatten, wollte er die von Finanzminister Hans Apel vorgesehenen zusätzlichen öffentlichen Ausgaben von zwei Milliarden Mark nicht akzeptieren. Erst als sich Kanzler Schmidt für noch höhere Ausgaben aussprach und der abwesende Außenminister Genscher per Telefon intervenierte, gab der widerspenstige Liberale nach.³⁹⁵

³⁹² Ebd., S. 12-17.

³⁹³ Vgl. Konjunktur: Marsch in Richtung Hoffnung. In: Der Spiegel: 48/1974, S. 25-26.

³⁹⁴ Vgl. „Der größte Härtetest für das System“. In: Der Spiegel 49/1974, S. 32-34.

³⁹⁵ Vgl. Kabinett: Schlimmer als zu Schillers Zeiten. In: Der Spiegel 51/1974, S. 19-22.

Das *Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität* vom Dezember 1974 war insgesamt fast zehn Milliarden Mark schwer und mischte nachfrageorientierte mit angebotspolitischen Maßnahmen. So waren neben den bereits erwähnten Schritten Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen für Arbeitnehmer ebenso vorgesehen wie Hilfsleistungen für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. Die Bundesbank unterstützte den Kurswechsel, indem sie von ihrer restriktiven Geldpolitik abließ, innerhalb von weniger als einem Jahr fiel der Diskontsatz von 6,5 auf 3,5 Prozent. Doch der erhoffte Erfolg blieb aus, die Schulden der öffentlichen Hand schnellten in die Höhe, ohne eine antizyklische Wirkung zu erzielen. 1975 wurde zum bis dahin schlimmsten ökonomischen Krisenjahr der Bundesrepublik, bei einer Inflationsrate von 6,1 Prozent sank das Bruttosozialprodukt real um 1,6 Prozent – das Schreckgespenst der Stagflation hatte die westdeutsche Wirtschaft erreicht.³⁹⁶

Die Jahre 1974/75 brachten nicht nur Ernüchterung hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten von Politik und Wissenschaft auf den Konjunkturverlauf, sondern auch den internationalen Durchbruch der neoliberalen Wirtschaftstheorie angelsächsischer Prägung. 1974 erhielt Friedrich August von Hayek den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, der allerdings nicht von der *Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften*, sondern von der Schwedischen Reichsbank verliehen wurde. Dennoch wertete die Auszeichnung Hayeks wissenschaftliches Renommee erheblich auf.³⁹⁷ In einem Briefwechsel brachte auch Hans Friderichs dem österreichischen Ökonomen seine Verehrung zum Ausdruck, besonders die Schriften *Full employment at any Price?* und *Die Erhaltung des liberalen Gedankengutes* betrachtete er als anregend für die politische Praxis.³⁹⁸ Im selben Jahr kam es in der Bundesrepublik erstmals zur Verkündung des angestrebten Geldmengenwachstums durch die Bundesbank, jener „monetaristischen Konterrevolution“³⁹⁹, die den wirtschaftspolitischen Einfluss der Regierung zurückschraubte. Allerdings war es nicht im Sinne Milton Friedmans, den Geldzuwachs von der konjunkturellen Lage abhängig zu machen⁴⁰⁰ Wesentlich lehrbuchhafter wurden die monetaristischen Ideen unter der brutalen Militärdiktatur Augusto Pinochets in Chile umgesetzt, dessen Regierung ab 1975 mehrere Ökonomen der Friedmanschen Schule angehörten. Diese sogenannten „Chicago Boys“ konnten die

³⁹⁶ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 168.

³⁹⁷ Vgl. Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, S. 32.

³⁹⁸ Vgl. Karabelas, Iris: Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 2010, S. 201-202.

³⁹⁹ So Thomas Schlüter, zit. n. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 170.

⁴⁰⁰ Vgl. Arbeitslose: Stürzt knappes Geld die SPD? In: Der Spiegel 8/1975, S. 32-44.

chilenische Volkswirtschaft gemäß ihrer Vorstellungen umgestalten, ohne Gegenwehr befürchten zu müssen. Durch die Liberalisierung des Handels, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und den Rückbau des Sozialstaats erzielten sie anfangs beträchtliche Wachstumsraten.⁴⁰¹ Wenig später wurde auch Friedman der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zugesprochen.⁴⁰²

Zur selben Zeit rückte im innerparteilichen Diskurs der FDP ein Thema in den Vordergrund, welches schon bald auf die sozial-liberale Koalition übergreifen und sie bis zu ihrem Ende nicht mehr loslassen sollte. Seit 1969 war der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat stärker als je zuvor ausgebaut worden, das Sozialbudget um acht Prozentpunkte angestiegen.⁴⁰³ Angesichts der tiefen ökonomischen Krise und den fehlenden Konzepten für ihre Bewältigung wurden nun Forderungen nach einer grundlegenden Revision der expansiven Sozialpolitik laut. Hans Wolfgang Rubin eröffnete das Jahr 1975 mit einem Kommentar in der *Liberal*, in welchem er eine „Entideologisierung“ des Reformbegriffs und einen Ausweg aus dem „Wohlstandsdenken“ forderte. Liberale Gesellschaftsreform bedeute künftig vor allem eine „Ausstattung des Bürgers zu aktiver Selbsthilfe“ und „die Entwicklung einer Moral, die nicht dem Staat abverlangt, was die bürgerliche Solidarität selber leisten kann“.⁴⁰⁴ Nicht Ausbau, sondern Einschränkungen der Sozialleistungen wären demnach der Ausdruck einer zeitgemäßen Reformpolitik. Die Annahme staatlicher Unterstützung wurde en passant für moralisch fragwürdig befunden. Hans-Dietrich Genscher formulierte auf dem traditionellen Dreikönigstreffen unmissverständlich, wo er die wichtigste Aufgabe für seine Partei verortete:

„Die F.D.P. hat immer dann politisch die größte Bedeutung gehabt, wenn sie Themen in das öffentliche Bewußtsein gehoben hat, die dringend angepackt werden mußten, aber ohne die F.D.P. unter der geistigen Unbeweglichkeit der beiden großen Parteien verschüttet geblieben wären. [...] Und ich denke, unser neues großes Thema muß nicht lange gesucht werden, es drängt sich geradezu auf. Die F.D.P. auch als die Partei der wirtschaftlichen Vernunft, [...] als der eindeutige klare Garant der Marktwirtschaft muß es auf sich nehmen, in unserem Lande deutlich zu machen, daß wir eine ökonomische Zäsur erreicht haben und daß wir jetzt mehr brauchen als Zupacken und Maßhalten, sondern daß ein ganz neues ökonomisches Bewußtsein, ein neues Denken von uns verlangt wird. [...] Wenn wir uns früher eine Politik der Verschwendung und des Überflusses geleistet haben, so zwingen uns die Umstände heute zu einer Politik der Sparsamkeit und des Haushaltens.“⁴⁰⁵

⁴⁰¹ Vgl. Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, S. 15-17.

⁴⁰² Vgl. Ebd., S. 32.

⁴⁰³ Vgl. Doering-Manteuffel / Rafael: Nach dem Boom, S. 29.

⁴⁰⁴ Rubin, Hans Wolfgang: Liberale in der Prüfung. In: *Liberal* 1975, S. 3.

⁴⁰⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 3/1975, S. 8-9.

Auch Hans Friderichs erkannte in der Frage nach den Grenzen des Wohlfahrtsstaats das „zentrale Thema der nächsten Jahre“.⁴⁰⁶ Otto Graf Lambsdorff regte eine Öffnung des öffentlichen Nahverkehrs, der Kranken- und Altersversorgung und des sozialen Wohnungsbaus für eine „Reprivatisierung“ an⁴⁰⁷ und warnte alarmistisch vor dem „sicheren Tod der Marktwirtschaft“ im Angesicht der „totalen Bürokratisierung“.⁴⁰⁸ Mitte des Jahres veröffentlichte abermals Hans Wolfgang Rubin einen Artikel, in dem er seine Sozialstaatskritik weiter ausführte und damit auch außerhalb der FDP ein kontroverses Echo hervorrief:

„Wir leben in der Bundesrepublik seit Jahren über unsere Verhältnisse; das gilt für uns als Einzelpersonen wie als mitverantwortliche Teile von Staat und Gesellschaft. [...] Kommt es nicht bald zu einer nachhaltigen finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Umorientierung und Senkung des „Staatsanteils“, ist es mit der vergleichsweise hohen Stabilität unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vorbei. [...] Es gilt, das Verständnis der Öffentlichkeit dafür zu wecken, daß dem Mißbrauch der Sozialgesetzgebung ein Ende gemacht werden muß, da in manchen Bereichen Ansprüche und Leistungen über jedes vertretbare Maß hinausgewachsen sind. [...] Wir werden uns in allen Bereichen darauf einrichten, daß die „fetten Jahre“ auf absehbare Zeit zu Ende sind und daß wir trotzdem mehr Manövriermasse für die Bewältigung existenzentscheidender Zukunftsaufgaben benötigen. [...] Ein zunehmender Teil der Bevölkerung weiß oder ahnt zumindest, daß Einschränkungen unvermeidlich und verstärkt gezielte Anstrengungen zur Zukunftssicherung auch unter Opfern notwendig sind. Es gibt derzeit nicht wenige Arbeitnehmer, die auf weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verzichten bereit sind, ja sogar vorübergehend Kürzungen in Kauf nähmen, wenn dadurch langfristig die Existenz ihrer Arbeit gesichert wäre.“⁴⁰⁹

Besonders der letzte Satz machte Rubin zur Zielscheibe der Kritik, weil er von Teilen der Presse und den Gewerkschaften als Forderung nach einem Lohnstopp interpretiert wurde.⁴¹⁰ Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter verfasste einen Leserbrief an die *Liberal*, in welchem er sich dagegen wehrte, „daß es letztlich die Arbeitnehmer sind, die die Hauptlast der Anti-Krisenpolitik zu tragen haben“, und den Autor darum bat, zu überdenken, „ob es wirklich gerechtfertigt ist, für die Arbeitnehmerschaft pauschal von einem Mißbrauch der Sozialgesetzgebung oder von überzogenem Anspruchsdenken zu sprechen“.⁴¹¹ BDA-Chef Hanns Martin Schleyer äußerte sich hingegen wohlwollend über Rubins Ausführungen.⁴¹² Beistand erhielt der ehemalige Bundesschatzmeister auch von Hildegard Hamm-Brücher,

⁴⁰⁶ Zit. n. „Letztlich bezahlt immer der Schwache“. In: Der Spiegel 24/1975, S. 21-26.

⁴⁰⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 62/1975, S. 1.

⁴⁰⁸ Lambsdorff, Otto Graf: Verbesserung der Marktwirtschaft. In: Liberal 1975, S. 446.

⁴⁰⁹ Rubin, Hans Wolfgang: Unbequeme Fakten. In: Liberal 1975, S. 482-485.

⁴¹⁰ Vgl. Liberal 1975, S. 688-689.

⁴¹¹ Liberal 1976, S. 60-61.

⁴¹² Vgl. Liberal 1975, S. 691.

welche die „Chance des Sparenmüssens“ darin sah, „die Lawine der Anspruchs- und Kosteninflation aufzuhalten und dann die darunter verschütteten Ziele sozial-liberaler Reformpolitik zu neuem Leben zu erwecken“. Mit kulturpessimistischem Anklang unterstellte sie der Gesellschaft, nach Jahren des Überflusses „überernährt, bewegungsunfroh, ungesund“ geworden zu sein und eine Art „Trimm-Dich“-Programm zu benötigen, dessen Entwicklung „eine ureigene Aufgabe der Liberalen“ sei.⁴¹³ Die einstige linksliberale Vorreiterin⁴¹⁴ sah die künftige Rolle der FDP also darin, der selbstzufriedenen Wohlstandsgesellschaft durch Einschränkungen der staatlichen Leistungen zur Wiederentdeckung des Arbeitsethos zu verhelfen.

Angesichts dieser Stimmungslage war es wenig überraschend, dass sich die Freidemokraten in der Haushaltsdebatte des Sommers 1975 als strenge Wächter über die Staatsausgaben inszenierten. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick kündigte an, „daß alle gesetzgeberischen Entscheidungen der nächsten Monate, vielleicht sogar der nächsten Jahre, mit dem Rotstift getroffen werden müssen“ und „Gesetze mit finanziellen Mehraufwendungen [...] nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden“ dürfen.⁴¹⁵ Hans Friderichs schlug einen Abbau der Privilegien des öffentlichen Dienstes sowie der Ausbildungs- und Berufsförderung vor, zudem eine Überprüfung der Gesundheitskosten.⁴¹⁶ Obwohl sich Helmut Schmidt über die Profilierungsoffensive der FDP im Rahmen der Etatberatungen ärgerte, verlief die Zusammenarbeit weitgehend reibungslos, unterm Strich standen eine Ausgabenkürzung von fast vier Milliarden und eine Einnahmenerhöhung von 3,8 Milliarden Mark durch Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für 1976, außerdem 11,2 Milliarden Mark Mehreinnahmen durch Erhöhung der Mehrwert-, Branntwein- und Tabaksteuern für 1977.⁴¹⁷ Hans Dietrich Genscher wertete die Haushaltsbeschlüsse in einem Rundbrief an die FDP-Mitglieder als „wichtige[n] Schritt in die von uns als richtig erkannte Richtung“, da die „beschlossenen Maßnahmen und der dadurch größer werdende Spielraum für die Finanzierung von Investitionen [...] ein wesentlicher Beitrag“ für „eine erhöhte Investitionsbereitschaft der Wirtschaft“ seien.⁴¹⁸ Auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag lobte der Bundesvorsitzende den Wirtschaftsminister

⁴¹³ Hamm-Brücher, Hildegard: Sparen müssen als doppelte Chance. In: Liberal 1975, S. 562-564.

⁴¹⁴ Klaus Weber wählte in seinem Buch über den bundesdeutschen Linksliberalismus um 1969 Hamm-Brücher neben Ralf Dahrendorf, Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer zu seiner Protagonistin.

⁴¹⁵ Neue Bonner Depesche 7/1975, S. 1.

⁴¹⁶ Vgl. Die Sparpläne des Ministers Friderichs. In: Der Spiegel 35/1975, S. 20.

⁴¹⁷ Vgl. Hosen runter, Steuern rauf. In: Der Spiegel 36/1975, S. 19-20.

⁴¹⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 172/1975, S. 1-4.

dafür, „die Position der Regierung und die Position der Liberalen in glänzender Weise vertreten“ zu haben.⁴¹⁹

Ganz so unantastbar wie vor Jahresfrist erschien Friderichs indes nicht mehr. Die Parteilinke hatte er besonders mit seinem Widerstand gegen die Reform der Berufsbildung gegen sich aufgebracht.⁴²⁰ Im Vorfeld des Mainzer Bundesparteitages regte sich von Seiten der Landesverbände Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein auch Kritik an der unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik. Führende Linksliberale wie Werner Maihofer rieten allerdings davon ab, die offene Konfrontation mit Friderichs zu suchen, da sie um die Geschlossenheit der Partei fürchteten.⁴²¹ Auf dem Ende Oktober 1975 stattfindenden Parteitag warnte der Wirtschaftsminister zwar ausdrücklich davor, „das Netz sozialer Sicherheit [...] zu zerreißen“, schränkte aber sogleich ein, ein Netz könne „auch so überfrachtet werden, daß es dadurch zerreißt“. Im Hinblick auf die gesetzliche Krankenversicherung äußerte Friderichs, es gehe nicht an, „daß alle immer mehr zahlen, wenige aber einen überproportionalen Nutzen daraus ziehen und der einzelne nicht einmal mehr weiß, durch welche in Anspruch genommene Leistung er selber zur Kostenexplosion beiträgt“.⁴²² Wolfgang Mischnick erklärte, die FDP werde „deutlich machen, daß der Ausbau der sozialen Sicherheit nicht stets und ausschließlich bedeuten kann, die finanziellen Aufwendungen dafür ins Uferlose wuchern zu lassen“, und dafür sorgen, „daß das Anspruchsdenken wieder kleiner und der Einsatz des einzelnen für das Gesamtinteresse wieder größer geschrieben wird“. Dabei seien vor allem „Zuwachs an Eigenverantwortung und eine generelle Verschärfung des Wettbewerbs“ hilfreich.⁴²³

Demgegenüber brachte Werner Maihofer seine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Partei im sozialpolitischen Bereich zum Ausdruck, allerdings ohne Friderichs oder andere Parteifreunde beim Namen zu nennen. Der Bundesinnenminister kritisierte die „bornierte Perspektive, für die Politik sich auf eine staatliche Gewährleistung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft reduziert, ohne Hinsicht und Rücksicht auf die Menschlichkeit der Gesellschaft, die sie daraus produziert“, und die davon zeuge, „daß hier einige auch unter uns Liberalen die Zeichen der Zeit übersehen oder diese seit 1971 vergessen haben“. Ein solch „technokratische[r] Liberalismus ohne humane Substanz“ mache sich „längerfristig selbst

⁴¹⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 180/1975, S. 5.

⁴²⁰ Vgl. Immer für sich selbst. In: Der Spiegel 52/1974, S. 18-19.

⁴²¹ Vgl. FDP: „Friderichs der Große“. In: Der Spiegel 44/1975, S. 25-26.

⁴²² Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 27. bis 29. Oktober 1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-549, S. 32.

⁴²³ Neue Bonner Depesche 1/1975, S. 5.

gegenstandslos und überflüssig“.⁴²⁴ Der Berliner Jürgen Kunze bemerkte in Richtung des Wirtschaftsministers: „Sparkommissare in allen Ehren, sie sind gut und richtig. Aber seit Brüning wissen wir auch: Man kann sich auch zu Tode sparen.“⁴²⁵

Zum zentralen Streitpunkt des Parteitages avancierte jedoch die Debatte um staatliche Investitionslenkung. Einen Monat zuvor hatte Wolfgang Mischnick in einer Sitzung der Bundestagsfraktion noch stellvertretend für Hans-Dietrich Genscher den Wunsch geäußert, die FDP möge keine weiteren Erklärungen zu diesem Thema abgeben. Paradoxerweise begründete er dies damit, dass die Partei nicht an einer Investitionskontrolle durch den Staat interessiert sei, aber durch eine öffentliche Festlegung die innerparteiliche Diskussion über dieses Thema beginnen werde.⁴²⁶ Genscher und Mischnick erklärten also ihren Willen kurzerhand zum Willen der Partei, ohne diese überhaupt dazu befragt zu haben. In Mainz wurde allerdings deutlich, dass sich die Interessengegensätze nicht länger totschrweigen ließen, mehrere höchst unterschiedliche Anträge zur Investitionslenkung machten eine Debatte unausweichlich.

Jürgen Kunze regte an, die FDP solle dieses Thema als Chance begreifen, „um zu zeigen, daß wir nicht diejenigen sind, die alte Rezepte nachbeten, sondern daß wir eine Reformpartei sind, die sich den Forderungen der Zukunft stellt und nicht einfach das fortschreibt, was lange Zeit als richtig gegolten hat“.⁴²⁷ Ingrid Matthäus stellte die dichotomische Gegenüberstellung von direkter und indirekter Investitionslenkung in Frage, wobei nur erstere von der Parteiführung abgelehnt werde, obwohl letztere in viele Bereiche stärker eingreife.⁴²⁸ Helga Schuchardt verwies darauf, dass die an sich legitime Bürokratisierungskritik stets nur die staatlichen Stellen, nicht aber die Bürokratie der Privatwirtschaft, zum Ziel habe. Das „Schema der heutigen Entscheidungsabläufe“ müsse von jedem kritisiert werden, der „gegen Bürokratisierung und unlegitimierte Macht eintritt“. Der Verlust der wirtschaftspolitischen Entscheidungsmacht sei „das Dilemma unseres Parlamentarismus“. Dies erfordere auch eine Fortschreibung des Parteiprogramms, da die Partei „eben in wichtigen Bereichen in Freiburg aufgehört [hat] zu denken“.⁴²⁹ Die FAZ zeigte sich in ihrem Parteitagsbericht überrascht von

⁴²⁴ Ebd.

⁴²⁵ Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 27. bis 29. Oktober 1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-549, S. 62.

⁴²⁶ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 23. September 1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-11.

⁴²⁷ Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 27. bis 29. Oktober 1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-549, S. 65.

⁴²⁸ Ebd., S. 110.

⁴²⁹ Ebd., S. 80.

der Tatsache, dass Schuchardt „von einer erstaunlich großen Zahl der Delegierten demonstrativen Beifall erhielt“.⁴³⁰ Dass es ausgerechnet in Fragen der Wirtschaftspolitik zu einer linksliberalen Offensive kommen würde, war offensichtlich nicht erwartet worden.

Hans Friderichs, der seinen Standpunkt zum Thema bereits deutlich gemacht hatte, griff nicht in die Debatte ein und überließ die Rolle des Vorkämpfers gegen linke Experimente dem nordrhein-westfälischen Landesverband. Dieser hatte einen Antrag eingebracht, um der direkten Investitionslenkung eine endgültige Absage zu erteilen. Otto Graf Lambsdorff begründete dies damit, „daß das mit dem ordnungspolitischen System der Marktwirtschaft nicht vereinbar ist, [...] weil wir nicht glauben können, daß ein Bundesinvestitionsamt [...] und damit der Staat bessere Entscheidungen treffen als der Markt und weil wir [...] die Frage stellen, wer dann wohl für die finanziellen Folgen staatlicher Fehlplanung und Fehlentscheidungen in Zukunft aufkommen wird“.⁴³¹ Hans-Günter Deimel warnte davor, mit einer uneindeutigen Aussage zu diesem Themenkomplex in den anstehenden Bundestagswahlkampf zu gehen, denn es müsse dem Wähler völlig klar sein, „daß wir Liberale zur Marktwirtschaft stehen und jede die unternehmerische Freiheit einschränkende Investitionskontrolle und –lenkung ablehnen, weil dies mit unseren Prinzipien und mit den Prinzipien der freien Marktwirtschaft unvereinbar ist“.⁴³²

Letztlich geschah jedoch genau das, als der Parteitag beschloss, die vorliegenden wirtschaftspolitischen Anträge einer vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission zu überweisen.⁴³³ Rolf Schroers wertete den Mainzer Parteitag in der *Liberal* als „eine tendenzielle Renaissance“ der *Freiburger Thesen* und diagnostizierte eine neue innerparteiliche Polarisierung „an der Kapitalismusfrage“.⁴³⁴ Im Hinblick auf eine Revolte gegen Hans Friderichs machte Schroers den linken Freidemokraten allerdings keine großen Hoffnungen: „Er steht für „Kapitalist“, und er ist auf eine für seine Gegner anstößige Weise schlechterdings ungreifbar: seine Rhetorik macht sie sozusagen gegenstandslos. Sie tauchen in seiner Argumentation als wahrgenommener Widerspruch einfach nicht auf. Sie interessieren ihn nicht. Er hat Wichtigeres zu tun.“⁴³⁵

⁴³⁰ Friderichs' Plädoyer gegen staatliche Bevormundung. In: FAZ vom 29.10.1975, S. 1.

⁴³¹ Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 27. bis 29. Oktober 1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-549, S. 69.

⁴³² Ebd., S. 102.

⁴³³ Siehe Kapitel 3.4.

⁴³⁴ Schroers, Rolf: Freiheit mit Nuancen. In: *Liberal* 1975, S. 802-803.

⁴³⁵ Ebd., S. 803.

Wichtiger erschien zuvorderst die Überwindung der Stagflation. Während des Krisenjahres 1975 war der „übertriebene Glaube an die Machbarkeit der Politik [...] zerronnen“, wie der Wirtschaftsminister in einem Artikel für das *Manager Magazin* feststellte.⁴³⁶ Auch der Bundeskanzler zeigte sich bei der Frage, ob eine keynesianische Wirtschaftspolitik angesichts der internationalen Rahmenbedingungen eine taugliche Krisentherapie bieten könne, zunehmend skeptisch.⁴³⁷ Mit den Zweifeln an den staatlichen Steuerungsmöglichkeiten wuchs die Bereitschaft, die Arbeitgeber als wirtschaftspolitische Akteure aufzuwerten. Rolf Zundel kommentierte in der *Zeit*: „Die größten Gewinner [...] der Tendenzwende sind wohl die Unternehmer. Nichts charakterisiert dieses Jahr genauer als die Tatsache, daß der Regierungschef nicht die Gesellschaft der Wissenschaftler, sondern die der Wirtschaftler sucht [...].“⁴³⁸ Dementsprechend führte Friderichs die leichten Aufwärtstendenzen in der zweiten Jahreshälfte auf die von ihm durchgesetzte Investitionszulage zurück.⁴³⁹ Auf einer Präsidiumssitzung im Januar 1976 machte er allerdings deutlich, dass trotz einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung mit einer raschen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt aus strukturellen Gründen nicht zu rechnen sei.⁴⁴⁰

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ging die FDP äußerst optimistisch ins anstehende Bundestagswahljahr. Auf dem Dreikönigstreffen konstatierte Hans-Dietrich Genscher eine „Renaissance für persönliche Freiheitsräume“ und Werner Maihofer „eine Phase der Reliberalisierung von Gesellschaft und Staat“. Die Unionsparteien schienen ebenfalls Gefallen am Liberalismus-Etikett zu finden; Kurt Biedenkopf pries die CDU als „die liberale Partei in der Bundesrepublik“ und Franz Josef Strauß erklärte seine CSU zum Garanten für eine „freie, offene, liberale Gesellschaft“.⁴⁴¹ Solche Phrasen konnten allerdings kaum darüber hinwegtäuschen, dass die Opposition in der Wirtschaftspolitik, dem wohl wichtigsten Thema des Jahres 1976, keine konkreten Alternativen zum Regierungshandeln anzubieten hatte. Die Rolle des liberalen Korrektivs zum ohnehin weit von sozialistischen Vorstellungen entfernten Helmut Schmidt füllte Hans Friderichs bereits mustergültig aus. Folgerichtig fiel dem Wirtschaftsminister auch eine zentrale Rolle im Wahlkampf zu, für welchen der Parteivorsitzende eine Ausweitung der begrenzten Konfliktstrategie plante. Durch konsequente Marktwirtschaftspolitik, so Genschers Kalkül, würde man potenzielle

⁴³⁶ Friderichs, Hans: Die Illusionen der Macher. In: *Manager Magazin* 12/1975, S. 16-20.

⁴³⁷ Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 448-449.

⁴³⁸ Zundel, Rolf: Atemholen nach dem Sturm. In: *Die Zeit* 2/1976.

⁴³⁹ Vgl. *Freie Demokratische Korrespondenz* 202/1975, S. 1.

⁴⁴⁰ Vgl. *Freie Demokratische Korrespondenz* 9/1976, S. 1.

⁴⁴¹ Zit. n. FDP 76: „Wir passen genau in die Landschaft“. In: *Der Spiegel* 1/1976, S. 17-19.

Unionswähler davon überzeugen können, dass die FDP die bessere Alternative zur SPD biete als eine in Fundamentalopposition verharrende CDU/CSU.⁴⁴² Entsprechend energisch trat Friderichs gegenüber dem Koalitionspartner auf. Zwar erklärte er, die Liberalen würden im Falle eines Stimmenzuwachses – intern hoffte man auf ein Ergebnis von über zehn Prozent – kein weiteres Ministerium für sich beanspruchen, doch zugleich bekundete Friderichs mit Rückendeckung aus dem Bundesvorstand die Absicht, sein eigenes Ressort auf Kosten sozialdemokratischer Kabinettskollegen erweitern zu wollen. Sein Interesse galt dabei dem Bereich der Bauwirtschaft aus Karl Ravens' Wohnungsbauministerium, der Wirtschaftsförderung aus Hans Matthöfers Forschungsministerium und nicht zuletzt der Abteilung Geld und Kredit aus Hans Apels Finanzministerium, welche Helmut Schmidt vier Jahre zuvor aus seinem „Superministerium“ mitgebracht hatte. Zudem verärgerte er die Sozialdemokraten mit einem eigenmächtigen Vorstoß zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. So forderte Friderichs einen Rückgang der Lohnquote zur Verbesserung des Investitionsklimas und verlangte dafür von den Arbeitnehmern, sich mit dem Ausgleich der Inflationsrate zu begnügen.⁴⁴³ Gern hätte der vom *Spiegel* in einer Mischung aus Spott und Anerkennung als „selbsternannte[r] Nebenzkanzler von Bonn“⁴⁴⁴ betitelte Wirtschaftsminister auch einen Umbau der Renten- und Krankenversicherung zum Wahlkampfthema der FDP gemacht, scheiterte mit diesem Vorschlag jedoch in einer Vorstandssitzung.⁴⁴⁵

Auf einem Sonderparteitag in Freiburg am 30. und 31. Mai 1976 verabschiedete die Partei schließlich ihr Wahlprogramm, welches den Titel *Freiheit Fortschritt Leistung* trug und in seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen auf die von Hans Friderichs geleitete Wirtschaftskommission zurückging.⁴⁴⁶ Die Präambel, in welcher von der „Ergänzung und Vollendung der im freiheitlichen Rechtsstaat errungenen Demokratisierung und Liberalisierung der verfassungsmäßigen Organisation des Staates durch eine Demokratisierung und Liberalisierung auch der arbeitsteiligen Organisation der Gesellschaft in einem ebenso freiheitlichen Sozialstaat“ die Rede war,⁴⁴⁷ strebte offenkundig eine Nähe zum Vokabular der *Freiburger Thesen* an. Entgegen des noch keine fünf Jahre alten Parteiprogramms gaben die Liberalen für den Wahlkampf jedoch keine sozialpolitischen Versprechungen ab, sondern warben stattdessen „für mehr Wettbewerb, mehr

⁴⁴² Vgl. Zundel, Rolf: Auf der Welle des Erfolgs. In: Die Zeit 3/1976.

⁴⁴³ Vgl. Der kleine Partner setzt sich in Szene. In: Der Spiegel 14/1976, S. 21-23.

⁴⁴⁴ „Ich bin hier das federführende Ressort“. In: Der Spiegel 23/1976, S. 27.

⁴⁴⁵ Vgl. Piehl: Machtwechsel 1982, S. 121.

⁴⁴⁶ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 28.

⁴⁴⁷ Verheugen (Hrsg.): Der Programm der Liberalen, S. 229.

Eigenverantwortung und mehr Sparsamkeit in allen Bereichen der sozialen Sicherung“, eine Überprüfung der Sozialleistungen „auf ihre Wirksamkeit und Finanzierbarkeit“, und die Beseitigung „festgestellter[r] Mängel und Auswüchse“. ⁴⁴⁸ Angesichts der prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt erklärte man „die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung der Vollbeschäftigung“ zur „Hauptaufgabe liberaler Wirtschaftspolitik“, wandte sich jedoch zugleich mit „Nachdruck [...] gegen den Irrglauben, ein hoher Beschäftigungsgrad könne mit inflationärer Politik erreicht werden“. Die FDP werde „in ihrem Kampf um mehr Stabilität nicht nachlassen“ und dafür Sorge tragen, „daß die bestehende Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank nicht angetastet wird“. Ohne „wachsende Investitionen in der privaten Wirtschaft, die durch ausreichende öffentliche Investitionen in Bund, Ländern und Gemeinden ergänzt werden müssen“, sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht möglich. ⁴⁴⁹ Gegenüber der Union positionierte man sich als die wahre Marktwirtschaftspartei, insbesondere nachdem sich CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf wohlwollend über das kapitalismuskritische Parteiprogramm von 1947 geäußert hatte. ⁴⁵⁰ So ließ das Wahlprogramm verlauten: „Keine Partei steht so entschlossen zur sozial verpflichteten Marktwirtschaft wie die Liberalen. [...] Mit ihrem neuerlichen Bekenntnis zum Ahlener Programm macht die CDU ihre Aussagen zur Marktwirtschaft selbst unglaublich.“ ⁴⁵¹ Angesichts des CDU-Wahlslogans „Freiheit statt Sozialismus“ empfahl eine Erklärung des FDP-Präsidiums den Christdemokraten, „die Schlacht gegen den Sozialismus auch in den eigenen Reihen zu führen“. ⁴⁵²

Letztlich gewann die sozial-liberale Koalition die Bundestagswahl am 3. Oktober, musste aber zwanzig Sitze ihrer bis dahin komfortablen Parlamentsmehrheit an die Opposition abtreten. Helmut Kohl errang als Kanzlerkandidat der Union mit 48,6 Prozent der Wählerstimmen das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte, während der erwartete Zugewinn für die Freidemokraten ausblieb. Immerhin fiel der Stimmenverlust von 0,5 Prozent im Vergleich zu 1972 bei einem Gesamtergebnis von 7,9 Prozent deutlich geringer aus als bei der SPD. Angesichts der nun äußerst knappen Mehrheitsverhältnisse war absehbar, dass die Sozialdemokraten in der anstehenden Legislaturperiode noch mehr Rücksicht auf den kleineren Koalitionspartner würden nehmen müssen, zumal Helmut Kohl kein Geheimnis aus

⁴⁴⁸ Ebd., S. 244-245.

⁴⁴⁹ Ebd., S. 247-249.

⁴⁵⁰ Vgl. Neumaier, Eduard: B & B in Bredouille. In: Die Zeit 42/1975.

⁴⁵¹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 247-248.

⁴⁵² Freie Demokratische Korrespondenz 243/1976, S. 2.

seinen Absichten machte, die FDP mittelfristig zurück an die Seite der Union zu holen.⁴⁵³ Für Genschers Strategie der maximalen liberalen Eigenständigkeit und Äquidistanz zu den beiden Volksparteien waren dies beste Voraussetzungen. In einem Rundfunkinterview verkündete er das „ganz klare[...] strategische[...] Ziel, daß die F.D.P. als liberale Partei, als F.D.P., gewählt wird und nicht als Partner einer anderen Partei“.⁴⁵⁴ Auf dem Dreikönigstreffen 1977 erklärte der Bundesvorsitzende, die Liberalen seien „nicht Mehrheitsbeschaffer für eine sozialistische Politik“, was ihm von Seiten der SPD entschiedene Kritik einbrachte. Gegenüber dem *Deutschlandfunk* verteidigte Genschner diese Aussage und deutete sie auch als Absage gegenüber „den Kräften des christlichen Sozialismus“ in der CDU.⁴⁵⁵ Der Parteichef war sichtlich darum bemüht, die FDP als wirtschaftsliberales Bollwerk gegen die vermeintlichen kollektivistischen Bedrohungen von links und rechts zu positionieren. Genschers scharfe antisozialistische Rhetorik stand in auffälligem Kontrast zum Grundtenor der *Freiburger Thesen*, weshalb seine Forderung nach verstärkter Programmarbeit, um „die unverwechselbar liberale Politik zu verdeutlichen“, ⁴⁵⁶ nicht überraschte.

Personell ging die Parteilinke allerdings durchaus gestärkt aus den Bundestagswahlen hervor. Vier der elf neuen Abgeordneten, unter ihnen Ingrid Matthäus und Helmut Haussmann, waren führende Jungdemokraten. Mit Vertretern des linken SPD-Flügels vereinbarte man eine engere Zusammenarbeit, wenngleich die progressiven Freidemokraten Wert darauf legten, die durchaus vorhandenen Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu verwischen.⁴⁵⁷ Der Start in die dritte sozial-liberale Legislaturperiode verlief außerordentlich schlecht. Helmut Schmidt ließ sich in den Koalitionsverhandlungen auf Drängen der FDP darauf ein, die zum 1. Juli 1977 versprochene Rentenerhöhung aufzuschieben. Erst ein verheerendes öffentliches Echo quer durch alle politischen Lager, auch von Seiten prominenter Liberaler wie Jürgen Möllemann und Friedrich-Wilhelm Hölscher, veranlasste die Regierung zum Einlenken. Bestehen blieb allerdings der Beschluss, die Renten in den Jahren 1979 und 1980 weniger großzügig zu erhöhen als ursprünglich geplant.⁴⁵⁸ Wegen seiner nachgiebigen Haltung gegenüber der FDP geriet der Kanzler in den eigenen Reihen in die Kritik, bei seiner Wahl verweigerten ihm zwei Abgeordnete trotz der keineswegs soliden

⁴⁵³ Vgl. „Hoffentlich hält das vier Jahre“. In: Der Spiegel 41/1976, S. 6-17.

⁴⁵⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 294/1976, S. 4.

⁴⁵⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 3/1977, S. 2.

⁴⁵⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 261/1976, S. 3.

⁴⁵⁷ Vgl. Umeinander kümmern. In: Der Spiegel 44/1976, S. 40-45.

⁴⁵⁸ Vgl. Der Renten-Skandal: „Wirklich das Dummste“. In: Der Spiegel 51/1976, S. 23-29.

Koalitionsmehrheit die Gefolgschaft. Die Regierungserklärung leitete Schmidt mit einer kleinlauten Entschuldigung für das umstrittene Rentenmanöver ein.⁴⁵⁹

In der *Neuen Bonner Depesche* forderte Hans Friderichs für 1977 eine „wirtschaftspolitische Strategie mit langem Atem“ anstelle von „hastig verabreichten Konjunkturspritzen“. Diese umfasse „eine konsequente, stabilitätsorientierte Geldmengenzpolitik; eine konjunkturgerechte und zugleich auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtete Finanzpolitik; eine Politik der Intensivierung der privaten und öffentlichen Investitionen; und vor allem eine ausgewogene Einkommens- und Gesellschaftspolitik, durch die der Grundkonsens zwischen der Regierung und den Sozialpartnern erhalten bleibt“. Es gelte jedoch, „dem Drang nach Nivellierung und Gleichschaltung auf allen Gebieten“ entgegenzutreten, da „Wettbewerb und Leistungsbereitschaft“ sonst erlahmen. Bei neuen Erkenntnissen sei es „selbstverständlich, den Instrumentenkasten der Globalsteuerung fortzuentwickeln“, eine direkte Investitionslenkung „oder ähnliche dirigistische Versuche“ seien aber unter keinen Umständen eine Option. Bei Beachtung der marktwirtschaftlichen Prinzipien könne „mit einer weiteren Erholung der weltweiten und deutschen Konjunktur“ gerechnet werden.⁴⁶⁰ Im Jahreswirtschaftsbericht warnte Friderichs' Ministerium allerdings vor „Illusionen über das wirtschaftspolitisch Machbare“ im Hinblick auf die „finanzpolitischen Möglichkeiten einer Rezessionsbekämpfung“. ⁴⁶¹ In einem Interview äußerte der stellvertretende FDP-Vorsitzende zwar die Hoffnung, dass „das Wachstum mehr auf die Beschäftigung durchschlagen“ werde als noch 1976, „eine extreme Reduzierung der Arbeitslosenzahl“ von rund einer Million wurde dennoch als „nicht wahrscheinlich“ erachtet.⁴⁶²

Im März 1977 verabschiedete der Bundestag mit dem *Programm für Zukunftsinvestitionen* erstmals ein Konjunkturprogramm, welches ausschließlich an die Angebotsseite adressiert war und durch staatliche Ausgaben private Investitionen anregen sollte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern war das Programm mittelfristig angelegt und ließ der Bundesregierung genug Zeit, ihr Vorgehen mit den Ländern zu koordinieren. Insgesamt sollten binnen vier Jahren 13,8 Milliarden Mark in die Verbesserung der Infrastruktur und die Forschungs- und Entwicklungsförderung fließen. Das Zukunftsinvestitionsprogramm markierte den vorläufigen Höhepunkt einer angebotspolitischen Vereinnahmung der Globalsteuerung.⁴⁶³ Darüber hinaus

⁴⁵⁹ Vgl. Kanzlerwahl: Schmidt im Gegenwind. In: Der Spiegel 52/1976, S. 21-24.

⁴⁶⁰ Neue Bonner Depesche 2/1977, S. 2.

⁴⁶¹ Zit. n. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 247.

⁴⁶² „Arbeitszeitverkürzung ist eine Möglichkeit“. In: Der Spiegel 5/1977, S. 29-32.

⁴⁶³ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 217-219.

setzten die Freidemokraten auf eine Ankurbelung der Investitionen durch Steuersenkungen. Hans-Dietrich Genscher erklärte in einem Radiointerview die Reduzierung der Vermögensteuer zu einer „Maßnahme der Vernunft“, über deren positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt es „unter den Sachkundigen überhaupt keinen Zweifel“ gebe.⁴⁶⁴ Er verwies damit auf die inzwischen eindeutig angebotspolitischen Empfehlungen des *Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*.⁴⁶⁵ In den Koalitionsverhandlungen hatte die FDP den Sozialdemokraten eine Senkung der Vermögensteuersätze um rund 30 Prozent abgerungen, was für den Staat einen Einkommensverlust von 1,5 Milliarden Mark binnen eines Jahres bedeutete. Als das Steuerpaket im Juni 1977 verabschiedet werden sollte, regte sich in der SPD-Fraktion Widerstand gegen das ungeliebte Projekt des kleineren Partners. Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff ließen in ihren Stellungnahmen keinen Zweifel daran aufkommen, dass ein parlamentarisches Scheitern der Vermögensteuersenkung eine existenzielle Krise, möglicherweise gar ein sofortiges Ende des sozial-liberalen Bündnisses nach sich ziehen würde.⁴⁶⁶ Parteichef Genscher teilte Bundeskanzler Schmidt zwei Tage vor der Abstimmung im Bundestag zwar telefonisch mit, dass die Koalition in jedem Falle weiterbestehen werde, doch der öffentliche Druck von Seiten der FDP auf die potenziellen sozialdemokratischen Abweichler ermöglichte es SPD-Fraktionschef Herbert Wehner, das Votum zur Existenzfrage für die Regierung hochzustilisieren und somit seine Gefolgsleute auf die Fraktionsdisziplin einzuschwören.⁴⁶⁷ Linksliberale wie Helga Schuchardt und Ingrid Matthäus äußerten ebenfalls Kritik am Steuerpaket, stimmten letztlich aber ebenso geschlossen zu wie die misshutige SPD-Linke.⁴⁶⁸

Der Wirtschaftsminister gab sich mit dem Erreichten allerdings nicht zufrieden und forderte die Erstellung eines Sondergutachtens der „Wirtschaftsweisen“ als Grundlage für weitere steuerliche Entlastungen der Unternehmer, woran Genscher freilich wenig Interesse zeigte, um dem Koalitionspartner keine erneute Belastungsprobe zuzumuten.⁴⁶⁹ Finanzminister Hans Apel legte ein dazu völlig konträres Steuerkonzept vor, welches auf eine Belebung der Nachfrage durch eine Senkung der Lohnsteuer abzielte. Die Wirtschaftspolitik der

⁴⁶⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 3/1977, S. 3.

⁴⁶⁵ Die „Wirtschaftsweisen“ rückten zwischen 1975 und 1977 vollständig vom Keynesianismus und dem Konzept der Globalsteuerung ab. Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 178.

⁴⁶⁶ Vgl. Koalition: „Die Faust in der Tasche“. In: Der Spiegel 25/1977, S. 21-22.

⁴⁶⁷ Vgl. Steuerstreit: „Auf verdrehter Bühne“. In: Der Spiegel 26/1977, S. 21-23.

⁴⁶⁸ Vgl. Hofmann, Gunter: Ein Bündnis der jungen Linken? In: Die Zeit 32/1977.

⁴⁶⁹ Vgl. Arbeitsmarkt: Der Konsens ist dahin. In: Der Spiegel 29/1977, S. 19-20.

Bundesregierung wirkte zunehmend diffus und widersprüchlich.⁴⁷⁰ Mitten in der parlamentarischen Sommerpause veröffentlichte der *Spiegel* dann auch noch ein vertrauliches Schreiben von Friderichs an den Bundeskanzler, den Finanzminister und den Arbeitsminister, in welchem der Freidemokrat ein äußerst düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage zeichnete. Für 1977 prognostizierte Friderichs einen Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Arbeitslosen, für 1978 noch mindestens 900.000. Bis zum Beginn der 80er Jahre sei die Reduzierung der Arbeitslosenzahl auf 700.000 ein realistisches Ziel. Das Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres werde zudem nicht bei den ursprünglich eingeplanten 5,5 Prozent, sondern höchstens bei 4 Prozent liegen.⁴⁷¹

Über die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Befund des Wirtschaftsministers herrschte innerhalb der beiden Regierungsparteien fast ebenso großer Dissens wie zwischen ihnen. Während manche für eine Verbesserung des Investitionsklimas plädierten, empfahlen andere eine Ankurbelung des Konsums. Darüber hinaus war ungeklärt, ob die jeweiligen Ziele besser durch weitere Konjunkturprogramme oder umfassende Steuersenkungen zu erreichen seien. Für den strapazierten Bundeshaushalt hätten sowohl erhöhte Ausgaben als auch wegbrechende Einnahmen ohnehin eine Belastung dargestellt. Friderichs, der dem Bundeskanzler als wesentlicher Verursacher der neuen konjunkturellen Unruhe galt, wies jede persönliche Verantwortung für die verhaltene gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurück und beschuldigte Bürgerinitiativen und Gerichte, Investitionsblockaden beim Bau von Atomkraftwerken ausgelöst zu haben. Zudem habe eine schlechte Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms seitens der Beamtenschaft dessen schnelle Wirkung verhindert.⁴⁷² Der Steuerstreit endete schließlich in einem weiteren Koalitionskompromiss, der Angebots- und Nachfrageseite gleichermaßen zu stimulieren versuchte: Für die Arbeitnehmer wurde der Grundfreibetrag um 510 Mark angehoben, der Weihnachtsfreibetrag um 300 Mark. Für die Unternehmer erhöhte man den Abschreibungssatz bei der Anschaffung neuer Maschinen von 20 auf 25 Prozent.⁴⁷³

Obwohl Friderichs in der Partei ebenso wie in der Regierung nicht mehr das Ansehen früherer Jahre genoss – so hatte er sich mit den Linksliberalen insbesondere hinsichtlich der Haltung zur Kernenergie überworfen⁴⁷⁴ – erfolgte sein doppelter Rücktritt vom Amt des

⁴⁷⁰ Vgl. Heftig gebeutelt. In: Der Spiegel 32/1977, S. 20-21.

⁴⁷¹ Düstere Diagnose, keine Therapie. In: Der Spiegel 33/1977, S. 19-21.

⁴⁷² Vgl. Bittere Wahrheit, kein Konzept. In: Der Spiegel 37/1977, S. 21-27.

⁴⁷³ Vgl. Die Kartoffel ist da. In: Der Spiegel 38/1977, S. 42.

⁴⁷⁴ Siehe Kapitel 5.2.

Bundeswirtschaftsministers und des stellvertretenden Bundesvorsitzenden am 9. September 1977 durchaus überraschend. In einem Brief an die Mandats- und Funktionsträger warb er um Verständnis für seine Entscheidung, als Nachfolger des ermordeten Jürgen Ponto in den Vorstand der *Dresdner Bank* zu wechseln: „Es ist meine Überzeugung immer gewesen, daß ein Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und umgekehrt, im längerfristigen Interesse unseres Landes liegt. [...] Wie im politischen Tagesgeschäft üblich, werden unsere Gegner nun versuchen, meine Entscheidung bewußt zu mißdeuten, um uns zu schaden. Meine herzliche Bitte an Sie: Tragen Sie mit dazu bei, daß dies unmöglich wird.“⁴⁷⁵ Auch Hans-Dietrich Genscher betonte, „daß wir alles tun müssen, um die falschen Motive, die Hans Friderichs [...] unterstellt werden, zurückzuweisen.“⁴⁷⁶ Die Kritik am unerwarteten Rückzug kam jedoch durchaus auch aus den eigenen Reihen, so sprach der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch von einer „Fahnenflucht“.⁴⁷⁷ Der von Friderichs gewählte Zeitpunkt war für die Partei in der Tat denkbar ungünstig, da mit dessen altem Rivalen Werner Maihofer bereits ein anderer Bundesminister aus den Reihen der FDP mit Rücktrittsforderungen konfrontiert wurde. Zunehmende Amtsmüdigkeit dürfte bei Friderichs‘ Entscheidung keine unwesentliche Rolle gespielt haben: Rückblickend gestand er, dass er für eine Fortführung der sozial-liberalen Koalition keine Perspektive mehr gesehen habe.⁴⁷⁸ Seiner Partei tat er mit dem direkten Wechsel von einem hohen Regierungsamt in eine Führungsposition der Privatwirtschaft gewiss keinen Gefallen.

In Friderichs‘ knapp fünfjähriger Amtszeit gerieten zwei Prämissen in Zweifel, die bei der Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 konstitutiv gewesen waren: die Allmacht der Globalsteuerung und die Expansionsfähigkeit des Sozialstaates. Es waren liberale Politiker wie Friderichs, Lambsdorff, Riemer, Rubin und auch Genscher, die am entschiedensten dafür plädierten, möglichst rasch von den alten Gewissheiten Abschied zu nehmen. Damit grenzten sie sich deutlich gegenüber dem Koalitionspartner ab, waren doch für den überwiegenden Teil der Sozialdemokraten die Probleme des keynesianisch eingebetteten Wohlfahrtsstaates höchstens temporärer, aber keinesfalls fundamentaler Natur. Die scharfen Gegensätze in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden einzig durch die pragmatische Haltung Helmut Schmidts abgemildert, der sich gegenüber der FDP, nicht selten zum Verdruss seiner eigenen Partei, immer wieder äußerst aufgeschlossen zeigte. Die linken

⁴⁷⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 211/1977, S. 1.

⁴⁷⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 209/1977, S. 1.

⁴⁷⁷ Zit. n. Hör auf. In: Der Spiegel 38/1977, S. 34.

⁴⁷⁸ Vgl. Piehl: Machtwechsel 1982, S. 121.

Freidemokraten standen diesen Entwicklungen weitgehend sprachlos gegenüber. Erst mit der Neueröffnung der Programmdebatte bot sich ihnen eine Chance, die wirtschaftspolitische Hegemonie des rechten Flügels anzugreifen.

3.4. Die „Kieler Thesen“: Renaissance des Wirtschaftsliberalismus

Forderungen nach einer wirtschaftspolitischen Fortschreibung der sozialpolitisch akzentuierten *Freiburger Thesen* wurden bereits zu Beginn der zweiten sozial-liberalen Legislaturperiode erhoben.⁴⁷⁹ Die Linksliberalen versprachen sich von der Entwicklung eines Wirtschaftsprogramms eine stärkere Position gegenüber Hans Friderichs, der als zuständiger Bundesminister das Profil der FDP maßgeblich prägte.⁴⁸⁰ Werner Maihofer wollte spätestens bis zur Bundestagswahl 1976 ein umfassendes Parteiprogramm auf Basis der *Freiburger Thesen* ausarbeiten, doch die unregelmäßig tagenden Arbeitskreise kamen nur schleppend voran.⁴⁸¹ Akut wurde die Programmdiskussion erst durch die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen auf dem Ende Oktober 1975 stattfindenden Bundesparteitag in Mainz. Infolge der Uneinigkeit bezüglich der Investitionslenkung wurde vom Bundesvorstand neben der bereits etwas länger tagenden Perspektivkommission unter Werner Maihofer die Wirtschaftskommission unter Hans Friderichs eingerichtet.⁴⁸² Ursprünglich war zwischen den beiden Kommissionen ein arbeitsteiliger Prozess vorgesehen, bei dem diese sich gemäß den Ressorts ihrer Vorsitzenden ausschließlich mit innerer Sicherheit und Umweltpolitik einerseits, ökonomischen Fragestellungen andererseits beschäftigen sollten.⁴⁸³ Die linken Vertreter in der Wirtschaftskommission – allen voran Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus und Friedrich Wilhelm Hölscher – distanzieren sich jedoch angesichts Friderichs' Dominanz von der Arbeit des Ausschusses.⁴⁸⁴ Die Perspektivkommission hingegen nahm sich, nachdem ihr Vorsitz im Zuge der „Traube-Affäre“⁴⁸⁵ von Werner Maihofer auf Gerhart Baum übergegangen war, auch der Wirtschaftspolitik an.⁴⁸⁶ Die beiden Ausschüsse gerieten dadurch in ein nicht beabsichtigtes Konkurrenzverhältnis zueinander.

Als die beiden Programmentwürfe im Juli 1977 in der parteinahen Zeitschrift *Liberal* veröffentlicht wurden, sorgte dies in der Partei ebenso wie in der Presse für hitzige Debatten. Die *Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik* der Friderichs-Kommission wiesen bereits im ersten Absatz auf „die Grenzen der „Machbarkeit“ von Wirtschaftsentwicklungen durch den Staat“ hin. So könne „der Staat die Konjunktur beeinflussen, [...] sie jedoch nicht exakt

⁴⁷⁹ Vgl. Rubin, Hans Wolfgang: Freie Demokratische Partei: Sozial-liberale Koalition und der erneuerte Liberalismus. In: *Liberal* 1973, S. 4.

⁴⁸⁰ Vgl. FDP-Rechte an der Leine. In: *Der Spiegel* 32/1973, S. 16.

⁴⁸¹ Vgl. Piel, Dieter: Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnung. In: *Die Zeit* 46/1973.

⁴⁸² Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 27-28.

⁴⁸³ Vgl. FDP-Dilemma. In: *Die Zeit* 31/1977.

⁴⁸⁴ Vgl. Kritik aus der FDP an Friderichs' Wirtschaftsprogramm. In: *FAZ* vom 9.7.1977, S. 4.

⁴⁸⁵ Siehe Kapitel 4.2.

⁴⁸⁶ Vgl. FDP-Dilemma. In: *Die Zeit* 31/1977.

lenken, ohne die Konsum- oder Investitionsfreiheit zu beschneiden“. Die zunehmende Komplexität der wirtschaftlichen Zusammenhänge berge „die Gefahr, daß einfach klingende Lösungsvorschläge Zuspruch erhalten“. Dies betreffe zum Beispiel „die gelegentlich zum Ausdruck kommende Sehnsucht nach einer alles erklärenden, fertigen Theorie oder nach einer Führungsinstanz, bei der alle Entscheidungen zentralisiert sind und die mit starker Hand alle Probleme löst“. Die liberale Antwort auf Fehlentwicklungen des Marktes dürfe jedoch niemals „in der quasi automatischen zentralen Leitung liegen“.⁴⁸⁷ Zur direkten staatlichen Investitionslenkung bemerkte man, dass diese „die Unsicherheiten bei Investitionsentscheidungen“ ebenso wenig überwinden könne wie die Steuerung über den Markt, weshalb Letzterer als „dem Konzept mit den geringeren Risiken der Vorzug zu geben“ sei. Direkte Investitionslenkung führe zu „unvermeidbaren Fehlprognosen“, die ganze Wirtschaftssektoren „durch den Aufbau von Überkapazitäten“ in den Ruin treiben könnten.⁴⁸⁸

Das hauptsächlich auf Otto Graf Lambsdorff zurückgehende Kapitel über die Globalsteuerung verwehrte sich gegen die Gleichsetzung dieses Begriffs, der lediglich ein „Steuerungsprinzip“ bezeichne, mit Konjunkturpolitik. Während die Liberalen „in der Globalsteuerung ein wirksames und nicht zu ersetzendes Instrument zur Verstetigung des Wirtschaftsablaufs“ sehen, sei „eine Abkehr von dem nicht funktionierenden traditionellen Konzept der antizyklischen Konjunktursteuerung notwendig“. Anstatt „des Unsicherheiten verbreitenden schnellen Wechsels konjunkturpolitischer Maßnahmen“ müsse „eine mittelfristige Orientierung und Verstetigung“ angestrebt werden. Die „Autonomie der Bundesbank“ und deren „stabilitätsorientierte Geldpolitik“ seien zudem „unverzichtbarer Bestandteil der liberalen Wirtschaftsordnung“.⁴⁸⁹

Uneinigkeit bestand in der Kommission hinsichtlich des Zielkonflikts zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität, weshalb zwei verschiedene Versionen in den Entwurf aufgenommen wurden. Die erste verortete die „liberale programmatische Position“ darin, „daß der besondere Rang des Beschäftigungsziels ausdrücklich benannt wird“, die zweite – von Friderichs und Lambsdorff ursprünglich vorgesehene⁴⁹⁰ – interpretierte Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität als „gleichrangig zu verfolgende Ziele“.⁴⁹¹ Als weitere Konzession an die Linksliberalen griffen die *Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik*

⁴⁸⁷ Liberal 1977, S. 681.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 695.

⁴⁸⁹ Liberal 1977, S. 692-693.

⁴⁹⁰ Vgl. Salat geliefert. In: Der Spiegel 29/1977, S. 27-28.

⁴⁹¹ Liberal 1977, S. 706.

mit explizitem Verweis auf das Freiburger Parteiprogramm die Formulierung auf, dass auch in der Wirtschaftspolitik „die liberale Forderung nach einer Reform des Kapitalismus“ Gültigkeit besitze. Dies bedeute, „die Ungleichheiten des Vorteils oder die Ballung wirtschaftlicher Macht in der Industriegesellschaft abzubauen, oder denjenigen sozialen Gruppen zur Berücksichtigung ihrer Interessen im Wirtschaftsleben zu verhelfen, die ihre Bedürfnisse nicht selbst zur Geltung bringen können“.⁴⁹²

Dennoch stieß der Entwurf der Wirtschaftskommission erwartungsgemäß auf wenig Begeisterung vonseiten des linken Parteiflügels. Helga Schuchardt hatte schon vor der Veröffentlichung in einem Brief an Hans Friderichs ihren Protest gegen die *Grundzüge* zum Ausdruck gebracht, welche ihrer Ansicht nach zu wenig Alternativen zu den Programmen anderer Parteien boten.⁴⁹³ Ingrid Matthäus warf Friderichs vor, in dem Entwurf sei zu viel von „Marktwirtschaft“ und zu wenig von den „Nöten der Menschen“ die Rede.⁴⁹⁴ Gerhard W. Wittkämper hingegen lobte die *Grundzüge* als „Dokument der Warnung davor, die liberale Reform des Kapitalismus in einen überorganisierten Kapitalismus zerrinnen zu lassen“.⁴⁹⁵ Ernst Eggers befand, der Entwurf der Wirtschaftskommission biete „ein in sich schlüssiges, vom liberalen Menschenbild des eigenverantwortlichen Bürgers bestimmtes, der Tätigkeit des Staates Maß und Grenzen setzendes Konzept an“.⁴⁹⁶ In der FAZ kritisierte Peter Hort Friderichs' Ausschuss gar dafür, „der Frage der Investitionen – dem „Herzmuskel“ des Wachstums“ zu wenig Platz eingeräumt und die Vorschläge der „Wirtschaftsweisen“ nicht ausreichend berücksichtigt zu haben.“⁴⁹⁷

Weitaus kontroverser als die *Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik* wurde der Programmentwurf der Perspektivkommission diskutiert. Die *Aktuellen Perspektiven des sozialen Liberalismus* gingen von der Prämisse aus, dass infolge der „wirtschaftlichen Schwierigkeiten seit 1974 [...] ein erheblicher Teil der Bürger in ihren materiellen Lebensgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt wird und so [...] eine Entwicklung zu verschärfter sozialer Ungleichheit einsetzt“. Die Baum-Kommission distanzierte sich entschieden von der Sozialstaatskritik in ihrer eigenen Partei, indem sie postulierte, dass eine „Politik der autoritären Einschränkung“, welche die „wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse vieler Bürger [...] unter Hinweis auf angebliche Sachzwänge“

⁴⁹² Ebd., S. 688.

⁴⁹³ Vgl. Die FDP will den Streit zwischen Friderichs und dem linken Flügel dämpfen. In: FAZ vom 12.7.1977, S. 1.

⁴⁹⁴ Zit. n. Salat geliefert. In: Der Spiegel 29/1977, S. 27-28.

⁴⁹⁵ Liberal 1977, S. 768.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 729.

⁴⁹⁷ Hort, Peter: Friderichs in der Klemme. In: FAZ vom 16.7.1977, S. 9.

anfechten wolle, zwangsläufig „zu einer sozialen Polarisierung“ führe. Stattdessen müsse liberale Politik „eine Lösung vielmehr in der Richtung qualitativ orientierter Reformen“ suchen, unter besonderer Berücksichtigung „vernachlässigte[r] soziale[r] Bedürfnisse“ und der „Möglichkeiten zur Gewährleistung des gleichen Rechts auf Arbeit“. Der „planenden und gestaltenden Tätigkeit des Staates“ komme beim „Übergang von einer allzu selbstverständlichen wirtschaftlichen Expansion zu einem bewußt gestalteten qualitativen Wachstum“ eine „wachsende Bedeutung“ zu. Zeitgemäße Beschäftigungspolitik müsse zudem „neue und [...] unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik gehen, um eine beschäftigungsintensivere Wachstumsstruktur zu erreichen“. Dies betreffe vor allem die Förderung von „Wachstumssektoren, die im Verhältnis weniger Aufwand an Energie, Rohstoffen und Kapital notwendig machen, die aber verstärkt menschliche Initiative, Wissen, Innovations- und Organisationsfähigkeit erfordern“. Dem Staat falle dabei auch die Aufgabe zu, „durch zeitlich begrenzte Nachfrageanreize“ jene „notwendigen Bedürfnisse nachfragewirksam zu machen, die bisher am Markt nicht auftreten oder sich nicht durchsetzen können“.⁴⁹⁸

Bei der Diskussion der *Aktuellen Perspektiven* in der *Liberal* bezeugten nur wenige Kommentatoren Sympathien für die Ausarbeitung der Kommission. So konstatierte Ernst Eggers, der Programmentwurf sei „durch antimarktwirtschaftliche Ideologie und [...] mangelnde Sachkenntnis gekennzeichnet“, sowie durch „Vorurteile, die in der Konsequenz freiheitsfeindlich sind“. Nicht das „autonome Individuum“ werde in den Mittelpunkt gestellt, „sondern das hilflose, Bedürfnisse artikulierende, zu eigener Leistung nicht befähigte Kleinkind“, welches auf den Staat als Vormund angewiesen sei. Die Baum-Kommission reiße mit ihrem Versuch, „das natürliche Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel der Freiheit und der Gleichheit“ aufzuheben, zugleich die „Hauptschranke, die den Liberalismus vom Sozialismus trennt“, ein. Dieter Fertsch-Röver kritisierte neben einer zu starken Fixierung auf das Ziel der Vollbeschäftigung insbesondere den Begriff des „qualitativen Wachstums“, der ohne konkrete Definition „höchst gefährlich“ werden könne. Wenn der Staat bestimme, welche Güter und Dienstleistungen „gesellschaftlich erwünscht“ seien, führe dies zu „Formen und Methoden [...], bei denen Minderheiten sicherlich nicht zum Zuge kommen können“. Karl Thomas attestierte den *Aktuellen Perspektiven*, „in Widerspruch zu den tatsächlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Staates“ zu stehen, gerade in einer Zeit, in der die

⁴⁹⁸ *Liberal* 1977, S. 624-643.

„Grenzen staatlicher Einflußmöglichkeiten“ und die Überforderung des „Interventionsstaats“ unverkennbar seien. Der Verzicht auf die Begriffe „Wettbewerb“ und „Leistung“ bezeuge „die Abneigung gegenüber der Marktwirtschaft als tragenden Bestandteil einer freiheitlichen Grundordnung“. ⁴⁹⁹ In einem Zeitungsinterview äußerte sich Otto Graf Lambsdorff zwar etwas diplomatischer, brachte jedoch seine Sorge darüber zum Ausdruck, „was Liberale dem Staat an Fähigkeiten zubilligen“. Grundkonsens in der FDP müsse die Devise „im Zweifel für den Markt“ sein. ⁵⁰⁰ Auch auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag in Oberhausen wurde der Entwurf der Baum-Kommission nahezu einhellig zurückgewiesen. ⁵⁰¹

Das Presseecho auf die *Aktuellen Perspektiven des sozialen Liberalismus* erwies sich als kaum weniger verheerend als die Reaktionen in der Partei. Die FAZ befand, dass einige Formulierungen „vom SPD-Politiker Eppler inspiriert sein“ und „mancher Satz über den Staat als Planer und Gestalter [...] auch im Orientierungsrahmen der SPD stehen“ könnte. ⁵⁰² Peter Hort sah in den *Aktuellen Perspektiven* den „Geist Robespierres und seines Wohlfahrtsausschusses“ wehen, da nach dem Weltbild der Baum-Kommission nicht mehr der einzelne Bürger, sondern eine Behörde über dessen Bedürfnisse zu entscheiden habe. Der FAZ-Journalist störte sich insbesondere an den Formulierungen des „qualitativen Wachstums“ und der „unbequemen Wege“ in der Wirtschaftspolitik. Hort kritisierte, es werde dem Leser vorenthalten, „welcher Allmächtige über bequeme und unbequeme Wege entscheidet“ und „nach welchen Regeln der Entscheidungsprozeß über „richtiges“ und „falsches“ Wachstum abläuft“. ⁵⁰³ Rolf Zundel kommentierte in der *Zeit* zunächst überrascht, aber durchaus wohlwollend, dass bei einer Annahme des Entwurfs „die alte Faustregel, daß die FDP in der Wirtschaftspolitik von der SPD viel weiter entfernt sei als von der Union“, künftig nicht mehr gelte, womit ein „Sprengsatz [...] aus der Koalition entfernt“ werde. ⁵⁰⁴ Angesichts der großen Ablehnung innerhalb der Partei räumte er jedoch später ein, dass die Perspektivkommission es versäumt habe, „die freiheitsgefährdende Rolle von mehr Staat, von Bürokratie und zentraler Planungsorganisation“ darzustellen, zudem „im Gebrauch von linken Reizvokabeln nicht pingelig“ gewesen sei, und damit „an einem zentralen Erlebnis der Bürger und am traditionellen Instinkt der Liberalen vorbeigedacht“ habe. ⁵⁰⁵

⁴⁹⁹ Ebd., S. 732-763.

⁵⁰⁰ Im Zweifel für den Markt. In: Die Zeit 33/1977.

⁵⁰¹ Vgl. Bewerunge, Lothar: Die Angst der Liberalen vor einem deformierten Gesicht. In: FAZ vom 5.9.1977, S. 3.

⁵⁰² FDP-Kommission im Zeichen des „sozialen Liberalismus“. In: FAZ vom 25.7.1977, S. 1.

⁵⁰³ Hort, Peter: Hier weht der Geist Robespierres. In: FAZ vom 14.10.1977, S. 12.

⁵⁰⁴ Zundel, Rolf: Druck von unten. In: Die Zeit 30/1977.

⁵⁰⁵ Zundel, Rolf: Noch nie so mächtig...In: Die Zeit 46/1977.

Das vernichtendste Urteil über die *Aktuellen Perspektiven* fällte der Politologe Kurt Sontheimer. Unter der Überschrift *Selbsterstörung der Liberalen* rechnete er in der *Zeit* schonungslos mit der Arbeit der Baum-Kommission ab. Diese übernehme „ganz selbstverständlich die linke These, daß die bloß formalen Freiheitsrechte durch die Schaffung gesellschaftlicher Chancengleichheit zu materialen werden müßten“, und gebe damit „faktisch dem Prinzip der Gleichheit Vorrang gegenüber dem Prinzip der Freiheit“. Wie die Verwirklichung sozialer Gleichheit „ohne planwirtschaftlichen Dirigismus“ funktionieren solle, bleibe völlig offen. Die Kommission habe „die Idee der selbstverantwortlichen Gesellschaft [...] aufgegeben zugunsten einer Vorstellung, die den Staat nicht nur zum Leistungsträger, sondern gar zum Leistungsgaranten erhebt“ und „das autonome Individuum [...] weitgehend aus dem Blick verloren zugunsten eines Bürgers, der seine Selbstbestimmung von staatlicher Sozialpolitik abhängig macht, aber für nichts in Anspruch genommen werden will“. Der Programmstreit in der FDP zeige, dass der deutsche Liberalismus an einem Scheideweg angekommen sei „zwischen einem Liberalismus, der unter den Bedingungen der industrialisierten demokratischen Massengesellschaft die Idee der verantwortlichen Freiheit noch hochhält, und einem angeblich sozialen, in der Zielrichtung sozialistischen Liberalismus, der den Staat solange an der Gesellschaft herumkurieren läßt, bis für individuellen Leistungswillen, für Selbständigkeit und soziale Differenzierung [...] kaum noch Raum ist“. Die Zukunft der liberalen Partei liege nicht „in ihrer Anpassung an sozialistische Strömungen“, sondern „in ihrer Chance, das liberale Grundanliegen der Freiheit und der verantwortlichen Selbstbestimmung hochzuhalten gegenüber allen zeitgenössischen Pressionen“.⁵⁰⁶

Kommissionschef Gerhart Baum, der die Programmarbeit mit dem Ziel angetreten hatte, „den Leuten ein bißchen Utopie [zu] geben“⁵⁰⁷, sah sich angesichts des heftigen Gegenwindes zu einer öffentlichen Replik herausgefordert. Er warf Sontheimer vor, lediglich „verdächtige“ Begriffe aneinanderzureihen, anstatt sich mit den konkreten Vorschlägen des Entwurfs zu befassen. Sontheimers Befund, die Perspektivkommission setze Gleichheit grundsätzlich vor Freiheit, sei „eine fundamentale Fehlinterpretation“. Durch „sein aus dem 19. Jahrhundert stammendes Liberalismusbild“ erkenne der Politologe nicht, dass „die Freiheit des einzelnen heute mindestens ebenso durch Machtgruppierungen in der Gesellschaft bedroht ist, wie durch den Staat selbst“. Die FDP sei noch immer ihren Freiburger Grundsätzen verpflichtet und damit „nach wie vor die Partei, die der Freiheit des einzelnen Vorrang gibt vor allen

⁵⁰⁶ Sontheimer, Kurt: *Selbsterstörung der Liberalen*. In: *Die Zeit* 39/1977.

⁵⁰⁷ Zit. n. Neuer Kitt. In: *Der Spiegel* 30/1977, S. 30-31.

Kollektiven und Institutionen“. Sie unterscheide sich dadurch „klar von denen, die den Staat als Heilsbringer ansehen, sei es mit dem Ziele nivellierender Gleichmacherei oder freiheitseinschränkenden Ordnungsdenkens“. ⁵⁰⁸ Das Insistieren auf liberale Eigenständigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik klang angesichts anderer Aussagen Baums, in denen er den Entwurf seiner Kommission als „Angebot an die Sozialdemokraten“ ⁵⁰⁹ verstanden wissen wollte, allerdings nur bedingt glaubwürdig.

In den Programmentwürfen spiegelten sich letztlich zwei widerstreitende Konzeptionen hinsichtlich des politischen Standortes der FDP sowie ihrer Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem wider: Während die Perspektivkommission darauf abzielte, in der Wirtschaftspolitik einen weitreichenden Konsens mit dem Koalitionspartner herzustellen und diesen auf dem Feld der Bürgerrechte „links“ zu überholen, strebte die Wirtschaftskommission eine klare Profilierung „rechts“ von der SPD in ökonomischen Fragen bei großer Übereinstimmung in den anderen Politikbereichen an. Die Wirtschaftsliberalen hatten dabei den entscheidenden Vorteil, dass ihre Ausrichtung einen Transmissionsriemen zur Union und damit auch eine mögliche Begründung für einen Koalitionswechsel lieferte, während die Strategie der Linksliberalen die FDP tatsächlich zu einer Art „SPD *de luxe*“ ⁵¹⁰ gemacht und das Bündnis mit den Sozialdemokraten für längere Zeit zementiert hätte. Das negative Echo auf die *Aktuellen Perspektiven des sozialen Liberalismus* begründete sich nicht nur in ihrem Festhalten an einer – zumindest im liberalen Lager – für überholt befundenen Staatsgläubigkeit, sondern auch in ihrer impliziten Koalitionsaussage. Der Programmentwurf stand also im doppelten Sinne unter Restaurationsverdacht. Faktisch hatte die Aufweichung des Bündnisses ohnehin bereits begonnen, seit Anfang 1977 existierten christlich-liberale Regierungskoalitionen in Niedersachsen und im Saarland. ⁵¹¹

Als sich der Bundesvorstand am 4. und 5. September zu einer Klausurtagung traf, um „aus These des Friderichs- und Antithese des Baum-Papiers die Synthese im Sinne Genschers“ ⁵¹² zu machen, erschienen die Protagonisten der Wirtschaftskommission mit demonstrativem Selbstbewusstsein. Die negativen Reaktionen auf den Entwurf der Konkurrenz bestärkten Friderichs und Lambsdorff in ihrem Bestreben, der FDP die letzten kapitalismuskritischen Relikte auszutreiben. Während der scheidende Wirtschaftsminister in den Verhandlungen hart

⁵⁰⁸ Baum, Gerhart R.: Alles falsch verstanden. In: Die Zeit 40/1977.

⁵⁰⁹ Zit. n. Neuer Kitt. In: Der Spiegel 30/1977, S. 30-31.

⁵¹⁰ Lösche / Walter: Die FDP, S. 99.

⁵¹¹ Vgl. Ebd., S. 98.

⁵¹² Herles, Helmut: Die FDP lebt vom Prinzip Hoffnung. In: FAZ vom 15.8.1977, S. 6.

und unversöhnlich auftrat, gab sich sein designierter Nachfolger etwas kompromissbereiter, um die Linksliberalen nicht vollends zu verprellen.⁵¹³ Die Parteispitze fürchtete nämlich, die Auseinandersetzung um die freidemokratische Wirtschaftspolitik könnte auf dem anstehenden Bundesparteitag zum Grundsatzstreit hochstilisiert werden. Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen appellierte an die Parteimitglieder, in Kiel keinen Richtungsstreit anzuzetteln, „weil die liberalen über ihre Richtung in Freiburg längst entschieden haben“, und jede Diskussion „mit dem Willen zum Konsens“ zu führen.⁵¹⁴

Als sich die Delegierten am 6. November 1977 in der Kieler Ostseehalle für den dreitägigen Programmparteitag zusammenfanden, waren Teile der konkurrierenden Entwürfe durch die Arbeit des Bundesvorstandes bereits zusammengeführt worden, einige strittige Punkte hinsichtlich der Wirtschaftspolitik allerdings noch offen. Die beiden Kommissionsvorsitzenden warben in ihren Einbringungsreden nochmals für ihre jeweiligen Standpunkte. Gerhart Baum erklärte stellvertretend für die Perspektivkommission:

„Wir brauchen, auch unter veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten, den Mut zur Reform. Das reformerische Profil muß gerade in der Wirtschaftspolitik gewahrt bleiben. Die F.D.P. würde sich als Partei des modernen sozialverpflichteten Liberalismus aufgeben, wenn sie in der Wirtschaftspolitik sich nicht zu ihren Grundüberzeugungen bekennen würde. [...] Daher muß es in der gegenwärtigen Situation vorrangiges Ziel sein, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Es gibt einen elementaren Anspruch des einzelnen, eine sinnvolle Beschäftigung zu erhalten. Recht auf Arbeit ist ein soziales Grundrecht, das den Staat und die Tarifvertragsparteien zum Handeln verpflichtet. [...] Das naive und unbegrenzte Vertrauen des klassischen Liberalismus in den Selbstlauf der privaten Wirtschaft besteht längst nicht mehr. Marktwirtschaft ist ohne staatlichen Schutz gar nicht vorstellbar, jedenfalls wäre sie nicht sozial. Für das Funktionieren der Marktwirtschaft, für gerechte und soziale Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Prozesses trägt der Staat die Verantwortung. Wir setzen den sozialistischen Lösungsmodellen die These vom freiheitlichen Sozialstaat entgegen und bekennen uns ausdrücklich zur Reform des Kapitalismus.“⁵¹⁵

Hans Friderichs hielt dem bei seiner politischen Abschiedsvorstellung entgegen:

„Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik sind Markt und Wettbewerb, denn eine dezentrale Organisation der Entscheidungen eröffnet dem einzelnen [...] größtmögliche Freiheitsräume. Dies ist ein leistungsfähiges System für die Versorgung der Verbraucher. Datenänderungen werden in diesem System schneller signalisiert als in anderen, kurzum: Es ist ein Frühwarnsystem, es ist anpassungsfähiger als andere. Und schließlich: Wenn der Staat das System nicht daran hindert, hat es einen perfekten Sanktionsmechanismus durch Entzug von Gewinn bis hin zur härtesten Strafe, nämlich dem Konkurs. Fazit: Hohe Problemlösungskapazität des Marktes! Diese

⁵¹³ Vgl. Regelrechte Hexenjag. In: Der Spiegel 45/1977, S. 136-139.

⁵¹⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 194/1977, S. 2-3.

⁵¹⁵ FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Kieler Thesen zur Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat, zu Bürger, Staat, Demokratie, zu Bildung und Beschäftigung der jungen Generation. Bonn 1977, S. 7-16.

Grundeinstellung hat die Wirtschaftskommission veranlasst, bei der Lösung von auftretenden Problemen dem Markt die Priorität vor staatlichen Eingriffen einzuräumen. [...] Wir haben uns nicht bemüht, das Laissez-faire des Adam Smith zu überwinden, sondern wir verstehen Marktwirtschaft als eine Fortentwicklung der Ideen, die mit dem Namen Eucken verbunden sind und die eben nicht Marktwirtschaft mit Laissez-faire gleichsetzen, sondern die wissen, daß schon im Begriff der Marktwirtschaft die soziale Komponente und die Rahmensetzung des Staates ein essentieller Bestandteil ist. Dies sollte wohl auch die Position der Freien Demokratischen Partei sein.“⁵¹⁶

Obwohl sich beide Redner bemühten, durch ihr gemeinsames Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft den kleinsten gemeinsamen Nenner herauszustellen, war der Unterschied zwischen den Vertretern der rivalisierenden Parteiflügel nicht zu übersehen: Friderichs pries den Markt als bestmöglichen Selektionsmechanismus, während Baum ihn lediglich als Mittel zum Zweck der Erfüllung sozialer Partizipationsrechte ansah.

Schon vor der Eröffnung der Debatte war im wirtschaftspolitischen Arbeitskreis die Entscheidung gefallen, bei noch bestehenden Diskrepanzen zwischen den *Grundzügen liberaler Wirtschaftspolitik* und den *Aktuellen Perspektiven des sozialen Liberalismus* auf die Formulierungen der Friderichs-Kommission zurückzugreifen. Als das auf dieser Basis ausgearbeitete Parteiprogramm dem Plenum vorgelegt wurde, meldeten vor allem die Delegierten der linksliberalen Landesverbände diverse Änderungswünsche an, die jedoch allesamt zurückgewiesen wurden.⁵¹⁷ Exemplarisch zeigten sich die Differenzen in der Auseinandersetzung zwischen Jürgen Kunze und Otto Graf Lambsdorff. Als Kunze forderte, „politische Impulse für die Entwicklung neuer Wachstumsstrukturen zu geben“ und durch staatlich forcierte Entwicklungen „neue Wachstumskräfte zu mobilisieren“, weil „die herkömmlichen Wachstumskräfte [...] allein nicht mehr ausreichen“, entgegnete Lambsdorff, es sei „nicht die Aufgabe des Staates, die privaten Bedürfnisse der Bürger zu ermitteln und Produktionsmöglichkeiten vorzuführen“, da dies „von einer maßlosen Überschätzung der eigenen Fähigkeiten zeugen“ würde. Unter dem Beifall der Delegierten fragte der angehende Bundeswirtschaftsminister spöttisch, ob er selbst oder gar der freidemokratische Bundesparteitag künftig „die richtigen Wachstumsstrukturen und die richtigen Wachstumschancen“ finden sollen, obwohl der Markt dies doch „seit vielen Jahren und Jahrzehnten sehr viel besser“ könne. In solchen Forderungen deute sich „eine überaus autoritäre Entscheidungsfindung für sogenannte neue Bedürfnisbefriedigung an“.⁵¹⁸ Als

⁵¹⁶ Ebd., S. 17-23.

⁵¹⁷ Vgl. Uneingeschränktes Bekenntnis der FDP zur Marktwirtschaft. In: FAZ vom 8.11.1977, S. 1.

⁵¹⁸ Protokoll des Bundesparteitages in Kiel vom 6. bis 8. November 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-641, S. 9-14.

Lambsdorff in der konjunkturpolitischen Diskussion dafür plädierte, dass „Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern einander bedingen“, weil es „ohne Stabilität keine dauerhafte Vollbeschäftigung“ gebe, entgegnete wiederum Kunze, Vollbeschäftigung müsse „einen besonderen Rang als Ziel“ einnehmen, „weil Arbeitslosigkeit das gesamte Gesellschaftssystem auf Dauer gefährden kann, und zwar in einem erheblichen Umfang“. Deshalb genüge es nicht, wenn man nur den „Text des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wiederholt“.⁵¹⁹

Auch wenn die Wirtschaftskommission den größeren Anteil an der Endfassung des neuen Parteiprogramms besaß, war der Kompromisscharakter der *Kieler Thesen* offenkundig. So wurden die ersten vier Thesen des ersten Abschnitts unter dem Titel „Sozialstaat als Auftrag“ vollständig aus dem Entwurf der Perspektivkommission übernommen. Sie ließen unter anderem verlauten, es obliege dem Staat, „die gesellschaftliche Erfüllung formal garantierter individueller Freiheits- und Teilhaberechte zu eröffnen“. Die „materielle Garantie“ dieser Rechte mache das Erreichen der Vollbeschäftigung zum „unverzichtbare[n] und in der gegenwärtigen Lage vorrangige[n] Ziel“ der Wirtschaftspolitik. An anderer Stelle wurde allerdings postuliert, dass „Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität grundsätzlich gleichrangig zu verfolgende Ziele“ seien und die „ausgeprägten Selbstbeschleunigungskräfte der Inflation [...] eine Beschäftigungspolitik auf Kosten der Geldwertsicherung“ nicht zulassen. Zudem sei das Recht auf Arbeit „nicht gleichbedeutend mit einem individuellen, einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz“. Der zweite Abschnitt erklärte Markt und Wettbewerb zu den „Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik [...], soweit sie Freiheit verwirklichen“ und den Marktprozess für grundsätzlich effizienter als die „Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen oder autoritäre[...] Entscheidungsstrukturen“. Zwischen Staat und Privatwirtschaft sei „eine sinnvolle Arbeitsteilung [...] bei klarer Aufgabentrennung“ anzustreben, wobei die simple Formel „je mehr Staat, desto besser“ ebenso zu kurz greife wie „je weniger, desto besser“. Vielmehr müsse „dauernd geprüft werden, ob eine bestimmte Aufgabe besser von der privaten Wirtschaft oder vom Staat erfüllt werden“ könne.⁵²⁰

Im Abschnitt über Konjunkturpolitik erklärten die *Kieler Thesen* „eine Reform des konjunkturpolitischen Konzepts für notwendig“, da die Erfahrungen aus Hochkonjunktur und Rezession gleichermaßen darauf hindeuten, „daß die traditionelle Vorstellung von einer

⁵¹⁹ Ebd., S. 68-70.

⁵²⁰ Kieler Thesen, S. 25-28, 38-45.

Konjunktursteuerung durch antizyklische Gestaltung der öffentlichen Haushalte nicht realistisch ist“. Vielmehr habe diese wegen ihrer schlechten Abstimmung „durchweg prozyklisch gewirkt“. „Stetigkeit der Geld- und Finanzpolitik“ und „Beständigkeit der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen“ seien dem „häufigen und abrupten Wechsel konjunkturpolitischer Maßnahmen“ in jedem Falle vorzuziehen. Aus dem Entwurf der Wirtschaftskommission übernahm das Parteiprogramm das Bekenntnis zu den „Grenzen der Machbarkeit“ nationaler Konjunkturpolitik ebenso wie jenes zur Autonomie der Bundesbank.⁵²¹

Ähnlich wie die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung griffen die *Kieler Thesen* sowohl auf Angebots- als auch auf nachfrageorientierte Ansätze zurück. So wurde die Sicherung der privaten Investitionsfähigkeit zur „langfristigen Erhöhung des Arbeitsplatzangebots“ als „vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik“, zugleich aber „eine Belebung der Nachfrage“ als „Ansatzpunkt zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ deklariert. Zur Strukturpolitik erklärte man, der strukturelle Wandel habe „grundsätzlich über den Markt“ zu erfolgen, wobei es dem Staat zufalle, „die Rahmenbedingungen für diesen Prozess zu setzen und auch diejenigen Faktoren dabei zu berücksichtigen, die nicht oder nur ungenügend über den Markt zur Geltung kommen“ – womit Umweltschutz, Infrastruktur und die Nachfrage späterer Generationen nach Ressourcen gemeint waren. Er dürfe dabei „den Wachstumspfad durch wachstumsfördernde und entsprechend den qualitativen Vorstellungen den Wachstumsprozeß strukturierende Rahmenbedingungen beeinflussen“. Direkte Investitionslenkung werde nach „vorurteilsfreier Abwägung von Chancen und Risiken verschiedener Lenkungskonzepte“ grundsätzlich abgelehnt. Der Kompromisscharakter der *Kieler Thesen* zeigte sich nicht zuletzt an der Tatsache, dass sie selbst die umstrittene Forderung der Perspektivkommission nach „neue[n] und gegebenenfalls unbequeme[n] Wege[n] der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik“ aufnahmen.⁵²² Das neue Parteiprogramm wurde von den 400 Delegierten mit einer deutlichen Mehrheit bei nur 13 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen angenommen.⁵²³

So wie die Parteiführung vor dem Kieler Treffen den Eindruck vermeiden wollte, die FDP steuere auf einen Flügelkampf zu, bemühte sie sich anschließend darum, jede Assoziation der *Kieler Thesen* mit einem „Richtungswechsel“ zu unterbinden. Günter Verheugen schrieb in seinem Vorwort zur gedruckten Ausgabe des Parteiprogramms: „Wer den Kieler Thesen

⁵²¹ Ebd., S. 31, 45.

⁵²² Ebd., S. 32-40.

⁵²³ Vgl. Uneingeschränktes Bekenntnis der FDP zur Marktwirtschaft. In: FAZ vom 8.11.1977, S. 1.

dieselbe Bedeutung für das Zu-sich-selbst-Finden der F.D.P. beimessen wollte, wie den Freiburger Thesen, der mußte enttäuscht werden: Wohin, in aller Welt, sollte die F.D.P. sich denn nun schon wieder auf den Weg machen?“ Darüber hinaus bemerkte er: „Von einer Annäherung an die Programmatik der CDU kann überhaupt nicht gesprochen werden. Nur wer auf den uns [...] aufgeschwatzten Gegensatz zwischen Pro-Marktwirtschaftlern und Anti-Marktwirtschaftlern hereingefallen ist, kann zu dem Fehlschluß kommen, das liberale Bekenntnis der F.D.P. zur Marktwirtschaft sei eine Annäherung an die CDU.“⁵²⁴

Otto Graf Lambsdorff erklärte in einem Gespräch mit der *Zeit* das neue Programm zur „Ergänzung der *Freiburger Thesen* insoweit, als wir uns ja mit Fragen der Wirtschaftspolitik in Freiburg nicht beschäftigt haben“,⁵²⁵ und Uwe Ronneburger versicherte in der *Neuen Bonner Depesche*, die Partei lasse „nicht ab von der Freiburger Forderung nach der Reform des Kapitalismus“.⁵²⁶ Nicht ohne Grund soll aber schon auf dem Bundesparteitag die Redewendung geprägt worden sein, man habe sich nicht getroffen, um Freiburg fortzuschreiben und den Kapitalismus zu reformieren, sondern um Freiburg zu reformieren und den Kapitalismus fortzuschreiben.⁵²⁷ Zu ganz ähnlichen Einschätzungen kamen Ernst Günter Vetter in der FAZ, der erfreut zur Kenntnis nahm, dass die *Freiburger Thesen* in Kiel dank der Führungsstärke von Friderichs und Lambsdorff „für die Entwicklung in andere marktwirtschaftliche Richtungen geöffnet worden“ seien,⁵²⁸ und Rolf Zundel in der *Zeit*, der den Freidemokraten die Tendenz attestierte, „nicht die Mängel des Kapitalismus zu analysieren und durch staatliche Intervention zu korrigieren, sondern die Fehlentwicklungen des Systems [...] durch mangelhaften Markt zu erklären und sie durch Wiederherstellung des konsequenten Wettbewerbs zu beseitigen“.⁵²⁹

Obwohl die *Kieler Thesen* keineswegs eine Kopie der *Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik* waren und deutlich mehr Zugeständnisse an die Linksliberalen machten als die Friderichs-Kommission ursprünglich intendiert hatte, kam ihre Verabschiedung dennoch einer Niederlage für Gerhart Baum und seine Anhänger gleich. Deren Unterfangen, die Partei auf einen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Kurs mit den Sozialdemokraten einzuschwören, um den versiegenden Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern

⁵²⁴ Kieler Thesen, S. 2-3.

⁵²⁵ „Dafür bin ich nicht Wirtschaftsminister geworden...“. In: Die Zeit 48/1977.

⁵²⁶ Neue Bonner Depesche 11/1977, S. 4.

⁵²⁷ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 28.

⁵²⁸ Vetter, Ernst Günter: Neue Wegweiser für die FDP. In: FAZ vom 11.11.1977, S. 13.

⁵²⁹ Zundel, Rolf: Man trägt wieder Mitte. In: Die Zeit 47/1977.

aufzufrischen und „eine neue Barriere zwischen CDU/CSU und FDP“⁵³⁰ zu errichten, war gescheitert. Die Linksliberalen hatten die Programmdiskussion in dem Irrglauben angestoßen, dass diese zwangsläufig zu ihren Gunsten enden müsse, weil der rechte Parteiflügel aufgrund seiner Abneigung gegen pathetisches Vokabular und große Zukunftsentwürfe zur Programmarbeit ohnehin nicht fähig sei. Auf dieser Annahme beruht auch die Fehleinschätzung, die FDP sei während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts von einer Programm- zu einer Funktionspartei geworden, der es nur noch um die Macht und nicht mehr um die Inhalte gegangen sei.⁵³¹ Weder waren die *Freiburger Thesen* jemals zur Handlungsmaxime für das freidemokratische Regierungspersonal geworden, noch sollte man die *Kieler Thesen* auf ihre rein taktische Funktion bei der „Auflockerung“ der sozial-liberalen Koalition in Bonn reduzieren. Die Rückbesinnung auf die wirtschaftsliberale Tradition erfüllte durchaus auch einen wichtigen identitätsstiftenden Zweck, denn es ist ebenfalls ein Irrtum, dass sich in Kiel eine konservative Parteiführung gegen die reformerisch gesinnte Basis durchgesetzt habe, wie Hans Vorländer behauptete.⁵³² Letztere hatte nämlich nur wenig Interesse an einer „Sozialdemokratisierung“ der Partei in der Wirtschaftspolitik, die linksliberalen Unterstützer der Perspektivkommission saßen vor allem im Mittelbau der FDP, der sich auf den Parteitag übermäßig stark zu artikulieren vermochte.⁵³³ Gerade deshalb wog die gefühlte Niederlage von Kiel für den linken Flügel so schwer.⁵³⁴ Statt den angehenden Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff künftig durch Verweise auf das Parteiprogramm einhegen und von einem allzu unternehmerfreundlichen Kurs abhalten zu können, hatte der neue „Kronprinz in der FDP“⁵³⁵ nach Kiel kaum noch wirtschaftspolitische Interventionen von links zu befürchten.

⁵³⁰ Zundel, Rolf: Druck von unten. In: Die Zeit 30/1977.

⁵³¹ So Dittberner, Jürgen: FDP – Partei des organisierten Liberalismus? In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 223-232, hier S. 224.

⁵³² Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses. In: Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 190-226, hier S. 219.

⁵³³ Vgl. Scholtyssek: Die FDP in der Wende, S. 202.

⁵³⁴ Auch in den Bereichen Innere Sicherheit und Atomkraft mussten die Linksliberalen in Kiel Rückschläge hinnehmen. Siehe Kapitel 4.2. und 5.2.

⁵³⁵ Meyer, Thomas: Die Linken von Kiel fühlen sich „abgebügelt“. In: FAZ vom 8.11.1977, S. 5.

3.5. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der Beginn der „Wende“

Dass Hans-Dietrich Genscher kurz nach Friderichs' Rücktrittsankündigung im September 1977 Otto Graf Lambsdorff zu dessen Nachfolger erklärte, kam für niemanden überraschend. Obwohl ihn manche Gewerkschaftsführer als „Inkarnation der Industrie-Lobby in der Bundeshauptstadt“⁵³⁶ sahen, und auch nicht wenige Freidemokraten ihm argwöhnisch gegenüberstanden, hatte sich Lambsdorff in den letzten fünf Jahren als wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion für die Partei unentbehrlich gemacht. Selbst seine innerparteilichen Gegner anerkannten den Arbeitseifer des Grafen, wenngleich er ihnen als noch strengerer marktwirtschaftlicher Dogmatiker galt als sein Amtsvorgänger Hans Friderichs. Genau wie dieser war Lambsdorff studierter Jurist und hatte sich seine ökonomischen Kenntnisse vor allem während seiner beruflichen Tätigkeit in der Privatwirtschaft angeeignet.⁵³⁷

Als auf dem Kieler Parteitag die Frage des rechten Maßes zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität diskutiert wurde, erklärte Lambsdorff, der zuvor bereits als Kandidat für den Posten des Bundesbankpräsidenten gehandelt worden war,⁵³⁸ dem Plenum: „Mit mir wird jedenfalls Inflationspolitik nicht gemacht, unter gar keinen Umständen!“⁵³⁹ In einem Interview über seine Zielsetzungen als Bundeswirtschaftsminister kündigte er eine „zweigleisige Strategie“ aus Steuersenkungen und Investitionsanreizen nach Vorschlägen des Sachverständigenrates an. Langfristig müsse die „Verbesserung der Angebotsstruktur der deutschen Wirtschaft der Schlüssel zur Wiederbelebung der Investitionstätigkeit“ sein, während die Anregung des Konsums nur „den zweiten Rang“ der Prioritätenliste einnehme. Lambsdorff kritisierte „leistungsfeindliche Bestimmungen und Gesetze“, vor allem in der Steuergesetzgebung, und betonte den Wert der „Leistungsgesellschaft“ in Abgrenzung zum „Versorgungsstaat“.⁵⁴⁰ Gegenüber dem *Spiegel* warnte der Minister trotz eher bescheidener Prognosen der „Wirtschaftsweisen“ für 1978 – bei einem Wirtschaftswachstum von höchstens 3,5 Prozent wurde kein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosenzahl erwartet – explizit davor, „weitere Konjunkturprogramme an[zu]kündigen, vor[zu]legen oder auch nur aus[zu]arbeiten“, da der Staat mit seinen Ausgaben bereits „an die Grenze des Möglichen gegangen“ sei. Lambsdorff diagnostizierte eine „gewisse Fehlentwicklung“ in der Steuer- und

⁵³⁶ Zit. n. Jetzt kocht der Chef. In: Der Spiegel 39/1977, S. 36.

⁵³⁷ Vgl. Ebd., S. 36-38.

⁵³⁸ Vgl. Begehrter Sessel. In: Der Spiegel 1/1977, S. 24-25.

⁵³⁹ Protokoll des Bundesparteitages in Kiel vom 6. bis 8. November 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-641, S. 81.

⁵⁴⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 246/1977, S. 2-3.

Sozialgesetzgebung, die „zum Beispiel zu den höchsten Lohnnebenkosten der Welt geführt“ habe. Zwar sei er „kein Illusionist“ hinsichtlich einer Rücknahme dieser Leistungen, doch müsse man sich „davor hüten, weitere Belastungen hinzuzufügen“, und „in Ruhe abwarten, daß wir mit unserer Kostenbelastung langsam wieder in das internationale Gefüge hineinwachsen“. ⁵⁴¹ In einer Neujahrsbotschaft im *Bayerischen Rundfunk* erklärte der Graf, die Absage an weitere Konjunkturprogramme bedeute „nicht etwa Stillstand der Wirtschaftspolitik, auch nicht Stillstand unserer Bemühungen um ein ausreichendes Wachstum“, wohl aber den „bewußte[n] Verzicht auf Aktionismus um seiner selbst willen“. 1978 werde „sicher kein Jahr des wirtschaftspolitischen Jubilierens“, für „modischen Pessimismus“ oder gar Resignation bestehe jedoch kein Anlass. Vielmehr sei „ein Jahr eines angemessenen und soliden wirtschaftlichen Fortschritts“ zu erwarten. ⁵⁴²

Kurz nach Jahresbeginn erhielt Lambsdorff dann auch die Chance, sich gegenüber den sozialdemokratischen Kabinettskollegen zu profilieren. Einmal mehr wurde die Reform der gesetzlichen Rente zum Zankapfel zwischen den Koalitionspartnern. Zunächst planten die Liberalen, das drohende Defizit von bis zu 20 Milliarden Mark durch Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung aufzufangen, was die SPD kategorisch ablehnte. Lambsdorff war sich mit dem Bundeskanzler einig, dass eine jährliche Rentenerhöhung von fünf Prozent bis einschließlich 1981, wie von Arbeitsminister Herbert Ehrenberg vorgeschlagen, wegen der schwächelnden Konjunktur nicht zu vertreten sei. Selbst eine Aufstockung um vier Prozent war nach Helmut Schmidts Meinung nur unter Vorbehalt möglich. Lambsdorff unterbreitete daraufhin den Vorschlag, die Rentenerhöhungen von den Finanzreserven der Versicherungen abhängig zu machen. Bei der Unterschreitung einer bestimmten Grenze müsse gegebenenfalls eine niedrigere Anpassung möglich sein. Damit würde auch die seit 1957 praktizierte Kopplung der Renten an die Bruttolohnentwicklung hinfällig. ⁵⁴³ Zum Entsetzen der SPD-Sozialpolitiker stieß Lambsdorffs „Leitplanken-Klausel“ beim Bundeskanzler auf Zustimmung. Wie schon rund ein Jahr zuvor bezichtigten sie Schmidt, eher die Politik der Freidemokraten als die der eigenen Partei zu vertreten. Obwohl diese Maßnahme lediglich für eine Übergangsphase vorgesehen war, spekulierte man in wirtschaftsliberalen FDP-Kreisen bereits darüber, ob damit der Anfang vom Ende der dynamischen Rente eingeläutet worden sei. ⁵⁴⁴ Der Wirtschaftsminister durfte sich in jedem

⁵⁴¹ „Diese Hoffnung müssen wir uns abgewöhnen“. In: Der Spiegel 53/1977, S. 34-39.

⁵⁴² Freie Demokratische Korrespondenz 1/1978, S. 1-4.

⁵⁴³ Vgl. Den Bach runter. In: Der Spiegel 4/1978, S. 24-25.

⁵⁴⁴ Vgl. Was reinbauen. In: Der Spiegel 5/1978, S. 31.

Fall als der Sieger des Rentenstreits fühlen, hatte er sich doch bei seiner ersten Bewährungsprobe im Bundeskabinett auf ganzer Linie durchgesetzt.

Lambsdorffs erfolgreicher Einstand konnte nicht verhindern, dass sich 1978 zum bis dahin schwersten Krisenjahr seiner Partei seit Beginn der sozial-liberalen Koalition entwickelte. Am 4. Juni scheiterten die Freidemokraten bei der Landtagswahl in Niedersachsen und der Bürgerschaftswahl in Hamburg an der Fünf-Prozent-Hürde, wodurch die schon vergessen geglaubten Existenzängste aus der Zeit des nationalliberalen Exodus zurückkehrten.⁵⁴⁵ Der Bundesvorstand erklärte nach einer Sondersitzung anlässlich der desolaten Wahlergebnisse, es bestehe „die Notwendigkeit, das liberale Profil der F.D.P. in der Konkurrenz zu Sozialdemokraten und CDU/CSU noch deutlicher darzustellen“.⁵⁴⁶ Günter Verheugen forderte in der *Liberal*: „Es muß Themen geben, die außer der F.D.P. keiner anzupacken wagt. Nur das schafft Identität zwischen Parteien und Wählern.“⁵⁴⁷ Rolf Zundel gab in der *Zeit* einen ähnlichen Ratschlag: „Bei einigen wichtigen Themen wenigstens muß der Wähler das Gefühl haben, eine neue, vernünftige Lösung sei ohne die FDP nicht möglich. Einbettung in die breite Mehrheitsmeinung macht sie respektabel, Abweichung von der herrschenden Meinung macht sie attraktiv.“⁵⁴⁸

Dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Betonung liberaler Einzigartigkeit prädestiniert und Genscher als Bundesvorsitzender nach den Wahlen von Niedersachsen und Hamburg angeschlagen schien, stärkte zunächst Lambsdorffs Position innerhalb der Parteiführung. Es häuften sich Spekulationen, dass der Graf im Falle einer weiteren Niederlage bei den hessischen Landtagswahlen im Oktober zum Vorsitzenden aufsteigen und sogleich den bundespolitischen Koalitionswechsel zur Union einläuten könnte.⁵⁴⁹ In einer Fraktionssitzung schreckte er nicht davor zurück, Genscher persönlich für die Krise verantwortlich zu machen, weil dieser durch zu viele Kompromisse das Profil der Partei verwässert habe. Auf einer Dienstreise in Washington ließ Lambsdorff verlauten, bei einem CDU-Wahlsieg in Hessen sei die sozial-liberale Koalition in Bonn aufgrund der Mehrheiten im Bundesrat nicht mehr zu halten. Allerdings provozierte er mit seiner Profilierungsoffensive auch massiven

⁵⁴⁵ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 101.

⁵⁴⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 143/1978, S. 1.

⁵⁴⁷ Verheugen, Günter: Nach zwei Landtagswahlen. In: *Liberal* 1978, S. 403.

⁵⁴⁸ Zundel, Rolf: Die Lauen wurden ausgespien. In: *Die Zeit* 24/1978.

⁵⁴⁹ Vgl. Bekenntnisse der FDP zu Genscher und zur SPD. In: *FAZ* vom 24.7.1978, S. 1.

Widerspruch, selbst von Kollegen die ihm, wie Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl, politisch sehr nahestanden.⁵⁵⁰

Die äußeren Einflüsse machten die Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik nach freidemokratischem Geschmack indes nicht einfacher. US-Präsident Jimmy Carter und sein Finanzminister Michael Blumenthal verlangten von der bundesdeutschen Regierung eine Ankurbelung der Konjunktur durch Lockerung des Stabilitätskurses, um gemäß der „Lokomotivtheorie“ die schwächelnden Volkswirtschaften Frankreichs und Italiens mit der Zugkraft eines neuen Aufschwungs aus der Krise zu führen. Lambsdorff hatte für Ideen dieser Art nichts als Unverständnis übrig und verwies die Amerikaner auf ihre hohen Inflationsraten, ihr Rekorddefizit im Außenhandel und den stetigen Verfall des Dollarkurses.⁵⁵¹ Die Wahlniederlagen vom 4. Juni veranlassten die FDP allerdings dazu, mit eigenen wirtschaftspolitischen Anregungen an die Öffentlichkeit zu gehen. In einem von Lambsdorff gemeinsam mit Liselotte Funcke und Günter Verheugen ausgearbeitetem Papier wurden umfassende Steuersenkungen für alle Einkommensklassen anstelle von staatlichen Konjunkturspritzen vorgeschlagen.⁵⁵² Bei einem Besuch in den USA ließ Lambsdorff verlauten, die bundesdeutschen Steuerzahler würden demnächst um zwölf Milliarden Mark entlastet, obwohl die Regierung erst kurz zuvor beschlossen hatte, vor dem in Bonn stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel am 16. und 17. Juli 1978 keine Erklärungen mehr zu diesem Thema abzugeben. In einer Kabinettsitzung tadelte Schmidt den Liberalen daraufhin für seinen eigenmächtigen Vorstoß.⁵⁵³

Auf dem Bonner Gipfeltreffen gab der Kanzler eine Zusage über die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben von bis zu einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts – ob dies primär auf den Druck der anderen Staats- und Regierungschef oder den Willen der eigenen Partei zurückzuführen war, ist in der Forschung umstritten.⁵⁵⁴ Das Umschalten auf den Expansionskurs ließ sich jedenfalls nicht ohne Zugeständnisse an den liberalen Koalitionspartner durchsetzen, wenngleich Schmidt an den positiven Auswirkungen von Steuersenkungen zweifelte.⁵⁵⁵ So standen neben der Erhöhung des Kindergeldes und der Einführung eines Mutterschaftsgeldes die Reduzierung der Gewerbesteuer für Unternehmer und der Lohn- und Einkommensteuer für Arbeitnehmer. Im Gegensatz zum *Programm für*

⁵⁵⁰ Vgl. Graf im Nacken. In: Der Spiegel 30/1978, S. 21-22.

⁵⁵¹ Vgl. Ins Schneckenhaus. In: Der Spiegel 7/1978, S. 39-41.

⁵⁵² Vgl. „Unter die Steuerschraube geklemmt“. In: Der Spiegel 26/1978, S. 21-25.

⁵⁵³ Vgl. Steuersenkung: „Das Bringt doch nichts“. In: Der Spiegel 28/1978, S. 21-22.

⁵⁵⁴ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 222.

⁵⁵⁵ Vgl. Konjunktur: Ein bißchen mehr Inflation? In: Der Spiegel 30/1978, S. 19-20.

Zukunftsinvestitionen von 1977 war das neue Konjunkturpaket eher kurzfristig angelegt und besaß eine stärkere Akzentuierung der Nachfrageseite.⁵⁵⁶ Der Wirtschaftsminister wollte das Bündel an Maßnahmen jedoch nicht als Konjunkturprogramm, sondern als Verbesserung der „Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung“ verstanden wissen, weshalb er bekundete, „mit diesen Beschlüssen voll zufrieden“ zu sein.⁵⁵⁷ Lambsdorff bemühte sich offensichtlich um einen Abschied vom Vokabular der Globalsteuerung, obwohl die Vorstellung einer staatlichen Steuerung des Konjunkturverlaufs durch das „Lokomotivprogramm“ teilweise rehabilitiert wurde.

Bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 1978 erreichte die FDP einen Stimmenanteil von 6,6 Prozent, was zum Einzug in den Landtag und zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition in Wiesbaden ausreichte. Damit war auch sichergestellt, dass es auf dem anstehenden Bundesparteitag nicht zur Revolte gegen Hans-Dietrich Genscher kommen würde. Stattdessen geriet nun dessen vermeintlicher Rivale Lambsdorff, der große Teile der Partei mit seinen Prophezeiungen über den baldigen Koalitionswechsel in Bonn gegen sich aufgebracht hatte, ins Kreuzfeuer der Kritik. Im Vorfeld des Treffens wurde ein Papier unter dem Titel *Erneuerung des liberalen Anspruchs der FDP* an mehrere hundert Parteimitglieder verschickt. Die Unterzeichner um William Borm, Theo Schiller und den DJD-Bundesvorsitzenden Christoph Strässer erklärten „die Entwicklung zum sozialen Liberalismus“ für „nicht umkehrbar“ und beanstandeten das zu sehr auf das Wirken ihrer Bundesminister ausgerichtete Profil der Partei.⁵⁵⁸

Als sich die Delegierten vom 12. bis 14. November in Mainz zusammenfanden, wandten sich zahlreiche Redner gegen den von Lambsdorff vertretenen Kurs – allerdings nicht in der Wirtschafts-, sondern in der Energiepolitik. Zwischenzeitlich drohte der bedrängte Graf unverhohlen mit seinem Rücktritt, sollte die Partei von ihrer bisherigen Linie zum Thema Atomkraft abweichen.⁵⁵⁹ Als Höhepunkt seiner Demontage musste Lambsdorff den schon sicher geglaubten Platz im Parteipräsidium dem Bremer Landesvorsitzenden Horst-Jürgen Lahmann überlassen. Der Mainzer Bundesparteitag markierte das Ende der Schlagzeilen vom freidemokratischen „Kronprinzen“, denn die Linksliberalen hatten überaus deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es mit ihnen keinen Parteivorsitzenden Lambsdorff geben würde.⁵⁶⁰

⁵⁵⁶ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 222

⁵⁵⁷ „Wir haben hier einen Schlußstrich gezogen“. In: Der Spiegel 31/1978, S. 22-23.

⁵⁵⁸ Zit. n. Neue „radikal-demokratische“ Initiative in der FDP. In: FAZ vom 25.10.1978, S. 3.

⁵⁵⁹ Siehe Kapitel 5.2.

⁵⁶⁰ Vgl. Meyer, Thomas: Der Mainzer Kongreß endet, wie er begonnen hat: Mit handfestem Krach. In: FAZ vom 15.11.1978, S. 3.

Der einzig positive Aspekt aus Sicht des Wirtschaftsministers war die „wirtschaftspolitische Abstinenz“⁵⁶¹ des Parteitages, eine Revision der *Kieler Thesen* stand trotz des linken Aufbegehrens nicht zur Debatte. Lambsdorff verwehrte sich dementsprechend dagegen, seine Niederlage gegen Lahmann als Zurückweisung des streng marktwirtschaftlichen Kurses zu interpretieren, denn sein Kontrahent stehe nicht weniger für die Prinzipien der Marktwirtschaft ein als er selbst.⁵⁶² Etwaige Rücktrittsgedanken wichen rasch einer Trotzreaktion. Gegenüber dem *Spiegel* erklärte Lambsdorff einige Wochen nach seinem bis dahin schwersten politischen Rückschlag: „Ich werde die marktwirtschaftliche Position der FDP nach wie vor mit voller Rückendeckung der Partei vertreten. [...] Es gibt neben vielen anderen einen besonders klugen Politiker in der Bundesrepublik, nämlich den SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, der eine Woche nach Mainz sagte: Mit dem Lambsdorff werden wir's wohl jetzt ein bißchen schwerer haben. Gar nicht so schlecht erkannt.“⁵⁶³

In seiner Rolle als Bundesminister hatte Lambsdorff zu Beginn des Jahres 1979 allen Grund zur Zufriedenheit, denn die westdeutsche Wirtschaft befand sich im Aufwind. Die Arbeitslosenquote des Monats März war die niedrigste seit fünf Jahren und die Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute diagnostizierten ein anhaltend positives Konsum- und Investitionsklima. Lediglich der neuerliche Anstieg der Ölpreise und die Rückkehr der Bundesbank zum monetären Bremskurs, den Lambsdorff gleichwohl öffentlich begrüßte, vermochten die Aussichten ein wenig zu trüben.⁵⁶⁴ In einem Gastbeitrag für die *Allgemeine Zeitung Mainz* wandte sich der Wirtschaftsminister mit der Forderung an die Unternehmer, ihrer Verantwortung für Stabilität gerecht zu werden, denn in einer „unbestreitbaren Aufwärtsentwicklung der Konjunktur“ gelte der Preisentwicklung „unsere besondere Aufmerksamkeit“. Der steigende Ölpreis dürfe keinesfalls auf sämtliche Verbraucherpreise durchschlagen, da sonst die preispolitischen Erwartungen der Gewerkschaften, die sich in der letzten Lohnrunde durch Zurückhaltung ausgezeichnet haben, enttäuscht würden.⁵⁶⁵ Im internationalen Vergleich war die Situation in der Bundesrepublik sowohl hinsichtlich der Beschäftigungslage als auch der Geldwertstabilität außerordentlich gut.

⁵⁶¹ Irritation in Mainz. In: FAZ vom 14.11.1978, S. 11.

⁵⁶² Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 18/1979, S. 4.

⁵⁶³ „Zwischen uns und der CDU fischen“. In: Der Spiegel 1/1979, S. 19-22.

⁵⁶⁴ Vgl. Preise: „Da ist Druck drauf“. In: Der Spiegel 16/1979, S. 21-23.

⁵⁶⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 94/1979, S. 2-3.

In Großbritannien, wo die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate signifikant höher lagen, wurde die Konservative Margaret Thatcher im Mai 1979 mit einem maßgeblich von Milton Friedmans Monetarismus beeinflussten radikal wirtschaftsliberalen Programm zur Premierministerin gewählt. Thatcher trat ihr Amt mit dem Ziel an, durch die Entmachtung der Gewerkschaften, den Rückbau des Sozialstaates und eine kompromisslose Bekämpfung der Inflation die britische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu revolutionieren.⁵⁶⁶ Hans-Dietrich Genscher fühlte sich durch ihren Wahlsieg „bestätigt“ in der Annahme, dass die ökonomischen Probleme durch eine bloße Fortführung der bisherigen Politik nicht mehr zu bewältigen seien. Trotz der positiven Entwicklung der Konjunktur hielt er an seiner Vorstellung fest, die FDP durch fortdauernde Infragestellung alter Gewissheiten zur „Repräsentanz [...] der nichtsozialistischen Auffassungen in unserem Lande“ zu machen.⁵⁶⁷

Noch vor dem freidemokratischen Bundesparteitag im Juni 1979 entbrannte in der Koalition einmal mehr der Streit über die Rentenreform. Ein SPD-Arbeitskreis unter der Leitung von Fraktionschef Herbert Wehner erarbeitete ein Konzept für die Rückkehr zur Bruttolohnanpassung ab 1981. Diese sollte durch eine Beitragserhöhung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber um je 0,5 Prozent finanziert werden. Die FDP plädierte hingegen für eine Ausweitung der Anpassung nach Lambsdorffs „Leitplanken-Klausel“ bis 1984, was wiederum die Sozialdemokraten angesichts der konjunkturellen Entwicklung nicht hinnehmen wollten.⁵⁶⁸ Auf ihrem Bundesparteitag in Bremen verabschiedeten die Liberalen einen Beschluss zur endgültigen Abkehr von der Kopplung der Renten an die Bruttolohnentwicklung, weil eine „Fortführung dieser Anpassungspraxis [...] nur über weitere Beitragserhöhungen finanziert werden“ könne. Eine stärkere Beteiligung der Rentner am Produktivitätszuwachs auf Kosten der Erwerbstätigen sei jedoch „mit den Solidarprinzipien der Rentenversicherung unvereinbar“. Stattdessen sollen die Renten „zukünftig in dem selben Maße steigen wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer“, also von der Entwicklung der Nettolöhne abhängig gemacht werden.⁵⁶⁹ Auch in der Steuerpolitik grenzten sich die Delegierten deutlich von den Sozialdemokraten ab. So kritisierten sie die zunehmende Unübersichtlichkeit des Steuersystems, welches „nicht nur kompliziert, sondern in der Praxis auch ungerecht“ sei. Da es kein System gebe, „das sowohl völlig gerecht als auch vollkommen einfach“ sei, könne es nur „um einen möglichst vernünftigen Kompromiß“

⁵⁶⁶ Vgl. Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, S. 33.

⁵⁶⁷ Zit. n. Zundel, Rolf: Partei der Bürger und der Regierung. In: Die Zeit 25/1979.

⁵⁶⁸ Vgl. Renten: Neuer Krach in der Koalition. In: Der Spiegel 20/1979, S. 19-21.

⁵⁶⁹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 531-532.

gehen. Konkret forderte der Parteitag unter anderem die Abschaffung der Gewerbe-, Kraftfahrzeug- und Feuerschutzsteuer, Erhöhungen der Werbungskosten-, Vorsorge- und Sonderausgabenpauschale und des Sparerfreibetrages sowie eine Anhebung der Höchstgrenze für die Umsatzsteuerschuld, der Umsatzgrenzen für den Beginn der Buchführungspflicht und die Vereinfachung der Buchführung für Kleinbetriebe und Freiberufler.⁵⁷⁰

Die FDP war im Hinblick auf das kommende Bundestagswahljahr allerdings unschlüssig, ob sie sich als Partei der Steuersenkungen oder der Haushaltskonsolidierung inszenieren sollte. Ende August erschien in der Boulevardzeitung *Express* ein Gastbeitrag von Wolfgang Mischnick, in dem dieser jeder Forderung nach steuerlichen Entlastungen für das Jahr 1980 in drastischen Worten eine Absage erteilte, weil der Abbau der öffentlichen Schulden absolute Priorität habe. Der im Urlaub verweilende Fraktionschef hatte offenbar nicht mitbekommen, dass auf einer Präsidiumssitzung beschlossen worden war, vom strengen Konsolidierungskurs abzuweichen. So erschien fast zeitgleich zu Mischnicks Beitrag im *Express* ein Artikel Günter Verheugens in der *Bild-Zeitung*, in welchem der Generalsekretär verlauten ließ, Steuersenkungen in naher Zukunft seien „kein Tabu, weil das Geld in den Taschen der Bürger besser aufgehoben ist als in den Truhen des Finanzministers“.⁵⁷¹ Einige Wochen später verkündete Parteichef Genscher in einem Radiointerview die Kompromissformel: „Die Freie Demokratische Partei ist ganz eindeutig dafür, Steuerermehreinnahmen zum Abbau der Verschuldung des Bundes zu benutzen und zwar gerade die für 1980 zu erwartenden Mehreinnahmen und für 1981 drastische Steuersenkungen vorzusehen.“⁵⁷²

Gegen Ende des Jahres zeichnete sich ab, dass die zweite Ölpreiskrise wohl doch nicht so spurlos an der Bundesrepublik vorbeigehen würde wie zunächst erhofft. Anfang November 1979 ließ Bundesbankpräsident Otmar Emminger den Leitzins auf sechs Prozent erhöhen, was Lambsdorff nicht weniger überraschte als den sozialdemokratischen Finanzminister Hans Matthöfer. Beide Regierungsparteien hofften, den anstehenden Wahlkampf mit dem Rückenwind des konjunkturellen Aufschwungs bestreiten zu können, und waren über diese Maßnahme dementsprechend wenig erfreut.⁵⁷³ Emminger blieb allerdings kaum eine andere Wahl: Die amerikanische Zentralbank FED befand sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Paul Volcker auf einem solch harten Restriktionskurs, dass die Bundesbank gezwungen war, ebenfalls zu einer Hochzinspolitik überzugehen, um eine Flucht in den Dollar zu verhindern

⁵⁷⁰ Ebd., S. 539-541.

⁵⁷¹ Zit. n. Steuern: „Man darf nie nie sagen“. In: Der Spiegel 34/1979, S. 19-20.

⁵⁷² Freie Demokratische Korrespondenz 319/1979, S. 1-2.

⁵⁷³ Vgl. Weichen gestellt. In: Der Spiegel 45/1979, S. 27-29.

und die Stabilität der Deutschen Mark zu gewährleisten.⁵⁷⁴ Der Wirtschaftsminister war indes nicht gewillt, sich die positive Jahresbilanz von diesen Schwierigkeiten verderben zu lassen. In einem Gastbeitrag für die *Deutsche Zeitung* schrieb er: „Wachsamer Zuversicht ist wohl die richtige Umschreibung der Stimmung, mit der wir das Jahr 1980 und das kommende Jahrzehnt erwarten können: Wachsamkeit gegenüber den Risiken und weltweiten Unsicherheiten, die uns umgeben. Zuversicht wegen der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit unserer Wirtschaft, der politischen Stabilität, der sozialen Sicherheit, die unser Land auszeichnen, und die sich gerade 1979 sehr deutlich bewiesen haben.“⁵⁷⁵ Spätestens im Frühjahr 1980 war die ökonomische Trendwende aber nicht mehr zu übersehen. Seit Jahresanfang war der Außenwert der Mark gegenüber dem Dollar um 4,7 Prozent gesunken, trotz des monetären Bremskurses war die Inflationsrate auf mehr als fünf Prozent gestiegen, und erstmals seit 14 Jahren wies die Bundesrepublik ein Außenhandelsdefizit auf. Bonner Wirtschaftslenker und Frankfurter Währungshüter schienen gleichermaßen ratlos. Mit düsterem Pathos fragte der *Spiegel*: „Das Musterland des Westens – sind in den achtziger Jahren seine goldenen Zeiten vorbei? Der Exportgigant der freien Welt – kommt er mit seinen Ausfuhren gegen die Ölrechnungen der Scheichs nicht mehr an? Die Festung wirtschaftlicher Stabilität – wird ihr Geld so weich, daß es den Reiz einer internationalen Reservewährung verliert?“⁵⁷⁶

Genau wie Vorgänger Hans Friderichs legte Otto Graf Lambsdorff seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen in Buchform dar. Die 1980 erschienene und vom Verlag als „politisches Programm für die 80er Jahre“ beworbene Publikation trug den passenden Titel *Bewährung – Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten*. Seinen Ausführungen stellte Lambsdorff einen Vierzeiler aus Berthold Brechts *Dreigroschenoper* voran, der seine Skepsis gegen staatliche Wirtschaftsplanung veranschaulichte: „Ja, mach nur einen Plan – Sei nur ein großes Licht! – Und dann mach noch ‘nen zweiten Plan – Gehn tun sie beide nicht.“⁵⁷⁷ Im Vorwort ließ der Wirtschaftsminister keinen Zweifel daran aufkommen, wo er die größte Bedrohung für das marktwirtschaftliche System verortete: „Marktwirtschaftssicherung heißt daher heute und erst recht in Zukunft: Widerstand gegen *alle* sich verstärkenden Inflationstendenzen, an der inneren wie äußeren Währungsfront.“ Jeder Inflationsschub, der „aus falsch verstandener Vollbeschäftigungspolitik und/oder überzogener Einkommenspolitik

⁵⁷⁴ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 228-229.

⁵⁷⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 376/79, S. 1-2.

⁵⁷⁶ Da müssen wir raus. In: Der Spiegel 11/1980, S. 23-26.

⁵⁷⁷ Lambsdorff, Otto Graf: *Bewährung. Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten*. Düsseldorf 1980, S. 11.

der Sozialpartner entstehe“, gehe letztlich „zu Lasten der kredit- und zinsabhängigen Mittelstandsunternehmen, die das Fundament jeder Marktwirtschaft bilden“. ⁵⁷⁸ Lambsdorff stellte sich explizit in die Tradition des Freiburger Ordoliberalismus um Walter Eucken, dessen Postulat – „Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein“ – als Grundlage für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik dienen müsse. Der „kategorische Imperativ der Stunde“ sei „die Selbstbeschränkung des Staates auf seine eigentliche Ordnungsfunktion“. Seine „tiefsitzende Skepsis gegenüber einem allmächtigen Staat“ mache den Wirtschaftsminister allerdings nicht zum „Anhänger eines Manchester-Liberalismus“, sondern der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“. Ebenso wenig wie eine Rückkehr zum Frühindustrialismus sei aber eine Politik denkbar, welche die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre unberücksichtigt lasse, weshalb die „Frage nach der marktkonformen Sozialpolitik“ gestellt werden müsse. Dazu gehöre auch das Nachdenken über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, da sich in diesem Bereich „sehr anschaulich die höhere Leistungsfähigkeit des Marktes gegenüber den meist schwerfälligen und allzuoft [sic] von sachfremden Einflüssen bestimmten Tätigkeiten des Staates“ zeige. Privatisierungen seien zwar „kein Allheilmittel, aber [...] ein Schritt in die richtige Richtung“. ⁵⁷⁹ Noch weitaus deutlicher als sein Amtsvorgänger distanzierte sich Lambsdorff vom Gedankengut des Keynesianismus, denn während Friderichs der Globalsteuerung sechs Jahre zuvor noch ein ganzes Kapitel gewidmet hatte, ⁵⁸⁰ wurde sie nun nur noch beiläufig in einem einzigen Satz erwähnt. ⁵⁸¹ Unmissverständlich bekannte sich der Graf zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik: „Ich mache keinen Hehl aus meiner Auffassung, daß ich von kurzfristig wirkenden Konjunkturspritzen nichts halte. Sie sind nämlich nicht geeignet, dem Markt und seinen Kräften neue Impulse zu geben. [...] Und es ist kein Geheimnis, daß ich mir langfristig von steuerlichen Entlastungsmaßnahmen eine größere wirtschaftsbelebende Wirkung verspreche als von einzelnen Vorhaben zur Verstärkung der öffentlichen Nachfrage.“ ⁵⁸²

Im Januar 1980 verkündete das FDP-Präsidium den Slogan für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf: „Mut zu Freiheit – Mut zur Verantwortung“. Der Bürger solle demnach „aus der Haltung eines Konsumenten heraustreten und erkennen, wo seine

⁵⁷⁸ Ebd., S. 18. Hervorhebungen im Original.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 74-89, 233.

⁵⁸⁰ Friderichs: Mut zum Markt, S. 11-20.

⁵⁸¹ „Jede Regierung muß Strukturpolitik betreiben, nur ist dies ein eigenständiger Politikbereich, der flankierend zur Wettbewerbspolitik und Globalsteuerung zum Einsatz kommen muß und zwar unter marktwirtschaftlichen Funktionsbedingungen.“ Lambsdorff: Bewährung, S. 88.

⁵⁸² Ebd., S. 86-87.

Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitgestaltung gefragt ist“. Dies impliziere auch den „Mut zur Verteidigung der Marktwirtschaft gegenüber allen, die jetzt die Stunde des Dirigismus, der staatlichen Gängelei und der Bevormundung gekommen sehen“. ⁵⁸³ In der Wahrnehmung der Wähler waren die Liberalen inzwischen dort angekommen, wo sie sich selbst am liebsten verorteten: in der Mitte des Dreiparteiensystems und in Äquidistanz zu den beiden Volksparteien. Gemäß einer Umfrage des Konrad-Adenauer-Instituts, bei der die Probanden die im Bundestag vertretenen Parteien auf einer Skala von -5 (links) bis +5 (rechts) einordnen sollten, erreichte die SPD einen Mittelwert von -2,02, die CDU von +2,35 und die FDP von -0,20. ⁵⁸⁴

Tatsächlich war der politische Standort der Freidemokraten jedoch weitaus komplexer, als es die simple Einordnung in der „Mitte“ suggerierte, denn man war keineswegs gewillt, lediglich die Positionen von Union und SPD auszutarieren. Vielmehr waren in der Partei Auffassungen weit verbreitet, die in der Bürgerrechtspolitik „links“ von der SPD, in der Wirtschaftspolitik „rechts“ von der Union lagen. Lambsdorff als Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels und Innenminister Gerhart Baum als Repräsentant eines wiedererstarkten Bürgerrechtsliberalismus ⁵⁸⁵ verkörperten im Wahlkampf diesen „Januskopf der FDP“ ⁵⁸⁶ mustergültig. Dass diese fragile Arbeitsteilung ohne größere Konflikte aufrechterhalten werden konnte, war sicherlich nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Unionsparteien mit Franz Josef Strauß einen Kanzlerkandidaten auserkoren hatten, welcher den Liberalen seit der „Spiegel-Affäre“ 1962 in inniger Feindschaft verbunden war. Jede innerparteiliche Koalitionsdebatte wurde dadurch schon im Keim erstickt. Hans-Dietrich Genscher zeigte sich jedenfalls hoch erfreut über die Tatsache, durch zwei geschätzte Bundesminister völlig unterschiedliche Wählergruppen bedienen zu können. So erklärte er in zahlreichen Interviews Baum zum „rechtsstaatlichen Gewissen der Bundesregierung“ und Lambsdorff zum „Ludwig Erhard der 80er Jahre“. ⁵⁸⁷ Letzterer wagte dann auch den bemerkenswerten Vorstoß, CSU-Chef Strauß von „rechts“ anzugreifen, indem er ihn wegen der Forderung nach einer Revision des Mitbestimmungsgesetzes als „Rechtsaußen in Linkskurve“ und „Sozialrevolutionär“ bezeichnete. ⁵⁸⁸

⁵⁸³ Freie Demokratische Korrespondenz 22/1980, S. 1-2.

⁵⁸⁴ Ockenfels, Winfried / Wagner, Baldur: Signale in die achtziger Jahre. Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. München 1980, S. 151.

⁵⁸⁵ Siehe Kapitel 4.3.

⁵⁸⁶ Merck: Klar zur Wende?, S. 24.

⁵⁸⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 245/1980, S. 3.

⁵⁸⁸ Zit. n. Die FDP – Verbeugung nach vielen Seiten. In: FAZ vom 1.9.1980, S. 5.

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai 1980 erfolgte allerdings ein unerwarteter Rückschlag, als die FDP im bevölkerungsreichsten Bundesland mit 4,98 Prozent der Wählerstimmen hauchdünn den Einzug in den Landtag verpasste. Die SPD erreichte dadurch bei einem Stimmenanteil von 48,4 Prozent die absolute Mehrheit im Düsseldorfer Parlament, welches nun nur noch von zwei Parteien besetzt wurde. In den Reihen der Liberalen wuchsen die Befürchtungen, in der polarisierenden Auseinandersetzung zwischen den charismatischen Kontrahenten Schmidt und Strauß unterzugehen. Dadurch erhielt der freidemokratische Wahlkampf nun sein zweites konstituierendes Narrativ: Neben einer Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß gelte es ebenso eine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten zu verhindern.⁵⁸⁹ Lambsdorff warnte auf dem Parteitag des nordrhein-westfälischen Landesverbandes vor den „sozialistischen Kräften in der SPD“, die angesichts ihres Wahlerfolges „an Boden gewinnen“.⁵⁹⁰ Interessanterweise wurde eine Stimme für die FDP bei der Bundestagswahl auch mit dem Wohl des Kanzlers beworben, denn Helmut Schmidt könne, so der Wirtschaftsminister, „die marktwirtschaftliche Linie [...] ohne unsere Beteiligung in der Regierung, ohne unser liberales Rückgrat“ nicht durchsetzen.⁵⁹¹ Zum Verdruss seiner Genossen ging der innerparteilich nicht unumstrittene Schmidt auf die Avancen des Koalitionspartners ein und äußerte sich bei mehreren Wahlkampfauftritten äußerst positiv über die Freidemokraten.⁵⁹²

Am 5. und 6. Juni 1980 traf sich die FDP zur Verabschiedung des Wahlprogramms auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Freiburg. Anders als noch 1976 standen ökonomische Fragen nicht im Zentrum des Programms, lediglich 11 der insgesamt 73 Seiten behandelten Wirtschaftspolitik im engeren Sinne. Auf ihnen wurde postuliert, dass nur „mit einer konsequenten liberalen Marktwirtschaftspolitik“ die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts zu bewältigen seien. Deren entscheidende Aufgabe bestehe darin, „die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs zu sichern und zu erhalten“.⁵⁹³ Direkte staatliche Investitionslenkung sei damit ebenso wenig zu vereinbaren wie die weit verbreitete „Subventionsmentalität“.⁵⁹⁴ Besondere Aufmerksamkeit gebühre dabei den kleinen und mittleren Unternehmen als Garanten der „Flexibilität und Neuerungsfähigkeit der Volkswirtschaft“, für die man „strukturpolitische Forderungen“ wie steuerliche Entlastungen

⁵⁸⁹ Vgl. „Dann werden die vorgeführt“. In: Der Spiegel 21/1980, S. 27-28.

⁵⁹⁰ Neue Bonner Depesche 6/1980, S. 16.

⁵⁹¹ Freie Demokratische Korrespondenz 123/1980, S. 19.

⁵⁹² Vgl. Merck: Klar zur Wende?, S. 25.

⁵⁹³ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990. Baden-Baden 1990, S. 43.

⁵⁹⁴ Ebd., S. 50.

und den Abbau „überflüssiger Bürokratie“ aufstellte. Das Loblied auf die „breite Schicht Selbstständiger in Handel, Handwerk, Gewerbe und freien Berufen“ war ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Freidemokraten den „alten Mittelstand“, den man im Zuge der Parteireform der späten 60er und frühen 70er Jahre eigentlich abgeschrieben hatte, inzwischen wieder zu ihrer Kernklientel rechneten. Ein Hauch von Freiburger Kapitalismuskritik durchzog hingegen den Abschnitt über Banken und Großkonzerne: „Multinationale Unternehmen konzentrieren heute wirtschaftliche und politische Macht in nie gekanntem Ausmaß. Sie sind teilweise heute schon in der Lage, Markt und Wettbewerb auszuschalten. [...] Markt und Wettbewerb werden aber auch gefährdet durch die Machtkonzentration bei den Banken. Sie nehmen in vielfältiger Weise Einfluß auf die Wirtschaft durch ihre Finanzierungsfunktion, durch Aufsichtsratsmandate und Vollmachtsstimmrechte und durch den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen.“ Als Maßnahmen gegen diese Fehlentwicklungen schlugen die Liberalen die Einrichtung einer Kartellbehörde auf EG-Ebene und eine bessere internationale Koordinierung bei der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen sowie eine Begrenzung der Beteiligungen von Kreditinstituten an anderen Unternehmen und eine Verpflichtung der Banken zur Veröffentlichung ihrer Anteile, Vollmachtsstimmrechte und Aufsichtsratsmandate vor.

Dass diese punktuelle Kritik an Marktergebnissen keineswegs einer linksliberalen Renaissance im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichkam, verdeutlichten die Aussagen zur Privatisierung von Staatsaufgaben. Staatliche Tätigkeiten seien demnach „auf das zwingend Erforderliche zu begrenzen“ und nur dort gestattet, „wo private Initiative keine entsprechende Leistung erbringt“. Von den öffentlichen Verwaltungen müssten in diesen Fällen zumindest „privatwirtschaftliche Handlungsweisen übernommen werden“. Zudem seien „private Initiativen im Bereich der gewerblichen, karitativen und sozialen Daseinsvorsorge“ zu stärken.⁵⁹⁵ Im Kapitel zur Finanzpolitik verteidigte man zwar die seit 1974 betriebene Anhäufung von Staatsschulden, welche zur Erhaltung der Arbeitsplätze und Anregung der Konjunktur notwendig gewesen sei, erteilte einer weiteren Zunahme der Schuldenlast aber eine definitive Absage. Stattdessen sei es nun „Aufgabe einer soliden Haushaltspolitik [...] die Neuverschuldung des Staates drastisch zu begrenzen und Schulden abzubauen“.⁵⁹⁶ Von einer weiteren Reduzierung der Arbeitslosigkeit war ebenso wenig die Rede wie von den nicht mehr zu übersehenden Anzeichen eines neuerlichen konjunkturellen Einbruchs. Obwohl das Wahlprogramm den wirtschaftsliberalen Kurs Lambsdorffs eindeutig

⁵⁹⁵ Ebd., S. 44-46.

⁵⁹⁶ Ebd., S. 63.

bestärkte, legte man offensichtlich Wert darauf, nicht in die ideologische Nähe der von Franz Josef Strauß ausdrücklich gelobten britischen Regierung gerückt zu werden. So warf Fraktionschef Wolfgang Mischnick der Thatcher-Administration in seiner Parteitage Rede vor, „die Inflation, die Arbeitslosigkeit und den Abbau sozialer Leistungen [...] gleichzeitig zum Galoppieren gebracht“ zu haben.⁵⁹⁷

Während der nachrichtenarmen parlamentarischen Sommerpause und unmittelbar vor dem Endsprint des Wahlkampfes sorgte Otto Graf Lambsdorff für Schlagzeilen, als er nach einer Dienstreise in den Fernen Osten Zweifel an der dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Volkswirtschaft artikulierte. Den heimischen Unternehmen seien „im Lauf der Jahre [...] Belastungen in Form von Lohnnebenkosten aufgebürdet worden [...], die unsere Erzeugnisse stark verteuern“, während sich Japan als „schärfster Konkurrent auf den Weltmärkten“ einen Produktivitätsvorsprung erarbeitet habe. Dieser Herausforderung könne man nur mit „mehr Fleiß und mehr Einfallsreichtum“ begegnen, was zwar keine Rückkehr zur 48-Stunden-Woche, wohl aber eine Absage an jede weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bedeute.⁵⁹⁸ Neben den Lohnnebenkosten sei „das bessere Arbeitsergebnis des japanischen Arbeiters pro Mann und Arbeitsstunde“ ursächlich für den Rückstand der Bundesrepublik.⁵⁹⁹ Erwartungsgemäß wurden Lambsdorffs Erkenntnisse – durch die Presse auf die simple Formel „Mehr arbeiten, weniger krankfeiern!“ verkürzt – von den Gewerkschaften als ungeheuerliche Provokation aufgefasst, zumal er fast zeitgleich dem SPD-Wahlprogramm attestierte, eine Beseitigung der Marktwirtschaft anzustreben. Der Graf sprengte mit seiner wirtschaftsliberalen Offensive die Fixierung auf das Duell Schmidt gegen Strauß und bescherte den Freidemokraten die dringend benötigte mediale Aufmerksamkeit. Rolf Zundel kommentierte in der *Zeit*: „Jedenfalls hat der Minister sein Thema gefunden. Es ist nicht neu, er hat es vorher schon in vielerlei volkswirtschaftlicher Beweisführung erörtert; neu ist die emotionale Aufladung, es ist Botschaft geworden – auch für die FDP. Und es könnte sein, daß diese Botschaft ebenso wie ihr Verkünder nicht nur den Wahlkampf, sondern auch die FDP von morgen nachhaltig prägen werden.“⁶⁰⁰

Die Parteiführung stärkte Lambsdorff angesichts des heftigen Gegenwindes, der durchaus auch aus den Reihen der Union kam, demonstrativ den Rücken. Hans-Dietrich Genscher versicherte gegenüber dem *Bayerischen Rundfunk*, der Wirtschaftsminister habe „die ganze

⁵⁹⁷ Neue Bonner Depesche 6/1980: Liberale Dokumente, S. 15.

⁵⁹⁸ Neue Bonner Depesche 9/1980, S. 9.

⁵⁹⁹ „Das muß ganz und gar freiwillig sein“. In: Der Spiegel 30/1980, S. 62-63.

⁶⁰⁰ Zundel, Rolf: Der Marschbefehl des Grafen. In: Die Zeit 34/1980.

Freie Demokratische Partei an seiner Seite“ und wertete die kritischen Erwiderungen Heiner Geißlers als Zeichen dafür, „daß die CDU endgültig Abschied genommen hat vom Erbe Ludwig Erhards“. ⁶⁰¹ Günter Verheugen schrieb in der DGB-Zeitung *Welt der Arbeit*, Lambsdorff verdiene für seine Äußerungen Lob statt Tadel, denn es gehöre viel Mut dazu, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, und die lang anhaltende Debatte mache deutlich, dass der Graf mit der Frage nach der künftigen Wettbewerbsfähigkeit ein „viele Bürger bewegendes Thema angepackt hat“. ⁶⁰² Lambsdorff avancierte im Wahlkampf zum Aushängeschild der FDP, und wie schon vor seiner Niederlage auf dem Mainzer Bundesparteitag 1978 wurde der Wirtschaftsminister in der Presse bereits als künftiger Parteivorsitzender gehandelt. ⁶⁰³

Die liberale Doppelstrategie, eine absolute SPD-Mehrheit ebenso verhindern zu müssen wie einen Bundeskanzler Franz Josef Strauß, zahlte sich aus: Am 5. Oktober 1980 fuhr die FDP mit einem Stimmenanteil von 10,6 Prozent ihr bestes Bundestagswahlergebnis seit 1961 ein. Paradoxerweise gingen die Freidemokraten als der große Sieger aus dem sehr stark auf die Kanzlerkandidaten zugeschnittenen Wahlkampf hervor, da nicht wenigen Schmidt-Sympathisanten das sozialdemokratische Wahlprogramm allzu links erschien und viele Stammwähler der CDU einen Bundeskanzler Franz Josef Strauß ablehnten. ⁶⁰⁴ Dass dieser Erfolg vor allem den „Leihstimmen“ aus anderen Lagern zu verdanken war konnte die Freude bei den Liberalen nicht trüben, so feierte Lambsdorff am Wahlabend den Sieg „knallhart vertretener marktwirtschaftlicher Positionen“. ⁶⁰⁵ Zunächst schien die fragile Allianz zwischen Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalen den 5. Oktober kaum zu überdauern. Während der Wirtschaftsminister eine kompromisslose Linie in den Koalitionsverhandlungen ankündigte, verweilte Gerhart Baum in der Wahlnacht gemeinsam mit SPD-Geschäftsführer Egon Bahr im Erich-Ollenhauer-Haus. In einer Sitzung des Bundesvorstandes machten sich die Parteiflügel gegenseitig ihre Verdienste am Wahlerfolg streitig, Theo Schillers Warnung vor „trojanischen Pferden“, die sich mit der Unionswählerschaft ins liberale Lager geschmuggelt haben, provozierten Lambsdorffs entschiedenen Widerspruch. ⁶⁰⁶ Beide Flügel begannen sogleich mit dem Werben um die zahlreichen freidemokratischen Neuparlamentarier, die

⁶⁰¹ Freie Demokratische Korrespondenz 218/1980, S. 2.

⁶⁰² Freie Demokratische Korrespondenz 223/1980, S. 1.

⁶⁰³ Vgl. „Die Jungs sollen sich anstrengen“. In: Der Spiegel 39/1980, S. 31-32.

⁶⁰⁴ Vgl. Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 499.

⁶⁰⁵ Zit. n. „Helmut Schmidt ja, SPD na ja“. In: Der Spiegel 41/1980, S. 12.

⁶⁰⁶ Zit. n. Ins Lager geschmuggelt. In: Der Spiegel 42/1980, S. 19-20.

wegen des guten Ergebnisses über die hinteren Listenplätze in den Bundestag gelangt waren und teilweise als noch nicht ideologisch gefestigt galten.⁶⁰⁷

Mit Beginn der Koalitionsverhandlungen zeigte sich jedoch, dass die im Wahlkampf beschworene Einigkeit noch keineswegs zerbrochen war, denn auch Linksliberale wie Ingrid Matthäus-Maier fanden plötzlich Gefallen an der vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Günter Hoppe geforderten „radikalen Umkehr unserer Haushalts- und Finanzpolitik“. ⁶⁰⁸ Innenminister Baum bekräftigte in einem *Spiegel*-Interview, dass auch er die vor allem von Lambsdorff artikulierten wirtschafts- und finanzpolitischen Zielsetzungen teile, wenngleich „Sparsamkeit allein [...] kein Programm sein“ könne. ⁶⁰⁹ Während sich die SPD im Konflikt zwischen Pragmatikern und Programmatikern aufrieb, ging die FDP geschlossen wie selten zuvor in die Koalitionsgespräche. ⁶¹⁰ Günter Verheugen konstatierte rückblickend: „Die neue Ära, das neue große Thema Haushaltskonsolidierung, ging in diesen Verhandlungen los.“ ⁶¹¹ Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass exakt am Tag der ersten Gesprächsrunde, dem 27. Oktober 1980, das Jahresgutachten der „Wirtschaftsweisen“ erschien und für 1981 Nullwachstum prognostizierte. ⁶¹² Die FDP ignorierte schlichtweg, dass ihre Wahlkampfhese von der gesunden Konjunktur, die keiner weiteren Ankurbelungen bedürfe, damit obsolet geworden war. Dass sie ihren Konsolidierungskurs trotzdem weitgehend durchsetzen konnte – so wurden beispielsweise der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt und die Sparprämie abgeschafft – sorgte für Empörung seitens der SPD-Linken. Der ehemalige Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder witterte eine Verschiebung des 1969 begonnenen „Klassenkompromisses“ zu Gunsten der Liberalen, ⁶¹³ Norbert Gansel bezeichnete Lambsdorff und seine Gefolgsleute in Anlehnung an die chilenischen Monetaristen als „Chicago Boys“. ⁶¹⁴ Selbst Helmut Schmidt räumte vor seiner Bundestagsfraktion ein, die SPD-Klientel werde vom Sparprogramm härter getroffen als die Wähler der Freidemokraten. ⁶¹⁵

Dass die Linksliberalen den Sparkurs der Parteirechten unterstützten war ein wesentlicher Grund für die Verhandlungserfolge der FDP und zugleich Ausdruck der völligen wirtschaftspolitischen Konzeptlosigkeit des linken Flügels seit der Niederlage der

⁶⁰⁷ Vgl. Um die Mitte herum. In: Der Spiegel 42/1980, S. 20-21.

⁶⁰⁸ Zit. n. Zundel, Rolf: Ein Sparprogramm in vier Tagen. In: Die Zeit 44/1980.

⁶⁰⁹ „Sparsamkeit allein ist kein Programm“. In: Der Spiegel 49/1980, S. 25-27.

⁶¹⁰ Vgl. Viel Sparen – Ein bißchen Reform. In: Der Spiegel 44/1980, S. 19-21.

⁶¹¹ Verheugen, Günther: Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 111.

⁶¹² Vgl. Merck: Klar zur Wende?, S. 28.

⁶¹³ Zit. n. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 679.

⁶¹⁴ Zit. n. „Ganz mies, bestimmt ganz mies“. In: Der Spiegel 49/1980, S. 19.

⁶¹⁵ Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 680.

Perspektivkommission im Kieler Programmstreit. Friedrich Karl Fromme kommentierte in der FAZ zutreffend: „In der SPD wollen die Linken offen die dirigierte Wirtschaft. In der FDP scheuen die Kritiker der reinen Marktwirtschaftslehre davor zurück; sie wissen nicht so recht, in welche Richtung sie diese Wirtschaftsordnung verändern sollen.“⁶¹⁶ So wurde die im Wahlkampf erfolgreich praktizierte Geschlossenheit durch Arbeitsteilung – Wirtschafts- und Finanzpolitik für Lambsdorffs, Innen- und Rechtspolitik für Baums Anhänger – in den Koalitionsverhandlungen einfach fortgesetzt. Die innerparteiliche Hegemonie des Grafen über die Wirtschaftspolitik wurde dadurch zementiert.

Zwei Tage vor Arbeitsantritt des dritten Kabinetts Schmidt, in dem alle vier freidemokratischen Minister auf ihrem Posten blieben, gewann Ronald Reagan die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten. Ähnlich wie Margaret Thatcher in Großbritannien verordnete der Republikaner einen radikalen Kurswechsel zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, welcher sich in Haushaltskürzungen, Deregulierungsprogrammen, Steuersenkungen und dem Kampf gegen die Macht der Gewerkschaften und Berufsverbände äußerte.⁶¹⁷ Die Bundesregierung erschien zu Beginn der vierten sozial-liberalen Legislaturperiode hingegen konzeptlos angesichts der neuerlichen ökonomischen Krise und noch immer hin- und hergerissen zwischen Nachfrage- und Angebotspolitik, diesmal stärker denn je entlang der Parteigrenzen. Auch wenn kein Freidemokrat sich öffentlich auf die Vorbilder in London und Washington berief, ließ doch ebenso wenig einer Zweifel daran aufkommen, dass deren Ansatz grundsätzlich gebilligt wurde. So erklärten die im FDP-Wirtschaftsausschuss tätigen Bundestagsabgeordneten Helmut Haussmann, Klaus Beckmann und Rainer Funcke stellvertretend für ihre Fraktion, nur „ein konsequent marktwirtschaftlicher, angebotsorientierter Kurs“ könne die Bundesrepublik erfolgreich durch die achtziger Jahre tragen, weshalb das „Anspruchsdenken aus den Boomjahren [...] der Konzentration auf das Erreichbare Platz machen“ müsse.⁶¹⁸ Genscher forderte einen Abbau der „Investitionshemmnisse“ statt neuer Konjunkturprogramme, da Letztere „unter den Maßstäben einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik“ ohnehin nicht finanzierbar seien,⁶¹⁹ und Lambsdorff warnte auf einer Präsidiumssitzung davor, dass eine Ankündigung staatlicher Konjunkturspritzen den Investitionsstau noch verstärken werde.⁶²⁰

⁶¹⁶ Fromme, Friedrich Karl: Die zwei Parteien in der FDP. In: FAZ vom 9.12.1980, S. 1.

⁶¹⁷ Vgl. Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, S. 36-37.

⁶¹⁸ Neue Bonner Depesche 1/1981, S. 4.

⁶¹⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 360/1980, S. 3.

⁶²⁰ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 41/1981, S. 2.

Helmut Schmidt war sich unter dem Druck seiner eigenen Partei hingegen nicht mehr sicher, ob er seine strikte Ablehnung neuer Ausgabenprogramme angesichts der sich verschärfenden konjunkturellen Lage würde beibehalten können, insbesondere nachdem der Wirtschaftsminister seine düsteren Prognosen für 1981 vorgelegt hatte, die einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf einen Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen ohne signifikanten Rückgang der Inflation prognostizierten.⁶²¹ Lambsdorff sah in den trüben Aussichten aber keinen Grund zur Resignation und beschwor bei der Bundestagsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht, ganz im Sinne seiner Rolle als „Ludwig Erhard der 80er Jahre“, den Leistungswillen der Nachkriegsjahre, der angesichts der größten Herausforderung für die bundesdeutsche Wirtschaft seit dem Wiederaufbau erneut gefragt sei. Nur eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Unternehmen und Bürger schaffe die Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.⁶²² Als der Bundeskanzler dann Anfang April 1981, nach längerem Zögern und mit Rückendeckung seines Finanzministers Hans Matthöfer, doch wieder Abstand von einem Konjunkturprogramm nahm, konnte dies durchaus als ein Einschwenken auf den FDP-Kurs interpretiert werden. Der *Spiegel* bezeichnete die wirtschaftspolitische Allianz des Kanzlers mit den Freidemokraten daraufhin überspitzt als „Schmidt-Front gegen die eigene Partei“.⁶²³

Die Erkenntnis, dass die Phase der haushaltspolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Expansion vorerst an ein Ende gekommen war, setzte sich jedoch zunehmend auch in den Reihen der Sozialdemokraten durch. SPD-Haushaltsexperte Rudi Walther warb in einem Brief an seinen linken Fraktionskollegen Eugen Glombig für die von Matthöfer geplanten Etatkürzungen im sozialen Bereich, da „die wirklich dramatische Lage“ der öffentlichen Kassen dazu zwingt, „auf allen Gebieten nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen“. Der Finanzminister forderte vor dem Finanzausschuss des Bundestages, von „einer Phase des Ausbaus sozialer Leistungen [...] in eine Phase gesunden Abwägens von sozialer Sicherung und Eigenverantwortlichkeit“ überzugehen, und Parteichef Willy Brandt sprach davon, dass das Sozialstaatsgebot „nicht nur Pflichten des Gemeinwesens gegenüber dem Bürger, sondern auch soziale Verpflichtungen der Bürger im Verhältnis zum Staat“ beinhalte.⁶²⁴

Während die Verweise auf vermeintliche Sachzwänge der Haushaltskonsolidierung aus den Reihen der SPD stets ernüchternd bis entschuldigend vorgetragen wurden, schwang bei den

⁶²¹ Vgl. Alarmstufe eins. In: Der Spiegel 5/1981, S. 31-32.

⁶²² Vgl. Lambsdorff beschwört die Dynamik der Nachkriegsjahre. In: FAZ vom 20.2.1981, S. 1.

⁶²³ Woher die Milliarden nehmen? In: Der Spiegel 15/1981, S. 19.

⁶²⁴ Zit. n. Sozialleistungen werden eingesammelt. In: Der Spiegel 14/1981, S. 19-21.

Freidemokraten nicht selten eine gewisse Euphorie mit. So erklärte Hans-Dietrich Genscher auf dem Münchner Bundesparteitag im Dezember 1980: „Leere Kassen sind kein Argument gegen, sondern ein Argument für dringend notwendige Reformen in einem Land. Der Druck der leeren Kassen kann doch nur dann innere Stagnation und geistige Krise bewirken, wenn es an Reformwillen mangelt.“⁶²⁵ Diese neue Konnotation des Reformbegriffs bewirkte eine bemerkenswerte Verschiebung im Verhältnis der Koalitionspartner, denn die Rolle des „Bremsers“ fiel nun nicht mehr der FDP, sondern den Sozialdemokraten zu. Während die Partei des Kanzlers angesichts rekordverdächtiger Zahlen in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung mit sich selbst rang, schienen die Liberalen den anstehenden Sparmaßnahmen mit einer gewissen Vorfreude entgegenzusehen.

Der vom 29. bis 31. Mai 1981 stattfindende Bundesparteitag in Köln stand vor allem im Zeichen des NATO-Doppelbeschlusses,⁶²⁶ doch angesichts der drängenden Krise in Wirtschaft und Haushalt konnten ökonomische und soziale Fragen keinesfalls unerörtert bleiben. Generalsekretär Verheugen gab die Richtung vor, als er in einem Interview mit der *Zeit* erklärte, die FDP müsse „jetzt eine Wende in der Gesellschaftspolitik herbeiführen“, die einer „Abkehr von dem rein materiellen Denken des Anspruchs- und Wohlfahrtsstaates, in den die Bundesrepublik zu degenerieren droht“, gleichkomme.⁶²⁷ Hans-Dietrich Genscher legte in seiner Parteitagsrede nach und warnte vor der Verkümmern der „Leistungsgesellschaft [...] zur Sozialleistungsgesellschaft“, weil das soziale Netz der Bundesrepublik Deutschland dort „Hemmschuh des gesellschaftlichen Fortschritts“ sei, wo es zur „sozialen Hängematte“ werde. Die FDP halte „einen rigorosen Subventionsabbau und fühlbare Eingriffe in die Leistungsgesetze für unumgänglich“, weil die bevorstehenden Reformen nicht zur „Stunde der Nivellierung“ werden dürfen – die „Mehrleistenden“ seien ohnehin bereits übermäßig vom Staat in Anspruch genommen. In diesem Konflikt, der „nicht in ein einfaches Links-Rechts-Schema eingezwängt werden“ könne, stehen sich „liberales Fortschrittsverständnis, [...] der Wille zur Eigenverantwortung und mehr Freiheit auf der einen Seite und konservatives Bevormundungs- und Versorgungsdenken auf der anderen gegenüber“. Letzteres finde man in der SPD ebenso wie in der CDU, ihrer Vertreter „kämpfen nur an verschiedenen Abschnitten derselben Front“.⁶²⁸ Hatte Genscher die beiden

⁶²⁵ Neue Bonner Depesche 12/1980: Liberale Dokumente, S. 3.

⁶²⁶ Siehe Kapitel 6.

⁶²⁷ Flucht in die Verweigerung? In: Die Zeit 23/1981.

⁶²⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 80/1981, S. 4-6.

Volksparteien noch vor vier Jahren als „sozialistisch“ gebrandmarkt, galten sie ihm nun als „konservativ“, die FDP war demzufolge weniger die Kraft der Mitte als die des Fortschritts.

Auch Otto Graf Lambsdorff feierte die Liberalen und nicht zuletzt sich selbst in Köln als Vorreiter der „Diskussion über Wildwuchs und Mißbrauch“ bei den Sozialleistungen, die inzwischen in der breiten Öffentlichkeit und sogar beim sozialdemokratischen Koalitionspartner angekommen sei. Allerdings müsse klar gesagt werden, dass eine Beseitigung dieser Missstände allein nicht ausreiche, sondern ein Rückbau der staatlichen Leistungen zur Haushaltskonsolidierung unvermeidlich sei, wobei „die Belastung der kleinen und mittleren Einkommen relativ schmerzlicher und drückender“ ausfallen werde als im Falle der Großverdiener.⁶²⁹ Angesichts dieser deutlichen Worte schien es manchem Linksliberalen bezüglich der bis dahin praktizierten bedingungslosen Unterstützung der Sparoffensive unbehaglich zu werden. So warnte Ingrid Matthäus-Maier zwar davor, „bei jedem Vorschlag, der in den sozialen Bereich hineingeht, gleich das Wort von der „sozialen Demontage“ im Munde [zu] führen“, aber ebenso entschieden „diejenigen, die glauben, sie könnten die jetzige Situation des Einsparenmüssens ausnutzen, um an Grundlegendes unserer sozialen Sicherung heranzugehen“. Auf keinen Fall dürfe es eine „Umverteilung von unten nach oben“ geben.⁶³⁰ Carl-Christian Kaiser witterte in seinem Parteitagsbericht für die *Zeit* schon das Ende des freidemokratischen Sparkonsens: „Das sind erst Vorgefachte, Positionsbeschreibungen wie hinter Milchglas. Aber immerhin lassen sie ahnen, daß sich auch die FDP bei der Ordnung der Staatsfinanzen nicht leichttun wird. Und bei nicht wenigen verschwistert sich die gelinde Sorge, daß die Sanierung zu sehr zu Lasten der sozialen Komponente des Liberalismus ausschlagen könnte, mit der Skepsis gegenüber der Nachrüstung oder der Abneigung, sich auf Koalition mit der CDU einzulassen.“⁶³¹

Auf ausdrücklichen Wunsch der Liberalen begannen noch vor der Sommerpause die Beratungen über die Haushaltsfinanzierung für das Jahr 1982.⁶³² Auch wenn Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vorher einvernehmlich erklärten, die sozialen Einschnitte bedürfen einer gewissen Ausgewogenheit, um den „Konsens der Vernunft“ nicht zu gefährden,⁶³³ war eine reibungslose Kooperation zwischen den Regierungsparteien nicht zu erwarten. In der ersten Verhandlungsrunde setzte die FDP Einsparungen im Bereich der Kranken- und

⁶²⁹ Protokoll des Bundesparteitages in Köln vom 29. bis 31. Mai 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, 4049, S. 112-113.

⁶³⁰ Ebd., S. 104.

⁶³¹ Kaiser, Carl-Christian: Kalkulationen in Köln. In: Die Zeit 24/1981.

⁶³² Vgl. Von unten her. In: Der Spiegel 23/1981, S. 19-20.

⁶³³ Freie Demokratische Korrespondenz 111/1981, S. 1.

Rentenversicherungen durch und verhinderte zugleich nennenswerte Steuererhöhungen.⁶³⁴

Lambsdorff urteilte nach diesen Beschlüssen, man habe zwar „den Haushalt '82 einigermaßen in Ordnung gebracht, aber noch nicht das Haus“.⁶³⁵ Zur ersten Kontroverse der Etatberatungen avancierte die von der SPD vorgeschlagene Ergänzungsabgabe auf alle Einkommen zur Förderung öffentlicher Investitionen, welche auch von Helmut Schmidt befürwortet wurde. Zunächst lehnte Genscher diese Idee keineswegs kategorisch ab, doch in einer Fraktionssitzung Anfang August übte der Großteil der Anwesenden unter Wortführung Lambsdorffs vernichtende Kritik an der Ergänzungsabgabe. Lediglich Burkhard Hirsch äußerte Bedenken hinsichtlich des Vorhabens, wegen einer sozial ausgewogenen Steuererhöhung auf Konfrontationskurs mit dem Koalitionspartner zu gehen.⁶³⁶

Der Parteivorsitzende tat jedoch genau das, als er kurz darauf in der Fernsehsendung *Bericht aus Bonn* den Wunsch äußerte, „die SPD würde das Sommerloch nutzen, um die Ergänzungsabgabe darin endgültig verschwinden zu lassen“, weil „auch außerhalb der F.D.P. eigentlich der gesamte wirtschaftliche Sachverstand unseres Landes sich gegen diese Ergänzungsabgabe ausspricht“.⁶³⁷ Stattdessen brachten die Freidemokraten für die zweite Verhandlungsrunde eine Kürzung des Arbeitslosengeldes in Spiel, womit sie ins Mark sozialdemokratischer Identität zielten. Mit Gerhart Baum unterstützte auch der prominenteste Linksliberale diesen Vorschlag, was ein untrügliches Zeichen für die weiterhin große Geschlossenheit der Partei war.⁶³⁸ Mitten im Koalitionsstreit um die Haushaltskonsolidierung veröffentlichte Hans-Dietrich Genscher am 20. August 1981 ein an alle FDP-Mitglieder adressiertes Rundschreiben, welches als „Wendebrief“ in die Geschichte eingehen sollte. In diesem führte der Parteichef aus:

„Unser Land steht an einem Scheideweg. Gesellschaftspolitisch stehen wir in einer Bewährungsprobe der Marktwirtschaft. Unsere Marktwirtschaft muß gerade in einer sich strukturell verändernden Weltwirtschaft [...] die erforderliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen. [...] Die Anerkennung und Förderung von Leistung, Innovation und Wettbewerb sind dabei unverzichtbar. Vor allem aber muß durch die Folgerichtigkeit und durch die auf die staatliche Ausgabenpolitik sich strukturell auswirkenden Entscheidungen das Vertrauen der Investoren gefestigt werden. [...] Nicht nur die Diskussion über die Ergänzungsabgabe, sondern ganz allgemein die Diskussion über unsere Auffassung, daß Ausgabenverminderungen der bessere Weg sind als Einnahmenerhöhungen, zeigt, daß unter veränderten Bedingungen und mit deshalb auch veränderten Fragestellungen und Antworten eine ähnlich grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen ist wie beim

⁶³⁴ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 113/1981, S. 1-2.

⁶³⁵ Zit. n. Zundel, Rolf: Bonner Streichkonzert: eine Unvollendete. In: Die Zeit 33/1981.

⁶³⁶ Vgl. Verheugen: Der Ausverkauf, S. 122.

⁶³⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 119/1981, S. 1.

⁶³⁸ Vgl. Schmerzhafter Schnitt. In: Der Spiegel 34/1981, S. 30-31.

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. [...] Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, sondern weil manches Gesetz geradezu zur „Inanspruchnahme“ auffordert, um nicht zu sagen „verleitet“. Eine Wende ist notwendig. [...] Höhnisch hat mancher davon gesprochen, die Zeit der Reformen sei vorbei. Wenn man Reformpolitik mit immer neuen Wohltaten ohne Rücksicht auf ihre Finanzierbarkeit verwechselt, ist das sicher richtig. Wer aber wie wir Reformpolitik unter dem großen Ziel sieht, den Freiheits- und Gestaltungsraum des einzelnen zu erweitern, der wird erkennen, daß Reformen wichtiger denn je sind.“⁶³⁹

Wie in einem Brennglas spiegelten sich im „Wendebrief“ die wirtschafts- und sozialpolitischen Maximen der FDP: Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, konsequente Angebotspolitik, Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenreduzierung, Einschränkungen bei den Sozialleistungen und eine Umdeutung des Reformbegriffs. Wenngleich diese Forderungen nie zuvor so massiert formuliert worden waren, erhielt das Schreiben wenig substanziell Neues. Seine Sprengkraft gewann Genschers Brief durch die Doppeldeutigkeit des Begriffs „Wende“: Diesen konnte man als eine Neuausrichtung der sozial-liberalen Regierungspolitik, aber auch als Aufforderung zu einem Koalitionswechsel deuten. Der Parteivorsitzende wies letztere Interpretation stets energisch zurück und begründete in seinen Memoiren die Notwendigkeit des „Wendebriefes“ mit der Tatsache, dass die wirtschaftspolitischen Akzente des Kölner Bundesparteitages in der Öffentlichkeit angesichts der überragenden Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses nicht ausreichend wahrgenommen worden seien, er die zentrale Aufgabe für die FDP aber darin gesehen habe, „als Schrittmacher für die strukturelle Anpassung an die neuen ökonomischen Gegebenheiten zu wirken“.⁶⁴⁰ In der SPD wuchsen dennoch die Befürchtungen, die Freidemokraten könnten die Differenzen bei den Etatberatungen zum Absprung aus der Koalition nutzen.⁶⁴¹

Am 1. September begann die zweite Verhandlungsrunde, in welcher die FDP neben einer Senkung des Arbeitslosengeldes auch die Einführung von Karenztagen, also eine begrenzte Aussetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, forderte. Zwar war keine dieser Maßnahmen mit den Sozialdemokraten durchzusetzen, doch der größere Koalitionspartner musste im Gegenzug von der Ergänzungsabgabe ebenso abrücken wie vom durch seinen linken Parteiflügel eingebrachten Konjunkturprogramm.⁶⁴² Am Ende der „Operation ‘82“ stand eine Reduzierung der Neuverschuldung von 38 auf 26,5 Milliarden Mark durch Einsparungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, Verschärfungen der Voraussetzungen für

⁶³⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 130/1981, S. 2-6.

⁶⁴⁰ Genscher: Erinnerungen, S. 448.

⁶⁴¹ Vgl. „Wenn es zum Schwur kommt“. In: Der Spiegel 35/1981, S. 19-21.

⁶⁴² Vgl. Merck: Klar zur Wende?, S. 117.

den Bezug von Arbeitslosengeld, Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung, Kürzungen bei Sozialhilfe und Kindergeld sowie eine größere Selbstbeteiligung bei Inanspruchnahme bestimmter medizinischer Leistungen.⁶⁴³ Genscher zelebrierte die Beschlüsse in einer Fraktionssitzung am 9. September als Sieg der FDP, vor allem weil sie abgesehen von der Anhebung der Tabak- und Branntweinsteuer keine signifikanten Abgabenerhöhungen enthielten und der Abbau von Steuervergünstigungen für die Unternehmer verhindert werden konnte. Die freidemokratische Bundestagsfraktion schloss sich dieser positiven Einschätzung nahezu einhellig an.⁶⁴⁴ In der FAZ befand Peter Hort, die vielzitierte „Wende“ habe sich zwar nicht ereignet, wohl aber sei es Genscher und Lambsdorff gelungen, „eine Bresche in die bisher vorherrschende sozialdemokratische Wirtschaftsphilosophie zu schlagen, die sich so rasch nicht wieder schließen läßt“.⁶⁴⁵

In der historischen Forschung wurde bisweilen darüber diskutiert, ob Genscher den Koalitionsbruch für die Etatberatungen bereits eingeplant hatte und nur durch das großzügige Entgegenkommen der Sozialdemokraten von ihm abgebracht wurde, wie Johannes Merck behauptet.⁶⁴⁶ Wolfgang Jägers und Werner Links Versuch, die Unterstützung des harten Sparkurses durch die bündnistreuen Linksliberalen als eindeutiges Indiz für die sachpolitische und keineswegs taktische Natur der freidemokratischen Verhandlungshärte zu deuten,⁶⁴⁷ kann den begründeten Verdacht nicht mindern, dass manch einer in der liberalen Delegation zumindest bereit war, einen Koalitionsbruch hinzunehmen, sollte die Handschrift der FDP in den Haushaltsbeschlüssen nicht eindeutig zu erkennen sein. Freilich gestand dies kaum jemand so unverhohlen ein wie Otto Graf Lambsdorff, der gegenüber der Presse äußerte, er „führe eine solche Verhandlung auch unter Inkaufnahme der letzten Konsequenzen“.⁶⁴⁸ Angesichts seiner öffentlichen Schelte gegen die Ergänzungsabgabe und seiner vollmundigen Ankündigung der „Wende“ wäre es aber auch für Hans-Dietrich Genscher kaum möglich gewesen, das Bündnis fortzuführen, wenn die SPD seiner Partei keine weitreichenden Zugeständnisse gemacht hätte.

Erst als die Linksliberalen nach dem erfolgreichen Abschluss der „Operation ‘82“ realisierten, dass der kompromisslose Sparkurs beinahe als Sollbruchstelle der Koalition instrumentalisiert worden wäre, rangen sie sich zu entschiedenem Widerspruch durch und artikulierten ihren

⁶⁴³ Vgl. Neue Bonner Depesche 1/1982: Liberale Beschlüsse, S. 4-15.

⁶⁴⁴ Vgl. Merck: Klar zur Wende?, S. 117-118.

⁶⁴⁵ Hort, Peter: Zwischen Bismarck und Erhard. In: FAZ vom 21.9.1981, S. 12.

⁶⁴⁶ Merck: Klar zur Wende?, S. 118.

⁶⁴⁷ Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 225.

⁶⁴⁸ Zit. n. „In einem halben Jahr sind wir dran“. In: Der Spiegel 37/1981, S. 19.

Unmut über Genschers allzu offensive Konfliktstrategie. So schrieb Ingrid Matthäus-Maier an dessen Adresse, nur weil das Verhandlungsergebnis von der Fraktion akzeptiert worden sei, dürfe nicht weiterhin der Eindruck erweckt werden, dass die gesamte Partei das Vorgehen der Führung restlos billige. Friedrich Wilhelm Hölscher äußerte gegenüber Wolfgang Mischnick den Verdacht, es sei in den Haushaltsgesprächen nicht nur sachpolitisch verhandelt worden, und die Besorgnis, mit Vorschlägen wie der Kürzung des Arbeitslosengeldes taste die FDP den Kern sozialen Sicherheit an. Ähnliche Einwände formulierte auch Andreas von Schoeler, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, dessen Chef Gerhart Baum von Helga Schuchardt dafür kritisiert wurde, den Konfrontationskurs von Genscher und Lambsdorff zu sehr mitgetragen zu haben.⁶⁴⁹ Erst jetzt wurde deutlich, dass Genscher mit seinem „Wendebrief“ einen Keil in die eigene Partei getrieben hatte: Jeder weitere Konflikt mit der SPD im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik stand fortan unter dem Verdacht, eben jene Wende zur Union einleiten zu sollen, die der linke Parteiflügel grundsätzlich ablehnte.

Weil sich die Freidemokraten zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt sahen, die hohe Arbeitslosenzahl tatenlos hinzunehmen,⁶⁵⁰ berief Günter Verheugen eine Arbeitsgruppe ein, die ein liberales Konzept zur Beschäftigungspolitik für den Bundeshauptausschuss in Mainz am 24. Oktober 1981 ausarbeiten sollte.⁶⁵¹ Viele Redebeiträge auf dem „kleinen Parteitag“ waren gekennzeichnet durch entschiedene Distanzierung vom radikalen Wirtschaftsliberalismus Margaret Thatchers und Ronald Reagans bei positiver Bezugnahme auf die Errungenschaften des bundesdeutschen Sozialstaates. Helmut Haussmann forderte die FDP auf, „in Deutschland einen seriösen Mittelweg [zu] finden zwischen inflationärer Verschuldungspolitik á la France und einem Monetarismus, wie er in England, in Ansätzen aber auch in Amerika gefahren wird“, wobei es „kein Patentrezept“ mit kurzfristiger Wirkung geben könne. Auch Ingrid Matthäus-Maier plädierte für eine Orientierung „an einer mittleren Linie einerseits zwischen den Franzosen, andererseits zwischen den USA/Engländern“ und bemerkte mit deutlicher Spitze gegen Hans-Dietrich Genscher, dass die Partei nicht den Fehler begehen dürfe, das soziale Netz wegen einzelner Fehlentwicklungen grundsätzlich zu verwerfen oder als „soziale Hängematte“ zu diskreditieren. Generalsekretär Verheugen warf Thatcher und Reagan vor, ihre Volkswirtschaften mit einem „Laboratorium“ zu verwechseln, in dem sie „große Experimente“ durchführen, und bescheinigte der FDP, nur durch „die Verbindung von wirtschaftspolitischer Vernunft [und] sozialer Gerechtigkeit“

⁶⁴⁹ Vgl. „Da ist mehr kaputt, als wir sehen“. In: Der Spiegel 40/1981, S. 17-19.

⁶⁵⁰ Vgl. „Wenn es zum Schwur kommt“. In: Der Spiegel 35/1981, S. 19-21.

⁶⁵¹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 152/1981, S. 2.

überzeugen zu können. Selbst Otto Graf Lambsdorff äußerte seine Wertschätzung für den sozialen Konsens als einem „Hauptgrund für unsere relative wirtschaftliche Stärke nach dem zweiten Weltkrieg“ und noch immer „entscheidenden Produktionsfaktor“, der „auch aus wirtschaftlichen Überlegungen“ gewahrt bleiben müsse. Seine Devise „weniger Staat, mehr Markt, Leistung und Selbstverantwortung, Gestaltung durch den einzelnen“ und deren Konsequenzen – „marktwirtschaftliche Ordnungspolitik, Förderung der Marktkräfte, Stärkung des Wettbewerbs, Abbau von Investitionshemmnissen, Rückführung des Bürokratismus und Verzicht auf Staatsinterventionen“ – relativierte der Wirtschaftsminister jedoch keineswegs, denn von einem „Rückfall in frühkapitalistische Wirtschaftsideo­logie“, wie DGB-Chef Heinz Oskar Vetter dem Liberalen vorgeworfen hatte, könne bei all dem keine Rede sein.⁶⁵²

Der Hauch von sozialliberaler Renaissance auf dem Bundeshauptausschuss begründete sich nicht nur in der Notwendigkeit, nach dem „Wendebrief“ die innerparteilichen Wogen zu glätten, sondern auch durch ein besonderes Jubiläum: Am 25. Oktober 1981, einen Tag nach dem Zusammentreffen in Mainz, wurden die vor allem von linker Seite noch immer vielbeschworenen *Freiburger Thesen* zehn Jahre alt. Die nun zu verabschiedenden *Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit* knüpften in ihrer Einleitung explizit an das Parteiprogramm von 1971 an und plädierten „für die Wahrung der Menschenwürde und Selbstbestimmung des einzelnen in jeder gegebenen oder sich verändernden politischen und sozialen Situation und damit für die materielle Erfüllung formal gesicherter Freiheits- und Teilhaberechte“.⁶⁵³ Innenminister Gerhart Baum wollte die *Leitlinien* als „Stückchen dessen [...], was wir damals in Freiburg beschlossen haben“⁶⁵⁴ verstanden wissen, doch regte sich in Mainz auch Widerspruch gegen die Einordnung des neuen Wirtschaftsprogramms in den sozialliberalen Kanon. Der Delegierte Schniedermann aus Nordrhein-Westfalen erinnerte an die Worte Friedrich Naumanns, dass „die Industrieuntertanen Industriebürger werden müssen“, und bezweifelte, ob diese Prämisse den *Leitlinien* angesichts ihrer Aussagen zu Karenztagen und Arbeitslosengeld wirklich zu Grunde liege. Martin Budich vom parteinahen *Liberalen Hochschulverband* (LHV) vertrat die Auffassung, man könne „einem Papier nicht zustimmen, wo in vielen Sachen Andeutungen drin sind und wo es nur dann konkret wird [...] wenn es darum geht, daß Sozialbbau betrieben wird“. Er fürchte, dass das Freiburger

⁶⁵² Protokoll des Bundeshauptausschusses in Mainz vom 24. Oktober 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A48-9, S. 37-51.

⁶⁵³ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 127.

⁶⁵⁴ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Mainz vom 24. Oktober 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A48-9, S. 63.

Parteiprogramm bei einer Annahme der *Leitlinien* „verjährt“ sei.⁶⁵⁵ Jungdemokrat Rüdiger Pieper fällt hinsichtlich des Jubiläums ein geradezu vernichtendes Urteil: „Es gilt eigentlich noch immer: Zehn Jahre Freiburger Thesen, zehn Jahre nichts davon verwirklicht.“⁶⁵⁶

Das neue Wirtschaftsprogramm ließ sich bei genauerer Betrachtung tatsächlich kaum in die Tradition des Freiburger Sozialliberalismus stellen, enthielt es doch ausschließlich angebotspolitische Konzepte, die auf eine Beibehaltung des Sparkurses durch staatliche Ausgabenkürzungen abzielten. Diese wurden als Maßnahmen „zur Sicherung des sozialen Systems bei gleichzeitiger Konsolidierung der Staatsfinanzen“ angepriesen, welche in einer Situation, für die es „keine Patentrezepte“ gebe, „der beste Weg zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme“ seien. Zwar übernahm man nahezu wortwörtlich die Passagen über „das Recht des Bürgers auf Arbeit [als] ein soziales Grundrecht, das den Staat zur Vollbeschäftigungspolitik verpflichtet“ aus den *Kieler Thesen*, machte aber an anderer Stelle deutlich, dass „durch Kredite oder Steuern finanzierte kurzatmige Konjunkturprogramme, die eine weitere Anhebung der Neuverschuldung der öffentlichen Hände mit sich bringen, auf dem Kapitalmarkt den privaten Investoren Konkurrenz machen und ein [...] schädliches Hochzinsniveau aufrechterhalten“, derzeit keine Option seien. Zeitgemäße Haushaltspolitik müsse „die öffentliche Kreditaufnahme konsolidieren, die staatlichen Ausgaben beschränken [...] und steuerliche Anreize für wirtschaftliche Initiativen schaffen“, denn im „Zentrum der liberalen Strategie für mehr Beschäftigung durch Wachstum stehen nicht die Staatsausgaben, sondern Maßnahmen zur Förderung der privaten Investitionen“. Zur „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ als unabdingbare Voraussetzung für Vollbeschäftigung gehöre eine „maßvolle Lohnpolitik“ ebenso wie „eine sozial vertretbare Selbstbeteiligung für Arbeiter, Angestellte und Beamte an den Kosten der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, z.B. durch die Einführung von Karenztagen oder einen zeitlich begrenzten Abschlag“. Missbrauchsmöglichkeiten bei den Sozialleistungen seien „rigoros abzustellen“.⁶⁵⁷

Letztlich waren die *Leitlinien* von paradox anmutenden Diskrepanzen gekennzeichnet, zwischen Form und Inhalt ebenso wie zwischen Weg und Ziel. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung sollte durch die nahezu uneingeschränkte Orientierung an den Arbeitgeberinteressen erreicht, die dafür notwendigen materiellen Opfer ausschließlich der Arbeitnehmerseite abverlangt werden. Ausgerechnet die in der sozialliberalen Nostalgie des

⁶⁵⁵ Ebd., S. 55-57, 75.

⁶⁵⁶ Ebd., S. 85.

⁶⁵⁷ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 128-137.

Mainzer Bundeshauptausschusses verabschiedeten Beschlüsse markierten somit die endgültige Abkehr von den in den *Kieler Thesen* durchaus noch vorhandenen nachfrageorientierten Ansätzen. Den meisten Parteilinken reichte das Bekenntnis zur Vollbeschäftigung und der versöhnliche Grundtenor offensichtlich aus, um den *Leitlinien* ihre Zustimmung zu geben. Eine weiterführende Diskussion fand nach dem Bundeshauptausschuss nicht statt, wohl auch weil der NATO-Doppelbeschluss zu dieser Zeit alles andere überschattete. Einzig Karl Walter Eschweiler kritisierte im Editorial der parteinahen Zeitschrift *Liberal* diesen Sachverhalt ebenso vehement wie die Beschlüsse an sich:

„Ein besonders heißes Eisen soll der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dienen: die Karenztage bei der Lohnfortzahlung. [...] Die Parteibasis, die ja wohl einen Eingriff in die Lohnfortzahlung mittragen soll, wird nicht konfrontiert mit dem Drückeberger, von dem doch kein Mensch behauptet, daß es ihn nicht gebe. Die Parteibasis wird dem erzürnten Facharbeiter gegenüberstehen, dem die Grippe, die er wirklich hat, gut 20 Prozent des Haushaltsgeldes kosten wird. Sie wird dem zunehmenden Phänomen verschleppter Krankheitsbilder gegenüberstehen, weil der rechtzeitige Arztbesuch plötzlich mit finanziellem Risiko verbunden ist. Man stelle sich vor, der gleiche Eifer beim Vorgehen gegen Mißbrauch würde bei den Eigentumsrechten in unserer Republik an den Tag gelegt. [...] Daß in der Öffentlichkeit niemand mehr über die liberalen Initiativen redet, mag als bedauerlich empfunden werden; daß von den 300 000, die durch Bonn zogen, keiner das höchste Gremium zwischen den Parteitagen auch nur wahrgenommen hat, mag nicht tragisch sein. Aber daß die Liberalen selbst nicht weiterdiskutieren, was sie in Mainz begonnen haben, das ist Anlaß zu größter Besorgnis!“⁶⁵⁸

Noch weit größere Besorgnis musste allerdings die Aufdeckung eines politischen Skandals auslösen, in dessen Zentrum Otto Graf Lambsdorff persönlich stand und der den Ruf der Partei nachhaltig zu schädigen drohte. Bereits zu Beginn des Jahres 1981 waren verschiedene Verstrickungen von FDP-Politikern in fragwürdige Geschäfte ans Licht gekommen, so musste der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Hans-Otto Scholl wegen einer Finanzaffäre in der Pharma-Industrie, der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry aufgrund seiner Rolle bei umstrittenen Waffenexportgeschäften nach Saudi-Arabien zurücktreten.⁶⁵⁹ Mit Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl, der insgeheim Gelder des Waffenhändlers Mertins entgegengenommen hatte, geriet sogar ein Mitglied des Bundeskabinetts ins Visier der Staatsanwaltschaft. Die Öffentlichkeit wusste allerdings noch nicht, dass auch Ermittlungen gegen Lambsdorff liefen, der in seiner Zeit als Schatzmeister des nordrhein-westfälischen

⁶⁵⁸ Eschweiler, Karl Walter: Auseinandersetzung tut not! In: *Liberal* 1981, S. 801-803.

⁶⁵⁹ Karry wurde am 11. Mai 1981 in seiner Frankfurter Wohnung ermordet. Obwohl später ein Bekenntnisschreiben der linksextremen „Revolutionären Zellen“ auftauchte, ist deren Täterschaft umstritten und das Verbrechen noch immer nicht aufgeklärt. Vgl. Die tote Spur. In: *Der Spiegel* 2/2001.

Landesverbandes Spenden der Firmen Flick, Henkel, Unilever und VEBA nicht korrekt vermerkt haben soll.⁶⁶⁰ Dies führte dazu, dass der Wirtschaftsminister, zum völligen Unverständnis seiner Parteikollegen und des Koalitionspartners gleichermaßen, Anfang November 1981 plötzlich von seinem möglichen Rücktritt zu sprechen begann, ohne die wahren Gründe dafür preiszugeben.⁶⁶¹ Als Lambsdorff wenige Wochen später von der Vorbereitung einer Anklage durch die Bonner Staatsanwaltschaft erfuhr, sah er keinen anderen Ausweg als im Kabinett eine Generalamnestie durch Grundgesetzänderung für alle Vergehen im Zusammenhang mit Parteispenden vorzuschlagen. Die Presse reagierte empört auf den Versuch, die gravierenden Anschuldigungen mittels einer Allparteienkoalition möglichst rasch aus der Welt schaffen zu wollen.⁶⁶² Schon bald gerieten auch Politiker von SPD und CDU wie Hans Matthöfer und Rolf Eberle in den Verdacht, auf illegalem Wege Gelder für ihre Parteien beschafft zu haben. Dennoch weigerte sich die sozialdemokratische Fraktion, der angestrebten Generalamnestie im Bundestag ihre Zustimmung zu geben. Nicht wenige Liberale interpretierten dies als mangelnde Loyalität seitens des Koalitionspartners, wodurch die Stimmung in der Bundesregierung um die Jahreswende 1981/82 einen neuen Tiefpunkt erreichte.⁶⁶³ Rolf Zundel beklagte in der *Zeit* die Doppelmoral der Protagonisten: „Während in Bonn die neue Politik der Sparsamkeit verkündet wird, von der Notwendigkeit zu opfern die Rede ist, weil das Land nicht mehr über seine Verhältnisse leben dürfe, wird gegen Geldgeber und Politiker ermittelt, die im Verdacht stehen, den Parteifinzen auf krummem Weg [...] aufgeholfen zu haben.“⁶⁶⁴

Mit der FDP war gerade jene Partei am tiefsten in die Spendenaffäre verwickelt, welche dem Volk am nachdrücklichsten die neue Bescheidenheit predigte. Bis dahin hatten die Freidemokraten stets demonstrativ auf die „Filzokratieanfälligkeit“⁶⁶⁵ der Volksparteien im Gegensatz zur eigenen Authentizität durch Unabhängigkeit verwiesen, und das Ausbleiben größerer Skandale hatte sie in ihrem Ruf als „Saubermänner der Nation“⁶⁶⁶ bestärkt. Tatsächlich waren die Liberalen aber schon immer in viel stärkerem Maße von Großspenden abhängig gewesen als SPD und Union, denn die FDP besaß als traditionelle

⁶⁶⁰ Vgl. Piehl: Machtwechsel 1982, S. 363-364.

⁶⁶¹ Vgl. Koalition: „Da hilft kein Pudern“. In: Der Spiegel 46/1981, S. 17-20.

⁶⁶² Vgl. Spendenaffäre: „Vielleicht sieben Wahrheiten“. In: Der Spiegel 51/1981, S. 17-22. Zundel, Rolf: Krumme Touren, leere Kassen. In: Die Zeit 51/1981.

⁶⁶³ Vgl. Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 379.

⁶⁶⁴ Zundel, Rolf: Krumme Touren, leere Kassen. In: Die Zeit 51/1981.

⁶⁶⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 195/1977, S. 2.

⁶⁶⁶ Jetzt hat's geschnackelt. In: Der Spiegel 7/1981, S. 90.

Honoratiorenpartei keine vergleichbaren Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge.⁶⁶⁷ Die immer wieder beschworene strikte Trennung zwischen Politik und Ökonomie, oberste Maxime des Wirtschaftsliberalismus, wurde spätestens durch die Enthüllung der „Flick-Affäre“ vollends konterkariert: Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs hatten in ihrer Rolle als Bundeswirtschaftsminister dem Unternehmer Friedrich Karl Flick gegen inoffizielle Parteispenden in Höhe von 530.000 Mark dabei geholfen, durch eine fragwürdige Auslegung der Steuergesetzgebung Abgaben in Höhe von zwei Milliarden Mark einzusparen.⁶⁶⁸ Anfang 1982 war das ganze Ausmaß des Skandals gleichwohl noch nicht absehbar und Lambsdorff nahm, wie bereits nach seiner Niederlage auf dem Mainzer Bundesparteitag 1978, rasch wieder Abstand von seinen Rücktrittsgedanken.⁶⁶⁹

Die Mitgliederstruktur der FDP durchlief unterdessen einen signifikanten Wandel, denn in vielen Ortsverbänden kam es um den Jahreswechsel zu Masseneintritten von Angehörigen des „alten Mittelstandes“, die als Taxifahrer, Makler oder Handwerksmeister tätig waren und einer Annäherung der Liberalen an die Union äußerst wohlwollend gegenüberstanden. Es war kaum dem Zufall geschuldet, dass gerade in den Ländern, in denen 1982 eine Parlamentswahl anstand, nämlich Niedersachsen, Hessen und Hamburg, die Anzahl der dem rechten Parteiflügel zuneigenden Neumitglieder besonders hoch war. In der Hansestadt erlebte die FDP eine besonders drastische Personalfluktuaton: Binnen kürzester Zeit gab es 60 Neueintritte in den bis dahin nur 45 Mitglieder zählenden Kreisverband Innenstadt, 23 linksliberal orientierte Hamburger Freidemokraten traten daraufhin geschlossen aus der Partei aus.⁶⁷⁰ Als Organisator der Eintrittswelle galt der Kasseler Bauunternehmer Richard Wurbs, der seit 1979 als Vizepräsident des Bundestages amtierte und zum Namensgeber für die informellen Treffen der wirtschaftsliberalen Fraktionsmitglieder avancierte.⁶⁷¹ Trotz des lockeren Ambiente arbeitete der „Wurbs-Kreis“ äußerst effizient und gewann zunehmenden Einfluss auf die Parteispitze, während sein linksliberales Pendant, der „Sylder Kreis“, längst nur noch als Debattierzirkel ohne politische Bedeutung fungierte.⁶⁷² Auch in der Parteijugend vollzogen sich gravierende Änderungsprozesse, den traditionsreichen Jungdemokraten erwuchs ernsthafte Konkurrenz in Form der *Jungen Liberalen* (JuLis). Im Gegensatz zu den inzwischen mehr oder minder offen linksradikalen „Judos“ gelobten die JuLis der

⁶⁶⁷ Vgl. Lösche / Walter: Die FDP, S. 128.

⁶⁶⁸ Vgl. Piehl: Machtwechsel 1982, S. 365.

⁶⁶⁹ Vgl. In Watte. In: Der Spiegel 3/1982, S. 31-32.

⁶⁷⁰ Vgl. Neues Gesicht. In: Der Spiegel 51/1981, S. 85-89.

⁶⁷¹ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 233.

⁶⁷² Vgl. Merck: Klar zur Wende?, S. 73, 81.

Bundespartei nahezu bedingungslose Treue und vertraten auch dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Da Hans-Dietrich Genscher die Jungdemokraten allerdings noch nicht vollends verlorengaben wollte, existierten beide Organisationen zunächst als parteinahe Jugendverbände ohne offizielle Anerkennung durch die FDP parallel zueinander.⁶⁷³

Zu Beginn des Jahres 1982 rückte die Arbeitslosenquote indes erstmals nah an die Zwei-Millionen-Grenze, was die konjunkturpolitische Zurückhaltung der Bundesregierung kaum noch nachvollziehbar erscheinen ließ.⁶⁷⁴ Otto Graf Lambsdorff vollzog unter dem öffentlichen Druck eine überraschende Abkehr von seiner bisherigen Linie: In einer Kabinettsitzung am 11. Januar unterbreitete er den Vorschlag, allen Unternehmen, deren Investitionen im bevorstehenden Kalenderjahr überdurchschnittlich hoch ausfallen, Steuererleichterungen zu gewähren, die durch eine einprozentige Anhebung der Mehrwertsteuer gegenzufinanzieren seien. Damit brach der Wirtschaftsminister mit seinem eigenen Grundsatz, Steuererhöhungen wegen der schlechten Wirtschaftslage kategorisch auszuschließen. Zur Freude der SPD deutete er sogar Gesprächsbereitschaft hinsichtlich eines von den Gewerkschaften geforderten Konjunkturprogramms an, sofern dieses nicht durch neue Schulden, sondern über Umschichtungen im Haushalt finanziert werde.⁶⁷⁵ Wenige Tage später distanzierte sich Lambsdorff zur Verwirrung seiner Parteifreunde aber wieder von den eigenen Vorschlägen und ließ offiziell verkünden, er habe einer Mehrwertsteuererhöhung in dieser Form nie zugestimmt. Entsprechend orientierungslos präsentierten sich die Redner der FDP in der zeitnahen Bundestagsdebatte: Genscher hielt die Anregungen des Grafen im Namen des Präsidiums noch für erwägenswert, während Fraktionsvize Hans-Günter Hoppe bereits wieder auf die alte und neue Linie der grundsätzlichen Ablehnung von Mehrbelastungen für den Steuerzahler eingeschwenkt war. Selbst überzeugte Lambsdorff-Anhänger wie Richard Wurbs warfen dem Wirtschaftsminister dessen ungewohnten Wankelmut vor, den viele Liberale sich nur als Nebenwirkung seiner Verstrickung in die Spendenaffäre zu erklären vermochten.⁶⁷⁶

Helmut Schmidt reagierte verärgert auf den abermaligen Kurswechsel des kleineren Koalitionspartners und drohte den Freidemokraten mit seinem Rücktritt, sollten diese sich einem Beschäftigungsprogramm weiterhin verweigern. Doch während Genscher im Sommer 1981 noch phasenweise so aufgetreten war, als suche er regelrecht nach dem Absprung aus der Koalition, schreckte er in diesem Fall von der letzten Konsequenz zurück. Lambsdorffs

⁶⁷³ Vgl. Doering / Stockhausen-Doering: Kräfte des Wandels?, S. 203, 216.

⁶⁷⁴ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 230.

⁶⁷⁵ Vgl. Koalition: Zeit der Artigkeiten. In: Der Spiegel 3/1982, S. 19-21.

⁶⁷⁶ Vgl. „Das ist verheult schlecht gelaufen“. In: Der Spiegel 4/1982, S. 19-22.

persönliche Krise und die desolade Lage auf dem Arbeitsmarkt ließen ein Zerbrechen des Bündnisses aufgrund beschäftigungspolitischer Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt wenig ratsam erscheinen.⁶⁷⁷ Zwar zeigten sich führende Liberale demonstrativ empört über das von Schmidt vorgebrachte einwöchige Ultimatum, kündigten aber zugleich ihr Entgegenkommen an, sofern sich die SPD dazu bereit erkläre, für die Förderung des privaten Wohnungsbaus den Mieterschutz zu lockern. Zur Überraschung beider Regierungsparteien verband der Kanzler die Initiierung der *Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität* mit der Vertrauensfrage im Bundestag, bei der am 5. Februar 1982 alle 269 Abgeordneten der Koalition zustimmend votierten.⁶⁷⁸

In der Sache war die von Schmidt mühsam durchgesetzte *Gemeinschaftsinitiative* mit ihrer angebotspolitischen Ausrichtung durchaus im Sinne der FDP, bestand sie doch im Kern aus der von Lamsdorff angeregten Investitionszulage. Parteichef Genscher betonte in einem Brief an die wirtschaftsliberale *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*, dass „die gerade beschlossenen wachstumspolitischen Maßnahmen [...] kein „deficit-spending“-Programm im keynesianischen Sinne“ seien, sondern „Verbesserungen der Rahmenbedingungen und politische Weichenstellungen, [...] damit unternehmerische Investitionen angeheizt werden“.⁶⁷⁹ Die umstrittene Gegenfinanzierung durch Anhebung der Mehrwertsteuer scheiterte allerdings im Bundesrat am Veto der Union.⁶⁸⁰ CDU-Generalsekretär Heiner Geißler griff in der Bundestagsdebatte zur *Gemeinschaftsinitiative* die Regierung scharf an und beklagte, dass noch nie in der bundesdeutschen Geschichte die sozial Schwächeren so belastet worden seien wie unter dem jetzigen SPD-Kanzler, weil dessen Partei sich den Willen der FDP aufzwingen lasse.⁶⁸¹ Dass der geistige Urheber der „Freiheit statt Sozialismus“-Kampagne von 1976 beide Koalitionsparteien nun von links kritisierte, veranschaulichte eindrucksvoll, wie sehr sich die Liberalen mit ihrem angebotspolitischen Kurswechsel durchgesetzt hatten. Dennoch spekulierte Genscher nur wenige Wochen nach der mühsamen Einigung bereits wieder öffentlich über ein mögliches Ende des Regierungsbündnisses wegen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Sozialdemokraten.⁶⁸²

⁶⁷⁷ Vgl. „Tabuzonen darf es nicht mehr geben“. In: Der Spiegel 5/1982, S. 17-19.

⁶⁷⁸ Vgl. „Das war kein Zeichen von Stärke“. In: Der Spiegel 6/1982, S. 17-21.

⁶⁷⁹ Brief Hans-Dietrich Genschers an den Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft vom 12. Februar 1982. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Hans-Dietrich Genscher, N52-159, S. 61.

⁶⁸⁰ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 230.

⁶⁸¹ Vgl. Leuschner, Udo: Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ. Münster 2005, S. 142.

⁶⁸² Vgl. Null Probleme. In: Der Spiegel 8/1982, S. 20-21.

Die Parteilinke war jedoch nicht gewillt, ein weiteres Mal Haushaltsverhandlungen unter Inkaufnahme des Koalitionsbruchs zu führen, und verdeutlichte dies durch ihre bis dahin umfangreichste Mobilisierungskampagne gegen die Politik der Parteiführung. Linksliberale und Jungdemokraten veranstalteten am 27. und 28. Februar in Köln einen öffentlichen Kongress unter dem Titel *Noch eine Chance für die Liberalen*, um unter Berufung auf die *Freiburger Thesen* und das Erbe Karl-Hermann Flachs die Kräfte des linken Flügels zu sammeln und sich als Garant für den Fortbestand der sozial-liberalen Regierung in Stellung zu bringen. Hans-Dietrich Genscher war wenig erfreut über die vermeintlich sektiererischen Tendenzen des Treffens und deshalb daran interessiert, dessen Wirkungsradius möglichst klein zu halten.⁶⁸³ Vom Führungspersonal der Bundespartei wurden lediglich Generalsekretär Günter Verheugen und der stellvertretende Bundesvorsitzende Uwe Ronneburger nach Köln entsandt, während Innenminister Gerhart Baum, den die Veranstalter als ihren Vertreter im Präsidium ansahen, dem Kongress fernblieb. In einem Interview solidarisierte Baum sich auch nur bedingt mit deren Intentionen, indem er erklärte, das Parteiprogramm von Freiburg stehe zwar auch aus seiner Sicht „für die „neue FDP“ und die neue liberale Identität, die über klassisch liberale Positionen hinaus gekennzeichnet ist durch gesellschaftspolitisches Engagement“, es sei jedoch „keine Festlegung auf ein „historisches Bündnis“ mit den Sozialdemokraten“.⁶⁸⁴

Verheugen tat sich in Köln erwartungsgemäß schwer damit, den Erwartungen des Plenums zu entsprechen und zugleich die wirtschafts- und sozialpolitische Linie der Parteiführung zu verteidigen. Er wollte „den Zwang zum Sparen auch als eine Chance zur Reform“ verstanden wissen, ohne ihn „zum Selbstzweck“ zu erheben, und „von vornherein jedem Verdacht entgegentreten [...], die F.D.P. könnte sich zurückentwickeln zur reinen Interessenvertretung der wirtschaftlich Stärkeren“.⁶⁸⁵ Deutlich konsistenter argumentierte Helga Schuchardt, die der beliebten These widersprach, „daß sich Freiburg überholt habe, einfach weil sich die Situation geändert habe“, denn „Liberalismus ist nicht nur für schönes Wetter geeignet, sondern muß seine besondere Bewährung jetzt bestehen“.⁶⁸⁶ Der Liberale habe „in der Politik die Interessen des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren zu vertreten“, und es komme nun gerade wegen der finanziellen Engpässe darauf an, „in die F.D.P. die Grundauffassung

⁶⁸³ Vgl. Aus dem Wespennest. In: Der Spiegel 7/1982, S. 27-28.

⁶⁸⁴ „Die FDP hat keine Alternative“. In: Der Spiegel 9/1982, S. 29-32.

⁶⁸⁵ Verheugen, Günter: Sozialer Liberalismus. In: Liberal 1982, S. 264-265.

⁶⁸⁶ Schuchardt, Helga: Sozialer und demokratischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 67-82, hier S. 69.

einzubringen, daß Freiheit und Gleichheit [...] einander bedingen“.⁶⁸⁷ Noch weiter ging die Kritik von Theo Schiller, der die Konferenz für eine Generalabrechnung mit der von Otto Graf Lambsdorff vertretenen Politik nutzte. Zwar erklärte der ehemalige Jungdemokrat, er sehe die Hauptaufgaben der FDP in der Sicherung des Friedens und des Rechtsstaates, doch könne die Partei „ihre fundamentalen außen- und verfassungspolitischen Funktionen nur dann tragfähig ausüben, wenn auch im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine vorwärtsweisende Orientierung unstrittig die gemeinsame Basis bildet“, wofür man mit den *Freiburger Thesen* eine Grundlage geschaffen habe, „die zwar nicht alle heute zu lösenden Probleme ausfüllt, aber doch die Grundüberzeugungen formuliert, aus denen wir an die Bewältigung der heutigen Aufgaben herangehen können“. Die sozialen Fragen seien keineswegs „zweitrangige soziale Wehwehchen, für die parteipolitisch bitteschön der gemeinwirtschaftliche Flügel der SPD und der sozialkaritative Flügel der CDU zuständig seien“, sondern „zentrale Aufgabe[n] des modernen Liberalismus“. Schiller erinnerte an den fehlgeschlagenen Austeritätskurs im Deutschen Reich während der Weltwirtschaftskrise ab 1929 und lobte demgegenüber Roosevelts expansiven „New Deal“ in den Vereinigten Staaten, der in der gegenwärtigen Situation als Vorbild für die Bundesregierung dienen müsse. Keinesfalls geeignet sei eine „angebotsorientierte Kostensenkungsstrategie auf Arbeitnehmerkosten“, denn wenn alle Industrieländer die Flucht in den Export durch Abstieg auf das „japanische Kostenniveau“ anstreben würden, wäre damit letztlich niemandem geholfen.⁶⁸⁸ Die Quintessenz seiner Rede vermittelte Schiller durch die Formel: „Krisenbewältigung ohne soziale Komponente wäre *Sozialdarwinismus* und nicht Sozialliberalismus.“⁶⁸⁹

Lambsdorff verfasste in der *Liberal* eine Replik auf die Kölner Rede, in der er dem linken Freidemokraten vorwarf, „den Interventionsstaat in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit und dessen Verhältnis zum privaten Sektor unter Tabu“ zu stellen und Probleme wie „Verharzung der Marktstrukturen, Staatsquotenanstieg, überzogene Sozialtransfers“ bewusst auszublenden. Dass die aktuelle Wirtschaftspolitik auch nicht, wie von Schiller behauptet, auf „Kosten der kleinen Leute“ gehe, beweise ein Blick in die Verteilungsstatistik, denn die reale Nettolohnsumme pro Arbeitnehmer habe zwischen 1971 und 1980 trotz zweier Ölkrisen durchschnittlich um zwei Prozent pro Jahr zugenommen. Eine Problematisierung der Lohnkosten als den „in gesamtwirtschaftlicher Sicht [...] bei weitem größten Kostenblock“ sei

⁶⁸⁷ Ebd., S. 76-77.

⁶⁸⁸ Schiller, Theo: Soziale Krise und liberale Erneuerung. In: *Liberal* 1982, S. 246-255.

⁶⁸⁹ Ebd., S. 258. Hervorhebungen im Original.

deshalb nur folgerichtig. Letztlich impliziere jeder Versuch einer Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit eines Wirtschaftssystems durch staatliche Interventionen „eine ideologisch bedingte Bereitschaft zur Hinnahme von wirtschaftlichen Effizienzverlusten“, wie sich am Beispiel der UdSSR besonders anschaulich zeige.⁶⁹⁰ Schon die Tatsache, dass der Wirtschaftsminister sich dazu veranlasst sah, öffentlich auf Kritik aus den eigenen Reihen zu reagieren, konnte als Erfolg für die Linksliberalen verbucht werden, denn erstmals seit dem Programmstreit von 1977 erschien die FDP in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr als monolithischer Block. Diese Tendenz bestärkte auch der maßgeblich von Friedrich Hölscher vorangetriebene Fachkongress *Für Selbstbestimmung und Menschlichkeit im Arbeitsleben*, der am 6. und 7. März 1982 in Essen abgehalten wurde und eine Annäherung von Freidemokraten und Gewerkschaften zum Ziel hatte. Abermals dienten die *Freiburger Thesen* und die Schriften Karl-Hermann Flachs dabei als Referenz für die Forderung nach einem neuen sozialpolitischen Aufbruch.⁶⁹¹ Die von Köln und Essen ausgehende Botschaft an die Parteiführung war deutlich: Ein Bruch der Koalition über die Wirtschafts- und Sozialpolitik würde in naher Zukunft nur zum Preis massiver innerparteilicher Verwerfungen möglich sein.

Genscher und Lambsdorff zeigten sich davon gleichwohl wenig beeindruckt und hielten unbeirrt an ihrem Konfrontationskurs gegenüber der SPD fest. Um die Union von ihrer Blockade der Mehrwertsteuererhöhung abzubringen, schlugen sie anderweitige Steuersenkungen als Geste des guten Willens gegenüber der Opposition vor, was jedoch vom Koalitionspartner ebenso dezidiert zurückgewiesen wurde wie von der Parteilinken. Auch Gerhart Baum stellte sich nun öffentlich gegen die Linie des Bundesvorsitzenden. In Reihen der Sozialdemokraten setzte sich derweil zunehmend die Lesart durch, dass Lambsdorff den Bruch der Koalition gezielt anstrebe und Genscher dabei vor sich hertreibe.⁶⁹² In einem *Zeit*-Interview bezeichnete der Wirtschaftsminister die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages in München, welche unter anderem Steuererhöhungen, die Ausweitung der Montanmitbestimmung und eine Zurückweisung der Karenztage beinhalteten, als „Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge“, dessen „grundsätzliche Ausrichtung“ mit der FDP inkompatibel sei. Die Frage, ob er in einer Regierung ohne die Sozialdemokraten eine Politik nach Muster des „Reaganismus oder Thatcherismus“ betreiben würde, wie von den Gewerkschaften befürchtet, verneinte Lambsdorff allerdings mit der Begründung, dass er

⁶⁹⁰ Graf Lambsdorff, Otto: Soziale Krise und liberale Erneuerung. In: Liberal 1982, S. 533-538.

⁶⁹¹ Vgl. Neue Bonner Depesche 4/1982, S. 12.

⁶⁹² Vgl. Im Quadrat. In: Der Spiegel 19/1982, S. 26-27.

niemals „ein hundertprozentiger Monetarist gewesen“ sei.⁶⁹³ Obwohl der Bundeskanzler versicherte, die Münchener Beschlüsse seien lediglich für die sozialdemokratische Positionsbestimmung und nicht für die Umsetzung in der sozial-liberalen Koalition gefasst worden, gaben sie jenen Freidemokraten Auftrieb, welche die Differenzen zwischen den Regierungsparteien in diesem Politikfeld für unüberwindbar erklärten.⁶⁹⁴

Die Koalitionskrise verschärfte sich durch die Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 6. Juni 1982, als die FDP zum zweiten Mal in Folge an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Günter Verheugen schrieb daraufhin in der *Neuen Bonner Depesche*, das Bonner Regierungsbündnis bedürfe „einer inneren Erneuerung, um bis 1984 erfolgreich arbeiten zu können“, und die hessischen Liberalen einer klaren Koalitionsaussage für die Landtagswahl am 26.

September.⁶⁹⁵ Auch wenn der sozialdemokratische Ministerpräsident Holger Börner mit einer Denkschrift über „Vollbeschäftigung und sozialen Frieden“ Teile der Hessen-FDP gegen sich aufgebracht hatte,⁶⁹⁶ kam deren Ankündigung, die sozial-liberale Koalition in Wiesbaden nicht verlängern und ein Bündnis mit der CDU anstreben zu wollen, durchaus überraschend.

Das von Genscher vorgebrachte taktische Argument, nur so ließe sich eine absolute Mehrheit der Christdemokraten in Hessen und damit eine weitere Kräfteverschiebung zugunsten der Union im Bundesrat verhindern, erschien angesichts des Zustandes der Bundesregierung geradezu absurd.⁶⁹⁷ Wesentlich stimmiger wirkten die Äußerungen des Ehrenvorsitzenden Walter Scheel, der den Wechsel in Wiesbaden als „Beginn einer großen Wende“

interpretierte.⁶⁹⁸ Davon wollten die Linksliberalen, die auf einer Sitzung des Bundesvorstandes heftige Kritik an Genscher und dem hessischen Parteichef Ekkehard Gries übten, nichts wissen. Insbesondere die Tatsache, dass mit Alfred Dregger ein konservativer Hardliner durch liberale Unterstützung zum Ministerpräsidenten gemacht werden sollte, stieß auf ihren erbitterten Widerstand.⁶⁹⁹ Selbst Generalsekretär Verheugen, der bis dahin stets als einer der treuesten Gefolgsmänner Genschers aufgetreten war, ging erstmals öffentlich auf Distanz zum Parteivorsitzenden und warnte in einem Interview explizit vor einer christlich-liberalen Koalition in Hessen.⁷⁰⁰ Zwar mussten sich letztlich alle Vorstandsmitglieder dem landespolitischen Votum fügen, doch die Maxime, dass das Bonner Regierungsbündnis nicht

⁶⁹³ „Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge“. In: Die Zeit 19/1982.

⁶⁹⁴ Vgl. Genscher: „Das geht nicht gut“. In: Der Spiegel 17/1982, S. 17-21.

⁶⁹⁵ Neue Bonner Depesche 6/1982, S. 3.

⁶⁹⁶ Vgl. Zundel, Rolf: Börner will das Bündnis retten. In: Die Zeit 15/1982.

⁶⁹⁷ Vgl. Fack, Fritz Ulrich: Vor der Wende? In: FAZ vom 19.6.1982, S. 1.

⁶⁹⁸ Zit. n. Durchs Fegefeuer. In: Der Spiegel 25/1982, S. 19-21.

⁶⁹⁹ Vgl. ebd.

⁷⁰⁰ „Ich warne vor einer solchen Koalition“. In: Die Zeit 25/1982.

an den bevorstehenden Haushaltsberatungen scheitern dürfe, wurde von den Gegnern der Wende zur Union nun umso entschlossener vertreten. So erklärte beispielsweise Burkhard Hirsch, er sei „nicht in die FDP eingetreten, um eine bestimmte Nettokreditaufnahme durchzusetzen“.⁷⁰¹

Die erste Verhandlungsrunde über den Bundeshaushalt 1983 verlief dann auch überraschenderweise relativ reibungslos. Die Freidemokraten setzten die Einführung einer Selbstbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt, den Verzicht auf Steuererhöhungen, einen Subventionsabbau in Höhe von einer Milliarde Mark und eine Verringerung der Nettokreditaufnahme auf 28,5 Milliarden durch.⁷⁰² Hans-Dietrich Genscher wertete dieses Ergebnis in einem Gastbeitrag für die *Nordsee-Zeitung* als „entscheidende[n] Durchbruch im [...] Prozess der notwendigen Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen“, welchen die FDP den Sozialdemokraten „nach und nach abgerungen“ habe.⁷⁰³ Gegenüber der *Zeit* verkündete er: „Ich habe mich dafür eingesetzt, in dieser Koalition die Wende zu bewirken, und das ist [...] schrittweise gelungen.“⁷⁰⁴ Diese Feststellung entlastete kurzfristig das Regierungsbündnis, denn sachpolitisch schien es damit keinen Grund mehr für eine Beendigung der Koalition vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 1984 zu geben. Wohl unter diesem Eindruck ließ sich der nun wieder völlig linientreue Günter Verheugen zu einem bemerkenswerten Seitenhieb gegen die Linksliberalen hinreissen, als er in der *Neuen Bonner Depesche* schrieb: „Die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung war in diesem Jahr durch äußere Einflüsse erschwert, und zwar [...] durch eine öffentliche Kampagne gegen die F.D.P. mit dem Ziel, die Partei und ihren Vorsitzenden als unzuverlässig und wankelmütig hinzustellen. An dieser Kampagne haben sich auch Parteimitglieder beteiligt. Sie sind mit dafür verantwortlich, daß der Handlungsspielraum in der F.D.P. nicht so weit war, wie wir es uns gewünscht hätten [...]“.⁷⁰⁵ Der Generalsekretär verkannte dabei völlig, dass einzig der massive innerparteiliche Druck Genscher davon abgehalten hatte, mit unerfüllbaren Maximalforderungen in die Haushaltsverhandlungen zu gehen und damit ihr Scheitern zu provozieren.

Dass ein Koalitionswechsel vor 1984 trotz der vermeintlich erfolgreichen „Wende“ keineswegs hinfällig war, verdeutlichten die Ereignisse während der parlamentarischen

⁷⁰¹ Zit. n. Durchs Fegefeuer. In: Der Spiegel 25/1982, S. 19-21.

⁷⁰² Vgl. Neue Bonner Depesche 7/1982: Liberale Argumente, S. 3.

⁷⁰³ Neue Bonner Depesche 7/1982, S. 6.

⁷⁰⁴ „Die Wende ist gelungen“. In: Die Zeit 28/1982.

⁷⁰⁵ Neue Bonner Depesche 7/1982: Liberale Argumente, S. 3.

Sommerpause: Der *Spiegel* berichtete Ende August, der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl habe vor Vertrauten erklärt, Genscher sei seit der Wahlniederlage in Hamburg fest entschlossen, die Hessenwahl „als Vehikel für den Absprung in Bonn“ zu nutzen.⁷⁰⁶ Ob es während der Ferien, die Genscher und Kohl nicht weit entfernt voneinander verbrachten, zu Gesprächen zwischen den Parteivorsitzenden kam ist ungewiss, Genscher wies diesen Verdacht in seinen Memoiren ausdrücklich zurück.⁷⁰⁷ Nach der Sommerpause und vor der zweiten Runde der Haushaltsverhandlungen schien das Klima zwischen den Koalitionspartnern jedenfalls vergifteter denn je. Horst Ehmke, Vorstandsmitglied und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, bezichtigte die Liberalen, in Krisenzeiten stets nach rechts umzufallen, und erinnerte sie an ihre historischen Verfehlungen beim Sozialisten- und Ermächtigungsgesetz. Otto Graf Lambsdorff sprach inzwischen offen über einen Koalitionswechsel zur Union, der nur noch vom FDP-Bundesparteitag im November abgesegnet werden müsse.⁷⁰⁸

Am 30. August beauftragte Helmut Schmidt seinen wechselwilligen Wirtschaftsminister in einer Kabinettssitzung damit, ein Konzept zur Verbesserung der ökonomischen Lage zu erarbeiten. Es spricht einiges für die These, dass der Kanzler den Koalitionsbruch inzwischen als unausweichlich betrachtete und mit dieser Maßnahme den Plan der FDP, mit ihrem Absprung bis nach der Hessenwahl zu warten, vereiteln wollte.⁷⁰⁹ Lambsdorff ließ sich die Gelegenheit, seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf großer Bühne präsentieren und damit die Entzweiung der Koalition vollenden zu dürfen, nicht entgehen. Hans-Dietrich Genscher versicherte ihm die Unterstützung durch die Parteispitze mittels einer bizarr anmutenden Lobeshymne in Versform, die am 4. September 1982 in der Samstagsausgabe der *Bild-Zeitung* unter dem Titel *Der Graf – Ein ganzer Kerl* abgedruckt wurde:

„Lambsdorff ist ein Graf, aber was er ist, mußte er sich hart erarbeiten. Er hat als Soldat im Krieg ein Bein verloren, aber er steht fester als mancher, der auf zwei Beinen den Bückling übt. Er stand nie am Fließband, wie DGB-Vetter es von dem Schwerbeschädigten verlangte – aber 16 Stunden am Tage arbeitet er. Er eckt an, manchmal auch bei seinen Freunden, weil er kantig ist. Er ist geradeheraus. Er ist ein ganzer Kerl. Wenn zur Hatz geblasen wird, ihn ficht's nicht an. Wenn die Meute bellt – er weiß, auf seine Freunde kann er sich verlassen.“⁷¹⁰

⁷⁰⁶ Zit. n. Genscher: „Wir schaffen den Wechsel“. In: *Der Spiegel* 34/1982, S. 17-19.

⁷⁰⁷ Genscher: *Erinnerungen*. S. 456.

⁷⁰⁸ Vgl. *Der Ton zwischen den Koalitionspartnern verschärft sich*. In: *FAZ* vom 1.9.1982, S. 1.

⁷⁰⁹ Vgl. Zierold: *Der Bruch der sozial-liberalen Koalition*, S. 181-183.

⁷¹⁰ *Freie Demokratische Korrespondenz* 145/1982, S. 1.

3.6. „Lambsdorff-Papier“ und Koalitionsbruch

Das Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fokussierte sich auf die vier Aktionsfelder Haushaltskonsolidierung, Investitionsanreize, Deregulierung und Eindämmung der Sozialstaatskosten. Einleitend diagnostizierte Otto Graf Lambsdorff in seiner Ausarbeitung eine „hartnäckige[...] Stabilisierungs- und Anpassungskrise“ der gesamten Weltwirtschaft, welche aber „die Summe einzelstaatlicher Fehlentwicklungen“ darstelle, weshalb „ein wesentlicher Teil der Ursachen unserer binnenwirtschaftlichen Probleme auch im eigenen Land zu suchen“ sei. Eine Hauptursache liege „zweifelloso in der weitverbreiteten und eher noch wachsenden Skepsis“, in „Resignation und Zukunftspessimismus“, verursacht durch eine Wirtschaftspolitik, die zwar „wichtige Schritte in richtiger Richtung unternommen“ habe, doch „vielfach als zu kurzatmig, zu vordergründig, zu unsystematisch und teilweise sogar als in sich widersprüchlich“ angesehen werde. Diese Vertrauenskrise müsse „im Zusammenhang mit tiefgreifenden [...] Veränderungen gesehen werden“, vor allem dem „gravierenden Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote“, dem „starken Anstieg der Staatsquote“, dem „tendenziellen Anstieg der Abgabenquote“ und der „Kreditfinanzierungsquote der öffentlichen Haushalte“. Da die ökonomischen und sozialen Anpassungserfordernisse in der Bundesrepublik „inzwischen in eine erhebliche Dimension hineingewachsen“ seien, müsse zur Verbesserung der Beschäftigungssituation „das erforderliche Mindestmaß sozialer Anpassungsbereitschaft mobilisiert werden“.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei in jedem Fall „die politische Aufgabe Nummer 1 in den nächsten Jahren“, der sich „andere Wünsche und Interessen unterzuordnen“ haben, wobei die „derzeit wieder verstärkt zu hörende Forderung nach einer Politik der forcierten staatlichen Nachfragestützung“ dabei keine Option darstelle. Vielmehr sei eine Wirtschaftspolitik notwendig, die „im Rahmen eines in sich widerspruchsfreien Gesamtkonzeptes [...] schrittweise auf einen Abbau der dargelegten gesamtwirtschaftlichen Strukturprobleme hinarbeitet, die Investitionsbedingungen zuverlässig verbessert und der Wirtschaft damit wieder den Glauben an die eigene Leistung und die eigene Zukunft gibt“. Diese habe sich auf die Festlegung und Durchsetzung „einer überzeugenden marktwirtschaftlichen Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns“, „eines [...] überzeugenden Konsolidierungskonzeptes für die öffentlichen Haushalte“, „einer mittelfristig angelegten [...] Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen von konsumtiver zu investiver Verwendung“ und „einer Anpassung der sozialen

Sicherungssysteme an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten“ zu konzentrieren. Als konkrete Maßnahmen wurden unter anderem eine Senkung des Arbeitslosengeldes, die Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes, eine höhere Selbstbeteiligung bei der Renten- und Krankenversicherung, eine restriktivere Auslegung bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe und Schwerbehindertengesetz, die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine Senkung der Vermögensteuer, Steuervergünstigungen für Investitionen in Risikokapital sowie eine umfassende Deregulierung in der Wohnungswirtschaft vorgeschlagen.⁷¹¹ Lambsdorff schloss sein Konzept mit einer vorweggenommenen Antwort auf die zu erwartende Kritik:

„Wir stehen vor einer wichtigen Wegkreuzung. Wer eine solche Politik als „soziale Demontage“ oder gar als „unsozial“ diffamiert, verkennt, daß sie in Wirklichkeit der Gesundung und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsystem dient. „Sozial unausgewogen“ wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme zuläßt, nur weil sie den Mut nicht aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben. Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbaren Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fordert – und an dessen Ende die *Krise des politischen Systems* steht.“⁷¹²

Bemerkenswert an der Ausarbeitung des Wirtschaftsministers, welche bald nur noch unter dem Namen *Lambsdorff-Papier* kursierte, war nicht nur die Radikalität ihrer Forderungen, sondern auch die Tatsache, wie hart der Graf mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung abrechnete, für die er seit nunmehr fünf Jahren selbst die Verantwortung trug – freilich mal mehr, mal weniger eingeeht durch die Sozialdemokraten. Die wiederholten Verweise auf deren „Widersprüchlichkeit“ verdeutlichten Lambsdorffs Intention: Der Freidemokrat wollte die „irritierende Zerrissenheit zwischen Angebotspolitik und Keynesianismus“⁷¹³, das Signum der sozial-liberalen Wirtschaftspolitik, zugunsten einer eindeutig angebotspolitischen Ausrichtung beenden. Dass der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dabei die oberste Priorität eingeräumt wurde, war keineswegs eine prinzipielle Absage an die von der FDP stets so vehement verteidigte Geldwertstabilität, sondern im Angesicht von fast zwei Millionen Erwerbslosen rein situativer Natur. Nur durch den gefühlten Ausnahmezustand am Arbeitsmarkt ließen sich Lambsdorffs Vorschläge überhaupt rechtfertigen.

⁷¹¹ Neue Bonner Depesche 9/1982: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, S. 3-11.

⁷¹² Ebd., S. 11, Hervorhebungen im Original.

⁷¹³ Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 211-212.

Dass die Erstellung des Papiers kaum eine Woche in Anspruch nahm, war darauf zurückzuführen, dass der Wirtschaftsminister bereits seit der parlamentarischen Sommerpause mit Unterstützung seiner Mitarbeiter Otto Schlecht und Hans Tietmeyer an dem Entwurf gearbeitet hatte. Vermutlich wollte Lambsdorff für den Fall einer neuerlichen Regierungskrise aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein stringentes Konzept mit politischer Sprengkraft griffbereit haben.⁷¹⁴ Selbst Genscher hatte wohl nicht mit einer Fertigstellung vor der Hessenwahl am 26. September gerechnet,⁷¹⁵ doch jetzt trug Lambsdorff die Inhalte seines Papiers bereits am 4. September dem Bundesvorstand und drei Tage später der Bundestagsfraktion vor. Letztere zeigte sich hinsichtlich ihrer Einschätzung von Lambsdorffs Anregungen zutiefst gespalten. Begeisterte Zustimmung kam von Rainer Funke, Jürgen Möllemann und Detlef Kleinert, wohlwollend äußerten sich Wolf-Dieter Zumpfort, Helmut Haussmann und Uwe Ronneburger, skeptisch hingegen Horst-Ludwig Riemer, Burkhard Hirsch und Gerhart Baum, und grundsätzliche Ablehnung artikulierten Manfred Vohrer, Helga Schuchardt und Carola von Braun-Stürzer. Interessanterweise kommentierte Hans-Dietrich Genscher den Inhalt des Konzepts überhaupt nicht, riet aber Lambsdorff ausdrücklich von dessen Intention ab, seine Ausarbeitung der Fraktion und dem Parteivorstand zuzustellen, weil es sich um ein „regierungsinternes Papier“ handele.⁷¹⁶

Die Linksliberalen verbuchten die Tatsache, dass Lambsdorffs Schriftstück nicht als offizielles FDP-Papier durchgehen würde, als Erfolg. Genscher schien erstmals Zweifel an seiner bedingungslosen Unterstützung für den Wirtschaftsminister zu hegen, weil er seinen Zeitplan zum Koalitionswechsel nun ebenso in Gefahr sah wie die Einheit der Partei. Als das *Lambsdorff-Papier* am 9. September dem Bundeskanzler zugestellt und damit veröffentlicht wurde, hielt der Parteichef jedoch eine stark an die Befunde des Konzepts angelehnte Bundestagsrede, in Lambsdorffs Augen „eine der bedeutendsten Reden in Genschers parlamentarischer Laufbahn“.⁷¹⁷ Der freidemokratische Bundesvorsitzende schwankte in den folgenden Tagen zwischen Zustimmung und Beschwichtigung, er schien den Bruch der Koalition zwar nicht bewusst anzusteuern, aber auch nicht mehr an deren Stabilisierung interessiert zu sein. Möglicherweise hoffte Genscher, die Regierungskrise bis zur Hessenwahl aussitzen zu können. Exemplarisch für diese Haltung, die ein klares Bekenntnis ebenso vermied wie eine entschiedene Distanzierung, war die offizielle Erklärung des

⁷¹⁴ Vgl. Piel, Dietmar: Ein Manifest der Sezession. In: Die Zeit 37/1982.

⁷¹⁵ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 181-182.

⁷¹⁶ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 7.9.1982. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-34, S. 2-11.

⁷¹⁷ Zit. n. Koalition: „Der will da raus“. In: Der Spiegel 37/1982, S. 19-25.

Parteipräsidiiums zum *Lambsdorff-Papier* vom 13. September, die außer der Feststellung, dass das Konzept „Anspruch auf eine sachliche und verantwortungsbewußte Diskussion in der F.D.P., in der Öffentlichkeit und im Parlament“ habe, im Grunde keinerlei Aussage traf.⁷¹⁸

Wesentlich eindeutiger fielen die Reaktionen von Seiten der SPD aus. Der Bundesvorstand rügte in einer Erklärung Lambsdorffs Vorschläge als „falsche, weil deflatorische und neokonservative wirtschafts- und steuerpolitische Konzepte“,⁷¹⁹ und der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Wolfgang Roth warf dem Grafen vor, in der Bundesrepublik „frühkapitalistische Experimente“ nach dem Vorbild Ronald Reagans durchführen zu wollen.⁷²⁰ Noch aufgebracht reagierten die Gewerkschaften, so sprach der DGB von einem „wirtschafts- und sozialpolitischen Amoklauf“ und einer „Art Kriegserklärung“ an die Arbeitnehmer, die IG Chemie sah „einen Anschlag auf das im Grundgesetz verbürgte Verfassungsgebot eines demokratischen und sozialen Bundesstaates“.⁷²¹ Selbst aus der Union kam nur wenig Begeisterung für das Konzept, welches ja nicht zuletzt zur Rechtfertigung einer christlich-liberalen Koalition in Bonn erarbeitet worden war. Kurt Biedenkopf kritisierte den „Husarenritt“ des Wirtschaftsministers ausgiebig, dem designierten Bundeskanzler Helmut Kohl erschienen die Ideen als „sozial unausgewogen“, und sogar der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß distanzierte sich von Lambsdorffs „brutale[r] Medizin“.⁷²²

Die Liberalen zerstritten sich indes immer weiter über ihren künftigen Kurs. Andreas von Schoeler warf Lambsdorff vor, mit seinen Ausführungen „die Linie der Partei“ verlassen zu haben, und verdächtigte Genscher, die FDP „rechts von der Union“ ansiedeln zu wollen. Horst-Ludwig Riemer sah seine Partei in einer „Zerreißprobe“, Friedrich Hölscher ihren „Grundkonsens“ in akuter Gefahr, und Ingrid Matthäus-Maier den Zweck des *Lambsdorff-Papiers* einzig in der „Umverteilung von unten nach oben“, woraufhin Wolfgang Mischnick ihr parteischädigendes Verhalten unterstellte.⁷²³ Der FDP-Führung drohte die Kontrolle nun vollends zu entgleiten, und Helmut Schmidt nutzte diese Schwäche, um selbst die Regie über den letzten Akt der Koalition zu übernehmen. Zwar erklärte Lambsdorff in der Kabinettsitzung am 15. September, vermutlich auf Druck Genschers, dass sein Papier lediglich als unverbindliche Anregung gedacht war, doch der Kanzler gab sich damit nicht zufrieden. Er verlangte von seinem Wirtschaftsminister, in einer Parlamentsrede die

⁷¹⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 151/1982, S. 1-2.

⁷¹⁹ Zit. n. Freiberger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der FDP, S. 99.

⁷²⁰ Zit. n. „Ein Standort rechts von der Union“. In: Der Spiegel 38/1982, S. 30.

⁷²¹ Zit. n. Jungblut, Michael: Ein Feldherr ohne Truppen. In: Die Zeit 38/1982.

⁷²² Zit. n. „Wenn nur die FDP nicht wieder reinkommt“. In: Der Spiegel 38/1982, S. 17-27.

⁷²³ Ebd.

Unvereinbarkeit seines Konzepts mit der Linie der Bundesregierung zu erklären, was dieser jedoch unterließ. Möglicherweise hätten Genscher und Mischnick den Koalitionsbruch aufschieben können, wenn sie sich öffentlich von Lambsdorff distanziert hätten, aber auch dies geschah nicht. Damit lieferten sie Schmidt die Begründung, das Regierungsbündnis am 17. September 1982 aufzukündigen. Um ihrer Entlassung durch den Kanzler zuvorzukommen, erklärten die vier Bundesminister der FDP ihren Rücktritt, womit die sozial-liberale Ära nach fast dreizehn Jahren beendet war.⁷²⁴

Vier Tage später verbreitete Hans-Dietrich Genscher in einem Rundschreiben seine Interpretation der Ereignisse, als er erklärte, die Regierung sei „an der Zerrissenheit der Sozialdemokraten gescheitert“, welche aufgrund ihrer Münchener Parteitagebeschlüsse nicht mehr koalitionsfähig gewesen seien.⁷²⁵ Damit legte er den Grundstein für die noch immer geläufige These, Helmut Schmidt habe die Regierung wegen des fehlenden Rückhalts in der eigenen Partei aufgekündigt und die Schuld dafür auf die Freidemokraten geschoben, indem er deren Verhalten als „Verrat“ inszenierte.⁷²⁶ Zwar ist es richtig, dass Teile der SPD Schmidts Wirtschafts- und Außenpolitik argwöhnisch betrachteten, manche Sozialdemokraten nach langen Jahren in der Regierung gar eine gewisse Sehnsucht nach Opposition entwickelt hatten. Dafür dass ein Kanzlersturz aufgrund einer innerparteilichen Revolte unmittelbar bevorstand spricht jedoch äußerst wenig, wohingegen der bundespolitische Wechsel der FDP zur Union im Zuge der Hessenwahl bereits fest eingeplant war. Schmidt sorgte lediglich dafür, dass der Zeitplan der Liberalen durchkreuzt wurde, womit er freilich erst die Voraussetzung dafür schuf, dass die „Schuldfrage“ zu einer Kontroverse hochstilisiert werden konnte.

Die hessische Landtagswahl am 26. September endete für die Freidemokraten mit dem desaströsen Ergebnis von 3,1 Prozent, woraufhin im Bundesvorstand erwägt wurde, die bereits getroffenen Koalitionsvereinbarungen mit der Union von der Zustimmung des für Anfang November angesetzten Bundesparteitages abhängig zu machen. Bei der Abstimmung über diesen Vorschlag unterlagen seine Befürworter mit nur einer einzigen Stimme denkbar knapp.⁷²⁷ Folgerichtig wurde Helmut Schmidt am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler einer christlich-liberalen Koalition gewählt. Die inzwischen keineswegs mehr dem linken Flügel

⁷²⁴ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 183-185.

⁷²⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 159/82, S. 2.

⁷²⁶ Vgl. Bökenkamp: Wechsel statt Wende, S. 165.

⁷²⁷ Vgl. Scholtyssek: Die FDP in der Wende, S. 215-216.

zuzurechnende Hildegard Hamm-Brücher begründete ihre Ablehnung in einer aufsehenerregenden Rede mit dem „Odium des verletzten demokratischen Anstands“, der dem Austausch der Regierung ohne Wählervotum anhafte und „die moralisch-sittliche Integrität von Machtwechseln“ beschädige.⁷²⁸ Mit dem Vollzug der „Wende“ – nun im ganz konkreten Sinne – war die existenzielle Krise der FDP mitnichten überwunden, sondern ging erst richtig los.

Die Gegner des Wechsels sahen ihre letzte Chance darin, Hans-Dietrich Genscher auf dem bevorstehenden Parteitag als Bundesvorsitzenden zu entmachten und somit wieder Handlungsspielraum für die auf den 6. März 1983 angesetzte Neuwahl des Bundestages zu gewinnen. So forderte Hamm-Brücher im Vorfeld der Zusammenkunft ihren Parteichef auf, durch einen freiwilligen Rücktritt „mit gutem persönlichen Beispiel voran[zu]gehen“, da es keine Neuauflage des „Genscherismus“ mehr geben dürfe.⁷²⁹ Das *Lambsdorff-Papier*, welches von Genscher nach anfänglichem Zögern nun doch als programmatische Grundlage für einen Koalitionswechsel angeführt wurde,⁷³⁰ deklarierten die Linksliberalen für indiskutabel und unvereinbar mit der Botschaft der *Freiburger Thesen*. Auf einem Sonderparteitag der FDP Baden-Württemberg, welcher Beschlüsse zur Missbilligung des Koalitionswechsels und zum Rücktritt Genschers verabschiedete, interpretierte Friedrich Hölscher das Konzept des Wirtschaftsministers als „Absage an den seit Freiburg durchgehaltenen Konsens zwischen Wirtschaftsliberalismus und sozialem Liberalismus“, weshalb er seine Parteifreunde aufforderte, „den nach Manchester fahrenden Zug über den Bundesparteitag in Berlin wieder zurück nach Freiburg“ zu bringen.⁷³¹ Andreas von Schoeler erklärte, es gebe „keinen Weg zurück [...] von Freiburg 1971 zu ordo-liberalen Vorstellungen“, ⁷³² und Theo Schiller befand, von den Prinzipien des Freiburger Programms könne sich „eine liberale Partei nicht ohne Selbstaufgabe abwenden“. ⁷³³

⁷²⁸ Hamm-Brücher, Hildegard: Das Odium des verletzten demokratischen Anstands. In: Liberal 1982, S. 790.

⁷²⁹ Hamm-Brücher, Hildegard: Keine Neuauflage des „Genscherismus“. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 23-30.

⁷³⁰ So erklärte er gegenüber dem Deutschlandfunk: „Während die SPD in Bausch und Bogen eine Diskussion praktisch ablehnte über diese Vorschläge, hat die CDU gesagt: Das ist eine Diskussionsgrundlage, da gibt es Dinge, die man akzeptieren kann [...]“. Freie Demokratische Korrespondenz 155/1982, S. 3

⁷³¹ Hölscher, Friedrich: Den liberalen Zug von Manchester mit neuem Personal zurück nach Freiburg fahren! In: In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 46-51.

⁷³² Von Schoeler, Andreas: Jugendrevolte und Protest. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 90-105, hier S. 105.

⁷³³ Schiller, Theo: Gegen die Selbstaufgabe der Liberalen. Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 59-66, hier S. 60.

Angesichts der massiven Kritik an seinem Kurs schien sich der Parteichef inzwischen mit dem Verlust des Großteils des linken Flügels als Preis für den Partnerwechsel in Bonn abgefunden zu haben. In einem Interview mit dem *Saarländischen Rundfunk* äußerte er „die sichere Erwartung, daß jemand, der glaubt, der Kurs der Partei sei so, daß er ihn nicht mehr mittragen kann, daraus persönlich seine Konsequenzen zieht“, ⁷³⁴ also eine überraschend deutliche Aufforderung zum Parteiaustritt an die Adresse seiner Widersacher. Zu diesen zählte mittlerweile auch Günter Verheugen, der in der *Zeit* bemängelte, die FDP sei „gefangen in ihrem Selbstverständnis als obligatorische Regierungspartei“, verharre „in einer gefährlichen sozialen Enge“, und laufe Gefahr, „eine wirkliche Klassenpartei“ zu werden. ⁷³⁵ Otto Graf Lambsdorff räumte in seiner Replik zwar ein, dass die Lage der Partei „so kritisch und so voller Risiken wie nie zuvor“ sei, verortete den Grund dafür allerdings nicht zuletzt darin, dass die dreizehn sozial-liberalen Regierungsjahre einigen Freidemokraten „das liberale Bewußtsein verbogen“ haben. Für diese sei „fortschrittliche Politik nur noch an der Seite der Sozialdemokraten“ denkbar. Die FDP praktiziere in Wahrheit „das genaue Gegenteil einer Klassenpartei, wenn wir Einsicht in unerfreuliche Notwendigkeiten verlangen und niemanden davon ausnehmen“, denn dies bedeute „die Abkehr von den Forderungen der Interessentenverbände und staatlicher Erfüllungspolitik“. ⁷³⁶

Die erste Phase des vom 5. bis 7. November 1982 in Berlin stattfindenden Bundesparteitages stand ganz im Zeichen der Personaldiskussionen. Die wichtigste Entscheidung fiel mit der Wiederwahl Hans-Dietrich Genschers zum Bundesvorsitzenden, wenngleich sein eher unbekannter Herausforderer Uwe Ronneburger immerhin 169 der 400 Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte. Irmgard Adam-Schwaetzer wurde zur Nachfolgerin des aus Protest gegen die „Wende“ zurückgetretenen Generalsekretärs Verheugen gewählt. ⁷³⁷ Trotz 182 Gegenstimmen gelang die Verabschiedung eines Antrags, der die nun schon über einen Monat zurückliegende Wahl Helmut Kohls nachträglich legitimierte: „Der Bundesparteitag billigt die Entscheidung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion zur Bildung der neuen Bundesregierung mit den Unionsparteien. Die F.D.P. setzt sich nach der Aufkündigung zwischen SPD und F.D.P. durch Helmut Schmidt dafür ein, die liberalen Vorstellungen in der Koalition mit der CDU/CSU zum Erfolg zu führen. Insbesondere die drängenden Probleme der

⁷³⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 162/1982, S. 4.

⁷³⁵ Verheugen, Günter: Sind wir Liberalen noch zu retten? In: Die Zeit 43/1982.

⁷³⁶ Graf Lambsdorff, Otto: Die Liberalen haben noch eine Chance. In: Die Zeit 44/1982.

⁷³⁷ Vgl. Genscher behauptet sich als FDP-Vorsitzender. In: FAZ vom 6.11.1982, S. 1.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen machen dies notwendig.“⁷³⁸

Obwohl die linksliberale Offensive gegen Genscher und jede Hoffnung auf eine Revision der „Wende“ damit bereits gescheitert waren, wurde im weiteren Verlauf des Parteitages durchaus noch über die künftige Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik debattiert. Zu diesem Thema lagen unterschiedliche Anträge vor, wobei insbesondere die Entwürfe des Vorstandes und des ehemaligen Generalsekretärs Verheugen hinsichtlich ihrer Einschätzung der Marktwirtschaft divergierten. Im Antrag Verheugens wurde ihr eine „dienende Funktion“ bei der Sicherung der Vollbeschäftigung zugesprochen, wohingegen die Parteiführung sie als prinzipiell bestes System bei der Befriedigung der „ökonomischen Bedürfnisse der Gesellschaft auf zugleich freiheitliche und humane Weise“ beurteilte.⁷³⁹ Weil nach den Verwerfungen über die Personalentscheidungen jedoch ein möglichst integrativer Kurs eingeschlagen werden sollte, wurden die vorliegenden Anträge soweit wie möglich zusammengeführt, weshalb es die durchaus sozialliberal anmutende Formulierung über „die Sicherung der Erwerbsmöglichkeit durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik [als] die Einlösung eines sozialen Grundrechts“ und die Betonung der „Bedeutung des sozialen Friedens als wichtiger Faktor unserer Produktivität“ in die letztlich verabschiedete Endfassung schafften.⁷⁴⁰ Nicht berücksichtigt wurden hingegen Verheugens Forderungen nach „Offenheit gegenüber neuen Unternehmensformen und alternativen Produktionsweisen“ und „Beteiligung der Beschäftigten an den Investitionsentscheidungs-Prozessen“.⁷⁴¹

Mit vereinzelt Gesten des guten Willens ließ sich der tiefgreifende Umbruch der Partei allerdings nicht mehr aufhalten, dem nationalliberalen Exodus der Jahre 1969/72 folgte der sozialliberale von 1982/83. Von ihren rund 68.000 Mitgliedern verlor die Partei etwa 20.000, die prominentesten unter ihnen hießen Ingrid Matthäus-Maier, Andreas von Schoeler, Helga Schuchardt, Friedrich Hölscher, William Borm und Günter Verheugen.⁷⁴² Otto Graf Lambsdorff zeigte sich erzürnt über die Tatsache, dass fast alle scheidenden Freidemokraten ihre Parteiaustritte „mit dem diffusen Vorwurf des Wirtschaftsliberalismus“ begründeten, dessen Umsetzung doch jahrelang von ihnen mitgetragen worden sei.⁷⁴³ Diese Feststellung war insbesondere im Hinblick auf den zur SPD übergetretenen Verheugen nicht gänzlich

⁷³⁸ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 172.

⁷³⁹ Liberal 1982, S. 931.

⁷⁴⁰ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 163.

⁷⁴¹ Liberal 1982, S. 932-933.

⁷⁴² Vgl. Leuschner: Die Geschichte der FDP, S. 154.

⁷⁴³ Freie Demokratische Korrespondenz 197/1982, S. 2.

haltlos, hatte er doch in seiner Zeit als Generalsekretär den strengen Sparkurs aktiv vorangetrieben.⁷⁴⁴ Auch Matthäus-Maier und von Schoeler wechselten zu den Sozialdemokraten, während sich eine Gruppe um William Borm und Theo Schiller an der Gründung einer dezidiert sozialliberalen Partei in der Tradition der *Freiburger Thesen* versuchte. Die *Liberalen Demokraten* blieben jedoch eine Splitterpartei ohne nennenswerte Stimmenanteile und Mitgliederzahlen.⁷⁴⁵ Die Jungdemokraten kappten sämtliche noch bestehende Verbindungen zur FDP, die *Jungen Liberalen* wurden hingegen zum offiziellen Jugendverband der Partei aufgewertet.⁷⁴⁶ Genscher war indes nicht gewillt, das sozialliberale Erbe den abgewanderten Linken zu überlassen. In einem Fernsehinterview kündigte er an, den Wahlkampf für 1983 „auf der Grundlage des Freiburger Programms“ zu führen, da er in diesem einen Reformansatz erkenne, „der vielleicht gerade dann seine Bewährung erfahren muß, wenn wir aus der Not der leeren Kassen die Tugend freiheitlicher Reformen machen müssen“.⁷⁴⁷ Der Parteivorsitzende wollte also die Reformeuphorie der *Freiburger Thesen*, nunmehr völlig befreit von ihren kapitalismuskritischen Anklängen, für die Politik der christlich-liberalen Koalition reaktivieren.

Die von den Gewerkschaften befürchtete radikale Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach britischem und amerikanischem Vorbild fand jedoch auch unter Bundeskanzler Helmut Kohl nicht statt. Zwar kam es zu einigen Umstrukturierungen in den sozialen Sicherungssystemen, die beispielsweise in der Renten- und Krankenversicherung Mehrbelastungen und Leistungskürzungen zur Folge hatten, doch war dies letztlich nichts anderes als die Fortsetzung des Weges, der bereits unter der sozial-liberalen Koalition eingeschlagen worden war. Ein grundlegender angebotspolitischer Kurswechsel mit tiefen Einschnitten in die Sozialsysteme war mit dem linken Flügel der Union, den „Herz-Jesu-Sozialisten“⁷⁴⁸ in den Sozialausschüssen, ebenso wenig umsetzbar wie mit der SPD. Ohnehin dienten nicht Margaret Thatcher oder Ronald Reagan als Leitfiguren für die Wirtschaftspolitik in der „geistig-moralischen Wende“, sondern Ludwig Erhard mit seinem von Alfred Müller-Armack entwickelten Konzept der Sozialen Marktwirtschaft aus den mitunter verklärten 1950er Jahren.⁷⁴⁹ Kurz nach der Wahl Kohls behauptete Hans-Dietrich Genscher gar, die Aufgabe der FDP bestehe nun darin, zum zweiten Mal gemeinsam mit der Union „die Soziale

⁷⁴⁴ Vgl. Nach den „niederträchtigen“ Übertritten zur SPD hofft die FDP auf einen Stimmungsumschwung. In: FAZ vom 27.11.1982, S. 1.

⁷⁴⁵ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 264-265.

⁷⁴⁶ Vgl. Doering / Stockhausen-Doering: Kräfte des Wandels?, S. 257-282.

⁷⁴⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 200/1982, S. 2-3.

⁷⁴⁸ Piel, Dieter: Ein Manifest der Sezession. In: Die Zeit 37/1982.

⁷⁴⁹ Vgl. Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 253-265.

Marktwirtschaft gegen die SPD durchzusetzen“.⁷⁵⁰ Gleichwohl mussten Genscher und Lambsdorff sich schon bald dafür rechtfertigen, dass sie dem neuen Koalitionspartner Steuer- und Schuldenerhöhungen durchgehen ließen, die sie der SPD hartnäckig verweigert hatten, und zugleich von eigenen Kernforderungen wie der Einführung von Karenztagen oder der Streichung des Mutterschaftsgeldes abrückten.⁷⁵¹ Freilich begründete sich die Nachgiebigkeit der Liberalen nicht zuletzt in der eigenen Instabilität und der zeitweilig vollständigen Abhängigkeit vom Wohlwollen der Union nach dem riskanten Wendemanöver, doch machte sie die immer wieder betonte wirtschaftspolitische Notwendigkeit des Partnerwechsels nicht unbedingt glaubwürdiger. Die Bonner Ereignisse der Jahre 1982/83 waren genau genommen eher ein Personalaustausch als ein Politikwechsel⁷⁵² – eine Ansicht, die auch der gestürzte Kanzler Helmut Schmidt retrospektiv vertrat.⁷⁵³

Die Tatsache, dass seine praktische Umsetzung weitgehend ausblieb, ist allerdings kein hinreichender Grund dafür, das *Lambsdorff-Papier* allein auf seine taktische Funktion zu reduzieren. Natürlich erscheint jede Spekulation darüber, ob die FDP im Falle uneingeschränkter Handlungsfreiheit eine Politik nach dem Muster von „Thatcherismus“ und „Reaganomics“ betrieben hätte, schon deshalb abwegig, weil eine absolute Parlamentsmehrheit zu keiner Zeit in der freidemokratischen Geschichte ein ernsthaftes Thema sein konnte. Das *Lambsdorff-Papier* war als Anlass für die Aufkündigung der sozial-liberalen Koalition erarbeitet worden, hatte nicht einmal den Rang eines offiziellen Parteidokuments, und doch stellte Thorsten Freiberger zurecht fest: „Kaum ein Thesenpapier oder Programm der FDP hat so stark das Bild der wirtschaftspolitischen Aussagen und auch der gesamten Partei in der Öffentlichkeit geprägt und zugleich als Orientierungsdokument innerhalb der FDP gewirkt [...]“.⁷⁵⁴ Nicht nur im Bewusstsein von SPD und Gewerkschaften rückte Lambsdorff die Liberalen in die Nähe der neokonservativen Politik Londons und Washingtons, indem er in seinem Konzept Grundfesten des Sozialstaats wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder den bezahlten Mutterschaftsurlaub zur Disposition stellte. Die infolge des sozialliberalen Exodus von Wirtschaftsliberalen dominierte Partei setzte ihre Rolle als marktwirtschaftliches Korrektiv zum größeren Koalitionspartner nach einer kurzen Konsolidierungsphase in der christlich-liberalen Regierung nahtlos fort.⁷⁵⁵ In

⁷⁵⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 175/1982, S. 2.

⁷⁵¹ Vgl. „Auf dieser Regierung liegt kein Segen“. In: Der Spiegel 40/1982, S. 17-24.

⁷⁵² Vgl. Böckenkamp: Wechsel statt Wende, S. 161.

⁷⁵³ So erklärte er in der ZDF-Dokumentation „Kanzlersturz“: „Eine Wende hat es nicht gegeben. Was es gegeben hat, war eine Auswechslung [...] des Regierungspersonals. Das ist alles.“

⁷⁵⁴ Freiberger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der FDP, S. 94.

⁷⁵⁵ Vgl. Böckenkamp: Wechsel statt Wende, S. 178.

dieser Hinsicht nahm die FDP also tatsächlich den von Andreas von Schoeler befürchteten Standort „rechts von der Union“ ein. Zwar musste Lambsdorff 1984 aufgrund der „Flick-Affäre“ von seinem Amt als Wirtschaftsminister zurücktreten, doch nur wenige Monate später übernahm der Saarbrückener Bundesparteitag Kernforderungen seines Papiers in das neue Parteiprogramm.⁷⁵⁶ Der Graf feierte das *Liberale Manifest* von 1985 dementsprechend als „vollständige Absage an den in den siebziger Jahren weitverbreiteten Glauben an die fortschritts- und freiheitsfördernde Rolle des Staates“.⁷⁵⁷

In der freidemokratischen Erinnerungskultur hat das *Lambsdorff-Papier* längst die Rolle eines Schlüsseldokuments eingenommen. Zu seinem dreißigjährigen Jubiläum im Jahr 2012 veröffentlichte die *Friedrich-Naumann-Stiftung* eine Festschrift, die das Konzept als „einen großen und bedeutsamen liberalen Beitrag zur Entwicklung der Bundesrepublik“ würdigte.⁷⁵⁸ Jenseits der offiziellen Geschichtsschreibung der FDP wird das Papier freilich kritischer beurteilt: Bernd Faulenbach sieht in ihm ein „marktradikales Wirtschaftskonzept“,⁷⁵⁹ Ariane Leendertz die Aufkündigung des zwischen allen demokratischen Parteien bestehenden „Konsens über eine pluralistische, soziale Demokratie und staatlich eingebettete Marktwirtschaft“.⁷⁶⁰ In jedem Fall markierte es die irreversible Abkehr von dem 1971 in Freiburg begonnenen Projekt einer über den klassisch-liberalen Kontext hinausgehenden Neudefinition des Freiheitsbegriffs, der aus der Rechtsstaatspartei FDP auch eine Sozialstaatspartei machen sollte. In gewisser Weise stellte das *Lambsdorff-Papier* die *Freiburger Thesen* vom Kopf auf die Füße, indem es deren Forderung nach einer „Reform des Kapitalismus“ zwar implizit aufnahm, ihm aber eine völlig andere Stoßrichtung verlieh: Nicht mehr die ungleiche Verteilung des Eigentums, die gesellschaftliche Macht der Wirtschaftsunternehmen oder die mangelhafte Mitbestimmung der Arbeitnehmer dienten als Zielscheibe der Kritik, sondern die aufgeblähte Bürokratie, ein vermeintlich degenerierter Sozialstaat und die finanziellen Belastungen der Unternehmer. In Anlehnung an die Ausgangsfrage dieses Kapitels ließe sich die Intention des *Lambsdorff-Papiers* wie folgt formulieren: lupenreine Marktwirtschaft *durch* Reform des Kapitalismus.

⁷⁵⁶ Vgl. Freiburger: Die wirtschaftspolitische Programmatik der FDP, S. 125.

⁷⁵⁷ Lambsdorff, Otto Graf: Von Freiburg nach Wiesbaden – Themen und Tendenzen. In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 217-231, hier S. 224.

⁷⁵⁸ Böckenkamp / Doering / Frölich / Grote (Hrsg.): 30 Jahre „Lambsdorff-Papier“, S. 13.

⁷⁵⁹ Faulenbach: Der sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 732.

⁷⁶⁰ Leendertz, Ariane: Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/2017, S. 191-217, hier S. 209.

4. Kollektive Sicherheit vor individueller Freiheit? Rechtsstaatlichkeit im Angesicht des Terrorismus

Die Ideen von Liberalismus und Rechtsstaatlichkeit waren stets so eng miteinander verwoben, dass sie sich ohne weiteres als ideengeschichtliche Zwillinge begreifen lassen. Günter Verheugen formulierte diese unauflösliche Interdependenz folgendermaßen: „Über die historischen Leistungen des deutschen Liberalismus sind unterschiedliche Ansichten möglich. Auch darüber, was Liberalismus überhaupt ist, wird es wohl nie Einigkeit geben. Aber eines stand immer fest: Keine Politik und keine Partei kann liberal genannt werden, die den Rechtsstaat nicht bedingungslos fordert und verteidigt.“⁷⁶¹ Anders als der Sozialstaat war der Rechtsstaat für alle Strömungen des Liberalismus ein unverzichtbarer Referenzpunkt und diente gewissermaßen als ihr kleinster gemeinsamer Nenner. Gleichwohl gab es zwischen Theorie und Praxis mitunter massive Diskrepanzen, beispielsweise bei der nationalliberalen Unterstützung für Bismarcks Sozialistengesetz oder der Zustimmung der unter dem Namen *Deutsche Staatspartei* firmierenden liberalen Rumpffraktion zu Hitlers Ermächtigungsgesetz. Die FDP brauchte bis in die 1960er Jahre, um das Stigma von 1933 abzuschütteln und sich im Zuge von „Spiegel-Affäre“ und Notstandsgesetzgebung als die bundesdeutsche Rechtsstaatspartei zu etablieren. Mit Beginn der sozial-liberalen Koalition sahen sich die Freidemokraten allerdings einer neuen Herausforderung gegenüber, denn erstmals in der Geschichte der BRD fiel das bis dahin stets von der Union geführte Bundesinnenministerium den Liberalen zu. Insbesondere angesichts des aufkeimenden linksextremen Terrorismus galt es nun, die sicherheitspolitischen Aufgaben des Amtes mit dem liberalen Ideal von der Freiheit des Individuums auszustarieren.

⁷⁶¹ Verheugen: Der Ausverkauf, S. 8.

4.1. Hans-Dietrich Genscher: Zwischen Liberalismus und „Law and Order“

In der Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 bestand zwischen der FDP als einziger Oppositionspartei im Bundestag und der von der Studentenbewegung getragenen *Außerparlamentarischen Opposition* (APO) eine Beziehung gegenseitiger Wertschätzung, welche allerdings keineswegs einer unkritischen Solidarisierung gleichkam. Das Streitgespräch zwischen Ralf Dahrendorf und Rudi Dutschke am Rande des Freiburger Bundesparteitages im Januar 1968 symbolisierte dieses ambivalente Verhältnis. Freidemokratische Politiker und studentische Aktivisten kämpften gemeinsam gegen die Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung und liefen beim „Sternmarsch nach Bonn“ am 11. Mai 1968 Seite an Seite.⁷⁶² Mit dem Scheitern dieser Bewegung hatte die APO ihren Zenit aber bereits überschritten und zerfiel in den folgenden Monaten vollständig. Während eine Minderheit der politisch aktiven Studenten in Fundamentalopposition zum westdeutschen Staat verharrte, suchten andere die Mitarbeit in den Jugendorganisationen der Parteien, nicht zuletzt bei den der FDP nahestehenden Jungdemokraten. Im Bundestagswahlkampf 1969 waren die jungen Akademiker eine wichtige Zielgruppe für die Liberalen, weshalb das umstrittene „Achtundsechziger“-Phänomen grundsätzlich positiv beurteilt wurde, wie ein sehr wohlwollender Artikel von Hans Wolfgang Rubin veranschaulichte:

„Die [...] heftigen politischen Köpfe der intellektuellen Jugend, - sie wollen mehr, wollen radikalere Demokratie in der Schule, den Universitäten, an jedem Arbeitsplatz. [...] Natürlich übertreiben sie, schießen über das Ziel hinaus; eine Minderheit ist tatsächlich unbelehrbar; aber sie wollen Rechtes, wissen nur nicht wie, fühlen sich im Stich gelassen, verraten und verkauft – und sind es nicht selten mit den älteren, den Erwachsenen zugleich! [...] Die jungen Intellektuellen [...] handeln aus moralischen Antrieben, und wenn sie politisch Törichtes verlangen, so doch nicht aus niedrigen Motiven. Und auch da, wo sie gegen die Gesetze verstoßen, muß man ihnen zugute halten, daß sie sich bei den Schwerhörigen Gehör verschaffen wollen, und ihnen häufig auch keine andere Wahl bleibt, wie wir alle wissen. Man darf diese jungen Leute nicht schlechthin als kriminell verketzern, auch wenn einige von ihnen aus Verzweiflung alle Maßstäbe vergessen und wirklich kriminell werden.“⁷⁶³

Die „reformerisch-integrative Sogwirkung der sozialliberalen Koalition“⁷⁶⁴ reduzierte die Studentenbewegung dann endgültig auf ihren revolutionären Kern, aus dem mit den *Tupamaros West-Berlin* bereits im November 1969 die erste linksextreme Terrorgruppe der Bundesrepublik hervorging.⁷⁶⁵ Zu Beginn des Bonner Bündnisses zwischen SPD und FDP war allerdings noch keineswegs absehbar, dass sich der einheimische Terrorismus als

⁷⁶² Vgl. Zundel, Rolf: Das Notstands-Happening in Bonn. In: Die Zeit 20/1968.

⁷⁶³ Rubin, Hans Wolfgang: Politische Zuverlässigkeit. In: Liberal 1969, S. 402-403.

⁷⁶⁴ Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg 2005, S. 146.

⁷⁶⁵ Vgl. ebd., S. 149-161.

Zerfallsprodukt der Jugendrevolte zur bis dahin größten Herausforderung für den bundesdeutschen Rechtsstaat entwickeln sollte. Dennoch gab sich Hans-Dietrich Genscher bei seiner Amtsübernahme dezidiert konservativ und sprach sich in seiner Antrittsrede vor den Angehörigen des Innenministeriums gegen das Wort „Machtwechsel“ aus, dem er seine Interpretation des „Funktionswechsels demokratischer Parteien in einer parlamentarischen Demokratie“ entgegenstellte.⁷⁶⁶ Der gebürtige Hallenser, der das Amt vom Christdemokraten Ernst Benda übernommen hatte, bemühte sich also darum, in der inneren Sicherheitspolitik – der weitverbreiteten Aufbruchsstimmung zum Trotz – die Kontinuitäten zu betonen. In der FDP galt der stellvertretende Parteivorsitzende als Mann der Mitte, der zwar keine Affinität zum Nationalliberalismus Erich Mendes aufwies, aber auch dem sozialliberalen Pathos Karl-Hermann Flachs nicht viel abgewinnen konnte.

Dies bedeutete allerdings nicht, dass die Strafverfolgungsbehörden vom großen Modernisierungsversprechen der neuen Bundesregierung ausgeschlossen blieben. Genscher hatte von Anfang an recht konkrete Pläne für eine Polizeireform, welche insbesondere auf einen Ausbau des Bundeskriminalamtes abzielten. Schon in seinem ersten Dienstjahr wurden die Ausgaben für das BKA fast verdoppelt, um neue Stellen in der Bundesoberbehörde für Verbrechensbekämpfung zu schaffen und die technische Ausrüstung der Ermittler zu modernisieren. Dazu zählte auch die Einrichtung einer zentralen Kartei für Personenauskunft und eines Fingerabdruckregisters.⁷⁶⁷ Genscher betrachtete die Förderung des BKA angesichts der rapide steigenden Kriminalitätsrate als Alternative zu den von der Union geforderten Gesetzesverschärfungen. Anders als in seinen Memoiren dargestellt⁷⁶⁸ war der Innenminister jedoch auch Letzteren gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt, so plante er eine Verschärfung des Ausländergesetzes zur Terrorabwehr⁷⁶⁹ und war Wegbereiter für die später innerhalb der eigenen Partei hoch umstrittenen Paragraphen 88a und 130a StGB über die Befürwortung von Gewalttaten und die Anleitung zu deren Ausführung.⁷⁷⁰

Der 14. Mai 1970 markierte mit der gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders die Geburtsstunde der *Roten Armee Fraktion*, welche anfangs fast ausschließlich als *Baader-Meinhof-Gruppe* bezeichnet wurde. Zunächst sorgte die RAF vor allem durch Banküberfälle und Schusswechsel mit der Polizei für Aufsehen, die 1971 mit der Terroristin Petra Schelm

⁷⁶⁶ Zit. n. Genscher stellt sich vor. In: FAZ vom 24.10.1969, S. 4.

⁷⁶⁷ Vgl. Zundel, Rolf: Computer gegen Ganoven. In: Die Zeit 32/1970.

⁷⁶⁸ Genscher: Erinnerungen, S. 141.

⁷⁶⁹ Vgl. FDP: Überwachung lückenhaft. In: FAZ vom 21.4.1970, S. 29.

⁷⁷⁰ Vgl. Herles, Helmut: Ein Blick in das rechtspolitische Innenleben der Koalition. In: FAZ vom 15.6.1979, S. 7.

und dem Polizisten Norbert Schmid erste Todesopfer forderten. Dennoch versicherte Genscher gegenüber der Presse, dass die sechs noch zur Fahndung ausgeschriebenen RAF-Mitglieder „in absehbarer Zeit“ gefasst werden.⁷⁷¹ Mindestens ebenso stark wie der Terrorismus schien die Sicherheitsbehörden zu dieser Zeit die Gefahren des von Rudi Dutschke angekündigten „Marsches durch die Institutionen“ umzutreiben, also das Eindringen ehemaliger „Achtundsechziger“ mit verfassungsfeindlicher Gesinnung in den Staatsapparat. Insbesondere ging es dabei um die Mitglieder der 1968 gegründeten und von der DDR gesteuerten *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP). Aus diesem Grund beschloss die Innenministerkonferenz am 28. Januar 1972 den sogenannten „Radikalenerlass“, der zum Ziel hatte, die Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst zu verhindern, indem man das Eintreten „für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ zur Einstellungsvoraussetzung erhob. Problematisch an der auch als „Extremistenbeschluss“ bekannt gewordenen Maßnahme war vor allem die Praxis der Regelanfrage, welche jede Behörde dazu veranlasste, geeignete Bewerber nur nach Rücksprache mit dem Verfassungsschutz einzustellen. Eine DKP-Mitgliedschaft, selbst eine inaktive oder bereits beendete, konnte somit ausreichen, um beispielsweise einem Lehrer den Eintritt in den öffentlichen Dienst zu verweigern.⁷⁷² Dieser als Instrument der spezifisch westdeutschen „wehrhaften Demokratie“ begriffene Erlass löste im Ausland irritierte Reaktionen aus, so sah beispielsweise die christdemokratische Regierung in Italien, die mit ganz ähnlichen Problemen konfrontiert war, im Radikalenerlass ein Anzeichen für eine Rückkehr zu NS-Praktiken.⁷⁷³

Da der Extremistenbeschluss dem sozialliberalen Versprechen von „mehr Demokratie“ hohnzusprechen schien, war die Empörung vor allem in den Jugendorganisationen der Regierungsparteien entsprechend groß. Die Jungdemokraten, die bereits das allzu energische Vorgehen der Sicherheitsbehörden bei der Fahndung nach RAF-Mitgliedern scharf kritisiert hatten,⁷⁷⁴ gingen nun endgültig auf Konfrontationskurs zu Hans-Dietrich Genscher. Der DJD-Bundesvorstand publizierte eine Erklärung, in welcher dem Innenminister vorgeworfen wurde „immer häufiger weit hinter klassischliberale Rechtsstandpunkte“ zurückzugehen, wie das „faktische Berufsverbot für DKP-Mitglieder“ und die „Hysterie bei der Verfolgung der

⁷⁷¹ Zit. n. Donath, Claus: Jetzt sind es nur noch sechs. In: Die Zeit 1/1972.

⁷⁷² Vgl. Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 482.

⁷⁷³ Vgl. Hof, Tobias: Anti-Terrorismus-Gesetze und Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien in den 1970er und 1980er Jahren. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 7-34, hier S. 29.

⁷⁷⁴ Vgl. Kritik an Genscher. In: FAZ vom 3.3.1971, S. 36.

Baader-Meinhof-Gruppe“ bewaise.⁷⁷⁵ Generalsekretär Karl-Hermann Flach unterstellte daraufhin den Jungdemokraten, „dem Anpassungsdruck der Wortführer einer Anti-Genscher-Kampagne“ erlegen zu sein und „die dringend notwendige Solidarität mit der in schweren politischen Kämpfen stehenden [...] Partei der Konformität mit einigen nun wirklich nicht liberalen Gruppen und Kräften innerhalb eines Teils der Jugend zu opfern“.⁷⁷⁶ Auch der Parteivorsitzende Walter Scheel nahm seinen Stellvertreter in Schutz, lobte dessen „geraden Weg unabhängig von der Kritik von rechts und von links“, und betonte, dass Genscher „auch in der Frage der Beschäftigung Angehöriger radikaler Parteien im öffentlichen Dienst stets einen rechtsstaatlichen Standpunkt vertreten und behauptet“ habe.⁷⁷⁷

Kein Spitzenpolitiker der FDP wollte in einer Phase, in der die Zukunft der Partei ebenso auf Messers Schneide stand wie die Neue Ostpolitik der Koalition, innerparteilichen Dissens aufgrund einer vermeintlich nachrangigen Frage der Innenpolitik zulassen. Vermutlich schien es einigen Freidemokraten auch gerade wegen der angestrebten Aussöhnung mit den sozialistischen Nachbarländern ratsam, im Umgang mit den Kommunisten im Inneren Härte zu zeigen, um der konservativen Opposition nicht noch mehr Angriffsfläche zu bieten. Die Artikulation rechtsstaatlicher Bedenken gegen den Radikalenerlass blieb deshalb zunächst den „Judos“ vorbehalten. Deren neue Bundesvorsitzende Ingrid Matthäus hielt am Konfrontationskurs ihres Verbandes fest und kritisierte Genscher für dessen „Law-and-order-Politik“, mit der er ausschließlich die Klientel der Union anspreche.⁷⁷⁸ Das aus den USA importierte Begriffspaar „law and order“, welches wörtlich übersetzt „Gesetz und Ordnung“ bedeutet, avancierte zu dieser Zeit zum Schlagwort für eine vermeintlich reaktionäre und undifferenzierte Sicherheitspolitik, die jedes Problem mit der Schlagkraft der Exekutive zu lösen gedenkt.⁷⁷⁹ Während die Jungdemokraten damit die Politik des liberalen Innenministers kritisierten, warnte Karl-Hermann Flach davor, die Bundesregierung gebe „den Law-and-order-Predigern der Unionsparteien die Chance, sie als untätig gegenüber dem Verbrechen zu denunzieren“, wenn sie sich Vorschlägen aus den Kreisen von Justiz und Polizei vollständig verweigern würde.⁷⁸⁰

⁷⁷⁵ Zit. n. Jungdemokraten unzufrieden über Innenminister Genscher. In: FAZ vom 25.1.1972, S. 1.

⁷⁷⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 11/1972, S. 1.

⁷⁷⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 16/1972, S. 1.

⁷⁷⁸ Zit. n. Grundsätzlich lebenslang. In: Der Spiegel 28/1972, S. 26.

⁷⁷⁹ Vgl. Saupe, Achim: „Innere Sicherheit“ und „law and order“. Die politische Semantik von Ordnung, Sicherheit und Freiheit in der bundesdeutschen Innenpolitik. In: In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 171-200, hier S. 190-192.

⁷⁸⁰ „Herrschaft der Erzkonservativen verhindern“. In: Der Spiegel 14/1972, S. 25-27.

Die „Mai-Offensive“ der RAF im Frühjahr 1972 mit vier Todesopfern und 74 Verletzten verlagerte den Schwerpunkt der inneren Sicherheitspolitik auf die Antiterrorgesetzgebung.⁷⁸¹ Das FDP-Präsidium veröffentlichte am 29. Mai eine Erklärung, in der es „die Tätigkeit krimineller Anarchisten und ihrer Sympathisanten“ scharf verurteilte und an den Bundestag appellierte, möglichst rasch „für die innere Sicherheit noch ausstehende wichtige Gesetze“ zu verabschieden.⁷⁸² Das Bundesgrenzschutzgesetz sollte Personal und Zuständigkeiten des BGS ausbauen, das Bundeswaffengesetz das Waffenrecht in die Kompetenz des Bundes stellen, das Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben des Bundesamtes um die Überwachung verdächtiger Ausländer erweitern, und die Haftrechtsnovelle den Haftgrund der „Wiederholungsgefahr“ über den Bereich der Sexualverbrechen hinaus ausdehnen.⁷⁸³ Besonders die Reform des BGS galt schon seit Genschers Amtsantritt als dessen Lieblingsprojekt, wenngleich die zahlreichen Kritiker befürchteten, das Vorhaben könnte die Polizeihöhe der Länder unterminieren.⁷⁸⁴

Am 7. Juni 1972, sechs Tage nach der Verhaftung von Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe, stellte der Innenminister dem Bundestag sein vier Schwerpunkte umfassendes sicherheitspolitisches Programm vor. Den ersten Rang in Genschers Zielkatalog nahm der Ausbau der Sicherheitsbehörden des Bundes – BKA, BGS und BfV – ein, gefolgt von einer besseren Kooperation zwischen Bundes- und Landesbehörden, welche besonders durch die Arbeit in der Innenministerkonferenz und ein gemeinsames Sicherheitskonzept erreicht werden könne. Darüber hinaus sei eine schnelle Verabschiedung der vorliegenden Gesetzesentwürfe zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung ebenso notwendig wie Maßnahmen gegen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, welche Kriminalität oder radikale politische Einstellungen entstehen lassen. In seiner Grundsatzrede warb Genscher eindringlich für die konsequente Durchführung des Extremistenbeschlusses vom 28. Januar, da es zur „notwendigen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Radikalismus gehört, daß Feinde unserer Verfassungsordnung vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden“, denn demokratisches Verhalten sei ohne ein entsprechendes Bekenntnis nicht möglich. Hinsichtlich der RAF wandte sich der Freidemokrat gegen diejenigen, welche sich bei ihrem Verständnis für die Terrorakte „auf eine angeblich liberale Gesinnung“ berufen. Eine solche Toleranz sei „zutiefst illiberal, weil sie die Schleusen öffnet für den Kampf gegen die Humanität, gegen die Achtung vor dem Nächsten, gegen sein Leben und seine Freiheit“, und habe das „breite

⁷⁸¹ Vgl. Hof: Anti-Terrorismus-Gesetze und Sicherheitskräfte, S. 9.

⁷⁸² Freie Demokratische Korrespondenz 86/1972, S. 1.

⁷⁸³ Vgl. Länder stimmen zu. In: Die Zeit 28/1972.

⁷⁸⁴ Vgl. Klare Sache. In: Der Spiegel 39/1971, S. 52-54.

Sympathisantenfeld“, das die Arbeit der Polizei nun so erschwere, überhaupt erst ermöglicht. Zwar werde die Bundesregierung „bei der Bekämpfung des Terrors keinen Millimeter vom Weg des Rechts abweichen“, jenes aber „mit Entschlossenheit anwenden“. Obgleich es „keinen kritikfreien Raum, auch nicht für die Organe der inneren und äußeren Sicherheit“ geben dürfe, bemerkte Genscher zum Verhältnis von Bürger und Staatsorganen: „Polizeibeamte sind keine Bullen und der Dienst in der Bundeswehr ist keine minderwertige Tätigkeit. [...] Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr sind nicht notwendige Übel, sondern Garanten unserer Verfassungsordnung.“⁷⁸⁵

Die Rede des Innenministers wurde auffallend häufig von Beifall und zustimmenden Zwischenrufen seitens der Unionsfraktion unterbrochen, deren Mitglieder Genschers Ausführungen nahezu einhellig lobten. Rainer Barzel sprach später von einer „beachtlichen Rede“, Bernhard Vogel dem Freidemokraten „unseren Dank und Glückwunsch“ aus, und Rembert van Delden attestierte Genscher gar, „das Herz der CDU erobert“ zu haben.⁷⁸⁶ Diese Lobeshymnen waren auch deshalb so bemerkenswert, weil nach dem Wechsel nationalliberaler FDP-Abgeordneter zur Union im Bundestag ein Stimmenpatt herrschte und die Opposition in Anbetracht der bevorstehenden Neuwahl eigentlich keine Gelegenheit zum verbalen Schlagabtausch mit den Regierungsparteien ausließ.⁷⁸⁷ Die einzigen kritischen Anmerkungen in der Plenardebatte zu Genschers Grundsatzrede kamen vom Sozialdemokraten Friedrich Schäfer, der auf die rechtsstaatlichen Schwierigkeiten bei einer zu extensiven Auslegung des Radikalenerlasses verwies.⁷⁸⁸ Die Verabschiedung des Gesetzespaketes zur inneren Sicherheit erfolgte dennoch einstimmig.

Genschers Popularitätswerte stiegen durch die Fahndungserfolge gegen die RAF stark an, weshalb ihm für den Bundestagswahlkampf die wichtige Rolle zufiel, verlorengegangene Wählerstimmen aus dem eher konservativen Lager zurückzuholen.⁷⁸⁹ Kritik aus der eigenen Partei, deren neuerlicher Einzug ins Parlament keineswegs als sicher galt, blieb dementsprechend weitgehend aus oder wurde nur mit äußerster Zurückhaltung formuliert. Genschers hessischer Amtskollege Hanns-Heinz Bielefeld räumte im *Spiegel*-Interview ein, man sei mit der in der Haftrechtsnovelle vorgesehenen Ausweitung der Vorbeugehaft möglicherweise „über das Ziel hinausgeschossen“ und dürfe „jetzt nicht in eine

⁷⁸⁵ Deutscher Bundestag: 6. Wahlperiode, 188. Sitzung, 7.6.1972, S. 10975-10982.

⁷⁸⁶ Zit. n. Zucker vor der Hoftür. In: Der Spiegel 25/1972, S. 31-32.

⁷⁸⁷ Vgl. Kaiser, Carl Christian: Weder Höhenflüge noch Tiefschläge. In: Die Zeit 24/1972.

⁷⁸⁸ Vgl. Deutscher Bundestag: 6. Wahlperiode, 188. Sitzung, 7.6.1972, S. 10991-10992.

⁷⁸⁹ Vgl. Grundsätzlich lebenslang. In: Der Spiegel 28/1972, S. 26.

Baader/Meinhof-Hysterie verfallen“. Auf die Frage, ob es für den Ruf der FDP als Bürgerrechtspartei nicht förderlicher gewesen wäre, sich bei der Abstimmung über Genschers Gesetzespaket zu enthalten, antwortete Bielefeld: „Wir haben doch weiß Gott schon bewiesen, daß wir es mit dem Rechtsstaat ernst meinen. Aber ist uns das irgendwann mal honoriert worden, haben die Wähler gesagt, das ist eine phantastische Partei, das sind Kerle, die wählen wir jetzt? Ist doch nicht gewesen.“⁷⁹⁰

Am 5. September 1972 wurden in München elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft von palästinensischen Terroristen als Geiseln genommen und verloren nicht zuletzt wegen des dilettantischen Vorgehens der zuständigen Sicherheitsbehörden ihr Leben. Hans-Dietrich Genscher erhielt für sein couragiertes Verhalten, die persönliche Nähe zu den Geiseln und direkte Verhandlungen mit den Terroristen zu suchen, dennoch große öffentliche Anerkennung und wurde sogar für die Verleihung eines Ehrenabzeichens vorgeschlagen.⁷⁹¹ Als Konsequenz aus den fatalen Ereignissen kündigte der Innenminister den Aufbau einer Antiterrorereinheit innerhalb des Bundesgrenzschutzes an, rekrutiert aus der Elite der Bewerber und ausgerüstet mit den modernsten Waffen.⁷⁹² Auch das BKA sollte unter Genschers Obhut weiter expandieren, für 1973 war ein Etat von 122 Millionen Mark veranschlagt, fast 100 Millionen mehr als noch im Jahr 1969. Der Freidemokrat setzte sich zum Ziel, das Amt zum „Großhirn der Polizei“ auszubauen, „um das uns die Welt beneiden wird“. ⁷⁹³ In ihrem Aufruf zur Bundestagswahl lobte die FDP ihren stellvertretenden Vorsitzenden dafür, „jahrzehntelange Versäumnisse bei der Wahrnehmung der Verantwortung des Bundes für die innere Sicherheit“ aufgearbeitet zu haben, enthielt sich aber sämtlichen Anleihen bei einer „Law-and-Order“-Rhetorik. Stattdessen wurde eine „liberale Rechtspolitik, welche das größtmögliche Ausmaß an Freiheiten und Rechten des einzelnen mit dem notwendigen Maß an Sicherheit des Bürgers verbindet“, beworben.⁷⁹⁴ Das solide Ergebnis von 8,4 Prozent bei der Wahl am 19. November 1972 sicherte die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition ebenso wie Genschers Verbleib im Bundesinnenministerium.

Dass die neue Legislaturperiode ganz im Zeichen der Auseinandersetzungen über die innere Sicherheit stehen würde, deutete sich bereits bei der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung am 25. Januar 1973 an. Der Christdemokrat Alfred Dregger unterstellte

⁷⁹⁰ „Polizeistaat? – Wir müssen auf der Hut sein“. In: Der Spiegel 28/1972, S. 68-71.

⁷⁹¹ Vgl. Genscher: Erinnerungen, S. 160.

⁷⁹² Vgl. Nette Sache. In: Der Spiegel 40/1972, S. 93-94.

⁷⁹³ Zit. n. Merkmal Damenbart. In: Der Spiegel 44/1972, S. 65-68.

⁷⁹⁴ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 164.

dem Bundeskanzler, sein Vortrag habe eine „inhaltliche Aussage zum Angriff der Systemveränderer auf unsere verfassungsgemäße Ordnung“ ebenso vermissen lassen wie zur „beklagenswerten Lage der Universitäten“. Der konservative Hardliner zweifelte an der Bereitschaft der Koalition, den Kampf gegen den Terrorismus aufzunehmen und „dem Klima der Verharmlosung, Beschönigung und Verunsicherung entgegenzutreten“. Dem widersprach der freidemokratische Abgeordnete Burkhard Hirsch entschieden, indem er auf die Notwendigkeit verwies, „zwischen kriminellen politischem Terror und erlaubten politischen Aktionen auch von Randgruppen“ zu differenzieren, und Dregger daran erinnerte, dass nicht alle Demonstranten „potentielle Baader-Meinhofs“ seien. Der „schlichte Ruf nach law and order“ dürfe nicht dazu missbraucht werden, „das politische Engagement dieser kritischen Bürger zu politischem Radikalismus zu verfälschen“.⁷⁹⁵ Zudem betonte Hirsch, dass es keinen absoluten Schutz gegenüber Gewalttätern geben könne, die ihr eigenes Leben nicht achten – einen derart expliziten Hinweis auf die Grenzen der Staatsmacht bei der Terrorismusbekämpfung hatte es bis dahin im Bundestag nicht gegeben.⁷⁹⁶ Auch Genscher, den Dregger dazu aufgerufen hatte, „gegen modische Torheiten [...] anzugehen und gegen die Unterhöhlung des rechtsstaatlichen Bewußtseins [...] immer wieder neu Front zu machen“, wies die Ausführungen des Unionsabgeordneten als „unerträgliche Diffamierung“ zurück. Bei Debatten zur inneren Sicherheit müsse man „nicht nur ein Wort dazu zu sagen, wie man die Gegner dieses Staates bekämpfen soll, sondern auch zu der vordringlichen Frage, wie man verhindert, daß Menschen überhaupt Gegner dieses Staates und dieser Gesellschaft werden“. Die „Integration der jungen Generation ebenso wie die Integration der Kräfte an den Flügeln unseres Parteiensystems“ sei „eine der wichtigsten Aufgaben aller demokratischen Parteien“.⁷⁹⁷

Für diese Ausführungen erhielt der Innenminister zwar keinen Applaus von der Opposition, doch er traf damit das Stimmungsbild seiner Partei. In der FDP nahm nach der überstandenen Schicksalswahl vom November 1972 die Bereitschaft zu, sich einer Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik zu widmen. Am 14. April 1973 beschloss der Bundesfachausschuss für Innen- und Rechtspolitik eine Reform der Vollstreckung der Haftstrafe auf Lebenszeit, was dessen Sprecher Detlef Kleinert damit begründete, dass „ein Strafvollzug über 15 Jahre hinaus [...] nur als Rache zu verstehen“ und „eines modernen Rechtsstaats unwürdig“ sei. Diese Praxis treffe junge Täter stärker als ältere und Sorge beim Gefangenen für „Stumpfheit

⁷⁹⁵ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 9. Sitzung, 25.1.1973, S. 307-323.

⁷⁹⁶ Vgl. Saupe: „Innere Sicherheit“ und „law and order“, S. 197.

⁷⁹⁷ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 9. Sitzung, 25.1.1973, S. 323-324.

und Resignation“. Der Resozialisierungsgedanke stehe dabei „völlig im Hintergrund“, und eine abschreckende Wirkung des lebenslangen Freiheitsentzuges sei „ebenso wenig nachgewiesen wie etwa bei der Todesstrafe“. Deshalb müsse nach 15 Jahren – oder im Falle starken körperlichen Verfalls nach zehn Jahren – ein Gericht überprüfen, ob eine Entlassung auf Bewährung möglich sei.⁷⁹⁸ Der rechtspolitische Berater der FDP, Rechtsprofessor Jürgen Baumann, äußerte den Verdacht, „daß die lebenslange Freiheitsstrafe dasjenige Rachebedürfnis der Gesellschaft übernehmen muß, welches früher die Todesstrafe übernommen hatte“, und regte an, nicht nur den Vollzug, sondern auch den Ausspruch der Haftstrafe auf Lebenszeit abzuschaffen. Die FDP müsse „für ein Strafrecht der Vernunft sorgen, selbstverständlich unter Berücksichtigung des berechtigten Sicherheitsbedürfnisses der Gesellschaft“.⁷⁹⁹

Zur Kardinalfrage des richtigen Maßes zwischen Freiheit und Sicherheit entwickelte sich jedoch diejenige nach der Legitimität des Radikalenerlasses. Der Hamburger Dieter Biallas hatte den Beschluss bereits auf dem Bundeshauptausschuss in Bad Godesberg am 17. März 1973 mit einem Zitat aus Karl-Hermann Flachs „Grüner Bibel“ kritisiert: „Wer abweichende Lehren als Häresie verbietet und kritisches Leugnen des Gültigen als Ketzerei verfolgt, behindert nach liberaler Auffassung den gesellschaftlichen und politischen Fortschritt.“⁸⁰⁰ Zu einer Grundsatzdiskussion über den Radikalenerlass kam es in Bad Godesberg jedoch noch nicht, weil auf dem „kleinen Parteitag“ die Rolle der FDP im Parteiensystem, die Ausrichtung bei zukünftigen Wahlkämpfen und die Abgrenzung von der SPD im Vordergrund standen. Die erste Revolte gegen den Extremistenbeschluss blieb deshalb dem linken Flügel des Koalitionspartners vorbehalten, welcher auf dem sozialdemokratischen Bundesparteitag am 14. April 15 Anträge einbrachte, die den Erlass grundsätzlich ablehnten. Diese wurden zwar nicht angenommen, bewirkten aber immerhin, dass die Delegierten Nachbesserungsbedarf in Form einer „Präzisierung“ einforderten. Im Windschatten des SPD-Parteitages formierte sich auch zunehmender Widerstand bei den Liberalen. Während Hans-Dietrich Genscher unbeirrt am Wortlaut des Beschlusses festhielt, ließ der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Uwe Ronneburger verlauten, er halte den Radikalenerlass „nicht nur für überflüssig, sondern sogar für schädlich“. Helga Schuchardt befürchtete, dieser werde letztlich das Gegenteil seiner ursprünglichen Intention bewirken, nämlich eine Solidarisierung der

⁷⁹⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 83/1973, S. 1-2.

⁷⁹⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 130/1973, S. 4-5.

⁸⁰⁰ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Bad Godesberg vom 17. März 1973. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-115, S. 94.

nichtkommunistischen Linken mit der DKP.⁸⁰¹ Auf einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz Ende Juni 1973 äußerten die Vertreter der Landesverbände Bayern, Berlin, Hamburg und Bremen den Wunsch nach klarer rechtsstaatlicher Handhabung des Erlasses und einer etwaigen Stellungnahme des Bundesvorstands.⁸⁰²

Der Fall Volker Götz rückte den Umgang mit Kommunisten im öffentlichen Dienst schließlich ins Zentrum der innerparteilichen Auseinandersetzungen. Das DKP-Mitglied sollte in Nordrhein-Westfalen zum Richter auf Probe ernannt werden und erhielt dafür Unterstützung vom Freidemokraten Ulrich Klug, der als Staatssekretär im Justizministerium tätig war. Während die SPD ebenfalls für die Ernennung von Götz plädierte, stellten sich die FDP-Minister der Landesregierung geschlossen dagegen und drohten sogar mit der Aufkündigung der sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf.⁸⁰³ Mit Helga Schuchardt, Andreas von Schoeler, Friedrich Hölscher, Martin Bangemann und Herbert Christ verfassten daraufhin fünf Mitglieder der Bundestagsfraktion einen öffentlichen Brief an Bundeskanzler Willy Brandt, in welchem sie ihn dazu aufforderten, sich für eine vollständige Aufhebung des Radikalenerlasses einzusetzen.⁸⁰⁴ Diese Kampfansage an die innenpolitische Linie Hans-Dietrich Genschers wurde jedoch nicht von allen Linksliberalen unterstützt, Karl-Hermann Flach hielt sich ebenso zurück wie Werner Maihofer, während Gerhart Baum lediglich verlauten ließ, seine Meinung sei in diesem Falle „sehr differenziert“. ⁸⁰⁵ Gleichwohl nahm der Druck auf den Bundesinnenminister weiter zu, als die Landesparteitage in Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die Landesvorstände in Berlin und Baden-Württemberg gegen den Radikalenerlass gerichtete Beschlüsse fassten.⁸⁰⁶ Der Jungdemokrat Friedrich Neunhöffer übte in einem Artikel für die *Zeit* vernichtende Kritik am Extremistenbeschluss. Unter der Überschrift *Berufsverbote: Ein Stückchen Faschismus* betonte er den Wert der kommunistischen Gesellschaftstheorie, der man gleichwohl „in vielem heftig widersprechen müsse“, für eine fortschrittliche Politik. Ihre Unterdrückung verschiebe „das ganze politische Spektrum nach rechts“ und hemme den Demokratisierungsprozess. Neunhöffer wandte sich gegen die Praxis, Kommunisten wegen Zweifeln an ihrem Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung eine Laufbahn im öffentlichen Dienst zu verwehren, dafür aber massenweise „schlappschwänzige

⁸⁰¹ Zit. n. Staatspension für Revolutionäre? In: Der Spiegel 15/1973, S. 30-47.

⁸⁰² Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 28. bis 30. Juni 1973. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-197, S. 13-14.

⁸⁰³ Vgl. Je nach Gusto. In: Der Spiegel 36/1974, S. 25-26.

⁸⁰⁴ Vgl. Ein Teil der Bonner FDP macht Front gegen Genscher. In: FAZ vom 4.8.1973, S. 1.

⁸⁰⁵ Zit. n. Gottvater Brandt. In: Der Spiegel 33/1973, S. 20-21.

⁸⁰⁶ Vgl. ebd.

Opportunisten, die mit Sicherheit für gar nichts eintreten“, einzustellen. Die Bundesregierung spiele mit dem Radikalenerlass „das Spiel ihrer politischen Gegner“ und schütze damit nicht etwa die Demokratie, sondern greife deren Fundamente an.⁸⁰⁷

Am 25. August 1973 traf sich der freidemokratische Bundesvorstand, um über den Problemkomplex Radikalenerlass zu beratschlagen. Mit nur einer Gegenstimme⁸⁰⁸ verabschiedete das Gremium zehn Thesen zum Extremistenbeschluss, welche zwar eine Nachbesserung, keineswegs jedoch eine grundlegende Revision des Erlasses einforderten:

„1. Der öffentliche Dienst in einem freiheitlichen Rechtsstaat darf nicht den Gegnern der freiheitlich demokratischen Grundordnung überlassen werden. 2. Dieser Verteidigung der Freiheit muß auch und gerade gegenüber den Feinden der Freiheit mit einem Höchstmaß an Rechtsstaatlichkeit erfolgen. 3. Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28.1.1972 hat das Ziel einer eindeutigen und einheitlichen rechtsstaatlichen Handhabung der geltenden Gesetze nicht erreicht. 4. Alle Entscheidungen über die Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst können sich nur auf geltendes Recht stützen. 5. Hiernach muß in jedem Einzelfall geprüft werden, ob tatsächlich Anhaltspunkte für einen begründeten Zweifel bestehen, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einsteht. 6. Diese Einzelfallprüfung verbietet jede pauschale und generalisierende Wirkung. 7. Vor der Entscheidung über die Versagung ist dem Bewerber die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den gegen ihn vorliegenden Ablehnungsgründen zu geben. 8. Der Bewerber hat einen Anspruch darauf, daß die Ablehnung der Einstellung schriftlich zu begründen ist. Die Ablehnung darf nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützt werden. 9. Die F.D.P. tritt damit in Bund und Ländern dafür ein, das geltende Recht nach den oben dargelegten Grundsätzen auf gesetzgeberischem Wege zu ergänzen, um seine eindeutige und einheitliche rechtsstaatliche Handhabung sicherzustellen. 10. Im Interesse der Rechtssicherheit hält es die F.D.P. zugleich für notwendig, in der Frage des Verhältnisses zwischen der Treuepflicht der Beamten und dem Parteienprivileg des Grundgesetzes eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes herbeizuführen.“⁸⁰⁹

Durch die Gewährleistung einer bundesweit einheitlichen Auslegung des Erlasses wollten die Liberalen das Maß an Willkür, mit dem die Landesregierungen den Extremistenbeschluss umsetzten, auf ein rechtsstaatlich erträgliches Maß zurechtstutzen. Eduard Neumaier kommentierte in der *Zeit*, die FDP habe in ihrer doppelten Funktion als Ordnungs- und Rechtsstaatshüterin „die Kunst des Sowohl-Als-auch souverän angewendet“.⁸¹⁰ Die entscheidende Frage, ob die Mitglieder nicht verbotener extremistischer Parteien als Verfassungsfeinde zu behandeln seien, also die Treuepflicht der Beamten schwerer wiege als das parteipolitische Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes, sollte der Judikative

⁸⁰⁷ Neunhöffer, Friedrich: Berufsverbote: Ein Stückchen Faschismus. In: Die Zeit 35/1973.

⁸⁰⁸ Vgl. Kritik der Freien Demokraten am Radikalen-Beschluß. In: FAZ vom 27.8.1973, S. 1.

⁸⁰⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 149/1973, S. 1-2.

⁸¹⁰ Neumaier, Eduard: Neue Feinde gesucht. In: Die Zeit 36/1973.

überantwortet werden. Diese Position übernahm kurz darauf auch Willy Brandt, wobei er nach Rücksprache mit Hans-Dietrich Genscher erklärte, die Bundesregierung sei sich darin einig, dass „die Treuepflicht der Beamten Vorrang vor dem Parteienprivileg“ habe.⁸¹¹

Auf dem vom 12. bis 14. November 1973 in Wiesbaden stattfindenden Bundesparteitag sollten die zehn Thesen des Vorstandes offiziell verabschiedet werden. Die Jungdemokraten beharrten allerdings weiterhin auf der vollständigen Abschaffung des Radikalenerlasses, was Friedrich Neunhöffer damit begründete, dass die Bestrafung von legalem politischen Engagement „gegen den politischen Grundsatz des Liberalismus, der Rechtsstaatlichkeit heißt“, und „gegen das Prinzip der Meinungsfreiheit“ verstoße. Zwar seien die Thesen des Vorstandes ein gewisser Fortschritt, da sie die fehlende Rechtmäßigkeit der bisherigen Praxis anerkennen, doch habe die Parteispitze aus diesem Befund nicht die hinreichenden Konsequenzen gezogen. Andreas von Schoeler konstatierte stellvertretend für den linken Parteiflügel, der Vorstandsbeschluss habe „einiges dazu beigetragen, daß die Diskussion über die Frage der Einstellung von Bewerbern im öffentlichen Dienst in den letzten Wochen ein größeres Maß an Sachlichkeit erfahren hat, als es bisher der Fall war“. Er forderte allerdings Konkretisierungen hinsichtlich der Verteilung der Beweislast zwischen Bewerber und Behörde und der Bewertung von Parteimitgliedschaft oder Funktionärsenschaft eines Kandidaten. Von Schoelers Ansicht nach reiche eine solche nicht zur Begründung einer Ablehnung aus, denn damit stelle man „die Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Partei [...] in das Ermessen einer Behörde“.⁸¹²

Hans-Dietrich Genscher warb hingegen eindringlich für die Annahme des Antrags in seiner ursprünglichen Form und wies zugleich die Argumentation der Jungdemokraten zurück: „Engagement wollen wir. Aber von denjenigen, die in unseren staatlichen Organen tätig sind, verlangen wir eben ein Engagement für und nicht gegen die Demokratie. [...] Kein Volk sollte seine Geschichte verleugnen, und wenn wir aus unserer Geschichte eine Lehre ziehen, dann die: Wehret den Anfängen!“⁸¹³ Dass der Entwurf des Vorstandes trotz der erheblichen Meinungsverschiedenheiten letztlich fast einstimmig angenommen wurde, verdankte er einem Zusatzantrag von Werner Maihofer, der mit folgendem Wortlaut die Angehörigen des linken Flügels mit den zehn Thesen zu versöhnen vermochte: „Auch die Mitgliedschaft oder Funktionärsenschaft in einer Partei oder Organisation entbindet nicht von der

⁸¹¹ Zit. n. Den Teufel tun. In: Der Spiegel 39/1973, S. 25-26.

⁸¹² Protokoll des Bundesparteitages in Wiesbaden vom 12. bis 14. November 1973. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-491, S. 46-60.

⁸¹³ Ebd., S. 81-82.

Notwendigkeit, daß im Falle einer Ablehnung des Bewerbers konkret festgestellt werden muß, daß der Bewerber als Person sich verfassungsfeindlich verhält.“⁸¹⁴

Noch vor der erwarteten Grundsatzentscheidung des Verfassungsgerichts zum Verhältnis von Treuepflicht und Parteienprivileg legte die Bundesregierung einen auf Basis der FDP-Parteitagebeschlüsse ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vor, der das Bundesbeamtengesetz, das Deutsche Richtergesetz und das Soldatengesetz zur Gewährleistung eines bundesweit einheitlichen und rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrens bei der Einstellungspraxis erweitern sollte. Die gesetzliche Verpflichtung zur Einzelfallprüfung war jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einem Vorrang des Parteienprivilegs, denn auch wenn die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen extremistischen Partei – konkret ging es hierbei fast immer um die DKP – nun nicht mehr zur Begründung einer Ablehnung ausreichte, galt die Legalität einer Partei mitnichten als Gewähr für die Verfassungstreue ihrer Mitglieder. Die Priorität der Treuepflicht betonte der Bundesinnenminister bei einer Rede anlässlich der Vereidigung von Dienstanfängern des Bundesgrenzschutzes: „Niemand kann sich in Zukunft mehr darauf berufen, daß er seine verfassungsfeindlichen Ziele im Rahmen einer nicht verbotenen Partei verfolgt. Die Toleranzbreite beim Parteienverbot befreit niemanden von der Treuepflicht gegenüber der Verfassung, wenn er Beamter werden will.“ Dabei werde sich die Bundesregierung auch nicht von jenen beirren lassen, „die mit dem Etikettenschwindel angeblicher Berufsverbote in der Vergangenheit Sturm gelaufen sind und in Zukunft Sturm laufen werden“.⁸¹⁵

Am 16. Mai 1974 wechselte Hans-Dietrich Genscher als Nachfolger von Walter Scheel ins Auswärtige Amt. Seine viereinhalb Jahre als oberster Dienstherr der Sicherheitsbehörden waren gekennzeichnet von dem Versuch, einen Mittelweg zwischen dem radikal-liberalen Laissez-faire der Jungdemokraten und dem erkonservativen „Law-and-Order“-Kurs der Unionsparteien zu beschreiten. Im Zweifelsfall neigte er, bei aller Distanzierung von der scharfen Rhetorik rechter Hardliner und dem stetigen Verweis auf unverhandelbare Rechtsstaatsprinzipien, eher Letzterem zu. Eine Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik auf Kosten ihrer Effizienz kam für Genscher nicht in Betracht und lag auch nicht im Interesse seines Ressorts. Unter diesen Umständen war es für die FDP äußerst schwierig, ihr Image als Rechtsstaatspartei zu behaupten, gerade gegenüber einer SPD, deren prosperierender linker Flügel nicht weniger entschlossen für die Bürgerrechte kämpfte als jener der Liberalen.

⁸¹⁴ Ebd., S. 107-108.

⁸¹⁵ Zit. n. Genscher „interpretiert Radikalengesetz“. In: FAZ vom 8.3.1974, S. 4.

Initiativen freidemokratischer Rechtspolitiker zur Revision der lebenslangen Haftstrafe und Teilerfolge wie die Präzisierung des Radikalenerlasses änderten daran zunächst wenig, zumal der Höhepunkt des linksextremen Terrorismus – entgegen aller Erwartungen⁸¹⁶ – erst noch bevorstand.

⁸¹⁶ Vgl. Hof: Anti-Terrorismus-Gesetze und Sicherheitskräfte, S. 10.

4.2. Werner Maihofer: Im Zweifel für die Freiheit?

Mit Werner Maihofer wurde der wohl profilierteste Vertreter der Linksliberalen in der FDP zum Nachfolger Hans-Dietrich Genschers im Bundesinnenministerium ernannt. Der Professor für Rechts- und Sozialphilosophie war in den 1960er Jahren als entschiedener Fürsprecher einer Strafrechtsreform politisch in Erscheinung getreten,⁸¹⁷ später federführend bei der Ausarbeitung der *Freiburger Thesen* gewesen und nach der Bundestagswahl 1972 als Minister für besondere Aufgaben ins zweite Kabinett Brandt berufen worden. Diese von Walter Scheel durchgesetzte Maßnahme sollte als Kompensation für den linken Parteiflügel dienen, dessen Vertreter mit der Ernennung von Hans Friderichs zum Bundeswirtschaftsminister haderten.⁸¹⁸ Dass sie nach Genschers Wechsel ins Auswärtige Amt ihren Kandidaten gegen Otto Graf Lambsdorff durchsetzen konnten, verdankten die Linksliberalen möglicherweise nicht zuletzt der Tatsache, dass sich einige der eher konservativen Freidemokraten von der Arbeit im „Mammutressort“ eine Schwächung des umtriebigen Programmatikers Maihofer erhofften.⁸¹⁹ Für die Opposition war die Berufung des politischen Intellektuellen zum obersten Wächter über die innere Sicherheit eine willkommene Gelegenheit, die Kompetenzen der Regierung in diesem Bereich grundsätzlich in Frage zu stellen, repräsentierte Maihofer doch gerade jenen Typ Politiker, den die Union grundsätzlich der Verharmlosung und Beschwichtigung hinsichtlich der Gefahren des Linksradikalismus verdächtigte.⁸²⁰

Der Radikalenerlass stand dann auch bald wieder auf der Tagesordnung, als der von CDU und CSU dominierte Bundesrat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst vorlegte. Im Gegensatz zur Konzeption der Bundesregierung hielt dieser die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer nicht verbotenen extremistischen Partei für ausreichend, um dessen Verfassungstreue in Frage zu stellen. In ihrer Stellungnahme zum Bundesratsentwurf betonte die Regierung jedoch vor allem die Gemeinsamkeiten wie den Vorrang der Treuepflicht, und billigte das Papier der Länderkammer als „Diskussionsgrundlage“, was von der Presse sogleich als Hinweis darauf gedeutet wurde, dass

⁸¹⁷ Vgl. Rigoll, Dominik: Liberalisierung und Illiberalisierung. Innere Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 41-64, hier S. 43-44.

⁸¹⁸ Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 631.

⁸¹⁹ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 280-281.

⁸²⁰ Vgl. Harte Kontroverse zum Abschluß der Bundestagsdebatte. In: FAZ vom 22.5.1974, S. 1.

der Bruch des neuen Innenministers mit der Sicherheitspolitik Hans-Dietrich Genschers möglicherweise weniger radikal ausfallen würde als zunächst angenommen.⁸²¹

Im sozial-liberal regierten Hamburg sorgte die Auslegung des Extremistenbeschlusses derweil für eine Koalitionskrise, die Erinnerungen an den Fall Volker Götze weckte, jedoch unter völlig konträren Vorzeichen stand: Gegen den Willen der FDP verhinderte die SPD im Senat die Übernahme der Kommunisten Siegrid Genth und Uwe Post in den Schuldienst der Hansestadt. Die Sozialdemokraten bezogen sich dabei auf ein Urteil des Obergerichtes, wonach – durchaus in Übereinstimmung mit dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung – eine DKP-Mitgliedschaft zwar keine Ablehnung, wohl aber eine detaillierte Durchleuchtung des Bewerbers rechtfertige. Während Genth und Post für die SPD ihre Einzelfallprüfungen nicht bestanden hatten, wehrten sich die Hamburger Liberalen dagegen, Kommunisten überhaupt als Verfassungsfeinde einzustufen, und subsumierten sie stattdessen unter dem Terminus „kritische Demokraten“.⁸²² Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher reisten persönlich nach Hamburg, um in einer Krisensitzung mit den Spitzen der Landesparteien den Koalitionsstreit aus der Welt zu schaffen.⁸²³ Es dauerte jedoch noch mehrere Wochen, bis die Auseinandersetzung offiziell beigelegt wurde. Nach fast zwölfstündigen Verhandlungen einigten sich die Regierungsparteien auf eine gemeinsame Erklärung, die verlauten ließ, die Einstellungspraxis solle weiterhin „nach Maßgabe des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung“ und „unter der Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung“ erfolgen. Zwar rang die Hamburger SPD den Freidemokraten ihre Zustimmung zu der Feststellung ab, dass „Mitgliedschaft und Funktionärsenschaft Anlaß sind zu besonderer Prüfung“, doch wurde zugleich festgestellt, dass „Sachverhalte, die bei der Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst zu berücksichtigen wären, nach wie vor unterschiedlich beurteilt werden“ können.⁸²⁴ Der sozial-liberale Dissens in der Elbmetropole machte nicht nur deutlich, dass eine Einzelfallprüfung keineswegs höhere Rechtssicherheit für den Bewerber gewährleistete, sondern auch, wie unterschiedlich die Haltung zum Radikalenerlass in den einzelnen Landesverbänden der FDP war. Hatten die nordrhein-westfälischen Liberalen im Fall Götze auf eine rigorose Auslegung bestanden, so erweckten die Hamburger den Eindruck, den Beschluss auf das kleinstmögliche Maß

⁸²¹ Vgl. Maihofer will keinen Disput. In: FAZ vom 5.8.1974, S. 4.

⁸²² Vgl. Binder, Sepp: Rangeln um die Radikalen. In: Die Zeit 37/1974.

⁸²³ Vgl. Schmidt und Genscher greifen in den Koalitionsstreit ein. In: FAZ vom 7.9.1974, S. 2.

⁸²⁴ Zit. n. Koalitionspartner über unterschiedliche Auffassungen einig. In: FAZ vom 9.10.1974, S. 1.

zurechtstutzen zu wollen. Das „Kartell der Landesparteien“⁸²⁵ erfuhr in der Radikalenfrage also eine gewisse Renaissance.

Werner Maihofer erlebte in der Hansestadt indes eine schwere persönliche Niederlage, als er auf dem von 30. September bis 2. Oktober 1974 abgehaltenen Bundesparteitag den schon sicher geglaubten stellvertretenden Parteivorsitz Wirtschaftsminister Hans Friderichs überlassen musste. Dieser Rückschlag bekräftigte den in den Medien weit verbreiteten Eindruck, Maihofer sei mit seinem Ressort gänzlich überfordert und im Grunde untauglich für den Posten des Bundesinnenministers.⁸²⁶ Anders als seinem Vorgänger Genscher gelang es ihm nicht, durch Fahndungserfolge gegen Terroristen zu glänzen und dadurch die rechten Flügel der Regierungsparteien oder gar die hochgradig skeptische Opposition von sich zu überzeugen. Andererseits fiel Maihofer auch nicht, wie sich manch Linksliberaler bei seiner Ernennung erhofft haben mochte, als entschlossener Kämpfer für eine Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik auf, sondern neigte mitunter durchaus zu einer gewissen „Law-and-Order“-Rhetorik – wohl auch, um seinem Ruf als unzuverlässiger Zauderer entgegenzuwirken.

In der Regierungserklärung anlässlich der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann durch die *Bewegung 2. Juni* erhob der Innenminister schwere Vorwürfe gegen die Anwälte der inhaftierten Terroristen, „die ihre Stellung als Verteidiger mißbrauchen und nicht nur ein engmaschiges Kommunikationsnetz der Häftlinge untereinander hergestellt haben, sondern die auch die Verbindung zu den leider zahlreichen Sympathisanten der Terroristen unterhalten“, wofür er wohlwollende Zurufe und Beifall aus der Unionsfraktion erhielt. Die Rolle des liberalen Bürgerrechtlers fiel in der anschließenden Bundestagsdebatte Burkhard Hirsch zu, der auch die RAF-Anwälte nicht von der Unschuldsvermutung ausschließen wollte und den Wert der anwaltlichen Privilegien, „für die wir kämpfen, die wir verteidigen und die im Interesse des Rechtsstaates nötig sind“, betonte. Es sei „eine schwierige Aufgabe des Staates, hier ermittelnd einzugreifen“, doch von den anwaltlichen Standesorganisationen sei zumindest zu erwarten, „daß sie diesen Fragen unverzüglich nachgehen und eindeutige Erklärungen der beteiligten Verteidiger herbeiführen“. An die Unionsabgeordneten gewandt, die seine Rede wiederholt mit hämischen Zwischenrufen unterbrachen, erklärte Hirsch: „Der Rechtsstaat ist keine Schönwetterveranstaltung, und die Rechtsstaatlichkeit ist keine Maske, [...] hinter der sich

⁸²⁵ Lösche / Walter: Die FDP, S. 168.

⁸²⁶ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 282-283.

nackte Herrschaftsgewalt verbirgt, [...] und wenn es uns nicht gelingt, das deutlich zu machen, sind wir es selbst, die den Rechtsstaat verraten.“ Willi Weyer, freidemokratischer Innenminister von Nordrhein-Westfalen, widersprach seinem Parteifreund wiederum in einigen Punkten und regte hinsichtlich möglicher krimineller Verstrickungen von Anwälten eine Revision der Strafprozessordnung an. Laut dem Plenarprotokoll des Bundestages brachte ihm dieser Vorschlag „lebhaften Beifall“ ein, allerdings ausschließlich von Seiten der Opposition.⁸²⁷ Die Haltung der FDP in dieser Frage erwies sich somit als ähnlich diffus wie beim Radikalenerlass.

Die „Aktion Winterreise“ im November und Dezember 1974 offenbarte die Machtlosigkeit der Strafverfolgungsbehörden gegenüber den Unterstützern des Terrorismus in der linksradikalen Szene. Zwar konnte man im Rahmen dieser Fahndung elf Personen festnehmen, doch mussten mit Ausnahme der Journalistin Brigitte Heinrich alle wieder aus der Untersuchungshaft entlassen werden, ohne dass eine Anklage gegen sie erhoben werden konnte. Das Wissen über die Strukturen der RAF war zu diesem Zeitpunkt zu gering, um den vermeintlichen Unterstützern konkrete Straftaten nachweisen zu können. Dennoch avancierte die „Winterreise“ unter den linken Intellektuellen in der Bundesrepublik zum Symbol für eine zunehmend hysterische Jagd auf „Sympathisanten“, wie der Schriftsteller Heinrich Böll sie in seiner Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* eindringlich geschildert hatte. Zugleich polemisierte die Union wegen der mangelhaften Fahndungserfolge immer heftiger gegen die Bundesregierung und insbesondere Werner Maihofer, der Politikern wie Alfred Dregger und Heinz Schwarz geradezu als personifizierte Erfolglosigkeit im Kampf gegen den Terrorismus galt.⁸²⁸ Selbst der liberale *Spiegel* kam am Jahresende zu einem ernüchternden Urteil über den Freidemokraten: „Nach sieben Monaten Amtszeit steht Innenminister Maihofer noch immer im Schatten seines Vorgängers Genscher. Obwohl ihm bislang niemand eine Panne nachweisen konnte, gilt er als erfolgloser Politiker.“⁸²⁹

Die Entführung von Peter Lorenz, Landesvorsitzender der Berliner CDU, durch die *Bewegung* 2. Juni am 27. Februar 1975 brachte die Bundesregierung in die Extremsituation, ein konkretes Menschenleben gegen die abstrakten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung abwägen zu müssen, denn Lorenz sollte nur im Austausch gegen inhaftierte RAF-Mitglieder wieder freigelassen werden. Bundeskanzler Helmut Schmidt entschied sich dafür, auf die Bedingungen der Entführer einzugehen, worin er von den FDP-Ministern in seinem Kabinett

⁸²⁷ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 130. Sitzung, 13.11.1974, S. 8795-8809.

⁸²⁸ Vgl. Maihofer bezichtigt Dregger der Verfälschung. In: FAZ vom 2.12.1974, S. 6.

⁸²⁹ Alle Menschen sind gut. In: Der Spiegel 50/1974, S. 36-38.

bestärkt wurde. Das freidemokratische Präsidium billigte auf seiner Sitzung am 4. März das Vorgehen der Staatsmacht im Fall Lorenz einhellig.⁸³⁰ Generalsekretär Martin Bangemann erklärte, ein demokratischer Staat müsse die Frage, ob er einem Erpressungsversuch nachgeben solle, in jedem Einzelfall neu entscheiden, da sich dies niemals grundsätzlich beantworten lasse.⁸³¹ Als am 24. April 1975 sechs RAF-Terroristen in die westdeutsche Botschaft in Stockholm eindrangen, um durch Geiselnahme die Befreiung von 26 Inhaftierten, darunter darunter Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, zu erzwingen, befand sich die Bundesregierung erneut in diesem Dilemma. Kanzler Schmidt zeigte sich im Krisenstab nun allerdings dazu entschlossen, nicht noch einmal einem terroristischen Ultimatum nachzugeben. Während die Union Schmidts Sinneswandel vorbehaltlos unterstützte, äußerten die Vertreter der FDP Zweifel an der unnachgiebigen Haltung des Regierungschefs. Außenminister Hans-Dietrich Genscher empfand als Dienstherr der Stockholmer Geiseln eine besondere Fürsorgepflicht, während Werner Maihofer dafür plädierte, einen Kompromiss mit den Erpressern auszuhandeln, ohne konkrete Vorschläge hinsichtlich dessen Ausgestaltung einzubringen. Weil sie keine substantziellen Alternativen anzubieten hatten, fügten sich Außen- und Innenminister schließlich dem Kurs des Kanzlers.⁸³² Die Geiselnahme endete noch in derselben Nacht durch die Explosion eines von den Terroristen gelegten Sprengsatzes, zwei Botschaftsangestellte ließen im Verlauf der Ereignisse ihr Leben.

Am nächsten Tag präsentierte Helmut Schmidt dem Bundestag seine Lehre aus der Botschaftsbesetzung: „Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, muß innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist.“⁸³³ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick schloss sich Schmidts Einschätzung an, dass ein Nachgeben gegenüber den Terroristen in diesem Falle eine weit größere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich gebracht hätte als bei der Lorenz-Entführung, und die Rettung der Geiseln selbst bei Erfüllung aller Forderungen nicht sicher gewesen wäre.⁸³⁴ Werner Maihofer befürwortete die Entscheidung des Bundeskanzlers nachträglich ebenfalls, verwies in einem *Spiegel*-Interview allerdings auf die Notwendigkeit, „streng auf dem Boden unserer rechtsstaatlichen Ordnung [zu] bleiben und keinen Vorwand für Solidarisierungs-Kampagnen [zu] liefern“. Bei der Union grassierte bezüglich sogenannter

⁸³⁰ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 38/1975, S. 1.

⁸³¹ Freie Demokratische Korrespondenz 41/1975, S. 2.

⁸³² Vgl. „Mein Instinkt sagt mir: Nicht nachgeben!“ In: Der Spiegel 18/1975, S. 23-28.

⁸³³ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 168. Sitzung, 25.4.1975, S. 11784.

⁸³⁴ Ebd., S. 11787-11788.

Sympathisanten „ein erschreckender Sprachgebrauch, mit dem man alles in einen Topf rührt, was einem gedanklich unbequem ist oder politisch nicht paßt“, wodurch selbst ein Mann wie Heinrich Böll „in die Rolle des Komplizen“ gedrängt werde. Dies dürfe jedoch nur für Leute gelten, die nachweislich „vorbereitende, unterstützende, begünstigende [...] Aktivitäten entfalten“.⁸³⁵ Trotz der auch von Maihofer betonten „Solidarisierung der Demokraten in Regierung und Opposition“ in Folge der Stockholmer Ereignisse wollte der Innenminister es offenbar vermeiden, den Anschein einer Allparteienkoalition in der inneren Sicherheitspolitik zu erwecken.

Der Spielraum für eine liberale Profilierung in diesem Feld schien sich jedoch eher noch weiter zu verengen, denn Schmidt und Genscher waren sich über die Unverzichtbarkeit eines neuen Gesetzespaketes zur Terrorismusbekämpfung einig. Der Entwurf von Justizminister Hans-Jochen Vogel sah die Einführung des neuen Straftatbestandes „Terroristische Vereinigungen“, ein verschärftes Haftrecht für Mitglieder solcher Vereinigungen und eine Anzeigepflicht für Straftaten, die Einführung des „Kronzeugen“ sowie eine Ausweitung der Verteidigerüberwachung vor, stieß jedoch in den Fraktionen beider Regierungsparteien auf große Skepsis.⁸³⁶ Wie schon in der Frage des Radikalenerlasses verlief die Grenze zwischen liberaler und konservativer Sicherheitspolitik nicht zwischen FDP und SPD, sondern quer durch beide Parteien. Besonders die vorgesehene Überwachung der Gespräche zwischen einem Rechtsanwalt und seinem inhaftierten Mandanten wurde in der freidemokratischen Bundestagsfraktion kontrovers diskutiert. Detlef Kleinert erklärte die einstimmige Ablehnung durch den rechtspolitischen Arbeitskreis, da diese Maßnahme einen erheblichen Rechtsverlust darstelle, durch den nicht einmal praktische Erfolge garantiert seien. Kleinert mahnte mehr „Gelassenheit des Rechtsstaates“ im Umgang mit der terroristischen Bedrohung an, um die Sympathisanten-Szene nicht weiter anwachsen zu lassen. Diese Haltung wurde von der Mehrheit der Fraktionsmitglieder, nicht jedoch von Hans-Dietrich Genscher und Werner Maihofer geteilt. Der Bundesinnenminister sah trotz rechtlicher Bedenken keine Alternative zur Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs. Er habe als liberaler Jurist „seinem Herzen einen Stoß“ geben müssen, um sich die Zustimmung zu dieser Maßnahme abzurufen, und erwarte selbiges auch von seinen Fraktionskollegen. Neben der Verteidigerüberwachung wurden auch gegen die aus den USA übernommene Kronzeugenregelung Einwände

⁸³⁵ „Dann könnten Terroristen nur zum Nordpol“. In: Der Spiegel 19/1975, S. 27-30.

⁸³⁶ Vgl. Zundel, Rolf: Die Wirkung des Terrors strahlt aus. In: Die Zeit 24/1975.

erhoben.⁸³⁷ Bei der ersten Beratung des Gesetzespaketes im Bundestag räumte Detlef Kleinert die „innere Zerrissenheit der Fraktionen, die die Regierung tragen“, unverhohlen ein. Hans Engelhard versprach seinen skeptischen Parteifreunden für die anstehenden Ausschussberatungen „eine eingehende rechtspolitische Kosten-Nutzen-Analyse“.⁸³⁸

Ende Juli 1975 geriet der angesichts der jüngsten Terrorakte fast schon vergessene Radikalenerlass durch ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts wieder in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatte. Zur Überraschung der Bundesregierung urteilten die Karlsruher Richter, dass die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen extremistischen Partei sehr wohl ausreichend sei, um einem Bewerber die Einstellung in den öffentlichen Dienst zu verweigern. Damit waren die beabsichtigte Stärkung des Parteienprivilegs und die Verpflichtung zur Einzelfallprüfung hinfällig und der Status quo vom 28. Januar 1972 im Grunde wiederhergestellt. Gerhart Baum, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesinnenministers, kündigte sogleich an, die Regierung werde sich soweit wie möglich „über das Urteil hinwegsetzen“, um „ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit“ zu gewährleisten.⁸³⁹ Dies offenbarte die Ratlosigkeit in den Koalitionsparteien im Umgang mit einem Beschluss, der anscheinend nicht mit dem Prinzip der Rechtssicherheit in Einklang gebracht werden konnte. Werner Maihofer wurde kurz darauf bei einer Veranstaltung des FDP-Verbandes Hochtaunus zum Thema Rechtsstaat mit schweren Vorwürfen von Lehrern konfrontiert, die im Extremistenbeschluss eine durch nichts zu rechtfertigende Diskriminierung erblickten. Einer persönlich betroffenen jungen Frau, die als DKP-Mitglied nach dem Referendariat entlassen worden war, aber explizit betonte, sie trete ausschließlich für Veränderungen auf friedlichem Wege ein, hielt der Innenminister entgegen, Friedfertigkeit sei kein Gewähr für Verfassungstreue.⁸⁴⁰

Ralf Dahrendorf, ehemaliger Shootingstar der FDP und nach vierjähriger Tätigkeit in der EG-Kommission inzwischen als Professor an der *London School of Economics* tätig, plädierte in einem Beitrag für die *Zeit* dafür, den Begriff des öffentlichen Dienstes nach britischem Vorbild möglichst eng zu fassen und auf Ministerialbeamte und Militärs zu beschränken, um das Problem zu lösen.⁸⁴¹ Diesen Weg beschritt die Bundesregierung zumindest ansatzweise, als sie in einem neuen Artikel des Beamtenrechtsrahmengesetzes die obligatorische

⁸³⁷ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 3.6.1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-10, S. 26-30.

⁸³⁸ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 178. Sitzung, 12.6.1975, S. 12453, 12506.

⁸³⁹ Zit. n. Goldene Worte. In: Der Spiegel 31/1975, S. 28-29.

⁸⁴⁰ Vgl. Der Rechtsstaat, seine Feinde und liberale Politik. In: FAZ vom 27.8.1975, S. 3.

⁸⁴¹ Dahrendorf, Ralf: „Radikale“ und „öffentlicher Dienst“. In: Die Zeit 33/1975.

Treuepflicht für die Auszubildenden relativierte. An der Einzelfallprüfung, nach der eine Parteimitgliedschaft keinen hinreichenden Grund für die Ablehnung eines Bewerbers biete, hielt der Entwurf fest.⁸⁴² Am 21. Oktober 1975 kam es in der freidemokratischen Bundestagsfraktion zu einer Aussprache über den Extremistenbeschluss. Karl Moersch, Staatsminister im Auswärtigen Amt, beklagte die Verunsicherung der Schüler und Studenten, die der Erlass mit sich gebracht habe. So seien allein im CDU-regierten Baden-Württemberg rund 60.000 Akten über die politische Betätigung von Schülern angelegt worden, was Ministerpräsident Hans Filbinger und Innenminister Karl Schiess anzulasten sei. Hans-Dietrich Genscher war sich mit den Linksliberalen Andreas von Schoeler und Gerhart Baum darin einig, dass die FDP mit ihren Wiesbadener Parteitagebeschlüssen von 1973 eine hervorragende Basis für eine rechtsstaatliche Regelung geschaffen habe, die es nun umzusetzen gelte. Victor Kirst, der des Öfteren nicht mit der Position seines Hamburger Landverbandes übereinstimmte, verlangte von den Anwesenden, die FDP müsse deutlicher machen, dass auch sie bei DKP-Mitgliedern in der Regel Zweifel an deren Verfassungstreue hege, was im neuen Entwurf der Bundesregierung nicht ausreichend zur Geltung komme.⁸⁴³

Die Fraktion diskutierte außerdem über die Ausarbeitung des Paragraphen 130 a StGB, welcher bereits 1971 von Genscher angeregt worden war und die „Befürwortung von Straftaten“ unter Strafe stellen sollte. Weil rasch Konsens darüber erzielt werden konnte, dass der Tatbestand nur Schriften mit Anleitungen oder konkreten Aufforderungen zu Straftaten, keineswegs aber literarische Erzeugnisse erfassen dürfe, sprachen sich Maihofer und von Schoeler für eine Nachbesserung hinsichtlich der Formulierung aus. Genscher schlug daraufhin vor, von „Aufforderung“ statt von „Befürwortung“ zu sprechen, während Engelhard anregte, die Strafbarkeit möglicherweise auf Anleitungsbücher zu beschränken.⁸⁴⁴ Maihofer übermittelte diese Bedenken an Justizminister Vogel und unterbreitete zugleich einen bemerkenswerten Kompromissvorschlag: Paragraph 130 a solle sich auf die „Anleitung zu Straftaten“ beschränken, im Gegenzug jedoch ein Paragraph 88 a über die „Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ eingeführt werden. Obwohl Vogel zunächst skeptisch war, setzte sich Maihofer mit seinem Ansinnen durch, womit er die Absprachen in der Fraktion umging und die von den Landesinnenministern erhobene Forderung nach der Strafbarkeit von Gewaltbefürwortung erfüllte.⁸⁴⁵ Dass diese nun

⁸⁴² Vgl. Zu neu. In: Der Spiegel 39/1975, S. 25-27.

⁸⁴³ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 21.10.1975. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-11, S. 50.

⁸⁴⁴ Ebd., S. 51-52.

⁸⁴⁵ Vgl. Herles, Helmut: Ein Blick in das rechtspolitische Innenleben der Koalition. In: FAZ vom 15.6.1979, S. 7.

zumindest „verfassungsfeindlich“ sein musste, war dabei nicht wirklich ein Wermutstropfen, da es sich de facto ohnehin fast immer um politische Gewalt der extremen Linken handelte. Innerhalb der FDP hielt sich der Widerstand gegen die Gesetzesinitiative des Innenministers in Grenzen. Mit Maihofers Staatssekretär Andreas von Schoeler begründete gar ein Vertreter des linken Parteiflügels die Notwendigkeit der neuen Paragraphen vor dem Parlament:

„Strafrechtlich nicht verfolgt werden kann heute, wer in einem für jeden erhältlichen Flugblatt anschaulich darstellt, wie man am besten eine neue Form von Zeitzündern für Bomben herstellt, die beispielsweise zur Deponierung in Post- oder Bahnschließfächern geeignet sind. Weder die Herstellung noch die Verbreitung eines solchen Flugblattes sind heute strafrechtlich erfaßt. Das von mir erwähnte Beispiel ist auch nicht aus der Luft gegriffen, sondern leider tatsächlich vorgekommen. Genauso falsch, wie es wäre, solche Vorgänge als typisch für unsere Gesellschaft zu erklären, genauso falsch wäre es, zu leugnen, daß hier eine Lücke im Strafrechtsschutz vorhanden ist. Sicher: professionelle Bombenbastler werden solche Anleitungen kaum benötigen. Aber wer von uns kann ausschließen, daß durch solche Dinge das Leben oder die Gesundheit von Bürgern in Einzelfällen beeinträchtigt werden? Deshalb haben wir uns zur Schaffung eines Straftatbestandes entschlossen, der die Anleitung zur Begehung ganz bestimmter, besonders schwerer Gewalttaten unter Strafe stellt. Ein anderes Beispiel sei an die Adresse derjenigen, die jede Gesetzesinitiative für überflüssig halten, gesagt: Es kann doch wohl nicht richtig sein, daß es nicht strafbar ist, wenn beispielsweise nach der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann jemand öffentlich gesagt hätte, daß dies ganz richtig gewesen sei. Hier liegt ebenso zweifellos eine Lücke im Strafrecht vor, die geschlossen werden muß. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, daß in ihr öffentlich diskutiert wird, ob ihre Grundordnung durch Ermordung von Menschen beseitigt werden soll. Deshalb haben wir uns zur Schaffung einer Strafvorschrift entschlossen, die die öffentliche Billigung oder Belohnung bestimmter, besonders schwerer Gewalttaten unter Strafe stellt.“⁸⁴⁶

In den ersten Monaten des Bundestagswahljahres 1976 schien sich jedoch abzuzeichnen, dass der inneren Sicherheit gegenüber der Wirtschaftspolitik nur eine nachrangige Bedeutung im Wahlkampf zukommen würde, da seit der Lorenz-Entführung kein Terrorakt auf bundesdeutschem Boden mehr stattgefunden hatte. Auch wenn die Arbeiten am Gesetzespaket zur Terrorismusbekämpfung weiterhin auf Hochtouren liefen, diagnostizierte Maihofer einen „Wettbewerb um Liberalität“ zwischen den Regierungsparteien und kündigte gar eine „Reliberalisierung“ in jenen Bereichen an, wo man infolge der „emotionalen Eskalation“ die „liberale Mitte“ verlassen habe.⁸⁴⁷ Die geplante Schaffung eines Sonderstrafrechts für Mitglieder terroristischer Vereinigungen rechtfertigte der Innenminister in einem Beitrag für die Zeitschrift *Tribüne* als einzig gangbaren Mittelweg zwischen der britischen Antwort auf den IRA-Terror – „ihm als bürgerkriegsähnliche Erscheinung mit kriegsrechtlichen Maßnahmen, selbst unter Einsatz von Militär zu begegnen“ – und der

⁸⁴⁶ Deutscher Bundestag: 7. Wahlperiode, 213. Sitzung, 16.1.1976, S. 14729-14734.

⁸⁴⁷ Zit. n. Etwas entspannter. In: Der Spiegel 11/1976, S. 43-44.

Behandlung von Terroristen als gewöhnliche Kriminelle, welche die Gefahr in sich berge, „daß bei der Verschärfung des allgemeinen Strafrechts und des Strafprozeßrechts zur wirksamen Meisterung der speziellen Probleme bei der Bekämpfung terroristischer Organisationen hierdurch Regelungen in unser Recht hineingetragen werden, die zwar für den Bereich des Terrorismus unerlässlich, für die übrigen Bereiche der Kriminalität jedoch überzogen sind“. ⁸⁴⁸ Aus dieser Perspektive war der Umgang der Bundesregierung mit politisch motivierten Gewalttätern derjenige größtmöglicher Liberalität.

Auf dem Ende Mai 1976 in Freiburg abgehaltenen Sonderparteitag verabschiedete die FDP ihr Wahlprogramm, welches in Anlehnung an eine Äußerung Werner Maihofers verlauten ließ, dass „im Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit [...] die Entscheidung im Zweifel für die Freiheit fallen“ müsse, wofür der Innenminister ein „glaubwürdiger Garant“ sei. Mit diesem Eingeständnis eines normativen Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit, bei gleichzeitigem Bekenntnis zum Vorrang Letzterer, unterschieden sich die Liberalen nicht nur von der Union, sondern auch von den Sozialdemokraten, die in ihrem Wahlprogramm erklärten, man lasse sich „nicht zu der falschen Alternative Freiheit oder Sicherheit verleiten“. Zugleich betonten die Liberalen aber auch den vor allem während Genschers Amtszeit vollzogenen massiven Ausbau der Strafverfolgungsbehörden „nach grober Vernachlässigung durch die CDU/CSU“, welche aus Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz und Bundesamt für Verfassungsschutz „leistungsfähige Einrichtungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit“ gemacht habe. Explizit forderte das Programm die „Erhaltung des nicht überwachten Gesprächs zwischen Verteidiger und Beschuldigten und Verhinderung von übereilten Gesetzgebungsmaßnahmen“, womit sich die Mehrheit der Partei gegen die Linie Genschers und Maihofers durchgesetzt hatte. Hinsichtlich des Radikalenerlasses postulierte das Papier, dass die FDP „für den Vorrang der politischen Auseinandersetzung vor juristischen Verboten auch gegenüber extremistischen Parteien und Vereinigungen“ eintrete, doch die Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst grundsätzlich befürworte, sofern diese „nach streng rechtsstaatlichen Grundsätzen“ erfolge. Diese Voraussetzung sei nur durch „Einzelfallprüfung, Anhörung des Bewerbers, Abstellen auf gerichtsverwertbare Tatsachen, schriftliche Begründung einer Ablehnung [...] und Entscheidung in Zweifelsfällen durch die obersten Dienstbehörden“ zu erfüllen. Die

⁸⁴⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 38/1976, S. 2-5.

Rechtsunsicherheit, welche die unionsregierten Länder durch ihre Verhinderung einer bundeseinheitlichen Verfahrensregelung herbeigeführt haben, müsse beseitigt werden.⁸⁴⁹

Drei Monate vor der Parlamentswahl rückte die innere Sicherheit wieder kurzzeitig ins Zentrum des innenpolitischen Geschehens, als vier Terroristinnen der *Bewegung 2. Juni* der Ausbruch aus einem Berliner Gefängnis gelang. Der zuständige freidemokratische Justizsenator Hermann Oxfort übernahm, nachdem es auch aus der eigenen Partei harsche Kritik gegeben hatte, die politische Verantwortung für den Vorfall und trat von seinem Amt zurück.⁸⁵⁰ Zu dessen Nachfolger wurde mit Jürgen Baumann ein bekennender Linksliberaler ernannt, der als Verfechter des Resozialisierungsgedankens und Kritiker der Isolationshaft in Erscheinung getreten war.⁸⁵¹ Der Tübinger Strafrechtler war neben Werner Maihofer und Ulrich Klug bereits der dritte Juraprofessor, welcher für die FDP ein Ministeramt auf Bundes- oder Länderebene bekleidete. Der Hamburger Justizsenator Klug warnte in einer Rede vor dem Bundesrat sogleich davor, den Ausbruch von Berlin für die Forderung nach Überwachung der Gespräche zwischen einem Beschuldigten und seinem Verteidiger zu instrumentalisieren. Die Kontrolle des Schriftverkehrs sei „bereits das Äußerste dessen [...], was noch hingenommen werden kann“, ohne „die Funktion des Verteidigers gänzlich in Frage zu stellen“.⁸⁵²

Auch der noch immer schwelende Streit zwischen Hamburger Frei- und Sozialdemokraten hinsichtlich der korrekten Auslegung des Radikalenerlasses brach in den Sommermonaten 1976 wieder aus. Nachdem im Mai ein Kompromiss ausgehandelt worden war, wonach Auszubildende, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst nicht mehr vom Verfassungsschutz überprüft werden sollten, feierten die Liberalen um den Zweiten Bürgermeister Dieter Biallas dies zunächst als ihren Erfolg. Der eher konservative Sozialdemokrat Helmut Rademacher, Leiter des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst, erhob in einem Brief an seinen Parteifreund Hans-Ulrich Klose jedoch juristische Einwände gegen den Beschluss, woraufhin der Erste Bürgermeister der Hansestadt seiner Verwaltung gestattete, das neue Reglement zu unterlaufen. Klose begründete sein Abrücken vom Koalitionskompromiss damit, dass eine Konfrontation mit den Staatsräten für seine Regierung nicht durchzuhalten sei, was wiederum die brüskierten Freidemokraten erzürnte.⁸⁵³

⁸⁴⁹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 231-233.

⁸⁵⁰ Vgl. Ausbruch in Berlin: „Das ist eine Riesensache“. In: Der Spiegel 29/1976, S. 18-27.

⁸⁵¹ Vgl. „Nicht zuviel Bürgerrechte aufs Spiel setzen“. In: Der Spiegel 30/1976, S. 24-25.

⁸⁵² Neue Bonner Depesche 6/1976, S. 7.

⁸⁵³ Vgl. Mächtig muffig. In: Der Spiegel 33/1976, S. 28-29.

Die hessische FDP geriet unterdessen wegen ihrer eigenen Aufnahmepraxis in die Kritik, denn der Landesverband lehnte mehrere Mitgliedsanträge von Personen ab, die der ideologischen Nähe zum Kommunismus verdächtigt wurden, darunter auch aktive Jungdemokraten. Hintergrund dieser Maßnahme waren Vorgänge im Rüsselsheimer Ortsverein, der sich als ehemaliger Hort des Nationalliberalismus nun einer Eintrittswelle junger Linker gegenüber sah. Im Einvernehmen mit der Landespartei unterzog der Kreisvorstand gleich zwei Dutzend Rüsselsheimer einem umfassenden Verhör bezüglich politischer Einstellung, Motivation für den Parteieintritt und sogar des monatlichen Einkommens. Dieses Vorgehen rief bei den verschmähten Kandidaten unweigerlich Assoziationen zum Extremistenbeschluss hervor.⁸⁵⁴ Die Liberalität der FDP im Umgang mit tatsächlichen oder vermeintlichen Linksradiكالen differierte also weiterhin von Bundesland zu Bundesland erheblich.

Als Wahlkämpfer stand Werner Maihofer deutlich im Schatten von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Hans Friderichs, die Selbstvermarktung zählte nicht zu den Kernkompetenzen des politischen Intellektuellen. Die sicherheitspolitische Linie der FDP im Bundestagswahlkampf war geprägt von dem Versuch, sich als die liberalere, aber zugleich effektivere Alternative zur „Law-and-order“-Politik der Unionsparteien zu profilieren. So veröffentlichte der Innenminister am 13. August 1976 eine Erklärung zu den unter seiner Leitung erreichten Fahndungserfolgen, um den „Verunsicherungsparolen“ der Opposition entgegenzuwirken. Insbesondere hob Maihofer dabei die technische Aufrüstung hervor, die das BKA von einem „Kümmerbetrieb“ zu „einem Mekka der Kriminalisten in aller Welt“ gemacht habe, allein im vergangenen Jahr seien 60.000 Fahndungserfolge „Kommissar Computer“ zu verdanken gewesen.⁸⁵⁵ Damit ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die zunehmende „Computerisierung“ der Verbrechensbekämpfung uneingeschränkt bejahte und sie nicht in einem Zielkonflikt mit liberalen Bürgerrechtsprinzipien sah. Fünf Tage später verabschiedete der Bundestag den Paragraphen 129a StGB über die „Bildung terroristischer Vereinigungen“, wobei sich die Überwachung des Verteidigerverkehrs gemäß der Strafprozessordnung auf die schriftliche Kommunikation beschränkte. Weil die Union diese Gesetzesinitiative trotz punktueller Kritik unterstützte und die befürchteten Terroranschläge in der heißen Phase des Wahlkampfes zudem ausblieben, war es CDU und CSU nicht möglich, die Regierungsparteien im Bereich der inneren Sicherheit glaubwürdig zu attackieren. Maihofer bezeichnete dies später als „größte

⁸⁵⁴ Vgl. Linke Marie. In: Der Spiegel 32/1976, S. 33-34.

⁸⁵⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 174/1976, S. 1.

Genugtuung“ seiner gesamten Amtszeit.⁸⁵⁶ Am 3. Oktober wurde die sozial-liberale Koalition in Bonn, trotz Verlusten für beide Partner, vom Wähler bestätigt.

Wie viel Konfliktpotenzial, besonders hinsichtlich des Radikalenerlasses, sich inzwischen innerhalb der FDP aufgestaut hatte, verdeutlichte der Bundesparteitag in Frankfurt am Main, der am 19. und 20. November 1976 abgehalten wurde. Der Bezirksverband Oberbayern und der Bundesvorstand der Jungdemokraten brachten Anträge ein, die eine so weitreichende Lockerung des Beschlusses forderten, dass sie seine faktische Abschaffung bedeutet hätten. Maihofer hatte im Vorfeld des Treffens vollmundig angekündigt, die Sicherung der Freiheitsrechte zum zentralen Thema der kommenden Legislaturperiode machen zu wollen,⁸⁵⁷ schlug in seiner Einbringungsrede dann jedoch gänzlich andere Töne an. Die zunehmende Kritik am Radikalenerlass aus dem befreundeten Ausland führte der Innenminister auf „manchen falschen Schein [...], der durch die gezielte Desinformation der sogenannten Berufsverbotskampagne entstanden ist“, zurück. Die Hauptschuld für das problematische Image des Extremistenbeschlusses trugen nach dieser Interpretation nicht dessen Schöpfer, sondern die zahlreichen Kritiker, was vom Plenum umgehend mit Pfiffen quittiert wurde. Maihofer verteidigte „das Maß an Intoleranz gegenüber extremistischen Staatsbediensteten [...], das eine ernsthafte Gefährdung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausschließt“, und plädierte bezüglich der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit für eine „schwierige mittlere Linie“ – vom prinzipiellen Vorrang der Freiheit war keine Rede mehr. Zudem habe er „nicht das allergeringste Verständnis“ dafür, „Revolutionäre, die dieses System von Grund auf verändern [...] wollen, mit Pensionsberechtigung im öffentlichen Dienst zu versehen“.⁸⁵⁸ Detlef Kühn glaubte im Kampf der Jungdemokraten gegen die „Berufsverbote“ eine „politische Einfalt“ zu erkennen, die „man eigentlich auch unter jungen Politikern kaum mehr dulden“ dürfe. Als sich dagegen Widerspruch unter den Delegierten erhob, entfuhr dem Präsidenten der *Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben*: „Sind Sie [...] denn der Ansicht, daß Kommunisten Demokraten sind? Dann gehen Sie doch mal rüber [...] und gucken Sie sich an, wie Kommunisten mit ihren Gegnern umgehen, meine Freunde!“⁸⁵⁹

⁸⁵⁶ Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 17. Sitzung, 16.3.1977, S. 958.

⁸⁵⁷ Vgl. Gesundheitspolitik und innere Sicherheit. In: FAZ vom 12.11.1976, S. 4.

⁸⁵⁸ Protokoll des Bundesparteitages in Frankfurt am Main vom 18. bis 20. November 1976. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-607, S. 1-12, 94.

⁸⁵⁹ Ebd., S. 55-56.

Hinrich Enderlein vertrat hingegen die Ansicht, die FDP müsse „herunterkommen [...] von dieser Diskussion über Verfahrensregelungen, ob ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger Liberalität“, und „endlich wieder den Zustand herstellen, wie er in unserer Rechts- und Gesetzeslage zum Ausdruck kommt“, also auf jede Sonderregelung für kommunistische Bewerber verzichten. Der Niedersachse Karl Heinz Petersson stellte in Anlehnung an das englische Sprichwort „Freiheit stirbt zentimeterweise“ fest, dass „in der Bundesrepublik immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der Grundfreiheit gegen den Staat“. Bei einer halber Million Überprüfungen von Bewerbern in den letzten Jahren, von denen nur wenige hundert tatsächlich abgelehnt worden seien, müsse die Frage nach der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ ebenso aufgeworfen werden wie jene, „ob nicht mit dieser Art von Freiheitsverteidigung gerade zerstört wird, was man verteidigen will“. Burkhard Hirsch, inzwischen als nordrhein-westfälischer Innenminister tätig, hielt dem entgegen: „Freiheit stirbt zentimeterweise. Aber die Vernunft stirbt sehr viel schneller, wenn man sich nur entschlossen genug weigert, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen.“ Es sei nicht hinnehmbar, dass linksextreme Verfassungsfeinde zu „kritischen Demokraten“ erklärt werden und somit „ein Schutzschild zugunsten derer gebaut wird, die in Wirklichkeit nicht kritisch und nicht Demokraten sind“.⁸⁶⁰

Trotz dieser enormen Meinungsvielfalt war es weitgehend Konsens innerhalb der Partei, dass ein Festhalten am Status quo in der Radikalenfrage wegen der bestehenden Rechtsunsicherheit nicht in Betracht kommen konnte. Der Bundesvorstand brachte deshalb einen Antrag ein, der vier Forderungen zur Modifikation des Extremistenbeschlusses erhob. Erstens seien Anfragen beim Verfassungsschutz „auf das von der Verfassung zwingende Maß zu reduzieren“ und nur dann zulässig, „wenn eine Einstellung des Bewerbers tatsächlich beabsichtigt und die Frage der Verfassungstreue des Bewerbers nur noch letzte Einstellungsvoraussetzung“ sei. Bei der Einstellung von Angestellten und Arbeitern dürfe zudem nur dann beim Verfassungsschutz angefragt werden, wenn diese zur Erfüllung hoheitlicher Funktionen oder im sicherheitspolitischen Bereich eingesetzt werden sollen. Zweitens solle der Verfassungsschutz „nicht alle [...] vorliegenden Erkenntnisse, sondern nur solche gerichtsverwertbaren Tatsachen an die Einstellungsbehörden weiter[geben], die überhaupt geeignet sind, ein Urteil über die Verfassungstreue des Bewerbers zu begründen“. Dazu zählen weder Erkenntnisse über Tätigkeiten des Bewerbers vor dessen 18. Lebensjahr,

⁸⁶⁰ Ebd., S. 44-48, 63-69.

noch lange zurückliegende Tatbestände oder unbewiesene Beschuldigungen. Drittens dürfe die Einstellungsbehörde Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz zurückhalten müsse, auch dann nicht verwenden, wenn sie ihr von anderer Seite zugetragen werden, und viertens sei sie dazu verpflichtet, alle vom Verfassungsschutz vorgelegten Unterlagen aus der Personalakte zu entfernen, sobald die Einstellung des Bewerbers erfolgt sei.⁸⁶¹ Obwohl dieser Antrag den Fundamentalkritikern aus den linken Landesverbänden und Jugendorganisationen durchaus weitgehende Konzessionen machte, verweigerten noch immer rund 40 Delegierte ihre Zustimmung.⁸⁶²

Neben dem Radikalenerlass stand in Frankfurt noch ein anderes rechtspolitisches Thema auf der Tagesordnung, welches kaum weniger emotional diskutiert wurde als der Umgang mit Kommunisten im öffentlichen Dienst. Schon ein Jahr zuvor hatte Werner Maihofer sich für die Etablierung eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes ausgesprochen, welches größere Rechtssicherheit hinsichtlich des Schusswaffengebrauchs durch Polizeibeamte herstellen sollte. Kritiker wie Ulrich Klug befürchteten eine Lockerung des Notwehrrechts und eine damit einhergehende Ermunterung der Beamten zum „Todesschuss“ gegen Gewalttäter.⁸⁶³ Der Hamburger Justizsenator plädierte auf dem Parteitag dafür, im Musterentwurf des Polizeigesetzes die Passage „Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen“ durch den Zusatz „nicht um zu töten“ zu ergänzen, da die aktuelle Version so formuliere, „daß auch die bedingt vorsätzliche Tötung durch einen Polizeibeamten möglich sein soll“. Maihofer echauffierte sich über „eine solche Haarspalterei“ und bemerkte in Richtung Klug, man könne sich mit solchen Einwänden „als Liberaler natürlich auch zur Karikatur machen“. Der tödliche Schuss sei lediglich das „allerletzte Mittel“ im „alleräußersten Fall“, und die FDP mache sich „schlicht lächerlich“, wenn sie einen Antrag verabschiede, der diese Option grundsätzlich ausschließe. Aus Sorge um den Ruf seiner Partei äußerte der Innenminister die Hoffnung, „daß heute nur noch wenige Pressevertreter anwesend sind, die diese Debatte verfolgen“.⁸⁶⁴ Auch wenn letztlich alle vorliegenden Anträge dem Fachausschuss zur Prüfung und Beratung übergeben wurden und somit noch kein Beschluss zum Polizeigesetz zustande kam, verdeutlichte der Frankfurter Parteitag, wie weit sich Werner Maihofer unter der Last seines Bonner „Mammutressorts“

⁸⁶¹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 258-260.

⁸⁶² Vgl. Protokoll des Bundesparteitages in Frankfurt am Main vom 18. bis 20. November 1976. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitag, A1-607, S. 99.

⁸⁶³ Vgl. Die Kontroverse um die innere Sicherheit setzt sich fort. In: FAZ vom 19.7.1975, S. 1.

⁸⁶⁴ Protokoll des Bundesparteitages in Frankfurt am Main vom 18. bis 20. November 1976. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-604, S. 32-38.

inzwischen von linksliberalen Reformvorstellungen entfernt hatte. Das öffentliche Zerwürfnis mit Ulrich Klug symbolisierte die Entfremdung Maihofers von seiner einstigen Hausmacht auf dem linken Parteiflügel. Immerhin verfügte der Innenminister noch über den Rückhalt des Präsidiums, doch im Laufe des Krisenjahres 1977 drohte auch dieser zunehmend zu erodieren.

Am 28. Februar veröffentlichte der *Spiegel* eine Titelstory namens *Der Minister und die Wanze*, in welcher über die Ausspähung des Diplomingenieurs Klaus Traube durch Beamte des Verfassungsschutzes berichtet wurde. Im Rahmen der sogenannten „Operation Müll“ seien diese in Traubes Wohnung eingedrungen, um dort illegale Abhörvorrichtungen zu installieren, da dem Experten für Kernreaktoren Verbindungen zu mutmaßlichen Terroristen nachgesagt wurden. Werner Maihofer habe den vom BfV-Präsidenten Richard Meier angeordneten „Lauschangriff“ ausdrücklich gebilligt und das Bonner Innenministerium „es erklärtermaßen hingenommen, wenn nicht betrieben, daß der Belauschte auf Grund des vom BfV gehegten Verdachts seine Stellung [als Geschäftsführer der Firma Interatom GmbH] verlor“.⁸⁶⁵ Noch am selben Tag publizierte das FDP-Präsidium eine Erklärung, die verlauten ließ, „daß der Bundesinnenminister in einer außerordentlich gefährvollen Situation nach gewissenhafter Abwägung aller Umstände seine Entscheidung getroffen hat“.⁸⁶⁶ Einen Tag später rechtfertigte Maihofer in einer Sitzung der Bundestagsfraktion sein Vorgehen. Traube habe Kontakte zu dem Terroristen Hans-Joachim Klein und der Rechtsanwältin Inge Hornischer unterhalten, diese wiederum zum Entebbe-Entführer Wilfried Böse. Dieser Umgang sei in Kombination mit den besonderen Kenntnissen und Zugangsmöglichkeiten des Atomwissenschaftlers hinreichend für den Grundsatz des übergesetzlichen Notstandes gewesen, weshalb er auch im Nachhinein nichts anders handeln würde.

Hinsichtlich der Beurteilung von Maihofers Argumentation zeigte sich die Fraktion tief gespalten, so äußerte Hans-Dietrich Genscher ebenso seine uneingeschränkte Solidarität wie Georg Gallus und Torsten Wolfgramm. Otto Graf Lambsdorff forderte selbige auch gegenüber den Beamten des Verfassungsschutzes ein und wollte wissen, wie der *Spiegel* an die betreffenden Akten gekommen sei. Helga Schuchardt hingegen kritisierte die Erklärung des Präsidiums und die Häufung derartiger Vorkommnisse in Reihen des Verfassungsschutzes, welche das Vertrauen der Bürger in die Exekutive untergrabe. Ingrid Matthäus äußerte ihre persönliche Betroffenheit über Maihofers Verhalten und erklärte sich

⁸⁶⁵ Der Minister und die „Wanze“. In: Der Spiegel 10/1977, S. 19-29.

⁸⁶⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 56/1977, S. 1.

nicht dazu bereit, eine nachträgliche Rechtfertigung der Maßnahmen zu unterstützen. Friedrich Hölscher erkannte in der „Operation Müll“ eine Grundrechtsverletzung und forderte von der Fraktion eine Initiative zur rechtsstaatlichen Absicherung solcher Fälle.⁸⁶⁷ Bezeichnenderweise war die Anzahl von Maihofers Fürsprechern auf dem rechten Parteiflügel inzwischen weit größer als auf dem linken.

Der Innenminister wollte auch gegenüber dem *Spiegel* seine Version der Geschichte darlegen und empfing dafür am 3. März 1977 Journalisten des Hamburger Nachrichtenmagazins in seinem Büro. Denen erklärte er nun, er habe von der „Operation Müll“ selbst erst im Nachhinein erfahren und diese keineswegs ausdrücklich gebilligt, sondern lediglich am 3. September 1975 dem BfV-Präsidenten Meier die Erlaubnis erteilt, gegen Traube „nachrichtendienstliche Mittel“ einzusetzen. Zwar habe er Kenntnis von der Überwachung des Post- und Telefonverkehrs des Verdächtigen gehabt, nicht jedoch von der Planung des Einbruchs. Nachdem am 24. Dezember 1975 einer der an der OPEC-Geiselnahme in Wien beteiligten Terroristen als Traubes Bekannter Hans-Joachim Klein identifiziert worden sei, habe Meier von sich aus entschieden, die Überwachung des Atomwissenschaftlers auszuweiten. Der Einbruch zwecks Installation der „Wanze“ sei dann am 1. Januar 1976 erfolgt, ihm jedoch erst rund eine Woche später zugetragen worden.⁸⁶⁸ Maihofer präsentierte also zwei verschiedene Versionen der Ereignisse, die ihn allerdings beide in ein sehr schlechtes Licht rückten: Entweder er hatte in die „Operation Müll“ bewusst eingewilligt und so möglicherweise einen Verfassungsbruch begangen, oder er hatte als Minister für innere Sicherheit keine Kontrolle über das Vorgehen der Geheimdienste.

Nur wenige Tage später kehrte er wieder zur ersten Variante zurück, als er in einem Bericht an den Bundeskanzler erklärte, er habe am 29. Dezember 1975 seinen Staatssekretär Siegfried Fröhlich in einem Telefongespräch angewiesen, dass im Fall Traube „das Äußerste unternommen werden müsse“. Der *Spiegel* kommentierte spöttisch, dass sich bei Maihofer „in letzter Minute [...] überraschend [...] eine Erinnerungslücke geschlossen“ habe und vertrat die These, das neuerliche Umschwenken entspreche dem ausdrücklichen Wunsch Helmut Schmidts. In einem Spitzengespräch mit Herbert Wehner, Hans Dietrich-Genscher und Hans Friderichs beschloss der Kanzler am 7. März, dass der in Bedrängnis geratene Innenminister in seinem Amt bleiben dürfe.⁸⁶⁹ Am nächsten Tag veröffentlichte das FDP-Präsidium eine

⁸⁶⁷ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 1.3.1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-14, S. 91-94.

⁸⁶⁸ Fall Maihofer: „Um Kopf und Kragen“. In: Der Spiegel 11/1977, S. 19-30.

⁸⁶⁹ Fall Maihofer: „Ohren anlegen und durch“. In: Der Spiegel 12/1977, S. 21-28.

Stellungnahme, in der es Maihofer „sein uneingeschränktes Vertrauen“ aussprach und ihm gar attestierte, er verdiene für sein Verhalten „Respekt und nicht Kritik“. Maihofers Erklärung habe „alle aufgeworfenen Fragen in der Angelegenheit Dr. Traube beantwortet“. ⁸⁷⁰

Offensichtlich wollte die Parteispitze damit einen Schlussstrich unter die Affäre ziehen, bevor sie sich zu einer ernsthaften Krise ausweiten konnte. Der Bundesvorstand, in dem der linksliberale Einfluss deutlich größer war als im Präsidium, publizierte drei Tage später ebenfalls eine Erklärung, die Maihofer zwar „das Vertrauen“ aussprach, insgesamt jedoch deutlich reservierter wirkte und Konsequenzen hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes sowie eine vollständige Rehabilitierung von Klaus Traube forderte. ⁸⁷¹

Am 16. März 1977 schilderte der Innenminister dem Bundestag in einer Regierungserklärung seine endgültige Version der Ereignisse. Er verwies dabei auf die angespannte Sicherheitslage nach der tödlichen Geiselnahme von Stockholm und bezog sich explizit auf die damaligen Worte des Bundeskanzlers, man müsse zum Schutze des Rechtsstaates „innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten“ sei. Er habe deshalb am 3. September 1975 dem BfV die Erlaubnis erteilt, den Verdächtigen Traube „mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten“, was allerdings keineswegs gleichbedeutend mit einer Generalvollmacht für einen „Lauschangriff“ gewesen sei. Dieser habe sich erst nach dem OPEC-Überfall unter der Beteiligung von Traubes Bekannten Hans-Joachim Klein als notwendig erwiesen. Die Anweisung, im Fall Traube „das Äußerste“ zu unternehmen, habe er Staatssekretär Fröhlich am 29. Dezember 1975 telefonisch übermittelt, der Bericht über die Durchführung der Maßnahme ihn wegen eines „Übermittlungsfehlers“ allerdings erst am 9. Januar 1976 erreicht. Die „Operation Müll“ sei dann am 15. Januar ausdrücklich gebilligt worden, die Wanze im übrigen „erst genau in jenen Tagen“ in Funktion getreten. Auch rückblickend halte er „den Einsatz dieses äußersten Mittels in dieser Ausnahmelage für gerechtfertigt“ und durch Artikel 13 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Unverletzlichkeit der Wohnung beim Verdacht einer besonders schweren Straftat relativiert, gedeckt. Das liberale Prinzip „Im Zweifel für die Freiheit“ sei hier deshalb nicht relevant gewesen, weil „kein ernsthafter Zweifel“ bestanden habe, „der uns hier gestattet hätte, gegen die Sicherheit und für die Freiheit zu entscheiden“. ⁸⁷²

⁸⁷⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 56/1977, S. 1.

⁸⁷¹ Freie Demokratische Korrespondenz 60/1977, S. 1.

⁸⁷² Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 17. Sitzung, 16.3.1977, S. 957-961, 987.

Maihofers Rede wirkte wie ein verzweifelter Versuch, das Parlament davon zu überzeugen, dass er stets Herr der Lage gewesen sei und zu keinem Zeitpunkt einen Fehler gemacht habe. Dass die Verdachtsmomente gegen Klaus Traube äußerst dürftig waren und damit die Berufung auf Artikel 13 Absatz 3 – nachdem zwei Wochen zuvor noch von einem „übergesetzlichen Notstand“ die Rede war – durchaus in Frage gestellt werden konnte, erwähnte der Innenminister mit keinem Wort. Angesichts dessen erschien es fast schon grotesk, dass er die öffentliche Kritik am Lauschangriff als „erfreuliches Zeichen der gewachsenen Sensibilität unserer Bevölkerung für die [...] grundsätzlichen Fragen der Verfassungsproblematik, [...] aber auch der Verfassungsschutzprobleme“ verstanden wissen wollte.⁸⁷³

Als schärfster Kritiker Maihofers tat sich sein Parteifreund Martin Bangemann hervor, eigentlich eher ein Mann der Mitte als des linken Flügels. Bereits in der Fraktionssitzung am Vortag hatte der ehemalige Generalsekretär, der nun als Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg amtierte, erklärt, er lehne es ab, den offenkundigen Verfassungsbruch des Innenministers zu decken. Neben Lambsdorff, Gallus und Wolfgramm wandte sich auch Gerhart Baum gegen diese Äußerung, da die rechtliche Bewertung der „Operation Müll“ keineswegs eindeutig sei.⁸⁷⁴ In der Parlamentsdebatte erklärte Bangemann deshalb, er spreche lediglich in seinem eigenen Namen und nicht stellvertretend für die Fraktion, wenn er in diesem Fall nicht bereit sei, „eine parlamentarische oder politische Verantwortung mitzutragen“. Unter dem Beifall der Opposition verwies er mit unverkennbarer Spitze gegen Maihofer darauf, dass er nichts von Politikern halte, „die sich nicht an ihren Taten messen lassen, sondern an ihren großen Worten“. Der Innenminister sei mit seinem Verhalten nicht, wie von ihm postuliert, an die Grenzen des Rechtsstaates gegangen, sondern darüber hinaus. Maihofer hätte erkennen müssen, dass keine Gefahrenlage vorlag, die eine Berufung auf Artikel 13 Absatz 3 des Grundgesetzes oder gar auf einen übergesetzlichen Notstand hätte rechtfertigen können. Besonders störte sich Bangemann daran, dass Maihofer nach eigener Aussage die Anweisung erteilt habe, im Fall Traube „das Äußerste“ zu unternehmen, ohne dies auch nur ansatzweise zu präzisieren. Zumindest aber hätte er unmittelbar nach diesem Vorfall an die Öffentlichkeit treten müssen, um sich dem „politischen Urteil“ zu stellen, und nicht erst nach den Enthüllungen des *Spiegel*.⁸⁷⁵ Ingrid Matthäus stimmte in der Sache

⁸⁷³ Ebd., S. 957.

⁸⁷⁴ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 15.3.1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-14, S. 55.

⁸⁷⁵ Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 17. Sitzung, 16.3.1977, S. 988-991.

weitgehend mit Bangemann überein, verwehrte sich aber gegen die persönlichen Seitenhiebe auf den Innenminister. Angesichts der Ausnahmesituation sei dessen Verhalten „verständlich, erklärbar und subjektiv entschuldbar“ gewesen, weshalb jeder, der nun „pathetische Erklärungen“ abgebe sich der Gefahr aussetze, „wie ein Pharisäer dazustehen“. Dennoch sei das Verhalten des Verfassungsschutzes „objektiv nicht gerechtfertigt“ gewesen, da keine Rechtsgrundlage für das Eindringen in Traubes Wohnung und das Anbringen einer Wanze bestanden habe. Mit dieser Maßnahme sei nicht nur das Gebot der Menschenwürde, sondern auch die „Achtung der ureigenen Intimsphäre“ verletzt worden. Bei einem erneuten Vorfall dieser Art müsse es den Verantwortlichen von vornherein klar sein, „daß in den Koalitionsfraktionen keine Mehrheit dafür besteht, ein solches Vorgehen als objektiv rechtmäßig anzusehen“.⁸⁷⁶

Wenige Tage nach der Aussprache im Bundestag wurde ein weiterer „Lauschangriff“ publik, dieses mal verantwortet von zwei CDU-Ministern in Baden-Württemberg und gebilligt vom sozialdemokratischen Kanzleramtschef Manfred Schüler. In der JVA Stuttgart-Stammheim waren 1975 und 1976 Gespräche zwischen den RAF-Häftlingen und ihren Anwälten vom BND abgehört worden, wobei es sich im Gegensatz zur „Operation Müll“ um einen Rechtsbruch ohne Interpretationsspielräume handelte. In Reihen der FDP schien man fast erleichtert über die Tatsache, dass nun auch die beiden großen Parteien mit einem Abhörskandal zu kämpfen hatten, der zudem noch deutlich gravierenderer schien als der Fall Traube.⁸⁷⁷ So wurde es zur Strategie der liberalen Parteiführung, unangenehmen Fragen zum Verhalten des Innenministers durch den Verweis auf Stammheim auszuweichen.⁸⁷⁸ Diese Argumentation blendete allerdings einen wichtigen Unterschied aus: SPD und CDU definierten ihre Identität zumindest nicht primär über die bedingungslose Verteidigung des Rechtsstaates, und die Verantwortlichen für den Abhörskandal in Baden-Württemberg waren keine vormaligen Galionsfiguren des Bürgerrechtsliberalismus. Trotz aller Relativierungsversuche war der Ruf Werner Maihofers durch den Fall Traube irreparabel geschädigt, Rolf Zundel fällte in der *Zeit* ein geradezu vernichtendes Urteil: „Früher schien Maihofer Ideal und Realität der sozial-liberalen Innenpolitik in Einklang zu bringen. Jetzt ist dieser Einklang zerstört; eine der letzten, wenn nicht die letzte Symbolfigur dieser Koalition

⁸⁷⁶ Ebd., S. 991-993.

⁸⁷⁷ Vgl. Abhör-Affäre: Die Koalition schlingert. In: Der Spiegel 13/1977, S. 21-29.

⁸⁷⁸ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 98/1977, S. 9.

ist zerbrochen. Wenn Maihofer künftig sein Motto „im Zweifel für die Freiheit“ verkündet, wird ihm wahrscheinlich glucksendes Gelächter entgegenschlagen.“⁸⁷⁹

Am 7. April 1977 kehrte der RAF-Terrorismus durch das bis dahin verheerendste Attentat in der Bundesrepublik schlagartig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zurück, als Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter auf offener Straße mit einem Sturmgewehr hingerichtet wurden. Sofort entbrannte in Bonn ein Streit zwischen Koalition und Opposition, ob als Konsequenz aus den kaltblütigen Morden weitere Gesetzesverschärfungen notwendig seien. Maihofer sprach sich, wohl nicht zuletzt in dem Bemühen, seinen ramponierten Ruf als Hüter des Rechtsstaates wieder aufzupolieren, eindeutig gegen derartige Maßnahmen aus.⁸⁸⁰ Günter Verheugen postulierte im *Deutschlandfunk*, die FDP sei „in dieser Frage vollständig geschlossen“, da „die Gesetze, die [...] unter Bundesinnenminister Genscher entsprechend verschärft worden sind, vollständig ausreichen, um den Terrorismus [...] zu bekämpfen“.⁸⁸¹ Tatsächlich bestand auf der Fraktionssitzung am 19. April Einigkeit über die Einschätzung, dass eine Verschärfung des materiellen Strafrechts keine Abschreckungswirkung mit sich bringe, Änderungen im Verfahrens- und Vollzugsrecht wurden aber zumindest diskutiert.⁸⁸²

Beim Bundeshauptausschuss in Bochum am 30. April 1977 standen zwar auch die Konsequenzen des Buback-Mordes auf der Tagesordnung, in erster Linie avancierte der „kleine Parteitag“ jedoch zu einer internen Abrechnung mit dem angeschlagenen Innenminister. Martin Bangemann trat erneut als dessen schärfster Kritiker in Erscheinung, als er davon sprach, dass sich im bedingungslosen Eintreten für Rechtsstaatlichkeit das „Existenzrecht“ der FDP begründe und „ein eigener Parteifreund Zweifel geweckt hat an dieser Prinzipientreue der Liberalen“. Ohne Maihofer beim Namen zu nennen, verwies er darauf, „daß politische Verantwortung zu Übernehmen heißt, daß ich selber Konsequenzen ziehen muß, und nicht, daß andere jemanden auffordern müssen, politische personelle Konsequenzen zu ziehen“.⁸⁸³ Ingrid Matthäus äußerte zwar erneut ein gewisses persönliches Verständnis für die Entscheidungen des Innenministers, ging mit ihm nun jedoch deutlich härter ins Gericht als noch in ihrer Rede vor dem Bundestag. Das sich im Fall Traube

⁸⁷⁹ Zundel, Rolf: Maihofer – ein Idol ist zerstört. In: Die Zeit 12/1977.

⁸⁸⁰ Vgl. Konsequenzen aus dem Mordanschlag von Karlsruhe. In: FAZ vom 12.4.1977, S. 3.

⁸⁸¹ Freie Demokratische Korrespondenz 98/1977, S. 2.

⁸⁸² Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 19.4.1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-14, S. 39.

⁸⁸³ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Bochum vom 30. April 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-132, S. 36-37.

abzeichnende Prinzip sei „noch viel schlimmer“ als George Orwells Schreckensvision 1984, da die Überwachung der privaten Rückzugsräume ohne das Wissen der Überwachten betrieben werde. Der Partei wäre besser gedient gewesen, „wenn der verantwortliche Minister frühzeitig und sehr schnell die persönlichen Konsequenzen gezogen hätte“, wobei es dafür auch jetzt noch nicht zu spät sei. Da der Wähler die FDP hinsichtlich der Bürgerrechte kritischer beurteile als die anderen Parteien, laute der niederschmetternde Befund des Lauschangriffs: „Was für die SPD der versuchte Rentenbetrug war, war für uns der Abhör-Sündenfall.“⁸⁸⁴ Auch andere Vertreter des linken Flügels schlossen sich dieser Einschätzung an. So artikulierte Theo Schiller zwar sein Bedauern darüber, seinem „väterlichen Freund“ Maihofer den Rücktritt nahelegen zu müssen, doch sei dies die letzte Gelegenheit, „diesen historischen Fehler vielleicht gutzumachen“. Ansonsten werde er „die Fähigkeit der Partei lähmen [...], Angriffe auf unsere geschriebene liberale, rechtsstaatliche Verfassung [...] abzuwehren“.⁸⁸⁵ William Borm attestierte dem Innenminister in Anlehnung an die griechischen Tragödien „eine objektive Verstrickung [...] abseits jeder subjektiven Schuld“, und bekannte, dass er selbst bezüglich Traube „im Interesse unseres Volkes“ möglicherweise ebenso gehandelt hätte, dafür inzwischen aber „längst zurückgetreten“ wäre.⁸⁸⁶

Werner Maihofer beharrte allerdings weiterhin auf dem Standpunkt, dass sein Vorgehen in der damaligen Lage das einzig richtige gewesen sei, und die Frage der Legitimität des Lauschangriffs nur „aus der Situation ex ante und nicht aus der nachträglichen Sicht [zu] beurteilen“. Erstaunlicherweise weigerte sich der Innenminister noch immer, die erwiesene Unschuld Klaus Traubes anzuerkennen, und sprach davon, dass man „bis heute nicht mit allerletzter Sicherheit“ wisse, ob nicht doch eine akute Gefahr bestanden habe. Zudem wollte er auch eine Wiederholung dieser „Ausnahmelage“ für die Zukunft nicht ausschließen und verwies darauf, dass durchaus eine Situation eintreten könne, in der „die künftigen Mörder in dieser oder jener Wohnung sitzen, daß wir aber nicht den Schatten eines gerichtsverwertbaren Beweises dafür in der Hand haben“. Diese Behauptung provozierte einen Zwischenruf Martin Bangemanns, der Maihofer in schroffen Worten darauf hinwies, dass man ohne gerichtsverwertbaren Beweis gar nicht sicher wissen könne, ob jemand eine schwere Straftat plane.⁸⁸⁷ Gegen Ende seiner Rede räumte Maihofer unverhohlen ein, dass er angesichts des massiven Gegenwindes aus der eigenen Partei „manchmal wirklich voll von Bitterkeit“ sei.

⁸⁸⁴ Ebd., S. 52-53.

⁸⁸⁵ Ebd., A12-133, S. 3-4.

⁸⁸⁶ Ebd., A12-132, S. 78.

⁸⁸⁷ Ebd., S. 55-57.

Wer seinen Rücktritt präferiere, solle ihm das direkt und unverblümt mitteilen, denn er habe geglaubt, mit seinem Verbleib im Amt „auch dem Interesse der Partei, auch der Auffassung der breiten Mehrheit unserer Bevölkerung, auch der breiten Mehrheit unserer Wähler“ entsprochen zu haben. Fast schon flehentlich wandte er sich an seine zahlreichen Kritiker: „Versetzen Sie sich mal in meine Lage der letzten Monate! Ich habe bisher geglaubt, eine Heimat unter den Liberalen zu haben und mich seit 1971 auch ein wenig für Liberalität engagiert zu haben.“⁸⁸⁸

Hans-Dietrich Genscher war einer der wenigen Redner, der sich ohne Vorbehalte auf die Seite des bedrängten Innenministers stellte. Jenen Freidemokraten, die Maihofers Rücktritt zwar nicht explizit forderten, aber zugleich suggerierten, dass die Einsicht in das Notwendige vom Innenminister selbst kommen müsse, unterstellte der Parteivorsitzende einen „Mangel an Courage“. Der Personaldebatte offensichtlich überdrüssig verwies Genscher darauf, dass es wie „in einem gerichtlichen Verfahren [...] auch in der Diskussion einer Personalfrage in einer Partei einmal ein Ende geben“ müsse, weshalb ein Votum der Delegierten die vernünftigste Lösung darstellen würde. Er selbst „stehe heute wie am ersten Tag zu dem Bundesinnenminister Werner Maihofer und zu der Tatsache, daß er weiter Minister sein soll“.⁸⁸⁹ Dem entgegnete wiederum Bangemann, dass eine Abstimmung über Maihofers Schicksal nicht sinnvoll sein könne, da noch immer nicht alle Hintergründe der Lauscaffäre aufgeklärt worden seien und man deshalb eine Entscheidung „auf einer unzureichenden Grundlage“ würde treffen müssen.⁸⁹⁰ Ein parteiinternes Misstrauensvotum blieb Maihofer somit erspart, doch er ging keineswegs gestärkt aus dem Bochumer Treffen hervor. Der vom Bundeshauptausschuss verabschiedete Beschluss betonte ausdrücklich, dass „der Einsatz von Lauschkmitteln in Wohnungen [...] eine Einschränkung von Grundrechten“ darstelle und „die Möglichkeit der Durchbrechung des Verfassungsrechts der Willkür Tür und Tor öffnen“ könne. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sei zudem „auf eine eindeutige gesetzliche Grundlage zu stellen, die neben einer klareren Kompetenzzuweisung auch eine bessere parlamentarische Kontrolle ermöglicht“.⁸⁹¹ Auch hinsichtlich des Buback-Mordes bemühte sich die Partei um ein klares Bekenntnis zu den Prinzipien des Bürgerrechtsliberalismus:

„Die F.D.P. ist bestürzt und empört über den terroristischen Mord an Generalbundesanwalt Buback und zweien seiner Mitarbeiter in Karlsruhe. Sie entzieht sich aber auch nicht der in mancher Hinsicht beklemmenden

⁸⁸⁸ Ebd., S. 63.

⁸⁸⁹ Ebd., S. 82, 97.

⁸⁹⁰ Ebd., A12-133, S. 41.

⁸⁹¹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 283.

Einsicht, daß kein Staat der Welt, und zwar auch nicht ein perfekter Polizeistaat, seinen Bürgern einen vollständigen Schutz vor Eingriffen in Gesundheit oder Leben bieten kann. Gegen fanatische, zu allem entschlossene Verbrecher kann es einen solchen Schutz nicht geben. Deshalb dürfen diese Morde auch nicht dazu führen, daß bei der Bekämpfung des Terrorismus rechtsstaatliche Prinzipien aufgegeben werden. [...] Die F.D.P. bekräftigt im übrigen die Forderung des Wahlprogramms 1976 nach Bewahrung der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Garantien in der Gesetzgebung insbesondere durch Erhaltung des nicht überwachten Gesprächs zwischen Verteidiger und Beschuldigten und Verhinderung von übereilten Gesetzgebungsmaßnahmen. [...] In politischer Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wird die F.D.P. in aller Schärfe die Grenze zwischen nonkonformistischer, ja radikaler politischer Kritik und dem politischen Verbrechen markieren.“⁸⁹²

Nur drei Tage nach dem Bundeshauptausschuss schien die proklamierte Linie der Kompromisslosigkeit gegenüber dem von der Opposition erneut eingebrachten Vorschlag, die Gespräche zwischen Anwalt und Mandant bei inhaftierten Terroristen zu überwachen, allerdings bereits wieder aufzuweichen. Nachdem Helmut Schmidt Sympathien für eine Gesetzesverschärfung bekundet hatte, spielte die Parteiführung um Genscher mit dem Gedanken, bei einer Abstimmung über die Überwachungsfrage die Fraktionsdisziplin aufzuheben. Nicht nur die Vertreter des linken Flügels wehrten sich in einer Sitzung der Bundestagsfraktion entschieden gegen diese Idee, da damit der gerade erst gefasste Beschluss von Bochum hinfällig und eine Mehrheit für die Initiative der Union möglich geworden wäre. Die Landesverbände Schleswig-Holstein, Hamburg und Baden-Württemberg drohten mit der Einberufung eines Sonderparteitages, sollte die Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs unter Mitwirkung von freidemokratischen Abgeordneten beschlossen werden.⁸⁹³ Linksliberale wie Andreas von Schoeler und Jürgen Baumann plädierten dafür, die bestehenden Gesetze hinsichtlich des Verteidigerausschlusses nach der Strafprozessordnung vollends auszuschöpfen anstatt über weitere freiheitsbeschränkende Maßnahmen nachzudenken.⁸⁹⁴

Am 30. Juli 1977 wurde Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der *Dresdner Bank*, bei einem fehlgeschlagenen Entführungsversuch in seinem eigenen Haus von der RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt erschossen. Nur wenige Tage später beschloss das Bundeskabinett einen erneuten Ausbau der Sicherheitsdienste, einschließlich des im Fall Traube noch so heftig kritisierten Verfassungsschutzes. Bereits nach dem Mord an Siegfried Buback war ein Sonderprogramm im Umfang von 50 Millionen Mark zur personellen und technischen Verstärkung von BKA und Bundesanwaltschaft aufgelegt worden. Maihofer plante, diese

⁸⁹² Ebd.

⁸⁹³ Vgl. Koalition: „Das sind Zerfallserscheinungen“. In: Der Spiegel 20/1977, S. 21-23.

⁸⁹⁴ Vgl. „Wollen wir weniger rechtsstaatlich sein?“. In: Der Spiegel 21/1977, S. 44.

Maßnahmen in ein „Gesamtkonzept zur Überwindung des Terrorismus“ zu integrieren, wofür im Innenministerium fünf Arbeitsgruppen installiert wurden, um den gesellschaftlichen und psychologischen Ursachen für die eskalierende Gewalt der Linksextremisten auf den Grund zu gehen. Außerdem schlug er zur „Zerstörung der terroristischen Logistik“ einen verbesserten Schutz von Bankfilialen, erweiterte Fahndungsmöglichkeiten im Flug- und Bahnverkehr und die Einführung fälschungssicherer Personalausweise und Autokennzeichen vor.⁸⁹⁵

Die Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer am 5. September läutete schließlich den Höhepunkt der von der RAF proklamierten „Offensive 77“ ein, welche die Freilassung der in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Führungsriege zum Ziel hatte und später als „Deutscher Herbst“ in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen sollte. Die Bundesregierung reagierte mit der Einrichtung des „Großen Krisenstabes“, welcher unter Berufung auf den „demokratischen Grundkonsens“ gegen den Terrorismus auch führende Oppositionspolitiker einbezog und damit ein von der Verfassung nicht vorgesehenes Allparteiengremium installierte. Diese Situation des „nicht erklärten Ausnahmezustands“ legitimierte aus Sicht der politisch Verantwortlichen auch die Verhängung einer „Kontaktsperre“ über inhaftierte Terroristen, die damit vollständig von der Außenwelt abgeschnitten wurden.⁸⁹⁶ Bei der Arbeit im Krisenstab stand Maihofer einmal mehr deutlich im Schatten Genschers und vermochte kaum eigene Akzente zu setzen. In der FDP befürchtete man sogleich, dass die Lorbeeren im Falle einer erfolgreichen Befreiung Schleyers Bundeskanzler Schmidt zufallen würden, während sich bei einem Fehlschlag sämtliche Kritik gegen den angeschlagenen Innenminister richten könnte.⁸⁹⁷

Ohnehin tat sich die Partei äußerst schwer damit, im Angesicht des wochenlangen Notstandes noch liberales Profil erkennen zu lassen, zumal das Präsidium offiziell verlauten ließ, wer aus der Situation „parteipolitisches Kapital“ schlagen wolle, gefährde die „Solidarität der Demokraten“, welche „für die Handlungsfähigkeit des Staates unerlässlich“ sei.⁸⁹⁸ Wie ernst die Bundesregierung diesen Grundsatz befolgte, bekam unter anderem der linksliberale Berliner Justizsenator Jürgen Baumann zu spüren. Nachdem ein Gericht die Kontaktsperre für

⁸⁹⁵ Zit. n. Bundesregierung will die Sicherheitsdienste weiter verstärken. In: FAZ vom 4.8.1977, S. 1.

⁸⁹⁶ Lammert, Markus: Ein neues Analysemodell für die historische Terrorismusforschung? Securitization-Prozesse in Deutschland und Frankreich in den 1970er und 1980er Jahren. In: In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 201-218, hier S. 206-208.

⁸⁹⁷ Vgl. Hinterm Vorhang. In: Der Spiegel 40/1977, S. 23-26.

⁸⁹⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 242/1977, S. 1.

alle Haftanstalten im Stadtstaat aufgehoben hatte, weil die Entführer nicht beabsichtigten, einen in Berlin einsitzenden Terroristen freizupressen, setzte Baumann das Urteil unverzüglich um. Das brachte ihm jedoch nicht nur den Tadel der Sozialdemokraten Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel, sondern auch Kritik von den eigenen Parteifreunde ein. Genscher und Maihofer versuchten höchstpersönlich, den widerspenstigen Rechtsprofessor umzustimmen, der daraufhin die Zurückdrängung der Judikative beklagte. Der Bundeskanzler instrumentalisierte den Berliner Fall schließlich als weitere Rechtfertigung für die rasche Verabschiedung eines „Kontaktsperregesetzes“ durch den Bundestag.⁸⁹⁹

Bei der zweiten Lesung des Entwurfes im Parlament beantragte Martin Bangemann im Namen der FDP-Fraktion eine Änderung, um einem von der Kontaktsperre betroffenen Gefangenen den Beistand durch einen Pflichtverteidiger zu ermöglichen. Auch Vertreter des rechten Parteiflügels wie Otto Graf Lambsdorff unterstützten diesen Antrag, wenngleich die Freidemokraten eine offene Konfrontation mit dem Koalitionspartner vermieden, indem sie durch Hans Engelhard erklären ließen, die Fraktion stimme bei einem Scheitern ihrer Initiative dem Gesetz auch in seiner unveränderten Fassung zu. Weil sich die Unterstützung aus den Reihen der SPD in engen Grenzen hielt, wurde der Antrag mit 330 zu 48 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dem Kontaktsperregesetz stimmten schließlich 371 Abgeordnete zu, vier votierten dagegen, 15 enthielten sich. Die Enthaltungen aus der liberalen Fraktion kamen von Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus, Friedrich Hölscher und Hansheinrich Schmidt, die Nein-Stimmen allesamt von Sozialdemokraten.⁹⁰⁰

Der „Deutsche Herbst“ kulminierte in der Entführung des Flugzeugs „Landshut“ durch palästinensische Terroristen am 13. Oktober 1977 und die erfolgreiche Geiselbefreiung durch die GSG 9 in Mogadischu fünf Tage später. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe verübten daraufhin kollektiven Suizid im Hochsicherheitstrakt der Stutgarter JVA. Das Leben von Hanns Martin Schleyer konnte dennoch nicht gerettet werden, am 19. Oktober wurde seine Leiche im französischen Mülhausen im Kofferraum eines Autos entdeckt. Auf der Beerdigung des Arbeitgeberpräsidenten verwies der ehemalige FDP-Vorsitzende und nun als Bundespräsident amtierende Walter Scheel in seiner Rede darauf, dass nur diejenigen „die Demokratie zu Ende gedacht“ haben, welche „auf der menschlichen Würde auch des

⁸⁹⁹ Vgl. „Die Sache geht an die Eingeweide“. In: Der Spiegel 41/1977, S. 19-21.

⁹⁰⁰ Vgl. Das Gesetz über die "Kontaktsperre" unter Bedenken im Bundestag verabschiedet. In: FAZ vom 30.9.1977, S. 1.

Terroristen bestehen“.⁹⁰¹ Angesichts des aufgeheizten politischen und gesellschaftlichen Klimas im Umgang mit linksextremen Gewalttätern und deren tatsächlichen oder vermeintlichen Sympathisanten war dies im Herbst 1977 keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Insgesamt lässt sich Johannes Hürters vorsichtiger These, dass die FDP auf dem Zenit des RAF-Terrors „teilweise ein gewisses Gegengewicht [...] zu einer Großen Koalition von Konservativen und Sozialdemokraten in der Inneren Sicherheit“⁹⁰² gebildet habe, durchaus beipflichten, wenngleich die Bereitschaft der Liberalen, wie im Fall des Kontaktsperregesetzes als bürgerrechtliches Korrektiv der Volksparteien zu fungieren, stets dort endete, wo der viel beschworene „demokratische Grundkonsens“ in Frage gestellt schien. Werner Maihofers Rolle in diesem Prozess war ohnehin äußerst marginal, da der Innenminister sich vor allem darauf konzentrierte, auch gegenüber der Union als verlässlicher Partner aufzutreten und alte Vorbehalte abzubauen. So hielt er zwischen den Sitzungen des Krisenstabs engen Kontakt zu Oppositionsführer Helmut Kohl und nahm diesen sogar mit in die Godesberger Fahndungszentrale des BKA, was Kanzler Schmidt als übertriebene Sonderbehandlung für seinen politischen Rivalen wertete.⁹⁰³ Dieses Höchstmaß an Pragmatismus wäre für einen Innenminister Hans-Dietrich Genscher nicht ungewöhnlich gewesen, veranschaulichte im Fall Maihofer jedoch, wie wenig vom einstigen linksliberalen Idealisten geblieben war.

Der vom 6. bis 8. November 1977 abgehaltene Bundesparteitag in Kiel stand folglich noch unter dem Eindruck der aufwühlenden Ereignisse des „Deutschen Herbstes“. Hans-Dietrich Genscher hielt in seiner Eröffnungsrede ein für seine Verhältnisse geradezu flammendes Plädoyer für den liberalen Rechtsstaat, in welchem er betonte, die Antwort auf den Terrorismus dürfe „nicht in der Einschränkung unserer Freiheitlichkeit und unserer Offenheit liegen, sondern im Gegenteil, im weiteren Ausbau der Freiheit [...] und in der Toleranz, auch unbequeme Ansichten und Meinungen zu ertragen“.⁹⁰⁴ Besonders die klare Absage an die Forderung der Union nach einer Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs sowie die Warnung davor, aus der Terroristenbekämpfung eine Sympathisantenjagd zu machen, trafen

⁹⁰¹ Zit. n. Büchse, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 311-332, hier S. 311.

⁹⁰² Hürter, Johannes: Regieren gegen Terrorismus. Die Beispiele Westminster, Bonn und Rom in den 1970er Jahren. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 63-80, hier S. 73.

⁹⁰³ Vgl. Normen setzen. In: Der Spiegel 44/1977, S. 9-10.

⁹⁰⁴ Neue Bonner Depesche 11/1977, S. 1-2.

auf die begeisterte Zustimmung des Plenums.⁹⁰⁵ Wenngleich das Kieler Treffen primär im Zeichen des Konfliktes zwischen Wirtschaftskommission und Perspektivkommission über die künftige Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik stand, kam es auch im Bereich der inneren Sicherheit zu einer kontroversen Auseinandersetzung. Diese entzündete sich an der schon seit Jahren schwelenden Debatte über die Einführung eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes, wobei sich die Befürworter und Gegner des von der Innenministerkonferenz ausgearbeiteten Musterentwurfs gegenüberstanden. Konkret ging es um die Frage, ob der Schusswaffengebrauch für Polizeibeamte auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden müsse, die über die bestehenden Regelungen zur Notwehr und Nothilfe hinausreicht.

Die Gegner des Musterentwurfs, größtenteils weniger bekannte Liberale aus dem Mittelbau der Partei, störten sich insbesondere an der gesetzlichen Regelung des sogenannten „Todesschusses“ im Konzept der Innenminister, also der gezielten Tötung eines Gewalttäters, der das Leben anderer Menschen akut bedroht. Als prominentester Gegenspieler der Innenministerkonferenz tat sich abermals Ulrich Klug hervor, der wie schon ein Jahr zuvor auf dem Frankfurter Bundesparteitag forderte, in ein Polizeigesetz müsse explizit die Bestimmung aufgenommen werden, dass ein Polizist niemals schießen dürfe, um zu töten, „sondern nur, um kampfunfähig oder fluchtunfähig oder beides zu machen“. Der Delegierte Lohmann aus Nordrhein-Westfalen erklärte, er sei nicht damit einverstanden, „daß den Polizeibeamten ein weiterer Schutz des Strafgesetzbuches zuteil wird als jedem anderen Bürger in gleicher Situation“, und Wolfgang Bodeit verwies ebenso wie Hans Koch darauf, dass eine solche Sonderregelung selbst von den Polizeigewerkschaften abgelehnt werde. Ulrich Roloff vertrat gar die These, der gezielte Todesschuss sei in gewisser Weise problematischer als die Todesstrafe, denn während dieser noch „ein justizförmliches Verfahren“ vorausgehen würde, basiere Ersterer ausschließlich auf „Momentanentscheidungen“. Fritz-Wilhelm Krüger verspottete die Innenministerkonferenz indes als „Elferrat“, deren Beschlüsse in den letzten Monaten „Blödsinn“ gewesen seien und „wirklich nur noch Hohngelächter“ hervorrufen können.⁹⁰⁶ Die Gegner des Musterentwurfs hatten sich im Vorfeld des Parteitages im Arbeitskreis zur Rechtspolitik mit knapper Mehrheit durchsetzen können, weshalb der nun vorliegende Antrag erklärte, dass eine gesetzliche Regelung des „gezielten Todesschusses“ ebenso abzulehnen sei wie die Ausstattung der

⁹⁰⁵ Vgl. Zundel, Rolf: Man trägt wieder Mitte. In: Die Zeit 47/1977.

⁹⁰⁶ Archiv des Liberalismus: Protokoll des Bundesparteitages in Kiel vom 6. bis 8. November 1977, A1-643, S. 55-92.

Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten und der Schusswaffengebrauch gegen eine Menschenmenge.

Erwartungsgemäß hatte Werner Maihofer für Einwände dieser Art keinerlei Verständnis. So wandte sich der Bundesinnenminister mit Nachdruck gegen eine derart restriktive Beschränkung der polizeilichen Bewaffnung, denn es könne „uns übermorgen passieren“, dass „eine Bürgerkriegstruppe mit Maschinengewehren auffährt“. Die einzige Alternative zu einer ebenbürtig bewaffneten Polizei sei dann der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, was aber „doch gerade von uns Liberalen kein Mensch“ wolle. Beistand erhielt er von seinem nordrhein-westfälischen Amtskollegen Burkhard Hirsch, der konstatierte, man könne den Kampf gegen den Terrorismus nicht mit „papierernen Thesen“ und „edlen Absichten“ führen, da der Rechtsstaat „Recht nicht nur setzen, sondern auch durchsetzen“ müsse. Rötger Groß, niedersächsischer Innenminister unter dem Christdemokraten Ernst Albrecht, befand, dass „ein genialer Propagandist [...] den Begriff des gezielten Todesschusses erfunden“ haben müsse, da es in Wahrheit ausschließlich „um den gezielten Rettungsschuß“ gehe. Befürworter des Musterentwurfs fanden sich durchaus auch unter den linksliberalen Vertretern im Bundesvorstand. Andreas von Schoeler begründete seine Unterstützung mit der fehlenden Rechtssicherheit der momentanen Situation, denn ein Polizeibeamter dürfe sich wegen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes eben nicht in selbem Maße auf das Notwehr- und Nothilferecht berufen wie eine Privatperson. Die von den Kritikern eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes befürchtete Herabsetzung der Hemmschwelle bei einer gesetzlichen Regelung des Schusswaffengebrauchs hielt er entgegen, dass durch präzise und klare Bestimmungen „jede Gefahr einer Ausuferung vermieden“ statt erhöht werde.⁹⁰⁷ Werner Maihofer und Burkhard Hirsch brachten schließlich einen Änderungsantrag ein, der den Entwurf des Arbeitskreises grundlegend revidierte und letztlich eine Zustimmung zum Musterentwurf der Innenministerkonferenz implizierte. Dieser wurde auch von Detlef Kleinert, Hans Engelhard, Gerhart Baum und Andreas von Schoeler unterstützt und mit 196 zu 174 Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen.⁹⁰⁸ Die *Kieler Thesen* verkündeten somit bezüglich des Polizeigesetzes:

„Die Ausbildung, Ausrüstung und Organisation der Polizei darf nicht an dem Ziel ausgerichtet sein, ein Höchstmaß an Machtmitteln einsetzen zu können. Sie muß vielmehr sicherstellen und ausschließlich daran orientiert sein, daß die Polizei ihre Aufgabe im Interesse des Bürgers und des Rechtsstaates wirksam erfüllen kann. Deshalb fordert die F.D.P. die Einführung eines einheitlichen Polizeigesetzes in allen Bundesländern.

⁹⁰⁷ Ebd., S. 41-63.

⁹⁰⁸ Ebd., S. 94.

Dabei sind Tatbestände, die zum Regelungsbereich der Strafprozeßordnung gehören, dort aufzunehmen. Die gesetzliche Regelung des Schußwaffengebrauchs muß im Interesse der Rechtssicherheit und polizeilichen Handlungsfähigkeit eindeutig sein und darf nicht über das bei dieser Aufgabenstellung unbedingt Erforderliche hinausgehen. Der Einsatz von Schußwaffen darf stets nur das letzte und äußerste Mittel zur Verteidigung des Rechts sein. Die objektive Grenze des strafrechtlichen Nothilferechtes darf auch von der Polizei nicht überschritten werden. Die Entwicklung und der Einsatz polizeitypischer, unblutiger Waffen muß unbedingt den Vorrang haben.“⁹⁰⁹

In Verbindung mit der Tatsache, dass sich der Parteitag auch für die Möglichkeit der Sicherheitsverwahrung besonders gefährlicher Straftäter schon nach der ersten Verurteilung aussprach, wurde das Kieler Treffen in der Presse als „Rechtsruck“ in Fragen der inneren Sicherheitspolitik interpretiert.⁹¹⁰ Diese einseitige Deutung übersah jedoch den durchaus ambivalenten Charakter der Beschlüsse zum Thema Rechtsstaat, wurde doch beispielsweise auch „jede[r] Art der Überwachung der Gespräche zwischen Verteidiger und inhaftierten Mandanten“ eine Absage erteilt und „eine Novellierung des Kontaktsperregesetzes“ hinsichtlich der Einbeziehung eines Pflichtverteidigers gefordert.⁹¹¹ Die Stimmung des Parteitages war – abgesehen von Maihofers Bürgerkriegsszenario – frei von jeder Hysterie hinsichtlich des Umgangs mit terroristischen Bedrohungen. Die starke Opposition gegen den Musterentwurf verdeutlichte das Bestreben vieler Freidemokraten, das rechtsstaatliche Profil ihrer Partei zu schärfen, und es darf durchaus bezweifelt werden, ob Maihofers Änderungsantrag Erfolg gehabt hätte, wäre er nicht von der gesamten Parteispitze einschließlich führender Linksliberaler unterstützt worden. Einmal mehr erwies sich Rolf Zundels Einschätzung in der *Zeit* als äußerst treffend, „daß Kiel in der Rechtspolitik – anders als in der Wirtschaftspolitik – nicht ein Übergangsstadium, sondern eine Grenze der Veränderung markiert“.⁹¹²

Dass der bundesdeutsche Linksterrorismus seinen Zenit inzwischen überschritten hatte, und es deshalb keine Neuauflage des „Deutschen Herbstes“ geben würde, lag Anfang 1978 freilich noch jenseits des Erwartungshorizontes der verantwortlichen Politiker. Im Februar kam es deshalb zur Verabschiedung eines weiteren Anti-Terror-Paketes im Bundestag, welches die polizeilichen Durchsuchungsbefugnisse erweiterte und die Verdachtsschwelle für den Verteidigerausschluss herabsetzte. Berlins Justizsenator Jürgen Baumann begründete seine Zustimmung zu dem umstrittenen Vorhaben in einem *Spiegel*-Interview mit dem Argument,

⁹⁰⁹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 322.

⁹¹⁰ Vgl. Auf dem Weg zum Rechts-Staat? In: Der Spiegel 47/1977, S. 21-23.

⁹¹¹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 321.

⁹¹² Zundel, Rolf: Man trägt wieder Mitte. In: Die Zeit 47/1977.

nur so sei die Einführung der Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs zu verhindern, weshalb man „von zwei Übeln unter allen Umständen das kleinere wählen“ müsse.⁹¹³ Tatsächlich stimmte die FDP-Fraktion dem Gesetzesvorhaben nun geschlossen zu, wenngleich Engelhard, Kleinert und Mischnick im Parlament einhellig betonten, man habe sich diese Entscheidung „nicht leicht gemacht“. Immerhin verdeutlichte die Bundestagsdebatte, dass der vor allem in den Wochen der Schleyer-Entführung so vehement betonte „demokratische Grundkonsens“ zwischen Regierung und Opposition nun wieder der altbekannten harten Auseinandersetzung wich, denn der Union gingen die von der Koalition beschlossenen Maßnahmen nicht weit genug.⁹¹⁴

Auch wenn Werner Maihofer das Krisenjahr 1977 in seinem Amt als Bundesinnenminister überstanden hatte, bedeutete dies für ihn nicht das Ende der Negativschlagzeilen. Zunächst geriet er wegen des Entwurfs eines Meldegesetzes in die Kritik, welches die Erfassung von rund 170 Einzeldaten pro Bürger auf den Computern der Strafverfolgungsbehörden ermöglichen sollte. Burkhard Hirsch, bis dahin einer der entschiedensten Fürsprecher Maihofers, rügte dessen Vorhaben auf einer Sitzung der Innenministerkonferenz und warnte vor dem „gläsernen Menschen“.⁹¹⁵ Im März 1978 wurde bekannt, dass es im Rahmen der Schleyer-Fahndungen zu schwerwiegenden Pannen in der Kommunikation zwischen Bundes- und Landesbehörden gekommen war, unter anderem wurde ein wichtiger Hinweis auf die Unterkunft der Entführer und ihres Opfers von der Sonderkommission des BKA nicht weitergeleitet.⁹¹⁶ Die Opposition verlangte umgehend personelle Konsequenzen von der Bundesregierung, doch Helmut Schmidt lehnte es ab, den Innenminister persönlich für die Fehler ihm unterstellter Organe verantwortlich zu machen. Hans-Dietrich Genscher mahnte auf dem FDP-Bundeshauptausschuss in Frankfurt zumindest die Unterstützung Maihofers für die rückhaltlose Aufklärung aller Versäumnisse an.⁹¹⁷ Eine weitere Angriffsfläche bot der Freidemokrat durch seinen kurzfristigen Sinneswandel, die Abteilung Terrorismusbekämpfung des BKA doch nicht nach Bonn verlegen zu wollen, obwohl er selbst drei Jahre zuvor den Umzug aus Wiesbaden in die Bundeshauptstadt durchgesetzt hatte und alle Vorbereitungen bereits abgeschlossen waren.⁹¹⁸

⁹¹³ „Dann wird die Schraube noch enger gedreht“. In: Der Spiegel 7/1978, S. 36-38.

⁹¹⁴ Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 72. Sitzung, 16.2.1978, S. 5659-5730.

⁹¹⁵ Zit. n. Gläserner Mensch. In: Der Spiegel 7/1978, 32-33.

⁹¹⁶ Vgl. Nacktes Chaos. In: Der Spiegel 11/1978, S. 22-27.

⁹¹⁷ Vgl. „Maihofer und Hirsch nicht verantwortlich“. In: FAZ vom 13.3.1978, S. 5.

⁹¹⁸ Vgl. Auf dem falschen Bein. In: Der Spiegel 18/1978, S. 102-104.

Schließlich wurde im Mai 1978 von der *Frankfurter Rundschau* enthüllt, dass Beamte des Bundesgrenzschutzes von den Geheimdiensten BfV, BND und MAD angewiesen worden waren, Flugreisende nach „linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Druckwerken“ zu durchsuchen und etwaige Erkenntnisse umgehend weiterzuleiten. Der SPD-Parlamentarier Eckart Kuhlwein hatte zuvor einen Protestbrief beim Bundesinnenminister eingereicht, weil der BGS am Hamburger Flughafen seine Unterlagen mit Schriftstücken von der Organisation *Amnesty International* über den Besuch von Franz Josef Strauß in Chile intensiv beleuchtet habe. Maihofer versicherte dem Sozialdemokraten, seine Dokumente seien nur deswegen ins Visier geraten, weil die Grenzschrützer sie „nach Waffen, Sprengstoffen und sonstigen Gegenständen [...], von denen eine Gefährdung ausgehen könnte“, durchsucht haben.⁹¹⁹ Die neuen Enthüllungen falsifizierten jedoch diese Aussage des Innenministers, der nun abermals vor dem Dilemma stand, das verfassungsrechtlich äußerst fragwürdige Vorgehen der Geheimdienste entweder bewusst gedeckt oder einmal mehr von nichts gewusst zu haben. Für die FDP kamen sie nicht nur deshalb zur Unzeit, weil die Partei nach Aussage von Generalsekretär Verheugen noch immer mit ihrem „Traube-Trauma“ zu kämpfen hatte, sondern auch weil gleich vier Landtagswahlen unmittelbar bevorstanden.⁹²⁰ Nun schien auch Parteichef Genscher nicht mehr gewillt, Maihofer weiterhin gegen die immer zahlreicher werdenden Kritiker aus Union, SPD und der eigenen Partei in Schutz zu nehmen. Schon vor den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg am 4. Juni 1978 galt die bevorstehende Demission des Innenministers in Bonn als sehr wahrscheinlich.⁹²¹ Als die FDP in beiden Ländern an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, wurden personelle Konsequenzen unvermeidlich. Sowohl Genscher als auch Lambsdorff stellten sich nun öffentlich gegen Maihofer, der daraufhin am 8. Juni seinen Rücktritt erklärte.⁹²² Als Lehre aus dem doppelten Wahldebakel wollte die Parteispitze nun eine entschlossene Rückbesinnung auf die bürgerrechtsliberale Tradition der FDP einleiten.⁹²³ Dass mit Werner Maihofer ausgerechnet das einstige Idol der Parteilinken dafür weichen musste, entbehrte nicht einer gewissen Ironie, war jedoch die logische Konsequenz des spätestens mit dem Fall Traube manifest gewordenen Entfremdungsprozesses zwischen Minister und Partei.

Auch wenn Maihofers Verdienste als liberaler Programmatiker unbestritten sind und denen Karl-Hermann Flachs in keiner Weise nachstehen, muss man in Anbetracht von vier Jahren

⁹¹⁹ Zit. n. „Sind wir ein Verfassungsschutzstaat?“. In: *Der Spiegel* 21/1978, S. 25-30.

⁹²⁰ „Das trifft die FDP unheimlich hart“. In: *Der Spiegel* 21/1978, S. 23-24.

⁹²¹ Vgl. Maihofer: Abgang gesucht. In: *Der Spiegel* 23/1978, S. 21-25.

⁹²² Vgl. Kaiser, Carl-Christian: Ein Scherbengericht. In: *Die Zeit* 24/1978.

⁹²³ Vgl. FDP: „Jeder hat seine Talfahrt“. In: *Der Spiegel* 24/1978, S. 21-25.

voller Pannen und Skandale konstatieren, dass er sich für das Amt des Bundesinnenministers als völlige Fehlbesetzung erwies. Anders als Vorgänger Hans-Dietrich Genscher gelang es ihm nicht, sich als zuverlässiger Hüter der inneren Sicherheit zu präsentieren, die durchaus vorhandenen Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus wurden fast ausschließlich Helmut Schmidt zugeschrieben. In der bis dahin größten innenpolitischen Krise der Bundesrepublik, die in den Ereignissen des „Deutschen Herbstes“ gipfelte, zeigte sich der politische Quereinsteiger mit den Zuständigkeiten seines „Mammutressorts“ hoffnungslos überfordert. Dadurch war es ihm nicht möglich, Gesinnungs- und Verantwortungsethik auch nur annähernd in Einklang zu bringen, oder gar so etwas wie ein liberales Korrektiv zum „demokratischen Grundkonsens“ zu personifizieren. So gesehen war Maihofer der falsche Mann zur falschen Zeit am falschen Ort. Für den linken Flügel der FDP erwies sich diese Entwicklung als schwere Hypothek, war der Strafrechtsprofessor doch ursprünglich als Kompensation für Wirtschaftsminister Hans Friderichs in sein Amt berufen worden. Anders als von den Linksliberalen erhofft, avancierte Maihofer jedoch nicht zu „ihrem“ Vertreter im Bundeskabinett, er hatte freilich auch keinen großen Spielraum für das Verfechten einer Bürgerrechtsagenda. Eine Profilierung der FDP als Rechtsstaatspartei im Angesicht des Terrorismus war somit nur in Ansätzen, wie bei der demonstrativen Skepsis gegenüber dem Kontaktsperregesetz, möglich. Es waren wohl die Erfahrungen aus Maihofers Amtszeit, die Ralf Dahrendorf zu der These verleiteten, eine liberale Partei solle niemals das Innenministerium anstreben, weil dies „bei Sozialdemokraten oder bei Liberalkonservativen in weit besseren Händen“ sei.⁹²⁴

⁹²⁴ Dahrendorf: Die Chancen der Krise, S. 223.

4.3. Gerhart Baum: Abkehr vom „Ausnahmezustand“

Auch wenn der Rücktritt Werner Maihofers nach dessen skandalträchtiger Amtszeit für die FDP einer gewissen Erleichterung gleichkam, erwies sich die Suche nach einem geeigneteren Nachfolger als außerordentlich schwierig. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick lehnte die Übernahme der Verantwortung für das „Mammutressort“ ebenso ab wie sein Stellvertreter Hans-Günter Hoppe und der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Willy Weyer. Wegen des Mangels an personellen Alternativen wurde auch über einen Ressortwechsel von Wirtschaftsminister Lambsdorff und sogar eine Rückkehr Genschers ins Innenministerium spekuliert.⁹²⁵ Letztlich fiel die Wahl auf Gerhart Baum, der unter Maihofer als Parlamentarischer Staatssekretär gedient hatte und mit den hohen Anforderungen des Amtes bestens vertraut war. Mit Baum trug nun abermals ein bekennender Linksliberaler die Verantwortung für den bundesdeutschen Sicherheitsapparat, wobei er anders als sein Vorgänger kein politischer Quereinsteiger war, sondern sich von der Kölner Kommunalpolitik bis in die Spitze des Bundespartei hochgearbeitet hatte. Dass er bei seinem Amtsantritt am 8. Juni 1978 bewusst auf jeden Anflug von Euphorie verzichtete, lag wohl nicht nur darin begründet, dass Baum „als letztes Aufgebot oder als zweite bis fünfte Wahl eingeschätzt“ wurde,⁹²⁶ sondern auch an der Tatsache, dass er den tiefen Fall Werner Maihofers als einer seiner engsten Mitarbeiter unmittelbar miterleben musste. Der gewaltige Anspruch, sowohl die liberale Rechtsstaatspartei FDP als auch den handlungsfähigen Sicherheitsstaat BRD glaubwürdig und erfolgreich vertreten zu müssen, lastete nun ganz auf ihm selbst.

Wie schwierig die Vorzeichen dafür auch weiterhin waren, veranschaulichte der Rücktritt des freidemokratischen Berliner Justizsenators Jürgen Baumann nur wenige Wochen nach Baums Amtseinführung. Er zog damit die Konsequenzen aus der mit Waffengewalt erfolgten Befreiung des inhaftierten Terroristen Till Meyer und musste somit aus ganz ähnlichen Gründen zurücktreten wie sein Vorgänger Hermann Oxfort zwei Jahre zuvor.⁹²⁷ In seinem ersten großen *Spiegel*-Interview zeigte sich der neue Bundesinnenminister dennoch entschlossen, „eine ganze Reihe von eingefahrenen Maßnahmen [...], die rechtlich riskant und in der öffentlichen Wirkung negativ sind, die vor allem aber zur Inneren Sicherheit nichts beitragen“, zu beenden. Dazu zählte Baum vor allem fragwürdige Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste, wie sie bei der Überprüfung verdächtiger Literatur im Gepäck von

⁹²⁵ Vgl. Meyer, Thomas: Maihofers Rücktritt hat die FDP auf dem falschen Bein erwischt. In: FAZ vom 8.6.1978, S. 3.

⁹²⁶ Zit. n. „Ein Lächeln quäle ich mir noch ab“. In: Der Spiegel 24/1978, S. 36.

⁹²⁷ Vgl. Haken und Ösen. In: Der Spiegel 28/1978, S. 80-81.

Flugreisenden zum Ausdruck gekommen waren. Es sei inakzeptabel, wenn „Bundesgrenzschutz oder andere Behörden [...] zu Außenstellen des Verfassungsschutzes werden“, weshalb die „schwierige Frage, welche Qualität und welche Dimension die Amtshilfe haben darf“, derzeit überprüft werde.⁹²⁸ Infolge der zahlreichen Pannen bei der Kooperation der Strafverfolgungsbehörden während der Schleyer-Entführung plante Baum eine Dezentralisierung ihrer Zuständigkeiten und eine Umkehr der Tendenz, dem BKA immer mehr Kompetenzen zu übertragen. Jenes sollte fortan nur noch auf direkte Anweisung des Bundesinnenministers im Einsatz gegen den Terrorismus tätig werden.⁹²⁹ Als sich Anfang September 1978 drei Hauptverdächtige im Mordfall Schleyer dem Zugriff der Polizei entziehen konnten, warfen die Unionsparteien Gerhart Baum sogleich vor, die Sicherheitsbehörden mit seinen Reformmaßnahmen verunsichert zu haben.⁹³⁰

Weiterhin hochgradig umstritten blieb der Umgang mit dem sogenannten Radikalenerlass vom Januar 1972. Baums Staatssekretär Andreas von Schoeler brachte das Thema in der Juli-Ausgabe der *Neuen Bonner Depesche* anhand der Fälle Nieß und Häberlein erneut zur Sprache. Die sozialdemokratische Juristin Charlotte Nieß wurde in Bayern wegen ihrer Mitgliedschaft in der *Vereinigung Demokratischer Juristen* als Richterin, der Pädagoge Heinrich Häberlein aufgrund seiner Tätigkeit für die *Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner* als Lehrer abgelehnt. In beiden Fällen wurde dies mit der Mitarbeit von Kommunisten in den jeweiligen Organisationen begründet. Die „bei vielen Bundesländern festzustellende Tendenz zur Ausdehnung und Ausuferung des Verfassungstreuepostulats hin in Richtung auf politisches Wohlverhalten“, so von Schoeler, sei „rechtlich bedenklich“ und „politisch gefährlich“. Es könne der Eindruck entstehen, dass „es hierbei gar nicht mehr um den Schutz des demokratischen Staates und seiner Verfassung, sondern um den Versuch, unbequeme, engagierte, und im positiven Sinne radikale junge Menschen im öffentlichen Dienst fernzuhalten“ gehe.⁹³¹ Schon einige Wochen zuvor hatte von Schoeler in einem Beitrag für die Zeitschrift *Liberal* versucht, den Begriff des „Radikalismus“, der fast nur noch in einem diffamierenden Kontext verwendet wurde, wieder positiv zu konnotieren. Er verwies darauf, dass dieser keineswegs mit „Extremismus“ gleichzusetzen sei und radikale politische Einstellungen „in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz, nach liberaler Auffassung sogar ihre

⁹²⁸ „Nicht wie die Kaninchen auf Hessen starren“. In: Der Spiegel 30/1978, S. 23-26.

⁹²⁹ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Von der Terrorbekämpfung bis zum Umweltschutz. In: FAZ vom 6.9.1978, S. 9.

⁹³⁰ Vgl. „Ich verstehe die Wut der Leute“. In: Der Spiegel 37/1978, S. 23-25.

⁹³¹ Neue Bonner Depesche 7/1978, S. 10.

unverzichtbare Funktion“ haben. Bei Politikern wie Roman Herzog, Hans Filbinger und auch Ludwig Erhard sei die Neigung zu beobachten, die Soziale Marktwirtschaft zum „Kernbestand unserer Verfassung“ umzudeuten, und somit ihre radikalen Kritiker „über die Verfassung hinauszuschieben und als Extremisten zu bezeichnen“. ⁹³² Gegen die Gleichsetzung von „Kapitalismuskritikern“ und „Verfassungsfeinden“ wandte sich auch Gerhart Baum in einer Rede an der *Katholischen Akademie Freiburg*. ⁹³³ Der Innenminister erließ bereits kurz nach seinem Amtsantritt neue Anordnungen über die Anwendung des Extremistenbeschlusses in seinem Ministerium und den zahlreichen ihm unterstellten Behörden. Eine Anfrage beim Verfassungsschutz durfte fortan nur noch als letzte Hürde für die bereits geplante Einstellung eines Bewerbers erfolgen, wobei Arbeiter und Angestellte nur noch dann überprüft werden sollten, wenn sie in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingesetzt werden oder hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Die Anweisungen Baums lehnten sich eng an die Beschlüsse des FDP-Bundesparteitages vom November 1976 an. ⁹³⁴

Es waren jedoch auch weiterhin nicht alle freidemokratischen Sicherheitspolitiker zu einer grundlegenden Revision des Radikalenerlasses bereit. Nach widersprüchlichen Gerichtsurteilen in Nordrhein-Westfalen über die Einstellung von DKP-Mitgliedern in den Schuldienst diskutierte die sozial-liberale Koalition in Düsseldorf zwar offen über eine mögliche Neuregelung der bisherigen Praxis, Innenminister Burkhard Hirsch stellte sich jedoch prinzipiell gegen jede Änderung, die Kommunisten den Zugang zum Lehrerberuf erleichtern würde. Er begründete dies mit dem großen Einfluss der Lehrer auf Heranwachsende, wie er ihn gegenwärtig bei seinem Sohn erlebe. ⁹³⁵ Völlig überraschend kündigte dann die eher konservative Hamburger SPD, welche die Hansestadt seit dem Ausscheiden der FDP aus dem Senat mit absoluter Mehrheit regierte, Ende September 1978 an, die routinemäßige Überprüfung der Bewerber für den öffentlichen Dienst auf Verfassungstreue vollständig aufzugeben. Der Großteil der führenden Sozialdemokraten in Bonn zeigten sich über diese Maßnahme freilich eher wenig erfreut, weil man sie im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl in Hessen, bei der Ministerpräsident Holger Börner sein Amt gegen den Erzkonservativen Alfred Dregger verteidigen musste, eher für hinderlich hielt. Die FDP, welche sich ja insbesondere nach den Wahniederlagen von Niedersachsen und Hamburg explizit als Bürgerrechtspartei profilieren wollte, war auf eine derartige Initiative

⁹³² von Schoeler, Andreas: Liberalismus und Extremismus. In: Liberal 1978, S. 272-281.

⁹³³ Neue Bonner Depesche 3/1978, S. 14.

⁹³⁴ Vgl. Im Bundesinnenministerium gilt ein neuer Radikalenerlaß. In: FAZ vom 15.7.1978, S. 4.

⁹³⁵ Vgl. Neuer Ton. In: Der Spiegel 37/1978, S. 27.

offenkundig nicht vorbereitet. Hans-Dietrich Genscher sprach sich entschieden gegen den Vorstoß von Hans-Ulrich Klose aus und verwies auf die Gefahren für Kinder und Jugendliche, die von kommunistischen Lehrern ausgehen. Der Parteivorsitzende wollte auch Gerhart Baum zu einer öffentlichen Kritik am Ersten Bürgermeister der Hansestadt bewegen, doch der Bundesinnenminister weigerte sich hartnäckig, ein negatives Wort über Klosens Pläne zu verlieren.⁹³⁶

Trotz der erneuten Kontroverse um den Extremistenbeschluss verlief die hessische Landtagswahl am 8. Oktober erfolgreich genug, um das sozial-liberale Bündnis in Wiesbaden fortsetzen zu können. Nun schwenkte auch die sozialdemokratische Bundespartei weitgehend auf Klosens Linie ein und wollte die Regelanfrage beim Verfassungsschutz nur noch bei Bewerbern zulassen, die einen Posten im sicherheitspolitischen Bereich anstreben. Baum wollte offenbar nicht hinnehmen, dass die Liberalen vom Koalitionspartner ausgerechnet in diesem Punkt links überholt werden, und schlug deshalb vor, auch diese letzte Einschränkung fallen zu lassen.⁹³⁷ Anders als der SPD-Vorsitzende Willy Brandt war Genscher nicht bereit, die Pläne des Innenministers öffentlich zu unterstützen. Burkhard Hirsch drohte sogar seinen Rücktritt für den Fall an, dass Baum sich mit seinem Vorstoß durchsetzen würde.⁹³⁸ Dass Letzterer noch vor dem anstehenden Bundesparteitag der FDP auch den sozialdemokratischen Justizminister Hans-Jochen Vogel von seiner Position überzeugen und für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Papiers gewinnen konnte, welches selbst der skeptische Helmut Schmidt äußerst wohlwollend zur Kenntnis nahm, war jedoch ein vorentscheidender Etappensieg für diejenigen Liberalen, die eine möglichst weitreichende Revision des Radikalenerlasses anstrebten.⁹³⁹

Als die Delegierten des Bundesparteitages vom 12. bis 14. November 1978 in der Mainzer Rheingoldhalle zusammentrafen, brachte der Bundesvorstand einen maßgeblich von Gerhart Baum und Andreas von Schoeler ausgearbeiteten Antrag zur Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst ein, welcher die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz forderte.⁹⁴⁰ Der Bundesinnenminister erläuterte in seiner Rede, man könne „nicht weiter zusehen, wie zumindest Teile der jungen Generation und Teile einer kritischen Öffentlichkeit diesem freiheitlichen Staat wegen dieser Praxis mit Skepsis begegnen“, da man „keine

⁹³⁶ Vgl. Für Kommunisten Tür und Tor geöffnet? In: Der Spiegel 41/1978, S. 22-28.

⁹³⁷ Vgl. Koalition: „Mut zum Unbequemen“. In: Der Spiegel 43/1978, S. 28-32.

⁹³⁸ Vgl. Radikalenerlaß: Koalition im Meinungsstreit. In: Der Spiegel 44/1978, S. 21-23.

⁹³⁹ Vgl. Jetzt springen. In: Der Spiegel 45/78, S. 31-33.

⁹⁴⁰ Vgl. Niederlage des FDP-Vorstands zum Auftakt des Parteitags in Mainz. In: FAZ vom 13.11.1978, S. 1.

angepaßten verschüchterten Demokraten, sondern [...] Demokraten, die das Verfassungstreue-Gebot auch aktiv ausfüllen“, brauche. Die „generelle Mitwirkung des Verfassungsschutzes in Einstellungsverfahren“ gehöre nicht zu seinem „eigentlichen gesetzlichen Auftrag“ und verstoße gegen den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips“. Deshalb habe es nun oberste Priorität, Staatsschutz und Einstellungsbehörden zu entkoppeln, und eine „hundertprozentige, für alle Bereiche geltende Absage an die Praxis der Routineanfrage durchzusetzen“. ⁹⁴¹

Burkhard Hirsch hielt dem entgegen, dass es in einem Land wie Nordrhein-Westfalen, dass jährlich 10.000 Lehrer einstelle, keine Alternative zur Regelanfrage gebe, denn würde man sich „allein darauf verlassen, was papiermäßig vorgelegt wird, dann hätten wir nicht die mindeste Chance, Feierabendrevolutionäre wirklich vom öffentlichen Dienst fernzuhalten“. Er persönlich habe, wie viele andere Eltern, kein Interesse daran, „daß gerade das Lehramt Extremisten von links und rechts geöffnet wird“. Hirsch forderte deshalb, den Antrag des Bundesvorstandes dahingehend zu ergänzen, „daß dann die Anfrage an den Verfassungsschutz möglich sein soll, wenn alle anderen Mittel für unsere gesetzliche oder verfassungsmäßige Verpflichtung uns und den Staat mehr belasten würden“. Baum betonte wiederum, dass er zwar die Rechtsauffassung seines „Freundes Hirsch“ respektiere, dessen Formulierung jedoch nichts anderes bedeute, als die Regelanfrage unter nicht klar definierten Umständen beizubehalten, was die Einstellungsbehörden dazu veranlassen könnte, an ihrer Praxis letztlich nichts zu ändern. ⁹⁴² Auch Andreas von Schoeler erklärte, der Zusatz würde „das was davorsteht praktisch aufheben, indem er eine unbestimmte Rückausnahme zuließe“. ⁹⁴³

Schnell wurde deutlich, dass die Forderung des nordrhein-westfälischen Innenministers kaum nennenswerte Unterstützung erfuhr. Stattdessen rückte ein Antrag ins Zentrum der Debatte, den die Landesverbände Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg einbrachten. Im Gegensatz zur Formulierung des Bundesvorstandes hob dieser explizit hervor, dass der liberale Rechtsstaat prinzipiell „von der Verfassungstreue seiner Bürger“ ausgehen müsse, was „natürlich auch für den öffentlichen Dienst“ gelte. Anfragen beim Verfassungsschutz seien nur noch dann zulässig, wenn „Tatsachen bekannt“ seien, „die darauf hindeuten, daß ein Bewerber den Kernbestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung

⁹⁴¹ Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 12. bis 14. November 1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-673, S. 61-70.

⁹⁴² Ebd., S. 69-81.

⁹⁴³ Ebd., A1-674, S. 8.

durch seine Handlungen aktiv bekämpft“. Gerhart Baum zeigte sich diesem Wortlaut gegenüber skeptisch, da das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil von 1975 ausdrücklich festgelegt hatte, ein Beamter müsse jederzeit aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten. Als sich auf dem Parteitag jedoch immer mehr Delegierte für den Antrag der Landesverbände aussprachen, neigte auch Parteichef Genscher, der bis dahin ja nicht als Kämpfer gegen den Extremistenbeschluss aufgefallen war, den neuen Formulierungen zu. Unter der Regie des Bundesvorsitzenden wurden die Anträge zusammengeführt, wobei die wichtigsten Passagen aus dem Papier der Landesparteien erhalten blieben. Damit fielen die Beschlüsse zum Radikalenerlass sogar liberaler aus, als Baum es ursprünglich intendiert hatte, wenngleich der befürchtete Zielkonflikt mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in Mainz nicht vollständig entkräftet werden konnte.⁹⁴⁴ Unmissverständlich blieb aber die vollständige Abkehr von der Regelanfrage und die aus dem Antrag des Bundesvorstandes übernommene Feststellung, „daß der Extremistenbeschluss von 1972 am Anfang eines Irrweges stand“.⁹⁴⁵

Die Reaktionen auf die Beschlüsse fielen erwartungsgemäß zwiespältig aus. Clemens Christians, Präsident des *Deutschen Lehrerverbandes*, warf den Freidemokraten vor, „Verfassungsfeinden Tür und Tor geöffnet“ zu haben,⁹⁴⁶ während Rolf Zundel in der *Zeit* anerkennend feststellte, dass „Liberalität im Rechtsstaat [...] wieder zu einer Erkennungsmelodie der FDP geworden“ sei.⁹⁴⁷ Interessanterweise fasste die SPD auf ihrem Bundesparteitag am 9. und 10. Dezember 1978 einen Beschluss zum Radikalenerlass, der dem des kleineren Koalitionspartners fast im Wortlaut entsprach. Die Bundesregierung hatte damit ein eindeutiges Votum beider Parteien für die Abschaffung der Regelanfrage und zumindest eine Richtlinie für die Bedingungen, unter denen künftig überhaupt noch beim Verfassungsschutz angefragt werden durfte. Die Skepsis der verantwortlichen Politiker bezüglich der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse blieb allerdings bestehen, so favorisierte Gerhart Baum weiterhin eine Lösung, die bereits bei begründeten Zweifeln an der Verfassungstreue eines Bewerbers eine Anfrage durch die Einstellungsbehörde ermöglichen sollte.⁹⁴⁸ In der Neufassung der *Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue*, welche der Innenminister dem Bundeskabinett am 17. Januar 1979 vorlegte, fand sich deshalb die

⁹⁴⁴ Zit. n. Fromme, Friedrich Karl: Hirsch verlangt jetzt von Baum Konsequenzen. In: FAZ vom 15.11.1978, S. 4.

⁹⁴⁵ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 388.

⁹⁴⁶ Zit. n. „Verfassungsfeinden Tür und Tor geöffnet“. In: FAZ vom 15.11.1978, S. 4.

⁹⁴⁷ Zundel, Rolf: Lust an Rebellion und Widerspruch. In: Die Zeit 47/1978.

⁹⁴⁸ Vgl. Das Bundeskabinett muß Konsequenzen aus Extremistenbeschlüssen der Parteitage ziehen. In: FAZ vom 30.12.1978, S. 4.

Formulierung, nur „wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt“, wobei die Auslegung der Verfassungstreue der jeweils zuständigen Behörde „unter Beachtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts“ überantwortet wurde, sei eine Anfrage beim Verfassungsschutz zulässig. Des Weiteren wurden die FDP-Parteitagebeschlüsse von 1976 umgesetzt, wonach grundsätzlich nur bei einer tatsächlich geplanten Einstellung angefragt werden dürfe und Erkenntnisse über den Bewerber, die vor seinem 18. Lebensjahr gesammelt wurden, ebenso unter Verschluss zu halten seien wie solche, die unter eine gesetzlich geregelte Schweigepflicht fallen.⁹⁴⁹

Die neuen Richtlinien waren allerdings nur für die Behörden auf Bundesebene verbindlich, welche lediglich einen Bruchteil aller westdeutschen Beamten beschäftigten. Die unionsregierten Länder verweigerten sich, mit Ausnahme des Saarlandes, einer liberaleren Auslegung des Radikalenerlasses vollständig, und selbst unter den sozial-liberalen Landesregierungen blieb die Einstellungspraxis umstritten. In Hessen warfen sich SPD und FDP gegenseitig vor, der gebotenen Neuausrichtung im Wege zu stehen, und Nordrhein-Westfalens Innenminister Burkhard Hirsch erteilte seine Zustimmung zum Verzicht auf die Regelanfrage nur gegen die Zusicherung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, die Fernhaltung von Kommunisten aus dem Lehramt auf andere Weise zu gewährleisten. Dazu erwog man eine Ausweitung der den Einstellungsbehörden zugestellten Verfassungsschutzberichte ebenso wie eine schriftliche Versicherung der Bewerber, keiner verfassungsfeindlichen Organisation anzugehören.⁹⁵⁰ Die symbolträchtige Abschaffung der Regelanfrage auf Bundesebene bedeutete also noch keineswegs einen endgültigen Abschied vom „Irrweg“ des Extremistenbeschlusses.⁹⁵¹

Die harte staatliche Reaktion auf die eskalierende terroristische Gewalt im Herbst 1977 wurde vielfach als der sinnfällige Ausdruck der sogenannten „Tendenzwende“ interpretiert, wobei die Herausbildung des „Sicherheitsstaates“ durchaus eine emanzipative Kehrseite hatte, die in der Wiederentdeckung liberaler Bürgerrechtsideale bestand. So wurden beispielsweise erst durch die umstrittene Rasterfahndung weite Teile der Bevölkerung für das Thema Datenschutz sensibilisiert.⁹⁵² Die Bonner Regierungsparteien, deren Handeln im „Deutschen Herbst“ ja maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hatte, waren keineswegs gewillt,

⁹⁴⁹ Neue Bonner Depesche 2/1979, S. 9-10.

⁹⁵⁰ Vgl. Wird schon laufen. In: Der Spiegel 9/1979, S. 32-33.

⁹⁵¹ Vgl. Rigoll: Liberalisierung und Illiberalisierung, S. 57-58.

⁹⁵² Vgl. Büchse: Von Staatsbürgern zu Protestbürgern, S. 331.

diesen Gegenstand den außerparlamentarischen Bewegungen zu überlassen. Ein Bundesdatenschutzgesetz, welches Bedingungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten festlegte, war bereits am 1. Januar 1978, also noch während der Amtszeit Werner Maihofers, in Kraft getreten.⁹⁵³ Doch erst unter Bundesinnenminister Gerhart Baum avancierte der Datenschutz zu einem Thema von zentraler politischer Bedeutung, welches für die FDP durchaus eine identitätsstiftende Funktion erfüllte. Die Entflechtung der Sicherheitsbehörden durch Eindämmung der Amtshilfe nahm von Beginn an einen zentralen Platz in Baums politischer Agenda ein und erfolgte vor allem unter der Prämisse, den Staat nicht alle Möglichkeiten der neuen Technologien ausschöpfen zu lassen. Bereits im August 1978 schrieb Gunter Hofmann in der *Zeit*: „Zum erstenmal fragt ein Innenminister wieder öffentlich danach, was denn die „Kriterien“ für die Aufnahme von Objekten in die Verfassungsschutz-Übersichten seien. Das große Computernetz der Polizei wird erstmals unter dem Aspekt des Datenschutzes betrachtet, der ja ein Schutz vor Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte sein soll. Die fragende Skepsis richtet sich schließlich auch gegen ein elektronisches Verbundsystem, das die grundgesetzlich verankerte Abgrenzung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten nicht immer erkennen läßt.“⁹⁵⁴

Gegen diesen Kurs gab es allerdings von mehreren Seiten entschiedenen Widerstand. Als Baum veranlasste, eine BKA-Kartei über Kommune-Mitglieder und Demonstranten abzuschaffen, begehrten Christ- wie Sozialdemokraten in der Innenministerkonferenz gegen die „immer mehr nach links driftende Parteipolitik“ des Bundesministers auf. Die Beziehung zu BKA-Präsident Horst Herold gestaltete sich außerordentlich schwierig, da dieser große Hoffnungen in die Computerisierung der Verbrecherjagd setzte, denen Baum sich nicht anschließen wollte. Der Freidemokrat untersagte Herold die Verwendung der Datei *Befa 7 K*, in dem alle Kontakt-Personen von Terroristen und ihren Unterstützern systematisch registriert wurden, und den Zugriff auf die Dateien des Verfassungsschutzes, weil er darin eine unzulässige Amtshilfe erblickte. BfV-Präsident Richard Meier war auf Baum wegen der Abschaffung der Regelanfrage ohnehin nicht gut zu sprechen. Einzig in den Reihen der FDP schien man erfreut darüber, nach dem Desaster der Maihofer-Ära nun endlich einen Innenminister vorzeigen zu können, der nicht bereit war, Bürgerrechte für die Staatsräson zu opfern, aber ebenso wenig durch Pannen und Misserfolge in die Schlagzeilen geriet. Generalsekretär Verheugen riet ihm öffentlich, den bisherigen Kurs in jedem Falle

⁹⁵³ Vgl. Henne, Steffen: Informationstechnischer Wandel und Liberalität in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 65-88, hier S. 82.

⁹⁵⁴ Hofmann, Gunter: Was ist nötig, was erlaubt? In: Die Zeit 33/1978.

beizubehalten.⁹⁵⁵ Tatsächlich repräsentierte Gerhart Baum durch seine liberale Politik und zugleich strenge Amtsführung in gewisser Weise den Gegenentwurf zu seinem Vorgänger.

Im Frühjahr 1979 regte sich allerdings auch in der eigenen Partei Unmut über den Revisionskurs, da der Linksliberale nun eine Maßnahme rückgängig machen wollte, die er selbst zu verantworten hatte. Noch kein Jahr war vergangen, seitdem die Bundesregierung beschlossen hatte, dass Personen, denen aus Sicherheitsgründen der Reisepass entzogen wird, in ihrem Personalausweis einen deutlich sichtbaren Ausreise-Sperrvermerk erhalten müssen. Baum hatte das Gesetz nicht nur kurz nach seinem Amtsantritt als Bundesinnenminister unterzeichnet, sondern in einem Rundschreiben auch dazu ermutigt, die neue Bestimmung konsequent umzusetzen. Am 19. März protestierte der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis in einem Brief an den FDP-Landesinnenminister Ekkehard Gries gegen diese „rechtsstaatlich höchst bedenkliche“ Maßnahme, woraufhin Baum sogleich eine vollständige Kehrtwende vollzog. Im Arbeitskreis für Innen- und Rechtspolitik protestierten vor allem Burkhard Hirsch und Detlef Kleinert, der sich über den „Rechtsstaats-Zickzack“ empörte.⁹⁵⁶ Dennoch veröffentlichte die Gruppe am 27. März eine Erklärung mit der Feststellung, „daß der Ausweisinhaber auch im Inland bei jeder Vorlage seines Ausweises vor Behörden, Firmen und anderen Personen bloßgestellt wird“, sofern dieser einen Sperrvermerk enthalte. Diese Initiative sei „ein weiteres Indiz dafür, daß bei zahlreichen Gesetzesänderungen [...] Folgen entstanden sind, die in unerträglicher Weise die Rechtsstaatlichkeit verletzen“.⁹⁵⁷

Dass Gerhart Baum bei seiner Liberalisierungsoffensive auch dazu bereit war, eigene Einschätzungen recht zügig zu revidieren, war im Falle des Sperrvermerks besonders auffällig, allerdings mitnichten ein Einzelfall. In seiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär unter Werner Maihofer hatte der Linksliberale gegen keine der Maßnahmen, die er nun rückgängig machen wollte, besonders lautstark aufbegehrt. Die Revision von Gesetzen, die erst kurz zuvor eingeführt worden waren, barg ohnehin die Gefahr, die gesamte bisherige Sicherheitspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung als Irrweg erscheinen zu lassen. Hans-Dietrich Genscher, der selbst entscheidend an den nun zur Disposition stehenden Maßnahmen mitgewirkt hatte, war sich dieser Problematik wohl bewusst, sah aber auch die Chancen, die sich für die FDP aus dem neuen Kurs ergaben.⁹⁵⁸ Helmut Schmidt, der sich sein hohes Ansehen nicht zuletzt als Hüter von Ruhe und Ordnung erworben hatte, machte

⁹⁵⁵ Vgl. Gestrenger Herr. In: Der Spiegel 7/1979, S. 25-26.

⁹⁵⁶ Zit. n. Total verwurstet. In: Der Spiegel 14/1979, S. 36.

⁹⁵⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 89/1979, S. 1.

⁹⁵⁸ Vgl. Hofmann, Gunter: Baum ist kein blinder Wüterich. In: Die Zeit 20/1979.

hingegen keinen Hehl daraus, dass ihm sein eigener Innenminister zunehmend lästig wurde. Als Baums Streit mit Horst Herold im April 1979 derart eskalierte, dass der BKA-Chef ein Versetzungsgesuch einreichte, welches er kurz darauf wieder zurückzog, ließ der Bundeskanzler seinem Unmut in einer Kabinettsitzung freien Lauf. Schmidt tadelte den Freidemokraten wegen dessen mangelnder Rückendeckung für die Sicherheitsorgane und beklagte sich über Baums Neigung, zu viel über die Tätigkeiten von Polizei, Grenzschutz und Geheimdiensten in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie zur Bestätigung dieser These erreichte die Kabinettsmitglieder noch während jener Zusammenkunft die neueste Ausgabe des *Stern*, welche ein ausführliches Interview mit dem Innenminister zu sicherheitspolitischen Fragen und einen Begleittext mit dem reißerischen Titel *Ein Mann räumt auf* enthielt. Vor allem die sozialdemokratischen Minister reagierten mit Unverständnis auf die neueste Profilierungsmaßnahme des Linksliberalen, der in der Hamburger Illustrierten nun gar die vollständige Abschaffung des Kontaktsperregesetzes forderte.⁹⁵⁹

Der im Juni 1979 abgehaltene FDP-Bundesparteitag in Bremen bekräftigte hingegen den umstrittenen Kurs des Innenministers. Ausdrücklich begrüßte man in den Beschlüssen „die Bemühungen der Bundesregierung, Fragen der Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für die Nachrichtendienste und des Datenschutzes im Sicherheitsbereich zu überprüfen“. Diese müsse nun darauf hinwirken, dass „die Grenzen der Amtshilfe rechtlich präzisiert“, „überflüssige Daten nicht erhoben und ebenso wie rechtlich zweifelhafte Daten vernichtet“, und „klare Fristen für die regelmäßige Aussonderung personenbezogener Daten vorgeschrieben werden“. Außerdem seien „die Aufnahme des neuen Grundrechts auf Datenschutz in das Grundgesetz sowie einige Verbesserungen des Bundesdatenschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode erreichbar“. Der Bundesvorstand wurde zudem aufgefordert, einen Kongress zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Fortentwicklung des Datenschutzes zu veranstalten. An die Bundestagsfraktion erging der Appell, „sich umgehend für die Abschaffung des § 88 a StGB einzusetzen“ sowie „eine Initiative zur Streichung des § 130 a StGB zu ergreifen“, also die Straftatbestände „Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ und „Anleitung zu Straftaten“ anzufechten, die maßgeblich auf das Wirken von Ex-Innenminister Maihofer zurückzuführen waren.⁹⁶⁰ Zum Kontaktsperregesetz traf der Parteitag hingegen keinerlei Aussage. Der radikale Vorstoß von Ulrich Klug und Theo Schiller, die im Vorfeld des Treffens eine Unterschriftenaktion zur Streichung aller

⁹⁵⁹ Vgl. Prügel und Blumen. In: Der Spiegel 19/1979, S. 21-24.

⁹⁶⁰ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 543-546.

einschlägigen Anti-Terror-Gesetze gestartet hatten, wurde nicht diskutiert.⁹⁶¹ Durch die Bremer Beschlüsse wurde die Relevanz des Datenschutzes für Identität und Außendarstellung der FDP nochmals erhöht, wobei man sich wohl auch im Hinblick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf mitunter zu einem gewissen Alarmismus hinreißen ließ. So warnte Günter Verheugen in einem Beitrag für die Zeitschrift *Quick* vor dem Szenario des „gläsernen Menschen“ in einem perfektionierten Überwachungsstaat, sofern das Grundrecht auf Datenschutz nicht in der Verfassung festgeschrieben werde,⁹⁶² und der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Wolfgang Heinz zeichnete in der *Neuen Bonner Depesche* das Schreckgespenst einer „Computerdiktatur“.⁹⁶³

Eine datenschutzrechtliche Herausforderung stellten für Gerhart Baum auch zwei weitere zentrale Vorhaben seiner Amtszeit dar, nämlich die Einführung eines fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises sowie der neue Entwurf für ein bundeseinheitliches Meldegesetz. Die Diskussionen über eine moderne Ausweiskarte, die den alten Personalausweis in Buchform ablösen sollte, reichten bereits mehrere Jahre zurück. Die Kritik an diesem Vorhaben fokussierte sich vor allem auf die geplante Einführung eines Personenkennzeichens, welches von Baum zunächst ausdrücklich befürwortet worden war. Wie schon im Falle des Sperrvermerks änderte er jedoch seine Meinung aufgrund der Fülle an datenschutzrechtlichen Bedenken, die dieses Mal interessanterweise auch von Unionspolitikern vorgebracht wurden.⁹⁶⁴ In seiner Bundestagsrede zur ersten Lesung des Gesetzesentwurfs am 20. September 1979 betonte der Innenminister, die Einführung des neuen Ausweises sei „kein Schritt zu mehr Sicherheitsperfektionismus“, sondern „Bestandteil einer Sicherheitspolitik mit Augenmaß“. Die Persönlichkeitssphäre werde durch ihn nicht eingeengt und die „Freiheit des Bürgers“ gewahrt.⁹⁶⁵

Der Plan, durch ein Bundesrahmengesetz ein einheitliches Meldewesen zu schaffen, war sogar noch weitaus älter und problembehafteter. Bereits 1971 und 1973 waren entsprechende Entwürfe des damaligen Innenministers Hans-Dietrich Genscher wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gescheitert, Nachfolger Werner Maihofer musste sein Konzept vom Frühjahr 1978 auch wegen Kritik aus der eigenen Partei zurückziehen. Gerhart Baum bezog aufgrund dieser Erfahrungen führende Datenschutzexperten in die

⁹⁶¹ Vgl. Verlorenes Profil. In: Der Spiegel 25/1979, S. 27-28.

⁹⁶² Freie Demokratische Korrespondenz 181/1979, S. 1-2.

⁹⁶³ Neue Bonner Depesche 8/1978, S. 7.

⁹⁶⁴ Vgl. Henne: Informationstechnischer Wandel und Liberalität, S. 81-84.

⁹⁶⁵ Neue Bonner Depesche 10/1979, S. 29.

anspruchsvolle Ausarbeitung eines rechtsstaatlich einwandfreien Meldegesetzes ein, welches er im Oktober 1979 schließlich vorlegen konnte. Den Meldebehörden wurden darin strenge Vorschriften für die Erhebung und Weitergabe personenbezogener Daten auferlegt, zudem ein spezielles Meldegeheimnis für private EDV-Firmen eingeführt.⁹⁶⁶ Andreas von Schoeler verkündete deshalb feierlich, mit dem neuen Entwurf sei „der Primat des Datenschutzes“ an „die Stelle des Primats der Verwaltungseffizienz“ getreten.⁹⁶⁷

Der auf dem Bundesparteitag geforderte Datenschutzkongress wurde schließlich am 15. Dezember 1979 in Karlsruhe unter dem Motto *Datenschutz im liberalen Rechtsstaat* abgehalten. Der Bundesinnenminister hielt vor den rund 300 Teilnehmern, die zu einem großen Teil Experten für elektronische Datenverarbeitung waren, eine Grundsatzrede über die schwierige, aber mögliche Vereinbarkeit von rasantem technischem Fortschritt und rechtsstaatlichen Prinzipien. Hierfür müsse man „neue Technologien nicht nur für Rationalisierung und Effektivitätsverbesserungen einsetzen, sondern auch für die Kontrolle von Technologien nutzbar machen“, und zwar durch „eine immanente Technologie-Kontrolle, die nicht Auswirkungen neuer Entwicklungen korrigiert, sondern Folgeprobleme bereits in ihre Konzeption mit einbezieht“. Man brauche „Computer, die auch vergessen können“, da eine „rechtsstaatlich handelnde Verwaltung [...] ihren Aufgaben in Kenntnis der von der Verfassung gewollten Informationslücken nachgehen“ müsse.⁹⁶⁸ Baum wollte seinen Einsatz für den Datenschutz also keinesfalls mit einer fundamentalen Fortschrittsskepsis verknüpfen, sondern den technologischen Wandel in eine Richtung lenken, die sich für den liberalen Rechtsstaat als erträglich oder gar förderlich erweisen könnte.

Auch Generalsekretär Verheugen warb in Karlsruhe für ein datenschutzrechtliches Problembewusstsein ohne Kulturpessimismus: „Liberale sind keine Bilder- oder Maschinenstürmer, sie lehnen den technischen Fortschritt nicht a priori ab. Sie halten auch die Datenverarbeitung nicht für Teufelszeug, das man austreiben muß. Allerdings haben wir gelernt, neben den Chancen des Fortschritts auch seine Risiken zu sehen.“ Beim Datenschutz gehe es „um die Würde der Person und um die individuelle Freiheit“, weshalb er trotz seines relativ jungen Datums „ein urliberales Thema“ sei.⁹⁶⁹ Staatssekretär von Schoeler wertete es vor allem als Verdienst der FDP, dass „heute Datenschutz in aller Munde ist“, obwohl er noch vor einem Jahrzehnt nicht einmal in einem Lexikon gestanden habe. Angesichts der

⁹⁶⁶ Vgl. Knapp und gereinigt. In: Der Spiegel 42/1979, S. 36.

⁹⁶⁷ Neue Bonner Depesche 11/1979, S. 20.

⁹⁶⁸ Baum, Gerhart R.: Datenschutz ist Bürgerrecht. In: Liberal 1980, S. 228-232.

⁹⁶⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 370/1979, S. 2.

veränderten Informationsverteilung durch neue Technologien müsse anstatt des Geheimhaltungsprinzips nun das „Transparenzprinzip“ gelten. Dementsprechend sprachen sich auch andere Teilnehmer des Kongresses für die Einführung eines „Informationsfreiheitsgesetzes“ nach schwedischem und amerikanischem Vorbild aus, welches dem Bürger ein Recht auf umfassende Information über alle Verwaltungsvorgänge und Zugang zu öffentlichen Dokumenten garantiere. Der Bericht über den Kongress in der *Neuen Bonner Depesche* erschien folgerichtig unter dem Titel *Gläserne Verwaltung soll gläsernen Menschen ablösen*.⁹⁷⁰

Für großes Aufsehen sorgte Gerhart Baum einige Wochen später, als er sich kurz vor Anbruch des Bundestagswahljahres 1980 in der Berliner *Spiegel*-Redaktion zu einem Gespräch mit dem verurteilten und inzwischen auf Bewährung entlassenen RAF-Terroristen Horst Mahler traf. Baum räumte dabei selbstkritisch Fehler bei der staatlichen Reaktion auf die terroristische Bedrohung ein und forderte „mehr Gelassenheit“ anstatt des vorschnellen Rufes „nach dem Staat, nach neuen Gesetzen“. Auch Mahler gab sich reumütig, distanzierte sich von seinen ehemaligen Kampfgefährten, und erklärte, der Staat sei für ihn „nach einer langen Strecke des Lernens und der Erfahrung [...] nicht mehr [...] der absolute Feind“. Beide waren sich darin einig, dass der Staat auch diejenigen wieder erreichen müsse, die ihm kritisch bis ablehnend gegenüberstehen und „glauben oder geglaubt haben, den Staat mit Gewalt verändern zu können“. Vor allem dürfe die Gesellschaft sich gegenüber den „Rückkehrwilligen“ nicht verweigern, weshalb Baum auch die Option einer Amnestie für geläuterte Untergrundkämpfer erwog.⁹⁷¹

Für CDU und CSU war das Treffen zwischen dem Bundesinnenminister und dem Ex-Terroristen ein politischer Skandal und geradezu ein Symbol für die völlige Degeneration des sozial-liberalen Staatswesens. Auch in der FDP stieß der Dialog keineswegs auf einhellige Begeisterung, doch verpflichtete der anlaufende Wahlkampf zur Einigkeit gegenüber den Unionsparteien, die im Bundestag sogar einen Misstrauensantrag gegen Baum einbrachten. Günter Verheugen lobte ihn deshalb für den Mut, „unbequem und unpopulär zu sein“, und der Öffentlichkeit gezeigt zu haben, „daß unser Staat keine Maschine für möglichst effiziente Machtausübung ist“.⁹⁷² Tatsächlich war dieses Zeichen der Aussöhnung für die FDP auch aus wahltaktischen Gründen gewinnbringend, gerade weil die große Mehrheit der Bundesbürger dafür nur wenig Verständnis aufbrachte. Anders als die Volksparteien waren die

⁹⁷⁰ Neue Bonner Depesche 1/1980, S. 8-10.

⁹⁷¹ „Wir brauchen mehr Gelassenheit“. In: Der Spiegel 53/1979, S. 34-36.

⁹⁷² Freie Demokratische Korrespondenz 93/1980, S. 5.

Freidemokraten auf die Wählerstimmen kritischer Minderheiten angewiesen, die unbequeme und unpopuläre Positionierungen geradezu erwarteten. Nur durch einen konsequent praktizierten Bürgerrechtsliberalismus würde man auch solche erreichen können, die sich von den traditionellen Parteien kaum noch vertreten fühlten und Sympathien für *Die Grünen* hegten. Hans-Dietrich Genscher war sich dieser Notwendigkeit bewusst, weshalb er auf dem Dreikönigstreffen 1980 nicht nur das Gespräch zwischen Baum und Mahler verteidigte, sondern auch ankündigte, die FDP werde sich „um jeden einzelnen [...] bemühen“, welcher sich nicht mehr mit dem Staat und der Gesellschaft identifiziere. Dass die Partei und er selbst nun dabei seien, vormals vertretene Standpunkte in der inneren Sicherheitspolitik zu überdenken, wertete Genscher als Ausdruck liberaler Prinzipientreue, die nur dann gewährleistet sei, „wenn wir unsere Fähigkeit beweisen, auch von uns selbst getroffene Entscheidungen infrage zu stellen und nach Erfahrung und daraus gewonnener Einsicht neu zu entscheiden“.⁹⁷³ Ende Januar schrieb Verheugen in der *Freien Demokratischen Korrespondenz*, für den Wahlkampf bedürfe es dem „Mut zur Revision der Gesetze, die zur Terrorismusbekämpfung dienen sollten, aber diesen Zweck nicht erreichten, sondern große Teile der jungen Generation weiter von unserem Staat entfremdet haben“.⁹⁷⁴ Die FDP profilierte sich nun eindeutig als Vorreiterin einer innenpolitischen Reliberalisierung, welche darauf abzielte, die Hinterlassenschaften des „Ausnahmestandes“ vom Herbst 1977 zu beseitigen.

Das auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Freiburg am 5. und 6. Juni 1980 verabschiedete Wahlprogramm erklärte deshalb zur Innen- und Rechtspolitik, dass sich die Qualität des Rechtsstaates „in der Form der Auseinandersetzung mit Minderheit[en] und abweichenden Meinungen“ zeige und „die politische Auseinandersetzung Vorrang vor dem Strafrecht haben“ müsse. Im Bereich des Datenschutzes übernahm man die Forderung des Karlsruher Kongresses nach der Einführung eines Bürgerrechts auf Akteneinsicht sowie den bereits auf dem Bremer Bundesparteitag geäußerten Wunsch nach der Aufnahme eines Grundrechts auf Datenschutz in die Verfassung. Die Amtshilfe zwischen den Sicherheitsbehörden müsse eine gesetzlich präzise geregelte Ausnahme sein und das „verfassungsrechtliche Gebot der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten [...] strikt beachtet werden“. Hinsichtlich des Radikalenerlasses erklärte es das Programm explizit zum Verdienst Gerhart Baums, das Versprechen einer „Liberalisierung der Verfassungstreueprüfung [...] für den Bund eingelöst zu haben“, wobei „leider noch nicht alle

⁹⁷³ Freie Demokratische Korrespondenz 5/1980, S. 4.

⁹⁷⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 22/1980, S. 2.

Länder gefolgt“ seien. Da jedoch ein „Rechtsstaatsgefälle nach Bundesländern [...] auf Dauer unerträglich“ sei, trete die FDP in allen Gliedstaaten für „eine Regelung nach dem Vorbild der Grundsätze für die Bundesverwaltung“ ein.⁹⁷⁵ Als innerparteilich umstritten erwies sich das Vorhaben, neben der Streichung der Paragraphen 88a und 130a StGB nun auch die Aufhebung des Kontaktsperregesetzes anstatt seiner Novellierung zu fordern. Der Beschluss fand nur eine äußerst knappe Mehrheit unter den Delegierten, und Otto Graf Lambsdorff kündigte in einer persönlichen Erklärung sogleich seinen Widerstand gegen diese Maßnahme an.⁹⁷⁶

Der hochgradig liberale Kurs in der Innen- und Rechtspolitik – auch die Paragraphen 90a und 90b StGB über die Verunglimpfung von Staatssymbolen und Verfassungsorganen wurden in Freiburg für überflüssig erklärt – war allerdings auch für den Wirtschaftsminister von Nutzen, denn nur auf diesem Wege war es dem linken Parteiflügel zuzumuten, das Profil der FDP in der Wirtschaftspolitik gänzlich auf Lambsdorff hin auszurichten. Auf die Frage, ob der umstrittene Innenminister seinen Posten unter dem ihm nicht immer wohlgesonnenen Kanzler Schmidt nach der Wahl auf jeden Fall behalten werde, erklärte Genscher gegenüber der *Frankfurter Rundschau*: „Gerhart Baum ist das rechtsstaatliche Gewissen der Bundesregierung. Dieser Mann ist unverzichtbar.“⁹⁷⁷ Die Parteispitze war sich aber durchaus der Problematik bewusst, dass ein allzu starker Fokus auf die Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik möglicherweise genau jene bürgerlich-konservativen Wähler verschrecken könnte, die sich von Lambsdorffs Wirtschaftspolitik angesprochen fühlten. Als Anfang September 1980 Pannen bei der Verfolgung von Terror-Verdächtigen aufgedeckt wurden, nutzte die Opposition die Gelegenheit, Baum als „Skandalminister“ und „Sicherheitsrisiko“ zu diskreditieren. Auf die Bitte Genschers, sich im Wahlkampf doch öfter bei der Polizei blicken zu lassen, soll der Innenminister laut einem Bericht des *Spiegel* geantwortet haben, dass er eine derart „kindische Anbiederei“ nicht nötig habe.⁹⁷⁸

Stattdessen setzte Baum ein unmissverständliches Zeichen in Richtung seiner Kritiker, als er auf einer Veranstaltung des *Liberalen Zentrums Köln* erneut mit Horst Mahler zusammentraf – nun sogar für eine öffentliche Podiumsdiskussion und mit Unterstützung seines Parteifreundes Ulrich Klug. Genscher soll über diese Entscheidung nicht erfreut gewesen sein und sogar versucht haben, Baum die Teilnahme auszureden. Auch wenn der Versuch, über

⁹⁷⁵ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 30-35.

⁹⁷⁶ Vgl. Hofmann, Gunter: Ein Bekenntnis zur Koalition. In: Die Zeit 25/1980.

⁹⁷⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 245/1980, S. 3.

⁹⁷⁸ Zit. n. „Der umstrittenste Mann der Regierung“. In: Der Spiegel 37/1980, S. 22-27.

Mahler einen „Dialog mit den Aussteigern“ in Gang zu bringen, an diesem Abend nicht sonderlich erfolgreich verlief, war die von dieser Zusammenkunft ausgehende Botschaft von Liberalität und Versöhnung doch recht eindeutig. Der Ex-Terrorist überraschte das Plenum schließlich noch mit der Empfehlung, bei der bevorstehenden Wahl die Erststimme den Grünen und die Zweitstimme der FDP zu geben.⁹⁷⁹ Der Innenminister wagte es sogar, den alten Maihofer-Slogan zu entstauben, als er in der *Neuen Bonner Depesche* verkündete, ein wahrhaft starker Staat entscheide stets „im Zweifel für die Freiheit“.⁹⁸⁰

Am 26. September, neun Tage vor der Bundestagswahl, explodierte auf dem Münchener Oktoberfest eine Rohrbombe, die 13 Menschen tötete und 211 verletzte, 68 davon schwer. Dieser bis dahin veheerendste Anschlag in der deutschen Nachkriegsgeschichte schien dem Wahlkampf eine dramatische Wendung geben zu können. Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Unionsparteien, bemühte sich umgehend, den Terrorakt der Bundesregierung und insbesondere Gerhart Baum anzulasten. Man müsse nun, so Strauß, „ein Flugblatt verfassen, das nur eines zeigt: Baum im Gespräch mit Mahler“.⁹⁸¹ Als kurz darauf bekannt wurde, dass der verstorbene Attentäter Gundolf Köhler keineswegs ein Linksextremist war, sondern der neonazistischen *Wehrsportgruppe Hoffmann* angehörte, geriet der CSU-Vorsitzende allerdings seinerseits in Erklärungsnot. In Bayern war diese Organisation jahrelang geduldet worden, und erst der Bundesinnenminister hatte sie im Frühjahr 1980 verbieten lassen. Dass Strauß dennoch nicht davon ablassen wollte, die Schuldigen für den Anschlag in Bonn zu suchen, offenbarte seine eigene Hilflosigkeit. Wie schon 1976 gelang es den Unionsparteien also nicht, die Bundesregierung im Bereich der inneren Sicherheit glaubwürdig zu attackieren. Das Wagnis der FDP, mit einem „Doppelgesicht“⁹⁸² in den Wahlkampf zu ziehen und durch Baum und Lambsdorff zwei grundverschiedene Wählermilieus anzusprechen, zahlte sich voll und ganz aus: Mit einem Stimmenanteil von 10,6 Prozent holten die Liberalen am 5. Oktober 1980 ihr bestes Ergebnis auf Bundesebene seit 19 Jahren und erwarben sich damit eine äußerst gute Ausgangslage für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Zum größten rechtspolitischen Streitpunkt avancierte erwartungsgemäß der Umgang mit dem Kontaktsperregesetz. Die FDP forderte seit dem Freiburger Bundesparteitag offiziell seine vollständige Abschaffung, doch waren sich ihre Vertreter wohl bewusst, dass die

⁹⁷⁹ Vgl. Ein Dialog mit den Aussteigern. In: Die Zeit 37/1980.

⁹⁸⁰ Neue Bonner Depesche 9/1980, S. 5.

⁹⁸¹ Zit. n. „Mit Dumdum aus der Schußlinie“. In: Der Spiegel 41/1980, S. 30-34.

⁹⁸² Doppelgesicht. In: FAZ vom 7.10.1980, S. 12.

Sozialdemokraten unter keinen Umständen einwilligen würden. Gerhart Baum hätte sich deshalb mit einer Novellierung des Gesetzes gemäß der *Kieler Thesen* von 1977 zufrieden gegeben, wonach jedem isolierten Häftling ein Pflichtverteidiger beizuordnen sei, doch auch dafür wollte die SPD keine verbindliche Zusage abgeben.⁹⁸³ Schließlich einigte man sich auf die Kompromissformel, dass eine Regelung anzustreben sei, welche strafprozessuale Garantien für die Angeklagten gebe und den Schutz der von Terrorismus Bedrohten nicht vermindere.⁹⁸⁴ Erfolgreich waren die Freidemokraten mit ihrem Bestreben nach einer Streichung der unter Werner Maihofer eingeführten Paragraphen 88a und 130a StGB über die verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalttaten und die Anleitung zu solchen Taten, die der Bundestag Anfang 1981 aufhob.⁹⁸⁵

Insgesamt spielte die innere Sicherheitspolitik in der letzten sozial-liberalen Legislaturperiode angesichts der wirtschafts- und außenpolitischen Kontroversen eine eher untergeordnete Rolle, auch weil weitere Anschläge in der Bundesrepublik ausblieben und die Revision der Anti-Terror-Gesetzgebung bereits weit fortgeschritten war. Gerhart Baum verlagerte den Schwerpunkt seiner Arbeit zunehmend auf den Umweltschutz, der ebenfalls im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministers lag.⁹⁸⁶ Anfang 1982 versuchte er sich nochmals an der schwierigen Aufgabe, den Radikalenerlass zu liberalisieren, und legte einen Gesetzesentwurf vor, der eine Abstufung der Treuepflicht für Beamten nach ihrem jeweiligen Dienstrang vorsah. Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen diese Initiative waren außerordentlich groß und wurden nicht nur von Oppositionspolitikern, sondern auch von Bundespräsident Karl Carstens und konservativen Freidemokraten wie Otto Graf Lambsdorff und Josef Ertl vorgebracht.⁹⁸⁷ Der Innenminister wollte sich mit dem Status quo jedoch nicht begnügen, und Baums Planungschef Klaus Thomsen sprach wohl auch im Namen seines Vorgesetzten, als er verlauten ließ, man müsse die Revisionsbestrebungen so weit treiben, „daß wir die Jahre der Extremistenjagd im öffentlichen Dienst als die McCarthy-Zeit der Bundesrepublik ansehen und darüber nur noch den Kopf schütteln können“.⁹⁸⁸ Dank der Unterstützung aus den Reihen der SPD ging der Entwurf ins Gesetzgebungsverfahren, welches aber nicht mehr vor dem Koalitionsbruch am 17. September 1982 abgeschlossen

⁹⁸³ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Rechtspolitik im neunten Bundestag. In: FAZ vom 27.10.1980, S. 10.

⁹⁸⁴ Vgl. Streitpunkt Kontaktsperregesetz. In: FAZ vom 4.11.1980, S. 2.

⁹⁸⁵ Vgl. Neue Bonner Depesche 3/1981, S. 5.

⁹⁸⁶ Siehe Kapitel 5.3.

⁹⁸⁷ Vgl. Nicht geheuer. In: Der Spiegel 25/1982, S. 28.

⁹⁸⁸ Zit. n. Listiger Dreh. In: Der Spiegel 5/1982, S. 26-29.

werden konnte. Auch ein mühsam ausgearbeitetes Konzept zur Novellierung des Kontaktsperregesetzes wurde mit dem Ende des sozial-liberalen Bündnisses obsolet.⁹⁸⁹

CDU und CSU machten schon vor ihren Koalitionsverhandlungen mit der FDP unmissverständlich klar, dass es unter einem Kanzler Kohl keinen Innenminister Baum mehr geben würde. Dem geschwächten Genscher, der seine Partei durch das umstrittene Wendemanöver vorübergehend vollständig vom Wohlwollen der Union abhängig gemacht hatte, blieb nichts anderes übrig, als dem konservativen Hardliner Friedrich Zimmermann von der CSU das Innenressort zu überlassen. Da der liberale Bundesvorsitzende wusste, dass Baum sich in den letzten vier Jahren zur wichtigsten Identifikationsfigur der FDP-Linken entwickelt hatte, fürchtete er jedoch die Folgen seines Ausscheidens aus dem Kabinett und möglicherweise gar der Partei. Genscher bemühte sich deshalb mit Unterstützung Lambsdorffs, den verschmähten Innenminister zu einer Übernahme des Justizministeriums zu überreden.⁹⁹⁰ Weil Baum jedoch ebenso wie seine Kollegen Andreas von Schoeler, Burkhard Hirsch, Hans-Günter Hoppe und Detlef Kleinert ablehnte, fiel der vakante Posten letztlich an den bis dahin eher unbekannten Hans Engelhard. Eine befriedigende Lösung zur Integration der Linksliberalen in die neue Koalition war dies nicht, denn Engelhard zählte keineswegs zu den Vorkämpfern einer innenpolitischen Liberalisierung. Dass der erkonservative Christdemokrat Hans Hugo Klein zu seinem Parlamentarischen Staatssekretär ernannt wurde, schmälerte die ohnehin geringe Hoffnung, das Justizministerium könne als liberales Korrektiv zur angekündigten „geistig-moralischen Wende“ dienen, noch weiter.⁹⁹¹

In den eilig ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen spielte die Innen- und Rechtspolitik, bei der die Differenzen zwischen Union und FDP größer als in jedem anderen Bereich waren, dann auch kaum eine Rolle. Der von Baum angestrebten Änderung des Radikalenerlasses wurde eine ausdrückliche Absage erteilt, für das Kontaktsperregesetz lediglich die unverbindliche Prüfung einer möglichen Verbesserung angekündigt.⁹⁹² Angesichts der schwierigen Umstände wertete die Parteispitze es aber bereits als Erfolg, „daß es keine Rücknahmen der bereits zu Reformpolitik gewordenen Gesetze geben wird“, und versprach in der *Neuen Bonner Depesche*, die FDP werde „auch in der Zusammenarbeit mit der Union den Rechtsstaat sichern und liberale Reformpolitik fortsetzen“. Mit dem fragwürdigen Argument, die Partei sei „mit ihren unverwechselbaren rechtsstaatlichen Positionen gleich weit von der

⁹⁸⁹ Vgl. Bringt Ruhe. In: Der Spiegel 41/1982, S. 26.

⁹⁹⁰ Vgl. „Kohl biegt ein die Via Crucis“. In: Der Spiegel 39/1982, S. 7-25.

⁹⁹¹ Vgl. Bringt Ruhe. In: Der Spiegel 41/1982, S. 26.

⁹⁹² Neue Bonner Depesche 10/1982: Dokumentation 10/1982, S. 2-7.

Union und den Sozialdemokraten“ entfernt, wollte man den Gegnern des Wechsels ihre Skepsis bezüglich der Möglichkeiten liberaler Innenpolitik unter einem CDU-Kanzler nehmen, und rief sie zugleich dazu auf, an die Reformpolitik der neuen Regierung keine höheren Erwartungen als an die der bisherigen zu stellen.⁹⁹³

Mit derlei Beschwichtigungen gaben sich die Wendegegner, die sich durch den Koalitionsbruch und die Entlassung des Bundesinnenministers gleich doppelt gedemütigt fühlten, jedoch nicht zufrieden. Wolfgang Heinz kritisierte in der Zeitschrift *Liberal* die „gelassene Hinnahme der unglaublichen Brüskierung Gerhart Baums durch die CSU und die dennoch selbstverständliche Akzeptanz ihrer autoritären Gesprächspartner durch die F.D.P.-Spitze“,⁹⁹⁴ und Günter Verheugen konstatierte in einer Fraktionssitzung, der unübersehbare „Substanzverlust“ in der Innen- und Rechtspolitik habe der Partei ihres Alleinstellungsmerkmals beraubt.⁹⁹⁵ Am 1. Oktober 1982, dem Tag des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Helmut Schmidt, meldete sich dann auch Gerhart Baum vor dem Parlament zu Wort. In seiner mit Spannung erwarteten Rede beanstandete er, mit dem Kurs der designierten Regierung sei „[l]iberale Rechtsstaatspolitik [...] zur Disposition gestellt worden“. Bei Betrachtung der Koalitionsvereinbarungen und besonders seines Nachfolgers Friedrich Zimmermann seien Zweifel angebracht, ob die neue Koalition „im Zweifel für die Freiheit“ eintreten werde. Wenngleich er Helmut Kohl nicht wählen könne, kündigte Baum an, „auch weiterhin in dieser liberalen Partei für liberale Politik eintreten“ zu wollen, und bat auch seine zweifelnden Parteifreunde darum, „sich nicht abzuwenden“.⁹⁹⁶

Die Befürworter der Wende bemühten sich nach Amtsantritt der ersten christlich-liberalen Bundesregierung seit 1966 um einen möglichst versöhnlichen Kurs gegenüber dem ehemaligen Innenminister. Genscher nahm zwar in Kauf, mit dem Wechsel in Bonn einen Großteil des linken Flügels zu verlieren, war sich jedoch zugleich bewusst, dass der Verbleib des wohl profiliertesten freidemokratischen Bürgerrechtlers in der Partei von unschätzbarem strategischen Wert sein könnte; denn eine FDP, deren Liberalismusverständnis sich vollständig auf ökonomische Fragen reduzieren würde, könnte früher oder später vom Wirtschaftsflügel der CDU absorbiert werden. Der Außenminister ließ deshalb die

⁹⁹³ Neue Bonner Depesche 10/1982, S. 16.

⁹⁹⁴ Heinz, Wolfgang: Wende zum Trümmerhaufen oder Ausweg zu liberaler Erneuerung? In: *Liberal* 1982, S. 721.

⁹⁹⁵ Verheugen, Günter: Die neue Mehrheit ist nicht da. Die alte Mehrheit will den Wechsel nicht. In: *Liberal* 1982, S. 779.

⁹⁹⁶ Baum, Gerhart Rudolf: Wir fühlen uns in unserer liberalen Identität verletzt. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): *Das liberale Gewissen*. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 17-22.

Gelegenheit nicht verstreichen, am 28. Oktober, zwischen der Rückkehr von einer Italien-Reise und dem Empfang Margaret Thatchers in Bonn, auf der Feier zu Gerhart Baums 50. Geburtstag vorbeizuschauen und ihm in einer Rede zu versichern, man werde ihn „auch morgen noch brauchen“.⁹⁹⁷ Einen Tag später schrieb Otto Graf Lambsdorff in der *Zeit*, die FDP werde sich in der neuen Koalition „nicht das Etikett des Neokonservatismus ankleben lassen“ und „peinlich darauf achten, daß der liberale Rechtsstaat nicht abgebaut, sondern ausgebaut wird“.⁹⁹⁸ In einem Rückblick auf sein politisches Lebenswerk sagte Baum über diese Zeit: „Nach der Wende entwickelte sich unsere Beziehung zu Genscher in eine andere Richtung. [...] Er wollte natürlich nicht, dass der ganze linke Flügel wegbrach. [...] Wir waren der sozialliberale Rest. Den versuchte Genscher zu revitalisieren.“⁹⁹⁹

Auf dem Bundesparteitag vom 5. bis 7. November 1982, der den Regierungswechsel nachträglich absegnen sollte, stand nicht nur eine Kampfabstimmung zwischen Hans-Dietrich Genscher und Uwe Ronneburger um den Parteivorsitz an, sondern auch zwischen Gerhart Baum und Otto Graf Lambsdorff um den Posten eines Stellvertreters. Baum betrachtete seine Kandidatur als Ausdruck des Protests gegen das Vorgehen der Parteiführung, räumte sich selbst aber nur Außenseiterchancen ein. Ausdrücklich unterstützte er die Kandidatur Ronneburgers, wobei er seine eigene Bewerbung nicht von einem Erfolg des Schleswig-Holsteiners abhängig machen wollte.¹⁰⁰⁰ Dass Baum Genscher nicht selbst herausforderte, sondern einem eher farblosen Kandidaten den Vortritt ließ, lag wohl vor allem daran, dass Ronneburger als pragmatischer Mann der Mitte galt und auch auf Stimmen von Delegierten hoffen konnte, die nicht dem linken Flügel angehörten. Auf dem Parteitag erklärte Lambsdorff dann allerdings überraschend, auf eine Kandidatur als Stellvertreter zugunsten von Baum verzichten zu wollen.¹⁰⁰¹ Dieses geschickte Manöver war höchstwahrscheinlich mit dem siegreichen Genscher abgesprochen und symbolisierte den Willen zur Aussöhnung zwischen den Parteiflügeln. Der ehemalige Innenminister und neue stellvertretende Bundesvorsitzende dankte es seinen Parteifreunden mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für einen Verbleib in der FDP:

⁹⁹⁷ Zit. n. Gennrich, Claus: Genschers Adresse an Baum: Wir werden Sie auch morgen noch brauchen. In: FAZ vom 30.10.1982, S. 4.

⁹⁹⁸ Graf Lambsdorff, Otto: Die Liberalen haben noch eine Chance. In: Die Zeit 44/1982.

⁹⁹⁹ Baum, Gerhart / Hirsch, Burkhard: Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite. Berlin 2016, S. 157.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Baum kandidiert gegen Lambsdorff. In: FAZ vom 3.11.1982, S. 1.

¹⁰⁰¹ Vgl. Protokoll des Bundesparteitages in Berlin vom 5. bis 7. November 1982. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, 6331, S. 243.

„Ich Sorge mich um jeden, der überlegt ob er dieser Partei den Rücken kehrt oder resigniert. Ich möchte ihn auffordern, hier in dieser Partei zu kämpfen, solange es geht. Die Spaltung ist keine Alternative, meine Parteifreunde. [...] Wir wollen keine andere Partei, wir wollen daß sich die Partei treu bleibt, wir wollen keine amputierte F.D.P., die sich rechts von der CDU/CSU ansiedelt. Wir müssen weiter eintreten für den Schutz der Bürgerrechte. [...] Wenn wir kämpfen, haben wir noch eine Chance. Vielleicht schaffen wir es trotz des gesamten politischen Einsatzes nicht. Aber dann sollten wir so anständig von der politischen Bühne abtreten, daß wir oder andere sich unserer nicht zu schämen brauchen, sondern auf uns berufen können [...] wenn sie im Namen der Freiheit wieder zur Offensive übergehen. Ich möchte mit Ihnen wieder zur Offensive übergehen.“¹⁰⁰²

Im Gegensatz zu vielen anderen Linksliberalen, einschließlich seines ehemaligen Staatssekretärs Andreas von Schoeler, fügte sich Baum damit der Parteidisziplin anstatt zur SPD, den Grünen oder den *Liberalen Demokraten* überzutreten. Es war wohl vor allem dieser ganz persönlichen Haltung des langjährigen Innenministers zu verdanken, dass der linksliberale Exodus letztlich nicht ganz so konsequent vollzogen wurde wie der nationalliberale rund ein Jahrzehnt zuvor, und die FDP auch nach 1982 durch ihren Einsatz für Bürgerrechte an Profil gewinnen konnte. Die neokonservative Wende, welche der linke Flügel der CDU in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unmöglich machte, wurde auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik von den Freidemokraten verhindert, die konsequent die Errungenschaften der sozial-liberalen Koalition verteidigten.¹⁰⁰³ Konnte sich die FDP gegenüber einer gesellschaftspolitisch weitgehend liberalen SPD zumeist nur als marktwirtschaftliches Korrektiv inszenieren, vermochte sie in einer Regierung mit den Unionsparteien auch die Rolle des rechtsstaatlichen Korrektivs problemlos auszufüllen.¹⁰⁰⁴

¹⁰⁰² Ebd., S. 251.

¹⁰⁰³ Vgl. Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 49.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 162-163.

5. Ökologie vor Ökonomie? Umwelt- und Energiepolitik im Zeichen der Krise

Der Liberalismus war als Produkt der Aufklärung stets auch Ausdruck eines unerschütterlichen Fortschrittsoptimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Menschheit. Die liberalen Parteien traten in Europa als die entschiedensten Verfechter der industriellen Revolution in Erscheinung und kritisierten allenfalls einige sozialhygienische Fehlentwicklungen, die man jedoch durch eine entsprechende Reformpolitik zu überwinden können glaubte. Die erste Bewegung für Umwelt- und Naturschutz entstand in Deutschland um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und stellte die Legitimität der modernen Industriegesellschaft grundsätzlich in Frage. Durch ihre geistige Nähe zu romantischem und esoterischem Gedankengut konnte sie von völkischen Blut- und Boden-Ideologen vereinnahmt werden, die ein radikal antiliberales Weltbild propagierten.¹⁰⁰⁵ Nach 1945 war die Bewegung damit nachhaltig diskreditiert, und angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Probleme gerieten ihre Anliegen nahezu vollständig in Vergessenheit. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die FDP bis 1967 keinerlei programmatische Aussage mit Bezug zum Umweltschutz traf. Erst im *Hannoveraner Aktionsprogramm* bekannte man sich zur Notwendigkeit überregionaler Maßnahmen im Bereich der Lärmbekämpfung sowie der Luft-, Wasser- und Bodenhygiene. Das Programm zur Bundestagswahl 1969 enthielt sich wiederum jeder umweltpolitischen Thematik, und für die Begründung der sozial-liberalen Koalition in Bonn spielten ökologische Aspekte noch keine wichtige Rolle. Willy Brandt, der bereits 1961 einen „blauen Himmel über dem Ruhrgebiet“ versprochen hatte, widmete dem Umweltschutz in seiner Regierungserklärung aber zumindest einige Sätze.¹⁰⁰⁶ Noch war die Umweltpolitik wenig populär und wurde eher als Teilbereich der Gesundheitspolitik denn als eigenständiges Politikfeld begriffen. Die *Environmental Revolution* – so der Titel eines zeitgenössischen Buches des britischen Umweltaktivisten Edward Max Nicholson – stand jedoch unmittelbar bevor.¹⁰⁰⁷

¹⁰⁰⁵ Vgl. Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn 2011, S. 38-100.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Schulte Südhoff, Jan: Blauer Himmel über der Bundesrepublik. Ursprünge und Anfänge sozialliberaler Umweltpolitik 1969 - 1974. Hamburg 2007, S. 31.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 134-137.

5.1. Von der „Erfindung des Umweltschutzes“ zu den „Grenzen des Wachstums“

Die Vorreiterrolle für den Umweltschutz nahm in der neuen Bundesregierung nicht etwa der Kanzler oder einer seiner Minister ein, sondern der Ministerialbeamte Peter Menke-Glückert. Der Freidemokrat war an der Universität von Kalifornien in Berkeley für das „Jahrhundertthema“¹⁰⁰⁸ sensibilisiert worden und überzeugte seinen neuen Dienstherrn Hans-Dietrich Genscher von dessen Relevanz. Am 7. November 1969 wurde in einer Besprechung in Genschers Dienstzimmer beschlossen, die Kompetenzen für die Umweltpolitik nach amerikanischem Vorbild im Innenministerium zu bündeln. Diese „Erfindung“ des Umweltschutzes als eigenständiges Politikfeld wurde von der Presse und der Öffentlichkeit zunächst allerdings überhaupt nicht wahrgenommen.¹⁰⁰⁹ Genscher gelang es im Zuge der Kabinettsreform zu Beginn der Legislaturperiode, die Zuständigkeit für Luft- und Wasserreinhaltung sowie für die Lärmbekämpfung vom Gesundheits- ins Innenministerium zu verlagern, und so aus seinem Amt weitgehend unbemerkt ein „Ressort für Zukunftsaufgaben“ zu machen.¹⁰¹⁰

In den USA war das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits weit ausgeprägter als in der Bundesrepublik. Am 22. April 1970 feierten Zehntausende, mehrheitlich junge Teilnehmer in Washington den ersten „Earth Day“, der gemeinhin als Geburtsstunde der neuen Ökologiebewegung angesehen wird.¹⁰¹¹ Genscher und seine Mitarbeiter hatten indes noch große Mühe, den eigenen Landsleuten die Bedeutsamkeit dieses Themas zu vermitteln, und griffen zu diesem Zweck mitunter zu düsteren Zukunftsprognosen. Im Mai 1970 mahnte der Innenminister: „Wenn wir nicht schnellstens handeln, werden meine Enkelkinder eine Gasmaske aufsetzen müssen, wenn sie draußen spielen wollen.“¹⁰¹²

Staatssekretär Günter Hartkopf verwies vor einem Arbeitskreis des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI) auf die ökonomische Notwendigkeit des Umweltschutzes: „Wenn wir jetzt nicht hinreichend finanzierbare Maßnahmen einleiten, dann stehen wir in zehn bis zwanzig Jahren vor dem Problem, den Notfall mit einem Riesenaufwand zu steuern – wenn der bekannte Ruf nach der Allmacht des Staates erschallt. Dies kann dann ohne weiteres das Ende des freien Unternehmers bedeuten.“¹⁰¹³ Im Oktober legte Genscher ein Sofortprogramm zum Umweltschutz vor, welches zwar viele Vorschläge und Ankündigungen, aber trotz der

¹⁰⁰⁸ Zit. n. Schulte-Südhoff: Blauer Himmel über der Bundesrepublik, S. 55.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 140-141.

¹⁰¹⁰ Zundel, Rolf: Genschers Wunschzettel. In: Die Zeit 17/1970.

¹⁰¹¹ Vgl. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 135.

¹⁰¹² Zit. n. Morgen kam gestern. In: Der Spiegel 41/1970, S. 77.

¹⁰¹³ Freie Demokratische Korrespondenz 16/1971, S. 5.

alarmistischen Rhetorik nur wenig konkrete Maßnahmen enthielt. Demnach sollten der Entwicklung eines schadstoffarmen KfZ-Motors besondere Aufmerksamkeit gewidmet und Projekte wie das Elektroauto sowie andere geräuscharme Autokonstruktionen gefördert werden, des Weiteren die Bundeskompetenzen zur Gewässer-Reinhaltung und Abfallbeseitigung ausgebaut und bis 1971 ein Bundes-Immissionsschutzgesetz ausgearbeitet werden. Mit 45 Millionen Mark war der größte Finanzposten im Sofortprogramm für die Entwicklung neuer Technologien für den Umweltschutz und umweltfreundlicher Produkte vorgesehen. Eines der wichtigsten umweltpolitischen Reformprojekte, die Herabsetzung der Bleizusätze im Benzin, fiel unter dem Druck der Automobilindustrie recht bescheiden aus: Der Bleigehalt sollte bis 1972 von 0,44 Gramm auf 0,4 Gramm pro Liter gesenkt werden.¹⁰¹⁴ Der Umweltschutz betrat die Bühne der sozial-liberalen Reformpolitik also eher zögerlich.

Die neue Relevanz des Themas zeigte sich auch in den FDP-nahen Presseerzeugnissen. Hatte die Zeitschrift *Liberal* ihm bis dahin keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet, erschien im Februar 1971 sogleich eine einschlägige Sonderausgabe. Klaus Scholder fällt in seinem Beitrag ein hartes Urteil über die bisherige Bonner Umweltpolitik und äußerte „den unangenehmen Verdacht [...], daß trotz gegenteiliger Erklärungen die Bundesregierung im Moment jedenfalls noch nicht bereit ist, den Umweltschutz als politisches Problem ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen“. Der „skandalöse Beschluß über die Festsetzung des Bleigehalts im Benzin“ lasse sich nur damit erklären, dass „die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, technisch-industriellen Möglichkeiten und politischen Entscheidungen an einem unter Umständen für uns alle lebenswichtigen Punkt nicht funktioniert“ habe. Scholder schlug deshalb die Einrichtung eines unabhängigen Umwelt-Sachverständigenrates nach Vorbild der „Wirtschaftsweisen“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik vor.¹⁰¹⁵ Klaus Boisserée, Umweltexperte und Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Arbeits- und Gesundheitsministerium, präsentierte den Lesern „Strategien der Umweltgestaltung“, die „in erster Linie technologische und planerische“ seien. Weil die Technik stets an die Bedürfnisse des Menschen angepasst werden könne, bestehe kein Grund, Umweltbewusstsein und Umweltschutz als „Gegner des zivilisatorischen Fortschritts oder des wirtschaftlichen Wachstums“ anzusehen. Auf keinen Fall solle man „denen recht geben, die meinen, positive Lösungen für das Mensch-Umweltproblem gebe es nur bei völliger Umstrukturierung der Gesellschaft und des einzelnen Menschen“. ¹⁰¹⁶ In der *Freien*

¹⁰¹⁴ Vgl. Morgen kam gestern. In: Der Spiegel 41/1970, S. 74-96.

¹⁰¹⁵ Scholder, Klaus: Umweltschutz als politisches Problem. In: Liberal 1971, S. 81-83.

¹⁰¹⁶ Boisserée, Klaus: Strategien der Umweltgestaltung. In: Liberal 1971, S. 86-97.

Demokratischen Korrespondenz forderte ein anonym Autor, Umweltschutz und Umweltvorsorge „zum obersten Grundsatz politischen Handelns zu erheben“ und der Erhaltung der Lebensqualität „Vorrang vor wirtschaftspolitischen Zielen wie Vermehrung des Wohlstands und Maximierung des Gewinns“ einzuräumen. Ein Gesamtprogramm der Bundesregierung müsse Zielwerte für die Umweltpolitik festlegen, die „zur Entwicklung von technisch-ökonomischen Alternativen und Lösungen für die Zukunft im Rahmen eines mittel- und langfristigen Prognose- und Vorsorgeprogramms“ beitragen.¹⁰¹⁷ Der Umweltschutz stand zu diesem Zeitpunkt noch unverkennbar im Zeichen des Planungsoptimismus der „langen 60er Jahre“.

Im Sommer 1971 kursierte in Bonn eine 120 Seiten umfassende Ausarbeitung, in der Hans-Dietrich Genscher seine umweltpolitischen Zielsetzungen ausführlich darlegte. Für Wasserreinhaltung, Lärmverminderung, Abfall- und Schadstoffbeseitigung veranschlagte das Bundesinnenministerium 28 Milliarden Mark für die nächsten fünf Jahre, welche über das „Verursacherprinzip“ zu einem großen Teil den für die Umweltschäden verantwortlichen Industrien auferlegt werden sollten. Diese Maßnahme werde einerseits bereits eingetretene Schäden beseitigen, andererseits aber auch weiteren Verschmutzungen vorbeugen, indem die Umstellung auf umweltschonende Produktionsverfahren einem Unternehmen letztlich mehr einsparen als kosten werde. Genscher ging in seiner Kalkulation davon aus, dass die Mehrkosten letztlich ohnehin der Verbraucher zu tragen habe, hielt das geschätzte Ausmaß – rund 400 Mark jährlich für eine durchschnittliche Familie – aber angesichts des hohen Wertes von sauberem Wasser und reiner Luft für vertretbar.¹⁰¹⁸ Die Interessenverbände der Industrie begehrten dennoch heftig gegen die geplante Maßnahme auf, der Vorsitzende des BDI-Außenhandelsausschusses prophezeite bereits die massenhafte Abwanderung deutscher Firmen in Länder mit niedrigeren Umweltschutzstandards. Günter Hartkopf warb deshalb vor Wirtschaftsvertretern für eine Partnerschaft in beiderseitigem Interesse und signalisierte zugleich, nicht von den neuen Bestimmungen abrücken zu wollen, da die Industrie in diesem Bereich durchaus in der Lage sei, deutlich mehr als bisher beizutragen.¹⁰¹⁹ Auch hinsichtlich des Benzinbleigesetzes ging das Innenministerium nun stärker auf Konfrontationskurs mit der Wirtschaftslobby. Nachdem die Reduzierung des Bleigehalts auf 0,4 Gramm pro Liter bis 1972 noch äußerst halbherzig erschienen war, wurde für 1976 ein Höchstwert von 0,15 Gramm festgelegt. Weil die Mineralöl- und Automobilindustrie massiven Widerstand gegen

¹⁰¹⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 16/1971, S. 2-4.

¹⁰¹⁸ Vgl. Hoffmann, Wolfgang: Hundert Mark für eine bessere Welt. In: Die Zeit 27/1971.

¹⁰¹⁹ Vgl. Bilder vom Untergang. In: Der Spiegel 24/1971, S. 25-26.

diese Entscheidung ankündigte, lud Genscher deren Vertreter zu einer Besprechung in eine BGS-Unterkunft nach Bonn ein, „um sie auf ihre Verantwortung für die Erfüllung des Gesetzes hinzuweisen“. In seinen Memoiren erinnert sich der Freidemokrat mit Genugtuung an das Treffen: „Während des harten, aber fairen Gesprächs [...] wünschte ich mir mitunter, einige Wortführer der pseudo-marxistischen Systemkritik wären als Zuhörer dabei. Das Zerrbild einer von der Wirtschaft abhängigen und deshalb gefügigen politischen Klasse hätte sich dann [...] schnell in Nichts aufgelöst [...].“¹⁰²⁰

Am 29. September 1971 verabschiedete das Bundeskabinett nach „ungemein schwierigen Ressortabstimmungen“¹⁰²¹ das von Genscher eingebrachte Umweltprogramm, welches die fünf Kernpunkte langfristige Umweltplanung, Durchsetzung des Verursacherprinzips, Entwicklung umweltfreundlicher Technik, Stärkung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung und Ausbau der internationalen Zusammenarbeit umfasste. Als konkrete Maßnahmen waren unter anderem die Einrichtung eines Sachverständigenrates für Umweltfragen und eines Umweltbundesamtes vorgesehen, welches als zentrale Koordinierungsstelle für sämtliche Fragen des Umweltschutzes fungieren sollte.¹⁰²² Während der Sachverständigenrat bereits kurz darauf seine Arbeit aufnehmen konnte, stieß die Einrichtung eines Bundesamtes für Umweltschutz unter Oberaufsicht des Innenministeriums nicht auf die einhellige Zustimmung der Regierung. Gesundheitsministerin Käte Ströbel und Wissenschaftsminister Hans Leussink fürchteten, noch weitere Kompetenzen abgeben zu müssen, und Finanzminister Karl Schiller hinterfragte das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts. Genscher schlug daraufhin vor, seine Pläne zunächst vom Bundesrechnungshof prüfen zu lassen, der ihm unter der Federführung seines Parteifreundes Hans Schäfer ein äußerst wohlwollendes Gutachten ausstellte.¹⁰²³ Umstritten blieb die Standortfrage, da der Innenminister vor allem aus symbolischen Gründen die Ansiedlung der neuen Behörde in West-Berlin anstrebte. Dafür sprach die herausragende Stellung der Stadt in der Umweltforschung, dagegen das Viermächteabkommen, welches bundesdeutsche Regierungsakte in Berlin untersagte. Letztlich konnte Genscher seine Pläne durchsetzen, doch das Amt erhielt wegen seines Standorts keine derart weitreichenden Kompetenzen wie das

¹⁰²⁰ Genscher: Erinnerungen, S. 137.

¹⁰²¹ Ebd., S. 128.

¹⁰²² Vgl. von Kuenheim, Haug: Notgroschen für die Umwelt. In: Die Zeit 41/1971.

¹⁰²³ Vgl. Hören Sie mal. In: Der Spiegel 15/1972, S. 29.

Vorbild in Washington, und statt einer schlagkräftigen Zentrale für die Umweltpolitik wurde es eine laut Peter Menke-Glückert „weiche Behörde mit wissenschaftlichen Aufgaben“. ¹⁰²⁴

Dennoch waren Genscher und seine Mitarbeiter ihrer eigenen Partei in diesem Bereich weit voraus, bis auf die wenigen Sätze im Aktionsprogramm von 1967 gab es noch immer keinerlei umweltpolitische Programmatik der FDP. Diese Lücke wurde im Oktober 1971 mit den *Freiburger Thesen* geschlossen, in denen der Umweltpolitik sogleich ein eigenes Kapitel gewidmet wurde. In dessen Vorbemerkung konstatierte man den Ernst der Lage und erörterte zugleich systemimmanente Lösungsansätze:

„Die Umweltkrise ist weltweit. Sie bedroht auch uns und unser Land. Der über Jahrhunderte dauernde Raubbau an der Natur muß aufhören. Auch für künftige Generationen müssen noch Rohstoffe, frische Luft und reines Wasser vorhanden sein. [...] Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt in bestem Zustand. [...] Umweltschutz erfordert eine auf lange Sicht angelegte Umweltplanung. Notwendig ist eine ständige Berücksichtigung von Umweltfaktoren in allen Entscheidungen der Wirtschaft und öffentlichen Hand. Auf technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum braucht dabei aber nicht verzichtet zu werden. Die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft wird aber in Zukunft danach beurteilt werden, ob es gelingt, mit marktgerechten Mitteln umweltfreundliche Verfahren und Produkte durchzusetzen. [...] Liberales Ziel ist es, jedem Bürger die für seine Gesundheit und sein Wohlbefinden notwendige Qualität seiner Umgebung zu sichern. Deshalb muß Umweltpolitik den gleichen Rang erhalten wie soziale Sicherung, Bildungspolitik oder Landesverteidigung.“ ¹⁰²⁵

In den folgenden Thesen wurde die Übertragung der gesamten Gesetzgebungskompetenz im Bereich Umweltplanung und Umweltschutz auf die Bundesorgane, eine umfassende Durchsetzung des Verursacherprinzips, die Schaffung eines internationalen Umweltrechts und die Aufnahme eines Rechts auf eine menschenwürdige Umwelt in das Grundgesetz sowie in die Erklärung der Menschenrechte gefordert. ¹⁰²⁶ Diese Programmatik machte die FDP zur umweltpolitischen Vorreiterin unter den bundesdeutschen Parteien, da weder die SPD noch die Union einen vergleichbaren Forderungskatalog aufweisen konnten, und sie somit für jene Wählerschichten mit „postmateriellen“ Wertvorstellungen attraktiv, die ihre Lebensqualität nicht mehr primär über Einkommen und Eigentum definierten. Der Postmaterialismus der *Freiburger Thesen* blieb jedoch materiell rückgekoppelt, da er die moderne Industriegesellschaft zwar als Ursache der Umweltprobleme identifizierte, ihr reibungsloses Funktionieren jedoch zugleich die nötigen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Symptome liefern sollte. Dasselbe dialektische Spannungsverhältnis zeigte

¹⁰²⁴ Zit. n. Bißchen zu heiß. In: Der Spiegel 32/1974, S. 19-22.

¹⁰²⁵ Flach / Maihofer / Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 109.

¹⁰²⁶ Ebd., S. 109-113.

sich in den Aussagen zur Sozialpolitik, und es war keineswegs ein Zufall, dass die FDP beide Politikbereiche erst auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms entdeckte. Trotz ihres kritischen Vokabulars waren die *Freiburger Thesen* somit ein explizites Bekenntnis zur wachstumsbasierten Marktwirtschaft und vor allem Ausdruck des Vertrauens in ihr Entwicklungspotenzial.

Anfang 1972 sorgte eine im Auftrag des Expertengremiums *Club of Rome* erstellte Studie des Ökonomen Dennis Meadows über die Zukunft der Weltwirtschaft für Aufsehen, die zunächst an der Universität St. Gallen vorgestellt wurde und kurz darauf in Buchform erschien. *Die Grenzen des Wachstums*, so der Titel des Bestsellers, stellte die Prämissen der modernen Industriegesellschaft grundsätzlich in Frage und prophezeite ein Ende der natürlichen Ressourcen und damit der Lebensgrundlagen des Menschen innerhalb von hundert Jahren, sollten Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und Weltbevölkerung weiterhin zunehmen. Diese Probleme, so die Autoren, ließen sich nicht mit technokratischer Planung, sondern ausschließlich mit einer radikalen Abkehr von der konsum- und wachstumsorientierten Grundorientierung bewältigen.¹⁰²⁷ Damit stellte sich der *Club of Rome* dezidiert gegen die in den westlichen Industriestaaten vorherrschende Vorstellung von Umweltpolitik, wie sie auch von der FDP vertreten wurde.

Für Peter Menke-Glückert waren die Herausgeber der Studie lediglich ein „elitäre[r] Club von Mächtgern-Staatsmännern“, welcher der Menschheit seinen Pessimismus „aufoktroyieren“ wolle.¹⁰²⁸ Der Ministerialdirektor für Umweltangelegenheiten erklärte in der *Liberal*, die These des notwendigen Nullwachstums sei „Zynismus“ gegenüber jenen Ländern, deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen noch weit unter 100 Dollar liege. Stattdessen bedürfe es einer „Umstrukturierung des Wachstums in Richtung auf Dienstleistungs- und Wissens-Industrien“ und „Planung im Weltmaßstab [...] auf der Grundlage eines neuen Umweltvölkerrechts“.¹⁰²⁹ Auch Klaus Scholder wandte sich gegen einen erzwungenen Wachstumsstopp, denn dieser „würde nichts anderes bedeuten, als die gegenwärtige Situation der Welt mit ihren unerträglichen Gegensätzen von arm und reich faktisch zu stabilisieren“. Er verwies dabei auf weitgehend vernachlässigte Gegenmodelle zur Meadows-Studie, laut denen „nicht nur die Bevölkerung, die Industrieproduktion und die Umweltverschmutzung [...] exponentiell wachsen, sondern [...] auch unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und

¹⁰²⁷ Vgl. Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 569.

¹⁰²⁸ Zit. n. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 149.

¹⁰²⁹ Menke-Glückert, Peter: Umweltpolitik als Entwicklungspolitik. In: *Liberal* 1973, S. 596-597.

technischen Fähigkeiten [...], um die bestehenden Krisen zu beherrschen und zu meistern“.¹⁰³⁰ Hans Friderichs erwähnte die Debatten um *Die Grenzen des Wachstums* sogar bei seiner ersten Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag, nicht ohne zu verhehlen, dass „die entscheidende Schwäche des MIT-Modells [...] darin liegt, daß die der Marktwirtschaft eigenen Korrektur- und Substitutionsmechanismen nicht ausreichend berücksichtigt worden sind“.¹⁰³¹

Im Bundestagswahlkampf 1972 blieb der Umweltschutz trotzdem noch eine Randerscheinung. Genscher hatte wegen des Stimmenpatts im Parlament eines seiner wichtigsten Reformprojekte, die Einführung eines Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur zentralen Bekämpfung von Gift, Lärm und Strahlung, in der auslaufenden Legislaturperiode nicht mehr umsetzen können. Mitglieder der Bundestagsfraktion äußerten Skepsis bezüglich der Wahlkampftauglichkeit des Themas, da die Umweltpolitik in Deutschland im Gegensatz zu den USA noch immer kein großes Interesse in der Bevölkerung weckte.¹⁰³² Key L. Ulrich schrieb in der FAZ: „Umweltschutz wirkt im Wahlkampf wie jener arme Verwandte, den man zwar einladen muß, bei dem man aber nicht weiß, wohin man ihn setzen soll.“¹⁰³³ Die FDP setzte ihn in ihrem Wahlauftritt hinter der Wirtschafts-, Steuer-, Rechts- und Bildungspolitik auf den fünften und letzten Platz und räumte ihm zudem nicht mal eine eigenständige Rubrik ein. Stattdessen wurde der Umweltschutz gemeinsam mit anderen Forderungen der *Freiburger Thesen* wie Mitbestimmung und Vermögensbildung unter dem Terminus „Gesellschaftspolitik“ subsumiert.¹⁰³⁴ Offensichtlich fehlte der noch immer im Umbruch befindlichen Partei der Mut, das vermeintliche „Jahrhundertthema“ selbstbewusst für sich zu reklamieren.

In den Koalitionsverhandlungen gelang es dem Innenminister dennoch, mit Umwelthygiene, Strahlenschutz und Reaktorsicherheit weitere umweltpolitische Zuständigkeiten für sein Ressort zu erstreiten. Neben der Initiative zum bundeseinheitlichen Immissionsschutz hatten eine Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz und die Einführung eines Abwasserabgabengesetzes in Genschers Reformplänen hohe Priorität. Sie alle sollten gemäß des Verursacherprinzips die Nutzer umweltschädlicher Technologien für deren Folgewirkungen zahlen lassen.¹⁰³⁵ Eine Studie des Frankfurter Batelle-Instituts bezifferte die geschätzten Umweltschutzkosten bis

¹⁰³⁰ Scholder, Klaus: Begrenzung des Wachstums oder Katastrophe? In: Liberal 1973, S. 341-342.

¹⁰³¹ Bonner Depesche 10/1973, S. 1-2.

¹⁰³² Vgl. Ulrich, Key L.: Remis beim Bonner Umweltschutz. In: FAZ vom 21.8.1972, S. 2

¹⁰³³ Ulrich, Key L.: Verlegenheit beim Thema Umweltschutz. In: FAZ vom 2.11.1972, S. 4.

¹⁰³⁴ Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 164.

¹⁰³⁵ Vgl. Progressiver Vortänzer. In: Der Spiegel 1/1973, S. 21-23.

1975 für die Montanindustrie auf 2,4 Milliarden, für die chemische Industrie gar auf acht Milliarden Mark. Der *Deutsche Industrie- und Handelstag* (DIHT) ließ deshalb verlauten, eine solche Größenordnung sei „selbst bei extremer Bereitschaft der Bevölkerung zum Konsumverzicht nicht vertretbar“, und im Bundesverkehrsministerium fürchtete man, das Auto werde für den Verbraucher „bald unbezahlbar“ werden.¹⁰³⁶ Der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaftsinteressen artikuliert sich also bereits zu Beginn der zweiten sozial-liberalen Legislaturperiode, doch noch übertönte die boomende Konjunktur die mahnenden Worte. Zum größten Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition avancierte zunächst die notwendige Grundgesetzänderung für die volle Bundeskompetenz beim Wasserrecht, welche Genscher für seine Reformvorhaben benötigte. CDU und CSU lehnten den Umweltschutz dabei keineswegs ab, sondern kritisierten die Maßnahmen des Innenministers vielmehr als unzureichend und seine bisherigen Umweltgesetze als wenig durchdacht.¹⁰³⁷ Die Einsicht in die Notwendigkeit einer gestaltenden und vorsorgenden Umweltpolitik hatte sich inzwischen bei allen Parteien des Bundestages durchgesetzt, und sowohl Christ- als auch Sozialdemokraten hatten einschlägige Sachprogramme vorgelegt, die teilweise wortwörtlich Forderungen der *Freiburger Thesen* aufnahmen.¹⁰³⁸

Das Bewusstsein über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen war durch die Studie des *Club of Rome* bereits geweckt worden, doch erst die im Oktober 1973 einsetzende Ölkrise machte die neue Wachstumskritik populär. Die Grenzen des Wachstums schienen plötzlich sehr greifbar, und die Bilder der leeren Autobahnen an denen von der Bundesregierung verhängten autofreien Sonntagen vermittelten einen Hauch von Endzeitstimmung. Selbst die überzeugtesten Marktwirtschaftler in der FDP schienen durch diese historisch einzigartige Situation tief verunsichert. Wirtschaftsminister Hans Friderichs räumte in einem Interview mit dem *Spiegel* ein, dass ein Kollaps der Elektrizitätsversorgung wegen der Mangelercheinungen durchaus vorstellbar und eine stärkere Rolle des Staates im Bereich der Energiewirtschaft unvermeidlich sei.¹⁰³⁹ Otto Graf Lambsdorff stellte in der *Liberal* fest, „daß wir hier bisher auf einer Basis gelebt, gearbeitet und verdient haben, die wahrscheinlich unrealistisch war“, was nun jeder Bundesbürger „mit sicherlich sehr bedauerlichen und schmerzlichen Folgen“ zu spüren bekomme.¹⁰⁴⁰ Die mit der Ölkrise einhergehenden wirtschaftlichen Probleme verschärften den Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie

¹⁰³⁶ Zit. n. Piel, Dieter: Milliarden in die Luft. In: Die Zeit 47/1972

¹⁰³⁷ Vgl. Zum Wohl. In: Der Spiegel 43/1973, S. 33-34.

¹⁰³⁸ Vgl. Verursacherprinzip kaum noch umstritten. In: FAZ vom 29.11.1972, S. 8.

¹⁰³⁹ „Vorstellbar, daß die Lichter ausgehen“. In: Der Spiegel 46/1973, S. 26-27.

¹⁰⁴⁰ Graf Lambsdorff, Otto: Energiepolitik und Stabilität. In: Liberal 1973, S. 888.

massiv, erst jetzt entwickelten sich Umwelt und Wachstum auch über Fachkreise hinaus zu einem „Gegensatzpaar“.¹⁰⁴¹ Erschien dem einen Lager der Abschied von der Industriegesellschaft wegen des vermeintlich nahenden Endes der natürlichen Ressourcen umso dringlicher, betrachtete das andere den Umweltschutz nun als nachrangiges Luxusproblem. Die FDP konnte sich keine dieser Positionen bedingungslos zu eigen machen, sofern sie nicht dazu bereit war, entweder ihre Rolle als umweltpolitische Vorreiterin oder als Hüterin der Marktwirtschaft aufzugeben. So stellte Hans-Dietrich Genscher Anfang 1974 gegenüber einem Umweltmagazin „mit allem Nachdruck fest[...], daß die Bundesregierung nicht bereit ist, Abstriche an den Anforderungen des Umweltschutzes vorzunehmen“, da dieser kein Instrument für „Schönwetterzeiten“ sei.¹⁰⁴² Diesen Kurs unterstützte auch Hans Friderichs, als er auf dem Dreikönigstreffen „schärfere Gesetze und Verordnungen“ für den Umweltschutz forderte, und zugleich in Richtung der Wachstumsskeptiker bemerkte, es sei „unerträglich, über die Energiekrise bei uns 25 Jahre nach Kriegsende noch den Morgenthau-Plan realisieren zu wollen“.¹⁰⁴³

Dass sich die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen verschlechtert hatten, war jedoch auch den beiden Ministern bewusst. Friderichs sah sich aufgrund des knappen Öls gezwungen, die in seinem Energieprogramm ursprünglich vorgesehene Drosselung der Kohleförderung zu streichen.¹⁰⁴⁴ Genscher wurde aus demselben Grund mit dem erneuten Widerstand der Mineralölwirtschaft und Automobilindustrie gegen die Umsetzung des längst beschlossenen Benzinbleigesetzes konfrontiert. Auch die Kritik an seinen Plänen zum Gewässerschutz und den damit einhergehenden Kosten wurde nicht leiser. Der Innenminister wollte jedoch keine Zweifel an seiner Entschlossenheit aufkommen lassen und verkündete deshalb, dass er „die Verpflichtung zum Umweltschutz ernst nehme und keine Interessenpolitik mache“.¹⁰⁴⁵ Immerhin konnte das lang erwartete Bundes-Immissionsschutzgesetz Anfang 1974 unter Zustimmung der Unionsparteien verabschiedet werden.¹⁰⁴⁶ Es bestanden allerdings Zweifel, ob diese Maßnahme den Lobeshymnen aus der FDP – Burkhard Hisch sah in ihr den Beweis für die deutsche „Schrittmacherrolle“ im europäischen Umweltschutz¹⁰⁴⁷ – wirklich gerecht wurde. So konnte die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ von der Industrie bereits durch den Bau höherer Kamine

¹⁰⁴¹ Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.“, S. 297.

¹⁰⁴² Freie Demokratische Korrespondenz 28/1974, S. 1-2.

¹⁰⁴³ Freie Demokratische Korrespondenz Sonderausgabe vom 6.1.1974, S. 5-6.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Bonn revidiert Energieprogramm. In: Der Spiegel 17/1974, S. 98.

¹⁰⁴⁵ Zit. n. Hoffmann, Wolfgang: Die Wasserschlacht am Rhein. In: Die Zeit 48/1973.

¹⁰⁴⁶ Vgl. Der Umweltschutz wird verstärkt. In: FAZ vom 19.1.1974, S. 4.

¹⁰⁴⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 9/1974, S. 1.

erfüllt werden, wodurch der giftige Ausstoß nicht verringert, sondern nur großflächiger verteilt wurde.¹⁰⁴⁸ Wenig später wurde auch das Gesetz über Umweltstatistiken verabschiedet, welches ein erster Schritt zum Aufbau eines umfassenden Umweltplanungsinformationssystems (UMPLIS) sein sollte,¹⁰⁴⁹ das schließlich vom Umweltbundesamt eingerichtet wurde. Das Abwasserabgabengesetz, inzwischen zu Genschers Prestigeprojekt aufgestiegen, wurde noch im März 1974 vom Kabinett gebilligt, jedoch nicht mehr in dessen Amtszeit verabschiedet. Am 16. Mai löste Werner Maihofer den „ersten Umweltminister der Bundesrepublik“¹⁰⁵⁰ im Bonner Innenministerium ab.

Das durch die Ölkrise erwachende Umweltbewusstsein der Bevölkerung eröffnete der FDP eine neue Perspektive, die Peter Lösche und Franz Walter später als die „ökolibertäre Chance“¹⁰⁵¹ bezeichneten. Bis dahin definierten sich die Freidemokraten vor allem über die beiden klassisch-liberalen Eckpfeiler Rechtsstaat und Marktwirtschaft, die allerdings von der SPD respektive den Unionsparteien ebenfalls beansprucht wurden und somit kein wirkliches Alleinstellungsmerkmal waren. Eine Partei, die dem Umweltschutz oberste Priorität einräumte, existierte in der Bundesrepublik hingegen nicht. Die offensive Besetzung dieses Themas, die im Bundestagswahlkampf 1972 aus Angst vor der eigenen Courage noch unterblieben war, schien nun das Potenzial zu haben, das Problem der zunehmend erodierenden freidemokratischen Basis in den Kommunen¹⁰⁵² lösen zu können.

Bundesgeschäftsführer Harald Hofmann erklärte in einem Zeitungsbeitrag, der Erfolg der „zahlreichen lokalen Bürgerinitiativen“ beweise die Notwendigkeit einer kommunalpolitischen Rückbesinnung der FDP und die damit einhergehende Chance, den „Geruch der Zweitstimmenpartei“ loszuwerden.¹⁰⁵³ Im Rahmen einer Mitgliederwerbaktion versprach die Partei ihren potenziellen Neumitgliedern „mehr Grün und weniger Grau“.¹⁰⁵⁴ Eine solche Neuausrichtung erforderte allerdings einen schärferen Konfrontationskurs mit den Interessen der Wirtschaft, der man sich nach einigen Schwierigkeiten in Folge des Koalitionswechsels gerade wieder annäherte. Peter Menke-Glückert schrieb in der *Liberal*: „Die Planung des technischen Fortschritts wird in Zukunft noch schwieriger sein als bisher.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Pötzl, Norbert: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk. Die Umweltpolitik der sozial-liberalen Koalition: In: Bickerich, Wolfgang (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition. Hamburg 1982, S. 103-124, hier S. 110.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 56/1974, S. 1.

¹⁰⁵⁰ So das Online-Portal der Friedrich-Naumann-Stiftung, URL: <https://www.liberaale.de/content/der-erste-umweltminister-der-bundesrepublik> (abgerufen am 20.01.2018).

¹⁰⁵¹ Lösche / Walter: Die FDP, S. 102.

¹⁰⁵² Vgl. Ebd., S. 171.

¹⁰⁵³ Freie Demokratische Korrespondenz 207/1973, S. 2-3.

¹⁰⁵⁴ Zit. n. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 25.

[...] Die Industrie wird ihre Autonomie [...] nur in dem Maße in Zukunft behaupten können, indem sie sich als Partner gesamtgesellschaftlicher Planung ausweist.“¹⁰⁵⁵ Deutlich weiter ging Ralf Dahrendorf, der für den Übergang „von einer Expansionsordnung zu einer Stabilitätsordnung“ plädierte, und das Bestreben, „noch einmal alle Kräfte, Motive und Institutionen der Gesellschaft für die Erreichung neuer Wachstumshöhen zu mobilisieren“, als „Irrweg“ klassifizierte.¹⁰⁵⁶ Auch wenn Dahrendorf seinen Beitrag nicht als Plädoyer für ein erzwungenes Nullwachstum verstanden wissen wollte, war die öffentliche Kritik der Wachstumspriorität durch einen prominenten Freidemokraten, wenngleich er kein politisches Amt mehr bekleidete, durchaus bemerkenswert. Der liberale Soziologe stellte sich damit gegen die offizielle Lesart der Partei, wonach Umweltschutz und Wachstum sich nicht ausschließen, sondern einander bedingen.

Diese Sichtweise bekräftigte Hans-Dietrich Genscher auch in seiner neuen Rolle als Parteivorsitzender, als er auf dem Dreikönigstreffen 1975 verlauten ließ, nicht das Beibehalten, sondern das Abrücken vom Umweltschutz „wäre in Wahrheit das ökonomisch Unvertretbare“.¹⁰⁵⁷ Bundeskanzler Helmut Schmidt, der im Mai 1974 den umweltaffinen Willy Brandt abgelöst hatte, beurteilte die Lage gänzlich anders und warnte im Kabinett vor „übertriebenem Umweltschutz“. Der Sozialdemokrat ärgerte sich über schleppende Genehmigungsverfahren beim Bau neuer Raffinerien und Kohlekraftwerke und distanzierte sich zudem vom bereits gebilligten Entwurf für das Abwasserabgabengesetz. Innenminister Maihofer postulierte zwar öffentlich, dass „Ökologie [...] Vorrang vor Ökonomie“ habe, hatte in der Regierung jedoch keinen derart starken Rückhalt wie Genscher. Sein Plan, den Lärm beim Straßenbau per Gesetz einzudämmen, wurde wegen der hohen Kosten für nicht umsetzbar erklärt.¹⁰⁵⁸

Als Zäsur für die sozial-liberale Umweltpolitik erwies sich ein Treffen auf Schloss Gymnich in Erfstadt, zu dem der Kanzler im Juli 1975 Vertreter von Industrieverbänden und Gewerkschaften einlud. Bonner Umweltexperten durften zwar teilnehmen, doch ihre Stimmen fanden angesichts der geballten Macht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kein Gehör.¹⁰⁵⁹ Beide Seiten plädierten einvernehmlich für eine Einschränkung des Umweltschutzes und bestärkten Schmidt in seiner ablehnenden Haltung. Werner Maihofers Bestreben, den „Rest

¹⁰⁵⁵ Menke-Glückert, Peter: Umwelt und Technologie. In: Liberal 1974, S. 581.

¹⁰⁵⁶ Dahrendorf, Ralf: Nach dem Überfluß: Formierte oder offene Gesellschaft? In: Liberal 1975, S. 729-738.

¹⁰⁵⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 3/1975, S. 16.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Konjunktur geht vor. In: Der Spiegel 22/1975, S. 23.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Schlappen für den Umweltschutz. In: FAZ vom 21.4.1976, S. 10.

von Reformen [zu] retten“¹⁰⁶⁰, wurde dadurch nochmals erschwert. Besonders die auf Genscher zurückgehenden Pläne zum Gewässerschutz wurden nun zur Disposition gestellt. Der Kanzler wollte die Übergangsfristen für die vom Abwasserabgabengesetz betroffenen Unternehmen verlängern und die vorgesehenen Abgaben verringern. Maihofer erteilte seine Zustimmung mit der Begründung, dass ein abgeschwächtes Gesetz immerhin besser sei als gar keins.¹⁰⁶¹ Letztlich wurde die Schonfrist für die Industrie auf fünf Jahre festgelegt und die Abgaben derart gesenkt, dass sich das Abrücken von der Wasserverschmutzung für die Unternehmen als kaum rentabel erwies.¹⁰⁶² FDP-Sprecher Josef M. Gerwald kommentierte nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag wenig euphorisch, seine Partei halte „den Kompromiß für vertretbar, jedoch keinesfall für optimal“. Mit ihm sei aber „wenigstens ein Minimum an Verbesserung im Gewässerschutz zu erreichen“.¹⁰⁶³ Auch die Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes fiel insgesamt enttäuschend aus, verzichtete man doch auf jede Festlegung von Grenzwerten für bestimmte Schadstoffe und konkrete Einleitungsverbote.¹⁰⁶⁴

Für eigene Initiativen in der Umweltpolitik blieb dem Innenminister angesichts der Ölkrise, die sich inzwischen zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise ausgeweitet hatte, kaum noch Spielraum. Im Oktober 1975 legte er ein Abfallwirtschaftsprogramm mit Ratschlägen zur Müllverwertung vor, die allerdings völlig unverbindlich waren. Von der Verwendung von problematischen Abfällen wie Kunststoffverpackungen und Einwegflaschen riet man Unternehmen wie Konsumenten zwar ab, verzichtete aber auf jegliche gesetzliche Einschränkung. Eine staatliche Förderung für Recycling-Produkte wurde nicht erwogen, weil diese infolge der verschärften Umweltschutzauflagen ohnehin preislich konkurrenzfähiger würden. Selbst für diesen Empfehlungskatalog musste Staatssekretär Günter Hartkopf hart um die Zustimmung des freidemokratisch geführten Wirtschaftsministeriums kämpfen, denn Hans Friderichs hielt von einer Ausweitung des Umweltschutzes inzwischen nichts mehr.¹⁰⁶⁵

Auf dem Bodenseetreffen der FDP am 29. November präsentierte Werner Maihofer die Grundzüge seiner für 1976 geplanten Fortschreibung des ersten Umweltprogramms der Bundesregierung von 1971. Die Lösung der Umweltprobleme, so der Innenminister, könne „bis auf weiteres nicht im Verzicht auf reales Wirtschaftswachstum bestehen“, doch ein

¹⁰⁶⁰ Zit. n. Piel, Dieter: „Den Rest von Reformen retten“. In: Die Zeit 27/1975.

¹⁰⁶¹ Vgl. Ebd.

¹⁰⁶² Vgl. Pötzl: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk, S. 109.

¹⁰⁶³ Freie Demokratische Korrespondenz 6/1976, S. 1.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Pötzl: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk, S. 110.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Liberaler Sinn. In: Der Spiegel 43/1975, S. 49.

Festhalten am Wachstumskurs bedeute nicht, „daß alles auch in Zukunft so weitergehen soll wie bisher“. Vielmehr müsse man darüber nachdenken, „wie es möglich ist, unsere Wachstumspolitik weniger an quantitativen und mehr an qualitativen Zielen neu zu orientieren“. Dabei seien jedoch „insbesondere auch die Kosten von Umweltschutzmaßnahmen zu berücksichtigen und den jeweils zu treffenden Entscheidungen Kosten-Nutzen-Analysen zu Grunde zu legen“.¹⁰⁶⁶ Unter dem Einfluss des Wirtschaftsministers wurde dieser Aspekt im neuen Umweltprogramm stärker berücksichtigt als ursprünglich vorgesehen, und auch andere Ressorts verlangten diverse Abstriche an Maihofers Entwurf. Aufbruchsstimmung ging von der groß angekündigten Fortschreibung jedenfalls nicht aus, und somit war sie auch kaum geeignet, überzeugte Umweltschützer im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl für die FDP zu mobilisieren.¹⁰⁶⁷ Maihofer schien mit seiner umweltpolitischen Bilanz wohl selbst nicht zufrieden zu sein und kündigte an, das spärlich ausgefallene Abwasserabgabengesetz in der nächsten Legislaturperiode möglicherweise verschärfen zu wollen.¹⁰⁶⁸

Während der sozial-liberale Umweltschutz in den Jahren 1975/76 wegen der ökonomischen Krise, einem unwilligen Kanzler und einem schwachen Innenminister also massiv zurückgefahren wurde, etablierten sich immer mehr zivilgesellschaftlich getragene Umweltverbände und Bürgerinitiativen, deren Einfluss bald durchaus ein gewisses Gegengewicht zur Bonner Wirtschaftslobby zu bilden vermochte.¹⁰⁶⁹ War Genschers Umweltpolitik in der Anfangszeit der Koalition von der Bevölkerung noch kaum honoriert worden, sahen viele potenzielle FDP-Wähler ihre ökologischen Anliegen von der Bundesregierung nun nicht mehr ausreichend vertreten. Bei der großen Programmdebatte des Jahres 1977 bemühten sich die größtenteils linken Freidemokraten der Perspektivkommission nicht nur darum, die wirtschaftspolitischen Gräben zur SPD zu verkleinern, sondern auch das seit den *Freiburger Thesen* entstandene umweltpolitische Vakuum zu füllen. Der Schlüsselbegriff hierzu war das „qualitative Wachstum“, welches eine mit den Erfordernissen der Industriegesellschaft kompatible Alternative zum Nullwachstum anbieten sollte. Der Ausdruck war innerparteilich hochgradig umstritten,¹⁰⁷⁰ so bekannte sich beispielsweise Hans Friderichs auf dem Kieler Parteitag zu seiner Abneigung gegenüber diesem nicht eindeutig

¹⁰⁶⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 214/1975, S. 1-5.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Mehr Nüchternheit beim Umweltschutz. In: FAZ vom 15.7.1976, S. 10.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Umweltschutz: „Eine reine Sisyphus-Arbeit“. In: Der Spiegel 40/1976, S. 62-66.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Schlappen für den Umweltschutz. In: FAZ vom 21.4.1976, S. 10.

¹⁰⁷⁰ Siehe Kapitel 3.4.

definierbaren Begriff.¹⁰⁷¹ Gerhart Baum sah als Vorsitzender der Perspektivkommission jedoch die Notwendigkeit, den „Weltuntergangsprophetien“ des *Club of Rome* etwas entgegenzusetzen, um Wirtschaftswachstum nicht länger „einseitig [...] an materiell verstandenem Wohlstand [zu] orientieren“. ¹⁰⁷² Trotz der weitreichenden Kritik am Entwurf von Baums Arbeitsgruppe schafften es fast all ihre umweltpolitisch relevanten Formulierungen in die Endfassung der *Kieler Thesen*. Diese hielten somit an der Prämisse fest, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum mittels staatlicher Planung zu beiderseitigem Nutzen austarieren zu können:

„Wer Umwelt und Ressourcen schützen will, darf nicht die Investitionsfähigkeit der Unternehmen einschränken, mit der Folge eines Wachstumsstopps; vielmehr muß das notwendige Wirtschaftswachstum an qualitativen Maßstäben orientiert sein. Ziel liberaler Umweltpolitik ist also, durch verstärkte Berücksichtigung ökologisch wichtiger Belastungsgrenzen in den Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsablauf ein ökologisch vorteilhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen. [...] Die Liberalen wenden sich gegen eine Ablehnung der Umweltpolitik mit dem Argument, sie gefährde Arbeitsplätze. Die Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Wachstumspolitik wirft für die Unternehmen zunächst Anpassungsprobleme auf. Andererseits schaffen Umweltschutzinvestitionen Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie. [...] Umweltschutzpolitik ist nach Auffassung der Liberalen Voraussetzung für künftiges Wachstum, nicht Begrenzung. Wachstum ohne Berücksichtigung des Faktors Umwelt wird sich selbst begrenzen.“¹⁰⁷³

Jenseits der abstrakten Diskussionen über qualitatives und quantitatives Wachstum war jedoch längst ein anderes Thema in den Mittelpunkt der umweltpolitischen Debatte gerückt, welches den Zielkonflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen evident werden ließ und der bis dahin weitgehend konsensual behandelten Umweltfrage innerhalb der FDP eine ungeahnte Sprengkraft verlieh.

¹⁰⁷¹ Vgl. Kieler Thesen, S. 21-22.

¹⁰⁷² Ebd., S. 8-11.

¹⁰⁷³ Ebd., S. 298-310.

5.2. Atomkraft: Die „Gretchenfrage“ des Umweltschutzes

Als die Bundesrepublik Deutschland in den späten 1950er und frühen 1960er Jahre damit begann, die Atomkraft für die Energieversorgung nutzbar zu machen, stieß dies weder in der Politik noch in der Bevölkerung auf nennenswerten Widerspruch. Kernenergie galt im Gegensatz zu Kohle, Gas oder Öl als saubere und sichere Energiequelle. In den USA erhoben sich dagegen schon um 1970 erste Bedenken; mehrere anerkannte Experten für Nukleartechnik warnten die Öffentlichkeit vor der Möglichkeit von Reaktorstörfällen, welche zur Evakuierung ganzer Regionen führen könnten.¹⁰⁷⁴ Die Arbeitsgruppe Energiepolitik der FDP-Bundestagsfraktion attestierte der Atomkraft im Sommer 1973 dennoch, „ein relativ umweltfreundlicher Energieträger“ zu sein, dessen „Anteil am Gesamtenergieaufkommen [...] schrittweise gesteigert werden“ müsse.¹⁰⁷⁵ Die parteinahe *Friedrich-Naumann-Stiftung* empfahl, Vorurteilen gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch Aufklärungsarbeit entgegenzuwirken, und ein von der Stiftung beauftragter Experte lobte die Umweltschutz- und Sicherheitsmaßnahmen im Atomkraftwerk Biblis in höchsten Tönen.¹⁰⁷⁶ Selbst der umweltpolitische Vordenker Peter Menke-Glückert empfand die Nukleartechnologie „als beispielhaft in der Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens und der Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen“, erkannte aber angesichts der sich allmählich herausbildenden Anti-Atomkraft-Bewegung eine „Lücke an Vertrauen“ innerhalb der Bevölkerung.¹⁰⁷⁷

Proteste gegen die Planung oder den Bau solcher Kraftwerke formierten sich vor allem auf kommunaler Ebene in den direkt betroffenen Orten, doch diese „Graswurzelbewegungen“ drangen zunächst kaum bis zur Landes- oder gar Bundespolitik durch. Aufgrund der Ölkrise erschien die Ausweitung der Atomkraft unumgänglich – so sollte ihr Anteil an der Stromerzeugung binnen elf Jahren von vier auf 45 Prozent gesteigert werden¹⁰⁷⁸ – und die Angst vor möglichen Risiken als Ausdruck von Rückständigkeit. Dass die Bedenken jedoch keineswegs ausschließlich auf Ignoranz oder Irrationalität zurückgeführt werden konnten, belegten Berichte des *Spiegel*, die im Mai und Juni 1974 Skandale bei der Entsorgung radioaktiven Abfalls in Baden-Württemberg und der unzulänglich gesicherten Lagerung von

¹⁰⁷⁴ Vgl. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 150.

¹⁰⁷⁵ Bonner Depesche 20/1973, S. 4.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Kraftwerk ist keine Bombe. In: FAZ vom 18.3.1974, S. 29.

¹⁰⁷⁷ Menke-Glückert, Peter: Bürgerinitiativen als innenpolitisches Problem. In: Liberal 1974, S. 811-814.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 90.

Plutonium in Hessen aufdeckten.¹⁰⁷⁹ Daraufhin wurde im Innenausschuss des Bundestages erstmals über Verbesserungen des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung geredet, und Innenminister Werner Maihofer ordnete eine „aktivere Sicherheitspolitik“ im Bereich der Kernenergie an.¹⁰⁸⁰

Die Geburtsstunde einer bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung markierten die Proteste gegen den Bau eines Kraftwerks im südbadischen Wyhl zu Beginn des Jahres 1975. Am 19. Februar mussten mehrere Hundertschaften von Polizeibeamten anrücken, um das von Demonstranten besetzte Baugelände gewaltsam zu räumen. Vier Tage später versammelten sich in dem kleinen Ort fast 30.000 Menschen auf einer Kundgebung gegen die Errichtung des Kraftwerks, von denen etwa 2000 erneut auf den Bauplatz drangen, woraufhin sich die ratlose Polizei zurückzog.¹⁰⁸¹ Die freidemokratischen Bundestagsabgeordneten Burkhard Hirsch, Klaus-Jürgen Hoffie und Karl-Hans Laermann machten die baden-württembergische Landesregierung unter Hans Filbinger für die Eskalation verantwortlich, da diese die Baugenehmigung erteilt habe, ohne ein Gerichtsurteil bezüglich der zahlreichen Anfechtungen abzuwarten.¹⁰⁸² Unter dem Druck der wochenlang anhaltenden Geländebesetzung lenkte Filbinger ein und empfahl dem Bauträger, die Errichtung des Kraftwerks bis zu einer gerichtlichen Entscheidung auszusetzen. Diese wurde am 21. März vom Freiburger Verwaltungsgericht zugunsten der Kraftwerksgegner ausgesprochen. Die Wyhler Ereignisse waren insofern eine Zäsur, als dass der Staat erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte von seinen eigenen Bürgern an der Durchsetzung einer rechtmäßig zustande gekommenen Entscheidung gehindert wurde. Dies machte deutlich, dass der bislang praktizierte technokratische Zentralismus an Akzeptanz verloren hatte und neue Formen der Bürgerbeteiligung an den Planungsprozessen gefunden werden mussten. In Wyhl wurde die Legitimität moderner Großtechnologie von einer Protestbewegung in Frage gestellt, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Lager verlief.¹⁰⁸³

Bundeskanzler Helmut Schmidt zeigte sich demgegenüber völlig uneinsichtig und ärgerte sich stattdessen über die langen Genehmigungsverfahren, die den im Energieprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Bau von 35 weiteren Atomkraftwerken bis 1985

¹⁰⁷⁹ Atomarer Hund. In: Der Spiegel 22/1974, S. 68-70. A bisserl Sophisterei. In: Der Spiegel 23/1974, S. 67-70. Risiko in Röntgen. In: Der Spiegel 29/1974, S. 49-50.

¹⁰⁸⁰ Zit. n. ebd.

¹⁰⁸¹ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 90.

¹⁰⁸² Vgl. Bonner Depesche 4/1975, S. 1.

¹⁰⁸³ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 89-90.

gefährdeten.¹⁰⁸⁴ Werner Maihofer bemühte sich immerhin darum, die Bedenken der Atomkraftgegner ernst zu nehmen, und erklärte in seiner Fortschreibung des Umweltprogramms, es werde „keine Konzessionen zu Lasten der Sicherheit unserer Bürger geben [...], weil der Schutz der Bevölkerung vor nuklearen Risiken absoluten Vorrang vor der Nutzung der Kernenergie hat“.¹⁰⁸⁵ Auch wenn eine völlige Abkehr von der Atomkraft noch nicht erwogen wurde, setzte in Teilen der FDP ein sichtbares Umdenken bezüglich der uneingeschränkt positiven Bewertung dieses Energieträgers ein. Maihofers Parlamentarischer Staatssekretär Gerhart Baum warnte vor einer Unterschätzung der Gefahren und zu großer Eile beim Ausbau der Atomkraft, wollte dessen Notwendigkeit angesichts der energiepolitischen Ziele aber nicht negieren.¹⁰⁸⁶ Sein beamteter Kollege Günter Hartkopf gestand der Kernenergie hingegen nur noch die Rolle einer Übergangstechnologie zu, die dann ihre Legitimität verliere, wenn die Erschließung regenerativer Energien wie Sonnen-, Wasser- und Windkraft weit genug vorangeschritten sei.¹⁰⁸⁷

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 1976 räumte die FDP der Kohle als „unserem wichtigsten heimischen Energieträger“ die herausragende Rolle bei der Verringerung der Abhängigkeit von importiertem Öl ein, wohingegen neue Energieträger wie Atom- und Solarenergie „vor ihrer Anwendung auf ihre Vor- und Nachteile sowie wirtschaftliche Rentabilität überprüft werden“ müssten.¹⁰⁸⁸ Bei Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Kernkraftwerken plädierten die Liberalen für die Einführung einer Verbandsklage, „um die Bürgerinitiativen rechtzeitig und verantwortlich an Planungs- und Verwaltungsentscheidungen zu beteiligen“.¹⁰⁸⁹ Damit berücksichtigte die FDP jene in Wyhl artikulierten Bedürfnisse nach verstärkter Einbindung der lokalen Akteure und hielt sich die Frage nach dem richtigen Ausmaß der Nutzung von Nuklearenergie weitgehend offen. Im Wahlkampf 1976 stand die neue Konfliktlinie zwischen Gegnern und Befürwortern der Atomkraft allerdings noch im Schatten von Wirtschaftskrise und Terrorismus.

Nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl entwickelte sich im schleswig-holsteinischen Brokdorf ein weiterer Brennpunkt im Konflikt zwischen Staatsgewalt und Bürgerinitiativen. Nachdem die Landesregierung in Kiel am 25. Oktober eine erste Teilgenehmigung für den Bau eines Atomkraftwerks ausgesprochen hatte, formierte sich vor Ort eine breite

¹⁰⁸⁴ Vgl. Konjunktur geht vor. In: Der Spiegel 22/1975, S. 23.

¹⁰⁸⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 192/1976, S. 3.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 205/1976, S. 1.

¹⁰⁸⁷ Hartkopf, Günter: Risiko Kernenergie. In: Liberal 1976, S. 421-431

¹⁰⁸⁸ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 250-251.

¹⁰⁸⁹ Ebd., S. 234.

Protestbewegung nach Wyhler Vorbild. Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs unterstützte den christdemokratischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg hinsichtlich des Bauvorhabens und warnte vor Engpässen in der norddeutschen Elektrizitätsversorgung, sollte das Kraftwerk nicht zügig fertiggestellt werden.¹⁰⁹⁰ Nordrhein-Westfalens Innenminister Burkhard Hirsch widersprach seinem Parteifreund und forderte einen Aufschub des Baubeginns, bis alle Fragen der Endlagerung gelöst und Rechtswege der Bürger ausgeschöpft seien.¹⁰⁹¹ Werner Maihofer kündigte indes an, sein Ministerium werde zwar weiterhin Teil- und Zwischengenehmigungen für den Bau neuer Kernkraftwerke erteilen, Betriebsgenehmigungen aber von einer Lösung des Müllproblems abhängig machen.¹⁰⁹²

Am 13. November 1976 demonstrierten in Brokdorf rund 25.000 Menschen für einen sofortigen Baustopp, unter denen bis zu 3000 militante Vertreter kommunistischer Splitterparteien, der sogenannten K-Gruppen, vermutet wurden. Als Aktivisten das schwer bewachte Gelände stürmen und besetzen wollten, entbrannte eine Auseinandersetzung zwischen Polizei-Hundertschaften und Atomkraftgegnern, welche die Ereignisse von Wyhl bei weitem in den Schatten stellte: Fast 100 Demonstranten und 81 Polizisten erlitten Verletzungen, und die Presse schilderte das Szenario als einen bürgerkriegsartigen Konflikt.¹⁰⁹³

Unter dem Eindruck dieser Eskalation fand am 19. und 20. November der FDP-Bundesparteitag in Frankfurt am Main statt. Die Hamburger Landesvorsitzende Helga Schuchardt plädierte für eine Bauunterbrechung in Brokdorf, „um zu einer Denkpause zu kommen, die [...] notwendiger denn je ist“, und eine kritischere Haltung zur Kernenergie, sofern die FDP weiterhin als „Partei der Bürgerinitiativen“ antreten wolle.¹⁰⁹⁴ Die Delegierten nahmen ihren einschlägigen Antrag mit 140 zu 125 Stimmen an¹⁰⁹⁵ und kamen der Anti-Atomkraft-Bewegung damit weit entgegen. Der Parteitag sprach sich dafür aus, den „Anteil der Kernenergie auf das zur Deckung des Energiebedarfs dringend erforderliche Mindestmaß zu reduzieren“, „eine Umschichtung der staatlichen Forschungsmittel zugunsten der Erschließung nichtnuklearer [...] Energie vorzunehmen“, und Baugenehmigungen für neue respektive Betriebsgenehmigungen für bereits im Bau befindliche Kernkraftwerke nur zu

¹⁰⁹⁰ Vgl. Friderichs setzt sich für das Kernkraftwerk in Brokdorf ein. In: FAZ vom 10.11.1976, S. 1.

¹⁰⁹¹ Vgl. Eis ohne Energie. In: Der Spiegel 46/1976, S. 115-120.

¹⁰⁹² Vgl. Friedhof mit goldenen Särgen. In: Der Spiegel 47/1976, 47-55.

¹⁰⁹³ Vgl. Jäger / Link: Die Ära Schmidt, S. 91.

¹⁰⁹⁴ Protokoll des Bundesparteitages in Frankfurt am Main vom 18. bis 20. November 1976. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundespartei, A1-604, S. 65-66.

¹⁰⁹⁵ Ebd., S. 116.

erteilen, „wenn alle bisher ungelösten Probleme der Lagerung und Wiederaufarbeitung von radioaktivem Abfall sowie des Katastrophenschutzes gelöst sind“. ¹⁰⁹⁶

Hans Friderichs zeigte sich erzürnt über diesen Beschluss, der auch von den Delegierten seines rheinland-pfälzischen Landesverbandes unterstützt wurde, und veranlasste die Beamten seines Ministeriums sogleich zur Ausarbeitung eines Papiers, welches die Unverzichtbarkeit des Atomstroms belegen sollte. Der *Spiegel* urteilte über den widerspenstigen Wirtschaftsminister: „Mit seiner Denkschrift [...] beweist Friderichs, daß er die politische Brisanz des Atomthemas nicht wahrhaben will. Er möchte weiter so verfahren wie in der Vergangenheit, als die Verwaltung den Wünschen der Industrie prompt entsprach und bei Konflikten um Standortfragen die Polizei zu Hilfe rief. Seit Brokdorf aber funktioniert das anonyme Zusammenspiel zwischen Bürokratie und Energie-Unternehmen nicht mehr. Die betroffenen Bürger wollen mitreden, und die Regierungsparteien sind noch unschlüssig, wie sie auf dieses neue Phänomen reagieren sollen.“ ¹⁰⁹⁷

Auch wenn Hans Friderichs von allen Freidemokraten die lauteste Kritik an den Frankfurter Beschlüssen artikulierte, war er mit seinem Unverständnis für den neuen Kurs keineswegs allein. Hans-Dietrich Genscher stellte sich als Bundesvorsitzender zwar nicht öffentlich gegen den Willen des Parteitages, hatte jedoch kein Interesse daran, wegen der Kernenergie einen Konflikt mit dem Bundeskanzler zu riskieren. Weil er spürte, dass dieses Thema seine Partei in Erregung versetzte, vermied er eine eindeutige Stellungnahme. ¹⁰⁹⁸ Zur Hochburg der Atomkraftskeptiker entwickelte sich hingegen der eher konservative Landesverband Nordrhein-Westfalen, wo neben Burkhard Hirsch auch der Vorsitzende Horst-Ludwig Riemer die Notwendigkeit der nuklearen Meiler in Frage stellte. Der Landeswirtschaftsminister plädierte stattdessen für eine massive Ausweitung der Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke, wobei die Interessen der Montanunternehmen eine größere Rolle gespielt haben dürften als Umweltschutzerwägungen. ¹⁰⁹⁹ Friderichs wandte sich zwar nicht prinzipiell gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, wies jedoch darauf hin, dass die Förderung des fossilen Brennstoffs kostspielig und seine Nutzung „nicht gerade umweltfreundlich“ sei. Da es zudem auch gegen solche Kraftwerke „ständig Proteste“ gebe, seien sie nicht geeignet, „das Energieproblem der 80er Jahre“ zu lösen. ¹¹⁰⁰ Bei seinem Kampf für die Atomenergie

¹⁰⁹⁶ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 260-261.

¹⁰⁹⁷ Zu viele Fragen. In: Der Spiegel 49/1976, S. 61-65.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Simple Gleichung. In: Der Spiegel 12/1977, S. 42-44.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Atomenergie: „Eine chaotische Entwicklung“. In: Der Spiegel 1/1977, S. 32-38.

¹¹⁰⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 44/1977, S. 4.

konnte sich der Bundeswirtschaftsminister auch auf die Unterstützung der Gewerkschaften berufen, mit denen ihn ansonsten wenig verband.¹¹⁰¹

Am 10. März 1977 veranstaltete die FDP eine ganztägige Energie-Klausur mit Spitzenpolitikern, Ministerialbeamten und Wissenschaftlern, wobei sich der Minimalkonsens abzeichnete, dass ein sofortiger und vollständiger Verzicht auf Atomkraft keine realistische Option sein könne.¹¹⁰² Einzig die Jungdemokraten, die der Kernenergie jegliche Legitimation absprachen, protestieren gegen diese Feststellung. Eine Woche später legte Hans Friderichs dem Bundeskabinett seine Fortschreibung des Energieprogramms vor, welches bis 1985 die Inbetriebnahme von mindestens zehn neuen Atomkraftwerken für notwendig befand, um die Stromversorgung aufrechterhalten zu können.¹¹⁰³ Diese Pläne wurden jedoch durch ein weiteres Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts zum Kernkraftwerk Wyhl zur Disposition gestellt, in dem die Richter das Fehlen eines Betonmantels um den Reaktor als unzumutbares Risiko für die Bevölkerung bewerteten und abermals einen Baustopp anordneten. Da dieser sogenannte Berstschutz in keinem der bis dahin gebauten oder geplanten Nuklearmeiler vorhanden war, stellte das Urteil die Legalität von Kernkraftwerken grundsätzlich in Frage. Wegen der unzähligen Klagen durch Bürgerinitiativen erwog Friderichs die Möglichkeit einer Gesetzesänderung, um die Entscheidung über die Standortwahl von Atomkraftwerken dem Bundestag zu übertragen. Dadurch hätte mit dem Bundesverfassungsgericht nur noch eine einzige Instanz über die Rechtmäßigkeit des Baus zu entscheiden gehabt.¹¹⁰⁴ Der freidemokratische Geschäftsführer Günter Verheugen wollte von einer solchen „Durchsetzung einer bestimmten Energiepolitik mit autoritären Methoden“ nicht wissen und warnte davor, „das legitime Recht des Bürgers einzuschränken, sich gegen Maßnahmen des Staates zur Wehr zu setzen“.¹¹⁰⁵

Unverkennbar ging es Gegnern und Befürwortern der Kernenergie bei dieser Auseinandersetzung nicht nur um die Sicherung des Umweltschutzes und der Energieversorgung, so wichtig diese Aspekte den jeweiligen Lagern auch sein mochten, sondern ebenso um die Rückwirkung der nuklearen Technologie und des antinuklearen Protestes auf die politische Praxis. Beklagten die Kritiker der Bürgerinitiativen eine zunehmende „Unregierbarkeit“ wegen ausufernder Partizipationsansprüche der Bevölkerung,

¹¹⁰¹ Vgl. Bremser Albrecht. In: Der Spiegel 4/1977, S. 30-31.

¹¹⁰² Vgl. Neue Bonner Depesche 4/1977, S. 1.

¹¹⁰³ Vgl. Simple Gleichung. In: Der Spiegel 12/1977, S. 42-44.

¹¹⁰⁴ Vgl. Bürgerproteste – die vierte Gewalt. In: Der Spiegel 13/1977, S. 32-33.

¹¹⁰⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 65/1977, S. 2.

stellten deren Unterstützer die Vereinbarkeit von Rechtsstaat und Atomwirtschaft grundsätzlich in Frage. Der Publizist Robert Jungk verkündete auf einer Anti-Kernkraft-Demonstration in Itzehoe im Februar 1977: „Wir sind bereits auf dem Weg in den Atomstaat. Und der Atomstaat, das bedeutet Überprüfung jedes einzelnen. Bewachung jedes einzelnen, und wenn man so will, von der atomaren Energie her sogar berechnete Überwachung, weil diese Energie und diese Kräfte, die es dort gibt, so gefährlich sind, daß tatsächlich alles geschützt und jeder bewacht werden muß.“¹¹⁰⁶

Die „Traube-Affäre“ schien diese Befürchtungen zu bestätigen, geriet der Ausgespöhte doch vor allem wegen seiner Funktion als Geschäftsführer der *Interatom GmbH* und dem damit einhergehendem Zugang zu radioaktivem Material ins Visier des Verfassungsschutzes. Nach dem ersten Enthüllungsbericht des *Spiegel* äußerte auch Ingrid Matthäus-Maier in einer Sitzung der Bundestagsfraktion die Ansicht, der Rechtsstaat sei mit dem Atomstaat nicht zu vereinbaren, und selbst Atomkraftbefürworter Jürgen Möllemann befürchtete bei einer weiteren Forcierung der Kernenergie ausufernde Überwachungsmaßnahmen.¹¹⁰⁷ Die zunehmende Verschränkung von Anti-Atomkraft- und Bürgerrechts-Bewegung machte das Problem für die FDP umso brisanter, da nun erstmals ein Zielkonflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und Rechtsstaatsprinzipien in die Partei hineingetragen wurde. Weiteren Auftrieb erhielten die freidemokratischen Gegner der Atomenergie, als Kanadas Premierminister Pierre Trudeau einen Uran-Lieferstopp verhängte und damit ein zentrales Argument der Kernkraft-Befürworter – die dauerhaft sichergestellte Versorgung mit nuklearen Brennstoffen – konterkarierte. Hans Friderichs kam nicht umhin, ein gewisses Risiko durch die Abhängigkeit von amerikanischen, kanadischen und australischen Lieferungen einzugestehen.¹¹⁰⁸ Sein Widersacher Horst-Ludwig Riemer pries in einem *Spiegel*-Interview indes die Vorzüge der einheimischen Kohle und kritisierte die Warnungen vor einer vermeintlichen Energielücke als „Knüppel, mit dem die Bürger zur Kernenergie geprügelt werden sollen“. Der Atomkraft wollte Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister lediglich noch die Rolle eines „Lückenbüßers“ zugestehen, und prophezeite, dass dies bald auch die offizielle Position seiner Partei sein werde.¹¹⁰⁹

¹¹⁰⁶ Atomstaat oder Rechtsstaat. In: Der Spiegel 10/1977, S. 29.

¹¹⁰⁷ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 1.3.1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-14, S. 93-94.

¹¹⁰⁸ Vgl. Sehnsucht nach Scheichs. In: Der Spiegel 18/1977, S. 82-84.

¹¹⁰⁹ „Zu sehr auf Kernkraft gesetzt“. In: Der Spiegel 19/1977, S. 27-28.

Um die energiepolitischen Wogen noch vor dem Bundeshauptausschuss in Saarbrücken zu glätten, lud Hans-Dietrich Genscher die lautstarken Kernkraftkritiker Riemer und Hirsch zu einer Präsidiumssitzung ein, um ihnen einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten: Baugenehmigungen für neue Kraftwerke sollten weiterhin erteilt, deren Betrieb aber von der Genehmigung der Entsorgungsanlage abhängig gemacht werden. Diese Idee stieß jedoch nicht auf die Zustimmung der Skeptiker, da eine Abkehr vom Atomstrom bei bereits erfolgtem Bau zahlreicher Kraftwerke als unrealistisch angesehen wurde.¹¹¹⁰ Die Kontroverse wurde damit auf den „kleinen Parteitag“ am 26. Juni 1977 vertagt. In Saarbrücken lagen mehrere Anträge zur Kernenergie vor, die nahezu das gesamte Meinungsspektrum zu diesem brisanten Thema abdeckten. Die Jungdemokraten forderten einen totalen Verzicht auf die Nutzung von Atomkraft sowie deren internationale Ächtung, wobei diese radikale Position keinerlei Aussicht auf eine Mehrheit hatte. Der Landesverband Baden-Württemberg beantragte äußerst strenge Auflagen für den Neubau von Kraftwerken, unter Inkaufnahme eines sechs- bis achtjährigen Moratoriums. Der Bundesfachausschuss für Energie übereinstimmte mit der Position des Parteivorsitzenden, dass Baugenehmigungen weiterhin erteilt, Betriebsgenehmigungen aber bis zur Lösung der Entsorgungsfrage aufgeschoben werden sollten.¹¹¹¹

Die Diskussion auf dem Bundeshauptausschuss spitzte sich vor allem auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Splittung der Genehmigungsverfahren zu. Im Gegensatz zu allen Bundesministern sprach sich Horst-Ludwig Riemer entschieden gegen ein derartiges Vorgehen aus, da er befürchtete, die Energiewirtschaft könne mit einer Anhäufung von Baugenehmigungen Fakten schaffen, ohne dass die Sicherstellung der Abfallentsorgung gewährleistet sei. Stattdessen plädierte er für den Verzicht auf neue Atomkraftwerke bis zur ersten Teilerrichtungs-genehmigung der Entsorgungsanlage. Dieter Fertsch-Röver hielt dem entgegen, man könne die verantwortlichen Behörden durchaus dazu veranlassen, bei der Erteilung von Baugenehmigungen äußerst restriktiv vorzugehen, „so daß ein Druck seitens der Wirtschaft an dieser politische aufgerichteten Hürde abprallen“ müsse.¹¹¹² Ingrid Matthäus-Maier attestierte den Befürwortern der Kernenergie, ihrer Beweislast hinsichtlich der Entsorgungssicherheit und Importabhängigkeit noch immer nicht nachgekommen zu sein. Sollte die Bundesregierung wie geplant im Herbst den Bau neuer Kraftwerke genehmigen,

¹¹¹⁰ Vgl. Hin zu Bangemann. In: Der Spiegel 24/1977, S. 23-24.

¹¹¹¹ Vgl. Meyer, Thomas: Saarbrücken wird Genscher zur Niederlage. In: FAZ vom 28.6.1977, S. 3.

¹¹¹² Protokoll des Bundeshauptausschusses in Saarbrücken vom 26. Juni 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-142, S. 33-44.

werde „bei der nächsten Bundestagswahl eine irgendwie geartete Ökologiepartei auf dem Plan stehen [...], die unter Umweltschutzgesichtspunkten gegen die Kernenergie anmarschieren wird“. ¹¹¹³ Als Genscher erkannte, dass die Stimmung des „kleinen Parteitages“ seinem eigenen Kurs entgegenstand, drohte er dem Plenum mit den Konsequenzen für das sozial-liberale Bündnis in Bonn:

„Ich sage Ihnen, die Position, die dieser Fachausschuß vorgelegt hat, [...] ist etwas, was wir mit Nachdruck in der Regierung vertreten können. Wenn Sie darüber hinausgehen, [...] dann müssen Sie hier auch entscheiden, daß wir diese Ziele in der Opposition durchsetzen wollen und nicht in der Bundesregierung [...] Ich möchte wirklich dringend davor warnen, daß wir unaufrichtige Beschlüsse fassen, von denen wir wissen, die Minister können sie nicht durchsetzen; daß man sagt: wir fassen sie trotzdem, und dann überlegen wir uns hinterher, ob wir die Koalitionsfrage stellen. [...] Dann werden wir uns wiederfinden in einer Position, wo weder die einen noch die anderen mit uns regieren wollen.“ ¹¹¹⁴

Dieter Biallas, Zweiter Bürgermeister von Hamburg, widersprach seinem Parteivorsitzenden daraufhin energisch: Die FDP könne „angesichts wesentlicher politischer Auseinandersetzungen“ niemals ein eigenes Profil entwickeln, „wenn ihre Beschlüsse zugleich Koalitionskompromisse sein müssen“. Der „Taktiker Genscher“ sei ihm „die Antwort auf die Frage schuldig, wie man Identität bewahren und zugleich Koalitionskompromisse beschließen soll“. ¹¹¹⁵ Tatsächlich war es für Genscher eigentlich völlig untypisch, bei Beschlüssen seiner Partei Rücksichtnahme auf die Interessen der SPD anzumahnen. Dass er die Koalitionsrason in diesem Fall über die liberale Eigenständigkeit stellte, war dem Geruch von Fundamentalopposition geschuldet, der jedem Anti-Atomkraft-Kurs anhaftete – und dies war die einzige Rolle, in der Genscher die FDP auf keinen Fall sehen wollte. Somit war es auch eine persönliche Niederlage für den Parteivorsitzenden, als rund zwei Drittel der Delegierten in Saarbrücken einen Beschluss fassten, der in der Praxis auf ein mindestens dreijähriges Moratorium für Atomkraftwerke hinauslief:

„Kernenergie ist gegenüber anderen Energien unter den Gesichtspunkten der Sicherheit und des Umweltschutzes schwieriger beherrschbar. Dies gilt in zunehmendem Maße mit steigender Anzahl von Kernkraftwerken. Deshalb ist Kernenergie nur in dem Umfang tragbar, als nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten:

- Einsparung an Energie, insbesondere Strom,
- Verbesserung der Wirkungsgrade bei der konventionellen Energieerzeugung und
- Alternativenenergien

ein Energierestbedarf verbleibt. [...]

Die F.D.P. hält die Erteilung von Neubaugenehmigungen für Kernkraftwerke so lange nicht für verantwortbar,

¹¹¹³ Ebd., S. 61-64.

¹¹¹⁴ Ebd., S. 66-67.

¹¹¹⁵ Ebd., S. 92-93.

bis nicht folgende Forderungen erfüllt sind:

- die sicher beherrschbare Endlagerung radioaktiven Mülls,
- die sichere und technisch bedenkenlose Zwischenlagerung,
- die Teilerrichtungsgenehmigung eines Standortes zur Endlagerung.

Die F.D.P. wird über ihre Haltung zur Erteilung von weiteren Teilerrichtungs- und Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke entscheiden, wenn durch die Vorlage der dazu angeforderten Gutachten eine Entscheidungsgrundlage gesicherter ist als heute.“¹¹¹⁶

Zwar bedeutete dies keine grundsätzliche Absage an die Kernenergie, zumal der letzte Satz die Möglichkeit einer künftigen Kurskorrektur andeutete, doch die Restriktionen waren scharf genug, um in der Parteispitze Alarmstimmung auszulösen. Auf einer eilig anberaumten Krisensitzung des Präsidiums plädierte Hans Friderichs, den die Entscheidung besonders hart traf, für einen kollektiven Rücktritt aller vier freidemokratischen Bundesminister.¹¹¹⁷

Genscher favorisierte jedoch einen anderen Ausweg und ließ sich von den Delegierten die unzweifelhafte Tatsache bestätigen, dass die Kabinettsmitglieder keinem „imperativen Mandat“ unterliegen und somit nicht verpflichtet seien, den Beschlüssen des Hauptausschusses Folge zu leisten. Darin sah er wohl eine hinreichende Legitimation, um drei Tage später den sozialdemokratischen Ministern versichern zu können, das Votum des Parteigremiums sei „Makulatur“. ¹¹¹⁸ Ein solches Politikverständnis konterkarierte selbstverständlich die zahlreichen Absichtserklärungen, die FDP zu einer bürgernahen Kommunalpartei mit starker Basis machen zu wollen, wie auch Genscher selbst auf dem Dreikönigstreffen 1977 gefordert hatte. ¹¹¹⁹ Sogar Werner Maihofer, der anfangs noch als moderater Atomkraftskeptiker aufgetreten war, stimmte inzwischen nahezu vollständig mit Genscher und Friderichs überein. In Saarbrücken erklärte der für den Umweltschutz zuständige Innenminister, er fühle sich der innerhalb der Bundesregierung vereinbarten Genehmigungspraxis verbunden und werde weiterhin an diesen Grundsätzen festhalten.¹¹²⁰

Helga Schuchardt tadelte die Bonner Parteiführung daraufhin vor dem Hamburger Landesausschuss für das undemokratische Vorgehen, willkommene Beschlüsse wie im Falle der Mitbestimmung zu unverrückbaren Prinzipien hochzustilisieren, unangenehme hingegen einfach ignorieren zu wollen. Sollte der Ausbau der Kernenergie unvermindert anhalten, werde die FDP auf ihrem Bundesparteitag in November einen noch weitergehenden Beschluss

¹¹¹⁶ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 287.

¹¹¹⁷ Vgl. Verheugen: Der Ausverkauf, S. 72.

¹¹¹⁸ Zit. n. Energiepolitik: Mit Tricks und Finessen. In: Der Spiegel 28/1977, S. 19-20.

¹¹¹⁹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 1/1977, S. 2-4.

¹¹²⁰ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Saarbrücken vom 26. Juni 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschuss, A12-142, S. 118.

fassen.¹¹²¹ Um dies zu verhindern, begann Genscher bereits kurz nach Saarbrücken mit der Arbeit an seiner „Gegenreformation“, welche die Haltung von Partei und Kabinettsmitgliedern wieder in Übereinstimmung bringen sollte. In vielen Einzelgesprächen umwarb der Bundesvorsitzende die Gegner der Atomkraftwerke, sicherte beispielsweise Horst-Ludwig Riemer Absatzgarantien für Steinkohle aus dem Ruhrgebiet zu.¹¹²² Erleichtert wurde ihm dies durch die uneingeschränkte Rückendeckung Helmut Schmidts, der sich in der SPD ebenfalls mit zahlreichen Kernkraftkritikern konfrontiert sah,¹¹²³ und der Entschlossenheit des neuen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, unter keinen Umständen von der Linie seines Vorgängers abzuweichen. Nach der Vorlage eines Gutachtens der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission, welches alle Sicherheitsbedenken hinsichtlich eines Entsorgungszentrums entkräften sollte, erklärte Lambsdorff die Atomkraft in der Energiedebatte des Bundestages für unverzichtbar. Die Folgen eines Moratoriums wären der Verlust der Versorgungssicherheit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.¹¹²⁴

Ein wichtiger Etappensieg für die Kernkraftbefürworter in der FDP war die Zustimmung des niedersächsischen Landesparteitages, in Probebohrungen für die Errichtung einer Endlagerungsstätte im Salzstock Gorleben einzuwilligen. Zudem votierten die Niedersachsen für ein Ende des Baustopps des Atomkraftwerks Grohnde und die Aufnahme des Probetriebs für den nuklearen Meiler in Esenshamm, nachdem Hans Friderichs in einer seiner letzten Amtshandlungen als stellvertretender Parteivorsitzender die Delegierten auf einen atomfreundlichen Kurs eingeschworen hatte.¹¹²⁵ Ende Oktober 1977 deutete auch in der Bundespartei vieles auf einen Stimmungsumschwung hin, denn selbst erklärte Skeptiker wagten es inzwischen nicht mehr, öffentlich über ein Moratorium zu sprechen. Helga Schuchardt, noch immer lautstärkste Kritikerin der Atomenergie, sollte durch eine Umwandlung des Kernkraftwerks Brokdorf in ein Kohlekraftwerk umgestimmt werden.¹¹²⁶

Vor dem Kieler Parteitag wurde im Bundesvorstand um eine Formulierung gerungen, die zwar einen Kompromiss suggerieren, letztlich aber das in Saarbrücken geforderte Moratorium widerrufen sollte. Lambsdorff beabsichtigte zunächst, den Vorstand auf ein Bekenntnis zum Bau von fünf bis sechs weiteren Atomkraftwerken bis 1981 festzulegen, sofern bestimmte

¹¹²¹ Vgl. Helga Schuchardt kritisiert Parteiführung. In: FAZ vom 9.7.1977, S. 4.

¹¹²² Vgl. Auf dem Weg zum Rechts-Staat? In: Der Spiegel 47/1977, S. 21-23.

¹¹²³ Vgl. Loch in der Lohntüte. In: Der Spiegel 38/1977, S. 44-46.

¹¹²⁴ Vgl. Lambsdorff: Auf Kernenergie können wir nicht verzichten. In: FAZ vom 27.10.1977, S. 1.

¹¹²⁵ Vgl. Niedersachsens FDP für Probebohrungen. In: FAZ vom 31.10.1977, S. 4.

¹¹²⁶ Vgl. Hoffmann, Wolfgang: Umschwung bei den Liberalen? In: Die Zeit 44/1977.

Voraussetzungen erfüllt seien, zu denen die Teilerrichtungsgenehmigung eines Endlagers ausdrücklich nicht zählte. Wegen mangelnder Zustimmung änderte der Wirtschaftsminister den Wortlaut des Entwurfs in „einige wenige Kernkraftwerke“, womit er die Bundesregierung in der Energiepolitik für ausreichend handlungsfähig hielt. Um Horst-Ludwig Riemer mit der Parteiführung auszusöhnen wurde zudem die Bemerkung aufgenommen, dass „eine angemessene Berücksichtigung der Belange des deutschen Steinkohlenbergbaus“ notwendig sei. 24 Vorstandsmitglieder votierten für die Annahme des überarbeiteten Antrags, während sich drei enthielten, wobei Helga Schuchardt dies mit einer zu geringen, Hans Friderichs und Josef Ertl hingegen mit einer zu weitgehenden Rücksichtnahme gegenüber den Atomkraftgegnern begründeten. Der ehemalige DJD-Vorsitzende Theo Schiller und der Bremer Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann stimmten gegen den Entwurf.¹¹²⁷

Die Kritiker der Kernenergie, vor allem aus dem Mittelbau der Partei, gaben sich trotz des eindeutigen Vorstandsvotums noch nicht geschlagen und warben in der Kieler Ostseehalle für eine Beibehaltung der in Saarbrücken eingeschlagenen Richtung. Eine Arbeitsgruppe der baden-württembergischen FDP, von Lambsdorff verächtlich als „Vohrer und Genossen“¹¹²⁸ bezeichnet, brachte einen Antrag auf vollständigen Baustopp für alle Atomkraftwerke ein, solange die Entsorgungsfrage nicht „eindeutig gelöst“ sei. Manfred Vohrer begründete dies mit der Notwendigkeit, „daß die FDP auch künftig für die umweltbewußten Bürger“ wählbar sein müsse und „keine Lücke für eine ökologische Partei in diesem Land schaffen“ dürfe. Eine Rückkehr zur uneingeschränkten Befürwortung der Kernenergie werde „Freiburg im Rückblick zum Ahlen der FDP“ machen, womit er auf das weitgehend vergessene Ahlener Programm der CDU von 1947 anspielte.¹¹²⁹ Der Niedersachse Julius von dem Bussche-Haddenhausen wies auf den eklatanten Widerspruch in der Argumentation der Bundesminister hin, Atomkraft zwar einerseits als sicher und beherrschbar darzustellen, sie andererseits aber nur zur „Restenergieabdeckung“ einsetzen zu wollen. Wenn die Kernenergie tatsächlich unproblematisch sei, bestehe keinerlei Grund für eine derart restriktive Beschränkung.¹¹³⁰ In die kämpferische Rhetorik mischte sich allerdings auch Resignation. So befand die Hamburgerin Maja Stadler-Euler: „[Ü]ber den Beschluß des

¹¹²⁷ Vgl. Die FDP sucht einen Kernenergie-Kompromiß. In: FAZ vom 7.11.1977, S. 13.

¹¹²⁸ Protokoll des Bundesparteitages in Kiel vom 6. bis 8. November 1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitag, A1-643, S. 79.

¹¹²⁹ Ebd., S. 11-13.

¹¹³⁰ Ebd., A1-645, S. 41.

Bundeshauptausschusses in Saarbrücken haben sich unsere Minister ohnehin hinweggesetzt. Das heißt, egal, was wir hier beschließen, sie halten sich ohnehin nicht daran.“¹¹³¹

Das leidenschaftlichste Plädoyer für den Ausbau der Atomenergie hielt in Kiel mit Werner Maihofer ausgerechnet ein ehemaliger Skeptiker. Der Innenminister hatte seine Meinung inzwischen grundlegend revidiert und pries den Sicherheitsstandard in bundesdeutschen Kernkraftwerken als „höchste[n] in der ganzen Welt“, wobei selbiges auch für den Bereich der Entsorgungsvorsorge gelte. Es wäre ein „Treppenwitz der Geschichte“, wenn ausgerechnet die Partei, die auf Fortschritt durch Vernunft setze, ein Moratorium für die Atomkraft und damit „einen Zusammenbruch des gesamten technologischen Potentials in unserem Land auslösen würde“.¹¹³² Anders als noch in Saarbrücken kam es auf dem Bundesparteitag nicht zu einem Aufstand gegen die freidemokratische Ministerriege, welche in einer bis dahin ungekannten Eintracht für die Kernenergie kämpfte und ihre prominentesten Kritiker durch hartnäckige Überzeugungsarbeit umgestimmt hatte: Horst-Ludwig Riemer und Burkhard Hirsch unterstützten in Kiel ausdrücklich den Leitantrag des Bundesvorstands.¹¹³³ Der letztlich mit deutlicher Mehrheit gefasste Beschluss zur Atomkraft vermittelte als Konzession an die Unterlegenen zwar noch immer eine gewisse Skepsis, legte die Bestimmungen für Neubauten aber weit weniger restriktiv aus als zuvor und beendete damit de facto jede Debatte über ein Moratorium:

„„Die F.D.P. hält die Erteilung von Neubaugenehmigungen selbst für einige wenige Kernkraftwerke, soweit sie zur Deckung des in der zweiten Hälfte der 80er Jahre entstehenden Restbedarfs an Kraftwerksleistung erforderlich sein sollten und angesichts der langen Vorlaufzeiten bis 1981 genehmigt werden müssen, um rechtzeitig verfügbar zu sein, nur unter der Voraussetzung für vertretbar, daß folgende Forderungen erfüllt sind:

- die sicher beherrschbare Endlagerung hochradioaktiven Mülls,
- die sichere und technisch unbedenkliche Durchführbarkeit der Zwischenlagerung auch über längere Zeiträume.

Die geforderten Nachweise für Zwischen- und Endlagerung gelten als erbracht, wenn Bundesregierung und Bundestag auf der Grundlage der Gutachten der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission übereinstimmend bestätigen, daß diese Bedingungen erfüllt sind,

- erste positive Ergebnisse von geologischen Untersuchungen zum Nachweis der Eignung des Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.“¹¹³⁴

Auf die sozial-liberale Koalition wirkte dieses Bekenntnis stabilisierend, besonders den vom Bundeskanzler ansonsten wenig geschätzten Werner Maihofer wurde sein Einsatz für die

¹¹³¹ Ebd., S. 54.

¹¹³² Ebd., S. 77-79.

¹¹³³ Vgl. Ebd., S. 83-87.

¹¹³⁴ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 332-333.

Atomkraft hoch angerechnet. Auch Otto Graf Lambsdorff hatte seine erste parteiinterne Bewährungsprobe als neuer Bundeswirtschaftsminister bestanden und einen wichtigen Grundsatz der Bonner Energiepolitik durchgesetzt.¹¹³⁵ Dennoch erschien es reichlich bemüht, als Günter Verheugen die *Kieler Thesen* in der *Liberal* als großen Sieg für den Umweltschutz feierte, da die FDP als erste Partei der Kernenergie „eindeutig die Funktion der Deckung eines heute vermuteten, [...] aber immer weiter zu reduzierenden Restbedarfs“ zugewiesen habe.¹¹³⁶ Noch weiter ging Thorsten Wolfgramm, umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, als er befand, die liberale Partei habe sich in Kiel als „die wohl größte der Bürgerinitiativen, [...] als wichtigste Initiative unter den vergessenen oder verspotteten Umwelt-Minoritäten“ behauptet. Die sich formierenden *Grünen Listen* seien mit ihrem umweltpolitischen Dogmatismus deshalb „keine ernsthafte Gefahr“ für die FDP.¹¹³⁷ Ein knappes halbes Jahr später erwies sich dieses Urteil als fatale Fehleinschätzung: Die Freidemokraten scheiterten bei der Landtagswahl in Niedersachsen und der Bürgerschaftswahl in Hamburg an der Fünf-Prozent-Hürde und erreichten dabei nur wenige Stimmen mehr als jene neuen Organisationen, die sich in Fundamentalopposition zur Atomkraft befanden.

Infolge des doppelten Wahldesasters brach die seit Kiel vermeintlich entschiedene Grundsatzdebatte zur Kernenergie auf dem Bundeshauptausschuss in Augsburg am 24. Juni 1978 erneut aus. Viele Delegierte sahen die Schuldigen für den ungeahnten Absturz in der Spitze der Bundespartei. Rudolf Rentschler aus Baden-Württemberg interpretierte den Erfolg der *Grünen Listen* als „eine direkte Folge des Parteitagsbeschlusses von Kiel“, welcher der FDP „das Genick gebrochen“ habe. Der nächste Bundesparteitag müsse dazu aufgerufen werden, „diesen verfehlten Beschluß zu korrigieren“. Der Niedersachse Rudolf Fischer wandte sich an direkt an den Parteivorsitzenden, um seinen Unmut darüber zu artikulieren, dass die „schönsten Vorschläge zum Gewässerschutz, zum Lärmschutz, zur Reinhaltung der Luft [...] eben nicht aus[reichen], wenn wir in der Frage der Kernenergie eine so laue Aussage wie in Kiel gemacht haben“. Horst-Jürgen Lahmann warf Otto Graf Lambsdorff vor, nicht mal an einer Umsetzung des außerordentlich großzügigen Kieler Beschlusses Interesse zu zeigen, denn zur Ermittlung des sogenannten Restbedarfs sei „überhaupt keine seriöse Bemühung im Gange“. Auch Peter Menke-Gluckert schloss sich dieser Kritik an und

¹¹³⁵ Vgl. Broichhausen, Klaus: Kompromißkünstler bereiten Entscheidungen für einen Ausbau der Kernenergie vor. In: FAZ vom 10.11.1977, S. 3.

¹¹³⁶ Verheugen, Günter: Kiel. In: *Liberal* 1977, S. 803.

¹¹³⁷ Neue Bonner Depesche 4/1978, S. 3.

beklagte, dass die Darstellung des letzten Parteitages als Freibrief für neue Kernkraftwerke „die falsche Verkaufsstrategie“ gewesen sei.¹¹³⁸

Der Bundeswirtschaftsminister wollte diese Anschuldigungen nicht hinnehmen und verwies darauf, dass die Regierung nur sechs Wochen nach Kiel ein Energieprogramm verabschiedet habe, welches „nahezu wörtlich“ mit der erklärten Haltung der FDP übereinstimme. Eine konkrete Festlegung auf Restbedarfszahlen wäre „abenteuerlich“ und „fahrlässig“, außer man wollte sich „in einem Jahr schon wieder einer falschen Zahl bezichtigen lassen“. Für eine Fortsetzung der „Zick-Zack-Kurse“ in der Energiepolitik stehe er jedenfalls nicht zur Verfügung. Neben Lahmann und Rentschler griff Lambsdorff auch Menke-Glückert persönlich an, dem er vorwarf, eine „Kurvenfahrt [...] in der administrativen Behandlung dieses Themas in den letzten Monaten“ hingelegt zu haben.¹¹³⁹ Tatsächlich war die Argumentation der Atomkraftbefürworter wesentlich stringenter, da sie sich weniger von Selbstzweifeln und Unsicherheiten geplagt zeigten als die Skeptiker. Deren Dilemma fasste der *Spiegel* pointiert zusammen: „[I]n der Gretchenfrage des Umweltschutzes, wie sie es nämlich mit der Kernenergie halten, können die an Parteitags- und Regierungsbeschlüsse gebundenen Freidemokraten nicht mit den Grünen konkurrieren und auch „Atomkraft, nein danke“ sagen.“¹¹⁴⁰ Dennoch deutete sich in Augsburg bereits an, dass das letzte Wort zur „Gretchenfrage“ noch nicht gesprochen war.

Schon wenige Wochen später erfolgte eine erneute Zuspitzung der Kontroverse aufgrund der für das Atomkraftwerk Kalkar am Niederrhein vorgesehenen Schnellbrüter-Technologie, die zwar leistungstärker als ein gewöhnlicher Kernreaktor, zugleich jedoch weitaus komplizierter und damit schwieriger beherrschbar war. Anstatt Uran benötigte der Schnelle Brüter das noch gefährlichere Plutonium als Brennstoff und sollte dabei zugleich als effektive Wiederaufbereitungsanlage dienen.¹¹⁴¹ Der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch verweigerte seine Zustimmung für die Genehmigung der Installation des Brutreaktors im bereits seit fünf Jahren im Bau befindlichen Kraftwerk. Landeswirtschaftsminister Riemer teilte die Einschätzung seines Parteifreundes und Kabinettskollegen, dass ein Einstieg in die Schnellbrüter-Technologie den entscheidenden Schritt in die „Plutonium-Wirtschaft“ bedeute. Die sozial-liberale Koalition in Düsseldorf wurde dadurch in schwere Turbulenzen gestürzt,

¹¹³⁸ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Augsburg vom 24. Juni 1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-194, S. 28-41.

¹¹³⁹ Ebd., S. 57-59.

¹¹⁴⁰ FDP: „Jeder hat mal seine Talfahrt“. In: Der Spiegel 24/1978, S. 25.

¹¹⁴¹ Vgl. Haaf, Günter: Schneller Brüter. In: Die Zeit 41/1977.

welche auch die Bundesregierung belasteten. Helmut Schmidt erbat sich von Lambsdorff und dem neuen Bundesinnenminister Gerhart Baum ein klares Bekenntnis zum Projekt Kalkar, wobei sich Letzterer zumindest in der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend äußerte und eine Baugenehmigung für den Schnellen Brüter auf keinen Fall erzwingen wollte. Ein Besuch der beiden Bonner Minister bei ihren Düsseldorfer Kollegen, mit der Intention, die verhärteten Fronten aufzuweichen, endete indes ergebnislos.¹¹⁴² Um das Kraftwerk nicht zu einer Ruine verkommen zu lassen, unterbreitete Horst-Ludwig Riemer den Mitgliedern der nordrhein-westfälischen Landesregierung den Vorschlag, in Kalkar eine Vernichtungsanlage für radioaktive Abfälle zu errichten. Der Freidemokrat sah darin einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und hoffte wohl auch im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern darauf, umweltbewusste Wähler von den *Grünen Listen* zurückgewinnen zu können. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau plädierte daraufhin in Übereinstimmung mit Helmut Schmidt dafür, die Entscheidung über Kalkar der Bundesregierung zu überantworten.¹¹⁴³ So rückte die Zukunft der Kernenergie auf dem FDP-Bundesparteitag in Mainz vom 12. bis 14. November 1978 erneut in den Mittelpunkt.

Wie schon auf dem letzten Bundeshauptausschuss wurde vor allem Otto Graf Lambsdorff zur Zielscheibe der Kritik jener Liberalen, die von ihrer Skepsis gegenüber der Atomkraft nicht ablassen wollten. Karl Heinz Petersson bezichtigte ihn, den Kieler Beschluss hinsichtlich des Restbedarfs „durch Interpretationsvergewaltigung praktisch zur Makulatur“ gemacht zu haben,¹¹⁴⁴ und Rudolf Rentschler beklagte sich über die in den Medien kursierenden Rücktrittsdrohungen des Wirtschaftsministers, sollte der Parteitag eine ihm nicht willkommene Entscheidung zur Kernenergie fällen. Rentschler brachte stellvertretend für seinen Bezirksverband Nordschwarzwald einen Antrag ein, der ein fünfjähriges Mindestmoratorium für Neubaugenehmigungen forderte, zog diesen allerdings später zurück. Lambsdorff verteidigte sich mit den gleichen Argumenten wie in Augsburg, war jedoch inzwischen erkennbar in die Defensive geraten und verzichtete auf verbale Angriffe gegen seine Widersacher.¹¹⁴⁵ Anders als in Kiel entglitt der Parteispitze in Mainz zeitweise die Regie über den gewünschten Ablauf, denn die meisten Redner beurteilten die aktuelle Energiepolitik äußerst kritisch. Horst-Ludwig Riemer schilderte gar ein regelrechtes

¹¹⁴² Vgl. Hauffs Ding. In: Der Spiegel 39/1978, S. 56-57.

¹¹⁴³ Vgl. Atomenergie: „Dazu müssen wir jetzt stehen“. In: Der Spiegel 45/1978, S. 21-23.

¹¹⁴⁴ Protokoll des Bundesparteitages in Mainz vom 12. bis 14. November 1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-671, S. 74.

¹¹⁴⁵ Ebd., A1-675, S. 12, 20, 26, 69.

Horrorszenario für den Fall, dass der Schnelle Brüter von Kalkar in Betrieb genommen werden sollte:

„Plutoniumwirtschaft – dies bedeutet zunächst einmal: Kontrolle der Produktion des Plutoniums, Kontrolle der Wiederaufarbeitung, Kontrolle des Transportes – und dies nun nicht bei einem Versuchsreaktor, sondern hinterher bei mehreren und großen Reaktoren. Dies verändert die Gesellschaft, weil, wenn hier etwas passiert, dies nicht ein punktueller Unfall mit begrenzten Folgen ist, sondern hier handelt es sich um Flächenprobleme. Insbesondere beim Schnellen Brüter in Kalkar geht es um Millionen von Menschen, an die wir dabei zu denken haben. [...] Dieses Kontrollsystem, wenn wir in die Plutoniumwirtschaft einsteigen, hat sehr wohl etwas von dem, was man den Atomstaat nennt. Es kommt hinzu, daß wir hier eine Technologie entwickeln, die wir ja nicht nur für uns behalten können. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sie sich, wenn wir sie entwickelt haben, vielleicht gewollt oder aber ungewollt weiter verbreitet. Jeder, der an der Verbreitung dieser Technologie mitwirkt, kontrolliert oder unkontrolliert, muß sich über die Konsequenzen im klaren sein.“¹¹⁴⁶

Karl Hans Laermanns Antrag, die Entscheidung über den Schnellen Brüter vom Votum einer durch den Bundestag einzusetzenden Enquete-Kommission abhängig zu machen, traf bei vielen Delegierten auf Zustimmung, provozierte allerdings den Widerspruch des Parteivorsitzenden. Hans-Dietrich Genscher erinnerte den Parteitag daran, dass die freidemokratischen Bundesminister beim Kanzler „im Wort“ seien, „die Option für eine spätere Nutzung der Brütertechnologie offenzuhalten“. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der westlichen Welt dürfe nicht „einem Wechselbad unterschiedlicher Parteitagsbeschlüsse“ ausgesetzt werden. Auch Gerhart Baum bekannte sich unmissverständlich zu den in der Bundesregierung getroffenen Absprachen und kritisierte Landeswirtschaftsminister Riemer dafür, entgegen seiner vorherigen Äußerungen nun einen völligen Baustopp für das Kraftwerk Kalkar zu fordern. Der Hamburger Bausenator Rolf Bialas artikuliert daraufhin seine große Enttäuschung über die Haltung des Bundesinnenministers, hielt es aber für erträglicher, wenn „einige Minister ihr Gesicht verlieren“ anstatt die ganze Partei, was ihm zugleich lebhaften Beifall und Pfiffe einbrachte.¹¹⁴⁷ Der gerade erst zum Generalsekretär gewählte Günter Verheugen machte es sich zur Aufgabe, einen für beide Lager annehmbaren Kompromiss zu formulieren, kam den Atomkraftkritikern aus Sicht der anderen Präsidiumsmitglieder dabei aber zu weit entgegen. Das brachte den engen Vertrauten Genschers in die heikle Lage, zwar eine Mehrheit der Delegiertenstimmen gewonnen, aber gleichzeitig nahezu die gesamte Parteispitze gegen sich aufgebracht zu haben.¹¹⁴⁸

¹¹⁴⁶ Ebd., A1-676, S. 3-4.

¹¹⁴⁷ Ebd., S. 19-62.

¹¹⁴⁸ Vgl. FDP: Genschers Ritt auf dem Igel. In: Der Spiegel 47/1978, S. 21-22.

Der Parteitag beschloss somit die Forderung nach der Einrichtung einer Enquete-Kommission, vor deren Urteil keine weitere Teilerrichtungsgenehmigung für Kalkar ausgesprochen werden dürfe. Zudem sei die kommerzielle Nutzung der Schnellbrüter-Technologie sowie deren internationale Verbreitung abzulehnen.¹¹⁴⁹ Otto Graf Lambsdorff wurde zusätzlich durch die Tatsache brüskiert, dass statt ihm der Bremer Landesvorsitzende und bekennende Kernkraftgegner Horst-Jürgen Lahmann zum Beisitzer im Präsidium gewählt wurde. Der Wirtschaftsminister wollte die in der Presse weit verbreitete Interpretation, die ihn zum großen Verlierer von Mainz erklärte, dennoch nicht gelten lassen. Zurecht konnte Lambsdorff darauf verweisen, dass der Parteitag keine grundsätzliche Revision des Kieler Beschlusses zur Atomenergie vorgenommen und seine Rücktrittsdrohungen damit obsolet gemacht habe. Hinsichtlich Kalkar versprach er aber, „mit dem Koalitionspartner über diese Frage zu verhandeln und die Wünsche des Parteitages nach Möglichkeit durchzusetzen“.¹¹⁵⁰ Der linke Flügel feierte seinen Teilerfolg, der durch Unterstützer aus der pragmatischen Mitte ermöglicht worden war, derweil als Ende einer Periode „passiver und defensiver Ruhestellung der Partei“, und die Jungdemokraten sprachen von einer Umkehrung des „Trends von Kiel“.¹¹⁵¹ Auch Günter Verheugen befand trotz seines schwierigen Einstands als Generalsekretär, die FDP habe in Mainz gezeigt, dass sie „voller Vitalität, voller geistiger Dynamik und voller Selbstbewusstsein“ sei.¹¹⁵²

Welche Auswirkungen der Beschluss über den Schnellen Brüter auf die Politik der Bundesregierung haben würde, war allerdings noch völlig unklar. Die Parteispitze tat zunächst bemerkenswert wenig, um die Atomkraftskeptiker bei der Entscheidungsfindung über Kalkar zu integrieren. Keiner von ihnen wurde in die Koalitionsgespräche einbezogen, und die Einrichtung einer parteiinternen Kommission wurde zwar zunächst vom Präsidium beschlossen, dann aber doch nicht umgesetzt.¹¹⁵³ Der zwischen FDP und SPD ausgehandelte Kompromiss sah schließlich vor, auf die Erbrütung von Plutonium in Kalkar zu verzichten und das milliarden schwere Projekt vorerst nur für Forschungszwecke zu nutzen. Die Entscheidung über die kommerzielle Nutzung sollte zwar vom Urteil der Enquete-Kommission abhängig gemacht werden, die Fertigstellung des Reaktors aber schon vorher erfolgen, womit dem Votum des Parteitages nicht entsprochen wurde.¹¹⁵⁴

¹¹⁴⁹ Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 394.

¹¹⁵⁰ „Ich habe in der Sache nicht verloren“. In: Die Zeit 47/1978.

¹¹⁵¹ Zit. n. Nach gereizten Debatten macht sich die FDP zum Parteitags-Ende Mut. In: FAZ vom 15.11.1978, S. 1.

¹¹⁵² Neue Bonner Depesche 12/1978, S. 3.

¹¹⁵³ Vgl. Zundel, Rolf: Das Restrisiko des Parlaments. In: Die Zeit 52/1978.

¹¹⁵⁴ Vgl. FDP lenkt ein. In: Der Spiegel 48/1978, S. 18.

Am 5. Dezember 1978 debattierte die Bundestagsfraktion über das Verhandlungsergebnis, welches die Minister als größtmöglichen Erfolg anpriesen. Gerhart Baum verwies darauf, dass die Ergebnisse der Enquete-Kommission zwar nicht abgewartet werden sollten, die Einsetzung eines solchen Gremiums dennoch im Entwurf der Koalition vorgesehen sei und sie deshalb, wie auch Dieter-Julius Cronenberg betonte, zu einem späteren Zeitpunkt noch berücksichtigt werden könnten. Otto Graf Lambsdorff warnte im Falle einer ablehnenden Haltung der FDP vor einer verstärkten Zusammenarbeit von SPD und CDU beim Thema Kernenergie, welche sowohl im Bundestag als auch im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu einer Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse führen könne. Landwirtschaftsminister Josef Ertl empörte sich über die moralisierende Art der Atomkraftgegner und ihren mangelnden Sinn für eine realistische Politik, während Baums Vorgänger Werner Maihofer sogar so weit ging, den Argumenten der Skeptiker jede Berechtigung abzusprechen. Kritische Anmerkungen kamen hingegen von Helga Schuchardt, die von einer Katastrophe für die parlamentarische Demokratie sprach, sollte der Bundestag in dieser kontroversen Frage einstimmig beschließen. Friedrich Hölscher betonte, das Parlament sei in seiner Entscheidung zwar frei, ohne das Ergebnis der Enquete-Kommission jedoch nicht hinreichend informiert. Auch Helmut Haussmann erklärte, eine solch enorme gesellschaftspolitische Aufgabe wie der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft dürfe nicht ungeprüft verwirklicht werden, worauf Lambsdorff entgegnete, dass von einer Plutoniumwirtschaft angesichts des Koalitionskompromisses keine Rede mehr sein könne. Neben Schuchardt, Hölscher und Haussmann stimmten auch Manfred Vohrer, Klaus Gärtner und Ingrid Matthäus-Maier gegen den Beschluss zur Baufortsetzung in Kalkar, während die 30 anderen anwesenden Fraktionsmitglieder dafür votierten.¹¹⁵⁵

Auf einer Vorstandssitzung am 11. Dezember wurde vor allem der als wirtschaftsliberal geltende Helmut Haussmann von Genscher und Lambsdorff unter Druck gesetzt, indem sie an dessen ökonomische Vernunft appellierten. Haussmann beharrte jedoch, ebenso wie die fünf anderen Kalkar-Gegner, auch in der Fraktionssitzung am nächsten Tag auf seinem Standpunkt. Als Georg Gallus in Sachen Schneller Brüter eine Zusammenarbeit mit den Unionsparteien forderte, sofern die FDP im Bundestag nicht einheitlich abstimmen werde, brach der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick die Diskussion ab und lud die sechs Abweichler für den Vormittag des 13. Dezember zu einer vertraulichen Besprechung ins Außenministerium ein, während sich Ressortchef Genscher auf einer Dienstreise befand. In

¹¹⁵⁵ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 5.10.1979. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-20, S. 43-46.

dem dreistündigen Gespräch wehrten sich Hölscher, Schuchardt, Vohrer, Gärtner, Haussmann und Matthäus-Maier dagegen, als „Rebellen“ dargestellt zu werden, obwohl sie sich konsequent an den Parteitagsbeschluss hielten. Auch wenn alle Teilnehmer Mischnicks faire Verhandlungsführung lobten, gelang es dem Fraktionsvorsitzenden nicht, einen von ihnen umzustimmen. Am Abend folgte ein zweites Gespräch, bei dem nun auch Genscher anwesend war. Der Parteivorsitzende kündigte negative Konsequenzen für das Regierungsbündnis an, sollte die Initiative der Koalition im Parlament an der FDP scheitern. Der Bundeskanzler erinnerte indes an die unsicheren Mehrheitsverhältnisse im Reichstag der Weimarer Republik, welche die Politik nahezu handlungsunfähig gemacht haben; Schmidts Erwartung an Genscher, die Koalitionsmehrheit für Kalkar unter allen Umständen sicherzustellen, setzte den obersten Freidemokraten gewaltig unter Druck.¹¹⁵⁶

Am 14. Dezember wurde unmittelbar vor der Abstimmung des Bundestages eine weitere Fraktionssitzung abgehalten, um ein einheitliches Votum der Partei zu gewährleisten. Als auch nach einer mehr als dreistündigen Debatte keine Einigung in Sicht war, griffen die vier Bundesminister Genscher, Lambsdorff, Ertl und Baum zum äußersten Mittel und kündigten an, dass sie bei einem Scheitern des Koalitionsentwurfs den Kanzler dazu anhalten werden, die Vertrauensfrage zu stellen. Diese massive Drohung ließ den sechs Abweichlern kaum eine andere Wahl, als von ihrer strikten Oppositionshaltung abzurücken und die Ablehnung des Brüters durch eine symbolische Enthaltung beim Votum des Parlaments zum Ausdruck zu bringen. Dadurch wurde der Entschließungsantrag über das Kalkar-Projekt mit 230 zu 225 Stimmen angenommen und eine akute Koalitionskrise vermieden.¹¹⁵⁷ Stellvertretend für seine fünf Mitstreiter rechtfertigte Klaus Gärtner die Enthaltungen vor dem Bundestag und führte dafür sowohl demokratietheoretische als auch rein praktische Gründe an:

„Ein Parlament, das aus Parteien zusammengesetzt ist, dessen Parteien einen innerparteilichen Willensbildungsprozeß vollziehen, der nach strengen demokratischen Regeln ablaufen soll und abläuft, kann die Darstellung von Parteitagsbeschlüssen, das Ergebnis von Delegiertenentscheidungen, wenn man so will, von Parteitagsbürgern nicht als lästige Pflichtübung wegtun. [...] Wenn es noch einen Sinn hat, Bürger aufzufordern, in Parteien hineinzugehen, die Willensbildung in den Parteien zu beeinflussen, dann muß es auch möglich sein, diese Willensbildung im Parlament vorzutragen. [...] Es geht hier auch nicht um das Schlagwort vom Atomstaat. Aber es geht darum, daß in unserem Land eine Wandlung stattgefunden hat, die zu grotesken Situationen führen kann und zum Teil ja auch führt. Da werden mit Milliarden-DM-Beträgen Werke aufgebaut, die man vor ihren Bürgern schützen muß. Bei uns findet, wenn ich das mal so sagen darf, der kerntechnologische Fortschritt nur hinter meterhohem Stacheldraht und von Hundertschaften bewacht statt. [...] Wenn dieses Konzept in seiner

¹¹⁵⁶ Vgl. Zundel, Rolf: Das Restrisiko des Parlaments. In: Die Zeit 52/1978.

¹¹⁵⁷ Vgl. Der Bau des „Schnellen Brüters“ kann weitergehen. In: FAZ vom 15.12.1978, S. 1.

bisherigen Form weitergeführt wird, ist nach unserer Auffassung bei einer Inbetriebnahme eine politische Entscheidung durch den Deutschen Bundestag nicht mehr möglich. Daher ist nach unserer Auffassung eine heutige Entscheidung für den Weiterbau eine Entscheidung in Richtung auf eine Entscheidung für eine kommerzielle Nutzung. Denn was hat es für einen Sinn, wenn man einen Forschungsreaktor zunächst fertigstellen läßt und glaubt, die Frage offenhalten zu können, ob man ihn in Betrieb nehmen wird? Und was hat es für einen Sinn, einen Forschungsreaktor in Betrieb zu nehmen, wenn man nicht gleichzeitig sagt, daß man im Anschluß daran die kommerzielle Nutzung zuläßt?“¹¹⁵⁸

Für die FDP waren die Turbulenzen um den Schnellen Brüter mit der erfolgreichen Abstimmung noch keineswegs ausgestanden, denn die „Rebellen“ der Bundestagsfraktion machten kein Geheimnis aus ihrer Verbitterung über das Vorgehen der Parteiführung. Manfred Vohrer beklagte, die Ministerriege habe sich mit der Vertrauensfrage einer „Keule“ bedient, und Ingrid Matthäus-Maier befand, der in Mainz erreichte Vertrauenszuschuss der Bürgerinitiativen sei mit der Abstimmung des Bundestages wieder verspielt worden. Friedrich Hölscher kritisierte, dass ausgerechnet die Partei der individuellen Freiheit „Kollektivzwang“ anwende, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.¹¹⁵⁹ Von der Basis erhielt das widerspenstige Sextett großen Zuspruch, zahlreiche Kreisverbände und Bezirksparteitage bekundeten ihren Unmut über die Missachtung des in Mainz artikulierten Parteiwillens durch die Spitze der Bundespartei. Hans-Dietrich Genscher zeigte sich unempfindlich für solche Einwände und beharrte auf dem Standpunkt, ein fundamentaler Konflikt mit den Sozialdemokraten über die Legitimität der Kernenergie könne das Ende der Bonner Koalition bedeuten.¹¹⁶⁰

Tatsächlich war es für die mehrheitlich linksliberalen Atomkraftkritiker ein Dilemma, mit ihrer Haltung ausgerechnet das von ihnen so hoch geschätzte Bündnis mit der SPD in Bedrängnis zu bringen. Die Parteispitze verfügte dadurch über ein Druckmittel zur Durchsetzung der von ihr gewünschten Energiepolitik, welches in einer anderen Regierungskonstellation nicht zur Verfügung gestanden hätte. Auf dem Dreikönigstreffen am 6. Januar 1979 musste sich Genscher abermals scharfe Kritik an seinem Führungsstil gefallen lassen, wenngleich der von den Delegierten verabschiedete Beschluss dank der geschickten Vermittlung des Landesvorsitzenden Morlok kein derart hartes Urteil fällte wie zunächst befürchtet. Es wurde lediglich festgestellt, dass es der FDP „gut angestanden“ hätte, „wenn Partei und Fraktionsführung die Sachentscheidung nicht mit der Vertrauensfrage verbunden

¹¹⁵⁸ Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 125. Sitzung, 14.12.1978, S. 9824-9827.

¹¹⁵⁹ Zit. n. FDP: „Genscher wird dafür zahlen müssen“. In: Der Spiegel 51/1978, S. 21-23.

¹¹⁶⁰ Vgl. FDP: „Übers Stöckchen springen“. In: Der Spiegel 1/1979, S. 17-18.

hätten, um damit Druck auf die sechs Abgeordneten auszuüben“.¹¹⁶¹ Einige Tage später äußerte Otto Graf Lambsdorff in einem Interview mit dem *Hessischen Rundfunk* die Ansicht, dass die Mehrheit der Partei daran interessiert sei, „diese Auseinandersetzungen, die hinter uns liegen, die in der Sache abgeschlossen sind, nun auch mit einem Schlußstrich de facto und formal abschliessen [sic] zu wollen“.¹¹⁶²

Die Hoffnung auf einen Schlusstrich unter die Kernkraft-Debatte, die wohl von den meisten liberalen Spitzenpolitikern geteilt wurde, hielt jedoch nur bis zum 28. März 1979. An diesem Tag ereignete sich im Atomkraftwerk Three Mile Island in der Nähe von Harrisburg in Pennsylvania eine partielle Kernschmelze, die beinahe zu einer nuklearen Katastrophe geführt hätte. Als sich das ganze Ausmaß des Reaktorunfalls abzeichnete, wurde sogar im Bundeskabinett plötzlich die Frage aufgeworfen, ob die Sicherheit der Bevölkerung vor der Gefahren der Atomkraft wirklich gewährleistet werden könne. Überraschenderweise tat sich hierbei Innenminister Gerhart Baum, der bis dahin zumeist Genschers Kurs in der Kernenergie unterstützt hatte, als größter Skeptiker hervor. Zur Verwunderung Lambsdorffs forderte er in Abwesenheit Helmut Schmidts weitreichende Konsequenzen aus dem Störfall von Harrisburg. Der für die Reaktorsicherheit zuständige Innenminister setzte durch, dass die Sicherheitsauflagen verschärft, unterirdische Atommeiler nicht mehr ausgeschlossen, und die Bauarbeiten am Reaktor im Kraftwerk Mülheim-Kärlich, dem einzigen in der Bundesrepublik vom Harrisburger Typ, unterbrochen werden sollten. Darüber hinausgehende Maßnahmen verhinderte Lambsdorff in Kooperation mit dem sozialdemokratischen Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski.¹¹⁶³ Gegenüber dem *Spiegel* erklärte Gerhart Baum, er sei zwar durch Harrisburg „nicht zu einem Kernkraftgegner geworden“, wohl aber „zu einem Mann [...], der [...] besonders kritische Fragen stellt und offen ist für ein neues Urteil“.¹¹⁶⁴

Die Bereitschaft, das kontroverse Thema noch einmal neu aufzurollen, signalisierten aber nicht alle führenden Freidemokraten; sowohl Genscher als auch Mischnick negierten in Interviews die Notwendigkeit einer neuen Positionsbestimmung.¹¹⁶⁵ Dass die Landesverbände von Bremen, Hamburg, Hessen und Bayern kurz nach Harrisburg äußerst kritische Resolutionen zur Kernenergie verabschiedeten, deutete jedoch bereits darauf hin, dass die Frage nach der Legitimität der Atomkraft auf dem nächsten Bundesparteitag einmal mehr

¹¹⁶¹ Zit. n. Zundel, Rolf: Neue Generation am Ruder. In: Die Zeit 3/1979.

¹¹⁶² Freie Demokratische Korrespondenz 18/1979, S. 3.

¹¹⁶³ Vgl. Nach Harrisburg hat sich die Welt verändert. In: Der Spiegel 15/1979, S. 21-25.

¹¹⁶⁴ „Die Verantwortung kann mir keiner abnehmen“. In: Der Spiegel 15/1979, S. 22-23.

¹¹⁶⁵ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 105/1979, S. 3. Freie Demokratische Korrespondenz 151/1979, S. 6.

diskutiert werden würde. In einer Fraktionssitzung kündigte Genscher an, bei einem für ihn nicht vertretbaren Votum des höchsten Parteigremiums in der Energiepolitik möglicherweise zurückzutreten. Der in Bremen abgehaltene Parteitag, auf dem eigentlich keine Personalentscheidungen anstanden, erhielt durch die Ereignisse auf Three Mile Island also eine unerwartete Brisanz.¹¹⁶⁶ Bei der Zusammenkunft der Delegierten in Bremen am 15. Juni 1979 lagen unzählige Anträge zum Thema Kernenergie vor, wobei nur die Jungdemokraten und der Kreisverband Lüneburg für eine grundsätzliche Abkehr plädierten. Anträge zur vorbehaltlosen Bejahung der Atomkraft wurden nicht eingebracht, selbst die Vorlage des Bundesvorstandes trug einen zwischen den Positionen Baums und Lambsdorffs austarierten Kompromisscharakter. Die überzeugten Kernkraftbefürworter Josef Ertl und Werner Klumpp hatten sich bei der Abstimmung im Vorstand enthalten, während Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus-Maier, Burkhard Hirsch und Theo Schiller gegen den Antrag votiert hatten.¹¹⁶⁷

Hans-Dietrich Genscher eröffnete den Parteitag mit einer kämpferischen Rede, in der er die Gefahren der Atomkraft zwar nicht verschwieg – so bezeichnete er ein Aufschieben der Entsorgungsfrage als „Krieg gegen unsere Enkel“ – zugleich aber konstatierte, man habe „kein langfristiges Alternativ-Konzept [...], zu dem nicht auch die Nutzung der Kernenergie gehört“.¹¹⁶⁸ Dass der Parteivorsitzende andererseits forderte, die FDP müsse ihr umweltpolitisches Profil schärfen, veranlasste den Niedersachsen Karl-Heinz Petersson zu energischem Widerspruch. Es beschädige die Glaubwürdigkeit der FDP zutiefst, wenn man „Umweltschutz überall“ postuliere, aber bei der alles entscheidenden Frage die wachsende Einsicht ignoriere, „daß Kernkraft nicht nur keine Lösung ist, sondern an die Stelle beherrschbarer Probleme solche setzt, die nicht mehr beherrschbar sind“. Dem entgegnete Uwe Ronneburger, man dürfe nicht der Illusion erliegen, den komplexen Sachverhalt auf die simple Frage „Kernenergie – ja oder nein“ herunterbrechen zu wollen.¹¹⁶⁹ Mit dem gleichen Argument sprach sich Günter Verheugen gegen eine erneute Grundsatzdiskussion aus, welche die bisherigen Beschlüsse in der Energiepolitik wieder in Frage stellen könnte. Viele Delegierte drängten jedoch darauf, für den 16. Juni eine Generaldebatte anzusetzen, da beim Thema Atomkraft, so Roland Appel, „die Existenz dieser Partei“ auf dem Spiel stehe. Diese

¹¹⁶⁶ Vgl. Meyer, Thomas: Stoppzeichen für die Kernenergie? In: FAZ vom 13.6.1979, S. 12.

¹¹⁶⁷ Vgl. Ein Plädoyer zur Nutzung der Kernenergie. In: FAZ vom 16.6.1979, S. 1.

¹¹⁶⁸ Neue Bonner Depesche 6-7/1979, S. 8.

¹¹⁶⁹ Protokoll des Bundesparteitages in Bremen vom 15. bis 17. Juni 1979. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-725, S. 55-56, 111.

Initiative wurde mit 195 zu 147 Stimmen abgelehnt, weshalb es gemäß dem Willen der Parteispitze nicht zu einer grundsätzlichen Aussprache kam.¹¹⁷⁰

Trotzdem erfolgten noch zwei Versuche, den Leitantrag des Bundesvorstandes zugunsten der Kernkraftskeptiker zu modifizieren. Der Bremer Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann lobte zwar die zahlreichen kritischen Ansätze, die der Vorstand eingebracht hatte, verwies aber auf die Gefahr, dass der Antrag wegen seiner Unbestimmtheit als eine voreilige und endgültige Festlegung auf die dauerhafte Nutzung von Atomstrom gedeutet werden könnte. Zur Feststellung, dass „für die Koppelung zwischen Genehmigung von Kernkraftwerken und Entsorgungsnachweis die auf dem Bundesparteitag in Kiel beschlossenen Grundsätze“ beantragte er deshalb den expliziten Zusatz: „Bis zur Klärung dieser Fragen sollen keine weiteren Genehmigungen zum Bau von Kernkraftwerken erteilt werden.“ Lahmanns Antrag wurde mit der hauchdünnen Mehrheit von 193 zu 191 Stimmen abgelehnt, während ein ähnlicher Änderungsvorschlag, der von dem bekannten Naturschützer Eilert Tantzen aus Niedersachsen eingebracht wurde, mit dem ebenfalls äußerst knappen Stimmenverhältnis von 184 zu 181 scheiterte.¹¹⁷¹

Damit war die Entscheidung gefallen, dass der Parteitag den Bundesministern keine von ihnen nicht bereits ausdrücklich akzeptierte Bedingung auferlegen würde. Zwar verleiteten Formulierungen wie die Feststellung, dass Atomkraft „immer mehr zum Symbol für nicht verstandene großtechnische Großbürokratie und Verplanung“ geworden sei, der „Störfall von Harrisburg [...] eine umfassende und vorbehaltlose Überprüfung des [...] Sicherheitskonzepts“ notwendig mache, und „die Auswirkungen eines Verzichts auf den weiteren Ausbau der Kernenergie zu untersuchen“ seien, zu dem Eindruck, die FDP wahre noch immer eine skeptische Distanz zur Nukleartechnologie. Die entscheidenden Passagen wurden jedoch wortwörtlich aus den *Kieler Thesen* übernommen, die der Kernenergie die Rolle eines notwendigen Übels zur Deckung eines nicht näher definierbaren „Restbedarfs“ einräumten.¹¹⁷² Die Tatsache, dass die freidemokratischen Atomkraftbefürworter auch nach der Kalkar-Kontroverse und dem Harrisburg-Schock in Bremen das Votum für „ein skeptisches und bedingtes Ja“¹¹⁷³ durchsetzen konnten, wies eindeutig darauf hin, dass die Phase der harten innerparteilichen Auseinandersetzungen über dieses Thema zu Ende ging.

¹¹⁷⁰ Ebd., A1-727, S. 1, 36, 72.

¹¹⁷¹ Ebd., A1-728, S. 2-23.

¹¹⁷² Verheugen (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 564-569.

¹¹⁷³ Zundel, Rolf: Die Wahlen fest im Blick. In: Die Zeit 26/1979.

Hans-Dietrich Genscher hatte lange dafür gekämpft, seine Partei auf die von der Bundesregierung vorgegebene Linie in der Energiepolitik festzulegen, und nahm den Verlust des anti-atomar eingestellten Wählerpotenzials als Preis für die Regierungsfähigkeit in Kauf. Das Verhältnis der Koalitionsparteien bezüglich der Beurteilung von Atomenergie drehte sich im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980 tendenziell um: Während in der SPD die Kritiker einen immer größeren Einfluss gewannen, wollte Genscher die FDP als ausgewiesene Pro-Kernkraft-Partei in den Wahlkampf schicken.¹¹⁷⁴ Dass die Freidemokraten dieser Rolle auch in der letzten sozial-liberalen Legislaturperiode nicht vollständig gerecht wurden lag vor allem an Gerhart Baum, der im Innenministerium als skeptisches Korrektiv zu Wirtschaftsminister Lambsdorff fungierte und allzu ambitionierte Pläne zum Ausbau der Atomenergie wiederholt ausbremste.¹¹⁷⁵ Ironischerweise wurde die monolithische Haltung der liberalen Bonner Ministerriege somit erst zu einem Zeitpunkt aufgebrochen, als dieses Thema seine innerparteiliche Sprengkraft bereits eingebüßt hatte. Revolten gegen die Parteispitze wie 1977 in Saarbrücken oder 1978 in Mainz blieben letztlich folgenlos und fanden keine Neuauflage, das Thema Kernenergie spielte auf den Parteitagen fortan keine wichtige Rolle mehr. Somit hatte sich die FDP nahezu vollständig von den Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke abgekoppelt und überließ dieses Feld einer neuen politischen Kraft, die das bundesdeutsche Parteiensystem grundlegend verändern sollte.

¹¹⁷⁴ Vgl. Tap-tap-tap In: Der Spiegel 27/1979, S. 23-24.

¹¹⁷⁵ Vgl. Diplomatisches Werk. In: Der Spiegel 46/1981, S. 56.

5.3. Das Ende der „grünen“ FDP

Der 4. Juni 1978 markierte den Anfang vom Ende des bundesdeutschen Drei-Parteien-Systems, in dem Union, SPD und FDP nahezu alle Wählerstimmen unter sich aufteilten. Noch bei der Bundestagswahl 1976 waren lediglich 0,9 Prozent der Stimmen an andere Parteien vergeben worden. Nun betraten bei der Landtagswahl in Niedersachsen und der Bürgerschaftswahl in Hamburg neue politische Akteure die Bühne, welche eine parlamentarische Vertretung der bisher ausschließlich in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden organisierten Ökologie-Bewegung anstrebten. In Niedersachsen erreichte die *Grüne Liste Umweltschutz* (GLU) auf Anhieb 3,9 Prozent der Wählerstimmen. In Hamburg kam die GLU zwar nur auf 1,1 Prozent, dafür erlangte die *Bunte Liste* (BuLi) in der Hansestadt 3,5 Prozent. Zwar schaffte damit keine der Listen den Einzug ins Parlament, doch in beiden Fällen gewannen sie genug Wähler, um die FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken.

Die Freidemokraten waren sich der Gefahr bewusst gewesen und hatten ihre Wahlkämpfe auch auf jene Bürger ausgerichtet, die postmateriellen Wertvorstellungen zuneigten. Der linksliberale Hamburger Landesverband mischte dafür die Parteifarben und warb mit dem Slogan „Blau plus Gelb ist Grün“.¹¹⁷⁶ Hans-Dietrich Genscher bemühte sich darum, die FDP als einzig wahre Umweltschutzpartei darzustellen und den Wählern zu vermitteln, dass Stimmen für die grünen und bunten Listen letztlich „Papierkorbstimmen“ seien, die nur CDU und SPD bei ihrem Streben nach der absoluten Mehrheit helfen.¹¹⁷⁷ Im *Deutschlandfunk* warnte der Außenminister sogar davor, die „Stabilität des Parteiensystems unnötig in Gefahr [zu] bringen“ und erinnerte an das Schicksal der Weimarer Republik. Genschers Feststellung, dass es sich dabei nicht um ein „spezifisches F.D.P.-Problem, sondern ein Problem unserer Demokratie“ handele,¹¹⁷⁸ entsprach jedoch nur teilweise den Fakten. Zwar verloren auch Christ- und Sozialdemokraten Wähler an die Umwelt-Listen, doch dies geschah in einem verhältnismäßig geringerem Umfang und bereitete den Volksparteien keineswegs Existenzängste. Die FDP war von den Grünen und Bunten in ihrer Funktion als dritte Kraft im Parteiensystem und parlamentarisches „Zünglein an der Waage“ hingegen unmittelbar bedroht.¹¹⁷⁹ Niedersachsens GLU-Vorsitzender Carl Beddermann kündigte nach der

¹¹⁷⁶ Zit. n. Pötzl, Norbert: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk. Die Umweltpolitik der sozial-liberalen Koalition: In: Bickerich, Wolfgang (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition. Hamburg 1982, S. 103-124, hier S. 107.

¹¹⁷⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 111/1978, S. 2.

¹¹⁷⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 122/1978, S. 1.

¹¹⁷⁹ Vgl. FDP: „Jeder hat seine Talfahrt“. In: Der Spiegel 24/1978, S. 21-25.

Landtagswahl an, enttäuschte Freidemokraten abwerben und die Partei dann „aus allen Landtagen hinauszukatapultieren“ zu wollen.¹¹⁸⁰

Der Bundeshauptausschuss in Augsburg diskutierte am 24. Juni 1978 die politischen Folgen des Wahldesasters. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob es für die FDP überhaupt Sinn machen könne, mit den grünen und bunten Umweltschützern zu konkurrieren. Georg Gallus warnte davor, die Stammwähler der FDP zu vergraulen, „wenn wir den Verrückten im Umweltschutz nachlaufen“. Jürgen Fischer aus Niedersachsen bezeichnete es hingegen als „historische Aufgabe“ für die Liberalen, „dieses kritische Wählerpotential [...] in die Partei zu integrieren“. Jürgen Möllemann befürchtete einen generellen Linksruck seiner Partei und zweifelte daran, „daß man alleine mit Umweltschutz, Bildungspolitik, Rechtspolitik und Entspannungspolitik [...] genug Potential erschließen kann“. Der neue Bundesinnenminister Gerhart Baum sah „überhaupt keinen Anlaß, hier in eine hektische Betriebsamkeit zu verfallen oder uns selbst schuldig zu bekennen“, da die FDP in den letzten Jahren mehr als jede andere Partei für den Umweltschutz geleistet habe, wenngleich mitunter versäumt worden sei, dies auch dem Wähler deutlich zu machen. Wolfgang Lüder vertrat die Ansicht, dass der Hinweis auf vergangene Erfolge nicht ausreiche, sondern die Partei endlich den eklatanten Widerspruch zwischen ihren Wirtschafts- und Umweltpolitikern überwinden müsse.¹¹⁸¹

Auch in der parteinahen Zeitschrift *Liberal* wurde die neue Situation ausgiebig erörtert. Chefredakteur Rolf Schroers befand, die FDP sei „der Prügelknabe einer allgemeinen Verdrossenheit“ geworden, während die grünen Listen „mit ihren privatistischen Nostalgien von den bunten Blumen auf deutschen Wiesen“ die Protestwähler erreicht hätten.¹¹⁸² Peter Menke-Glückert, der sich selbst als „Grüner in der F.D.P.“¹¹⁸³ bezeichnete, analysierte die Ökologie-Bewegung weitaus selbstkritischer. Viele ihrer Anliegen seien „alte Fragen der Liberalen“, weshalb es umso tragischer sei, dass diese „nicht mehr überall als Partei der Umweltschützer angesehen werden“. Die FDP müsse sich „als Dolmetscher, Partner, ja Teil dieses Bürgerprotestes gegen Wohlstandsfallen und Nicht-Verstehen der Industriekultur begreifen“. Einige Protagonisten der grünen Bewegung beurteilte Menke-Glückert hingegen weniger positiv; so laufe das Weltbild Herbert Gruhls, dem Begründer der *Grünen Aktion*

¹¹⁸⁰ Zit. n. „Keine Schwarzen, keine Roten, einfach Grüne“. In: Der Spiegel 24/1978, S. 32-34.

¹¹⁸¹ Protokoll des Bundeshauptausschusses in Augsburg vom 24. Juni 1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse, A12-194, S. 1-44.

¹¹⁸² Schroers, Rolf: Um den Preis des Liberalismus. In: Liberal 1978, S. 483.

¹¹⁸³ Protokoll des Bundesparteitages in Bremen vom 15. bis 17. Juni 1979. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, A1-727, S. 13.

Zukunft (GAZ), auf eine „Öko-Diktatur“ hinaus.¹¹⁸⁴ Der Hamburger Dieter Biallas, dem die Wahlniederlage sein Amt als Zweiter Bürgermeister der Hansestadt gekostet hatte, äußerte die Hoffnung, dass die grünen Listen bald wieder verschwinden werden, sofern die FDP „den Weg von Freiburg wieder aufnehmen“ und sich „im Sinne der Ideen Karl-Hermann Flachs zur liberalen Reformpartei“ verwandeln werde.¹¹⁸⁵

Unbestritten war, dass die FDP aus dem doppelten Wahldebakel Konsequenzen ziehen müssen. FAZ-Herausgeber Fritz Ulrich Fack spekulierte darüber, wie diese aussehen könnten: „Sicherlich wird es nicht der Schwenk zur CDU sein. Vielmehr steht zu erwarten, daß in der Fortschrittsattitüde ein anderer Zug beschlossen liegt: Man wird versuchen, vom Treibsand soviel wie möglich zurückzuholen und sich zu diesem Zweck der Lieblingsthemen einer lastenabwerfenden, permissiven Gesellschaft verstärkt annehmen.“¹¹⁸⁶ Tatsächlich waren die Folgewirkungen paradox: Einerseits stellten die Liberalen ihre Funktion als Umweltschutzpartei wieder deutlich stärker heraus, so trafen sich mehrere Präsidiumsmitglieder im Juli 1978 zu einem Gespräch mit Vertretern verschiedener Bürgerinitiativen.¹¹⁸⁷ Innenminister Baum versprach, sich in seinem neuen Amt nicht nur der Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik, sondern auch den ökologischen Problemen zu widmen, da er sich „ganz bewußt als Umweltminister“ verstehe.¹¹⁸⁸ Andererseits erschien vor allem Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, für den Bürgerinitiativen primär Investitionshemmnisse darstellten und der offen über einen Koalitionswechsel in Bonn nachdachte, als der neue starke Mann der FDP, da Genschers Position nach den Niederlagen in Hamburg und Niedersachsen geschwächt war. Wenngleich der Parteivorsitzende gegenüber dem *Spiegel* jede Spekulation über einen baldigen „Schwenk zur Union“ zurückwies, war Genscher völlig bewusst, dass das sozial-liberale Bündnis in einem Vier-Parteien-System keine Perspektive besitzen würde. Für die nahe Zukunft war ein Koalitionswechsel auf Bundesebene allerdings noch keine Option, auch weil die niedersächsische FDP für ihre Unterstützung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht vom Wähler abgestraft worden war.¹¹⁸⁹ Kurzfristig kam es also vor allem darauf an, bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Oktober 1978 die grünen Listen möglichst klein zu halten, um das eigene parlamentarische Überleben zu sichern. Dass auch die SPD ein

¹¹⁸⁴ Menke-Glückert, Peter: Grüner Protest – Ende der F.D.P.?. In: *Liberal* 1978, S. 687-697.

¹¹⁸⁵ Biallas, Dieter: Hamburg'78 und die Folgen. In: *Liberal* 1978, S. 719.

¹¹⁸⁶ Fack, Fritz Ulrich: Ferner liefen: FDP. In: FAZ vom 6.6.1978, S. 1.

¹¹⁸⁷ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 183/1978, S. 1-2.

¹¹⁸⁸ Zit. n. Kein Ansteigen der Luftverschmutzung mehr. In: FAZ vom 20.7.1978, S. 4.

¹¹⁸⁹ Vgl. „Keine Grundtendenz in Richtung CDU“. In: *Der Spiegel* 24/1978, S. 26-29.

Erstarken der neuen Konkurrenz fürchtete, erleichterte Gerhart Baum die Durchsetzung seiner ersten Umweltschutz-Initiativen. Selbst Helmut Schmidt erhob keinen Einwand gegen das Umweltchemikaliengesetz, welches die Prüfung aller neuen chemischen Substanzen auf krebserregende oder erbschädigende Eigenschaften vorschrieb. Außerdem sollte das Bundes-Immissionsschutzgesetz und die Vorgaben der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ verschärft werden.¹¹⁹⁰

Die ambivalente Haltung der FDP gegenüber der grünen Bewegung kennzeichnete auch den hessischen und bayerischen Wahlkampf: Während der harte Kern der Aktivisten scharf angegriffen wurde – für Josef Ertl waren diese schlicht „Sektierer und Spinner“ – umschmeichelten die Liberalen zugleich deren Sympathisanten. Flugblätter wurden auf „100 Prozent Altpapier“ gedruckt und manche Wahlkämpfer verzichteten demonstrativ auf die Nutzung des Autos, um stattdessen mit der Kutsche durch das Land zu fahren.¹¹⁹¹ Eine liberale Wählerinitiative, unterstützt von Prominenten wie dem Leichtathleten Jochen Bänder und dem Kabarettisten Dieter Hallervorden, wandte sich explizit an jene Bürger, die aufgrund der Umweltprobleme darüber nachdachten, ihre Stimme den Grünen zu geben.¹¹⁹² Die Mühe zahlte sich schließlich aus: Die *Grüne Liste Hessen* (GLH) erreichte nur 1,1 Prozent, die *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD) in Bayern 1,8 Prozent der Wählerstimmen. Die Freidemokraten zogen in beide Landtage ein und konnten die sozial-liberale Koalition in Wiesbaden fortsetzen. Gerhart Baum ermahnte seine Parteifreunde sogleich, mit dem umweltpolitischen Eifer nicht nachzulassen, da die grüne Bedrohung damit noch nicht gebannt sei.¹¹⁹³ Hans-Dietrich Genscher teilte diese Einschätzung, zeigte sich jedoch optimistisch, dass die FDP in der Lage sein würde, realistischen Umweltschützern weiterhin eine politische Heimat zu bieten.¹¹⁹⁴

Die Kontroverse um den Schnellen Brüter von Kalkar machte gegen Ende des Jahres aber nochmals deutlich, dass Ökonomie und Ökologie sich keineswegs so harmonisch ineinander fügten, wie der liberale Parteichef gern postulierte.¹¹⁹⁵ Dass die Freidemokraten im Zweifelsfall dazu neigten, den wirtschaftlichen Interessen den Vorzug zu geben, strapazierte ihre Glaubwürdigkeit auch unter jenen um die Umwelt besorgten Wählern, die nicht in Fundamentalopposition zur Atomkraft standen. Vor allem an diese richteten sich die

¹¹⁹⁰ Vgl. Auf der grünen Welle. In: Der Spiegel 34/1978, S. 30-31.

¹¹⁹¹ Zit. n. Nonstop Nonsense. In: Der Spiegel 36/1978, S. 29-30.

¹¹⁹² Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 258/1978, S. 1-3.

¹¹⁹³ Vgl. Koalition: „Mut zum Unbequemen“. In: Der Spiegel 43/1978, S. 28-32.

¹¹⁹⁴ Vgl. Steuervereinfachung soll Entlastungen ergänzen. In: FAZ vom 13.11.1978, S. 11.

¹¹⁹⁵ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 206/1978, S. 2-4

umfangreichen umweltpolitischen Beschlüsse des Bremer Bundesparteitages vom Juni 1979, welche den Umweltschutz „generellen Vorrang“ einräumten und „Wirtschaftswachstum um jeden Preis“ eine Absage erteilten. Das Festhalten an der Einführung der Verbandsklage und der Verschärfung der Umweltgesetzgebung veranlassten Rolf Zundel zu dem Urteil, „daß die FDP von allen Bundesparteien immer noch am meisten die Sorgen der Grünen ernst nimmt“. ¹¹⁹⁶

Die Etablierung der neuen Partei war damit allerdings nicht mehr aufzuhalten. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 7. Oktober 1979 schaffte die *Bremer Grüne Liste* (BGL) mit 5,1 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in das Landesparlament und entkräftete damit das von FDP-Politikern vorgebrachte taktische Argument, dass Stimmen für die Grünen letztlich nur zur absoluten Mehrheit von CDU oder SPD führen würden. Obwohl manche Freidemokraten hinsichtlich der Erschließung des alternativen Wählermilieus bereits resignierten, ¹¹⁹⁷ veranstaltete die *Friedrich-Naumann-Stiftung* Anfang Dezember einen Kongress unter dem Titel *Liberalismus und Grüne Bewegung*, auf dem Günter Verheugen den Vertretern der Bürgerinitiativen versicherte, das Programm zur Bundestagswahl werde „grüner“ ausfallen als erwartet. ¹¹⁹⁸ Gerhart Baum versprach den Lesern eines *Spiegel*-Artikels, der im Rahmen seines Dialogs mit Horst Mahler erschien, die „Überwindung des reinen Wettbewerbsdenkens“ und Begrenzung des Wachstums „aus Rücksicht auf unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlagen“. ¹¹⁹⁹

Am 13. Januar 1980 formierte sich in Karlsruhe aus den äußerst heterogenen Wahllisten für den Umweltschutz eine bundesweit aktive Partei namens *Die Grünen*. Dass dabei auch Angehörige aus dem rechts- und linksextremen Spektrum vertreten waren, veranlasste den ehemaligen niedersächsischen Innenminister Rötger Groß zu einer heftigen Polemik gegen die neue Partei, welche in der Zeitschrift *Liberal* abgedruckt wurde. Groß verortete die Grünen dabei in der Tradition des „Strasserflügels“ der NSDAP sowie der „Nationalbolschewisten“ um Ernst Niekisch und unterstellte ihnen ein antipluralistischen Demokratiebegriff im Geiste Jean-Jacques Rousseaus. ¹²⁰⁰ Er schwieg dabei allerdings völlig über den Anteil der „starken radikal-liberalen Mitte“ an der grünen Bewegung, auf den Heinrich von Lersner schon mehr als ein Jahr zuvor hingewiesen hatte. ¹²⁰¹ Gerade jener Teil

¹¹⁹⁶ Zundel, Rolf: Die Wahlen fest im Blick. In: Die Zeit 26/1979.

¹¹⁹⁷ Vgl. „Für die sind wir nicht mehr wählbar“. In: Der Spiegel 42/1979, S. 19-22.

¹¹⁹⁸ Zit. n. Hensel, Gerd: Umweltschützer, Liberale, Grüne. In: Liberal 1980, S. 190-191.

¹¹⁹⁹ Natur – „politischer Maßstab“. In: Der Spiegel 53/1979, S. 38.

¹²⁰⁰ Groß, Rötger: Die „Grünen“. In: Liberal 1980, S. 128-131.

¹²⁰¹ von Lersner, Heinrich: Umweltpolitik zwischen Technokraten und Grünen. In: Liberal 1978, S. 699.

der Partei, aus dem später der „ökolibertäre“ Flügel hervorgehen sollte, war für die FDP eine massive Bedrohung. Seine Anhänger entstammten größtenteils dem „neuen Mittelstand“ im Dienstleistungssektor, den Karl-Hermann Flach rund ein Jahrzehnt zuvor zur Zielgruppe der FDP erklärt hatte, und verscrieben sich den Bürgerrechten ebenso wie dem Umweltschutz.¹²⁰² Das grüne Prinzip der „Basisdemokratie“ war nicht zuletzt eine Reaktion auf die Aushöhlung von Parteibeschlüssen durch Funktionsträger, wie sie die FDP insbesondere im Bereich der Kernenergie erleben musste.¹²⁰³ In jedem Fall war die Gründung der Ökologie-Partei das Resultat eines tiefgreifenden Imageverlustes der sozial-liberalen Koalition im Bereich des Umweltschutzes.¹²⁰⁴

Dass die Unionsparteien Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980 ins Rennen schickten, ermöglichte den Freidemokraten noch ein letztes Mal, auf taktischer Ebene gegen eine Wahl der Grünen zu argumentieren: Jede Stimme für die neue Partei schwäche in letzter Konsequenz ausschließlich die sozial-liberale Koalition und erhöhe die Wahrscheinlichkeit eines Sieges für Strauß.¹²⁰⁵ Mit der Kandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten war ein Koalitionswechsel in Bonn für die FDP völlig ausgeschlossen, was den Druck auf die Liberalen bezüglich des Umwerbens potenzieller Grünen-Wähler erhöhte. Günter Verheugen verkündete auf einer Parteitagsrede in Schleswig-Holstein: „Es ist ein Irrtum zu glauben, daß diese Gruppe nur an dem Kernenergie-Thema interessiert ist und deshalb für uns nicht mehr erreichbar“.¹²⁰⁶ Vor allem Gerhart Baum fiel die Aufgabe zu, jene Wähler mit ausgeprägten postmateriellen Wertvorstellungen durch seine Rolle als „rechtsstaatliches Gewissen der Bundesregierung“ zu erreichen. Der Umweltschutz durfte dabei nicht vernachlässigt werden, weshalb der Innenminister sich darum bemühte, die FDP als vernünftige Alternative zu den radikalen Grünen zu inszenieren. Diesen warf er in einem Fachmagazin vor, die Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum sowie deren Wechselwirkung völlig zu verkennen.¹²⁰⁷ Für Aufsehen sorgte Baum auch mit seiner Unterstützung für die von Umweltverbänden angeregte Kampagne für einen autofreien Sonntag auf freiwilliger Basis. Ausdrücklich forderte er all seine Parteifreunde dazu auf, den bundesweiten Modellversuch am 8. Juni 1980 zu unterstützen, um zu demonstrieren, „daß die

¹²⁰² Vgl. Walter: Gelb oder Grün?, S. 117-118.

¹²⁰³ Vgl. Volmer, Ludger: Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei. Eine Bilanz. München 2009, S. 134.

¹²⁰⁴ Vgl. Ockenfels / Wagner: Signale in die achtziger Jahre, S. 122.

¹²⁰⁵ Vgl. Verheugen, Günter: Klartext. In: Liberal 1980, S. 641.

¹²⁰⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 93/1980, S. 4.

¹²⁰⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 39/1980, S. 1.

F.D.P. die Umweltpartei ist und bleibt“.¹²⁰⁸ Otto Graf Lambsdorff war von derartigen Initiativen wenig begeistert und distanzierte sich vom Innenminister, als dieser das Auto als „Umweltverschmutzer Nummer eins“ bezeichnete.¹²⁰⁹ Dabei zeigte sich, dass der freidemokratische „Januskopf“¹²¹⁰ in Form des wirtschaftsliberalen Lambsdorff und des linksliberalen Baum in der Umweltpolitik fragiler war als in jedem anderen Bereich, weil hier, trotz des ständigen Beteuerns der Einheit von Ökonomie und Ökologie, ein ganz konkreter Zielkonflikt bestand: Der Umfang des durch das Umweltrecht ausgelösten Investitionsstaus wurde im Jahr 1979 auf rund 30 Milliarden Mark geschätzt.¹²¹¹

Die Generalprobe für die Bundestagswahl endete am 11. Mai 1980 in einem Desaster: Mit 4,98 Prozent der Wählerstimmen verpasste die FDP bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erstmals den Einzug in das Parlament des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. In vielen traditionellen Hochburgen der Freidemokraten konnten die Grünen einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Stimmen gewinnen.¹²¹² Als Reaktion auf diese bittere Niederlage zeigte sich Gerhart Baum dazu entschlossen, noch vor der Bundestagswahl das liberale Prestigeprojekt der Verbandsklage durchzusetzen, was sich angesichts der skeptischen Haltung des Koalitionspartners aber als unrealistisch erwies.¹²¹³ Das Wahlprogramm der Liberalen, welches einige Wochen später verabschiedet wurde, nahm diesen Punkt erneut auf und forderte gar die Einführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids auf Bundesebene. Dem Fortschrittspessimismus der Grünen setzte man eine Haltung entgegen, welche die Gefahr „weltweite[r] Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe“ ernst nahm, daraus jedoch keine „undifferenzierte Verdammung des technischen Fortschritts“ herleiten wollte. Stattdessen müssten die technologischen Möglichkeiten genutzt werden, „um mit bestehenden und neu aufkommenden Gefahren fertig zu werden“, wobei auch die „kritische Betrachtung [...] des Einsatzes der Technik im Hinblick auf die Folgen für Mensch und Umwelt [...] notwendig“ sei. Der Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie wurde durch die Feststellung umgangen, dass „soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen unseres Wirtschaftssystems und wirksame, vorausschauende Umweltpolitik [...] für Liberale gemeinsamer Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaftspolitik“ seien. Allerdings räumte man an anderer Stelle selbstkritisch ein, „daß wir bisher nur die drängendsten Probleme

¹²⁰⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 90/1980, S. 3.

¹²⁰⁹ Freie Demokratische Korrespondenz 274/1980, S. 4.

¹²¹⁰ Merck: Klar zur Wende?, S. 24.

¹²¹¹ Vgl. Hennig, Alexander: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierungen Brandt und Schmidt. Gut gemeint – schlecht gemacht? Hamburg 2012, S. 78.

¹²¹² Vgl. Neue Bonner Depesche 5/1980, S. 37.

¹²¹³ Vgl. Hoffmann, Wolfgang: Umweltschutz: Neuer Anlauf von der FDP. In: Die Zeit 22/1980.

anpacken konnten und daß Belastung und Verbrauch unserer Lebensgrundlagen zunehmend zu einem Grundproblem unserer ökonomischen [...] Entwicklung werden“. Deshalb sei die Erarbeitung eines ökologischen Aktionsprogramms notwendig, welches „im Durchsetzen des Grundsatzes Umweltvorsorge [...] eine ökologische Orientierung aller Lebensbereiche“ anstrebe.¹²¹⁴ Der Entwurf für ein solches Programm wurde am 22. Juli 1980 von Günter Verheugen und Peter Menke-Glückert der Öffentlichkeit vorgestellt und enthielt 33 umfangreiche Thesen, die vor allem dem Schutz vor Schadstoffen und Lärm, aber auch der Bewahrung unbebauter Flächen und einer umweltfreundlicheren Produktion in der Landwirtschaft gewidmet waren.¹²¹⁵

Trotz dieser umweltpolitischen Bemühungen war es wohl vor allem der taktischen Argumentation gegen eine Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß zu verdanken, dass die FDP bei der Bundestagswahl am 5. Oktober mit einem Stimmenanteil von 10,5 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1961 einfahren konnte, während die Grünen mit 1,5 Prozent geradezu kläglich scheiterten. Darauf deutete auch der verhältnismäßig hohe Anteil „grüner“ Leihstimmen für die Freidemokraten hin.¹²¹⁶ Selbst die Jungdemokraten hatten im Wahlkampf zunächst eine Unterstützung der neuen Partei erwogen, sich aber angesichts des verhassten Kanzlerkandidaten der Union doch noch einmal zu einer halbherzigen Zustimmung für die FDP durchgerungen.¹²¹⁷ Nach dem für die Freidemokraten triumphalen und für die Grünen vernichtenden Wahlergebnis stellte die FAZ die Frage, ob Lambsdorff nun den Mut aufbringen werde, den „Umwelt-Eifer“ des Innenministers auszubremsen.¹²¹⁸ Auch Hans Wolfgang Rubin warnte in der *Liberal* sogleich vor „ökologischem Übereifer“ in der Regierungspolitik.¹²¹⁹ Anders als bei der Haushaltskonsolidierung oder der Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik blieb die FDP in Umweltfragen weiterhin gespalten.

Gerhart Baum ging mit dem ambitionierten Ziel in die Koalitionsverhandlungen, eine „zweite Phase“ der Bonner Umweltpolitik einzuleiten und auch für andere Ressorts „ökologische Eckwerte“ zu setzen.¹²²⁰ Das missfiel nicht nur Otto Graf Lambsdorff, sondern auch Landwirtschaftsminister Josef Ertl, welcher der Agrarindustrie keine übermäßige

¹²¹⁴ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 13-38.

¹²¹⁵ Vgl. Neue Bonner Depesche 8/1980, S. 21.

¹²¹⁶ Vgl. Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, S. 301.

¹²¹⁷ Vgl. Judos: Strauß ist schlimmer als die FDP. In: FAZ vom 20.12.1979, S. 6.

¹²¹⁸ Doppelgesicht. In: FAZ vom 7.10.1980, S. 12.

¹²¹⁹ Rubin, Hans Wolfgang: Ein Sieg als Herausforderung. In: *Liberal* 1980, S. 802.

¹²²⁰ Zit. n. Viel Sparen - ein bißchen Reform. In: *Der Spiegel* 44/1980, S. 19-21.

Rücksichtnahme auf den Naturschutz zumuten wollte.¹²²¹ Der Innenminister erhielt jedoch unerwartete Rückendeckung durch den Bundeskanzler, der in den Koalitionsgesprächen Baums Pläne für eine drastische Verschärfung der Auflagen gegen Lärm und Abgase befürwortete.¹²²² Helmut Schmidt war durch die zunehmende Anzahl an Umweltschützern in der SPD unter Druck geraten und konnte dieses Politikfeld nicht länger ignorieren, weshalb er ihm auch in seiner Regierungserklärung einige Sätze widmete. Es konnte durchaus als ein Erfolg der FDP verbucht werden, dass der Kanzler die Einführung der Verbandsklage, wie sie von den Liberalen seit Jahren gefordert wurde, dabei zum offiziellen Regierungsprogramm erhob.¹²²³ Dies nährte in Gerhart Baum die Hoffnung, die Umweltpolitik könne in einer Phase weitgehend ausgeschöpfter Gemeinsamkeiten zur neuen Raison d'Être der Koalition werden. Gegenüber dem *Spiegel* äußerte er die Ansicht, dass es in der neuen Legislaturperiode vor allem darum gehe, „ein sozialliberales Konzept für Zeiten niedriger Wachstumsraten, erhöhter Umweltbelastungen und notwendiger Abkehr von materieller Lebensorientierung zu entwickeln“. ¹²²⁴ Er verkannte dabei allerdings, dass sich viele Freidemokraten mit dieser Vision nicht identifizieren wollten: Eine „grüne“ FDP stand konträr zum Projekt der Haushaltskonsolidierungs- und Steuersenkungspartei, das zeitgleich von Lambsdorff mit massiver Unterstützung Hans-Dietrich Genschers vorangetrieben wurde. Das bereits ausgearbeitete ökologische Aktionsprogramm wurde auf dem Bundesparteitag in München Anfang Dezember 1980 nicht debattiert, die offene Konfrontation von Wirtschafts- und Umweltpolitikern somit vermieden.¹²²⁵

Andererseits konnte Baum durchaus gute Argumente für seinen Standpunkt vorbringen, denn das Umweltbewusstsein der Bevölkerung erreichte zu Beginn des Jahrzehnts einen neuen Höhepunkt. 1980 war in den USA die von Präsident Jimmy Carter in Auftrag gegebene Studie *Global 2000* erschienen, die auch auf dem deutschen Markt zu einem Bestseller avancierte. In der Tradition der *Grenzen des Wachstums*, aber auf Basis weit umfangreicherer Datenmengen, zeichnete *Global 2000* ein düsteres, von Überbevölkerung, Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung geprägtes Bild der Erde am Ende des 20. Jahrhunderts.¹²²⁶ Die *Friedrich-Naumann-Stiftung* veranstaltete daraufhin ein Hearing zur neuesten Umweltstudie, auf der Günter Verheugen selbstkritisch eingestand, dass

¹²²¹ Vgl. Meyer, Thomas: Klappern gehört zum Handwerk: Die FDP vor den Koalitionsverhandlungen. In: FAZ vom 25.10.1980, S. 4.

¹²²² Vgl. Hilfe vom Chef. In: Der Spiegel 45/1980, S. 22-25.

¹²²³ Vgl. Pötzl: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk, S. 111.

¹²²⁴ „Sparsamkeit allein ist kein Programm“. In: Der Spiegel 49/1980, S. 25-27.

¹²²⁵ Vgl. Die FDP scheut die offene Auseinandersetzung mit der Ökologie. In: FAZ vom 8.12.1980, S. 4.

¹²²⁶ Vgl. Neue Bonner Depesche 3/1981, S. 28.

die Bundesregierung ihre Vorreiterrolle im Umweltschutz zwar nicht gegenüber anderen Nationen, wohl aber gegenüber den Bürgerinitiativen längst eingebüßt habe.¹²²⁷ Selbst Otto Graf Lambsdorff veröffentlichte nun einen ausführlichen Artikel in der *Neuen Bonner Depesche*, in welchem er die Rückschritte der US-Regierung im Umweltschutz unter dem neuen Präsidenten Ronald Reagan kritisierte und für gegenseitige Anerkennung und einem „gemeinsamen Weg“ von Ökonomie und Ökologie warb. Der Appell an Umwelt- und Wirtschaftspolitiker, „Gegensätze zu versöhnen und gemeinsam mehrheitsfähig zu werden“, war wohl nicht zuletzt an die eigene Partei gerichtet.¹²²⁸ Das schwierige Unterfangen, die zwei gegenläufigen Tendenzen in der FDP – strenge Marktwirtschaft hier, strenger Umweltschutz dort – unter einem Banner zu vereinen, schien zumindest mittelfristig noch möglich.

Auf dem Bundesparteitag in Köln vom 29. bis 31. Mai 1981 sollte das ökologische Aktionsprogramm endlich verabschiedet werden und die Einigkeit der Partei in Umweltfragen untermauern. Zwar hielt Gerhart Baum eine äußerst kämpferische Einbringungsrede, in der er dem *Bundesverband der Deutschen Industrie* vorwarf, weder die „Zeichen der Zeiten“ begriffen noch die ökonomischen Chancen des Umweltschutzes erkannt zu haben, und zudem den „klare[n] Vorrang der Ökologie“ ab einem bestimmten Grenzwert postulierte.¹²²⁹ Als ein Antrag des Hamburger Landesverbandes darauf abzielte, den Hinweis auf die Notwendigkeit der „Abwägung mit den Zielen anderer Politikbereiche“ aus dem Programm zu streichen, stellte sich Baum jedoch unmissverständlich auf die Seite seiner Kabinettskollegen Otto Graf Lambsdorff und Josef Ertl, auf deren Wunsch hin diese Formulierung aufgenommen worden war.

Insgesamt zeigte sich das unter schmerzhaften Kompromissen gemeinsam mit Wirtschafts- und Agrarpolitikern erarbeitete Aktionsprogramm weit vom umweltpolitischen Rigorismus der Grünen entfernt, gegenüber den eher dürftigen ökologischen Standpunkten von Christ- und Sozialdemokraten war es jedoch äußerst konkret.¹²³⁰ Neben dem bereits unter Genscher etablierten Verursacherprinzip wurden das Vorsorgeprinzip, wonach Umweltschutz in erster Linie präventiv zu betreiben sei, und das Kooperationsprinzip, welches eine möglichst umfassende Beteiligung aller betroffenen Gruppen an Entscheidungsprozessen vorsah, zu den „drei Grundprinzipien liberaler Umweltpolitik“ erklärt. Ökologische Eckwerte, die „in

¹²²⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 75/1981, S. 3-4.

¹²²⁸ Neue Bonner Depesche 4/1981, S. 24-25.

¹²²⁹ Neue Bonner Depesche 6/1981: Liberale Dokumente 6/1981, S. 17.

¹²³⁰ Vgl. Umweltpolitischer Kompromiß. In: FAZ vom 1.6.1981, S. 2.

Einzelbereichen noch näher wissenschaftlich begründet, konkretisiert und fortgeschrieben werden“ müssen, wurden für den Schutz des Bodens, des Wassers, der Meere, des Klimas und der Arten sowie für die Erhaltung der Qualität von Luft und Nahrungsmitteln und der Verminderung von Lärm und Giftstoffen festgelegt. Bemerkenswert häufig wurden auch die Bedürfnisse von Tieren und Pflanzen betont, womit sich das Aktionsprogramm deutlich vom Anthropozentrismus der rund zehn Jahre alten *Freiburger Thesen* abgrenzte. Bei der Umsetzung der Eckwerte seien allerdings „bürokratische Regelungen, die übermäßige staatliche Kontrollen bewirken“, zu vermeiden. Stattdessen setzte die FDP in liberaler Tradition auf die „Motivation des Bürgers und – soweit das nicht ausreicht – das Verursacherprinzip in Form von Abgaben“. Explizit betonte man den Wert des Umweltberichtes *Global 2000*, der „ein beeindruckendes und alarmierendes Bild unserer Zukunft“ gezeichnet habe, und forderte die Bundesregierung auf, eine entsprechende Studie auch für die Bundesrepublik in Auftrag zu geben.¹²³¹

Ob ein neuer Aufbruch in der Umweltpolitik ausreichen würde, um sich der grünen Konkurrenz zu entledigen, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1981, bei der die Grünen einen Stimmenanteil von 7,2 Prozent und damit 1,6 Prozent mehr als die FDP aufweisen konnten, hatte aber bereits darauf hingedeutet, dass die Abgesänge auf die Ökologie-Partei nach der Bundestagswahl möglicherweise voreilig gewesen waren. Um den Jahreswechsel 1981/82 nahm die Auseinandersetzung mit der Konkurrenz um den dritten Platz im Parteiensystem wieder zu und wurde nun immer häufiger mit der Frage verbunden, wie eine zukunftsfähige FDP eigentlich aussehen müsse. Bei einem dauerhaften Verlust ihrer Systemfunktion als prädestinierter Juniorpartner der beiden Volksparteien würden zwangsläufig inhaltliche Fragen stärker in den Vordergrund rücken, weshalb es Rolf Zundel in der *Zeit* für aussichtslos befand, weiterhin „Alternatives und Grünes einzugemeinden und gleichwohl in der Koalition Industriepartner zu sein“.¹²³² Generalsekretär Günter Verheugen teilte diese Einschätzung und plädierte für ein Abrücken von taktischen Argumentationsmustern gegenüber dem Wähler und die Entwicklung klarer inhaltlicher Positionierungen.¹²³³ Auf dem linksliberalen Kongress *Noch eine Chance für die Liberalen*, der im Februar 1982 in Köln stattfand, räumte er allerdings ein, dass aus der FDP keine „radikaldemokratische Ökologiepartei“ mehr werden

¹²³¹ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 99-116.

¹²³² Zundel, Rolf: Von der dritten zur vierten Partei. In: Die Zeit 53/1981.

¹²³³ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 4/1982, S. 2.

würde, und fügte nicht ohne Bedauern hinzu: „Die Chance haben heute andere.“¹²³⁴ Peter Menke-Glückert wollte sich diesem Befund nicht anschließen und warb in der *Liberal* für eine „alternative“ FDP, die durch ein „kritische[s] Wächteramt“ in allen Umweltfragen jene Wähler ansprechen solle, welche sich durch „die völlige Begriffsverwirrung und moralische Verwilderung“ in den Aussagen der Grünen abgeschreckt fühlen. Der eindringliche Appell des umweltpolitischen Vordenkers an seine Parteifreunde lautete: „Genscher allein wird es nicht mehr richten!“¹²³⁵

Die Entwicklungen innerhalb der Partei untermauerten allerdings den Standpunkt Verheugens: Zahlreiche Neueintritte durch „Mittelständler konservativer Prägung“ veranlassten viele Mitglieder linksliberaler Landesverbände wie Hamburg oder Berlin dazu, sich den Grünen anzuschließen.¹²³⁶ Die Hamburger Jungdemokraten trennten sich im Februar 1982 vollständig von der FDP und riefen zur Unterstützung der *Grün-Alternativen Liste* (GAL) auf.¹²³⁷ Die endgültige Entscheidung über die Zukunft der Partei fiel bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 21. März 1982, als die Grünen um 0,6 Prozentpunkte besser abschnitten als die Liberalen und damit drittstärkste Kraft im Landesparlament wurden. Einige Wochen später wurde der Bundestagsfraktion ein Strategiepapier vorgelegt, welches wegen der fehlenden sozial-liberalen Perspektive in einem Vier-Parteien-System zu einem baldigen Wechsel des Koalitionspartners riet.¹²³⁸ Nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 6. Juni 1982, bei der die GAL mit 7,7 Prozent der Wählerstimmen ins Parlament einzog, während die FDP abermals knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, schwanden auch die letzten Hoffnungen darauf, dass es sich bei den Grünen lediglich um eine kurzfristige Modeerscheinung handeln könnte.

Der Ehrenvorsitzende Walter Scheel erörterte auf einer Sitzung des Bundesvorstandes daraufhin einen Plan, wie das Drei-Parteien-System möglicherweise doch noch zu retten sei: Die SPD müsse in Bonn in die Oppositionsrolle gedrängt werden, um die ökologisch orientierten Wähler zu absorbieren und die Grünen damit zu einer Splitterpartei schrumpfen zu lassen, so wie es der CDU nach 1969 mit der NPD gelungen war.¹²³⁹ Ob diese Idee tatsächlich auf Walter Scheel zurückging darf allerdings bezweifelt werden, denn der *Spiegel* hatte bereits im September 1981 über derartige Überlegungen bei Hans-Dietrich Genscher

¹²³⁴ Verheugen, Günter: Sozialer Liberalismus. In: *Liberal* 1982, S. 268.

¹²³⁵ Menke-Glückert, Peter: F.D.P. alternativ?. In: *Liberal* 1982, S. 324.

¹²³⁶ Neues Gesicht. In: *Der Spiegel* 51/1981, S. 85-89.

¹²³⁷ Vgl. Doering / Stockhausen-Doering: Kräfte des Wandels, S. 268.

¹²³⁸ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 159-161.

¹²³⁹ Vgl. Verheugen: Der Ausverkauf, S. 128.

berichtet.¹²⁴⁰ In jedem Fall markierte diese neue Strategie im Umgang mit den Grünen die Bankrotterklärung der einstigen Umweltschutzpartei hinsichtlich der politischen Umsetzung postmaterieller Wertvorstellungen, gab man damit nach den Atomkraftgegnern nun auch die restlichen Sympathisanten aus dem ökologisch-linksliberalen Milieu verloren. Überlegungen einer radikalen umweltpolitischen Erneuerung der FDP, möglicherweise sogar in der Opposition, wurden zwar vereinzelt geäußert,¹²⁴¹ waren für die Parteiführung jedoch keine ernsthafte Option.

Schon im Sommer 1982 zeigte sich, dass Scheels Kalkül wohl nicht so einfach aufgehen würde. Die SPD führte in Hamburg Gespräche mit der GAL über eine mögliche Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Klaus von Dohnanyi, woraufhin Genscher dem Ersten Bürgermeister der Hansestadt vorwarf, ein Wahlversprechen gebrochen zu haben.¹²⁴² Auch wenn die Verhandlungen letztlich scheiterten, rückte die zaghafte rot-grüne Annäherung in Hamburg eine solche Regierungskonstellation mittelfristig durchaus in den Bereich des Möglichen. Das konnte die FDP jedoch nicht mehr von ihrem bereits beschlossenen Wechsel in Bonn abbringen, im Gegenteil: Wenn das Vier-Parteien-System nicht mehr aufzuhalten war, musste man erst Recht an die Seite der Union wechseln und dauerhaft auf eine christlich-liberale Allianz setzen. Denn nur im bürgerlich-konservativen Lager bestand für die Freidemokraten noch ausreichend Platz zur Selbstbehauptung und zudem die einzige Machtperspektive – eine „Ampelkoalition“ mit SPD und Grünen lag zu diesem Zeitpunkt noch außerhalb des Denkbaren.

Der Wahlkampf zwischen einem rot-grünen und einem schwarz-gelben Lager, wie er in den nächsten zwei Jahrzehnten die Bundesrepublik prägen sollte, zeichnete sich in Hessen nun bereits ab. Hans-Dietrich Genscher wettete gegen „Koalitionen der Wachstumsverweigerung aus SPD und Alternativen“, während er keinerlei Bedenken gegen eine Unterstützung des konservativen Hardliners Alfred Dregger erkennen ließ.¹²⁴³ Selbst bei Gerhart Baum setzte sich die Einsicht durch, dass die sozial-liberale Koalition keine Perspektive mehr besaß. Sein Ministerialdirektor Klaus-Peter Thomsen arbeitete ein Strategiepapier aus, welches mehrere Bedingungen für den unvermeidlichen Wechsel zur Union stellte. Dieser sollte auf keinen Fall während der laufenden Legislaturperiode, sondern erst bei der nächsten Bundestagswahl im

¹²⁴⁰ Wie bei Oma. In: Der Spiegel 38/1981, S. 19-21.

¹²⁴¹ Vgl. Froese, Leonhard: Hamburg – Ein „Hambacher Sieg“? In: Liberal 1982, S. 483. Schiller, Theo: Gegen die Selbstaufgabe der Liberalen. Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 59-66.

¹²⁴² Vgl. Im falschen Lager. In: Der Spiegel 28/1982, S. 20-22.

¹²⁴³ Freie Demokratische Korrespondenz 113/1982, S. 1.

Herbst 1984 erfolgen. Zudem dürften dem Wähler keine fadenscheinigen Argumente präsentiert oder gar Anlässe für den Koalitionsbruch inszeniert werden: „Deshalb muß die FDP die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist, daß sie für [19]84 keine Chance sieht, eine Wählermehrheit für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition zu erhalten; wegen des sozialdemokratischen Wählertiefs, aber auch wegen der Grünen, die für die FDP nur dann keine Gefahr darstellen, wenn sie mit der CDU koalieren will.“¹²⁴⁴ Keine dieser Forderungen wurde erfüllt, und die sozial-liberale Koalition scheiterte, offiziell wegen des *Lambsdorff-Papiers*, am 17. September 1982.

Wie in den anderen Politikfeldern erfolgte auch im Bereich des Umweltschutzes unter Bundeskanzler Helmut Kohl kein radikaler Bruch mit der Politik der Vorgängerregierung. Selbst in der CSU stand die grundsätzliche Notwendigkeit einer vorsorgenden Umweltpolitik nicht mehr zur Disposition, der neue Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann setzte sich sogar für die umstrittene Katalysatorenpflicht für Autos ein.¹²⁴⁵ Dies war jedoch nur einer der Gründe, weshalb auch die dritte Forderung des „Thomsen-Papiers“, dass die FDP in der neuen Koalition als deutlich sichtbares umweltpolitisches Korrektiv zur Union agieren müsse, nicht umgesetzt werden konnte. Anders als in der Innen- und Rechtspolitik, wo ihnen zumindest das Justizministerium überlassen wurde, verfügten die Liberalen nach 1982 über kein Ressort mit nennenswerter umweltpolitischer Kompetenz mehr. Josef Ertls Landwirtschaftsministerium hatte sich bezüglich des Naturschutzes stets als Bremser hervorgetan und letztlich sogar bewirkt, dass die jahrelang geforderte Einführung der Verbandsklage nicht mehr durchgesetzt werden konnte.¹²⁴⁶ Zudem stand eine allzu ambitionierte Umweltpolitik in einem zu starken Spannungsverhältnis mit dem Ziel einer umfassenden wirtschaftlichen Liberalisierung, die spätestens mit dem *Lambsdorff-Papier* zum Markenkern der FDP geworden war. Das Eintreten für liberale Bürgerrechte im traditionellen Sinne ließ sich hingegen vergleichsweise unkompliziert in dieses Konzept integrieren, weshalb die verbliebenen Linksliberalen sich fortan fast ausschließlich diesem Anliegen widmeten. Zwar ist unbestritten, dass die Freidemokraten in den Anfangsjahren der sozial-liberalen Koalition umweltpolitische Pionierleistungen erbrachten, doch kann ebenso wenig übersehen werden, dass vom eigenen Anspruch auf die Führungsrolle im Umweltschutz nach 1982 nichts übrig blieb. Mit der Bonner Wende gab die FDP potenzielle Wähler mit dezidiert ökologischen und postmateriellen Einstellungen endgültig verloren und brach damit in diesem

¹²⁴⁴ Zit. n. Mit Anstand in den Wahlkampf. In: Der Spiegel 37/1982, S. 22.

¹²⁴⁵ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 61.

¹²⁴⁶ Vgl. Pötzl: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk, S. 111.

Bereich stärker mit ihrem bisherigen Selbstverständnis als irgendwo sonst. In diesem Sinne war der Koalitionswechsel nichts anderes als eine Kapitulation vor den Grünen, welche neben der umweltpolitischen gleichwohl auch eine außenpolitische Dimension aufwies.

6. Abschreckung oder Abrüstung? Die Liberalen und der NATO-Doppelbeschluss

In ihrer ersten Oppositionsphase im Bundestag von 1957 bis 1961 entwickelte die FDP außenpolitische Konzeptionen, die sich deutlich von der unkritischen Haltung Konrad Adenauers zur NATO und der damit einhergehenden konfrontativen Politik gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes abgrenzten. Hierzu gehörte insbesondere die Ablehnung einer Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik und der DDR, wenn möglich in ganz Mitteleuropa. Mit dieser antinuklearen Grundhaltung befand sich die FDP durchaus auf einer Linie mit der von einer außerparlamentarischen Protestbewegung getragenen Kampagne „Kampf dem Atomtod“, an der auch freidemokratische Politiker partizipierten. Zwar wurde auf die von Adenauer angestrebte atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf Wunsch Frankreichs verzichtet, die Stationierung amerikanischer Raketen mit Nuklearsprengköpfen konnte aber nicht verhindert werden. Zu den Grundzügen der Neuen Ostpolitik, welche während der zweiten Oppositionsphase von 1966 bis 1969 ausgearbeitet wurden, zählte auch die Forderung nach nuklearer Abrüstung zugunsten einer Stärkung der konventionellen Bewaffnung.¹²⁴⁷

Währenddessen unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien den Atomwaffensperrvertrag, der allen beteiligten Staaten die Verbreitung von Kernwaffen untersagte. Kurz darauf erfolgte der Abschluss der SALT-Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle zwischen Washington und Moskau, in denen sich die Großmächte zur Begrenzung ihrer Interkontinentalraketen und Raketenabwehrsysteme verpflichteten. In diesem Klima internationaler Entspannung konnte sich die neue Bundesregierung den östlichen Nachbarn annähern und die FDP ihren Ruf als Friedenspartei stärken. Die Neue Ostpolitik, das Prunkstück des sozial-liberalen Reformversprechens, fand 1973 mit dem Beitritt beider deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen ihren Höhepunkt und Abschluss.¹²⁴⁸ Im selben Jahr begannen in Helsinki die *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) und in Wien die Verhandlungen über *Mutual and Balanced Force Reductions* (MBFR). Letztere widmeten sich ausschließlich beiderseitigen und ausgewogenen Truppenvermindierungen im Ost-West-Konflikt, verliefen jedoch von Beginn an schleppend. Die Tatsache, dass das Wettrüsten im Bereich der atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen, die im SALT-Vertrag ausgeklammert worden waren, unvermindert anhielt, dämpfte den Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten der Rüstungskontrolle.

¹²⁴⁷ Vgl. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 41-107.

¹²⁴⁸ Vgl. Schmidt: Die FDP und die deutsche Frage, S. 124.

Im November 1975 hielt Hans-Dietrich Genscher, der eineinhalb Jahre zuvor Walter Scheels Nachfolge im Auswärtigen Amt angetreten hatte, eine Rede vor den Mitgliedern der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung, in der er den Westen davor warnte, sich gegenüber Moskau in trügerischer Sicherheit zu wiegen. Der sowjetische Expansionswille sei auch nach einem Jahrzehnt der Entspannungspolitik ungebrochen, wovon die weiterhin praktizierte militärische Aufrüstung zeuge. Wenig später wiederholte er seine mahnenden Worte vor den Verteidigungsministern der NATO-Staaten.¹²⁴⁹ Genschers Einsichten bedeuteten keine Abkehr von der Entspannungspolitik, erforderten aber ihre grundlegende Neuausrichtung. Hierzu entwickelte der Bundesaußenminister das Konzept der „Realistischen Entspannungspolitik“, welche sich ihrer eigenen Grenzen stets bewusst sein müsse und nur auf Basis einer durch feste Verankerung in die NATO gewährleisteten Sicherheitsarchitektur möglich sei.¹²⁵⁰ Diese Neuinterpretation der Entspannungspolitik lehnte sich eng an die Befunde des Harmel-Berichtes an, der dem NATO-Rat bereits im Dezember 1967 vorgelegt worden war. Sicherheit und Entspannung standen demnach nicht in einem Zielkonflikt, sondern bedingten einander; militärische Stärke wurde zur Grundvoraussetzung für diplomatische Annäherung erklärt.¹²⁵¹

Damit zeichnete sich auch erstmals seit Begründung der sozial-liberalen Koalition ein außenpolitischer Dissens mit den Sozialdemokraten ab, die von Genschers überaus kritischer Haltung gegenüber Moskau keineswegs angetan waren. Nachdem der liberale Parteivorsitzende eine deutschlandpolitische Erklärung der sowjetischen Regierung mit recht unverhohlener Zurückweisung beantwortet hatte, bekam er dafür lediglich aus den Unionsparteien einhellige Zustimmung.¹²⁵² Als Ex-Kanzler Willy Brandt den Grundsatz der NATO in Frage stellte, auf eine Festschreibung nationaler Armee-Höchststärken zu verzichten, stieß dies wiederum auf entschiedenen Widerspruch von Seiten Genschers. Der Außenminister wollte sich die Option offenhalten, die Bundeswehr zu verstärken, falls andere Bündnispartner ihre Militärausgaben senken.¹²⁵³ Es war Genschers Grundüberzeugung, dass das Prinzip der Abschreckung nur bei einem Gleichgewicht der Kräfte zwischen NATO und Warschauer Pakt aufrecht erhalten werden könne. Gemäß diesem Grundsatz der Parität

¹²⁴⁹ Vgl. Ostpolitik: Nichts mehr zu verschenken. In: Der Spiegel 51/1975, S. 21-23.

¹²⁵⁰ Vgl. Conze, Eckart: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 67-83, hier S. 72-73.

¹²⁵¹ Vgl. Wittmann, Klaus: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 141-163, hier S. 143-144.

¹²⁵² Vgl. In der Küche. In: Der Spiegel 28/1976, S. 31-32.

¹²⁵³ Vgl. Zeichen setzen. In: Der Spiegel 1/1977, S. 18-21.

erklärte der FDP-Vorsitzende auf dem traditionellen Dreikönigstreffen Anfang 1977, man dürfe sich „nicht der Illusion hingeben, Vorleistungen im Bereich der Abrüstung seien ein Mittel der Friedenssicherung“. ¹²⁵⁴

Seit dem Ausscheiden der Nationalliberalen zwischen 1969 und 1972 hatte es bezüglich der Außenpolitik keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten in der FDP mehr gegeben. Dies änderte sich mit der im Jahr 1977 aufkommenden Debatte über die Einführung der Neutronenbombe, welche auf Lebewesen zwar ebenso tödlich wie eine herkömmliche Kernwaffe wirken, Schäden an der Infrastruktur jedoch vermeiden sollte. Hans-Dietrich Genscher ließ keinen Zweifel an seiner Zustimmung zu dieser neuen Waffengattung aufkommen, die er als „Reaktion auf sowjetische Rüstungsanstrengungen in anderen Bereichen“ betrachtete. Alle Skeptiker warnte er davor, „die notwendige Diskussion über die Neutronenwaffe mit einem anti-amerikanischen Akzent zu führen“. ¹²⁵⁵ Jürgen Möllemann, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion, begründete in einer Bundestagsrede im September 1977 die Notwendigkeit der Neutronenbombe mit ihrer Eigenschaft, dass sie gezielt gegen „Angriffsspitzen eines Aggressors“ eingesetzt werden könne, ohne derart verheerende Verwüstungen wie andere Nuklearwaffen anzurichten. Ihr Einsatz sei deshalb „gegenüber der eigenen Bevölkerung verantwortbar“. Die Unterlegenheit der NATO hinsichtlich konventioneller Streitkräfte könne durch die Neutronenwaffe ausgeglichen und somit ein Beitrag geleistet werden, um „den Frieden zu stabilisieren“. ¹²⁵⁶ Möllemanns Rede, die vollständig der Haltung Genschers entsprach, zeigte bereits einen Bruch mit der antinuklearen Tradition der Liberalen zugunsten des paritätischen Prinzips, welches militärischem Gleichgewicht eine höhere Priorität einräumte als atomarer Abrüstung. Fernziele wie eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa mussten dafür keineswegs aufgegeben werden, rückten aber in der politischen Praxis in den Hintergrund.

Die Jungdemokraten beklagten diese Entwicklung und brachten auf dem Bundesparteitag in Kiel einen Antrag gegen Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe ein, weil diese einer „Gefährdung der bisherigen und gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen“ gleichkomme. ¹²⁵⁷ Der Antrag wurde zwar von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt, doch der innerparteiliche Diskussionsprozess über die Neutronenbombe gewann nach dem Kieler

¹²⁵⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 1/1977, S. 12.

¹²⁵⁵ Freie Demokratische Korrespondenz 176/1977, S. 2-3.

¹²⁵⁶ Zit. n. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 165.

¹²⁵⁷ Zit. n. Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im „Zweiten Kalten Krieg“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 23-40, hier S. 30.

Parteitag an Dynamik. Am 22. November 1977 debattierte die Bundestagsfraktion in Anwesenheit der Generäle Wolfgang Altenburg und Johannes Steinhoff über die Argumente für und gegen die neue Waffentechnik. Genscher wollte die Fraktionsmitglieder von der Zustimmung zu einem Antrag überzeugen, die der von Jürgen Möllemann geleitete Bundesfachausschuss für Sicherheitspolitik ausgearbeitet hatte. Friedrich Hölscher und Ingrid Matthäus-Maier sprachen sich gegen eine sofortige Entscheidung aus, weil sie sich offenbar noch nicht ausreichend informiert fühlten. Gegen Möllemanns Rat willigte Genscher in die Verschiebung der Entscheidung ein.¹²⁵⁸ In der von der Fraktion herausgegebenen *Neuen Bonner Depesche* erschienen kurz darauf Stellungnahmen von Möllemann und General Steinhoff, welche unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle der Neutronenwaffe beleuchteten. Ersterer betonte abermals die vergleichsweise geringe Schadenswirkung und die damit einhergehende Verantwortbarkeit ihres Einsatzes im Ernstfall. Steinhoff sah genau darin eine Aushöhlung des Abschreckungsprinzips, denn die geringere Hemmschwelle beim Einsatz der Neutronenbombe erhöhe die Wahrscheinlichkeit eines auf Mitteleuropa begrenzten Atomkriegs drastisch.¹²⁵⁹

Am 21. Februar 1978 stand in der Fraktion die Entscheidung über den Antrag des Bundesfachausschusses an. Genscher legte nochmals ausführlich dar, warum die Neutronenbombe die Kriegsgefahr seiner Meinung nach vermindere, und betonte zudem, dass diese auch als Verhandlungsobjekt bei den Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion eingesetzt werden könne. Einige Fraktionsmitglieder hatten sich jedoch den Standpunkt Steinhoffs zu Eigen gemacht und stellten die Argumentation des Außenministers grundsätzlich in Frage. Des Weiteren beklagten sie die Veröffentlichung des Antrags durch Möllemann, womit suggeriert worden sei, die FDP sei in dieser Frage bereits festgelegt. Erst nach der Übernahme mehrerer Änderungswünsche wurde der Entwurf schließlich einstimmig verabschiedet.¹²⁶⁰ Als Bedingungen wurden die Einbeziehung der Neutronenwaffe in die Rüstungskontrollverhandlungen, eine breite Übereinstimmung innerhalb der NATO bezüglich einer Stationierung und eines möglichen Einsatzes, besondere Berücksichtigung der meist betroffenen Bündnispartner und ein Festhalten an den Anstrengungen im konventionellen Rüstungsbereich formuliert.¹²⁶¹ Die Entscheidung von US-Präsident Jimmy Carter, auf die

¹²⁵⁸ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 22.11.1977. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-14, S. 58-60.

¹²⁵⁹ Neue Bonner Depesche 3/1978, S. 6-7.

¹²⁶⁰ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 21.2.1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-17, S. 71-73.

¹²⁶¹ Neue Bonner Depesche 4/1978, S. 4.

Produktion der Neutronenbombe wegen massiver innenpolitischer Widerstände und der verhaltenen Reaktionen der Verbündeten vorerst zu verzichten, brüskierte Helmut Schmidt ebenso wie Hans-Dietrich Genscher, da Kanzler und Außenminister ihren Fraktionen die Zustimmung zur Stationierung äußerst mühsam abgerungen hatten.¹²⁶² Die Diskussion in der FDP war trotz Carters Einlenken noch keineswegs beendet, denn viele Mitglieder an der Basis waren äußerst verärgert über die Tatsache, dass die Bundestagsfraktion eine solch weitreichende Entscheidung ohne einen breiten innerparteilichen Diskussionsprozess getroffen hatte. Auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag forderten mehrere Anträge eine grundsätzliche Ablehnung der Neutronenbombe.¹²⁶³ So wurde das Thema in der Fraktion nochmals aufgerollt, auch weil einige der Skeptiker beklagten, dass der Beschluss in der Öffentlichkeit zu einseitig dargestellt und auf seine zustimmenden Aspekte reduziert worden sei.¹²⁶⁴

Die Debatte um die Neutronenwaffe verdeutlichte, dass die Phase des stillschweigenden außenpolitischen Konsens in der FDP zu Ende ging und Genschers „Realistische Entspannungspolitik“ wohl auf stärkeren Widerstand treffen würde als angenommen. Das Klima zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wurde indes wieder etwas milder. Bei einem Besuch Leonid Breschnews in Westdeutschland Anfang Mai 1978 bekannten sich beide Seiten zu den Zielen der allgemeinen Abrüstung und des militärischen Gleichgewichts. Außerdem schlossen Bonn und Moskau ein Abkommen über eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen, welches Genscher als wichtigen Beitrag für den Frieden in Europa anpries.¹²⁶⁵ In der sozial-liberalen Koalition blieb die Politik des Außenministers gleichwohl umstritten: Während Helmut Schmidt Genschers Kurs weitgehend befürwortete, schreckte Herbert Wehner vor deutlicher Kritik an dessen Verhandlungsführung bei den MBFR-Gesprächen nicht zurück. Den Liberalen war der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, der schon während der Kanzlerschaft Willy Brandts eigene Kontakte nach Moskau pflegte und eine Art Nebenaußenpolitik betrieb, ohnehin suspekt. Manche

¹²⁶² Vgl. Geiger, Tim: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 95-122, hier S. 100-103.

¹²⁶³ Vgl. Zeichen am Horizont. In: Der Spiegel 16/1978, S. 52.

¹²⁶⁴ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 11.4.1978. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49-17, S. 26-27.

¹²⁶⁵ Vgl. Neue Bonner Depesche 332/1978, S. 1-2.

verdächtigten ihn gar, eine „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik, also eine neutrale Stellung mit Äquidistanz zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, anzustreben.¹²⁶⁶

Am 27. und 28. April 1979 hielt die FDP in Münster einen verteidigungspolitischen Kongress ab, den Genscher rückblickend zur eigentlichen Geburtsstunde des Doppelbeschlusses erklärte. Zwar war die Forderung nach westlicher Nachrüstung von Helmut Schmidt bereits 1977 erhoben und auf der Konferenz von Guadeloupe im Januar 1979 mit einem Verhandlungsangebot an die Sowjetunion verknüpft worden,¹²⁶⁷ doch habe erst die FDP die Gleichrangigkeit beider Ziele explizit festgestellt.¹²⁶⁸ Der Außenminister erörterte auf dem Münsteraner Treffen ausführlich seine Vorstellung der Einheit von Verteidigungs- und Entspannungspolitik, wobei deren Maßstab „nicht das Wünschbare, sondern allein das [...] Erreichbare“ sein könne. Niemals dürfe der Verteidigungswille dem Entspannungswillen zum Opfer fallen, denn „Anpassung an die Machtinteressen des anderen wäre nicht Entspannung, sondern Unterwerfung“. Die Überlegenheit des Warschauer Paktes über die NATO sei im Bereich der konventionellen Streitkräfte mehr als deutlich, lediglich bei interkontinentalen nuklearstrategischen Waffen könne von einer Parität zwischen den USA und der UdSSR gesprochen werden. Ein „klares östliches Übergewicht“ bestehe bei den nuklearen Mittelstreckenraketen, wobei Moskau gerade daran arbeite, dieses durch die Einführung der SS-20-Rakete „dramatisch zu verstärken“. Dadurch drohe die NATO-Nuklearstrategie der „Flexible Response“, der „Fähigkeit des Bündnisses zur flexiblen Erwiderung einschließlich der kontrollierten Eskalation auf allen Stufen“, beeinträchtigt und das Prinzip der Abschreckung unterminiert zu werden. Für das atlantische Bündnis sei deshalb eine „Doppelstrategie“, bestehend aus einer „Kombination der Modernisierung unserer Verteidigungsanstrengungen und gleichzeitigen Rüstungskontrollverhandlungen“, erforderlich.¹²⁶⁹

Jürgen Möllemann bekannte, dass die Diskussion über die Neutronenwaffe für ihn ein „Schockerlebnis“ gewesen sei, da die NATO „den Eindruck von Wankelmütigkeit und unvertretbarer Beeinflußbarkeit durch interessierte Dritte“ hinterlassen habe. Nationale Alleingänge seien in der Verteidigungspolitik nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Die FDP unterscheide sich in Fragen der äußeren Sicherheit gleichermaßen von den Sozialdemokraten

¹²⁶⁶ Vgl. „Der Kanzler war richtig beleidigt“. In: Der Spiegel 8/1979, S. 21-23.

¹²⁶⁷ Vgl. Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation, S. 96.

¹²⁶⁸ Vgl. Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 147.

¹²⁶⁹ Verheugen, Günter (Hrsg.): Das Wichtigste ist der Frieden. Dokumentation des Verteidigungspolitischen Kongresses der Freien Demokratischen Partei am 27./28. April 1979 in Münster. Baden-Baden 1980, S. 33-46.

wie den Unionsparteien und sei „der Garant dafür, daß in unserer Sicherheitspolitik weder die Mentalität des Kalten Krieges noch eine irrationale Entspannungseuphorie eine Chance erhält“. Die freidemokratische Formel für Abrüstung laute deshalb „annähernder Kräftegleichstand auf niedrigerem Niveau“.¹²⁷⁰ Die Münsteraner Debatten im Plenum und in den Arbeitskreisen zeigten jedoch auch, dass nicht alle Liberalen den Ausführungen Genschers und Möllemanns zustimmten. Horst Sassin präsentierte stellvertretend für die Jungdemokraten „Elemente einer alternativen Sicherheitspolitik“, welche die Prämissen der NATO grundsätzlich in Frage stellten. Das Konzept der „Flexible Response“ sei völlig untauglich, da „diese Strategie für die Bundesrepublik sowohl bei einem atomaren als auch bei einem konventionellen Krieg die politische und physische Vernichtung bedeutet“. Die Annahme sowjetischer Überlegenheit sei bereits durch mehrere Studien widerlegt worden, vielmehr müsse sogar von einer Unterlegenheit des Warschauer Paktes gegenüber der NATO ausgegangen werden. Statt über weitere Aufrüstung nachzudenken, sei nun „eine uralte F.D.P.-Forderung“, nämlich „die Entfernung aller atomaren Trägerraketen aus der Bundesrepublik“, zu verwirklichen. Mit dem Postulat, dass das „Bedrohungsverhältnis [...] zwischen den Staaten verschwinden“ müsse, erteilte Sassin dem Prinzip der atomaren Abschreckung eine Absage.

Auch andere Redner bezweifelten die sowjetische Vormachtstellung gegenüber den USA und damit die Notwendigkeit einer westlichen Nachrüstung.¹²⁷¹ Reinhold Kreitmayer schätzte die Kampfstärke des Warschauer Paktes als viel zu schwach ein, um überhaupt einen Angriff auf das westliche Europa in Erwägung ziehen zu können, während Gert Krell darauf verwies, dass die SS-20 aus strategischer Perspektive durchaus einen „Beitrag zur Stabilität“ darstellen könnten. Norbert Döringer sah gar den Westen in der Rolle des eigentlichen Aggressors, denn dieser habe von der Atom- bis zur Neutronenbombe stets den ersten Schritt getan, der Osten sei hingegen immer nur „hinterhergehinkt“. Herbert Wehners Forderung, dass die bundesdeutsche Politik sich endlich vom „Gespenst der Russenangst“ befreien müsse, sei auch von der FDP zu unterstützen.¹²⁷² Der Kongress veranschaulichte die Problematik der politischen Diskussion über die abstrakten technostrategischen Aspekte der äußeren Sicherheit, die selbst unter Experten hochgradig umstritten waren. Wer die Einschätzung der sowjetischen Überlegenheit nicht teilte, konnte auch einer atomaren Nachrüstung der NATO nicht zustimmen, sofern er nicht vom Grundsatz der Parität abweichen wollte. Mitunter

¹²⁷⁰ Ebd., S. 48-57.

¹²⁷¹ Ebd., S. 70-73.

¹²⁷² Ebd., S. 159, 163, 292.

artikulierte sich auch Widerspruch gegen die paradox anmutende Prämisse, dass Atomwaffen den Frieden sichern anstatt ihn zu gefährden, doch stellte die große Mehrzahl der Teilnehmer die Abschreckungslogik nicht grundsätzlich in Frage.

Auf dem Bremer Bundesparteitag im Juni 1979 war die sich in der Diskussion um die Neutronenbombe bereits abzeichnende innerparteiliche Lagerbildung dann nicht mehr zu übersehen. Während Genscher und der von Möllemann geleitete sicherheitspolitische Bundesfachausschuss (BFA 2) für die schon in Münster beworbene Kombination aus Nachrüstung der NATO und Verhandlungsangebot an die Sowjetunion plädierten, lehnte der außenpolitische Bundesfachausschuss (BFA 1) unter Leitung von William Borm diese Maßnahme mit Verweis auf die entspannungspolitische Tradition der Freidemokraten und die Erfolge der Neuen Ostpolitik ab.¹²⁷³ Borm, der trotz seines hohen Alters politisch den Jungdemokraten nahestand, galt als liberales Urgestein und moralische Instanz in der FDP.¹²⁷⁴ Bereits in Weimar für die nationalliberale DVP aktiv, engagierte er sich nach Gründung der DDR für die *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands* (LDP) und musste wegen seiner politischen Aktivitäten eine fast zehnjährige Haftstrafe absitzen. Nach seiner Entlassung trat Borm in West-Berlin in die FDP ein, wurde deren Landes- und Ehrenvorsitzender und war seit 1960 auch Mitglied des Bundesvorstands. Selbst der ihm nicht sonderlich nahestehende Hans-Dietrich Genscher lobte sein politisches Lebenswerk in den höchsten Tönen.¹²⁷⁵ Erst nach Borms Tod wurde bekannt, dass dieser seit seiner Haftentlassung als Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit tätig gewesen war, wobei über die Beweggründe nur spekuliert werden kann. In jedem Fall stammten nicht wenige seiner Reden aus der Feder von MfS-Mitarbeitern.¹²⁷⁶ Die auf vermeintlich pazifistischen Motiven beruhende ablehnende Haltung Borms gegenüber jeder westlichen Nachrüstung fand zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht viele Unterstützer unter den Freidemokraten. Am 13. August gab das Präsidium, wenig später auch die Bundestagsfraktion die Zustimmung für die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik bei gleichzeitigem Angebot an die UdSSR zu Gesprächen über eine gemeinsame Abrüstungsinitiative.¹²⁷⁷

Auf den Vorschlag Leonid Breschnews, eine gewisse Anzahl sowjetischer Soldaten und Panzer aus der DDR abzuziehen sowie die atomaren Mittelstreckenraketen innerhalb der

¹²⁷³ Vgl. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 181-182.

¹²⁷⁴ Vgl. Verheugen: Der Ausverkauf, S. 147.

¹²⁷⁵ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 137/1975, S. 1-2.

¹²⁷⁶ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 315.

¹²⁷⁷ Vgl. Genscher: Erinnerungen, S. 414.

UdSSR weiter nach Osten zu verlegen, um die NATO zu einem Verzicht auf ihre geplante Nachrüstung zu bewegen, reagierte Genscher äußerst zurückhaltend, da ein Standortwechsel keinen Beitrag zur Parität leiste.¹²⁷⁸ Diese Haltung befeuerte bei vielen Sozialdemokraten, aber auch manchen Liberalen den Verdacht, dass der Außenminister eigentlich nicht wirklich an Abrüstung interessiert sei.¹²⁷⁹ Moskau erkannte das Konfliktpotenzial innerhalb der Bundesregierung und machte Genscher somit kurzerhand zum Sündenbock für die stagnierenden Rüstungskontrollverhandlungen. Ein Berater Breschnews erklärte im sowjetischen Fernsehen, der bundesdeutsche Außenminister fordere als einziger westlicher Politiker einseitige Vorleistungen vom Warschauer Pakt. Auch in der kommunistischen Parteizeitung *Prawda* wurde Genscher heftig angegriffen, nachdem er die Sowjetunion zur Einstellung der Produktion von SS-20-Raketen aufgerufen hatte. In der FDP zeigte man sich irritiert darüber, dass aus den Reihen des Koalitionspartners kaum ein Wort zur Verteidigung des liberalen Parteivorsitzenden zu hören war. Der gab sich indes unbeeindruckt und beharrte weiterhin auf der Ansicht, dass nicht die westliche Nachrüstung, sondern die östliche Vorrüstung das eigentliche Sicherheitsproblem darstelle.¹²⁸⁰

Auch ein Besuch des sowjetischen Außenministers Andrei Gromyko in Bonn brachte keine nennenswerten Fortschritte, da Moskau die Prämisse, dass die NATO dem Warschauer Pakt rüstungstechnisch unterlegen sei, nicht akzeptierte. So beschlossen die Staaten des nordatlantischen Bündnisses am 12. Dezember 1979 in Brüssel die Stationierung atomar bestückter Mittelstreckenraketen, wobei die USA zugleich Verhandlungen mit der UdSSR über die Begrenzung dieses Waffentyps mit dem Ziel eines Gleichgewichts auf niedrigem Niveau führen sollten. Der Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses ging wesentlich auf das Wirken der Bundesregierung zurück. Hans-Dietrich Genscher, dem nicht selten Prinzipienlosigkeit nachgesagt wurde, ließ zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran aufkommen, dass er vom Doppelbeschluss zutiefst überzeugt war, ihn gar als den wichtigsten außenpolitischen Beitrag der Koalition seit der Neuen Ostpolitik ansah.¹²⁸¹ Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan rund zwei Wochen später läutete einen „Zweiten Kalten Krieg“¹²⁸²

¹²⁷⁸ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 285/1979, S. 1-2.

¹²⁷⁹ Vgl. Aus der Ecke raus. In: Der Spiegel 42/1979, S. 26-29.

¹²⁸⁰ Vgl. Die Raketen-Entscheidung der Nato rückt näher - Moskau droht und lockt. In: FAZ vom 5.11.1979, S. 1.

¹²⁸¹ Vgl. Genscher: Erinnerungen, S. 411-428.

¹²⁸² Der in der Presse und Öffentlichkeit verwendete Begriff weist darauf hin, dass viele Zeitgenossen den Kalten Krieg im Zuge der Entspannungspolitik der 1960er Jahre bereits für beendet gehalten hatten. Vgl. Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation, S. 2.

zwischen Ost und West ein und schien Genscher in seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber Moskau zu bestätigen.

Der NATO-Doppelbeschluss als Aushängeschild der „Realistischen Entspannungspolitik“ bildete neben Otto Graf Lambsdorffs Wirtschafts- und Gerhart Baums Innenpolitik die dritte Säule der FDP im Bundestagswahlkampf 1980. Anders als Lambsdorff und Baum hatte Genscher dabei tatsächlich jene Wähler im Blick, die sich in der Mitte des politischen Spektrums verorteten und gegenüber dem Ostblock weder eine harte Konfrontationspolitik á la Franz Josef Strauß noch ein unbedingtes Festhalten am „Wandel durch Annäherung“, wie von Herbert Wehner propagiert, befürworteten. Das Wahlprogramm verkündete, dass die FDP „die Politik des Ausgleichs und der Entspannung gegenüber dem Osten auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts fortsetzen“ und zudem „alles daransetzen“ werde, die 1980er Jahre zu einem „Jahrzehnt der Abrüstung“ zu machen. Zugleich bekannte man sich zur „Strategie der Abschreckung“, welche „die Fähigkeit zur glaubwürdigen Verteidigung“ voraussetze und „nur im bewährten Rahmen eines politisch handlungsfähigen und militärisch effektiven NATO-Bündnisses erfolgen“ könne.¹²⁸³

Die nicht ganz konsistent erscheinende Forderung, zugleich auf Abrüstung *und* Abschreckung zu setzen, rief jedoch auch Kritiker auf den Plan: Die Freidemokraten traten im Wahlkampf hinsichtlich der äußeren Sicherheit nicht derart geschlossen auf wie in anderen Bereichen. Besonders William Borm wandte sich gegen Genschers Kurs und versuchte, mit der *Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit* eine sozial-liberale Sammlungsbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss zu mobilisieren.¹²⁸⁴ Aber auch gemäßigte Linksliberale wie Ingrid Matthäus-Maier beklagten, dass die FDP „zum ersten Mal nicht mehr uneingeschränkt als der eigentliche Garant für die Fortsetzung des bisherigen [...] außenpolitischen Kurses“ wahrgenommen werde und unter Genscher eine „Annäherung an CDU-Positionen“ vorgenommen habe.¹²⁸⁵ Der Außenminister ließ jedoch keine Selbstzweifel erkennen und gab den „westlichen Billigmachern“, welche zu große Nachsicht gegenüber der Sowjetunion walten ließen, die Schuld am behäbigen Verlauf der Abrüstungsgespräche.¹²⁸⁶ In einem Rundschreiben an alle Parteimitglieder erklärte Genscher, dass er all jenen entschlossen entgegentreten werde, „die sich gegen die von der Bundesregierung für notwendig gehaltenen Verteidigungsmaßnahmen wenden, die mit der Bundeswehr nichts im

¹²⁸³ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 15-18.

¹²⁸⁴ Vgl. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 190.

¹²⁸⁵ Matthäus-Maier, Ingrid: Kein Grund zur Resignation. In: Liberal 1980, S. 409-410.

¹²⁸⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 128/1980, S. 1-2.

Sinn haben und [...] für die die Westbindung mehr notwendiges Übel als eine Sache gemeinsamer Überzeugungen und Wertvorstellungen ist“.¹²⁸⁷

Nach der für die FDP überaus erfolgreichen Bundestagswahl beanspruchte der Parteivorsitzende eine noch stärkere Rolle bei der Gestaltung der äußeren Sicherheitspolitik und kalkulierte dabei auch eine verschärfte Konfrontation mit dem Koalitionspartner ein.¹²⁸⁸ Kritische Stimmen mehrten sich aber auch in der eigenen Partei: Klaus Scholder rief in der *Liberal* dazu auf, den Doppelbeschluss angesichts einer militärisch und ökonomisch geschwächten Sowjetunion nochmals zu überdenken,¹²⁸⁹ und Günter Verheugen räumte zumindest ein, dass die Diskrepanz zwischen den Reden über Abrüstung und den Ausgaben für Aufrüstung nicht nur für junge Menschen schwer verständlich sei.¹²⁹⁰ Ende Februar 1981 unterbreitete Breschnew der NATO den Vorschlag, ein Moratorium für Mittelstreckenwaffen zu verhängen und die Kräfteverhältnisse somit auf dem derzeitigen Stand einzufrieren. Genscher wies diese Initiative, die in beiden Regierungsparteien durchaus Anklang fand, wegen der bereits erfolgten Stationierung der sowjetischen SS-20 zurück und überzeugte auch den Bundeskanzler davon, nicht auf die Avancen aus Moskau einzugehen. Der Außenminister sah in Breschnews Vorschlag lediglich einen notdürftig bemäntelten Versuch, die Überlegenheit der UdSSR im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen dauerhaft festzuschreiben.¹²⁹¹ Spätestens jetzt war eine Entwicklung nicht mehr aufzuhalten, die der *Spiegel* als „Genschers Alptraum“ titulierte: „Wie Anfang der 60er Jahre die Ostermarschierer könnten demnächst Grüne, linke Freidemokraten und Sozialdemokraten, aber auch kirchliche Gruppen und Kommunisten gemeinsam auf die Straße gehen.“¹²⁹²

Die neue außerparlamentarische Bewegung entstand nicht in einem politischen Vakuum, sondern rekrutierte sich vor allem aus dem ökologischen Protestmilieu mit seiner starken antinuklearen Stoßrichtung.¹²⁹³ Wie schon bei den Demonstrationen gegen die zivile Nutzung der Atomkraft verband sich die Skepsis gegenüber einer allzu fortschrittsgläubigen, technokratischen Politik mit der Furcht vor einer nuklearen Katastrophe, die in diesem Fall gar zur Vernichtung der gesamten Menschheit führen könnte. Dabei negierten die Nachrüstungsgegner keineswegs die Notwendigkeit einer äußeren Sicherheitspolitik, doch

¹²⁸⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 291/1980, S. 3.

¹²⁸⁸ Vgl. Nicht bewegungsfähig. In: Der Spiegel 42/1980, S. 21-22.

¹²⁸⁹ Scholder, Klaus: Selbstvertrauen zur Entspannung. In: Liberal 1981, S. 2-3.

¹²⁹⁰ Freie Demokratische Korrespondenz 21/1981, S. 1.

¹²⁹¹ Vgl. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 192.

¹²⁹² „Dann kippt der ganze Nato-Beschluß“. In: Der Spiegel 10/1981, S. 19-22.

¹²⁹³ Vgl. Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 149.

verfügten sie über ein grundlegend anderes Verständnis von Sicherheit als die verantwortlichen Politiker. Die Legitimität der atomaren Abschreckung wurde von ihnen ebenso wenig anerkannt wie ein Friedenszustand, der nur auf Basis gegenseitiger Vernichtungsdrohungen aufrecht erhalten werden konnte.¹²⁹⁴ Die „Neue Friedensbewegung“ erneuerte eine Konfliktlinie in der FDP, die bereits aus der Hochphase der Anti-Atomkraft-Bewegung bekannt war: Sollte man die Demonstranten als potenzielle Partner oder als politische Gegner behandeln, mithin den Dialog oder eher die Konfrontation suchen? Für die Jungdemokraten stellte sich diese Frage nicht, denn der parteinahe Jugendverband bekannte sich auf seiner Bundeskonferenz Anfang März 1981 zur Fundamentalopposition gegen den Doppelbeschluss. Die Zurückweisung von Breschnews Moratoriumsvorschlag durch die Bundesregierung und die Rüstungspläne des neuen US-Präsidenten Ronald Reagan wertete der DJD-Vorsitzende Christoph Strässer als „Startschuß zu einem neuen Wettrüsten“. Gastredner William Borm rief zu einer neuen Massenbewegung gegen den „Atommord“ auf, die noch dringlicher sei als in den Fünfziger Jahren, und warnte die FDP davor, ihre antinukleare Tradition vollends in Vergessenheit geraten zu lassen.¹²⁹⁵

Genscher war äußerst besorgt über die Aktivitäten von Borms BFA 1, der sich immer mehr zur innerparteilichen Keimzelle des Widerstandes gegen seine „Realistische Entspannungspolitik“ entwickelte. Als sich der Außenminister auf einer Dienstreise in Polen befand, entsandte er seine Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher zu einem Treffen des außenpolitischen Bundesfachausschusses, um ihm über dessen Arbeitsprozess Bericht zu erstatten. Besonders erzürnt hatte den Parteivorsitzenden ein von Borm initiiertes „friedenspolitischer Aufruf“ an die Basis, in der er die von der Bundesregierung vertretene Sicherheitspolitik hart kritisierte und dazu aufforderte, auf dem Ende Mai in Köln stattfindenden Bundesparteitag eine Kehrtwende zu erzwingen. Umso mehr musste es Genscher alarmieren, dass Borms Initiative in den Landesverbänden durchaus begrüßt wurde: Mit Uwe Ronneburger, Klaus Brunnstein und Horst-Jürgen Lahmann äußerten sich die Parteivorsitzenden von Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen kurz vor ihren jeweiligen Parteitagten äußerst kritisch über den aktuellen ostpolitischen Kurs, selbst aus der konservativen niedersächsischen FDP kam reichlich Gegenwind. Nicht wenige Liberale vertraten die Ansicht, dass der Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses gegenüber dem

¹²⁹⁴ Vgl. Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 542-543.

¹²⁹⁵ Zit. n. Baum und Verheugen umwerben die Jungdemokraten. In: FAZ vom 9.3.1981, S. 5.

Nachrüstungsteil de facto längst in den Hintergrund gerückt sei und im Grunde nur noch schmückendes Beiwerk darstelle.¹²⁹⁶

Obwohl die Außenpolitik auf dem Kölner Parteitag eigentlich keine Rolle spielen sollte, sah sich der Bundesvorstand nun gezwungen, einen eigenen Leitantrag mit besonderer Betonung auf den Entspannungswillen und der Notwendigkeit von ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zu formulieren. Die FAZ berichtete Anfang April in mehreren Artikeln, dass eine gemeinsame Sitzung der rivalisierenden Bundesfachausschüsse Borms und Möllemanns geplant sei, um in Köln einen von beiden Lagern unterstützten Antrag einbringen zu können. Die Angehörigen des BFA 1 gaben daraufhin bekannt, keinerlei Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung erhalten zu haben. Tatsächlich arbeitete der BFA 2 längst an einem eigenen Antrag im Sinne des Präsidiums und des Bundesvorstands, der vom BFA 1 auf der gemeinsamen Sitzung nur noch abgenickt werden sollte. Als die offizielle Einladung durch Generalsekretär Verheugen doch noch erfolgte, lehnte William Borm diese erwartungsgemäß ab.¹²⁹⁷

Prominente Liberale bereisten derweil die zahlreichen Landesparteitage, um allzu kritische Beschlüsse gegen die Nachrüstung zu verhindern. Otto Graf Lambsdorff machte sich in Schleswig-Holstein für den Doppelbeschluss stark und befand, es sei eine absurde Tatsachenverdrehung, der Sowjetunion wegen Breschnews Angebot Abrüstungswillen zu attestieren, während man den USA diesen abspreche. Den 600 eurostrategischen Mittelstreckenraketen der UdSSR habe der Westen bislang lediglich 18 französische Raketen entgegensetzen, was die NATO erpressbar mache und den Frieden gefährde. Der Bundeswirtschaftsminister fand bei den Delegierten aber nur bedingt Gehör: Zwar wurde ein Antrag über die vollständige Aufhebung des Doppelbeschlusses mit einer Dreiviertel-Mehrheit abgelehnt, dafür jedoch die sofortige Gesprächsaufnahme mit der Sowjetunion unter der Einbeziehung der Möglichkeit eines Moratoriums verlangt. Bei einem Scheitern der Verhandlungen müsse die Nachrüstung so durchgeführt werden, dass die amerikanischen Mittelstreckenraketen nicht auf europäischem Boden, sondern auf See stationiert werden.¹²⁹⁸ Der niedersächsische Landesparteitag forderte ebenfalls, dass Gespräche zwischen dem Westen und Moskau ohne Vorbedingungen stattfinden müssten, um eine atomare

¹²⁹⁶ Vgl. Schwere Zeiten. In: Der Spiegel 14/1981, S. 24-25.

¹²⁹⁷ Vgl. Kramer: Die FDP und die äussere Sicherheit, S. 196-197.

¹²⁹⁸ Vgl. Lambsdorff bereist die Landesparteitage. In: FAZ vom 27.4.1981, S. 4.

Nachrüstung überflüssig zu machen. Weitere kritische Stellungnahmen kamen aus den Landesverbänden Hamburg und Bremen.¹²⁹⁹

Es ließ sich nicht mehr übersehen, dass die Außenpolitik inzwischen den größten Zankapfel innerhalb der FDP darstellte, nachdem sie jahrelang im Grunde überhaupt nicht diskutiert worden war. Entsprechend groß war der Druck auf Hans-Dietrich Genscher im Vorfeld des anstehenden Bundesparteitages. Zwar verabschiedeten sowohl das Präsidium als auch der Bundesvorstand Erklärungen mit einem klaren Bekenntnis zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses,¹³⁰⁰ und der Außenminister versicherte, dass er „überhaupt keinen Zweifel“ an einer nach wie vor bestehenden Mehrheit für seine Politik habe.¹³⁰¹ Andererseits war jedoch allen Beteiligten bewusst, dass ein Votum gegen den Doppelbeschluss oder auch nur die Forderung nach gravierenden Veränderungen die Partei und möglicherweise gar die Regierung in eine tiefe Krise stürzen würde. Günter Verheugen warnte im *Spiegel* alle Gegner der Nachrüstung davor, mit ihrer Haltung die sozial-liberale Koalition in Gefahr zu bringen.¹³⁰² Dennoch unterzeichneten 600 Funktionsträger aus den Landesverbänden eine Resolution mit der Forderung nach sofortiger Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen.¹³⁰³ Auch die Bundestagsfraktion zeigte sich in ihrer Sitzung am 25. Mai 1981 gespalten: Während sich Genscher, Lambsdorff und Möllemann gegen jede Änderung am Doppelbeschluss verwehrten, äußerten Hölscher, Matthäus-Maier und Schuchardt Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA sowie der Prämisse der sowjetischen Überlegenheit und kritisierten die mangelhafte innerparteiliche Debattenkultur in der Nachrüstungsfrage. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick warnte davor, die Gegner des Doppelbeschlusses auf dem Bundesparteitag als kommunistische Helfer abzustempeln statt eine sachliche und faire Auseinandersetzung zu führen. Genscher hielt dem entgegen, er empfinde den Vorwurf seiner Gegner als schmerzlich, dass die Befürworter des Doppelbeschlusses in Wahrheit gar nicht verhandeln, sondern nur rüsten wollen.¹³⁰⁴

Als die Delegierten vier Tage später in Köln zusammentrafen, wurden grundverschiedene Anträge zur äußeren Sicherheit eingebracht, wobei insbesondere der vom BFA 2 ausgearbeitete Leitantrag des Bundesvorstandes und die von William Borms BFA 1

¹²⁹⁹ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 133.

¹³⁰⁰ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 64/1981, S. 1.

¹³⁰¹ Freie Demokratische Korrespondenz 62/1981, S. 2.

¹³⁰² „Nichts ist Tabu, alles muß auf den Tisch“. In: Der Spiegel 22/1981, S. 34-36.

¹³⁰³ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 133.

¹³⁰⁴ Protokoll der Bundestagsfraktionssitzung vom 25.5.1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundestagsfraktion, A49- 29, S. 82-85.

vorgelegte Fassung in scharfem Widerspruch zueinander standen. Letzterer stellte explizit „den Vorrang der Verhandlung vor dem Vollzug der Rüstung“ heraus, welche nur dann in Betracht komme, „wenn es durch Verschulden der anderen Seite nicht zu ernsthaften Verhandlungen kommt oder wenn in der [...] gesetzten Frist keine befriedigenden Verhandlungsergebnisse erzielt werden können“.¹³⁰⁵ Der Bundesvorstand erklärte den Doppelbeschluss hingegen für „unteilbar“, weshalb dieser „weder durch mangelnde Entschlossenheit zur Nachrüstung noch durch mangelnde Verhandlungsbereitschaft“ in Frage gestellt werden dürfe. Als Reverenz an alle Skeptiker wurde zwar auch auf die antinukleare Tradition der FDP und dem Fernziel der vollständigen Beseitigung aller Atomwaffen verwiesen, doch zugleich davor gewarnt, „in einem vagen Neutralismus [...] Zuflucht zu suchen“.¹³⁰⁶

Hierin lag der eigentliche Grund für das tiefe Misstrauen gegenüber den Kritikern des Doppelbeschlusses, die aus Sicht der Parteiführung mit der Nachrüstung zugleich die Westbindung der Bundesrepublik zur Disposition stellten und ebenso wie manche Sozialdemokraten letztlich eine „Finnlandisierung“ Deutschlands anstrebten. Auf den lautstärksten Genscher-Kritiker traf dies zweifellos zu: William Borm wies in Köln zwar die Ansicht zurück, er befinde sich in „persönlicher Gegnerschaft“ zum Außenminister, urteilte jedoch abermals vernichtend über dessen Politik. Es zeuge von „stupider Einfallslosigkeit“ zu glauben, Gewaltandrohung nur mit Gewaltandrohung begegnen zu können. Der 85-Jährige konstatierte, er erlebe „wieder das gleiche wie 1914“, mit dem einzigen Unterschied, dass die Bevölkerung inzwischen „aufgewacht“ sei. Es müsse die Aufgabe einer liberalen Partei sein, auf die „Stimme der Bevölkerung“ zu hören. Die Stationierung der Pershing-II-Raketen berge die Gefahr, „daß das Risiko von den Amerikanern auf Europa überwältzt wird“, und die FDP befinde sich mit ihrem bisherigen Kurs auf dem Weg in eine „Raketenkoalition“ mit den Unionsparteien.

Es zeigten jedoch bei weitem nicht alle Zweifler an Genschers Sicherheitspolitik Affinität zu neutralistischem und antiamerikanischem Gedankengut. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Jürgen Morlok distanzierte sich zwar unmissverständlich von Borms Ausführungen, bezweifelte aber den ernsthaften Verhandlungswillen der Reagan-Regierung und damit die Tauglichkeit des Doppelbeschlusses. Als einen Kompromissvorschlag zwischen den Positionen des Bundesvorstandes und des BFA 1 brachte der Landesverband

¹³⁰⁵ Antrag des BFA 1 für den Bundesparteitag in Köln vom 29. bis 31. Mai 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesfachausschüsse, A44-35, S. 10.

¹³⁰⁶ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen, S. 92-93.

Schleswig-Holstein den Antrag ein, die amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem Meer statt auf dem Festland zu stationieren, um die Bundesrepublik nicht zur Zielscheibe eines möglichen atomaren Erstschlags zu machen und guten Willen gegenüber der Sowjetunion zu signalisieren. Landesvorstandsmitglied Heiner Bremer sah darin die letzte Chance, das Anschwellen einer „Antibewegung“ zu vermeiden, „deren Außmaße wir nicht mehr im Griff hätten“. Auch Ingrid Matthäus-Maier und *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein sprachen sich für eine Seestationierung aus.¹³⁰⁷

Hans-Dietrich Genscher zeigte sich jedoch seinen radikalen wie gemäßigten Kritikern gegenüber gleichermaßen unnachgiebig, unter keinen Umständen wollte der Außenminister den Doppelbeschluss in irgendeiner Form antasten. In seiner Eröffnungsrede kritisierte er bereits „billigen Anti-Amerikanismus“ und „Monopolansprüche auf moralische Positionen“, die einer liberalen Grundhaltung widersprechen. Wer die Abschreckungsfähigkeit des Westens mindere, was auch durch eine Seestationierung geschehen würde, gefährde „die physische Existenz unseres Volkes“. Der „Schlüssel zur Nulloption“, also dem völligen Verzicht auf Nuklearwaffen, liege allein in Moskau, da die „Mittelstreckenvorrüstung“ der Sowjetunion dem Westen die Nachrüstung aufgezwungen habe. Nach Gesprächen mit Ronald Reagan und dessen Außenminister Alexander Haig „verbürge“ er sich für den ernsthaften Verhandlungswillen der Vereinigten Staaten.¹³⁰⁸ Nach den vielen kritischen Einwänden der Delegierten griff der Bundesvorsitzende, wie zuvor Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag, zum äußersten Mittel, um die Zustimmung zum Doppelbeschluss sicherzustellen:

„Hier geht es um eine Gewissensfrage. Wollen Sie ernsthaft erwarten, daß die beiden Männer, die an der Spitze dieser Regierung stehen, die sich nach reiflicher Gewissensprüfung entschieden haben, für den Doppelbeschuß in dieser Form einzutreten, gegen ihr Gewissen eine Politik durchzuführen [sic], weil ein Parteitag es beschlossen hat? Dann gäbe es für mich nur noch die Lösung des Konflikts, wenn Sie es beschließen, daß ich dann die Verantwortung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in der Bundesregierung nicht mehr tragen könnte.“¹³⁰⁹

Genscher kam dabei zugute, dass sich mit Innenminister Gerhart Baum der profilierteste Linksliberale uneingeschränkt zum Doppelbeschluss bekannte.¹³¹⁰ Die freidemokratische Ministerriege trat in der Nachrüstungsfrage ebenso geschlossen auf wie bei der Kernkraft-

¹³⁰⁷ Protokoll des Bundesparteitages in Köln vom 29. bis 31. Mai 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, 4049, S. 169-293.

¹³⁰⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 80/1981, S. 11-14.

¹³⁰⁹ Protokoll des Bundesparteitages in Köln vom 29. bis 31. Mai 1981. In: Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundesparteitage, 4049, S. 302.

¹³¹⁰ Ebd., S. 344-346.

Kontroverse einige Jahre zuvor, und das Dilemma der mehrheitlich linken Kritiker erlebte eine Neuauflage: Bei einer erfolgreichen Revolte gegen die Parteispitze drohte das Ende der sozial-liberalen Koalition. Zwar verstummten die kritischen Stimmen auch nach der unverhohlenen Rücktrittsdrohung nicht – besonders Genschers Appell an das Gewissen und die Verquickung von Personal- und Sachfragen erzeugten heftigen Widerspruch¹³¹¹ – doch eine Mehrheit gegen den Außenminister war unter diesen Umständen höchst unwahrscheinlich. Am Ende stimmten 271 Delegierte für den unveränderten Leitantrag des Bundesvorstands und 103 dagegen, während sich acht von ihnen enthielten.¹³¹² Dass trotz der Rücktrittsdrohung mehr als ein Viertel der Stimmberechtigten gegen die Linie Genschers votierten, machte den Abstimmungserfolg für den Parteivorsitzenden zu einem Pyrrhussieg. Dementsprechend diagnostizierte auch die Presse, dass die FDP eine zutiefst gesplante Partei sei und Genschers Position in Köln mitnichten gestärkt habe.¹³¹³

Die auf dem Bundesparteitag unterlegenen Nachrüstungsgegner zeigten sich folglich auch keineswegs entmutigt, sondern kämpften jetzt erst recht gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen. Die Jungdemokraten schmiedeten an einer Allianz mit den Jungsozialisten gegen die sozial-liberale Außenpolitik und sammelten Unterschriften, um zu demonstrieren, „daß die Parteibasis nicht geschlossen hinter Genschers Rüstungspolitik steht“. ¹³¹⁴ William Borm agitierte weiterhin mit allen Mitteln gegen den Doppelbeschluss und veröffentlichte im *Spiegel* eine radikale Abrechnung mit der Politik des Außenministers, die de facto in einem Aufruf zum Volksaufstand gegen die Bundesregierung gipfelte:

„Genscher hat [...] nie die umfassende Philosophie der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition seit 1969 für sich übernommen. [...] Mit Genscher als Außenminister ging die eigentliche Ära sozialliberaler Außenpolitik zu Ende. [...] Genschers Begriff vom „Gleichgewicht“ auf jede einzelne Waffengattung und regional bezogen, führt zu unseriöser Informationspolitik der Bundesregierung, indem vermeintliche Überlegenheiten des Ostens betont, die eigenen aber bagatellisiert werden. Die sogenannte „Nach“-Rüstung ist hierfür ein fatales Beispiel. Die ungeprüfte Ablehnung sowjetischer Abrüstungsanbieten, einschließlich Moratorien, und die rigorose Durchsetzung der weiteren atomaren Aufrüstung auf deutschem Boden durch den Außenminister ist entspannungspolitisch bedenklich und sicherheitspolitisch letztlich existenzbedrohend. Genscher legt [...] die letzte Entscheidung über den Fortbestand der deutschen Nation in fremde Hände. Gegen

¹³¹¹ Ebd., S. 331, 340.

¹³¹² Ebd., S. 379.

¹³¹³ Vgl. ZEIT 24/81: Kaiser, Carl-Christian: Kalkulationen in Köln. In: Die Zeit 24/1981. Gennrich, Claus: Der Neutralismus in der FDP. In: FAZ vom 1.6.1981, S. 10.

¹³¹⁴ Zit. n. Pazifismus '81: „Selig sind die Friedfertigen“. In: Der Spiegel 25/1981, S. 24-32.

den Einsatz atomarer Kampfmittel von deutschem Boden aus haben wir kein Veto-Recht. Der Protest der Bevölkerung wird zur nationalen Pflicht. Wir sind keine Atomkolonie der USA.“¹³¹⁵

Die Entscheidung Ronald Reagans, die Neutronenbombe nun doch produzieren zu lassen, brachte die freidemokratischen Befürworter des Doppelbeschlusses im August 1981 in Erklärungsnot, hatte sich ihr Parteivorsitzender doch erst kurz zuvor für den ernsthaften Willen des US-Präsidenten zur Abrüstung verbürgt. Wolfgang Mischnick verwies deshalb auf die Notwendigkeit der Einbeziehung von Neutronenwaffen in Rüstungskontrollverhandlungen und erklärte, die FDP „hätte es begrüßt, wenn diese Einbeziehung vor einer Produktionsentscheidung vorgenommen worden wäre“.¹³¹⁶ Günter Verheugen diagnostizierte ein „beachtliches Informations- und Kommunikationsdefizit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten“ und bezweifelte das „Gespür für die politischen und psychologischen Zusammenhänge dieser Fragestellung in Europa“ seitens der Reagan-Administration.¹³¹⁷ Die für den 10. Oktober angesetzte große Friedensdemonstration in Bonn, die sich explizit gegen den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses richtete, zielte für den Generalsekretär gleichwohl „ins Herz der sozialliberalen Koalition“.¹³¹⁸ Genscher hatte für eine derartige Initiative erwartungsgemäß nicht das geringste Verständnis und bezichtigte die Demonstranten schon im Vorfeld, die Verhandlungsposition des Westens gegenüber der Sowjetunion zu schwächen.¹³¹⁹ Dahinter stand auch die Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung der Friedensbewegung, die wie schon die Anti-Atomkraft-Bewegung nahezu das gesamte politische Spektrum umfasste und wenig Berührungsängste gegenüber linksextremen Gruppierungen zeigte.

Am 1. Oktober 1981 veröffentlichte die FDP eine Einladung an die politischen Jugendverbände zu einer Diskussionsveranstaltung über das Thema Frieden und Abrüstung am Vorabend der Bonner Demonstration,¹³²⁰ die nur zwei Tage später von Genscher widerrufen wurde, weil man keinen geeigneten Raum gefunden habe.¹³²¹ Eine konsistente Linie im Umgang mit der neuen außerparlamentarischen Bewegung war nicht zu erkennen, die Haltungen innerhalb der Partei reichten von völliger Ablehnung über wohlwollende Dialogbereitschaft bis hin zu ungeteilter Zustimmung: 16 der 54 freidemokratischen Bundestagsabgeordneten kündigten ihre Teilnahme an der großen Friedensdemonstration an.

¹³¹⁵ „Wir sind keine Atomkolonie der USA“. In: Der Spiegel 35/1981, S. 31-32.

¹³¹⁶ Freie Demokratische Korrespondenz 123/1981, S. 1.

¹³¹⁷ Freie Demokratische Korrespondenz 127/1981, S. 1.

¹³¹⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 161/1981, S. 2.

¹³¹⁹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 165/1981, S. 1.

¹³²⁰ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 167/1981, S. 1.

¹³²¹ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 171/1981, S. 3.

Dies entsprach einem prozentual höheren Anteil als beim sozialdemokratischen Koalitionspartner, der 46 seiner insgesamt 228 Fraktionsmitglieder nicht von der Mitwirkung abbringen konnte.¹³²² Die 300.000 Teilnehmer, welche die Demonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981 zur bis dahin größten ihrer Art in der Geschichte der Bundesrepublik machten, beeindruckten mit ihrem friedfertigen Auftreten offenkundig auch jene Liberalen, die ihre Zielsetzungen nicht teilten. Das Parteipräsidium veröffentlichte am folgenden Tag eine Erklärung, welches die „differenzierte Haltung“ der Demonstranten lobte, die der „Einseitigkeit des Aufrufs zu der Veranstaltung und der Reden“ nicht entsprochen habe. Dies zeuge von der großen Chance „für eine rationale Friedensdiskussion in der Bundesrepublik“.¹³²³ Generalsekretär Verheugen sah sich dazu veranlasst, „einige frühere Beurteilungen zu revidieren“,¹³²⁴ und Innenminister Baum befand, der 10. Oktober sei „kein Tag des Kleinmuts in dieser Demokratie“ gewesen.¹³²⁵

Auch wenn der zwei Wochen später in Mainz abgehaltene Bundeshauptausschuss die Nachrüstung nicht thematisierte, erhielt die innerparteiliche Diskussion durch die Bonner Demonstration neuen Auftrieb. Wolfgang Mischnick und Günter Verheugen gingen nun erstmals auf vorsichtige Distanz zur Linie des Bundesaußenministers: Während der Fraktionsvorsitzende in einer Erklärung die alte FDP-Forderung in Erinnerung rief, das militärische Blocksystem durch ein gesamteuropäisches Friedenssystem zu ersetzen,¹³²⁶ stellte der Generalsekretär in einem Beitrag für die Zeitschrift *Liberal* die Zuverlässigkeit der amerikanischen Regierung und die Nuklearstrategie der NATO in Frage.¹³²⁷ In Baden-Württemberg setzten Nachrüstungsgegner um den Heidelberger Kreisvorsitzenden David John Williams die Einberufung eines Sonderparteitages durch, der sich ausschließlich der Friedens- und Abrüstungspolitik widmen sollte.¹³²⁸ Dieser wurde am 27. Februar 1982 in Göppingen abgehalten und von zahlreichen Delegierten als Bühne für heftige Attacken gegen die Parteiführung in Bonn und insbesondere Genschers Sicherheitspolitik genutzt.¹³²⁹ Der Landesvorsitzende Jürgen Morlok sah die geplante Stationierung der Pershing-II-Raketen zwar selbst äußerst kritisch, wollte jedoch verhindern, dass sich der Parteitag grundsätzlich gegen den Doppelbeschluss aussprach. Dabei kam ihm zugute, dass seit November 1981 in

¹³²² Vgl. Marsch auf Bonn - Deutschlands größte Friedensdemonstration. In: Die Zeit 42/1981.

¹³²³ Freie Demokratische Korrespondenz 174/1981, S. 1.

¹³²⁴ Neue Bonner Depesche 10/1981, S. 3.

¹³²⁵ Neue Bonner Depesche 2/1982, S. 14.

¹³²⁶ Neue Bonner Depesche 12/1981, S. 5.

¹³²⁷ Verheugen, Günter: F.D.P. und Friedensdiskussion. In: Liberal 1981, S. 806-810.

¹³²⁸ Vgl. Sehr empfindlich. In: Der Spiegel 50/1981, S. 61.

¹³²⁹ Vgl. Hauser, Bert: Morloks mißglückte Flucht nach vorn. In: FAZ vom 3.3.1982, S. 4.

Genf Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der UdSSR stattfanden, womit dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses entsprochen wurde. Wer diesen also gänzlich verwerfen wolle, so Morlok, spreche sich damit faktisch gegen eine realistische Chance auf Abrüstung aus. Ein Antrag des Kreisverbandes Freiburg gegen den Doppelbeschluss wurde schließlich mit 260 zu 113 Stimmen abgelehnt. Eine überwältigende Mehrheit stimmte aber dem Leitantrag des Landesvorstandes zu, der als friedenspolitische Perspektive für die 1980er Jahre die Einrichtung einer ABC-waffenfreien Zone in Europa forderte.¹³³⁰ Als Konzession an die Nachrüstungsgegner nahm der Beschluss auch die explizite Forderung auf, dass die Genfer Gespräche bis Ende 1983 zumindest Teilergebnisse liefern müssen, welche die Stationierung der Mittelstreckenraketen überflüssig machen. Das Parteipräsidium in Bonn veröffentlichte daraufhin eine Erklärung mit der Feststellung, dass die Position der Südwest-FDP keineswegs identisch mit der Haltung der Friedensbewegung sei, da die Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone ausdrücklich vom Erfolg der Abrüstungsverhandlungen abhängig gemacht werde.¹³³¹

Am selben Wochenende fand in Köln die von Linksliberalen und Jungdemokraten organisierte Konferenz *Noch eine Chance für die Liberalen* statt, auf der die Kritik an Genschers Sicherheitspolitik ebenfalls eine zentrale Rolle spielte. Die Differenzen zwischen dem Jugendverband und den Teilnehmern aus der Bundestagsfraktion wurden jedoch gerade in diesem Bereich mehr als deutlich: Während sich das gesamte Führungspersonal der „Judos“ für eine bedingungslose Unterstützung der Friedensbewegung aussprach, artikulierten Redner wie Helga Schuchardt und Ingrid Matthäus-Maier ihre Kritik am Parteivorsitzenden deutlich differenzierter. Einige Freidemokraten sagten ihre geplante Teilnahme wegen der Rolle des polarisierenden William Borm, der gleich zwei Reden zur Friedenspolitik halten sollte, wieder ab.¹³³² Die Kongressteilnehmer befürworteten schließlich mehrheitlich die Aufhebung des Doppelbeschlusses und die rasche Einberufung eines etwaigen Sonderparteitages auf Bundesebene.¹³³³

In der Bundestagsfraktion kam es am 2. März zu einer Auseinandersetzung über die Legitimität des Kölner Treffens, welche insbesondere von Hildegard Hamm-Brücher bestritten wurde. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt unterstellte allen Teilnehmern parteischädigendes Verhalten, konnte jedoch nicht erreichen, dass sich die Fraktion

¹³³⁰ Vgl. Neue Bonner Depesche 3/1982, S. 36.

¹³³¹ Vgl. Die FDP-Führung besorgt über das Auftreten der Partei-Linken. In: FAZ vom 2.3.1982, S. 1.

¹³³² Vgl. In Köln wird das doppelte Gesicht der FDP deutlich werden. In: FAZ vom 17.2.1982, S. 3.

¹³³³ Vgl. Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 137.

geschlossen von der Zielsetzung des Treffens distanzierte. Vielmehr äußerten auch Abgeordnete, die dem Kongress nicht beigewohnt hatten und zum Teil nicht mal dem linken Parteiflügel angehörten, Verständnis für die Intentionen der Veranstalter. Hamm-Brüchers Vorschlag, den Jungdemokraten fortan jede finanzielle Unterstützung zu entziehen und stattdessen die *Jungen Liberalen* stärker zu fördern, fand ebenfalls keine Mehrheit.¹³³⁴ Als die DJD-Funktionäre einige Wochen später zur Teilnahme an der für den 10. Juni 1982 geplanten Großdemonstration gegen das NATO-Gipfeltreffen und den damit einhergehenden Besuch Ronald Reagans in Bonn aufriefen, ließ Genscher allerdings in einem Fernsehinterview verlauten, dass er keine Perspektive mehr für eine Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten sehe.¹³³⁵ Angesichts derer seit Jahren vollzogenen Annäherung an die Positionen der Grünen schien die Behandlung der „Judos“ als De-facto-Jugendverband der FDP in der Tat anachronistisch.

Weit mehr musste Genscher beunruhigen, dass sich der Landesverband Schleswig-Holstein wenige Tage vor dem Bonner Gipfeltreffen von der ausdrücklichen Empfehlung der Parteispitze zur Nicht-Teilnahme an der zweiten großen Demonstration der Friedensbewegung distanzierte. Gegen den Willen ihres Vorstands erklärten die Delegierten des Landesparteitages in Meldorf, im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen müsse die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen von der Zustimmung eines Sonderparteitages der FDP abhängig gemacht werden. Die geplante Kundgebung anlässlich des Reagan-Besuchs erklärten die Schleswig-Holsteiner zu einer „Unterstützung der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition“.¹³³⁶ Das Paradox, sich einerseits gegen die von Schmidt und Genscher vertretene Sicherheitspolitik und andererseits für die Fortsetzung des Regierungsbündnisses in Bonn auszusprechen, war dem Dilemma geschuldet, dass eine Abkehr von der Nachrüstung überhaupt nur unter einer Koalition aus SPD und FDP möglich schien. Aus Sicht der Nachrüstungskritiker in den Regierungsparteien hatte die Bundesregierung den Pfad der Entspannung verlassen und damit zumindest vorübergehend die „wahre“ sozial-liberale Außenpolitik aufgegeben.¹³³⁷

¹³³⁴ Vgl. Genscher sieht sich zunehmend Fragen zum Kurs der FDP ausgesetzt. In: FAZ vom 4.3.1982, S. 1.

¹³³⁵ Vgl. Freie Demokratische Korrespondenz 60/1982, S. 9-10.

¹³³⁶ Neue Bonner Depesche 7/1982, S. 41.

¹³³⁷ Vgl. Gassert, Philipp: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 175-202, hier S. 189.

Die Friedensdemonstration des 10. Juni zog abermals Hunderttausende Teilnehmer an, unter denen sich dieses Mal aber keine Mitglieder der freidemokratischen Bundestagsfraktion befanden. Gerade die Linksliberalen konnten zu diesem Zeitpunkt kein Interesse daran haben, das inzwischen höchst fragile Regierungsbündnis einer weiteren Belastungsprobe auszusetzen. Genscher erwähnte die Demonstration in einem Gastbeitrag für die *Nordsee-Zeitung* über den NATO-Gipfel dann auch mit keinem Wort, sondern erklärte dessen Bekenntnis zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses zu einer „Botschaft des Friedens und der Verständigung“ und betonte die „breite Unterstützung in der Öffentlichkeit unseres Landes“. ¹³³⁸ Dass Verheugen zugleich in einem Interview mit der *Zeit* erklärte, er würde „die FDP gerne an der Spitze einer Bewegung sehen [...], die neue Initiativen für Entspannung und Abrüstung aufgreift“, ¹³³⁹ veranschaulichte jedoch eine wachsende Diskrepanz zwischen den Worten des Generalsekretärs und den Taten des Parteivorsitzenden: Gewiss konnte es für Genscher überhaupt nicht in Frage kommen, seine zukünftige Sicherheitspolitik von irgendeiner „Bewegung“ abhängig zu machen, zumal das freidemokratische Regierungspersonal noch immer geschlossen hinter der „Realistischen Entspannungspolitik“ stand.

Erst als sich im Laufe des Sommers der bevorstehende Koalitionsbruch in Bonn immer deutlicher abzeichnete, artikulierte auch Gerhart Baum sein Unbehagen über die westliche Nachrüstung. In der Friedenspolitik glaubte der Bundesinnenminister Berührungspunkte mit den Grünen erkennen zu können, was einer deutlichen Distanzierung vom Kurs Genschers gleichkam. ¹³⁴⁰ Ende August ließ Baum verlauten, er halte die Strategie des Doppelbeschlusses für „nicht mehr vermittelbar“, sein Staatssekretär Andreas von Schoeler erklärte die amerikanischen Mittelstreckenraketen gar zum „Symbol für eine gescheiterte Außenpolitik“. ¹³⁴¹ Grund für diesen Sinneswandel war nicht nur die zunehmende Popularität der Friedensbewegung, sondern vor allem die Tatsache, dass Genscher neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik nun auch die äußere Sicherheit heranzog, um unüberwindbare Meinungsverschiedenheiten zwischen Frei- und Sozialdemokraten zu konstruieren. Seine Attacken auf Helmut Schmidt, der den Doppelbeschluss zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt hatte, wirkten freilich nur bedingt glaubwürdig. ¹³⁴² Die Tatsache, dass die Nachrüstung für

¹³³⁸ Freie Demokratische Korrespondenz 101/1982, S. 1-2.

¹³³⁹ „Ich warne vor einer solchen Koalition.“ In: Die Zeit 25/1982.

¹³⁴⁰ Vgl. Gennrich, Claus: Wird der Berliner Parteitag dem Vorsitzenden zum Tribunal? In: FAZ vom 16.7.1982, S. 3.

¹³⁴¹ Zit. n. Unter Druck. In: Der Spiegel 35/1982, S. 26-27.

¹³⁴² Vgl. Bessere Karten. In: Der Spiegel 36/1982, S. 22-23.

den Vollzug der Wende dann doch keine entscheidende Rolle spielte, bedeutete keineswegs, dass dieses Thema an Relevanz verloren hatte. Das im Innenministerium ausgearbeitete „Thomsen-Papier“ über die richtige Strategie für den Koalitionswechsel hatte bereits dafür plädiert, auch in einem christlich-liberalen Regierungsbündnis den Anschluss an die Friedensbewegung zu suchen, die „im politisch relevantesten Teil eine Bewegung der bürgerlichen Mitte“ sei. In Abgrenzung zu den Unionsparteien müsse die Außenpolitik der Liberalen „auf europäische Identität und nicht auf Reagan-Hörigkeit“ setzen.¹³⁴³ Das Ende der sozial-liberalen Koalition veranlasste Genschers innerparteiliche Kritiker dazu, nun erst recht gegen die geplante Stationierung der Pershing-II-Raketen anzukämpfen.

Für den Außenminister war die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler mit den Stimmen der FDP schon allein dadurch gerechtfertigt, dass eine unionsgeführte Regierung keinen Wankelmut beim Vollzug der Nachrüstung zulassen würde. Das bürgerliche Lager bot für Genscher die Perspektive einer zuverlässigen Sicherheitspolitik mit klarem Bekenntnis zur Westbindung der Bundesrepublik, während er neben den Grünen nun auch die Sozialdemokraten zu den „Wortführern des Neutralismus“ zählte.¹³⁴⁴ Noch musste der Parteivorsitzende allerdings Rücksicht auf seine innerparteilichen Kritiker nehmen, denn während diese in der Wirtschaftspolitik kaum Alternativen zum Lambsdorff-Kurs aufzeigen konnten, erschien ein Aufschub der Nachrüstung inzwischen auch vielen Freidemokraten jenseits des linken Flügels als eine sinnvolle Option. Dass die Gegner der Wende beim Bundesparteitag in Berlin Anfang November 1982 deshalb vor allem die Außenpolitik nutzen würden, um den Wechsel in Bonn gänzlich in Frage zu stellen, war somit bereits absehbar. Im Koalitionsvertrag mit den Unionsparteien wurde dann auch entgegen deren Absicht ein eindeutiges Bekenntnis zur Stationierung der Pershing II vermieden und lediglich „die Überprüfung des Nachrüstungsbedarfs [...] im Licht konkreter Ergebnisse“ der Genfer Verhandlungen angekündigt.¹³⁴⁵

Im Vorfeld des Berliner Delegiertentreffens avancierte der aus Protest gegen den Koalitionswechsel zurückgetretene Günter Verheugen zu Genschers lautstärkstem Widersacher. In einem Interview mit dem *Spiegel* behauptete er, der Bundesvorsitzende sei auf dem Kölner Parteitag das einzige Präsidiumsmitglied gewesen, welches eine Seestationierung der Mittelstreckenraketen grundsätzlich abgelehnt habe, woraufhin sich der

¹³⁴³ Zit. n. Mit Anstand in den Wahlkampf. In: Der Spiegel 37/1982, S. 22.

¹³⁴⁴ Freie Demokratische Korrespondenz 169/1982, S. 3.

¹³⁴⁵ Zit. n. Eine „uneingeschränkte und eindeutige“ Bekräftigung der Nato-Positionen. In: FAZ vom 29.9.1982, S. 2.

Rest lediglich solidarisch zeigen wollte. In Berlin bestehe, so Verheugen, die realistische Chance auf eine „Öffnung“ des Doppelbeschlusses, um von einer „Nachrüstungsautomatik“ Abstand zu nehmen.¹³⁴⁶ Der ehemalige Generalsekretär erarbeitete für den am 5. November beginnenden Parteitag mit Unterstützung Gerhart Baums und Andreas von Schoelers einen eigenen Antrag zur äußeren Sicherheitspolitik, welchen er den auf Genscher zugeschnittenen Entwurf des Bundesvorstands entgegensetzen wollte. Darin wurde explizit eine „Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung“ und „eine offene und öffentliche Diskussion über alle Fragen unserer Sicherheit und der Verteidigung“ gefordert. Bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen müsse die FDP auf ihrem nächsten Bundesparteitag darüber entscheiden, „ob und in welcher Form sie eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen akzeptieren kann“. Eine Seestationierung der Pershing II wäre damit genauso in den Bereich des Möglichen gerückt wie eine vollständige Absage an die Nachrüstung, was für den Außenminister natürlich völlig inakzeptabel war. Zwar kündigte auch der Antrag des Vorstandes an, „den konkreten Nachrüstungsbedarf auf einem Bundesparteitag im Lichte der bis dahin erreichten Verhandlungsergebnisse überprüfen“ zu wollen, stellte damit allerdings nicht die Nachrüstung an sich, sondern nur deren Umfang zur Disposition.¹³⁴⁷ Dass auch die Anträge der Landesverbände Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin dem Doppelbeschluss nicht bedingungslos zustimmten, untermauerte den massiven Druck, dem die Partei ihren Vorsitzenden in dieser für ihn so essenziellen Frage aussetzte.¹³⁴⁸

Martin Bangemann erklärte den Parteitagsdelegierten stellvertretend für den Bundesvorstand, die FDP habe „keinerlei Grund und Anlaß, eine Verbeugung vor der Friedensbewegung zu machen“ und dadurch ihre eigene Friedenspolitik kleinzureden. Dem hielt Günter Verheugen entgegen, die Bevölkerung plage eine „tiefe Verunsicherung“ hinsichtlich der atomaren Nachrüstung und eine Skepsis gegenüber den Genfer und Wiener Verhandlungen hinter „verschlossenen Türen“. Selbst Mitglieder der Reagan-Administration und hochrangige NATO-Funktionäre seien vom Doppelbeschluss nicht mehr vollends überzeugt, weshalb sich die FDP wieder auf ihre antinukleare Tradition besinnen müsse.¹³⁴⁹ Eine Mehrheit der Delegierten sprach sich für Verheugens „Verbeugung vor der Friedensbewegung“ aus, weshalb die Aufforderung zur Zusammenarbeit tatsächlich in die Beschlussfassung aufgenommen wurde. Dies konnte Genscher freilich nicht gefallen, vorrangig war für den

¹³⁴⁶ „Ich sehe eine akute Spaltungsgefahr“. In: Der Spiegel 42/1982, S. 28-29.

¹³⁴⁷ Liberal 1982, S. 934-935.

¹³⁴⁸ Vgl. Gennrich, Claus: Ziemlich genau das Gegenteil der Positionen des Vorsitzenden Genscher. In: FAZ vom 27.10.1982, S. 5.

¹³⁴⁹ Liberal 1982, S. 940-950.

Außenminister jedoch ein anderes Votum: Etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten sprach sich gegen eine Grundsatzentscheidung über die Nachrüstung auf dem nächsten Bundesparteitag aus, wie Verheugens Antrag sie gefordert hatte. Damit wurde die Formulierung des Bundesvorstandes übernommen, wonach lediglich noch über den Umfang des Nachrüstungsbedarfs zu entscheiden sei.

Genschers Sicherheitspolitik hatte in Berlin zwar „Kratzer abbekommen“, wie die FAZ zurecht urteilte,¹³⁵⁰ doch sie trug keine bedrohlichen Schäden davon. Dass die Stationierung der Mittelstreckenraketen noch an der FDP scheitern würde war äußerst unwahrscheinlich. Dennoch sorgte der Doppelbeschluss, anders als das *Lambsdorff-Papier*, auch weiterhin für innerparteiliche Auseinandersetzungen. Noch kurz vor der Bundestagsabstimmung über die Raketenstationierung am 23. November 1983 musste der Außenminister um die Zustimmung skeptischer Fraktionsmitglieder werben.¹³⁵¹ Anders als auf dem Berliner Parteitag und auch im Programm zur Bundestagswahl 1983 postuliert, kam es zu keinerlei Annäherung oder gar einer Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung, was angesichts von Genschers Überzeugungen nicht verwundern konnte. Für den Parteivorsitzenden war die Friedensbewegung noch weit weniger kompatibel mit verantwortungsvoller Regierungspolitik als die bereits weitgehend in den Grünen aufgegangene Umweltbewegung. Auch die zweite große Protestbewegung der sozial-liberalen Ära wurde somit der Ökologiepartei und, in geringerem Maße, der nun oppositionellen SPD überlassen. Für die Etablierung der Grünen kann die Bedeutung der durch den Doppelbeschluss ausgelösten Ereignisse kaum überschätzt werden: Neben dem Umweltschutz wurde das Eintreten für Frieden und Abrüstung, bei dezidiertem Ablehnung der NATO, zu ihrem „zweiten politischen Standbein“. Petra Kelly personifizierte die Einheit von Grünen und Pazifisten, als sie 1983 im Bundestag nicht im Namen ihrer Partei, sondern als Vertreterin der Friedensbewegung sprach.¹³⁵²

Der weitere Verlauf der Ereignisse schien Hans-Dietrich Genscher freilich Recht zu geben: Der Fall der Berliner Mauer, die deutsche Wiedervereinigung und die Auflösung des Warschauer Paktes sowie der Sowjetunion in den Jahren 1989/91 waren für den Außenminister die triumphale Bestätigung seiner „Realistischen Entspannungspolitik“. Der Terminus „Genscherismus“, der in den 1970er Jahren von der Presse erfunden worden war,

¹³⁵⁰ Genschers Sicherheitspolitik hat Kratzer abbekommen. In: FAZ vom 8.11.1982, S. 3.

¹³⁵¹ Vgl. Bresselau von Bressendorf: Entspannung, Sicherheit, Frieden, S. 31.

¹³⁵² Richter, Saskia: Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 229-245.

um die politische Wendigkeit und mitunter auch Prinzipienlosigkeit des liberalen Parteichefs zu kritisieren, avancierte nun zum Synonym für eine erfolgreiche Außenpolitik auf pragmatischer Grundlage.¹³⁵³ Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass Genscher die Differenzen hinsichtlich der äußeren Sicherheit rückblickend zum eigentlichen „Scheidungsgrund“ der sozial-liberalen Koalition erklärte.¹³⁵⁴ Selbst ohne den Fluchtpunkt 1989/91 erscheint diese Interpretation stimmiger als der Versuch, die Bonner Wende retrospektiv über die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu rechtfertigen, denn während das *Lambsdorff-Papier* nur ansatzweise verwirklicht wurde, erfolgte die Umsetzung der Nachrüstung durch Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik planmäßig. Dem Wendemanöver konnte dadurch eine höhere Weihe erteilt werden, war Genscher doch davon überzeugt, durch den Vollzug der Nachrüstung die Existenz der NATO gerettet zu haben.¹³⁵⁵

Auch wenn sich die Deutung des außenpolitisch notwendigen, aber wirtschaftspolitisch gerechtfertigten Koalitionswechsels in der historischen Forschung einer gewissen Beliebtheit erfreut,¹³⁵⁶ hält sie einer genaueren Überprüfung kaum stand. Kay Zierold verweist zurecht darauf, dass Genschers Vorwurf, die SPD sei vom NATO-Doppelbeschluss „abgewichen“, eine mangelhafte Differenzierung zu Grunde liegt: Zwar war der Widerstand der Parteilinken gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung immens, doch die verantwortlichen Führungspersonen hatten sich zu keinem Zeitpunkt vom Doppelbeschluss distanziert. Vielmehr war es Helmut Schmidt auf dem Münchner Parteitag im April 1982 sogar gelungen, den Delegierten ein ausdrückliches Bekenntnis zur Nachrüstung abzurufen. Genschers Behauptung, die SPD habe dem Kanzler in der äußeren Sicherheitspolitik die Gefolgschaft verweigert, war also schlicht unzutreffend: Der Außenminister setzte den linken Flügel der Sozialdemokraten ohne schlüssige Begründung mit der Gesamtpartei und dem Koalitionsakteur gleich, obwohl er in der FDP mit exakt demselben Problem konfrontiert war.¹³⁵⁷ Jeder Versuch, den Koalitionsbruch mit Blick auf ein einzelnes Politikfeld erklären zu wollen, greift letztlich zu kurz, weil er sich nur im Kontext des grundlegenden Wandels des politischen Koordinatensystems während der sozial-liberalen Ära erschließt.

¹³⁵³ Vgl. Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“, S. 68-70.

¹³⁵⁴ Genscher: Erinnerungen, S. 145.

¹³⁵⁵ Vgl. Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 153.

¹³⁵⁶ Vgl. Scholtyssek: Die FDP in der Wende, S. 201. Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 160.

¹³⁵⁷ Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, S. 158-159.

7. Zwischen Neokonservatismus und Postmaterialismus: Die FDP an der Schwelle zur „Zweiten Moderne“

1971, als in der FDP die Diskussion über die *Freiburger Thesen* auf Hochtouren lief, erschien in den USA das Buch *A Theory of Justice* des Philosophen John Rawls. Der zentrale Begriff in Rawls' einflussreichstem Werk ist die „Gerechtigkeit“, explizit verstanden als größtmögliche Annäherung an die materielle Gleichheit aller Mitglieder einer Gesellschaft. Abweichungen von diesem Prinzip seien demnach nur dort zulässig, wo selbst der verhältnismäßig Ärmste noch von ihnen profitiere und nicht vom Zugang zu sozial und ökonomisch privilegierten Positionen und Ämtern ausgeschlossen sei.¹³⁵⁸ *A Theory of Justice* und die *Freiburger Thesen* waren gleichermaßen Ausdruck einer Kapitalismuskritik auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms, welche die Probleme des marktwirtschaftlichen Systems durch eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und eine damit einhergehende Erhöhung der Chancengleichheit vollständig zu überwinden können glaubte. Der auf keynesianischer Konjunktursteuerung und wohlfahrtsstaatlicher Expansion basierende Konsensliberalismus – oder präziser Konsenskapitalismus¹³⁵⁹ – in den Staaten des Westens schien eine Synthese von Liberalismus und Sozialismus unter freiheitlichen Vorzeichen tatsächlich möglich zu machen. Die FDP hatte als traditionell wirtschaftsliberale Partei länger als Sozial- und Christdemokraten gebraucht, um sich mit dem bundesdeutschen Konsenskapitalismus zu identifizieren – insofern waren die *Freiburger Thesen* tatsächlich, wie von Ralf Dahrendorf postuliert, „ein Stück Bewältigung der Vergangenheit“. Das Programm erschöpfte sich jedoch nicht in einem formellen Bekenntnis zum Wohlfahrtsstaat, sondern erhob konkrete Forderungen nach sozialen Reformen: Mitbestimmung auf Unternehmensebene, überbetriebliche Vermögensbildung, Einführung der Nachlassabgabe und einer Bodenwertzuwachssteuer. Nicht nur ihre Kritiker wähten die FDP auf dem Weg zur „Partei des egalitären Liberalismus“¹³⁶⁰.

Die zweite Hälfte der *trente glorieuses*, der rund drei Jahrzehnte des Wirtschaftsbooms nach 1945, waren in der Bundesrepublik wie in ihren westlichen Nachbarländern durch eine

¹³⁵⁸ Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1975.

¹³⁵⁹ Ariane Leendertz verweist zurecht darauf, dass der von Anselm Doering-Manteuffel geprägte Begriff des transatlantischen Konsensliberalismus die Differenzen zwischen europäischem und amerikanischem Liberalismus nicht berücksichtigt und für die Bundesrepublik eher „ein christ- und sozialdemokratischer Konsens über eine pluralistische, soziale Demokratie und staatlich eingebettete Marktwirtschaft“ zu konstatieren sei. Leendertz, Ariane: Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/2017, S. 191-217, hier S. 209.

¹³⁶⁰ Richarts: Die F.D.P. auf dem Weg nach links, S. 137.

zunehmende lebensweltliche Individualisierung und der Aufweichung traditioneller Ordnungsvorstellungen gekennzeichnet. Die „Achtundsechziger“ waren nur der augenfälligste Ausdruck dieses Phänomens, für das Jürgen Habermas retrospektiv den Begriff der „Fundamentalliberalisierung“ prägte.¹³⁶¹ Eine Selbstverständlichkeit war das Zusammenspiel von Konsenskapitalismus und Fundamentalliberalisierung keineswegs, denn der Etatismus der keynesianisch geprägten „Steuerungsideologie“ stand zweifellos in einem Spannungsverhältnis zur „Pluralisierung von Lebensentwürfen und Weltanschauungen“.¹³⁶² Die FDP befand sich mit ihren *Freiburger Thesen* in weitgehender Übereinstimmung mit diesem nicht widerspruchsfreien Zeitgeist, den der Terminus „sozialliberal“ wohl durchaus treffend beschreibt. Karl-Hermann Flach, der wichtigste Vordenker einer freidemokratischen Erneuerung, wollte die FDP zum Sammelbecken für die wachsende akademische Mittelschicht, zu einer „Partei der denkenden Minderheiten“¹³⁶³ und in gewissem Sinne zu einer Avantgarde dieses Zeitgeistes machen. Die Gefahr, dass daraus nichts anderes als eine „SPD *de luxe*“¹³⁶⁴ werden würde, hing gleichwohl wie ein Damoklesschwert über diesem Projekt.

Die *Freiburger Thesen* und John Rawls' *Theory of Justice* hatten noch eine weitere wesentliche Gemeinsamkeit: Beide sagten viel über die Verteilung, jedoch nichts über die Erwirtschaftung des Wohlstands. Die Weltwirtschaft lief 1971 auf Hochtouren und eröffnete den westlichen Wohlfahrtsstaaten Verteilungsspielräume, die kurz zuvor noch undenkbar schienen. Trotz steigender Inflationsraten infolge einer zunehmenden konjunkturellen Überhitzung rechnete kaum jemand mit einem baldigen Ende der Hochkonjunktur; hohe Wachstumsraten und annähernde Vollbeschäftigung waren fast schon selbstverständlich geworden. Umso schwerer wog der Ölpreisschock im Herbst 1973, der dem „kurzen Traum immerwährender Prosperität“¹³⁶⁵ ein jähes Ende bereitete und damit auch die Prämissen des Freiburger Reformkapitalismus hinwegfegte. Die unerwartete globale Wirtschaftskrise überforderte die auf nationaler Ebene angesiedelte Konjunkturpolitik und zerstörte den für den keynesianischen Konsenskapitalismus charakteristischen „technokratischen

¹³⁶¹ Vgl. Rigoll, Dominik: Liberalisierung und Illiberalisierung. Innere Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 41-64, hier S. 46.

¹³⁶² Kieseritzky, Wolther von: Tendenzwende(n). Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre. In: Grothe, Ewald / Sieg, Ulrich: Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014, S. 271-295, hier S. 290.

¹³⁶³ So der Titel eines Artikelentwurfs von Karl-Hermann Flach. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Karl-Hermann Flach, N47-15, S. 89.

¹³⁶⁴ Lösche / Walter: Die FDP, S. 99.

¹³⁶⁵ Lutz, Burkhardt: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1984.

Optimismus“.¹³⁶⁶ Das klassisch-liberale Leitbild des sich selbst regulierenden Marktes, bei dem der Staat zwar die Spielregeln festlegte, jedoch nicht in den Ablauf des Spiels eingriff, erfuhr eine Renaissance in neoliberalen Gewand: Die Wirtschaftsnobelpreise für Friedrich August Hayek 1974 und Milton Friedman 1976 waren auch Antworten auf das „Versagen“ des Keynesianismus. Der Konsenskapitalismus wurde Mitte der 1970er Jahre nirgendwo in der westlichen Welt abgeschafft, aber seine Fundamente gerieten unter dem Ansturm der neoliberalen Gegenreformation ins Wanken.

Das gesellschaftspolitische Äquivalent zur Ölkrise bildete in der Bundesrepublik der Terror der RAF, welcher den sozialliberalen Reformoptimismus ebenso dämpfte wie die ökonomischen Probleme es taten. Angesichts eines bis dahin nicht gekannten Bedrohungsszenarios erschien es kaum möglich, dass die zunehmende gesellschaftliche Liberalisierung, welche die 1960er Jahre gekennzeichnet hatte, ein weiteres Jahrzehnt überdauern könnte.¹³⁶⁷ Rückblickend scheinen die Folgewirkungen der linksextremen Anschlagswelle, die im „Deutschen Herbst“ kulminierte, gleichwohl weniger einschneidend als aus der Perspektive der Zeitgenossen. Vieles spricht dafür, die viel beschworene konservative „Tendenzwende“ eher als vorübergehende Unterbrechung denn als grundsätzliche Abkehr vom Prozess der Fundamentalliberalisierung zu begreifen.¹³⁶⁸ Die umfangreichen Reformen des Sexualstrafrechts wie der Wegfall der Strafen für Ehebruch, Kuppelei und homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen wurden von der vermeintlichen Tendenzwende nicht tangiert. Das Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts, welches für die Frauenemanzipation einen Meilenstein darstellte, trat sogar erst im Krisenjahr 1977 in Kraft.¹³⁶⁹ Selbst in der inneren Sicherheitspolitik, wo noch am ehesten ein konservatives Rollback auszumachen war, erwiesen sich viele Gesetzesverschärfungen als derart kurzlebig, dass sie nicht mal bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition überdauerten. Im Windschatten der Tendenzwende formierte sich in den „Neuen Sozialen Bewegungen“ bereits die Keimzelle dessen, was später unter dem Terminus „Zivilgesellschaft“ zum sichtbarsten Ausdruck einer umfassenden Fundamentalliberalisierung werden sollte.

¹³⁶⁶ Schanetzky: Die große Ernüchterung, S. 17.

¹³⁶⁷ Vgl. Büchse, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In: Knoch, Hanno (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 311-332, hier S. 312.

¹³⁶⁸ Vgl. Rigoll: Liberalisierung und Illiberalisierung, S. 46-47.

¹³⁶⁹ Vgl. Angster, Julia: Politischer Liberalismus und gesellschaftlicher Wandel zwischen 1960 und 1990. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 89-108, hier S. 101.

Der Aufstieg der Bürgerinitiativen wäre ohne den „Wertewandel“ und der Hinwendung zu postmateriellen Wertvorstellungen, insbesondere in der jungen Generation, nicht möglich gewesen. Sauberer Luft, klaren Gewässern und einer lärmfreien Umgebung wurde nun ein Eigenwert beigemessen, der für viele mehr Relevanz besaß als der Umfang der nächsten Gehaltserhöhung. Der Ölpreisschock hat diesen Bewusstseinswandel nicht ausgelöst, ihm aber eine ungeahnte Dynamik verliehen, schienen doch das Ende der natürlichen Ressourcen und der Kollaps des Ökosystems nun nicht mehr bloß eine Dystopie für die ferne Zukunft zu sein. Die FDP befand sich hier durchaus am Puls der Zeit, war dieser dank Hans-Dietrich Genschers umweltpolitischer Arbeit im Innenministerium und nicht zuletzt auch den Umweltschutzforderungen in den *Freiburger Thesen* zunächst sogar ein Stück weit voraus. Allerdings erschwerte die Wirtschaftskrise die Durchsetzung des Umweltschutzes just zu dem Zeitpunkt, als sie innerhalb der Bevölkerung an Popularität gewann: Die „Toleranz des Überflusses“¹³⁷⁰ war bei vielen Regierungsmitgliedern aufgebraucht. Zugleich war es aber offenkundig, dass das Bestreben, der FDP ein dezidiert linksliberales Profil zu geben, nur noch mit dem Umweltschutz als Kernthema Erfolgsaussichten haben würde.

Nach dem nationalliberalen Exodus in den Jahren 1969/72 war es dem linken Parteiflügel kurzzeitig gelungen, die soziale Frage, welche seit den Zeiten Friedrich Naumanns im deutschen Liberalismus kaum mehr eine Rolle gespielt hatte, ins Zentrum der innerparteilichen Debatte zu rücken. Anders als von Karl-Hermann Flach in seiner „Grünen Bibel“ prophezeit, wurde die Verteilung des Wohlstands jedoch nicht zur Kardinalfrage des kommenden Jahrzehnts: Die ökonomische und ökologische Doppelzäsur der Jahre 1973/75 ließ einstmalige Prioritäten plötzlich nachrangig erscheinen. Kaum hatten die Bonner Regierungsparteien viele systemkritische junge Menschen von der Möglichkeit einer vollständigen Humanisierung des Kapitalismus durch kontinuierliche Reformarbeit überzeugt, wurde die Grundorientierung der westlichen Industriegesellschaften unter völlig veränderten Vorzeichen wieder fundamental in Frage gestellt: War ein ungebremstes Wirtschaftswachstum angesichts der begrenzten natürlichen Ressourcen verantwortbar? Sollte die moderne Großtechnologie ohne Rücksicht auf anderweitige Bedürfnisse weiterentwickelt werden? Und waren alle legal getroffenen staatlichen Entscheidungen angesichts möglicherweise katastrophaler Folgewirkungen auch legitim? All diese Probleme bündelten sich letztlich in der Debatte zwischen Gegnern und Befürwortern von Atomkraftwerken: Die „nukleare Frage“ bewegte die FDP wie die gesamte Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre

¹³⁷⁰ So der Sozialdemokrat Frank Haenschke, zit. n. Bieber, Horst: Langsam stirbt der Umweltschutz. In: Die Zeit 42/1978.

mehr als jede andere. Die freidemokratische Parteiführung war hier von Beginn an eindeutig festgelegt, und hatte doch weitaus größere Mühe als auf jedem anderen Politikfeld, ihre Linie gegen eine kritische Basis und einen noch kritischeren Mittelbau durchzusetzen. In der Nachrüstungsdebatte erlebte die nukleare Frage eine weitere Zuspitzung, da das Vernichtungspotenzial der atomar bestückten Mittelstreckenraketen jenes der Kernkraftwerke noch deutlich übertraf.¹³⁷¹ In beiden Fällen griffen Hans-Dietrich Genscher und andere Bundesminister zur Ultima Ratio der Rücktrittsdrohung, um ein Votum gegen den Kurs der Bundesregierung zu verhindern. Abgesehen vom Programmstreit des Kieler Bundesparteitages 1977 gab es auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet zwischen *Freiburger Thesen* und *Lambsdorff-Papier* keine innerparteilichen Auseinandersetzungen, die auch nur annähernd die Schärfe des Konfliktes über die Kernenergie und den Doppelbeschluss erreichten. Kaum war die soziale Frage aus dem langen Schatten der deutschen Frage hinausgetreten, verschwand sie hinter Nuklearmeilern und Atomraketen.

Selbst die entschiedensten Befürworter von ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie konnten allerdings nicht negieren, dass der FDP ab Mitte der 1970er Jahre ein politisches Alleinstellungsmerkmal fehlte. Die Trennung vom Nationalliberalismus war zwar mit aller Konsequenz erfolgt, die Sozialliberalisierung der Partei aber auf halbem Wege abgebrochen worden. Kaum jemand konnte eindeutig definieren, für welche Ziele die Liberalen jenseits des bloßen Machterhalts noch eintraten. Doch gerade im Zeichen der Krise erwarteten die Wähler von der FDP mutige und unkonventionelle Antworten, zu denen die beiden Volksparteien wegen ihrer großen Bandbreite an Wählermilieus und Gruppeninteressen nicht in der Lage waren. Hierfür boten sich prinzipiell zwei Wege an, die zwar in grundverschiedene Richtungen, jedoch nach einem durchaus ähnlichen Muster verliefen: der postmaterielle und der neokonservative. Beide Wege waren durch gewisse Formen der Kapitalismuskritik und des Kulturpessimismus gekennzeichnet. Bei den Neokonservativen äußerte sich dies vor allem in ihrer Abneigung gegenüber dem westlichen Wohlfahrtsstaat und keynesianischer Wirtschaftspolitik, den beiden Grundpfeilern des Konsenskapitalismus; durch die Rückkehr zu einer reinen und unverfälschten Marktwirtschaft sollte die „permissive Gesellschaft“ zugunsten einer idealisierten „Leistungsgesellschaft“ überwunden werden. Die Sehnsucht nach vermeintlich besseren, vergangenen Zeiten teilten auch viele Umweltschützer und Naturfreunde, die sich freilich weniger nach der reinen Marktwirtschaft als nach reinen

¹³⁷¹ Dass mit der Nachrüstungsdebatte auch die „deutsche Frage“ neu aufgerollt worden sei, wie Philipp Gassert behauptete, trifft für Teile der Protestbewegung sicherlich zu. In der FDP blieben Stimmen, die ein vereinigtes und neutrales Deutschland forderten, jedoch eine Randerscheinung.

Gewässern sehnten. Einig waren sich Neokonservative und Postmaterialisten in ihrer Skepsis gegenüber dem planenden und gestaltenden Staat und einer zunehmend hedonistischen Konsumgesellschaft. Diese Anknüpfungspunkte ermöglichten es der FDP, zunächst mit beiden Strömungen gleichzeitig zu kokettieren. Wenn freidemokratische Politiker „dem unbegrenzten Konsumwachstum und dem Anspruchsdenken im eigenen Land“¹³⁷² (Liselotte Funcke) und der „aus dem platten Materialismus der 50er Jahre entstandenen Schlaraffenmentalität“¹³⁷³ (Hans-Dietrich Genscher) ein Ende bereiten wollten, konnten sich Kritiker des Wohlfahrtsstaates wie der Wachstumsgesellschaft gleichermaßen davon angesprochen fühlen. Bezeichnenderweise erklärte Genscher auf dem Bundesparteitag 1978 sowohl den Umweltschutz als auch die Preisstabilität zum Markenzeichen der FDP.¹³⁷⁴

Parallel zur zweiten Ölkrise 1979/80 konstituierte sich in der Bundesrepublik mit den Grünen eine dezidiert postmaterialistische Partei mit ökologischem Schwerpunkt, während in Großbritannien die neokonservative Margaret Thatcher mit einem radikal wirtschaftsliberalen Programm zur Premierministerin gewählt wurde. Diese Erfolge untermauerten das Potenzial jener neuen politischen Strömungen, zu denen die FDP als einzige bundesdeutsche Partei gleich doppelt anschlussfähig war, ohne sich bis dahin zu einer klaren Richtungsentscheidung durchgerungen zu haben. In einem umfangreichen Artikel für die *Zeit* analysierte Ralf Dahrendorf am 3. Juli 1981 die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems und stellte dabei auch Überlegungen bezüglich der Zukunft der Liberalen an. Besonders ging er dabei auf zwei politische Positionen ein, die im Bundestag bisher merkwürdige unterrepräsentiert seien:

„Sie seien einmal mit den Stichworten „D ’66“ und „Chirac“ bezeichnet. Die holländischen „Demokraten ’66“ sind in mancher Hinsicht den Alternativen durchaus verwandt. Sie sind jedenfalls die Partei, die junge Wähler stärker anspricht als irgendeine andere. Ihr Programm in ein paar Stichworten: Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß in den Dienst der Menschen gestellt werden. Wohlfahrt heißt Humanisierung der Arbeitswelt, Verbesserung der Umwelt, Schaffung von Bedingungen alternativer Lebensformen mindestens so sehr wie Wachstum. [...] In der internationalen Politik muß das Doppelthema von Frieden und Entwicklung endlich ernstgenommen werden. Es gibt keine Rechtfertigung für die Fortsetzung des Wettrüstens. [...] In Deutschland wird es schlichtweg als links abgetan, als neutralistisch und wirtschaftsfeindlich, wenn nicht spinnert und abwegig. Desto wichtiger ist es zu betonen, daß erstens diese Position nur mühsam in das alte Rechts-Links-Schema paßt [...], und daß es zweitens keine parlamentarisch-politische Formation in Deutschland gibt, die diese Position in aller Klarheit vertritt. Das gilt übrigens auch für die zweite Position, für die der Name Chirac wirklich nur eine Chiffre ist; man könnte auch Reagan sagen oder Thatcher, wenn diese Namen nicht mit zu

¹³⁷² Freie Demokratische Korrespondenz 3/1978, S. 11.

¹³⁷³ Freie Demokratische Korrespondenz 127/1978, S. 13.

¹³⁷⁴ Vgl. Steuervereinfachung soll Entlastungen ergänzen. In: FAZ vom 13.11.1978, S. 11.

vielen anderen Dingen belastet wären. Kernstück dieser Position ist das, was in Amerika „supply-side economics“, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, genannt wird. Dazu gehören mindestens drei Schritte: das Zurückdrängen des öffentlichen Sektors, die Senkung von Steuern und die Schaffung von Anreizen für die produzierende Wirtschaft. [...] Diese Position ist international mit dem Bestehen auf freien Handel verbunden [...]; zu ihr gehört in aller Regel auch eine eher harte Haltung sowohl zu Recht und Ordnung im Inneren als auch zur Verteidigung nach außen.“¹³⁷⁵

Die FDP könne nicht länger „beide Positionen gleichzeitig [...] vertreten“, auch wenn ein bisschen D’66 und ein bisschen Chirac „sich gewiß irgendwo in einer sozial-liberalen Mitte noch eine Zeitlang verbinden“ lassen. Ohne eine klare programmatische Aussage stünden der Partei jedoch schwere Zeiten bevor, weshalb sie sich endlich der Frage stellen müsse, „was (um nicht zu sagen: wen) sie denn nun will“.¹³⁷⁶ Dahrendorf sah die FDP also am Scheideweg zwischen einem gemäßigten Postmaterialismus, der nicht in Fundamentalopposition zum politischen System stehen dürfe, und einem kontinentaleuropäischen Neokonservatismus, welcher etwas weniger radikal als sein angelsächsisches Vorbild ausfallen müsse. Er erwähnte freilich nicht, dass bereits zahlreiche Weichenstellungen für den Sieg des „Chirac“-Lagers erfolgt waren: Der Kieler Parteitag 1977 mit dem Erfolg der Wirtschafts- über die Perspektivkommission und vor allem der Revision des AKW-Moratoriums von Saarbrücken, der Umgang der Parteiführung mit dem Votum des Bundeshauptausschusses im Fall Kalkar, das Einschwenken auf einen kompromisslosen Konsolidierungskurs in der Haushaltspolitik sowie eine eindeutig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ab 1980 und das Unterliegen der Nachrüstungsgegner auf dem Kölner Bundesparteitag 1981 waren allesamt klare Indizien dafür, dass eine alternativ angehauchte FDP keine Perspektive besaß.

Aus verschiedenen Gründen waren die Aussichten der „D’66“-Freidemokraten, mit ihrer Linie die zukünftige Ausrichtung der Partei bestimmen zu können, zu keinem Zeitpunkt besonders günstig. Zum einen war es außerordentlich schwierig, ein postmateriell und ökologisch geprägtes Profil während einer Zeit permanenter Regierungsverantwortung zu entwickeln. Wie von Dahrendorf erwähnt, stand eine solche Positionierung in der Bundesrepublik anders als in den Niederlanden bis dahin stets unter dem Verdacht der Weltfremdheit. Das Konkurrenzmodell einer „Chirac“-FDP mit eindeutig wirtschaftsliberalem Schwerpunkt bot hingegen den Vorteil, die eigenen Forderungen als unvermeidbare Sachzwänge darstellen zu können und damit als Begründung für eine baldige Rückkehr an die Seite der Unionsparteien zu nutzen. Diese wäre mit einem „D’66“-Profil für

¹³⁷⁵ Dahrendorf, Ralf: Es ist nicht alles Weimar, was bunt ist. In: Die Zeit 28/1981.

¹³⁷⁶ Ebd.

lange Zeit unmöglich geworden; ihre Systemfunktion als „Kanzlermacherin“ hätte die Partei damit freiwillig aufgeben müssen, was zumindest unter dem Vorsitz von Hans-Dietrich Genscher völlig undenkbar schien. Nicht zuletzt hätte eine postmaterielle FDP eine grundlegend veränderte Parteistruktur mit starker Basisarbeit und Verankerung in den Kommunen benötigt, um sich von ihrer fast schon traditionellen Abhängigkeit von Großspenden aus der Wirtschaft¹³⁷⁷ zu befreien. Eine solche Neuausrichtung wurde zwar häufig diskutiert und nach dem Frankfurter Bundesparteitag 1976 auch offiziell in Angriff genommen, verlief jedoch fast völlig ergebnislos.¹³⁷⁸ Unter diesen Umständen konnte es nicht überraschen, dass es nach der Veröffentlichung von Dahrendorfs Artikel nur noch rund ein Jahr dauerte, bis mit der Bonner Wende die endgültige Entscheidung zugunsten des „Chirac“-Lagers fiel.

Das Etikett „neokonservativ“ beschreibt die FDP der 1980er Jahre gleichwohl nicht korrekt, auch wenn kritische Zeitgenossen wiederholt auf diesen Terminus zurückgriffen. Ein harter „Law-and-order“-Kurs in der Innen- und Rechtspolitik, wie er für die Regierungen Thatcher und Reagan charakteristisch war und auch in der Kampagne Jacques Chiracs für die französische Präsidentschaftswahl 1981 durchaus Anklang fand, war für die Freidemokraten zu keinem Zeitpunkt eine attraktive Option. Der fortdauernde Prozess der Fundamentalliberalisierung wurde, anders als in der CDU/CSU, niemals ernsthaft zur Disposition gestellt, sondern galt als das bewahrenswerte Erbe der sozial-liberalen Koalition. Linksliberale Bürgerrechtler wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch hatten trotz der zahlreichen Abgänge auch nach 1982 einen festen Platz in der FDP und konnten sich im Streit um mögliche Verschärfungen des Asylrechts und des Demonstrationsstrafrechts gegenüber der Union profilieren.¹³⁷⁹ Der verbliebene linke Flügel wirkte bei der strafrechtlichen Verfolgung der „Flick-Affäre“ auch als innerparteiliches Korrektiv, in dem er ein Amnestiegesetz verhinderte und damit Otto Graf Lambsdorff 1984 zum Rücktritt vom Amt des Bundeswirtschaftsministers zwang.¹³⁸⁰ Durch das Wirken der Bürgerrechtsliberalen wurde der bereits weit verbreitete Eindruck, bei der FDP handele es sich nur noch um eine „Wirtschaftslobby“, etwas relativiert. Das einstige Gleichgewicht zwischen den Flügeln war allerdings deutlich zugunsten der Wirtschaftsliberalen verschoben worden, und die FDP war

¹³⁷⁷ Vgl. Lösche/Walter: Die FDP, S. 148.

¹³⁷⁸ Vgl. Gnad, Oliver / Gniss, Daniela / Hausmann, Marion / Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 – 1990. Düsseldorf 2005, S. 52-53.

¹³⁷⁹ Vgl. Dittberner: Die FDP, S. 62.

¹³⁸⁰ Vgl. Winkler: Der lange Weg nach Westen Bd. 2, S. 410-411.

inzwischen auch gegenüber dem neuen Koalitionspartner primär die Partei der angebotspolitischen Wende.¹³⁸¹

Im internationalen Vergleich erscheint dies durchaus erklärungsbedürftig, denn neoliberale Wirtschaftspolitik wurde in den angelsächsischen Ländern, aber beispielsweise auch in Frankreich,¹³⁸² zu dieser Zeit in erster Linie von Konservativen propagiert und vorangetrieben. Mit etwas zeitlichem Abstand hat sich weitgehend die Ansicht durchgesetzt, der Neoliberalismus sei der eigentliche Markenkern der „konservativen Revolutionen“ Thatchers und Reagans gewesen, wohingegen die angekündigte Rückkehr zu tradierten Ordnungsvorstellungen allenfalls halbherzig betrieben worden sei. Anselm-Doering Manteuffel und Lutz Raphael schreiben hierzu mit Blick auf die Politik der britischen Regierung: „Die viktorianischen Werte dienten der Mobilisierung des eigenen Wählerpotentials für die Unterstützung des neoliberalen Kurses – mehr nicht.“¹³⁸³ Die FDP verzichtete hingegen auf eine konservative Ummantelung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen und entwickelte sich somit zu einer der ersten Parteien eines ganzheitlichen Neoliberalismus, der sich jeder Zuordnung in ein klassisches Links-Rechts-Schema entzog. Dadurch blieben ihr einige der Widersprüche erspart, mit denen sich dezidiert konservative Marktreformer konfrontiert sahen: Statt einerseits den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, andererseits seine Rückkehr in die Privatsphäre zu fordern, konnten die Freidemokraten mit aller Konsequenz die von Ralf Dahrendorf postulierte „Transformation der Staatsgesellschaft in die Marktgesellschaft“¹³⁸⁴ unterstützen. Mit dieser Maxime traf man exakt das Lebensgefühl junger, karrierebewusster Großstädter, welche die traditionelle bürgerliche Orientierung an Leistung und Erfolg zutiefst verinnerlicht hatten, zugleich jedoch keinerlei Interesse an einer „geistig-moralischen“ Rückkehr in die 1950er Jahre erkennen ließen. Die Gruppe der leitenden Angestellten, welche von der FDP ja bereits im Zuge der Mitbestimmung entdeckt und umworben worden war, verkörperte wie keine andere den von den französischen Soziologen Luc Boltanski und Ève Chiapello diagnostizierten „neuen Geist des Kapitalismus“: Forderungen der „Achtundsechziger“-Bewegung nach individueller Freiheit und kreativen Entfaltungsmöglichkeiten sowie die Ablehnung überkommener

¹³⁸¹ Vgl. Zundel, Rolf: Brauchen wir diese FDP noch? In: Die Zeit 46/1982.

¹³⁸² Vgl. Sander, Bernhard: Frankreich: Verspätete Nation – Der Weg in den Neoliberalismus. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008, S. 86-122.

¹³⁸³ Doering-Manteuffel / Raphael: Nach dem Boom, S. 51.

¹³⁸⁴ Dahrendorf: Die Chancen der Krise, S. 112.

Hierarchien wurden aufgenommen und von der Kapitalismuskritik abgekoppelt.¹³⁸⁵ Der Wertewandel vollzog sich in diesem Milieu nicht in postmaterieller, sondern in postautoritärer Form,¹³⁸⁶ war aber gleichsam Ausdruck der Fundamentalliberalisierung, die durch den Neoliberalismus nicht abgelöst wurde, sondern sich unter veränderten Vorzeichen fortsetzte. In gewissem Sinne war die Subkultur der „Yuppies“, der *young urban professionals*, demnach ebenso ein Erbe von „1968“ wie die Alternativbewegungen, mit denen sie ansonsten herzlich wenig verband. Die gegenseitige Abneigung zwischen FDP und Grünen, die bis weit in die Berliner Republik hinein nachwirkte, begründete sich neben der Konkurrenz um den dritten Platz im Parteiensystem auch in ihrer jeweiligen Bindung an diese grundverschiedenen sozialen Milieus.¹³⁸⁷

Eine neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik nach Vorbild Großbritanniens oder der USA fand in der Bundesrepublik der 1980er Jahre nicht statt; allenfalls lassen sich „schleichende Neoliberalisierungsprozesse“¹³⁸⁸ konstatieren, deren Anfänge gleichwohl bereits in der zweiten Hälfte der sozial-liberalen Ära zu verorten sind. Die FDP war hierbei ohne Zweifel die treibende Kraft, während die Unionsparteien dieser Entwicklung eher ambivalent gegenüberstanden. Die Volksparteien CDU und CSU konnten den Konsenskapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellen, denn dieser war in Form der Sozialen Marktwirtschaft „ein zentrales Element des bundesrepublikanischen Selbstbewusstseins“.¹³⁸⁹ Selbst die FDP tat dies nicht explizit, denn – und hierin lag neben dem fehlenden Rekurs auf tradierte Ordnungsvorstellungen ein zweiter wesentlicher Unterschied zum Thatcherismus – als Stichwortgeber für den geforderten angebotspolitischen Kurswechsel dienten ihr nicht Milton Friedman oder Friedrich August von Hayek, sondern Ludwig Erhard und insbesondere Walter Eucken. Der Freiburger Ordoliberalismus bot sich wegen seiner engen Verflechtung mit der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft als Leitbild für eine neue Wirtschaftspolitik an, mit der man sich einerseits demonstrativ von den Regierungen in London und Washington abgrenzen, andererseits aber zugleich deren Doktrin von Deregulierung, Privatisierung und Haushaltskonsolidierung übernehmen konnte. Der Primat der Geldwertstabilität und die Absage an dauerhafte Vollbeschäftigung waren keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal des

¹³⁸⁵ Vgl. Dietz, Bernhard: Wertewandel in der Wirtschaft? Die leitenden Angestellten und die Konflikte um Mitbestimmung und Führungsstil in den siebziger Jahren. In: Dietz, Bernhard / Neumaier, Christoph / Rödder, Andreas (Hrsg.): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014, S. 169-200, hier S. 174-175.

¹³⁸⁶ Vgl. ebd., S. 194-195.

¹³⁸⁷ Vgl. Walter: Gelb oder Grün?, S. 123-124.

¹³⁸⁸ Biebricher, Thomas: Neoliberalismus zur Einführung. 2. Aufl. Hamburg 2015, S. 139.

¹³⁸⁹ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 553.

angelsächsischen Neoliberalismus, sondern auch konstitutiv für das Werk Walter Euckens.¹³⁹⁰ Die Tatsache, dass der Konsenskapitalismus in der Bundesrepublik bis Mitte der 1960er Jahre eher ordoliberal als keynesianisch geprägt war, stellte durchaus einen deutschen Sonderweg dar. Dennoch verkennt die Deutung des Ordoliberalismus als „deutsche Spielart des [...] *consensus liberalism*“¹³⁹¹ sowohl dessen geistige Nähe zum angelsächsischen Neoliberalismus als auch den Einfluss anderer Ideen auf die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft: Diese war mitnichten eine Umsetzung des reinen Ordoliberalismus, sondern nicht zuletzt durch Alfred Müller-Armack auch stark von Elementen der katholischen Soziallehre geprägt.¹³⁹² Da der viel beschworene Terminus nicht eindeutig definiert war und sich Keynesianer wie Ordoliberale gleichermaßen auf ihn beriefen, warfen sich Gegner und Befürworter des Bonner Koalitionswechsels von 1982 gegenseitig vor, vom Weg der Sozialen Marktwirtschaft abgekommen zu sein. Indem Sozialdemokraten und Gewerkschaften die im *Lambsdorff-Papier* propagierte Wirtschaftspolitik als „neokonservativ“ bezeichneten, rückten sie dessen Verfasser und seine Anhänger bewusst in die Nähe von Thatcherismus und Reaganomics; der Begriff „neoliberal“ im Sinne von ordoliberal wäre zwar treffender gewesen, war in der allgemeinen Wahrnehmung zu diesem Zeitpunkt jedoch noch zu positiv konnotiert.

Unstrittig ist, dass die kontroverse Ausarbeitung des Wirtschaftsministers einen bis dahin beispiellosen Angriff auf den bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat darstellte. Es scheint zunächst widersprüchlich, dass es ausgerechnet die Liberalen waren, die den von Doering-Manteuffel postulierten „liberalen Konsens“ in der Bundesrepublik zuerst aufkündigten. Dieser Begriff ist allerdings irreführend, da in parteipolitischer Hinsicht der Beitrag der Liberalen zum westdeutschen Konsenskapitalismus weitaus dürftiger ausfiel als jener der Christ- und Sozialdemokraten.¹³⁹³ Vielmehr war die FDP die letzte der im Bundestag vertretenen Parteien, die sich ausdrücklich zum Wohlfahrtsstaat als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft bekannte – nämlich erst 1971 in den *Freiburger Thesen* – und zugleich die erste, die sich unter neoliberalen Vorzeichen wieder von ihm distanzierte. Weder war das Lambsdorff-Papier ein offizielles Parteidokument, noch hatte es nennenswerte Auswirkungen auf die politische Praxis der christlich-liberalen Koalition, doch für die Identität der FDP war

¹³⁹⁰ Vgl. Bofinger, Peter: Der lange Schatten des Walter Eucken. URL: <https://makronom.de/der-lange-schatten-des-walter-eucken-15665> (abgerufen am 20.07.2018).

¹³⁹¹ Doering-Manteuffel / Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert, S. 26.

¹³⁹² Vgl. Kundnani, Hans: Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2016, S. 75-84, hier S. 78.

¹³⁹³ Vgl. Leendertz: Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, S. 209.

es wegweisend: Wer nach der Bonner Wende sein Kreuz bei den Liberalen machte, wollte vor allem das marktwirtschaftliche Korrektiv zu den CDU-Sozialausschüssen stärken. Zwar war der Wirtschaftsliberalismus schon immer ein wesentlicher Teil des freidemokratischen Profils gewesen, doch hatte er in der nationalliberal geprägten FDP der 1950er und 1960er, ebenso wie in der zumindest in Ansätzen sozialliberalen FDP der 1970er, nie den alles überragenden Status erlangt, der ihm nach 1982 eingeräumt wurde.¹³⁹⁴ Die *Freiburger Thesen* wurden vor diesem Hintergrund von Otto Graf Lambsdorff im Jahr 1998 zu einem strategisch notwendigen Zugeständnis an die damalige Stimmungslage umgedeutet:

„Freiheit zu retten war das Ziel in einer historischen Situation, wo der Glaube an die Planbarkeit von Entwicklungen außerordentlich groß geworden war, wo die große Mehrheit vom Staat Umverteilung erwartete, wo die Ausstrahlungskraft des sozialistischen Modells auf Jugendliche und Intellektuelle erheblich war und ganz allgemein die Gleichheit Vorrang vor der Freiheit zu bekommen drohte. Die Freiburger Thesen forderten zum Beispiel die Reform des Kapitalismus, aber sie forderten diese Reform nicht mit dem Ziel der Überwindung. Es ging darum, den Willen und die Fähigkeit zur Reform unserer Wirtschaftsordnung dem Zeitgeist nach Systemüberwindung entgegenzustellen. Nur diese spezifische politische Situation macht manche Aussagen [...] der Freiburger Thesen aus heutiger Sicht inhaltlich umfassend nachvollziehbar.“¹³⁹⁵

Als Lambsdorff diese Worte niederschrieb, waren wesentliche Forderungen seines *Konzepts für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* nach 16 Jahren christlich-liberaler Koalition in Bonn noch immer nicht umgesetzt worden. Die aufgrund der deutschen Wiedervereinigung notwendig gewordene Rückkehr zu einer aktiveren staatlichen Wirtschaftspolitik Anfang der 1990er Jahre hatte den im Vergleich zu Großbritannien und den USA ohnehin nur zaghaften angebotspolitischen Kurswechsel ausgebremst. Es entbehrt nicht der Ironie, dass die eigentliche neoliberale Wende in der Bundesrepublik von einem rot-grünen Regierungsbündnis vollzogen wurde, vor dem Genscher einst als „Koalition der Wachstumsverweigerer“ gewarnt hatte. Gerhard Schröders *Agenda 2010* vom März 2003 nahm die Krisendiagnose und Therapieansätze des *Lambsdorff-Papiers* auf, und machte das „Scheidungs-papier“ der sozial-liberalen Koalition somit zum Stichwortgeber für das bis dahin bedeutendste Reformprojekt einer rot-grünen Bundesregierung. Der Neoliberalismus hatte damit auch das gemäßigt linke politische

¹³⁹⁴ Vgl. Zundel, Rolf: Brauchen wir diese FDP noch? In: Die Zeit 46/1982.

¹³⁹⁵ Lambsdorff, Otto Graf: Von Freiburg nach Wiesbaden – Themen und Tendenzen. In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 217-231, hier S. 222.

Spektrum erreicht, was die FDP durchaus als Bestätigung des von ihr eingeschlagenen Kurses auffassen konnte.¹³⁹⁶

Der Weg von den *Freiburger Thesen* zum *Lambsdorff-Papier* war jedoch keineswegs vorgezeichnet, die Entwicklung der FDP zur neoliberalen Partei par excellence an der Schwelle zur „Zweiten Moderne“ nicht determiniert. Wenn man von der prinzipiellen Offenheit einer jeden historischen Situation ausgeht, wäre auch eine ganz andere Entwicklung möglich gewesen, weshalb an dieser Stelle ein kleines Gedankenspiel erlaubt sei: Hätte der von vielen befürchtete Terroranschlag im Endspurt des Bundestagswahlkampfes 1976 tatsächlich stattgefunden, hätte dies den Unionsparteien möglicherweise ein noch besseres Wahlergebnis und damit die absolute Mehrheit der Parlamentssitze eingebracht. Die sozial-liberale Koalition wäre nach sieben Jahren beendet gewesen und die FDP auf die Bonner Oppositionsbank zurückgekehrt, zweifellos geschwächt von der Niederlage, doch zugleich befreit von allen tatsächlichen und vermeintlichen Sachzwängen der Regierungsverantwortung. Die Voraussetzungen für die Entwicklung eines linksliberal-ökologischen Profils in enger Anlehnung an die Bürgerinitiativen wären dadurch weitaus günstiger gewesen, zumal der Bau von Atomkraftwerken unter einer allein von CDU und CSU gestellten Bundesregierung vermutlich noch stärker forciert worden wäre. Strukturell war die FDP zu diesem Zeitpunkt besser dafür geeignet, sich zum parlamentarischen Sprachrohr des Anti-Atom-Protests zu entwickeln als die SPD mit ihrem mächtigen Gewerkschaftsflügel, der an einem Verzicht auf die Kernenergie kein Interesse hatte. Nach der ins Stocken geratenen Sozialliberalisierung hätte sich durch eine Wahlniederlage 1976 eine „Ökoliberalisierung“ als realistische Alternative zur dann tatsächlich erfolgten Neoliberalisierung der Partei angeboten. Die FDP hätte sich damit in eine völlig andere Richtung entwickeln und die Etablierung der Grünen möglicherweise verhindern, sicherlich aber hinauszögern können. In den Niederlanden, wo die bereits erwähnten *Democraten '66* postmateriell eingestellte Wähler an sich binden konnten, kamen die 1983 gegründeten *Groenen* nie über den Status einer Splitterpartei hinaus; erst 1989 kam es zur Gründung der deutlich erfolgreichereren Umweltschutzpartei *GroenLinks*.

1982 war es gleichwohl noch nicht absehbar, dass sich bei den Grünen die ökolibertäre Mitte dauerhaft gegen den noch immer starken fundamentaloppositionellen Flügel durchsetzen würde, der die Industriegesellschaft wie die parlamentarische Demokratie gänzlich ablehnte.

¹³⁹⁶ Vgl. Görtemaker, Manfred: Deutschlands Stellung in der Welt am Ende der „Ära Genscher-Lambsdorff“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 109-140, hier S. 140.

Dies ist wohl der Hauptgrund dafür, dass keiner der prominenteren Freidemokraten zu diesem Zeitpunkt ernsthaft einen Übertritt zur Ökologiepartei erwog, sondern stattdessen die SPD und sogar die völlig perspektivlose Neugründung der *Liberalen Demokraten* bevorzugt wurden. Dennoch hatten einige Politiker, die später Karriere bei den Grünen machten, ihre Wurzeln im freidemokratischen Lager: Neben dem bekannten Bürgerrechtler Roland Appel und dem baden-württembergischen Staatsminister Klaus-Peter Murawski trifft dies auch auf Claudia Roth zu. Die langjährige Bundesvorsitzende der Grünen gehörte zwar nie formell der FDP an, war aber seit 1971 bei den Jungdemokraten aktiv gewesen. Überhaupt zeigte der Jugendverband, der seit den 1960er Jahren deutlich links von der FDP stand, die größte Affinität zu der neuen Partei, was sich auch im gemeinsamen Sprachgebrauch widerspiegelte: Die Jungdemokraten sahen den Begriff „liberal“ durch die FDP diskreditiert und vermieden ihn nach 1982 gänzlich.¹³⁹⁷ Auch bei den Grünen fehlte zunächst jede positive Bezugnahme auf den Liberalismus, ihr gemäßigter Flügel definierte sich explizit als „libertär“ und nicht als „liberal“, wenngleich inhaltlich kein großer Unterschied zum postmateriellen Bürgerrechtsliberalismus des linken FDP-Flügels bestand.¹³⁹⁸ Mit dem Abrücken von fundamentalistischen Positionen und der Übernahme von Regierungsverantwortung ab Mitte der 1980er Jahre besetzten die Grünen schließlich selbst jenen Platz im bundesdeutschen Parteienspektrum, den Dahrendorf noch kurz zuvor unter dem Stichwort *Democraten '66* als Zukunftsperspektive für die Freidemokraten ausgemacht hatte. Sicherlich waren die Grünen in ihren Anfangsjahren kein Produkt des Liberalismus, sondern Ausdruck einer Identitätskrise aller politischen Lager ob des zunehmenden Unbehagens über den rasanten technischen Fortschritt und den Schattenseiten des Wirtschaftswachstums. Aber das liberale Element konnte sich bei ihnen nicht zuletzt deshalb durchsetzen, weil die FDP spätestens nach der Bonner Wende keine Heimat mehr für Wähler mit postmateriellen Wertvorstellungen bot und den Raum für eine linksliberale Partei freigemacht hatte. So gesehen verwirklichten erst die Grünen Karl-Hermann Flachs Vision von einer politischen Organisation der in rechtlichen und kulturellen Fragen links von der SPD zu verortenden Angehörigen der akademischen Mittelschicht.¹³⁹⁹ Die FDP war Mitte der 1980er Jahre hingegen wieder an jenem Platz im Parteienspektrum angekommen, aus dem sie zwei Jahrzehnte zuvor mit der großen Parteireform hatte ausbrechen wollen: Fest verankert im bürgerlichen Lager als wirtschaftsliberales und zugleich rechtsstaatliches Korrektiv der Unionsparteien.

¹³⁹⁷ Vgl. Doering / Stockhausen-Doering: Kräfte des Wandels, S. 270-271.

¹³⁹⁸ Vgl. Volmer: Die Grünen, S. 70.

¹³⁹⁹ Vgl. Walter: Gelb oder Grün?, S. 117-118.

8. Fazit

Der deutsche Liberalismus war seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert durch die soziale und die nationale Frage gespalten, wobei sozialpolitische Differenzen durch die Auseinandersetzung über die territoriale und politische Ordnung Deutschlands oftmals in den Hintergrund gerückt wurden. Bezeichnenderweise erfolgte die erste Spaltung der liberalen Parteienlandschaft nicht entlang der sozialen, sondern der nationalen Konfliktlinie, als sich die NLP 1866/67 von der DFP abspaltete und im preußischen Verfassungskonflikt auf die Seite Bismarcks schlug. Diese Entzweiung setzte sich bis in die Weimarer Zeit hinein fort, in der die DDP für die parlamentarische Republik kämpfte, während die DVP eine Rückkehr zum Kaiserreich anstrebte. Erst die Katastrophenerfahrung des Dritten Reiches sorgte für ein Umdenken im liberalen Lager, welches die Gründung der FDP als Sammelbecken für alle liberalen Strömungen ermöglichte. Die Partei war deshalb zunächst ein Verbund äußerst heterogener Landesverbände, der vor allem durch die Befürwortung der Marktwirtschaft und dem Streben nach nationaler Einheit zusammengehalten wurde. Die nationalliberale Tradition setzte sich in vielen Landesverbänden trotz bedenklicher Zwischenfälle wie der „Naumann-Affäre“ in Nordrhein-Westfalen fort. Die CDU/CSU wurde zunächst als natürlicher Partner für eine Koalitionsbildung angesehen, wobei sich in der FDP nach einigen gemeinsamen Regierungsjahren Ängste vor einer Absorption durch die Unionsparteien ausbreiteten, insbesondere nachdem Konrad Adenauer eine Reform des Wahlrechts nach dem Mehrheitsprinzip erwogen hatte. Trotz des schwierigen Verhältnisses zum Bundeskanzler wählten die Freidemokraten ihn im Jahr 1961 erneut ins höchste Regierungsamt, obwohl sie im Wahlkampf versichert hatten, nur bei einem Rücktritt Adenauers erneut in eine christlich-liberale Koalition einzutreten. Das Stigma der „Umfaller-Partei“ konnte man im Jahr 1962 ein Stück weit relativieren, als die FDP während der „Spiegel-Affäre“ für die Pressefreiheit eintrat und Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß zum Rücktritt zwang, was das Verhältnis zur CSU nachhaltig beschädigte.

Während die CDU den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ erfand und vor allem in Person von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard prägte, bekannte sich die FDP zu einer „sozialverpflichteten Marktwirtschaft“ nach den Prinzipien des Freiburger Ordoliberalismus um Walter Eucken. Aspekte anderer Denkrichtungen wie der katholischen Soziallehre, die bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft durch Alfred Müller-Armack hatte, spielten für die Liberalen keine Rolle, eigene sozialstaatliche Konzeptionen fehlten bis in die 1960er Jahre hinein völlig. Als noch während Ludwig Erhards

Amtszeit das ordoliberalen „Planungstabu“ aufgeweicht wurde und keynesianische Elemente Einzug in die Wirtschaftspolitik erhielten, widersetzte sich die FDP dieser Entwicklung stärker als die CDU/CSU. Mit Amtsantritt Karl Schillers als Wirtschaftsminister der Großen Koalition im Jahr 1966 wurde der Keynesianismus endgültig zur vorherrschenden Wirtschaftstheorie in der Bundesrepublik, wobei sich die oppositionellen Freidemokraten hinsichtlich Schillers Politik zwischen punktueller Kritik und bedingten Zugeständnissen bewegten.

Die höchste Priorität hatte für die FDP in den Jahren 1966 bis 1969 allerdings nicht die Wirtschaftspolitik, sondern die Entwicklung neuer deutschlandpolitischer Leitsätze. Bereits während der ersten Oppositionsphase zwischen 1957 und 1961 waren mit dem *Deutschlandplan* Ansätze zu einer eigenen Ostpolitik in Abgrenzung zu den Unionsparteien erarbeitet worden. Besonders Wolfgang Schollwer profilierte sich als Vordenker einer freidemokratischen Neuorientierung in der Deutschlandpolitik, wobei sein im März 1967 im *Stern* veröffentlichtes Thesenpapier, welches den Verzicht auf alle deutschen Ostgebiete und eine Anerkennung der DDR forderte, innerhalb der Partei äußerst kontrovers rezipiert wurde. Nachdem sich der Parteivorsitzende Erich Mende auf die Seite der Nationalliberalen geschlagen hatte, wurde er auf dem Freiburger Bundesparteitag 1968 durch Walter Scheel abgelöst. Das Abrücken vom Nationalliberalismus sollte mit einer grundlegenden Reform der Partei und einer Neuausrichtung auf die urbane akademische Mittelschicht einhergehen, was vor allem Karl-Hermann Flach und Hans Friderichs aktiv vorantrieben. Scheel und Genscher waren zwar ebenfalls reformerisch gesinnt, fürchteten jedoch zugleich die Abspaltung des noch immer starken nationalliberalen Flügels und damit den Verlust von Stammwählern aus dem „alten Mittelstand“. Mit der *Nürnberger Wahlplattform* von 1969 gelang der FDP ein wegweisender Durchbruch in ihrer deutschlandpolitischen Programmatik, da sie als erste bundesdeutsche Partei von der Zielvorstellung einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung abrückte und zudem die Anerkennung der DDR sowie die Aufgabe der Hallstein-Doktrin forderte. Die Umsetzung der Neuen Ostpolitik avancierte zur *Raison d’Être* der sozial-liberalen Koalition, und nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte sich Außenminister Walter Scheel bei der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarstaaten in seinem Amt profilieren. Die zahlreichen nationalliberalen Bundestagsabgeordneten der FDP bereiteten der Regierung allerdings große Schwierigkeiten, da viele von ihnen zur Union wechselten und die ohnehin knappe sozial-liberale Parlamentsmehrheit schwinden ließen. Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt wurde die Koalition bei

der Bundestagswahl im November 1972 eindrucksvoll bestätigt und zugleich die Ära des Nationalliberalismus in der FDP endgültig beendet.

Erst im Laufe dieser Entwicklungen konnte die Sozialpolitik im liberalen Lager aus dem langen Schatten der deutschen Frage hervortreten. Die entschiedensten Vorstöße zu einer sozialpolitischen Erneuerung des Liberalismus kamen von den Jungdemokraten, die mit ihrer massiven Kritik am klassisch-liberalen Eigentumsbegriff vor allem traditionell konservative FDP-Landesverbände gegen sich aufbrachten. Die Spitze der Bundespartei bemühte sich im Umgang mit der ihr nahestehenden Jugendorganisation um Gelassenheit und unterstützte prinzipiell eine Neuorientierung in diesem seit langer Zeit völlig vernachlässigten Bereich. Einige Reden Walter Scheels zeigten durchaus kapitalismuskritische Anklänge, wobei die ungleiche Verteilung des Eigentums stets als das Hauptproblem der westlichen Industriegesellschaften identifiziert wurde. Die Vorschläge des Bundesvorstands zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vom Oktober 1970 wiesen bereits die Richtung einer liberalen Kapitalismusreform, die das Eigentum nicht abschaffen, sondern gerechter verteilen, mithin „aus Lohnbürgern Kleinkapitalisten machen“ sollte. Dieser Maxime folgte auch die Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, die wegen der Dominanz der Linksliberalen um Werner Maihofer vom konservativen Parteiflügel skeptisch gesehen wurde. Besonders die umstrittenen Thesen zur Eigentumsordnung und das im Programmentwurf postulierte „Recht auf Eigentum“ wurden zur Zielscheibe der Kritik, schafften es aber trotzdem nahezu unverändert in die Endfassung der *Freiburger Thesen*.

Kernbotschaft der Thesen war das Bekenntnis zu einem positiven Freiheitsbegriff, der die Erfüllung materieller Teilhaberechte als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben betrachtet. Damit grenzte man sich deutlich vom negativen Freiheitsbegriff des klassischen Liberalismus ab, der in einem funktionierenden Rechtsstaat die persönlichen Freiheitsrechte bereits hinreichend gewährleistet sieht und staatliche Sozialpolitik eher geringschätzt. Als Kronzeuge für eine sozialpolitische Tradition des deutschen Liberalismus wurde Friedrich Naumann angeführt, aus dessen Schriften man die Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft herleitete, welche auf die Demokratisierung des Staates zu folgen habe: Aus „Industrieuntertanen“ sollten „Industriebürger“ werden. Als konkrete Maßnahmen wurden hierzu die Mitbestimmung auf Unternehmensebene, eine überbetriebliche Vermögensbildung sowie die Einführung der Nachlassabgabe und einer Bodenwertzuwachssteuer vorgeschlagen. Auch wenn Werner Maihofer den größten Anteil an der Ausarbeitung der *Freiburger Thesen* hatte, avancierte vor allem der neue Generalsekretär Karl-Hermann Flach zur Personifikation

der liberalen Erneuerung. Seine „Grünen Bibel“, die in ihrer Kapitalismuskritik noch deutlich über das Parteiprogramm hinausreichte, machte ihn zum Hoffnungsträger der Linksliberalen. Im politischen Alltagsgeschäft musste Flach jedoch vor allem die liberale Eigenständigkeit betonen und sich immer wieder demonstrativ von der SPD abgrenzen, was ihn zunehmend von seiner Anhängerschaft entfremdete. Dieses Dilemma war Ausdruck der wiederkehrenden Angst vor der Übernahme durch den größeren Koalitionspartner, welche der FDP kaum eine andere Wahl ließ, als innerhalb der Bundesregierung eine „Strategie des begrenzten Konflikts“ zu verfolgen.

Dieses Vorgehen kennzeichnete bereits den Koalitionskonflikt um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen, der die Liberalen traditionell skeptisch gegenüberstanden. Besonders das von der SPD und den Gewerkschaften präferierte Montan-Modell, welches eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrats durch Kapitaleigner und Arbeitnehmer sowie die Hinzuziehung eines neutralen Mannes bei Pattsituationen vorsah, galt der FDP als abschreckendes Beispiel für eine maßlose Ausweitung der Gewerkschaftsmacht. Auch während der Oppositionszeit zwischen 1966 und 1969 gab es bei den Freidemokraten keine Neubewertung der Mitbestimmungsfrage, weshalb sie bei der Regierungsbildung komplett ausgeklammert wurde. Stattdessen setzte die sozial-liberale Koalition zunächst auf eine Neugestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes, wobei sich neben dem Einfluss der Gewerkschaften vor allem die Rolle der Leitenden Angestellten als größter Streitpunkt erwies. Auch wenn eine eigenständige Vertretung für diese wachsende Schicht nicht durchgesetzt werden konnte, hatte die FDP mit dem „Faktor Disposition“ ihre Zielgruppe für eine dezidiert liberale Mitbestimmungskonzeption in Abgrenzung zu den Sozialdemokraten gefunden. Die innerparteiliche Diskussion lief auf eine Entscheidung zwischen dem von Horst-Ludwig Riemer entwickelten Modell einer Verteilung der Aufsichtsratssitze zwischen Kapitaleignern, Arbeitnehmern und Leitenden nach dem Schlüssel 6:4:2 und der im Programmentwurf der *Freiburger Thesen* festgehaltenen Konzeption Werner Maihofers, der den Kapitaleignern nur vier Sitze zugestehen wollte, hinaus. Beide Modelle nahmen für sich in Anspruch, vollständige Parität zu verwirklichen, indem Riemer den Leitenden eine Sonderstellung in der Arbeitnehmerschaft beimaß, Maihofer sie zu Mittlern zwischen Kapitaleignern und Arbeitnehmern erklärte. Mit nur einer Stimme Mehrheit fiel auf dem Freiburger Parteitag die Entscheidung zugunsten des Riemer-Modells, wobei für den Fall einer Pattsituation die Entsendung eines neutralen Dritten abgelehnt wurde, da dieser den „Zwang zu rationaler Argumentation“ auf beiden Seiten aushöhlte.

Im Bundestagswahlkampf 1972 wurde die Frage der Mitbestimmung zur Abgrenzung von der SPD instrumentalisiert, wobei diese je nach politischem Standpunkt in unterschiedlicher Schärfe erfolgte. Auch nach der erfolgreichen Wahl wurde die „Strategie des begrenzten Konflikts“ weiterhin betrieben, weshalb ein Kompromiss zwischen den Regierungsparteien zunächst absehbar war. Eine im September 1973 bevorstehende Einigung nach dem Verteilungsschlüssel 5:5:2 wurde von Otto Graf Lambsdorff wegen der Kritik am Wahlmodus für die Vertreter der Leitenden verworfen, einen Kompromissvorschlag vom Januar 1974 nach dem Modell 10:9:1 erklärten Lambsdorff und Friderichs wegen der ungelösten Pattsituation für inakzeptabel. Stattdessen wollten sie den Stichtscheid in die Versammlung der Anteilseigner auslagern, was überraschenderweise auch von Werner Maihofer unterstützt wurde. Dieser erklärte den Einigungszwang bei einer Pattsituation für verfassungswidrig, womit ein Grundpfeiler der Mitbestimmungskonzeption in den *Freiburger Thesen* aufgegeben wurde. Nach weiteren zähen Verhandlungen, bei denen auch ein vollständiges Scheitern nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, wurde Ende 1975 der endgültige Koalitionskompromiss präsentiert: Bei einer Verteilung der Aufsichtsratssitze nach dem Schlüssel 6:5:1 wurde die Entscheidung bei Pattsituationen dem durchgängig von den Anteilseignern gestellten Aufsichtsratsvorsitzenden übertragen. Auch wenn die FDP das Mitbestimmungsgesetz als Sieg feierte und sich die *Union der Leitenden Angestellten* über die Berücksichtigung des Faktors Disposition erfreut zeigte, vertraten die Liberalen die Interessen ihrer neuen Zielgruppe letztlich nur gegenüber der SPD mit letzter Konsequenz: Sowohl der Sieg des Riemer-Modells auf dem Freiburger Parteitag als auch das Abrücken vom Einigungszwang in Pattsituationen schwächte die Rolle der Leitenden zugunsten der Kapitaleseite, ein wie auch immer geartetes paritätisches Modell kam somit nicht zustande.

Bei der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition im Jahr 1969 steuerte der Nachkriegsboom in den westlichen Industrieländern gerade seinem Höhepunkt entgegen, größtes wirtschaftspolitisches Problem war die zunehmende Geldentwertung als Folge einer überhitzten Konjunktur. Die inflationären Tendenzen verstärkten die Kritik am Keynesianismus, dessen Krise bereits mit dem Rücktritt Karl Schillers im Jahr 1972 offenkundig wurde, und die Rezeption des stabilitätsorientierten Monetarismus. Das wirtschaftspolitische Profil der FDP blieb in den ersten Jahren der Koalition weiterhin unscharf, was sich erst mit dem Einzug von Hans Friderichs ins Bundeswirtschaftsministerium änderte. Dieser verstand sich zwar selbst als Ordoliberaler in der Tradition der „Freiburger Schule“, bekannte sich aber ausdrücklich zum Konzept der Globalsteuerung, in das er angebotspolitische Ideen integrieren wollte. In Abgrenzung zur

SPD inszenierten sich die Freidemokraten verstärkt als der Stabilitätsgarant der Bundesregierung und erhielten dabei Unterstützung durch die Bundesbank, welche ab 1973 zu einer eigenmächtigen Geldmengensteuerung überging. Insbesondere Friderichs und Lambsdorff verteidigten die Autonomie der Frankfurter Währungshüter wiederholt gegen sozialdemokratische Kritik.

Das Ende des Booms erfolgte durch die Ölpreiskrise im Herbst 1973, wobei der Wirtschaftsminister gegen staatliche Eingriffe und für die Selbstregulierung des Marktes plädierte. Trotz der einbrechenden Konjunktur verteidigte er weiterhin die Hochzinspolitik der Bundesbank. Innerhalb der Partei wuchs die Anerkennung für den anfangs noch umstrittenen Friderichs, die verbliebenen linksliberalen Kritiker hatten ihm inhaltlich wenig entgegenzusetzen, und insbesondere die Jungdemokraten wurden in ihrer Argumentation schlicht nicht ernst genommen. Seine Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden auf dem Bundesparteitag 1974, bei der Friderichs sich in einer Kampfabstimmung gegen Werner Maihofer durchsetzte, war ein richtungsweisender Sieg für den wirtschaftsliberalen über den linksliberalen Flügel. Als die Bundesregierung im Dezember 1974 vom Stabilitätskurs abrückte und ein Konjunkturpaket verabschiedete, erhielt dieses neben nachfrageorientierten auch angebotspolitische Elemente, die auf Wunsch der Freidemokraten aufgenommen worden waren. Dennoch blieben die gewünschten Effekte weitgehend aus. Innerhalb der FDP wurde indes Kritik am sozial-liberalen Reformbegriff geäußert, der zunehmend mit einem maßlosen Ausbau des Wohlfahrtsstaates assoziiert wurde. In der Debatte über die missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen wurde die „Anspruchs- und Kosteninflation“ (Hildegard Hamm-Brücher) zum gravierendsten Problem der Wirtschafts- und Sozialpolitik erklärt. Trotz dieser Stimmungslage kam es auf dem Bundesparteitag 1975 zu einer unerwarteten wirtschaftspolitischen Offensive der Linksliberalen, welche über die Möglichkeiten direkter staatlicher Investitionslenkung diskutieren wollten. Alle Anträge zum Thema wurden einer Kommission überwiesen, womit eine neue Programmdebatte eröffnet wurde. Im Bundestagswahlkampf 1976 positionierte sich die FDP jedoch eindeutig als die Marktwirtschaftspartei schlechthin, auch in Abgrenzung zur weitgehend ideenlosen CDU/CSU. Statt sozialpolitischer Versprechungen abzugeben, warb man für mehr Wettbewerb, Eigenverantwortung und Sparsamkeit in allen Bereichen. Auch nach der erfolgreichen Wahl suchte man gegenüber der SPD immer wieder die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung, vor allem hinsichtlich des gewünschten Verhältnisses von Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität. Das im März 1977 verabschiedete

Zukunftsinvestitionsprogramm war das erste Konjunkturpaket mit rein angebotspolitischem Fokus, die FDP konnte zudem eine Senkung der Vermögensteuer durchsetzen.

Die Debatte um ein neues Parteiprogramm eröffnete den Linksliberalen allerdings die Chance, die wirtschaftspolitische Hegemonie des rechten Parteiflügels anzugreifen. Um die sozialpolitisch akzentuierten *Freiburger Thesen* wirtschaftspolitisch fortzuschreiben, wurde die Wirtschaftskommission unter Hans Friderichs eingesetzt. Weil viele mit dem Führungsstil des Wirtschaftsministers unzufrieden waren, befasste sich bald auch die Perspektivkommission unter Gerhart Baum mit ökonomischen Fragestellungen, wodurch die beiden Kommissionen in ein Konkurrenzverhältnis zueinander gerieten. Der Programmentwurf der Wirtschaftskommission lag weitgehend auf der Linie der in den letzten Jahren praktizierten Wirtschaftspolitik, betonte die „Grenzen der Machbarkeit“ und sprach sich für eine mittelfristige Orientierung statt kurzfristiger Konjunkturprogramme aus. Auch wenn als Konzession an die Linksliberalen einige Schlagworte der *Freiburger Thesen* aufgenommen wurden, zeigten diese sich mit dem Entwurf unzufrieden. Die Ausarbeitung der Perspektivkommission distanzierte sich von jeglicher Sozialstaatskritik und plädierte für den Ausbau der planenden und gestaltenden Tätigkeit des Staates beim Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wachstum. Das vernichtende Urteil, was innerhalb der Partei und der Presse über den Entwurf gefällt wurde, war nicht nur auf dessen Inhalt, sondern auch auf die implizite Koalitionsaussage zurückzuführen: Seine Annahme hätte die FDP auch wirtschaftspolitisch der SPD angenähert und sie dauerhaft von den Unionsparteien abgeschnitten. Obwohl schon im Vorfeld des Kieler Parteitages beschlossen wurde, bei Zielkonflikten zwischen den Entwürfen auf die Ausarbeitung der Wirtschaftskommission zurückzugreifen, wiesen die *Kieler Thesen* einen erheblichen Kompromisscharakter auf. So wurden Angebots- und nachfrageorientierte Ansätze gemischt und die Vollbeschäftigung für momentan vorrangig, aber grundsätzlich gleichwertig mit der Geldwertstabilität erklärt. Selbst einige hochgradig umstrittene Formulierungen der Perspektivkommission schafften es in die Endfassung. Trotz dieser Zugeständnisse kamen die *Kieler Thesen* für die Linksliberalen einer Niederlage gleich, denn die Annäherung an die SPD in der Wirtschaftspolitik scheiterte ebenso wie die Hoffnung, den neuen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff durch das neue Parteiprogramm einhegen zu können.

Lambsdorff galt gemeinhin als noch strengerer marktwirtschaftlicher Dogmatiker als sein Amtsvorgänger und kündigte dementsprechend eine Doppelstrategie aus Steuersenkungen und Investitionsanreizen bei klarer Absage an kurzfristig angelegte Konjunkturprogramme an.

Nach seinem Erfolg im Rentenstreit musste der Graf als Zugeständnis an den Koalitionspartner und die westlichen Verbündeten jedoch das eher nachfrageorientierte „Lokomotivprogramm“ hinnehmen, welches er allerdings nicht als Konjunkturprogramm verstanden wissen wollte. Im November 1978 erlitt Lambsdorff einen schweren Rückschlag, als die Delegierten des FDP-Bundesparteitages ihm einen Sitz im Parteipräsidium verweigerten, wobei die Kritik seiner Gegner eher auf die Energie- als auf die Wirtschaftspolitik abzielte. Da die Freidemokraten nach mehreren Landtagswahlniederlagen auf einen noch schärferen Konfrontationskurs gegenüber der SPD setzten, kam dem Wirtschaftsminister allerdings weiterhin eine überaus wichtige Rolle zu, wenngleich die Partei zunächst noch unschlüssig war, ob sie Steuersenkungen oder der Haushaltskonsolidierung die Priorität einräumen sollte. Im Bundestagswahlkampf 1980 sollte der bekennende Ordoliberaler, den Genscher zum „Ludwig Erhard der 80er Jahre“ ernannte, vor allem potenzielle Unionswähler ansprechen. Für Aufsehen sorgte Lambsdorff zuvorderst, als er nach einer Japan-Reise die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland sowie die mangelnde Produktivität der Arbeitnehmer beklagte und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der BRD anzweifelte, worin ihn die Parteiführung einhellig bestärkte. Das Wahlprogramm stellte wirtschaftspolitisch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und den Schuldenabbau in den Mittelpunkt, von einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit war trotz der in Folge der zweiten Ölpreiskrise einbrechenden Konjunktur nicht die Rede. Die liberale Doppelstrategie, einen Bundeskanzler Franz Josef Strauß ebenso verhindern zu wollen wie die absolute Mehrheit für die SPD, zahlte sich mit einem starken Wahlergebnis von 10,6% aus.

Die große Einigkeit, welche die Parteiflügel im Wahlkampf an den Tag gelegt hatten, wurde auch in den Koalitionsverhandlungen fortgesetzt, weshalb ein entschiedener Konsolidierungskurs in der Haushaltspolitik trotz Konjunkturkrise durchgesetzt und der Bundeskanzler vom Verzicht auf weitere Konjunkturprogramme überzeugt werden konnte. Dass die FDP den Reformbegriff zu dieser Zeit neu konnotierte und die Stärkung von Eigenverantwortung durch den Rückbau des Wohlfahrtsstaates zum großen Reformziel erklärte, veränderte die Dynamik innerhalb der Koalition: Während die Freidemokraten nun auf neue „Reformen“ drängten, musste die SPD zunehmend als „Bremsen“ auftreten. Als Parteichef Hans-Dietrich Genscher anlässlich der Koalitionskrise wegen des Haushaltsstreits im Sommer 1981 seinen „Wendebrief“ veröffentlichte, in dem er die wichtigsten FDP-Ziele im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenfasste und einen „Willen zur Wende“ einforderte, wurde dies von vielen als Aufforderung zum Koalitionswechsel gedeutet.

Nachdem die sozial-liberale Bundesregierung die Haushaltsverhandlungen nur dank des Abrückens der SPD von der Ergänzungsabgabe überdauerte, kritisierten führende Linksliberale die unnachgiebige Verhandlungsführung der freidemokratischen Delegation, wodurch der seit der Bundestagswahl durchgehaltene Sparkonsens innerhalb der Partei erstmals aufgeweicht wurde. Die Verabschiedung eines Konzeptes zur Beschäftigungspolitik anlässlich des zehnten Jahrestages der *Freiburger Thesen* sollte die innerparteilichen Wogen glätten, doch trotz einiger Hommagen an das Programm von 1971 zielten die *Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit*, anders als noch die *Kieler Thesen*, ausschließlich in eine angebotspolitische Richtung.

Als um den Jahreswechsel 1981/82 die Verstrickung Otto Graf Lambsdorffs in die Parteispendenaffäre bekannt wurde, bemühte sich der Wirtschaftsminister um eine Generalamnestie für alle einschlägigen Gesetzesverstöße, was jedoch an den Sozialdemokraten scheiterte und die Stimmung innerhalb der Koalition auf einen neuen Tiefpunkt sinken ließ. Anfang 1982 bediente sich Helmut Schmidt der Vertrauensfrage, um ein neues Konjunkturpaket durch den Bundestag zu bringen, welches inhaltlich mit seinem starken angebotsorientierten Akzent weitgehend den Präferenzen der FDP entsprach. Als Genscher trotz des sachpolitischen Sieges nicht von der Drohung eines Koalitionswechsels ablassen wollte, starteten die Linksliberalen ihre bis dahin größte Mobilisierungskampagne gegen die zunehmend eskalierende Konfliktstrategie gegenüber der SPD. Auf dem Kongress *Noch eine Chance für die Liberalen* wurde auch die von Lambsdorff vertretene Wirtschaftspolitik zur Zielscheibe der Kritik, wodurch die FDP in ökonomischen Fragen erstmals seit der Programmdebatte von 1977 nicht mehr als monolithischer Block erschien. Nach der Niederlage bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 beschlossen die hessischen Freidemokraten mit Genschers Zustimmung, eine Koalitionsaussage für Alfred Dreggers CDU zu treffen, was die Partei weiter spaltete und von vielen als Zeichen für den bevorstehenden Wechsel in Bonn gedeutet wurde. Wegen des Drucks der Linksliberalen und dem Entgegenkommen der SPD lief die erste Runde der Haushaltsverhandlungen jedoch nahezu reibungslos. Während der parlamentarischen Sommerpause verschlechterte sich das Koalitionsklima allerdings erheblich: In den Medien kursierten Gerüchte über den bereits feststehenden Koalitionswechsel der FDP auf Bundesebene im Zuge der hessischen Landtagswahl. Vor der zweiten Verhandlungsrunde beauftragte Helmut Schmidt seinen Wirtschaftsminister mit der Ausarbeitung eines Strategiepapiers, vermutlich weil der Kanzler den Koalitionsbruch inzwischen als unausweichlich betrachtete und den Zeitplan der FDP durchkreuzen wollte.

Das *Lambsdorff-Papier* urteilte hart über die bisherige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und forderte ein „widerspruchsfreies Gesamtkonzept“ mit rein angebotspolitischer Ausrichtung, wofür umfassende Steuersenkungen und weitreichende Kürzungen im Sozialbereich vorgeschlagen wurden. Die Ausarbeitung wurde äußerst kontrovers diskutiert, wobei außerhalb der FDP eindeutig das negative Echo überwog, auch von Seiten der CDU/CSU. Innerparteilich wurde das Papier zwiespältig aufgenommen und erfuhr sowohl begeisterte Zustimmung als auch grundsätzliche Zurückweisung. Als Lambsdorff es ablehnte, sich öffentlich von seinen eigenen Vorschlägen zu distanzieren, entließ Helmut Schmidt am 17. September 1982 die freidemokratischen Minister aus seinem Kabinett, womit die sozial-liberale Koalition beendet war. Genscher verbreitete nur wenige Tage später seine Interpretation der Ereignisse in einem Brief, wonach der Kanzler am fehlenden Rückhalt in den eigenen Reihen gescheitert sei. Mit der Wahl Helmut Kohls zum neuen Bundeskanzler am 1. Oktober war die existenzielle Krise der FDP keineswegs überstanden, das Scheitern des Aufstandes gegen Genscher auf dem Bundesparteitag im November 1982 machte einen Rückzug von der Wende zur Union jedoch unmöglich. Dies hatte den größten Mitgliederverlust der Parteigeschichte ebenso zur Folge wie eine endgültige Trennung von den Jungdemokraten. Ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik fand auch unter Helmut Kohl nicht statt, weil der linke CDU-Flügel dafür ebenso wenig zu haben war wie die Sozialdemokraten. Stattdessen wurde der bereits mit der SPD eingeleitete gemäßigte angebotspolitische Kurswechsel fortgesetzt. Dennoch prägte das *Lambsdorff-Papier* das Image der FDP wie kaum ein anderes Dokument und legte sie auf die Rolle des wirtschaftsliberalen Korrektivs fest. Damit war das in den *Freiburger Thesen* forcierte Projekt einer „Sozialliberalisierung“ der FDP endgültig gescheitert.

Mit Hans-Dietrich Genscher übernahm 1969 zum ersten Mal ein Freidemokrat das Bundesinnenministerium, was den Zielkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit in der Rechtsstaatspartei FDP evident werden ließ. Obwohl die Liberalen und insbesondere die Jungdemokraten vom Zustrom gemäßigter „Achtundsechziger“ profitierten, gab sich Genscher bei seiner Amtsübernahme dezidiert konservativ und betonte die Kontinuitäten zur Innenpolitik der Großen Koalition. Die radikalisierte Fraktion der „Achtundsechziger“ wurde vor allem in Form der DKP als gravierendes Sicherheitsproblem wahrgenommen, weshalb der von der Innenministerkonferenz Anfang 1972 beschlossene „Radikalenerlass“ Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernhalten sollte. Die Jungdemokraten kritisierten Genscher für die Praxis der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und bezichtigten ihn der „Law-and-order“-Politik, was von der Parteiführung jedoch einstimmig zurückgewiesen

wurde. Durch die „Mai-Offensive“ der RAF verlagerte sich der Schwerpunkt der inneren Sicherheitspolitik auf die Bekämpfung des linksextremen Terrorismus, wofür im Sommer 1972 ein Gesetzespaket verabschiedet wurde, welches den Ausbau der Sicherheitsbehörden ebenso umfasste wie Strafrechtsverschärfungen. Nach der erfolgreichen Bundestagswahl war innerhalb der FDP die Bereitschaft zu einer Liberalisierung der inneren Sicherheitspolitik zu erkennen, sodass im Laufe des Jahres 1973 auch erstmals Kritik an der bisherigen Praxis des Radikalenerlasses geäußert wurde. Als die nordrhein-westfälische FDP die Einstellung eines kommunistischen Richters gegen den Willen der SPD verhinderte, protestierten einige linksliberale Bundestagsabgeordnete lautstark. Der Bundesvorstand erarbeitete daraufhin zehn Thesen zur Nachbesserung des Erlasses, der auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden angenommen wurde und insbesondere die Notwendigkeit zur Einzelfallprüfung betonte. Zum Verhältnis der Treuepflicht der Beamten und dem Parteienprivileg des Grundgesetzes sollte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgewartet werden, wobei der Innenminister keinen Zweifel daran ließ, dass die Treuepflicht für ihn eindeutigen Vorrang besaß.

Nach dem tendenziell eher konservativen Genscher zog mit Werner Maihofer ein bekennender Linksliberaler ins Bundesinnenministerium ein, dessen Tauglichkeit für das Amt nicht nur von den Unionsparteien angezweifelt wurde. Maihofer konnte zunächst keinerlei eigene Akzente setzen und sich weder als liberaler Bürgerrechtler noch als erfolgreicher Sicherheitspolitiker profilieren, weshalb seine Niederlage gegen Hans Friderichs bei der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden nicht überraschend kam. In Hamburg plädierte die FDP derweil gegen den Willen der SPD für die Übernahme zweier kommunistischer Lehrer in den Schuldienst, was die massive Diskrepanz zwischen den freidemokratischen Landesverbänden hinsichtlich des Extremistenbeschlusses deutlich machte. Bei der Entführung von Peter Lorenz unterstützte die FDP das Handeln Helmut Schmidts ohne Vorbehalte, während Maihofer und Genscher bei der Stockholmer Geiselnahme zwar Bedenken äußerten, aber keine konkreten Alternativen anbieten konnten. Im daraufhin von Justizminister Vogel eingebrachten Gesetzespaket zur Terrorismusbekämpfung stießen insbesondere die Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs und die Einführung einer Kronzeugenregelung in der freidemokratischen Bundestagsfraktion auf massiven Widerspruch, wobei Maihofer beide Vorhaben ausdrücklich befürwortete. Im Programm zur Bundestagswahl wurde der Überwachung der Gespräche zwischen Anwalt und Mandant jedoch eine klare Absage erteilt. Im Wahlkampf bemühte sich der Innenminister vor allem, mit den Erfolgen bei der technischen Aufrüstung der Sicherheitsbehörden zu punkten, ging aber gegenüber Genscher und Friderichs weitgehend unter.

Auf dem Frankfurter Bundesparteitag 1976 eskalierte der innerparteiliche Streit um den Radikalenerlass, wobei Maihofer den Kritikern des Beschlusses die Schuld für dessen schlechten Ruf gab. Trotz der gravierenden Meinungsunterschiede konnte wegen der großen Rechtsunsicherheit Konsens über ein Abrücken von der bisherigen Praxis erzielt und ein Antrag mit konkreten Vorschlägen zur Nachbesserung des Erlasses verabschiedet werden. Zum zweiten Streitpunkt avancierte in Frankfurt die Regelung des Schusswaffengebrauchs im bundeseinheitlichen Polizeigesetz, die Kritiker wie Ulrich Klug als Aufforderung zum „Todesschuss“ interpretierten. Maihofer und Klug lieferten sich daraufhin einen heftigen verbalen Schlagabtausch, was die Entfremdung des Innenministers von seiner einstigen linksliberalen Hausmacht veranschaulichte. Anfang 1977 enthüllte der *Spiegel* die „Operation Müll“, bei der Verfassungsschutzbeamte illegale Abhörvorrichtungen in der Wohnung des Atomwissenschaftlers Klaus Traube installiert hatten. Maihofer rechtfertigte sein Vorgehen, wofür ihm das Parteipräsidium den Rücken stärkte; die Fraktion zeigte sich jedoch bereits tief gespalten. Die Darstellungen des Innenministers über die umstrittene Aktion erwiesen sich als nicht konsistent: Mal behauptete er, erst im Nachhinein von der „Operation Müll“ erfahren, dann wieder, die Überwachung Traubes selbst angeordnet zu haben. Obwohl ihn beide Versionen in ein äußerst schlechtes Licht rückten, beharrte Maihofer darauf, zu keinem Zeitpunkt einen Fehler gemacht zu haben. Abgesehen von Martin Bangemann hielten sich seine Parteifreunde in der Öffentlichkeit mit Kritik zurück, auf dem Bundeshauptausschuss in Bochum erfolgte gleichwohl eine vernichtende interne Abrechnung inklusive Rücktrittsforderungen, gerade auch von linksliberaler Seite. Wenngleich Genscher ihm demonstrativ das Vertrauen aussprach, war das einstige Idol der Parteilinken durch die „Traube-Affäre“ irreparabel beschädigt.

Im „Deutschen Herbst“ stand Maihofer einmal mehr im Schatten Genschers und konnte kaum eigene Akzente setzen, wobei die FDP angesichts der „Allparteienkoalition“ auch nur gerigen Spielraum für eine liberale Profilierung hatte. Bei der Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes brachte sie einen Änderungsantrag bezüglich der Hinzuziehung eines Pflichtverteidigers ein, der wegen mangelnder Unterstützung aus der SPD scheiterte. Der kurz darauf abgehaltene Bundesparteitag in Kiel befasste sich einmal mehr mit der gesetzlichen Grundlage des Schusswaffengebrauchs für Polizeibeamte, wobei sich die Befürworter des Musterentwurfs eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes nur äußerst knapp und dank der Unterstützung der gesamten Parteiprominenz gegen die Gegner des sogenannten „Todesschusses“ durchsetzten. Obwohl Teile der Presse den Kieler Parteitag als „Rechtsruck“ in der inneren Sicherheitspolitik interpretierten, deutete der starke Widerstand gegen den

Musterentwurf bereits auf eine Renaissance des Bürgerrechtsliberalismus hin. Die Personalie Werner Maihofer kam dennoch nicht zur Ruhe: Im Mai 1978 enthüllte die *Frankfurter Rundschau* rechtswidrige Gepäckdurchsuchungen des BGS auf Anweisung der Geheimdienste – einmal mehr stand Maihofer vor dem Dilemma, entweder die Verfassung gebrochen oder von nichts gewusst zu haben. Nach den Niederlagen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg entzog ihm auch Genscher seine Unterstützung, wodurch der erfolglose Bundesinnenminister zum Rücktritt gezwungen wurde.

Maihofers Nachfolge trat mit Gerhart Baum erneut ein Vertreter des linken Parteiflügels an, der allerdings nur aus Mangel an personellen Alternativen ins Amt gelangte. Sogleich kündigte er an, die fragwürdige Amtshilfe-Praxis zwischen Polizei und Geheimdiensten zu beenden und der Tendenz zur Machtkonzentration beim BKA entgegenzuwirken. Zudem bemühte sich der neue Innenminister, seine Partei zur Distanzierung von der Praxis der Regelanfrage beim Radikalenerlass zu bewegen. Trotz des erbitterten Widerstands Burkhard Hirschs fiel der Beschluss des Mainzer Bundesparteitages 1978 sogar liberaler aus, als Baum ursprünglich beabsichtigt hatte: Nur noch bei konkreten Hinweisen sollte demnach beim Verfassungsschutz durch die einstellende Behörde angefragt werden. Auf Initiative Baums wurde die Regelanfrage auf Bundesebene 1979 abgeschafft und nur noch bei begründeten Zweifeln an der Verfassungstreue eines Bewerbers gestattet, wenngleich der Extremistenbeschluss auf Landesebene weiterhin unterschiedlich praktiziert wurde. Auch den Datenschutz setzte der Innenminister auf seine politische Agenda, was Konflikte mit den Sicherheitsbehörden und dem Bundeskanzler mit sich brachte. In einzelnen Fällen, wie beim umstrittenen Sperrvermerk im Reisepass, kamen auch aus der eigenen Partei kritische Stimmen, wenngleich der liberale Kurs in der Sicherheitspolitik ansonsten unterstützt wurde. Das Thema Datenschutz erhielt durch Baums Wirken und seine enge Zusammenarbeit mit einschlägigen Experten durchaus eine identitätsstiftende Funktion für die FDP. Im Bundestagswahlkampf sorgte der von Genscher zum „rechtsstaatlichen Gewissen der Bundesregierung“ ernannte Minister durch zwei Auftritte mit Horst Mahler für Aufsehen, wodurch auch Wähler aus dem linksalternativen Spektrum angesprochen werden sollten. Das Wahlprogramm forderte weitreichende Revisionen der Antiterrorgesetze, die in der letzten sozial-liberalen Legislaturperiode auch teilweise verwirklicht wurden, wenngleich die geforderte Abschaffung des Kontaktsperregesetzes ebenso wie eine Neuregelung des Radikalenerlasses nicht mehr umgesetzt werden konnte. Dass Gerhart Baum auch nach der Wende in der FDP verblieb, war der wohl entscheidende Faktor dafür, dass der linksliberale Flügel mit dem Wechsel zur Union nicht völlig verlorenging. Die Freidemokraten konnten

sich somit als rechtsstaatliches Korrektiv zur CDU/CSU profilieren, obschon keiner ihrer führenden Bürgerrechtler unter Helmut Kohl noch ein Ministeramt bekleidete.

Zu Beginn der sozial-liberalen Koalition spielte der Umweltschutz nur eine marginale Rolle, doch der Ministerialbeamte Peter Menke-Glückert konnte Hans-Dietrich Genscher schon früh von der künftigen Relevanz des Themas überzeugen, sodass die entsprechenden Kompetenzen im Bundesinnenministerium gebündelt wurden. Als wichtigste Leitlinie galt dabei das „Verursacherprinzip“, wonach die Wirtschaft für die von ihr verursachten Umweltschäden finanziell haftbar gemacht werden sollte. Dies führte beispielsweise bei der Verschärfung des Benzin-Blei-Gesetzes zu einer Konfrontation mit den Interessenvertretern der Automobilindustrie. Mit dem umweltpolitischen Kapitel der *Freiburger Thesen* nahm die FDP die von Genscher und seinen Mitarbeitern gegebenen Impulse auf und wurde zur programmatischen Vorreiterin in der westdeutschen Parteienlandschaft. Die freidemokratische Umweltpolitik stand ganz im Zeichen des Planungsoptimismus der „langen 60er Jahre“ und setzte anhaltendes Wirtschaftswachstum voraus. Demgegenüber stand die 1972 vom *Club of Rome* veröffentlichte Studie *Grenzen des Wachstums*, deren Forderung nach künftigem Nullwachstum selbst von den engagiertesten Umweltschützern in der FDP abgelehnt wurde. Da der Umweltschutz weiterhin recht unpopulär blieb, räumten die Liberalen ihm im Bundestagswahlkampf 1972 auch keine zentrale Rolle ein. Erst die Ölkrise im Herbst 1973 sorgte für ein zunehmendes Interesse an ökologischen Themen in der Bevölkerung, was der FDP die Chance eröffnete, durch Anschluss an die entstehenden lokalen Bürgerinitiativen die eigene Basis zu stärken. Die Wirtschaftskrise machte die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen jedoch immer schwieriger, insbesondere nachdem sich Bundeskanzler Helmut Schmidt beim Treffen auf Schloss Gymnich im Sommer 1975 mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften auf eine Einschränkung des Umweltschutzes geeinigt hatte. Mit der Programmdebatte von 1977 sollte die inzwischen entstandene programmatische Lücke im Umweltschutz geschlossen und den „Weltuntergangspropheten“ des *Club of Rome* eine liberale Alternative entgegengesetzt werden: statt Nullwachstum plädierten die *Kieler Thesen* für „qualitatives Wachstum“, wenngleich der Begriff innerparteilich umstritten blieb.

Die Kernenergie wurde in der FDP zunächst uneingeschränkt positiv beurteilt, was sich erst mit dem Anwachsen der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke und insbesondere der Großdemonstration in Wyhl im Februar 1975 änderte. Eine Woche nach den eskalierenden Anti-Atomkraft-Protesten in Brokdorf im November 1976 beschlossen die Liberalen auf

Initiative Helga Schuchardts, den Anteil der Kernenergie auf ein Minimum zu reduzieren, nichtnukleare Energieträger zu fördern und Baugenehmigungen von einer Lösung des Entsorgungsproblems bei radioaktivem Abfall abhängig zu machen. Dieser kritische Kurs gegenüber der Kernenergie wurde vor allem vom nordrhein-westfälischen Landesverband um Horst-Ludwig Riemer und Burkhard Hirsch unterstützt, wenngleich nur die Jungdemokraten eine völlige und sofortige Abkehr von der Atomkraft forderten. Für den Bundeshauptausschuss im Juni 1977 fürchtete Genscher, der sich ebenso entschlossen für die Kernenergie einsetzte wie Wirtschaftsminister Friderichs, eine Eskalation des Konflikts, weshalb der Leitantrag des Bundesvorstands den Kompromissvorschlag enthielt, Baugenehmigungen für Atomkraftwerke weiterhin zu erteilen, Betriebsgenehmigungen jedoch von der Genehmigung der Entsorgungsanlage abhängig zu machen. Die Mehrheit des „kleinen Parteitages“ in Saarbrücken sprach sich jedoch gegen eine solche Spaltung der Genehmigungsverfahren aus und beschloss, Neubaugenehmigungen erst bei einer Teilerrichtungsgenehmigung eines Standortes zur Endlagerung zu erteilen, was in der Praxis auf ein mindestens dreijähriges Moratorium hinauslief. Nach dieser schweren Niederlage machte Genscher sogleich klar, dass er sich an den Beschluss nicht gebunden fühle und dessen Umsetzung in der Koalition nicht möglich sei. Der Parteivorsitzende befürchtete einen zunehmend fundamentaloppositionellen Kurs der Freidemokraten in Sachen Kernenergie, weshalb sein Verhalten auffällig mit dem wiederholt geäußerten Wunsch nach einer bürger nahen und kommunalpolitisch verankerten FDP kontrastierte. Genscher umwarb die prominentesten Atomkraftgegner in persönlichen Gesprächen, um sie bis zum nächsten Bundesparteitag zu einem Kurswechsel zu bewegen, und bewirkte damit tatsächlich einen Stimmungsumschwung innerhalb der Partei. Der in Kiel vorgebrachte Leitantrag des Bundesvorstands suggerierte zwar ein Entgegenkommen an die Kritiker, hob das in Saarbrücken beschlossene Moratorium jedoch wieder auf. Neben sämtlichen Bundesministern sprachen sich nun auch Riemer und Hirsch dafür aus, neue Baugenehmigungen schon vor einer Teilerrichtungsgenehmigung für das Endlager zu erteilen, weshalb die verbliebenen Skeptiker bei der Abstimmung chancenlos waren.

Nachdem bereits auf dem Bundeshauptausschuss in Augsburg infolge der Landtagswahl Niederlagen vom Mai 1978 Kritik an der Revision des Anti-Atom-Kurses laut geworden war, erfolgte wenige Wochen später eine erneute Zuspitzung der Kontroverse aufgrund des Schnellen Brüters in Kalkar. In Nordrhein-Westfalen lehnten Wirtschaftsminister Riemer und Innenminister Hirsch die Schnellbrüter-Technologie als Schritt in die „Plutonium-Wirtschaft“ ab, was die sozial-liberale Koalition in Düsseldorf in

schwere Turbulenzen stürzte. Die Entscheidung über den Schnellen Brüter wurde daraufhin der Bundesregierung überantwortet, wodurch die Atomkraft beim Mainzer Bundesparteitag wieder auf der Tagesordnung stand. Die Delegierten beschlossen, abermals gegen den Willen der Bundesminister, die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter vom Votum einer durch den Bundestag einzusetzenden Enquete-Kommission abhängig zu machen. In den Koalitionsgesprächen wurde dem Votum des Parteitages jedoch nicht entsprochen: Zwar sollte die kommerzielle Nutzung des Brüters erst nach Zustimmung der Enquete-Kommission, der Bau des Reaktors aber schon vorher erfolgen. Sechs freidemokratische Bundestagsabgeordnete sprachen sich gegen die Vereinbarung aus und konnten erst durch massiven innerparteilichen Druck zu einer Enthaltung bei der parlamentarischen Abstimmung über den Schnellen Brüter gebracht werden, was der sozial-liberalen Koalition eine knappe Mehrheit sicherte. Der von der Parteiführung erhoffte „Schlussstrich“ unter die AKW-Debatte wurde jedoch durch den Störfall im Kraftwerk Three Mile Island im März 1979 verhindert, sodass die Zukunft der Kernenergie auf dem Bundesparteitag in Bremen erneut debattiert wurde. Anträge der Atomkraftskeptiker Horst-Jürgen Lahmann und Eilert Tantzen, welche eine erneute Aussetzung der Erteilung von Neubaugenehmigungen forderten, wurden mit hauchdünner Mehrheit abgelehnt. Trotz eines betont kritischen Vokabulars blieben die Bremer Beschlüsse grundsätzlich bei dem in Kiel eingeschlagenen Kurs, der einem „skeptischen und bedingten Ja“ zur Kernenergie entsprach. Innenminister Gerhart Baum entdeckte seine kritische Haltung zur Atomkraft erst zu einem Zeitpunkt, als das Thema bereits seine innerparteiliche Sprengkraft eingebüßt hatte, doch konnte er in der letzten sozial-liberalen Legislaturperiode ein gewisses Gegengewicht zu den entschiedenen Atomkraftbefürwortern Lambsdorff und Genscher bilden.

Der 4. Juni 1978 markierte den Anfang vom Ende des bundesdeutschen Drei-Parteien-Systems, als in Hamburg und Niedersachsen die grünen und bunten Listen zwar nicht genug Stimmen erzielten, um selbst ins Parlament einzuziehen, aber ausreichend stark wurden, um die FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken. Die Freidemokraten waren von den neuen politischen Akteuren stärker bedroht als jede andere Partei, da ihre Stellung als dritte Kraft im Parteiensystem und somit die Funktion als „Kanzlermacherin“ akut gefährdet schien. Das Umwerben potenzieller grüner Wähler, bei gleichzeitiger Diskreditierung der grünen Aktivisten, zahlte sich jedoch nur bedingt aus: Während die Umweltschützer bei den Wahlen in Hessen und Bayern noch deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben, gelang ihnen im Oktober 1979 der Einzug in die Bremer Bürgerschaft, und im Januar 1980 formierten sich *Die Grünen* als neue bundesweite Partei. Im Bundestagswahlkampf sollte vor allem Gerhart Baum

Wähler mit postmateriellen Wertvorstellungen ansprechen, wofür er die FDP als vernünftige Alternative zu den dogmatischen Grünen bewarb. Dass der neuen Partei der Einzug in den Bundestag 1980 verwehrt blieb, lag aber wohl vor allem am polarisierenden Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, der viele Sympathisanten der Grünen, inklusive der Jungdemokraten, zur Unterstützung der sozial-liberalen Koalition bewog. Baums angekündigte umweltpolitische Offensive nach der Bundestagswahl 1980 fand in der FDP keine große Unterstützung, weil sie in zu starkem Widerspruch zu der durch Lambsdorff und Genscher betriebenen wirtschaftsliberalen Profilierung stand. Auf dem Bundesparteitag 1981 konnte aber immerhin ein umfassendes Umweltprogramm verabschiedet werden, welches weitaus konkreter war als die Absichtserklärungen von Christ- und Sozialdemokraten. Die Etablierung der Grünen ließ sich dennoch nicht mehr aufhalten, wie bei der niedersächsischen Landtagswahl im März und der Hamburger Bürgerschaftswahl im Juni 1982 deutlich wurde. In der FDP wurden daraufhin Überlegungen geäußert, die SPD in Bonn in die Opposition zu schicken, damit diese die Grünen absorbieren und damit das Drei-Parteien-System retten könnte. Selbst wenn dies nicht gelingen sollte, war ein Wechsel zur Union aus strategischen Gründen notwendig, da im Vier-Parteien-System nur im bürgerlich-konservativen Lager noch genug Platz für die Selbstbehauptung der FDP blieb. Nach dem Vollzug der Wende rückten die Freidemokraten deutlich von ihrer umweltpolitischen Vorreiterrolle ab, der Bruch mit ihrem vorherigen Selbstverständnis war auf diesem Gebiet deutlich ausgeprägter als in der inneren Sicherheitspolitik.

Hinsichtlich der äußeren Sicherheit verorteten sich die Liberalen in einer antinuklearen Tradition, die auf den Widerstand gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zurückging. Die Neue Ostpolitik bekräftigte das Selbstverständnis der FDP als Friedenspartei, die langfristig gesehen eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa anstrebte und durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem die Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt überwinden wollte. Hans-Dietrich Genschers Konzeption der „Realistischen Entspannungspolitik“, welche er im November 1975 erstmals vorstellte, erklärte militärisches Gleichgewicht zwischen den Machtblöcken zur Grundvoraussetzung für eine politische Annäherung und die NATO zum unverzichtbaren Bestandteil der Entspannungspolitik. Durch seine mitunter scharfen Töne gegenüber Moskau sorgte der Außenminister beim sozialdemokratischen Koalitionspartner für Unmut, da die sozial-liberale Außenpolitik bis dahin stets einvernehmlich praktiziert worden war. Auch innerhalb der FDP weichte der seit dem Auszug der Nationalliberalen bestehende außen- und sicherheitspolitische Konsens zunehmend auf, wie die Debatte um die Neutronenbombe im Jahr 1977 zeigte. Erst nach einer

langen Diskussion und durch umfassende Zugeständnisse konnte Genscher seiner Bundestagsfraktion die Zustimmung zur Stationierung der Neutronenwaffe abringen, deren Produktion dann allerdings wegen des Einlenkens von Jimmy Carter auf Eis gelegt wurde. Der verteidigungspolitische Kongress der FDP im April 1979 diskutierte den von Helmut Schmidt eingebrachten Vorschlag über eine Nachrüstung der NATO bei gleichzeitigem Angebot über Rüstungskontrollverhandlungen an die Sowjetunion. Genscher und seine Unterstützer argumentierten, die Einführung der sowjetischen SS-20 werde das bereits vorherrschende östliche Übergewicht im Bereich der Mittelstreckenraketen dramatisch verstärken, weshalb die Doppelstrategie aus Nachrüstung und Verhandlung der einzig sinnvolle Weg sei, um „annähernden Kräftegleichstand auf niedrigem Niveau“ (Jürgen Möllemann) zu erreichen. Nicht alle Redner auf dem Kongress konnten die Forderung nach westlicher Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen mittragen, da sie den Befund einer bestehenden Überlegenheit des Warschauer Paktes nicht teilten; die zum Teil widersprüchlichen Analysen der Militärexperten erschwerten die Diskussion für verteidigungspolitische Laien erheblich.

Der Doppelbeschluss der NATO am 12. Dezember 1979 und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan zwei Wochen später läuteten den „Zweiten Kalten Krieg“ ein und verschärften den Konflikt über die äußere Sicherheitspolitik innerhalb der FDP. Der BFA 1 unter William Borm wurde zum Sprachrohr der Genscher-Kritiker, während der von Jürgen Möllemann geleitete BFA 2 nachdrücklich für die Umsetzung des Doppelbeschlusses eintrat. Im Bundestagswahlkampf 1980 unterstützte die Partei den Kurs des Außenministers nicht so geschlossen wie Lambsdorffs Wirtschaftspolitik und Baums innere Sicherheitspolitik. Als ein von Leonid Breschnew eingebrachter Vorschlag über ein Moratorium für die Produktion von Mittelstreckenwaffen Ende Februar 1981 vom Westen zurückgewiesen wurde, war dies die Initialzündung zur Formierung der „Neuen Friedensbewegung“, die sich vor allem aus dem antiatomaren Protestmilieu rekrutierte und die Prämissen der nuklearen Abschreckungsstrategie nicht akzeptierte. Auch in einigen freidemokratischen Landesverbänden regte sich nun Widerstand gegen den Doppelbeschluss, wobei vor allem der Vorwurf laut wurde, der Verhandlungsteil sei gegenüber dem Nachrüstungsteil längst in den Hintergrund gerückt worden. 600 Funktionsträger aus den Landesverbänden unterzeichneten eine Resolution mit der Forderung nach sofortiger Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen, wodurch die äußere Sicherheitspolitik auf dem Kölner Bundesparteitag 1981 in den Mittelpunkt rückte. Der BFA 1 brachte dort einen Antrag ein, der den Vorrang der Verhandlungen vor dem Rüstungsvollzug betonte, während der vom BFA 2 ausgearbeitete

Antrag des Bundesvorstands den Doppelbeschluss für „unteilbar“ erklärte und vor der Infragestellung der bundesdeutschen Westbindung warnte. Affinität zu neutralistischem und antiamerikanischem Gedankengut, wie von Genscher unterstellt, ließ außer William Borm jedoch kaum ein Redner erkennen. Der Landesverband Schleswig-Holstein fand mit seinem Vorschlag, die amerikanischen Mittelstreckenraketen im Falle der Nachrüstung auf See zu stationieren, zwar viele Befürworter, doch der Außenminister verwehrte sich gegen jegliche Änderung am Doppelbeschluss. Durch eine unverhohlene Rücktrittsdrohung erzwang er zwar die Annahme des Vorstandsantrags, schwächte jedoch zugleich seine eigene Position gegenüber den Nachrüstungsgegnern.

Obwohl die Parteiführung die große Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 einhellig verurteilte, nahmen 16 der 54 freidemokratischen Fraktionsmitglieder an ihr teil. Gleichwohl bestanden zwischen den Linksliberalen und den Jungdemokraten gravierende Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung von Genschers Politik: Während der Jugendverband eine bedingungslose Unterstützung der Friedensbewegung forderte, äußerte der linke Flügel der Bundestagsfraktion seine Kritik am Doppelbeschluss weitaus differenzierter. Mit dem Vollzug der Wende zur CDU/CSU gingen die Nachrüstungskritiker nochmals in die Offensive, da Genscher in diesem Bereich angreifbar erschien und auch viele Freidemokraten aus der Mitte der Partei gegen sich aufgebracht hatte. Auf dem Berliner Bundesparteitag im November 1982 hagelte es zwar Kritik an der Politik des Parteivorsitzenden, ein Antrag auf Grundsatzentscheidung über den Vollzug der Nachrüstung auf dem nächsten Parteitag wurde jedoch mit knapper Mehrheit abgelehnt. Eine Annäherung der FDP an die Friedensbewegung fand nicht statt, womit auch die zweite große außerparlamentarische Protestbewegung der sozial-liberalen Ära den Grünen überlassen wurde. Auch wenn Genscher die Umsetzung des Doppelbeschlusses rückblickend zum eigentlichen Grund für den Wechsel zur Union erklärte, hatte sich die SPD bis dahin keineswegs von der Nachrüstung distanziert, sondern sich auf ihrem letzten Parteitag vor der Bonner Wende sogar ausdrücklich zu ihr bekannt.

Die *Freiburger Thesen* waren Ausdruck einer Kapitalismuskritik auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms, welche die Probleme des marktwirtschaftlichen Systems durch größere Verteilungsgerechtigkeit und eine damit einhergehende Erhöhung der Chancengleichheit überwinden wollte. Sie waren zugleich Sinnbild eines sozialliberalen Zeitgeistes, der auf dem Zusammenspiel von Konsenskapitalismus und Fundamentalliberalisierung beruhte, wobei Ersterer durch die vom Ölpreisschock ausgelöste Wirtschaftskrise, Letztere durch die vom

Terror der RAF verursachte „Tendenzwende“ in eine Legitimationskrise geriet. Nachdem die „deutsche Frage“ mit dem erfolgreichen Vollzug der Neuen Ostpolitik und dem Auszug der Nationalliberalen endgültig geklärt schien, avancierte die „nukleare Frage“ ab Mitte der 1970er Jahre zur zentralen Konfliktlinie innerhalb der FDP, wobei in der Debatte um Atomkraftwerke und Nachrüstung die Legitimität moderner Großtechnologie grundsätzlich zur Disposition gestellt wurde. Im Zeichen der Krise war die FDP gezwungen, sich gegenüber den Volksparteien durch mutige und unkonventionelle Antworten zu profilieren, wofür sich prinzipiell zwei Optionen anboten: Ein radikal wirtschaftsliberaler Kurs nach Vorbild des neokonservativen Thatcherismus in Großbritannien oder ein postmaterielles Profil mit enger Anbindung an die ökologisch und antiatomare eingestellten Bürgerinitiativen. Da Neokonservative und Wachstumskritiker in ihrer Ablehnung des staatlichen Planungsoptimismus und der hedonistischen Konsumgesellschaft durchaus Überschneidungen aufwiesen, konnte die FDP vorübergehend Anhänger beider Richtungen ansprechen. Die permanente Regierungsbeteiligung auf Bundesebene erschwerte jedoch die politische Umsetzung postmaterieller Wertvorstellungen, zumal diese in der Bundesrepublik stets unter dem Verdacht der Fundamentalopposition standen. Stattdessen erlangte spätestens ab 1980 die Umsetzung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik für die Freidemokraten oberste Priorität, wenngleich das Etikett „neokonservativ“ die FDP in der Wende nicht zutreffend beschreibt: Erstens verzichtete man im Gegensatz zu Thatcher und Reagan auf eine konservative Ummantelung der wirtschaftspolitischen Forderungen, die von der sozial-liberalen Koalition unternommenen Schritte zur gesellschaftlichen Liberalisierung wurden gegenüber den Unionsparteien entschlossen verteidigt. Zweitens orientierte sich Lambsdorffs Wirtschaftspolitik explizit an Walter Euckens Ordoliberalismus und nicht an Milton Friedmans Monetarismus. Zwar teilte man die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Regierungen in London und Washington, konnte sich jedoch wegen der engen Verflechtung des Ordoliberalismus mit der Sozialen Marktwirtschaft zugleich demonstrativ von Thatcherismus und Reaganomics abgrenzen. Die entscheidende Weichenstellung zugunsten einer „neoliberalen“ FDP erfolgte durch den Sieg der sozial-liberalen Koalition bei der Bundestagswahl 1976: Hätte die FDP in die Opposition zurückkehren müssen, wären die Voraussetzungen zur Entwicklung eines ökologisch-linksliberalen Profils weitaus besser gewesen. Dass dies letztlich unterblieb, ermöglichte die Etablierung der Grünen, die schon bald selbst jenen Platz im Parteienspektrum einnahmen, den Karl-Hermann Flach einst für die FDP vorgesehen hatte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Archiv des Liberalismus, Gummersbach

Bestand FDP-Bundesparteitage: Ordner 590, 591, 593, 594, 595, 596, 597, 4011, 4029, 4031, 4032, 4033, 4045, 4046, 4049, 4050, 4155, 4157, 6331, 6332, A1-446, A1-447, A1-464, A1-466, A1-478, A1-479, A1-480, A1-485, A1-491, A1-509, A1-515, A1-516, A1-522, A1-530, A1-531, A1-549, A1-552, A1-585, A1-587, A1-604, A1-607, A1-609, A1-624, A1-641, A1-643, A1-645, A1-646, A1-657, A1-670, A1-671, A1-673, A1-674, A1-675, A1-676, A1-704, A1-725, A1-727, A1-728

Bestand FDP-Bundeshauptausschüsse: A12-83, A12-99, A12-115, A12-119, A12-121, A12-132, A12-133, A12-136, A12-137, A12-139, A12-142, A12-194, A48-8, A48-9, A48-10

Bestand FDP-Bundestagsfraktion: Ordner 29694, 29695, A49-8, A49-9, A49-10, A49-11, A49-14, A49-16, A49-17, A49-20, A 49-25, A49-29, A49-30, A49-32, A49-33, A49-101, A49-102, A49-103, A49-104, A49-105, A49-106, A49-197, A49-199, A49-202, A49-203, A49-204

Bestand FDP-Bundesvorstand: Ordner 171, 174, 177, 4068, 4069, 4076, 4077, 5884, 6169

Bestand FDP-Präsidium: Ordner 4095, 5827, 5828, 5829, 5830, 6171, 6994

Bestand FDP-Bundesfachausschüsse: A44-31, A44-32, A44-34, A44-35

Bestand Wolfgang Mischnick: A39-105, A39-106, A39-107, A39-108, A40-458, A40-459, A40-460, A40-461

Bestand Karl-Hermann Flach: N47-010, N47-015, N47-045, N47-046, N 47-051, N47-052, N47-075, N47-076, N47-097, N47-115, N47-126, N47-128, N47-212

Bestand Hans-Dietrich Genscher: N52-19, N52-159, N52-162, N52-165, N52-183, N52-192, N52-204, N52-215, N52-244, N52-271, N52-286, N52-320, N52-364, N52-370, N52-371

Periodika

Bonner Depesche, Bonn.

Der Spiegel, Hamburg.

Der Leitende Angestellte, Hamm.

Die Neue Bonner Depesche, Sankt Augustin.

Die Zeit, Hamburg.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main.

Freie Demokratische Korrespondenz, Bonn.

Liberal, Berlin.

Manager Magazin, Hamburg.

Stern, Hamburg.

Quelleneditionen

Bökenkamp, Gérard / Doering, Detmar / Frölich, Jürgen / Grothe, Ewald (Hrsg.): 30 Jahre „Lambsdorff-Papier“. Texte und Dokumente. 2. Aufl. Berlin 2012.

FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Kieler Thesen zur Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat, zu Bürger, Staat, Demokratie, zu Bildung und Beschäftigung der jungen Generation. Bonn 1977.

FDP-Bundesvorstand (Hrsg.): Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948-1973). Bonn 1973.

Flach, Karl-Hermann / Maihofer, Werner / Scheel, Walter: Die Freiburger Thesen der Liberalen. Reinbek bei Hamburg 1972.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990. Baden-Baden 1990.

Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages. URL:

<https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (abgerufen am 21.08.2018).

Verheugen, Günther (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. Baden-Baden 1979.

Verheugen, Günter (Hrsg.): Das Wichtigste ist der Frieden. Dokumentation des Verteidigungspolitischen Kongresses der Freien Demokratischen Partei am 27./28. April 1979 in Münster. Baden-Baden 1980.

Literatur

Albertin, Lothar (Hrsg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1980.

Alemann, Ulrich von / Spier, Tim: Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen. In: Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien, Parteiensystem, Parteienforschung. Schwalbach 2009, S. 32-49.

Allerbeck, Klaus: Die alte und die neue FDP. Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg. In: Albertin, Lothar (Hrsg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1980, S. 151-168.

Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien, Parteiensystem, Parteienforschung. Schwalbach 2009.

Angster, Julia: Politischer Liberalismus und gesellschaftlicher Wandel zwischen 1960 und 1990. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 89-108.

Bader, Tobias: Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism. Köln 2005.

Balz, Hanno: Kampf um die Grenzen. „Terrorismus“ und die Krise öffentlichen Engagements in der Bundesrepublik der siebziger Jahre. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 294-310.

Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Berlin 1998.

Baum, Gerhart / Hirsch, Burkhard: Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite. Berlin 2016.

Baum, Gerhart Rudolf: Wir fühlen uns in unserer liberalen Identität verletzt. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 17-22.

Beck, Ulrich: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich / Giddens, Anthony / Lash, Scott (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main 1996, S. 19-112.

Beck, Ulrich / Giddens, Anthony / Lash, Scott (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1996.

Beckstein, Martin / Weber, Ralph: Politische Ideengeschichte. Interpretationsansätze in der Praxis. Göttingen 2014.

Bickerich, Wolfgang (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition. Hamburg 1982.

Biebricher, Thomas: Neoliberalismus zur Einführung. 2. Aufl. Hamburg 2015.

Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus. Ökonomische Theorie, gesellschaftliche Wirklichkeit und „Dritter Weg“. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 179-210.

Bohlender, Matthias: Herrschen, Regieren, Regulieren. Zur liberalen politischen Rationalität von Adam Smith. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 79-96.

Böckenkamp, Gérard: Wechsel statt Wende. Der Koalitionswechsel der FDP von 1982 aus dem Blickwinkel der realpolitischen Zwänge. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 28. Jahrgang 2016. Baden-Baden 2016, S. 161-182.

Boll, Friedhelm / Hansen, Jan: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 203-228.

Bösch, Frank: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren. In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296-311.

Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015.

Brenneke, Reinhard: Thatcherismus. Die Realitäten des „Popular Capitalism“. In: Faber, Richard (Hrsg.): Konservatismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 1991, S. 107-118.

Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im „Zweiten Kalten Krieg“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 23-40.

Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979 – 1982/83. Berlin 2015.

Büchse, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In: Knoch, Hanno (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 311-332.

Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008.

Candeias, Mario: Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 301-318.

Césaire, Jean: Der Liberalismus und die Liberalismen. Versuch einer Synthese. In: Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 134-146.

Conze, Eckart: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 67-83.

Conze, Eckart: Die Bundesrepublik Deutschland als Freiheits- oder als Sicherheitsgesellschaft? Historische Prozesse und gegenwärtige Problemlagen. In: Eichert, Christof (Hrsg.): Freiheit – Sicherheit – Gleichheit. Perspektiven für unsere Gesellschaft. Freiburg 2012, S. 36-45.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009.

Conze, Eckart: Eine liberale Ära? Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik zwischen „Machtwechsel“ und „Wiedervereinigung“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 9-22.

Dahrendorf, Ralf: Das Ende des Sozialismus und die Wiedergeburt des Liberalismus. In: Hansen, Klaus (Hrsg.): Frankfurter Schule und Liberalismus. Beiträge zum Dialog zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und politischem Liberalismus. Baden-Baden 1981, S. 201-209.

Dahrendorf, Ralf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. 2. Aufl. Stuttgart 1983.

Deiß, Tanja Kristin: Herausforderung Terrorismus. Wie Deutschland auf den RAF- und Al Qaida-Terrorismus reagierte. Marburg 2007.

Dieth, Jürgen: Lockes Staatstheorie im historischen Kontext. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010, S. 29-50.

Dietz, Bernhard / Neumaier, Christoph / Rödder, Andreas (Hrsg.): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014.

Dietz, Bernhard: Wertewandel in der Wirtschaft? Die leitenden Angestellten und die Konflikte um Mitbestimmung und Führungsstil in den siebziger Jahren. In: Dietz, Bernhard / Neumaier, Christoph / Rödder, Andreas (Hrsg.): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014, S. 169-200.

Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisationen. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden 2010.

Dittberner, Jürgen: FDP – Partei des organisierten Liberalismus? In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 223-232.

Doering, Detmar / Stockhausen-Doering, Lieselotte: Kräfte des Wandels? Liberale Jugendorganisationen von der sozialliberalen Koalition bis heute. Sankt Augustin 1990.

Doering-Manteuffel, Anselm: Die Vielfalt der Strukturbrüche und die Dynamik des Wandels nach dem Boom. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 135-145.

Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015.

Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn: Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 13-32.

Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. 3. Aufl. Göttingen 2012.

Dömich, Christian: Deutscher Neokonservatismus. Eine Rekonstruktion ausgewählter Bereiche am Beispiel Hermann Lübkes. Marburg 2007.

Eichert, Christof (Hrsg.): Freiheit – Sicherheit – Gleichheit. Perspektiven für unsere Gesellschaft. Freiburg 2012.

Esch, Tabea: „Freie Kirche im freien Staat“. Das Kirchenpapier der FDP im kirchenpolitischen Kontext der Jahre 1966 bis 1974. Tübingen 2011.

Faber, Richard (Hrsg.): Konservatismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 1991.

Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000.

Faber, Richard: Autoritärer Liberalismus. Von Thomas Hobbes zu Carl Schmitt. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 59-78.

Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 - 1982. Bonn 2011.

Flach, Karl-Hermann: Noch eine Chance für die Liberalen oder: Die Zukunft der Freiheit. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main, 1971.

Freiberger, Thorsten: Die wirtschaftspolitische Programmatik der Freien Demokratischen Partei auf Bundesebene 1982 - 1998 und ihr Einsatz als Planungsinstrument in der Wirtschaftspolitik. Frankfurt am Main 2002.

Friderichs, Hans: Mut zum Markt. Wirtschaftspolitik ohne Illusionen. Stuttgart 1974.

Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985.

Gall, Lothar: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 162-186.

Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011.

Gassert, Philipp: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 175-202.

Gaulke, Jürgen: Freiheit und Ordnung bei John Stuart Mill und Friedrich August von Hayek. Versuch, Scheitern und Antithese eines ethischen Liberalismus. Frankfurt am Main 1994.

Geiger, Tim: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 95-122.

Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen. Berlin 1995.

Geppert, Dominik: Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des consensus liberalism. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 271-289.

Geppert, Dominik: Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert. In: Großheim, Michael / Hennecke, Hans-Jörg (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken. Baden-Baden 2013, S. 210-229.

Gnad, Oliver / Gniss, Daniela / Hausmann, Marion / Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 – 1990. Düsseldorf 2005.

Görtemaker, Manfred: Deutschlands Stellung in der Welt am Ende der „Ära Genscher-Lambsdorff“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 109-140.

Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 2005.

Greiffenhagen, Martin: Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik. Hamburg 1975.

Greven, Michael Th.: Liberalismus ohne Interesse des Bourgeois? Zu einer Kritischen Theorie des Liberalismus. In: Hansen, Klaus (Hrsg.): Frankfurter Schule und Liberalismus. Beiträge zum Dialog zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und politischem Liberalismus. Baden-Baden 1981, S. 79-102.

Großheim, Michael / Hennecke, Hans-Jörg (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken. Baden-Baden 2013.

Grothe, Ewald / Sieg, Ulrich: Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014.

Hacke, Jens: Die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Liberalismus? Überlegungen zum Erbe Weimar und zu liberalen Legitimitätsressourcen. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 219-238.

Hamm-Brücher, Hildegard: Keine Neuauflage des „Genscherismus“. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 23-30.

Hansen, Jan: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987). Berlin 2016.

Hansen, Klaus (Hrsg.): Frankfurter Schule und Liberalismus. Beiträge zum Dialog zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und politischem Liberalismus. Baden-Baden 1981.

Hansen, Klaus: Kritische Theorie – auch eine „Flaschenpost“ für Liberale? In: Hansen, Klaus (Hrsg.): Frankfurter Schule und Liberalismus. Beiträge zum Dialog zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und politischem Liberalismus. Baden-Baden 1981, S. 9-26.

Hansjürgens, Bernd: Milton Friedmans Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie – Ad-hoc-Liberalismus oder konsistente Konzeption? In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004, S. 219-228.

Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007.

Heitmann, Clemens: FDP und neue Ostpolitik . Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin 1989.

Henne, Steffen: Informationstechnischer Wandel und Liberalität in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 65-88.

Hennig, Alexander: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierungen Brandt und Schmidt. Gut gemeint – schlecht gemacht? Hamburg 2012.

Henning, Friedrich: F.D.P. Die Liberalen. Porträt einer Partei. München 1982.

Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980. Göttingen 2002.

Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980. Göttingen 2002, S. 7-50.

Hinsch, Wilfried: Gerechtigkeit, Stabilität und Legitimität. In: Höffe, Ottfried (Hrsg.): John Rawls. Politischer Liberalismus. Berlin 2015, S. 29-46.

Hoeres, Peter: Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft in der FAZ. Vom Ordoliberalismus bis zu den Reformen Thatchers und Reagans. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 265-282.

Hoeres, Peter: Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/2013, S. 93-119.

Hof, Tobias: Anti-Terrorismus-Gesetze und Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien in den 1970er und 1980er Jahren. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 7-34.

Höffe, Ottfried (Hrsg.): John Rawls. Politischer Liberalismus. Berlin 2015.

Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986.

Hölscher, Friedrich: Den liberalen Zug von Manchester mit neuem Personal zurück nach Freiburg fahren! In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 46-51.

Horvath, Patrick: Zum Verhältnis von Eigentum und Staat bei Locke. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010, S. 133-148.

Hradil, Stefan (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main 1997.

Hürter, Johannes: Regieren gegen Terrorismus. Die Beispiele Westminster, Bonn und Rom in den 1970er Jahren. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 63-80.

Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015.

Hürter, Johannes / Rusconi, Gian Enrico (Hrsg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969 – 1982. München 2010.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main 1989.

Israel, Joachim: Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main 1997, S. 73-93.

Jäger, Wolfgang / Link, Werner: Die Ära Schmidt. 1974 - 1982. Stuttgart 1987.

Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008.

Jarausch, Konrad H.: Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart. In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 9-28.

Josten, Ulrich: Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift Liberal und die FDP bis 1969. Hamburg 2001.

Juling, Peter (Hrsg.): Was heißt heute liberal? Gerlingen 1978.

Jun, Uwe: Parteienforschung. In: Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien, Parteiensystem, Parteienforschung. Schwalbach 2009, S. 10-31.

Kaack, Heino: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 2. Aufl. Meisenheim 1978.

Karabelas, Iris: Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 2010.

Kieseritzky, Wolther von: Tendenzwende(n). Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre. In: Grothe, Ewald / Sieg, Ulrich: Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014, S. 271-295.

Kindtner, Martin: „Wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren.“ Michel Foucault entdeckt den Neoliberalismus. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 37-50.

Kliemt, Hartmut: Das zweischneidige Schwert der Subsidiarität. In: Lambsdorff, Otto Graf (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. Frankfurt am Main 2001, S. 89-112.

Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007.

Knoch, Habbo: „Mündige Bürger“, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 9-56.

Knoll, Manuel: John Locke als Vordenker der Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010, S. 211-244.

Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977. Köln 2001.

Kolinsky, Eva: Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Forschungsthemen und Entwicklungslinien. In: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993, S. 35-56.

Koller, Peter: Grundlegende Ideen des Politischen Liberalismus. In: Höffe, Ottfried (Hrsg.): John Rawls. Politischer Liberalismus. Berlin 2015, S. 47-62.

Kramer, Andreas: Die FDP und die äussere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982. Bonn 1995.

- Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg 2005.
- Kundnani, Hans: Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2016, S. 75-84.
- Lambsdorff, Otto Graf: Bewährung. Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten. Düsseldorf 1980.
- Lambsdorff, Otto Graf (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. Frankfurt am Main 2001.
- Lambsdorff, Otto Graf: Von Freiburg nach Wiesbaden – Themen und Tendenzen. In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 217-231.
- Lammert, Markus: Ein neues Analysemodell für die historische Terrorismusforschung? Securitization-Prozesse in Deutschland und Frankreich in den 1970er und 1980er Jahren. In: In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 201-218.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988.
- Laukötter, Sebastian / Siep, Ludwig: Grundrechte als Eigentum. Überlegungen zu John Lockes Zweiter Abhandlung über die Regierung. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010, S. 149-164.
- Lauschke, Karl: Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes von 1976. Düsseldorf 2006.
- Leendertz, Ariane: Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/2017, S. 191-217.
- Leontovitsch, Victor: Das Wesen des Liberalismus. In: Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 37-53.
- Leuschner, Udo: Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ. Münster 2005.
- Llanque, Marcus: Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse. München 2008.

Llanque, Markus: Friedrich Naumann und das Problem des nationalen Sozialliberalismus. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 131-150.

Lösche, Peter / Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996.

Lutz, Burkhard: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1984.

Meadows, Dennis L.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.

Mende, Erich: Von Wende zu Wende. 1962 – 1982. München 1986.

Mende, Silke: Eine Partei nach dem Boom. Die Grünen als Spiegel und Motor ideengeschichtlicher Wandlungsprozesse seit den 1970er Jahren. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 23-36.

Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.“ Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011.

Merck, Johannes: Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 bis 1982. Berlin 1989.

Metzler, Gabriele: Der lange Weg zur sozialliberalen Politik. Politische Semantik und demokratischer Aufbruch. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 157-180.

Metzler, Gabriele: Erzählen, Aufführen, Widerstehen: Westliche Terrorismusbekämpfung in Politik, Gesellschaft und Kultur der 1970er Jahre. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 117-136.

Metzler, Gabriele: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren? In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 243-260.

- Michel, Marco: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 - 2002. Wiesbaden 2005.
- Mohler, Armin: Tendenzwende für Fortgeschrittene. München 1978.
- Morgenstern, Andreas: Die FDP in der parlamentarischen Opposition 1966 - 69. Wandel zu einer „Reformpartei“. Marburg 2004.
- Moring, Andreas: Die Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Programmatik in den Jahren 1949-1989. Berlin 2004.
- Morlok, Jürgen (Hrsg.): Was wollen die Jungen in der FDP? 10 Antworten. Karlsruhe 1973.
- Mouffe, Chantal: Das demokratische Paradox. Wien 2013.
- Müller-Groeling, Hubertus: Zur sozialen Dimension liberaler Politik. In: Lambsdorff, Otto Graf (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. Frankfurt am Main 2001, S. 11-30.
- Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993.
- Niedermayer, Oskar: Innerparteiliche Demokratie. In: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993, S. 230-250.
- Nordmann, Jürgen: Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt. Popper und Hayek im Diskurs. Hamburg 2005.
- Nützenadel, Alexander: Wachstum und kein Ende. Die Ära des Keynesianismus in der Bundesrepublik: In: Plumpe, Werner (Hrsg.): Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik. Stuttgart 2012, S. 119-138.
- Ockenfels, Winfried / Wagner, Baldur: Signale in die achtziger Jahre. Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. München 1980.
- Petersen, Thomas: Freiheit und bürgerschaftliches Engagement. Ergebnisse der aktuellen Allensbach-Studie. In: Eichert, Christof (Hrsg.): Freiheit – Sicherheit – Gleichheit. Perspektiven für unsere Gesellschaft. Freiburg 2012, S. 12-34.
- Piehl, Joachim: Machtwechsel 1982. Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfeldern in der Ära der sozial-liberalen Koalition. Frankfurt am Main 2002.

Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004.

Pies, Ingo: Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Milton Friedmans. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004, S. 1-24.

Plumpe, Werner (Hrsg.): Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik. Stuttgart 2012.

Podewils, Clemens (Hrsg.): Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik. Stuttgart 1975.

Polleit, Thorsten: „Monetarism Matters“ – Milton Friedmans Monetarismus. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004, S. 25-48.

Potthoff, Heinrich / Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD. 1848-2002. Bonn 2002.

Pötzl, Norbert: Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk. Die Umweltpolitik der sozial-liberalen Koalition: In: Bickerich, Wolfgang (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition. Hamburg 1982, S. 103-124.

Ptak, Ralf: Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 69-89.

Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn 2011.

Raichle, Gerhart: Zu Begründung und Inhalt liberaler Sozialpolitik. In: Lambsdorff, Otto Graf (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. Frankfurt am Main 2001, S. 79-88.

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1975.

Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014.

Reitmayer, Morten: Nach dem Boom – eine neue *Belle Époque*? Versuch einer vorläufigen Synthese. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 13-22.

Reitzig, Jörg: „Eine Kategorie des Unsinns...“. Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 132-146.

Richarts, Hans Karl: Die F.D.P. auf dem Weg nach links. Stuttgart 1972.

Richter, Saskia: Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983. In: Gassert, Philipp / Geiger, Tim / Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 229-245.

Rigoll, Dominik: Liberalisierung und Illiberalisierung. Innere Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29. Jahrgang 2017, S. 41-64.

Röttger, Bernd: Die Neoliberalisierung des „Rheinischen Kapitalismus“. Zur Politischen Ökonomie einer kapitalistischen Penetration. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 90-110.

Salzborn, Samuel (Hrsg.): Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke. Baden-Baden 2010.

Sander, Bernhard: Frankreich: Verspätete Nation – Der Weg in den Neoliberalismus. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008, S. 86-122.

Saupe, Achim: „Innere Sicherheit“ und „law and order“. Die politische Semantik von Ordnung, Sicherheit und Freiheit in der bundesdeutschen Innenpolitik. In: Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren. Berlin 2015, S. 171-200.

Schäfer, Michael: „Bürgerliche Werte“ im Wandel. Zur Begriffsbildung des Bürgerlichen in der historischen Bürgertumsforschung. In: Dietz, Bernhard / Neumaier, Christoph / Rödder, Andreas (Hrsg.): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014, S. 121-140.

Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. Frankfurt am Main 2007.

Schapiro, Jacob Salwyn: Was ist Liberalismus? In: Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 20-36.

- Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998.
- Schiller, Theo: Gegen die Selbstaufgabe der Liberalen. Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 59-66.
- Schiller, Theo: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung. In: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993, S. 119-146.
- Schlemmer, Thomas: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen. In: Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014, S. 7-12.
- Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008.
- Schmidt, Ingo: Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008, S. 7-39.
- Schmidt, Ingo: Deutschland: Wirkungsmächtige Illusionen: Export – Wachstum – Gerechtigkeit. In: Schmidt, Ingo: Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008, S. 123-146.
- Schmidt, Ingo: Herausforderungen und Grenzen des Neoliberalismus. Globale Zivilgesellschaft, fundamentalistischer Konservatismus und Arbeiterbewegung. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg 2008, S. 254-268.
- Schmidt, Michael: Die FDP und die deutsche Frage. 1949 - 1990. Hamburg 1995.
- Scholtyssek, Joachim: Die FDP in der Wende. In: Historisch-Politische Mitteilungen 19. Köln 2012, S. 197-220.
- Schönherr-Mann, Hans Martin: Politischer Liberalismus in der Postmoderne. Zivilgesellschaft, Individualismus, Popkultur. München 2000.

Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970 - 1985. Frankfurt am Main 2011.

Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982.

Schulte Südhoff, Jan: Blauer Himmel über der Bundesrepublik. Ursprünge und Anfänge sozialliberaler Umweltpolitik 1969 - 1974. Hamburg 2007.

Schulz, Carola: Der gezähmte Konflikt. Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien am Beispiel der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik (1966 - 1976). Opladen 1984.

Siekmeier, Mathias: Restauration oder Reform? Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung. Köln 1998.

Söllner, Alfons: Souveränität und Freiheit. Die Liberalismuskritik der Kritischen Theorie am Beispiel Franz L. Neumanns. In: Hansen, Klaus (Hrsg.): Frankfurter Schule und Liberalismus. Beiträge zum Dialog zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und politischem Liberalismus. Baden-Baden 1981, S. 115-130.

Sonthheimer, Kurt: Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren. München 1979.

Stapelfeldt, Gerhard: Der Liberalismus. Die Gesellschaftstheorien von Smith, Ricardo und Marx. Freiburg 2006.

Steltemeier, Rolf: Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung. Baden-Baden 2015.

Süß, Winfried: Der keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den siebziger Jahren. In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 120-137.

Terhoeven, Petra: Die Rote Armee Fraktion. Eine Geschichte terroristischer Gewalt. München 2017.

Unger, Frank: Konservative Konversion. Über die Selbstaufhebung des US-amerikanischen Linksliberalismus. In: Faber, Richard (Hrsg.): Konservatismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 1991, S. 119-136.

Verheugen, Günther: Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP. Reinbek bei Hamburg 1984.

Virchow, Fabian: Der neoliberale Staat, die private Produktion von „Sicherheit“ und die Transformation der Bürgerrechte. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008, S. 224-242.

Vogt, Bernhard: Die „Liberalität“ der Sozialen Marktwirtschaft. Über Ludwig Erhard und Franz Oppenheimer. In: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 151-162.

Vollmer, Johann: Vom „Denkmal des mündigen Bürgers“ zur Besatzungsromantik. Die Grenzen symbolischer Politik in der frühen Anti-AKW-Bewegung. In: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 271-293.

Volmer, Ludger: Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei. Eine Bilanz. München 2009.

Von Schoeler, Andreas: Jugendrevolte und Protest. In: Schuchardt, Helga / Verheugen, Günther (Hrsg.): Das liberale Gewissen. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 90-105.

Vorländer, Hans: Der ambivalente Liberalismus – oder: Was hält die liberale Demokratie zusammen? In: Scheel, Walter (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 232-253.

Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses. In: Holl, Karl (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 190-226.

Walter, Franz: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld 2010.

Watkins, Frederick: Theorie und Praxis des modernen Liberalismus. In: Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 54-76.

Weber, Klaus: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile. Frankfurt am Main 2012.

Wehler, Hans Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5. Bundesrepublik und DDR 1949 - 1990. Bonn 2009.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 2. Deutsche Geschichte 1933 - 1990. Bonn 2005.

Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982 – 1990. München 2006.

Wirsching, Andreas: Gehören Markt und Moral zusammen? Über ein historisches Dilemma des Liberalismus. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Leonhard, Jörn (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 35-53.

Wirsching, Andreas: „Neoliberalismus“ als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren. In: Plumpe, Werner (Hrsg.): Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik. Stuttgart 2012, S. 139-150.

Wittmann, Klaus: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Brauckhoff, Kerstin / Schwaetzer, Irmgard (Hrsg.): Hans Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 141-163.

Zierold, Kay: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition. Eine Analyse des Zerfallsprozesses anhand des „multi-dimensional framework“ von Geoffrey Pridham. Herbolzheim 2004.

Zinn, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim 1992.

Zintl, Reinhard: Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus. Tübingen 2004, S. 143-159.

Zundel, Rolf: Die Erben des Liberalismus. Freudenstadt 1971.

Marburg, den 19.02.2019Eigenständigkeitserklärung zur Einreichung einer DissertationHiermit erkläre ich, JAN ALBERDING

dass ich die vorliegende Dissertation mit dem Titel

VON DEN „FREIBURGER THESEN“ ZUM „LAMSDORFF-PAPIER“ -
DIE TRANSFORMATION DER FDP IN DER SOZIAL-LIBERALEN KOALITION

selbständig, ohne fremde Hilfe und in eigenen Worten niedergeschrieben habe.

Ich versichere insbesondere, dass ich alle wörtlichen und sinngemäßen Übernahmen aus Quellen und anderen Werken als solche gekennzeichnet sowie vollständig aufgeführt habe.

Ich bestätige, dass meine vorliegende Arbeit nach den geltenden Prinzipien der guten wissenschaftlichen Praxis der Philipps-Universität Marburg und der Deutschen Forschungsgemeinschaft verfasst ist.

Mit freundlichen Grüßen

MARBURG, 19.02.2019

Ort/Datum/Unterschrift

Jan Alberding